

Erhard Epplers

Deutschland- und

Ostpolitik

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
der

Philosophischen Fakultät

der

Rheinischen-Friedrich-Wilhelms-Universität

zu Bonn

vorgelegt von

Christine Simon

aus

Köln

Bonn 2004

Gedruckt mit Genehmigung der Philosophischen Fakultät der Rheinischen
Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

1. Berichterstatter: Professor Dr. Hans-Peter Schwarz

2. Berichterstatter: Professor Dr. Christian Hacke

Tag der mündlichen Prüfung: 23.07.2003

Danksagung:

Ich danke Herrn Professor Dr. Hans-Peter Schwarz für die Betreuung dieser Arbeit, die gute Zusammenarbeit sowie die Durchsicht des Manuskripts.

Herrn Professor Dr. Christian Hacke danke ich für die Übernahme des Koreferats.

Ich danke den Mitarbeitern der verschiedenen Archive für die Genehmigung zur Einsicht in Quellenmaterial und besonders den Mitarbeitern des Archivs der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung für ihre Bemühungen.

Ich danke Bundesverfassungsrichter a.D. Dr. Helmut Simon und Bundesminister a.D. Dr. Erhard Eppler dafür, dass sie sich Zeit für Interviews mit mir genommen und mir private Unterlagen zur Verfügung gestellt haben. Besonders möchte ich Erhard Eppler danken, dass er mir auch ansonsten Fragen beantwortet und einen Großteil seiner Unterlagen der Friedrich-Ebert-Stiftung im Laufe dieser Dissertation zur Verfügung gestellt hat. Viele Teile der vorliegenden Arbeit wären sonst nicht möglich gewesen.

Ich danke meinen Eltern für ihre Unterstützung. Meinem Vater, meinem Onkel Hans-Hermann Simon, meiner Tante Susi Simon, meinem Freund Diplom-Physiker Andreas Jansen sowie Zsófi Poták, Katja Pohl und Hans-Peter Schörner für das Korrekturlesen dieser Arbeit und ihre Anregungen.

Meinen Eltern, meinem Freund und ansonsten vielen Freundinnen und Freunden möchte ich für die moralische Unterstützung bei der Abfassung dieser Dissertation, besonders in der Endphase, danken.

Einleitung	3
1. Epplers Weg in die Politik	18
1.1. Der junge Eppler	18
Kindheit und Jugend (1926 bis 1952) – Die Jahre bis zum Einstieg in die Politik	18
Prägende Persönlichkeiten	28
1.2. Erste politische Erfahrungen – Die Zeit in der GVP 1951 bis 1956	32
Von der Notgemeinschaft für den Frieden Europas zur Gründung der GVP	32
„Bleiben Sie auch weiterhin der beharrliche Mahner, aber auch Helfer!“	46
„...daß wir Politiker und nicht Sektierer sind...“ – Von der GVP zur SPD	61
2. Epplers ost- und deutschlandpolitische Impulse in der SPD von den fünfziger Jahren bis in die siebziger Jahre	72
2.1. Epplers Aufstieg in der SPD bis zum Bundesminister	72
„Pietkong“, „evangelischer Savonarola“ oder „Hoherpriester“? (1956 bis 1961)	72
Die Auseinandersetzung mit der GVP-Vergangenheit – „Mein altes GVP-Herz heult und mein neues SPD-Herz ist meilenweit von einem schadenfrohen Lächeln.“	84
Eppler als Mitglied des Bundestages: Parlamentsarbeit (1961 bis 1966)	90
Außenpolitisches Engagement während der Großen Koalition (1966 bis 1968)	96
Epplers Ost- und Deutschlandpolitik im Rahmen der evangelischen Kirche	121
Die Staatssicherheit – „Interessanter, aber doch nichtssagender Plausch...“	137
2.2. Von der Großen Koalition bis zum Engagement in der baden- württembergischen Landespolitik	159
Ost- und Deutschlandpolitik im Spannungsfeld der Entwicklungspolitik	159
Weiterentwicklung der ost- und deutschlandpolitischen Grundgedanken	167
Eine Zwischenphase: In der Bundespolitik (1974 bis 1976) bis Ende der siebziger Jahre	179

3. Epplers Ost- und Deutschlandpolitik in den achtziger Jahren	185
3.1. Die Friedensbewegung- Epplers Weg vom Rand der SPD zurück in ihr Zentrum	190
Eppler und die Friedensbewegung – Motivation und biographische Parallelen	190
Epplers sicherheitspolitische Grundpositionen	201
Der NATO-Doppelbeschluss und Epplers Haltung zur SPD	213
Die Demonstration am 10. Oktober 1981 – „Fellow travellers und naive Spinner“?	226
Epplers Verhältnis zur Sowjetunion	235
3.2. Deutsch-deutsche Kirchentage	241
Epplers friedenspolitisches Wirken in der evangelischen Kirche	241
Ein „unbequemer Partner“ auf den Kirchentagen der DDR?	252
3.3. „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“	273
Die Gespräche zwischen SPD und SED bis zum SPD-SED-Papier (1984 bis 1987)	273
Die SED fühlt sich „übers Ohr gehauen“ – Epplers Kritik an der SED	289
4. Die deutsche Einheit und Epplers Reaktionen darauf	311
Was ist von Eppler zu erwarten? (1989/1990)	311
Epplers Auseinandersetzung mit dem SPD-SED-Papier und der deutschen Einheit	332
Das Ende des Kalten Kriegs – Was ist Krieg?	344
Schluss	349
Abkürzungsverzeichnis	357
Quellen und Literatur	359

Einleitung

Thema der vorliegenden Arbeit ist Erhard Epplers Ost- und Deutschlandpolitik. Dieses Politikfeld bestimmte das gesamte politische Leben des SPD-Politikers, der sich mit der Thematik in den verschiedensten Bereichen - etwa über sein Engagement in der evangelischen Kirche oder seine Entwicklungspolitik als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (1968-1974) – auseinandersetzte. Es werden in dieser Arbeit nur die Politikfelder dargestellt, die unter dem Blickwinkel der Ost- und Deutschlandpolitik von Belang sind, auch wenn Eppler in vielen anderen Bereichen - etwa der baden-württembergischen Landespolitik, der Steuerpolitik oder Umweltpolitik – tätig war bzw. wichtige Anstöße geliefert hat.

Eppler ist für die Geschichte der SPD und auch die der Bundesrepublik als interessanter Parlamentarier und Repräsentant einer bestimmten Strömung von Bedeutung. Er hat in der SPD, und hier insbesondere in der Ost-, Deutschland-, Entwicklungs- und Kirchenpolitik, eine nicht unerhebliche Rolle gespielt. Er hat stets versucht, seine Überzeugungen durchzusetzen und ist damit einer der wenigen Politiker, die gegen den Strom geschwommen sind, wenn sie dies für nötig hielten. Eppler war und ist ein umstrittener Politiker gerade aufgrund seiner Eigenständigkeit.

In dieser Darstellung wird der Frage nach Epplers Bedeutung für die SPD und auch für die Geschichte der Bundesrepublik nachgegangen. Es wird aber auch untersucht, wie er in umfassende Tendenzen wie den Protestantismus und Pazifismus einzuordnen ist. Um diese Vorhaben in einer Dissertation verwirklichen zu können, hat sich die Verfasserin auf einen Teilbereich von Epplers politischem Wirken beschränkt: die Deutschland- und Ostpolitik. Abgrenzungen zu anderen Themenbereichen wie seiner Umwelt- oder Steuerpolitik werden vorgenommen.

Da die Deutschland- und Ostpolitik ein sehr wichtiges Themengebiet für die Geschichte der Bundesrepublik war und große Teile anderer Politikbereiche beeinflusst hat, ist die Fokussierung auf diesen Teilbereich von Epplers Tätigkeit sinnvoll, denn dadurch lassen sich große Teile seiner Vita abdecken. Die Entwicklungspolitik – für Eppler ein eigenständiger Bereich der Bundespolitik – war lange Zeit Teil der bundesdeutschen Außen- und Deutschlandpolitik. Ebenso ist Epplers Friedenspolitik Teil seiner Deutschland- und Ostpolitik, denn ein entspanntes Verhältnis zwischen Ost und West und damit Frieden zwischen den Supermächten betrachtete er als Voraussetzung für eine konstruktive Deutschlandpolitik. Trotz seines lebenslangen Einsatzes für den Frieden betrachtete Eppler sich allerdings nie als Pazifist, der den Krieg generell ablehnt.

Außerdem betrieb er über die evangelische Kirche Ost- und Deutschlandpolitik, denn über sie hatte er Kontakt zu DDR-Bürgern, forderte auf DDR-Kirchentagen Reformen der DDR

und hatte auf den bundesdeutschen Kirchentagen ein Forum, um seine Positionen gegen die Nachrüstung vorzutragen. Somit ist auch die Kirchenpolitik ein Teil seiner Ost- und Deutschlandpolitik.

In der vorliegenden Dissertation wird Eppler als Exponent von Strömungen mittels einer auf die Ost- und Deutschlandpolitik konzentrierten Fragestellung untersucht. Mit dem Terminus Deutschlandpolitik ist vor allem Epplers Auseinandersetzung mit der DDR gemeint, mit dem Begriff Ostpolitik seine Beschäftigung mit dem Ostblock und dem Kalten Krieg. Deutschland- und Ostpolitik lassen sich nicht voneinander trennen, weil Deutschlandpolitik nur in Abhängigkeit von den politischen Gegebenheiten, etwa dem Verhältnis zur Sowjetunion, möglich war. Durch ein besseres Verhältnis der Bundesrepublik zu den Ostblockstaaten und deren Supermacht konnte das deutsch-deutsche Verhältnis verbessert werden. Timothy Garton Ash fasste dies so zusammen: „In gewissem Sinne war die gesamte Ostpolitik Deutschlandpolitik.“¹

Die Debatte um die Deutschlandpolitik ist nach wie vor aktuell. Die einen sehen Konrad Adenauers Politik der Westintegration durch die deutsche Wiedervereinigung bestätigt, die anderen verstehen Gustav Heinemanns² Entspannungspolitik und Willy Brandts Ostpolitik als entscheidenden Beitrag zur deutschen Einheit. In dieser Untersuchung soll diese Auseinandersetzung nicht weitergeführt werden, sondern eine Persönlichkeit beschrieben werden, die Heinemann sehr nahe stand und sich mit Adenauer eingehend auseinandersetzte. Der Adenauer-Gegner Eppler hat im Nachhinein die Berechtigung von Adenauers Politik anerkannt, aber nie dessen Methoden. Hans-Peter Schwarz erklärt zur Debatte um Heinemann und Adenauer folgendes:

„Jedenfalls hat sich an die Kontroverse dieser beiden starken Gestalten bis heute ein nicht enden wollender Streit der Historiker angeschlossen, welche mit alten oder mit aus den östlichen Archiven gewonnenen neuen Argumenten die Schlachten Adenauers und Heinemanns weiterführen. Trotz aller Gegensätze wird man sich indessen doch darauf einigen können, dass diese große, für die Geschichte der Bundesrepublik richtungweisende Kontroverse zwischen zwei recht kompromisslosen Männern zu den historisch aufschlussreichsten, auch langfristig bedeutsamsten Auseinandersetzungen der neuesten deutschen Zeitgeschichte zählt. Gründliches Nach-Denken über Heinemann und Adenauer ist somit berechtigt und geboten.“³

¹ Garton Ash, Timothy, Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München/Wien 1993, S. 189.

² Gustav Heinemann (1899-1976), Rechtsanwalt, 1933-1945 Mitglied der Bekennenden Kirche, 1946-1949 Oberbürgermeister von Essen, 1949-1950 Innenminister im Kabinett Adenauer, 1951 Vorstand der NG, 1952 Austritt aus der CDU, da Adenauer den Westmächten ohne Wissen des Kabinetts den Aufbau einer bewaffneten Streitmacht in der Bundesrepublik vorgeschlagen hatte, 1952-1957 im Präsidium der GVP, 1957 Übertritt in die SPD, 1958-1969 im Parteivorstand der SPD, 1966-1969 Bundesminister der Justiz im Kabinett Kiesinger, 1969-1974 Bundespräsident.

³ Schwarz, Hans-Peter, Gustav Heinemann und Konrad Adenauer, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Nach-Denken. Gustav Heinemann und seine Politik. Wissenschaftliches Symposium am 10. Mai 1999 aus Anlass des 100. Geburtstages von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, Bonn o.J. (S. 32-40), S. 39f.

Eppler war immer in verschiedenen Funktionen tätig, etwa als Politiker, in der evangelischen Kirche (1968-1984 Mitglied der EKD-Synode, 1977-1983 im Vorstand des Deutschen Evangelischen Kirchentags, 1981-1983 und 1991 Kirchentagspräsident) sowie als Demonstrant bei der Friedensbewegung, als Schriftsteller und Mahner. Seine Tätigkeit lässt sich nicht auf die Ost- und Deutschlandpolitik reduzieren, denn er beschäftigte und beschäftigt sich mit vielen verschiedenen Themen. Viele Bereiche gehen ineinander über oder bedingen einander, etwa seine umwelt- und entwicklungspolitischen Gedanken. Einen kurzen Einblick in die Breite seiner Tätigkeitsfelder gibt der ehemalige baden-württembergische SPD-Fraktions- und Landesvorsitzende Ulrich Lang in seiner Laudatio zu Epplers 75. Geburtstag Ende 2001:

„Dies gilt auch für

- Deine Denkanstöße zu einer Neuorientierung der Politik gegenüber der dritten Welt,
- Deine zentrale Rolle in der Friedensbewegung,
- Deine Beiträge – *heute leider bei vielen schon fast vergessen* – zur Steuerpolitik,
- Deine trotz mancher Enttäuschungen unermüdliche Arbeit für die Parteiprogrammatik,
- Dein Engagement in der evangelischen Kirche – auf den Kirchentagen oder in den Kontakten zur Kirche in der DDR -,
- Deine leidenschaftliche Auseinandersetzung mit dem gefährlich naiven Vertrauen in Atomkraftwerke (aktueller Bezug!),
- Dein jahrelanges Anrennen, gerade in deiner (sic!) Zeit hier im Landtag, gegen eine hoch ideologisierte und zugleich bestürzend inhaltsleere Wachstumsgläubigkeit („qualitatives Wachstum“)
- die Hartnäckigkeit und den Realismus, mit dem Du an der deutschen Frage geblieben bist von der Zeit bei der GVP bis zu den Diskussionen mit der SED und Deiner in ihrer Wirkung kaum überschätzbaren Rede zum Tag der deutschen Einheit 1989
- .. (.. Es gibt wohl nur wenige Persönlichkeiten, die so wie Du alles, was sie in den letzten 50 Jahren zu diesem Thema gesagt haben, ohne zu erröten nachlesen lassen können.)“⁴

Epplers Leben verlief nicht ohne Brüche. Von der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) wechselte er 1956 zur SPD, in der er bis heute Mitglied ist. Nach seinem Rücktritt als Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit 1974 und seinem immer stärkeren außerparlamentarischen Engagement gegen den NATO-Doppelbeschluss kam es zum teilweisen Bruch mit der Bundes-SPD. Seine Forderungen setzten sich in den folgenden Jahren in der SPD immer stärker durch, auch aufgrund ihres Bewusstseinswandels als Oppositionspartei, und Eppler wurde wieder in die SPD integriert. Kontinuierlich setzte er sich in seinem Leben mit der Ost- und Deutschlandpolitik auseinander, indem er z.B. für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen plädierte. Insofern ist sein Lebenswerk bezüglich der Ost- und Deutschlandpolitik nicht, wie Eppler dies selbst generell rückblickend tut, als Stückwerk zu betrachten:

„ ... vielleicht war das, was ich in der deutschen Politik tun und bewirken konnte, in einer gesteigerten Form Stückwerk. Da gab es scheinbar keinerlei Kontinuität. ... Bei Heinemanns Gesamtdeutscher Volkspartei, in der Sozialdemokratie, später auch in der Ökologie- und Friedensbewegung. 1959 begann ich mit Kommunalpolitik, zwei Jahre später mit Bundespolitik und dann, ab

⁴ EE-Laudatio Entwurf (per e-mail von Ulrich Lang, 5 S.) S. 1f.

1974, war ich ein Neuling in der Landespolitik. Einmal versuchte ich mich als Bundesminister, dann wieder als Oppositionsführer im Stuttgarter Landtag und schließlich ohne jedes Mandat im Meinungsstreit der Republik. Da liegen also viele Bruchstücke herum, offenkundiges Stückwerk.⁵

In der vorliegenden Arbeit wird Epplers Leben in vier chronologisch aufeinander aufbauenden Kapiteln unter dem Aspekt der Deutschland- und Ostpolitik untersucht und vor dem Hintergrund der politischen Gegebenheiten eingeordnet. Die Autorin will die Richtigkeit seines Handelns hierbei nicht bewerten, sondern bemüht sich um eine möglichst objektive Darstellung. In jedem Kapitel finden sich allerdings kurze Einleitungen, in denen Epplers Wirken interpretiert und in einen größeren Zusammenhang gestellt wird.

Im ersten Kapitel werden zunächst Epplers Kindheit und Jugend und ihn prägende Persönlichkeiten wie Gustav Heinemann, Fritz Erler, Carlo Schmid und Willy Brandt dargestellt. Da der Hauptfokus dieser Arbeit auf Epplers Deutschland- und Ostpolitik liegt, wird hier nicht eingehend auf den jungen Eppler eingegangen, sondern lediglich auf die Ereignisse und Prägungen verwiesen, die für sein späteres Handeln bezüglich der Fragestellung der vorliegenden Arbeit von Belang sind, wie seine Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, sein Studium in der Schweiz und sein Protestantismus.

Im zweiten Teil des ersten Kapitels wird Epplers Einstieg in die Politik in der Notgemeinschaft für den Frieden Europas und der daraus gegründeten Gesamtdeutschen Volkspartei erläutert. Eppler betätigte sich zunächst in einer Partei, deren Hauptziele die Wiederherstellung der deutschen Einheit und die Verhinderung der Westintegration waren. Aufgrund seiner protestantisch-akademischen Herkunft stand ihm unter den verschiedenen Parteien die GVP zunächst am nächsten. Nachdem er in der GVP erste politische Erfahrungen gesammelt hatte, trat er aus dieser Partei aufgrund ihrer Chancenlosigkeit aus und wechselte in die SPD.

Die beiden Hauptkapitel zwei und drei behandeln Epplers ost- und deutschlandpolitisches Engagement von 1956 bis Ende der achtziger Jahre.

Im zweiten Kapitel werden Epplers ost- und deutschlandpolitische Vorstellungen in der SPD bis Ende der siebziger Jahre beschrieben. Ab Mitte der siebziger Jahre war er vornehmlich mit der baden-württembergischen Landespolitik beschäftigt, widmete sich aber ab Anfang der achtziger Jahre wieder stärker der Ost- und Deutschlandpolitik.

Im Laufe der sechziger Jahre wurde er politisch immer aktiver, reiste in Ostblockstaaten und sprach im Bundestag über die Ost- und Deutschlandpolitik. In den Anfangsjahren seiner SPD-Mitgliedschaft setzte er sich mit seinem Wirken in der GVP auseinander und versuchte, ehemalige GVP-Mitstreiter zur Mitarbeit in der SPD zu gewinnen. Die Anpassung der SPD an die Deutschlandpolitik der CDU vollzog Eppler trotz anfänglicher Ablehnung mit und wurde noch in der Großen Koalition 1968 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammen-

⁵ Eppler, Erhard, Komplettes Stückwerk. Erfahrungen aus fünfzig Jahren Politik, Baden-Baden 2001, S. 8.

arbeit. Weitere Unterkapitel erläutern seine ost- und deutschlandpolitische Tätigkeit über die evangelische Kirche – er war an der Abfassung von zwei Denkschriften beteiligt - und die Versuche der Staatssicherheit der DDR, ihn anzuwerben. Gerade in diesen beiden Bereichen zeigt sich, dass Eppler immer eigenständiger wurde und eigene Akzente setzte.

Thema des zweiten Teils des zweiten Kapitels ist Epplers Tätigkeit als Entwicklungshilfeminister. Er verstand Entwicklungspolitik nicht als Teil der Deutschlandpolitik, sondern als eigenständigen Bereich, und entwickelte seine ost- und deutschlandpolitischen Ansichten weiter. Nach seinem Rücktritt als Minister war er ab 1974 hauptsächlich mit der baden-württembergischen Landespolitik beschäftigt. Unter der Thematik der vorliegenden Arbeit ist diese Zeit eine Übergangsphase und wird deshalb zusammen mit dem vorherigen Abschnitt behandelt.

Das dritte Kapitel widmet sich in drei Teilkapiteln Epplers Hauptbetätigungsfeldern in den achtziger Jahren: seinem Engagement gegen die Nachrüstung in der Friedensbewegung, seinem Wirken in der evangelischen Kirche und der Ausarbeitung des SPD-SED-Papiers.

Mit seinem Einsatz gegen den NATO-Doppelbeschluss und die Nachrüstung in der Friedensbewegung versuchte Eppler eine Eskalation des Ost-West-Konflikts zu vermeiden. Aufgrund seiner Befürchtungen vor einem die Menschheit vernichtenden Krieg nahm er sogar den Konflikt mit dem damaligen sozialdemokratischen Bundeskanzler Helmut Schmidt in Kauf. Ein Parteiaustritt und die Gründung einer neuen Partei kam für ihn aufgrund seiner Erfahrungen aus der GVP nicht in Frage.

Auf den bundesdeutschen Kirchentagen äußerte er seine Kritik am NATO-Doppelbeschluss. Oft besuchte Eppler die Kirchentage in der DDR und sprach dort auch kritisch über die Nichteinhaltung des SPD-SED-Papiers seitens der DDR-Führung.

Nach seiner „Reintegration“ in die SPD widmete er sich den SPD-SED-Gesprächen, die er nicht als spezifisch deutsch-deutsche Verhandlungen verstand. Er wollte ihre „Entgermanisierung“, um den Ost-West-Konflikt abzuschwächen. Dabei kritisierte er auch öffentlich, dass die SED ihre Zusagen nicht einhielt. Sein Einsatz für Entspannung im Ost-West-Konflikt in der Friedensbewegung und für die Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen standen für ihn in einem engen Zusammenhang.

Im vierten und letzten Kapitel werden Epplers Äußerungen zur deutschen Einheit 1989/1990 untersucht. Bedeutend ist hier seine Rede zum 17. Juni 1989 im Deutschen Bundestag. Er setzte sich in den neunziger Jahren mit dem Prozess der Wiedervereinigung und dem SPD-SED-Papier auseinander und beschäftigte sich in den letzten Jahren mehr und mehr mit den Formen des Kriegs nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, mit der „Privatisierung des Krieges“, wie Eppler es nennt.

Der Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit umfasst die Jahre von Epplers Geburt 1926 bis Ende 2002, wobei der Schwerpunkt auf seinem politischen Wirken von Anfang der fünfziger Jahre bis zur deutschen Einheit 1989/1990 liegt.

Hans-Peter Schwarz plädierte 1982 für die Biographie als Darstellungsform der Zeitgeschichtsschreibung und bedauerte, dass es über viele Politiker, die ihren Beitrag zur Geschichte der Bundesrepublik geleistet hätten, keine Biographie gebe.⁶ Auch über Eppler liegt bis heute keine Biographie vor.⁷

Dennoch konnte für die vorliegende Arbeit auf vorhandene Darstellungen der Geschichte der Bundesrepublik, Biographien und Memoiren zurückgegriffen werden. Mit Ausnahme von Josef Müllers Darstellung über die GVP und die kürzlich erschienene Arbeit von Rolf Reissig über die SPD-SED-Gespräche, auf die beide noch eingegangen wird, erfolgt in den genannten Darstellungen aber keine eingehende Auseinandersetzung mit Eppler. Auch in den Werken über die Geschichte der SPD oder die Ost- und Deutschlandpolitik erscheint er nur am Rande, obwohl er eine bestimmte Strömung in der SPD repräsentierte und im Bundestag alles andere als ein Hinterbänkler war.

Die Autoren von Überblicksdarstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland setzen sich gar nicht⁸ oder sehr selten⁹ mit Eppler auseinander. Manfred Görtemaker beschränkt sich auf einige Hinweise hauptsächlich auf seine Arbeit in der Steuerreform-

⁶ Vgl. Schwarz, Hans-Peter, *Geschichtsschreibung und politisches Selbstverständnis*, S. 5f.

⁷ Karl-Ludwig Sommer wollte in seiner Darstellung über Gustav Heinemann ursprünglich auch den Werdegang einiger prominenter ehemaliger GVP-Mitglieder in der SPD wie Erhard Eppler, Diether Posser oder Johannes Rau und ihre Rolle bei der Entwicklung politischer Zielsetzungen der SPD untersuchen. Er hat dieses Vorhaben aufgrund des umfangreichen Materials über Heinemann allerdings nicht verwirklicht; vgl. Sommer, Karl-Ludwig, *Gustav Heinemann und die SPD in den sechziger Jahren. Die Entwicklung politischer Zielsetzungen in der SPD in den Jahren 1960 bis 1969*, dargestellt am Beispiel der politischen Vorstellungen Gustav Heinemanns, München 1980 (Diss.), S. 16.

Allerdings gibt es zwei Festschriften zu Epplers 70. Geburtstag: vgl. Thierse, Wolfgang (Hrsg.), *Ist die Politik noch zu retten? Standpunkte am Ende des 20. Jahrhunderts*, Berlin 1996; vgl. Rapp, Wolfgang (Hrsg.), *Glaubwürdig und unbequem. Erhard Eppler zum 70. Geburtstag*, Baden-Baden 1996. Vergleiche außerdem folgende Kurzdarstellungen über Eppler: Kempf, Udo/Merz, Hans-Georg (Hrsg.), *Kanzler und Minister 1949-1998. Biographisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen*, Wiesbaden 2001, S. 227-231; Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf (Hrsg.), *Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestags 1949-2002*, Bd. 1, München 2002, S. 185f.

⁸ Vgl. Morsey, Rudolf, *Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969*, München 1999⁴; vgl. Benz, Wolfgang, *Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat*, München 1989³; vgl. Thränhardt, Dietrich, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt am Main 1996; vgl. Schwarz, Hans-Peter, *Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949-1957*, Stuttgart/Wiesbaden 1981 (*Geschichte der Bundesrepublik Bd. 2*); vgl. ders., *Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957-1963* Stuttgart/Wiesbaden 1983 (*Geschichte der Bundesrepublik Bd. 3*).

⁹ Vgl. Ellwein, Thomas, *Krisen und Reformen. Die Bundesrepublik seit den sechziger Jahren*, München 1993², S. 129; vgl. Bender, Peter, *Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung*, München 1996⁴, S. 219f.; vgl. Hildebrand, Klaus, *Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969*, Stuttgart/Wiesbaden 1984 (*Geschichte der Bundesrepublik Bd. 4*), S. 390; vgl. Benz, Wolfgang (Hrsg.), *Die Bundesrepublik Deutschland. Geschichte in drei Bänden*, Frankfurt am Main 1983; Bd. 1, S. 393-396.

Kommission und sein Mitwirken an der Friedensdemonstration im Oktober 1981.¹⁰ Hans Karl Rupp sieht ihn als „sozialdemokratischen Repräsentanten und Promoter“ der westdeutschen Friedensbewegung und beschreibt kurz sein Wirken als Entwicklungshilfeminister.¹¹ Arnulf Baring berichtet außerdem über Epplers Verhältnis zu Schmidt, Brandt und Heinemann, hält Epplers intellektuelle Anstöße für die SPD politisch für bedeutend und diesen selbst für einen „einsamen Mahner“.¹²

In dem Band über die GESCHICHTE DER BUNDESREPUBLIK, der die Jahre 1969 bis 1974 behandelt, wird ab und zu auf den „linken Kritiker“ Eppler, etwa seinen Posten als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, seine Arbeit in der Steuerreform-Kommission und seine Beziehung zu Heinemann verwiesen.¹³ In der Beschreibung der Jahre 1974 bis 1982 des gleichen Werks wird er relativ häufig erwähnt – etwa sein Rücktritt als Entwicklungshilfeminister und sein Verhältnis zu Helmut Schmidt, besonders in der Nachrüstungsfrage. Eine eingehende Beschreibung des SPD-Politikers fehlt allerdings auch hier. Eppler wird als Führer der innerparteilichen Opposition gegen Bundeskanzler Schmidt und als Leitfigur der neuen ökologisch-sozialistischen Linken in der SPD betrachtet.¹⁴

Auch in den verschiedenen Darstellungen zur Geschichte der SPD wird Eppler nur am Rande erwähnt.¹⁵ Bei Franz Osterroth und Dieter Schuster sind lediglich seine jeweiligen Funktionen (Bundesminister, Parteivorstand, Präsidium usw.) genau aufgelistet.¹⁶

In den Darstellungen zur Deutschland- und Außenpolitik der Bundesrepublik¹⁷ wird Eppler kaum behandelt. Es werden hauptsächlich sein Wirken in der Friedensbewegung und beim SPD-SED-Papier, seine Kontakte zur DDR-Kirche und seine Rede zum 17. Juni 1989

¹⁰ Vgl. Görtemaker, Manfred, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 523, S. 569, S. 596; vgl. ders., Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 2002, S. 228, S. 259, S. 322.

¹¹ Vgl. Rupp, Hans Karl, Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München/Wien 2000³, S. 205-207, S. 217.

¹² Vgl. Baring, Arnulf, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982, S. 352, S. 537, S. 562f., S. 568, S. 628, S. 634, S. 665f., S. 705, S. 712.

¹³ Vgl. Bracher, Karl Dietrich/Jäger, Wolfgang/Link, Werner, Republik im Wandel 1969-1974. Die Ära Brandt, Stuttgart/Mannheim 1986 (Geschichte der Bundesrepublik Bd. 5/I), S. 22, S. 40f., S. 50, S. 156, S. 349.

¹⁴ Vgl. Jäger, Wolfgang/Link, Werner, Republik im Wandel 1974-1982. Die Ära Schmidt, Stuttgart/Mannheim 1987 (Geschichte der Bundesrepublik Bd. 5/II), S. 10, S. 68, S. 104-106, S. 113, S. 188, S. 202-205, S. 211f., S. 216, S. 218f., S. 256, S. 340, S. 397, S. 400.

¹⁵ Vgl. Miller, Susanne/Potthoff, Heinrich, Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848-1990, Bonn 1991⁷; vgl. Klotzbach, Kurt, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Bonn 1996.

¹⁶ Vgl. Osterroth, Franz/Schuster, Dieter, Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Bd. 3: Nach dem Zweiten Weltkrieg, Berlin/Bonn 1978²; vgl. das Personenregister.

¹⁷ Vgl. Haftendorn, Helga, Abrüstungs- und Entspannungspolitik zwischen Sicherheitsbefriedigung und Friedenssicherung. Zur Außenpolitik der BRD 1955-1973, Düsseldorf 1974; vgl. dies., Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955-1982, Baden-Baden 1986²; vgl. Hoebink, Hein, Westdeutsche Wiedervereinigungspolitik 1949-1961, Meisenheim am Glan 1978; vgl. Hacke, Christian, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Frankfurt am Main/Berlin 2003.

dargestellt.¹⁸ Die fehlende Auseinandersetzung mit dem SPD-Politiker gilt auch für die Werke zur Ost- und Deutschlandpolitik der SPD.¹⁹ In den Arbeiten über den NATO-Doppelbeschluss von Stephan Layritz und Anton Notz werden Eppers sicherheitspolitische Positionen in Ansätzen beschrieben.²⁰ Rolf Reißig geht in seiner Darstellung der SPD-SED-Gespräche, die kurz vor der Fertigstellung der vorliegenden Arbeit erschienen ist, hingegen eingehend auf Eppers Rolle beim SPD-SED-Papier, seine Kritik am Umgang der SED hiermit und seine engen Bindung zur evangelischen Kirche der DDR ein.²¹ Weitere Veröffentlichungen über das SPD-SED-Papier²² liegen vor.

In den Beschreibungen der Ost- und Deutschlandpolitik der evangelischen Kirche wird Eppers Wirken sporadisch²³ erläutert. In Werken über den Kampf gegen die Wiederbewaffnung und die Atombewaffnung sowie über die Friedensbewegung erfolgt gar keine²⁴

¹⁸ Vgl. Potthoff, Heinrich, Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990, Berlin 1999, S. 161, S. 182, S. 263, S. 278f., S. 295, S. 299; vgl. Garton Ash, Timothy, Im Namen Europas, S. 474f., S. 477, S. 480f.

¹⁹ Vgl. Czerwick, Edwin, Oppositionstheorien und Außenpolitik. Eine Analyse sozialdemokratischer Deutschlandpolitik 1955 bis 1966, Königstein/Ts. 1981; vgl. Hrbek, Rudolf, Die SPD - Deutschland und Europa. Die Haltung der Sozialdemokratie zum Verhältnis von Deutschland-Politik und West-Integration (1945-1957), Bonn 1972; vgl. Ashkenasi, Abraham, Reformpartei und Außenpolitik. Die Außenpolitik der SPD Berlin-Bonn, Köln/Opladen 1968; vgl. Schirmer, André, Die Deutschlandpolitik der SPD in der Phase des Übergangs vom Kalten Krieg zur Entspannungspolitik 1955-1970, Münster 1988 (Diss.); vgl. Schmitz, Kurt Thomas, Deutsche Einheit und Europäische Union. Der sozialdemokratische Beitrag zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des programmatischen Wandels einer Oppositionspartei, Bonn 1978; vgl. Bouvier, Beatrix W., Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung. Außen-, sicherheits- und deutschlandpolitische Umorientierung und gesellschaftliche Öffnung der SPD 1960-1966, Bonn 1990.

²⁰ Vgl. Layritz, Stephan, Der NATO-Doppelbeschluss. Westliche Sicherheitspolitik im Spannungsfeld von Innen-, Bündnis- und Außenpolitik, Frankfurt a. M. u.a. 1991 (Diss.), S. 94f., S. 188, S. 201, S. 217f., S. 257, S. 331f.; vgl. Notz, Anton, Die SPD und der NATO-Doppelbeschluss. Abkehr von einer Sicherheitspolitik der Vernunft, Baden-Baden 1990 (Diss.), vgl. das Personenregister.

²¹ Vgl. Reißig, Rolf, Dialog durch die Mauer. Die umstrittene Annäherung von SPD und SED, Frankfurt/Main 2002, vgl. das Personenregister; vgl. ders., Das SPD/SED-Dialogpapier: Absichten, Einsichten, Erfahrungen, in: Thierse, Wolfgang (Hrsg.), Ist die Politik noch zu retten? Standpunkte am Ende des 20. Jahrhunderts, Berlin 1996, S.122-130.

²² Vgl. Skriver, Ansgar, Beachtliches Echo. Zu dem Papier von SPD und SED, in: Lutherische Monatshefte 26. Jg. (1987) Nr. 12, S. 533f.; vgl. Dowe, Dieter (Hrsg.), Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Opposition 1982-1989. Reihe Gesprächskreis Geschichte, Heft 4. Papier eines Kongresses der Friedrich-Ebert-Stiftung am 14. und 15. September 1993 in Bonn, Bonn 1993; vgl. Japs, Gode, Riskanter Dialog. Das gemeinsame Ideologie-Papier von SPD und SED, in: Deutschland-Archiv Nr. 10 1992 (25. Jg.) (S. 1111-1114); eine Sammlung von Originaldokumenten zum SPD-SED-Papier liegt vor: vgl. Brinkel, Wolfgang/Rodejohann, Jo (Hrsg.), Das SPD:SED-Papier. Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, Freiburg i.Br. 1988.

²³ Vgl. Hanke, Christian, Die Deutschlandpolitik der Evangelischen Kirche in Deutschland von 1945 bis 1990. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des kirchlichen Demokratie-, Gesellschafts- und Staatsverständnisses, Berlin 1999 (Diss.); vgl. Heck, Thomas E., EKD und Entspannung. Die Evangelische Kirche in Deutschland und ihre Bedeutung für die Neuformulierung der Ost- und Deutschlandpolitik bis 1969, Frankfurt am Main 1996 (Diss.).

²⁴ Vgl. Dietzelbinger, Eckart, Die westdeutsche Friedensbewegung 1948 bis 1955. Die Protestaktionen gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1984; vgl. Rupp, Hans Karl, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer: Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren. Eine Studie zur innenpolitischen Entwicklung der BRD, Köln 1970; vgl. Otto, Karl A., Der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Motivstruktur und politisch-organisatorische Ansätze, in: Steinweg, Reiner (Hrsg.), Unsere Bundeswehr? Zum 25jährigen Bestehen einer umstrittenen Organisation, Frankfurt am Main 1981, S. 52-105; vgl.

oder kaum²⁵ eine Auseinandersetzung mit ihm. Dies gilt auch für die Darstellungen über die Friedensbewegung in der DDR.²⁶ Lorenz Knorr verweist lediglich auf zwei Äußerungen Eppers 1981, nicht aber auf seine sonstige Rolle in der Friedensbewegung oder seine Mitwirkung in der Bewegung „Kampf gegen den Atomtod“.²⁷

In den Arbeiten über die Notgemeinschaft für den Frieden Europas (NG) und die GVP wird Epper nicht eingehend behandelt.²⁸ Da Barbara Jobke in ihrer Darstellung über die GVP auch in Unterlagen aus Eppers Privatarchiv einsehen konnte, erscheint er bei ihr relativ häufig, ohne dass sie sich allerdings explizit mit seiner Rolle in der GVP auseinandersetzt.²⁹ Eppers Tätigkeit in der GVP und sein frühes Drängen zur SPD beschreibt Josef Müller in seiner detaillierten Darstellung der GVP und NG allerdings recht ausführlich.³⁰ In den für die vorliegende Arbeit relevanten Biographien über die beiden Hauptakteure der GVP, Gustav Heinemann³¹ und Helene Wessel,³² wird vor allem Eppers Engagement in der GVP und seine Anfangszeit der SPD erwähnt.

Auch in anderen Biographien über Politiker wie Reinhold Maier,³³ Eppers Hauptkontrahenten Konrad Adenauer,³⁴ Richard von Weizsäcker,³⁵ Heinrich Albertz³⁶ oder Carlo

Schmitt, Rüdiger, Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Ursachen und Bedingungen der Mobilisierung einer neuen sozialen Bewegung, Opladen 1990; vgl. Schwickert, Reinhard, Sicherheitspolitik und Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Nationale Selbstbehauptung ohne staatliche Verantwortung, Frankfurt a. M. u.a. 1990; vgl. Janning, Josef/Legrand, Hans-Josef/Zander, Helmut (Hrsg.), Friedensbewegungen. Entwicklung und Folgen in der Bundesrepublik Deutschland, Europa und den USA, Köln 1987.

²⁵ Vgl. Wasmuth, Ulrike C., Friedensbewegungen der 80er Jahre. Zur Analyse ihrer strukturellen und aktuellen Entstehungsbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika nach 1945: Ein Vergleich, Gießen 1987; vgl. Holl, Karl, Pazifismus in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988.

²⁶ Vgl. Kuhrt, Eberhard, Wider die Militarisierung der Gesellschaft: Friedensbewegung und Kirche in der DDR, Melle 1984; vgl. Ehring, Klaus/Dallwitz, Martin, Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR, Hamburg 1982.

²⁷ Vgl. Knorr, Lorenz, Geschichte der Friedensbewegung in der Bundesrepublik, Köln 1993, S. 193f.

²⁸ Vgl. Dohse, Rainer, Der Dritte Weg. Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955, Hamburg 1974; vgl. Molt, Peter, Bedingungen und Voraussetzungen der neutralistischen Opposition in der Bundesrepublik Deutschland, vor allem der Gesamtdeutschen Volkspartei, 1949-1954, Heidelberg 1955 (Diss.), vgl. Schubert, Klaus von, Wiederbewaffnung und Westintegration. Die innere Auseinandersetzung um die militärische und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1950-1952, Stuttgart 1970.

²⁹ Vgl. Jobke, Barbara, Aufstieg und Verfall einer wertorientierten Bewegung. Dargestellt am Beispiel der Gesamtdeutschen Volkspartei, Tübingen 1974 (Diss.).

³⁰ Vgl. Müller, Josef, Die Gesamtdeutsche Volkspartei - Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung, Kelheim 1987, vgl. das Personenregister.

³¹ Vgl. Schütz, Uwe, Gustav Heinemann und das Problem des Friedens im Nachkriegsdeutschland, München 1993 (Diss.), S. 150f., S. 179f., S. 323, S. 330; vgl. Koch, Diether, Heinemann und die Deutschlandfrage, München 1972, S. 279, S. 382, S. 412, S. 482; vgl. Lindemann, Helmut, Gustav Heinemann. Ein Leben für die Demokratie, München 1978, S. 175f., S. 187; vgl. Sommer, Karl-Ludwig, Gustav Heinemann, S. 79, S. 153f.; vgl. Vinke, Hermann, Gustav Heinemann, Bornheim-Merten 1986, S. 84, S. 95f.; vgl. Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Nach-Denken. Gustav Heinemann und seine Politik. Wissenschaftliches Symposium am 10. Mai 1999 aus Anlass des 100. Geburtstages von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, Bonn o.J.

³² Vgl. Friese, Elisabeth, Helene Wessel (1898-1969). Von der Zentrumspartei zur Sozialdemokratie, Essen 1993, S. 215, S. 228f., S. 234, S. 255, S. 263.

³³ Vgl. Matz, Klaus-Jürgen, Reinhold Maier (1889-1971). Eine politische Biographie, Düsseldorf 1989.

Schmid³⁷ sowie die für die Zusammenarbeit mit dem Bund der Deutschen wichtigen Persönlichkeiten Wilhelm Elfes³⁸ und Joseph Wirth³⁹ erfolgt keine oder kaum eine Auseinandersetzung mit Eppler. In der Biographie über Johannes Rau wird besonders auf Epplers Herkunft aus der GVP und seinen Protestantismus verwiesen.⁴⁰ Mit Epplers engem Verhältnis zu Fritz Erler, seinem Übertritt in die SPD und seinen ersten Auslandsreisen setzt sich Hartmut Soell in seiner Erler-Biographie auseinander.⁴¹ In der Beschreibung von Egon Bahrs Deutschlandpolitik erscheint Eppler vor allem als Bahrs Vorgänger als Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, ebenso wie kurz Epplers deutschlandpolitisches Wirken erwähnt wird.⁴²

Wichtig sind die Biographien über die beiden sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt. Mit ersterem arbeitete Eppler gut zusammen während es mit letzterem bezüglich der Nachrüstung zu einer heftigen Kontroverse kam.

In einigen Brandt-Darstellungen wird Eppler gar nicht⁴³ oder wie bei Gregor Schöllgen selten (Epplers Teilnahme an der Friedensdemonstration vom 10. Oktober 1981) behandelt.⁴⁴ Peter Merseburger hingegen verweist vor allem auf Epplers Wirken in der Friedensbewegung, seine Kritik an der damaligen Sicherheitspolitik, seine Rolle bei den SPD-SED-Gesprächen und seine Rede vom 17. Juni 1989.⁴⁵ Peter Koch stellt die Tätigkeit

³⁴ Vgl. Schwarz, Hans-Peter, Adenauer. Der Aufstieg 1876-1952, München 1994, vgl. ders., Adenauer. Der Staatsmann 1952-1967, Stuttgart 1991; vgl. ders., Entscheidung für den Westen - Sicherheit, Souveränität, Freiheit und Wiedervereinigung als Strukturelemente westdeutscher Außenpolitik 1949-1955, in: Funke, Manfred (Hrsg.), Entscheidung für den Westen. Vom Besatzungsstatut zur Souveränität der Bundesrepublik 1949-1955, Bonn 1988, S. 9-37; vgl. ders. (Hrsg.), Rhöndorfer Gespräche Band 2. Entspannung und Wiedervereinigung. Deutschlandpolitische Vorstellungen Konrad Adenauers 1955-1958, Stuttgart/Zürich 1979.

³⁵ Vgl. Pflüger, Friedbert, Richard von Weizsäcker. Ein Portrait aus der Nähe, Stuttgart 1990.

³⁶ Vgl. Schuster, Jacques, Heinrich Albertz. Der Mann, der mehrere Leben lebte. Eine Biographie, Berlin 1997, S. 16.

³⁷ Vgl. Weber, Petra, Carlo Schmid 1896-1979. Eine Biographie, München 1996, S. 735, S. 770f., S. 775.

³⁸ Vgl. Eßer, Albrecht, Wilhelm Elfes 1884-1969. Arbeiterführer und Politiker, Mainz 1990 (Diss.), S. 248f.

³⁹ Vgl. Herbstritt, Georg, Ein Weg der Verständigung? Die umstrittene Deutschland- und Ostpolitik des Reichskanzlers a. D. Dr. Joseph Wirth in der Zeit des Kalten Krieges (1945/1951-1955), Frankfurt am Main u.a. 1993; vgl. Hörster-Philipps, Ulrike, Joseph Wirth 1879-1956. Eine politische Biographie, Paderborn u.a. 1998, S. 794, S. 807, S. 809.

⁴⁰ Vgl. Kleine, Rolf/Spruck, Matthias, Johannes Rau. Eine Biographie, München/Düsseldorf 1999, S. 38, S. 57f.

⁴¹ Vgl. Soell, Hartmut, Fritz Erler - Eine politische Biographie, Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1976, 2 Bde., S. 284, S. 487, S. 619f., S. 675f., S. 694, S. 878, S. 1058, S. 1082, S. 1104, S. 1134.

⁴² Vgl. Vogtmeier, Andreas, Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung, Bonn 1996, S. 111f., S. 212f., S. 284-286, S. 315, S. 323.

⁴³ Vgl. Bolesch, Hermann Otto/Leicht, Hans Dieter, Der lange Marsch des Willy Brandt, Tübingen/Basel 1970; vgl. Stern, Carola, Willy Brandt mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Gütersloh 1966.

⁴⁴ Vgl. Schöllgen, Gregor, Willy Brandt. Die Biographie, Berlin/München 2001³, S. 243.

⁴⁵ Vgl. Merseburger, Peter, Willy Brandt. 1913-1992. Visionär und Realist, Stuttgart/München 2002, S. 781, S. 784, S. 796, S. 802, S. 816, S. 824, S. 826-828.

des „antimilitaristisch und ökologisch eingestimmten“ Eppler als Bundesminister, in der Steuerreform-Kommission, beim SPD-SED-Papier und in der Friedensbewegung dar.⁴⁶

In Schmidt-Biographien wird Eppler vor allem als Schmidts innerparteilicher Hauptgegner gesehen. Jochen Thies verstand den Konflikt zwischen beiden als „Zusammenprall eines norddeutschen, calvinistisch geprägten Protestanten mit einem süddeutschen Pietisten.“⁴⁷

Mainhardt Graf von Nayhauß betrachtet ihn hauptsächlich als linken Gegner Schmidts besonders in der Frage der Nachrüstung⁴⁸ und Sibylle Krause-Burger beschreibt den „blitzgescheiterten Chefguru aus Schwaben“ vor allem als Schmidts Widersacher.⁴⁹ Martin Rupperts sieht ihn als Schmidts Gegner und Gegenspieler besonders in der Sicherheitspolitik und hält ihn gegenüber Schmidt sogar für „persönlich rachsüchtig“.⁵⁰ Andrea H. Schneider beschreibt in der Darstellung von Schmidts Tätigkeit in der Großen Koalition vor allem Epplers Wirken als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Damals gab es noch keinen Bruch zwischen beiden.⁵¹ Bei Harald Steffahn wiederum kommt Eppler gar nicht vor.⁵²

Ebenso wenig wird Eppler in den Erinnerungen bekannter Politiker wie Willy Brandt⁵³ oder Richard von Weizsäcker⁵⁴ öfter erwähnt. Egon Bahr stellt in seinen Memoiren hauptsächlich das schlechte Verhältnis zwischen Eppler und Helmut Schmidt und Epplers Rücktritt als Bundesminister dar.⁵⁵ Klaus Harpprecht⁵⁶ deutet in seinem Tagebuch 1973/1974 aus dem Kanzleramt Eppler und seine damalige Stellung in der SPD an, beschreibt sie aber nicht näher. Horst Ehmke stellt Epplers Engagement in der Friedensbewegung, für das SPD-SED-Papier, seine Rede vom 17. Juni 1989 und vor allem seine Auseinandersetzung mit Schmidt dar und betrachtet ihn als „nachdenklichen, beschlagenen Mann mit Sendungsbewußtsein“, als „Missionar“, der den Konflikt mit Schmidt immer mehr zu einer

⁴⁶ Vgl. Koch, Peter, Willy Brandt. Eine politische Biographie, Berlin/Frankfurt a.M. 1988, S. 329, S. 385, S. 388, S. 475, S. 479, S. 488, S. 491.

⁴⁷ Thies, Jochen, Helmut Schmidt's Rückzug von der Macht. Das Ende der Ära Schmidt aus nächster Nähe, Stuttgart 1988, S. 118.

⁴⁸ Vgl. Nayhauß, Mainhardt Graf von, Helmut Schmidt. Mensch und Macher, Bergisch-Gladbach 1988, S. 31, S. 238, S. 512f., S. 584, S. 598, S. 601, S. 609, S. 623, S. 644.

⁴⁹ Vgl. Krause-Burger, Sibylle, Helmut Schmidt. Aus der Nähe gesehen, Düsseldorf/Wien 1980, S. 34, S. 149, S. 177, S. 220-222.

⁵⁰ Vgl. Rupperts, Martin, Helmut Schmidt. Eine politische Biographie, Stuttgart/Leipzig 2002, vgl. das Personenregister. Rupperts Einschätzung, dass das Erlebnis des Zweiten Weltkriegs eine Kluft zwischen Eppler und Schmidt geschaffen habe, da der jüngere Eppler nicht in militärischer Verantwortung gestanden habe, ist nicht zuzustimmen, denn Eppler nahm am Zweiten Weltkrieg als Soldat teil und sah sich ebenso wie Schmidt als sehr von dieser Zeit geprägt. Außerdem ist es falsch, dass Eppler nur fünf Jahre jünger als Schmidt sei; vgl. ebd., S. 34.

⁵¹ Vgl. Schneider, Andrea H., Die Kunst des Kompromisses: Helmut Schmidt und die Große Koalition 1966-1969, Paderborn/München/Wien/Zürich 1999 (Diss.), S. 42, S. 255, S. 265.

⁵² Vgl. Steffahn, Harald, Helmut Schmidt, Reinbek bei Hamburg 1990.

⁵³ Vgl. Brandt, Willy, Erinnerungen, Frankfurt a.M./Zürich 1990⁴.

⁵⁴ Vgl. Weizsäcker, Richard von, Vier Zeiten. Erinnerungen, Berlin 1997.

⁵⁵ Vgl. Bahr, Egon, Zu meiner Zeit, S. 465f., S. 471.

⁵⁶ Vgl. Harpprecht, Klaus, Im Kanzleramt. Tagebuch der Jahre mit Willy Brandt, Leck 2000, S. 35, S. 56, S. 100, S. 139, S. 224, S. 316, S. 318, S. 425.

persönlichen Auseinandersetzung hochstilisiert habe.⁵⁷ Annemarie Renger setzt sich in ihren Memoiren hauptsächlich kritisch mit Epplers Übertritt von der GVP zur SPD, seinem Wirken in der Friedensbewegung und dem SPD-SED-Papier auseinander.⁵⁸

Die Quellenlage über Eppler ist sehr gut. Es existiert eine Fülle seiner öffentlich zugänglichen Bücher,⁵⁹ Zeitschriften- und Zeitungsartikel von ihm⁶⁰ und über ihn. Außerdem lagert in der Friedrich-Ebert-Stiftung sein viele Meter langes Depositum, das in dieser Arbeit erstmals ausgewertet wurde. Auch wurden die Nachlässe und Deposita anderer SPD-Politiker wie Fritz Erler, Gustav Heinemann, Adolf Scheu, Carlo Schmid, Helmut Schmidt, Helene Wessel, Heinz Westphal und Willy Brandt, aber auch der Nachlass des Bundeskanzlers Kurt Georg Kiesinger gesichtet. Zusätzlich konnten Quellen aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts und dem Evangelischen Zentralarchiv verwertet werden, die allerdings aufgrund der 30-Jahres-Sperrfrist nur bis Anfang der siebziger Jahre zugänglich waren. Quellenmaterial aus der ehemaligen DDR steht in Form von Epplers Stasi-Akte bei der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und in Form von Material aus der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR (ZK der SED: Büro Axen, Büro Honecker, Büro Krenz, Arbeitsgruppe Kirchenfragen) zur Verfügung.

Bei der Bearbeitung des SED-Materials aus der DDR ist zu beachten, dass die Stasi-Mitarbeiter unter dem Druck standen, Erfolge zu melden. Eppler beschrieb 1992 die Problematik der Quellen aus der DDR und die „Wahrheitsfindung“ der Stasi so:

„Sicher, die Offiziere der Stasi waren keine Öffentlichkeitsarbeiter oder, wie es in der DDR hieß, keine Agitatoren. Aber das Prinzip der Wahrheitsfindung, das für Presse und Medien, für Funktionäre und Politbüromitglieder galt, hatten offenbar auch sie verinnerlicht. Und so dürften viele bei ihren Berichten auch den Zwischenpunkt gesucht haben zwischen dem, was ein Gesprächspartner zu tun bereit war, und dem, was er eigentlich, wäre er auch ‚fortschrittlich‘ gewesen, hätte tun müssen.“⁶¹

Offene Fragen konnte die Verfasserin durch Interviews mit Erhard Eppler und dem ehemaligen Bundesverfassungsrichter und Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentags, Helmut Simon, und die Einsicht in deren Privatarchive weitgehend klären.

⁵⁷ Vgl. Horst Ehmke, *Mittendrin. Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit*, Berlin 1994, S. 259, S. 262, S. 277, S. 291-295, S. 298f., S. 315f., S. 391-395. Vgl. S. 234f. des vorliegenden Textes.

⁵⁸ Vgl. Renger, Annemarie, *Ein politisches Leben*, S. 196f., S. 221, S. 228, S. 232f. Vgl. S. 79f., S. 308f., S. 353 des vorliegenden Textes.

⁵⁹ Epplers für die Thematik dieser Arbeit relevante Bücher werden im Laufe des Textes beschrieben. Viele seiner Bücher berühren diese Thematik allerdings nur am Rande. So diskutierten Erhard Eppler, Michael Ende und Hanne Tächl 1982 u. a. über Utopien, Wachstum, Wege aus dem technokratischen und bürokratischen Denken; vgl. Eppler, Erhard/Ende, Michael/Tächl, Hanne, *Phantasie/Kultur/Politik. Protokoll eines Gesprächs*, Stuttgart 1982; 1998 beschäftigte Eppler sich mit dem Gegensatz von Politik und Verwaltung, mit der Wiederkehr der Politik; vgl. Eppler, Erhard, *Die Wiederkehr der Politik*, Frankfurt am Main/Leipzig 1998.

⁶⁰ Vgl. hierzu das Literaturverzeichnis.

⁶¹ Eppler, Erhard, *Jenseits der Realität. Die Kommunisten haben die wirtschaftliche und politische Entwicklung der DDR stets als Fortschritt dargestellt, nie als Rückschritt oder Stillstand. Vor diesem Hintergrund sind die Erfolgsmeldungen in den Stasiakten kritisch zu bewerten*, DS, 29.5.1992.

Der Hauptteil der Zeitungsartikel und Reden Eppers befindet sich in der SAMMLUNG PERSONALIA (ERHARD EPPLER) in der Friedrich-Ebert-Stiftung. Oft sind weitere Texte, in denen der Leser Eppers beschriebene Äußerungen außerdem wiederfinden kann, in der Fußnote vermerkt, doch ist es bei der Fülle des Materials unmöglich, z.B. jeden Zeitungsartikel aus der Zeit der Friedensbewegung aufzuzählen. Hier hat die Autorin eine Auswahl getroffen, um dem Leser ermüdende Wiederholungen zu ersparen.

Darüber hinaus wurde für diese Arbeit auf eine Vielzahl veröffentlichter Quellen wie das Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung,⁶² die Stenographischen Berichte der Sitzungen des Deutschen Bundestages⁶³ (5., 6., 7. und 11. Wahlperiode), Materialien der evangelischen Kirche,⁶⁴ die Protokolle verschiedener SPD-Parteitage⁶⁵ und auf Dokumentationen wie die Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik von 1966 bis 1970⁶⁶ und die Dokumente zur Deutschlandpolitik von 1966 bis 1968⁶⁷ sowie die Fraktionsprotokolle der SPD bis 1966⁶⁸ zurückgegriffen.

Durch das kritische Studium der zeitgenössischen Quellen konnte festgestellt werden, dass sich Eppler in der Vielzahl von Büchern und Aufsätzen, in denen er sich rückblickend mit seinem Leben und Wirken beschäftigt, offen und ehrlich zu seiner jeweiligen Tätigkeit und seinen Motiven äußerte. Dies ist alles andere als selbstverständlich für einen Politiker. Anhand der öffentlich zugänglichen Äußerungen von Eppler wird seine theoretische Beschäftigung mit der Deutschland- und Ostpolitik nachgezeichnet. Durch das kritische Studium der vorliegenden Quellen kann auch sein konkreter praktischer Einsatz für die Verwirklichung dieser Ziele dargestellt werden. Hierbei waren Eppers Möglichkeiten wesentlich geringer als bei der Entwicklung ost- und deutschlandpolitischer Positionen.

⁶² Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung.

⁶³ Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 5.-11. Wahlperiode. Stenographische Berichte, Bonn 1965-1990.

⁶⁴ Vgl. Deutscher Evangelischer Kirchentag Hannover 1967. Dokumente, Stuttgart/Berlin 1967; vgl. Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für öffentliche Verantwortung, Friedensaufgaben der Deutschen. Eine Studie, Gütersloh 1968.

⁶⁵ Vgl. Vorstand der SPD (Hrsg.), Bundeskonferenz der SPD 1967. Thema: Die Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung. Protokoll 13. bis 15. November 1967 Bad Godesberg; vgl. ders., Parteitag der SPD vom 17. bis 21. März 1968 in Nürnberg, Protokoll der Verhandlungen. Angenommene und überwiesene Anträge; vgl. ders., Parteitag der SPD. 19. bis 23. April 1982 München. Band I Protokoll der Verhandlungen, Anhang; vgl. ders., Bundesdelegierten-Konferenz und Außerordentlicher Parteitag der SPD, 18. und 19. November 1983 Köln. Protokoll der Verhandlungen. Dokumentarischer Anhang; vgl. ders., SPD Parteitag Essen 17.- bis 21. Mai 1984; vgl. ders., Protokoll vom Parteitag Berlin 27.-28.9.1990; vgl. ders., Protokoll vom Parteitag Bremen, 28.-31. Mai 1991; vgl. ders., Protokoll Parteitag Bonn 12. April 1999.

⁶⁶ Vgl. Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1966-1970 (Hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte. Hauptherausgeber: Hans-Peter Schwarz), München 1997-2001.

⁶⁷ Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik IV Reihe Bd. 12 (1.1.-30.11.1966) - V. Reihe Bd. 2 (1.1.-31.12.1968) (Hrsg. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen), Frankfurt a. M. 1981-1987.

⁶⁸ Vgl. Bracher, Karl Dietrich/Morsey, Rudolf/Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961-1966, bearbeitet von Heinrich Potthoff, Düsseldorf 1993.

Seine Wirkungsmöglichkeiten hingen auch von seiner jeweiligen Stellung in der GVP und SPD ab, die im Verlauf dieser Arbeit, sofern es dazu Material gibt, beschrieben wird.

Die Begriffswahl der Autorin in der vorliegenden Arbeit soll, obwohl in der Zeitgeschichte die Ausdrucksform oft eine politische Meinung ausdrückt, keine politische Wertung enthalten. Es war und ist ein Unterschied, ob man vom „deutschen Wehrbeitrag“, der „Remilitarisierung“ oder der „Wiederaufrüstung“ spricht oder ob die GVP, in der Eppler mitarbeitete, die „Neutralisierung“ Deutschlands oder die „Blockfreiheit“ wollte. In dieser Arbeit werden wertende Begriffe, die von Eppler stammen, deshalb durch Anführungszeichen gekennzeichnet.

Mit dem Problem der Wortwahl und der Sprache setzte sich Eppler selbst immer wieder auseinander.⁶⁹ Die unterschiedliche Begriffswahl in der Deutschlandpolitik beschreibt er folgendermaßen:

„Als ich in die Politik gewirbelt wurde – es war wenig eigener Entschluß dabei – da war ich gegen die Wiederaufrüstung. Aber die anderen waren keineswegs für die ‚Wiederaufrüstung‘, die waren für den ‚Verteidigungsbeitrag‘. Und ich war für die ‚Bündnisfreiheit‘ Deutschlands. Die anderen waren gar nicht gegen die Bündnisfreiheit, sondern gegen die ‚Neutralität‘ oder gar gegen die ‚Neutralisierung‘. Ich will damit sagen: dieselbe Wirklichkeit aus verschiedenen Perspektiven wird verschieden benannt, legitimerweise. Denn in dem Begriff Wiederaufrüstung war ein legitimer Aspekt, nämlich verglichen mit dem, was wenige Jahre vorher geschehen war, nämlich die totale Entwaffnung der deutschen Armee war das ein ‚Wieder‘-. Die anderen haben das unter einem anderen Aspekt gesehen, nämlich ein Beitrag zu etwas, was kommen sollte, das war auch legitim. Das heißt, Politik ist legitimes Benennungshandeln, und in jeder dieser Benennungen ist ein Stück Wirklichkeit – in der einen mehr, in der anderen weniger.

Es gibt natürlich Benennungen, bei denen die Wirklichkeit gegen Null tendiert, und da muß man nun besonders vorsichtig sein. Die deutsche Einheit: die einen sagten ‚Vereinigung‘, die anderen sagten ‚Wiedervereinigung‘, dritte sagten ‚Beitritt‘ nach der Verfassung, wieder andere sagten ‚Anschluß‘. In all diesen Ausdrücken ist ein Stück Wirklichkeit. Aber möglicherweise alle zusammen ergeben immer noch nicht die ganze Wirklichkeit. Und weil das so ist, ist der Streit um politische Begriffe notwendig, und meistens gewinnt der, dessen Benennung einer Mehrheit plausibel erscheint. So eng ist das Verhältnis von Sprache und Macht.“⁷⁰

Schon Ende der fünfziger Jahre sah Eppler den Neutralismus so:

„Was ist dann Neutralismus? Genau genommen eine Ideologie, zu deren Grundsatz es gehört, zwischen allen denkbaren Mächten und Werten neutral zu sein, nie Farbe zu bekennen, sich feige hindurchzulavieren mit einem Minimum an Charakter. Neutralismus wäre die Ideologie, die keine Werte (etwa die Freiheit) für verpflichtend und daher Verrat an allen Werten für selbstverständlich hält. Weder Fisch noch Fleisch: das wäre der Neutralist, wenn dieses Wort überhaupt einen Sinn haben soll. Und in der Tat: genauso wird es gebraucht. ... Dieses Wort ist seinem Ursprung nach polemisch. Es ist ein Etikett, das man jedem aufklebt, der die Kreise der kalten Krieger stört, vorausgesetzt, daß man ein schlimmeres Etikett gerade nicht parat hat. Es hat nur einen Nachteil: daß es nirgendwo wirklich passt, dass es neutralistische Politiker gar nicht gibt. ... Der Gedanke der Neutralität eignet sich nicht zur Ideologie. Er entsteht da, wo Neutralität sich als realpolitisch zweckmäßige Lösung anbietet. Der ganze Sinn des Wortes ‚Neutralismus‘ ist es, solche aus politischer

⁶⁹ Vgl. z. B. Eppler, Erhard, Kavalleriepferde beim Hornsignal. Die Krise der Politik im Spiegel der Sprache, Frankfurt am Main 1992, vor allem Kapitel 2, S. 182.

⁷⁰ Ders., Die politische Sprache und die Krise der Politik, in: Friedrich-Ebert-Stiftung/Fritz Erler Akademie Freudenstadt (Hrsg.), 20 Jahre Fritz Erler Akademie – 10 Jahre in Freudenstadt. Festakt anlässlich des Jubiläums am 24. August 1994 im Kur- und Kongreßzentrum Freudenstadt, Bonn 1994 (S. 21-37), S. 32; ähnlich, ders., Kavalleriepferde beim Hornsignal, S. 122.

Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit entstandene Gedanken umzufälschen in eine verstiegene Ideologie der Schwärmer, der Feigen, der Lauen und der polizeiwidrig Dummen.“⁷¹

Diese Arbeit folgt der neuen deutschen Rechtschreibung. Da wörtliche Zitate in der alten Rechtschreibung dargestellt werden, ist diese Arbeit orthographisch uneinheitlich. Die Verfasserin bemüht sich gemäß der Forderung von Hans-Peter Schwarz um größtmögliche Lesbarkeit der Arbeit, ohne den wissenschaftlichen Anspruch zu vernachlässigen:

„Ohne Anschaulichkeit, ohne die Fähigkeit, auch die historische Phantasie anzusprechen, ohne Bereitschaft der Forscher, nicht nur für die Kollegen, sondern auch für ein breiteres gebildetes Publikum zu schreiben, wird letzten Endes auch die Geschichte der Bundesrepublik nicht neu erfahrbar werden.“⁷²

Mit der vorliegenden Arbeit soll es dem Leser ermöglicht werden, sich selbst ein Urteil über Eppler und sein Tun zu bilden. Die Autorin richtet sich nicht nach der Maxime von Johann Wolfgang von Goethe:

„Die Pflicht des Historikers ist zwiefach: erst gegen sich selbst, dann gegen den Leser. Bei sich selbst muß er genau prüfen, was wohl geschehen sein könnte, und um des Lesers willen muß er festsetzen, was geschehen sei. Wie er mit sich selbst handelt, mag er mit seinen Kollegen ausmachen; das Publikum muß aber nicht ins Geheimnis hineinsehen, wie wenig in der Geschichte als entschieden ausgemacht werden kann.“⁷³

⁷¹ Ders., Neutralismus, in: ders., Spannungsfelder. Beiträge zur Politik unserer Zeit, Stuttgart 1969² (S. 192-195) S. 193f. (Eilt, Nr. 4, April 1958).

⁷² Vgl. Schwarz, Hans-Peter, Geschichtsschreibung und politisches Selbstverständnis. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland - Herausforderung für die Forschung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 32. Jg. B 36/82 (S. 3-16), S. 16.

⁷³ Goethe, Johann Wolfgang von, Maximen und Reflexionen, in: Trunz, Erich/Schrimpf, Hans Joachim (Hrsg.), Goethes Werke, Bd. 12, München 1981, S. 390.

1. Epplers Weg in die Politik

1.1. Der junge Eppler

Eppler wuchs bis zum Kriegsende 1945 im ungeteilten Deutschland auf. Das ist für ihn der Grund dafür, dass seine Generation nie Schwierigkeiten mit der deutschen Einheit hatte.⁷⁴ Allerdings erlebte seine Generation als Jugendliche keine Demokratie und konnte nach Kriegsende nicht an die demokratischen Erfahrungen älterer Politiker bzw. das unbelastete Vorgehen der wenige Jahre Jüngeren anknüpfen. Eppler selbst wurde noch als Schüler „Flakhelfer“ – ein beschönigender Begriff, da die Schüler als Ersatz für Flak-Soldaten eingesetzt wurden - und nahm bis 1945 am Zweiten Weltkrieg teil. Den Angehörigen seiner Generation ist oft die Angst vor einem neuen Krieg, aber auch die mangelnde Erfahrung mit Demokratie gemeinsam.

Eine funktionierende Demokratie lernte Eppler während seines Studiums in der Schweiz kennen. Dort intensivierte sich auch sein Verständnis des Christentums und seine Politisierung begann. Besonders wichtig waren drei Vorträge, die er in dieser Zeit hörte: von Barth, Heinemann und Noack.

Eppler beschäftigte sich besonders in den letzten zwanzig Jahren sehr stark mit dem Nationalsozialismus und seiner Rolle als Soldat. Seine in diesem Kapitel beschriebenen Wertungen dieser Zeit sind alle rückblickend, da der Autorin erst ab 1952 Briefe und anderes Quellenmaterial von Eppler vorliegen. In den fünfziger Jahren setzte er sich außer einer allgemeinen Ablehnung eines erneuten Krieges nicht eingehend mit dem Zweiten Weltkrieg auseinander.

KINDHEIT UND JUGEND (1926 BIS 1952) – DIE JAHRE BIS ZUM EINSTIEG IN DIE POLITIK

Erhard Eppler wurde am 9. Dezember 1926 in Ulm geboren. Er erlebte von 1943 bis 1945 als Soldat den Zweiten Weltkrieg. Nach dem Kriegsende studierte er in Frankfurt am Main, Bern und Tübingen Englisch, Deutsch und Geschichte und wurde 1951 Doktor der Philosophie mit der Arbeit *DER AUFBEGEHRENDE UND DER VERZWEIFELNDE ALS HELDENFIGUR DER ELISABETHANISCHEN TRAGÖDIE*. Von 1953 bis 1961 war er Lehrer am Gymnasium Schweningen/Neckar. Gleichzeitig engagierte er sich in der GVP und als Kommunalpolitiker in der SPD.⁷⁵ Mit seiner Wahl 1961 in den Deutschen Bundestag wurde Eppler Berufspolitiker.

Wichtig für Epplers Verständnis ist sein geographisches Umfeld. Er wuchs in Kleinstädten auf (Ulm, ab 1930 Schwäbisch Hall), in denen er sich nach eigenem Bekunden wohler als in der Großstadt mit ihrer „bedrückenden“ Anonymität fühlte. Er empfand selbst das Dritte

⁷⁴ Vgl. Eppler, Erhard, *Komplettes Stückwerk*, S. 165.

Reich in einer Kleinstadt wie Schwäbisch Hall, in der er heute wieder lebt, als wesentlich menschlicher als in der Großstadt, weil man die Machthabenden und ihre Schwächen von früher gekannt habe.

Neben der schwäbischen Kleinstadt war für Eppler der schwäbische Liberalismus eine bedeutende Prägung. Der schwäbische Liberalismus wurde nach seiner Einschätzung vor allem in seiner Familie mütterlicherseits vertreten und weniger bei seinem Vater. Er las wie seine Eltern als Kind DIE HILFE, das Organ Friedrich Naumanns, mit dem sein Großvater befreundet war. Auch der Liberale Theodor Heuss und seine Frau besuchten seine Großeltern mütterlicherseits im Ulmer Pfarrhaus.⁷⁶ Außerdem wählten seine Eltern nach Epplers Aussage vor 1933 liberal.⁷⁷ Eppler setzte sich besonders in den sechziger Jahren mit dem Liberalismus und mit Friedrich Naumann auseinander.⁷⁸ Trotz seinem liberalen Elternhaus trat er nicht in die FDP ein, denn er sah spätestens seit den fünfziger Jahren Naumanns Erbe eher in der SPD und ihrem Godesberger Programm als bei der damaligen FDP vertreten.

Der spätere Sozialdemokrat stammte also aus keinem typisch sozialdemokratischen Umfeld. Eppler hatte nur bei seiner halbjährigen Arbeit in einer Fabrik im Krieg und nach Kriegsende und später in der SPD Kontakt zu Arbeitern.⁷⁹ Er betrachtet sich nicht als geborenen Sozialdemokraten, auch aufgrund seines späten Eintritts in die SPD mit 29 Jahren. Vielmehr komme er aus einem bürgerlichen Elternhaus und sei als Heranwachsender vom NS-Staat geprägt gewesen.⁸⁰

Eppler sieht sich in der Tradition eines liberalen Pfarrhauses und einer Familie „armer Altbauern“. Er empfand sein Elternhaus für die damaligen Verhältnisse als frei und „ultra-liberal“. Er sei in einer gewissen Polarität zwischen dem kargen, sparsamen und sehr gewissenhaften Lebensstil seines Vaters, der Schulleiter war, und dem eher lebenslustigen, weltoffenen und kulturell empfänglichen Lebensstil der Mutter, einer Pfarrerstochter, aufgewachsen. Schon als Kind lernte er seine spätere Frau Irene Schäpperle kennen, die er 1951 heiratete.

Er lehnte die Behauptung, er stamme aus einer streng pietistischen Familie und sei Pietist, stets ab. Seiner Ansicht nach wurde er in der württembergischen Kirche als einer der Anti-

⁷⁵ Vgl. Kapitel 1.2. und 2.

⁷⁶ Vgl. Eppler, Erhard, Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit, Gespräche über ein Politikerleben mit Freimut Duve, Reinbek bei Hamburg 1978, S. 14-17.

⁷⁷ Vgl. ders., Warum bin ich Sozialdemokrat. Dr. Erhard Eppler, Vorstand der SPD (Hrsg.), Bonn o.J. (ca. 1969).

⁷⁸ Vgl. ders., Erhard, Die Mehrheit links vom Zentrum. Theoretischer und praktischer Liberalismus – Friedrich Naumann. Vortrag Freiburg 1963, in: ders., Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit (S. 38-49) (gleicher Text: ders., Theoretischer und praktischer Liberalismus – Friedrich Naumann und die Mehrheit links vom Zentrum, in: ders., Spannungsfelder, S. 42-59); vgl. ders., Liberale und Soziale Demokratie. Zum politischen Erbe Friedrich Naumanns, Villingen 1961.

⁷⁹ Vgl. ders., Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit, S. 17f.; vgl. auch ders., Warum bin ich Sozialdemokrat.

poden des Pietismus empfunden, doch halte man nördlich des Mains jeden schwäbischen Kirchgänger für einen Pietisten. Eppler forderte sogar, diese Behauptung den schwäbischen Pietisten nicht zuzumuten, denn für diese sei er so etwas „wie der Satan persönlich.“⁸¹

Nach seinem Empfinden dominierten in seinem „mittelständischen“ Elternhaus die Kinder. Er war der mittlere von sieben. Er spürte kaum eine bewusste und systematische Einwirkung der Eltern.

Trotz seiner Distanz zur Kirche respektierte Epplers Vater die Entscheidung seines Sohnes, sich konfirmieren zu lassen. Eppler sieht rückblickend seine Motive zur Konfirmation nicht in seinem überzeugten Christentum, sondern zum Teil als Opposition zu denen, die sich mit Blick auf die nationalsozialistische Ideologie nicht konfirmieren ließen. Als sein Vater im April 1941 kurz nach seiner Konfirmation an einer Lungenentzündung starb, übernahm sein ältester Bruder, den Eppler als „guten Geist“ der Familie empfand, Verantwortung für die Familie. Dieser Bruder wurde allerdings kurz nach dem Tod des Vaters zur Wehrmacht einberufen. Nach diesen Erlebnissen fühlte sich der damals vierzehnjährige Eppler für seine Mutter und die drei kleineren Schwestern verantwortlich. Er empfand sein Elternhaus erst mit dem Tod des ältesten Bruders 1944 als ganz vaterlos.⁸²

Eppler nahm ab September 1943 als Flakhelfer, ab März 1944 beim Reichsarbeitsdienst, ab Juni als Panzerjäger beim Heer und ab Oktober 1944 an der Westfront am Zweiten Weltkrieg teil.⁸³ Am 23. April 1945 informierte sein Kompaniechef die Soldaten über die geplante Kapitulation der Truppen vor Hamburg am nächsten Tag und stellte es den Soldaten frei zu gehen, um nicht in Gefangenschaft zu geraten. Dies tat Eppler. Nach 18 Tagen Fußmarsch erreichte er am 10. Mai 1945, zwei Tage nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht, seine Heimat⁸⁴ als erster der älteren Geschwister. Da sein Elternhaus amerikanische Soldaten beschlagnahmt hatten, wohnte seine Mutter mit den kleinen Schwestern bei Bekannten.⁸⁵ Er beschreibt rückblickend seine damaligen Empfindungen:

„Viele, auch ich, wunderten sich, daß sie überlebt hatten. Und nun wollten sie in diesen letzten Tagen nicht verspielen, was sie als unverhofftes Glück empfanden. Wir wollten – vollends – überleben. Und wir wollten uns behaupten in einer Welt, die wir nicht kannten, einer Welt, die bestimmt sein konnte von der Rache oder der Großmut (sic!) der Sieger. Viel mehr, fürchte ich, hat sich in meinem Kopf damals nicht abgespielt.“⁸⁶

⁸⁰ Vgl. Eppler, Erhard, Komplettes Stückwerk, S. 121.

⁸¹ Vgl. ders., Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit, S. 53-57; vgl. Im Gespräch: Ein Pietist, der keiner ist, FR, 31.10.1975.

⁸² Vgl. ders., Freiheit hieß das Zauberwort, in: Pörtner, Rudolf (Hrsg.), Mein Elternhaus. Ein deutsches Familienalbum, Düsseldorf/Wien 1988³ (S. 271-276), S. 271-276 (gleicher Text: ders., Mein Elternhaus: Freiheit hieß das Zauberwort, in: ders., Einsprüche. Zeugnisse einer politischen Biographie. Hrsg. von Albrecht Bregenzer u.a., Freiburg im Breisgau 1986 (S. 30-36)); vgl. ders., Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit, S. 53-55.

⁸³ Vgl. ders., Als Wahrheit verordnet wurde. Briefe an meine Enkelin, Suhrkamp 1997, S. 119-166.

⁸⁴ Vgl. ders., Erhard Eppler, in: Sarkowicz, Hans (Hrsg.), „Als der Krieg zu Ende war“. Erinnerungen an den 8. Mai 1945 Frankfurt am Main/Leipzig 1995 (S. 138-142), S. 139.

⁸⁵ Vgl. ders., Freiheit hieß das Zauberwort, S. 276.

⁸⁶ Ders., Erhard Eppler, S. 142.

Das Erlebnis des Zweiten Weltkriegs und des Nationalsozialismus beeinflusste Eppers späteres Handeln. Er beschäftigte sich vor allem im Alter sehr stark mit dieser Zeit. Dies zeigen seine Beschreibungen des Kriegs und wie er von Konzentrationslagern erfuhr,⁸⁷ seine Auseinandersetzung mit der Sprache der Nationalsozialisten und der heutigen Sprache, mit Sprache als Instrument der Manipulation,⁸⁸ und seine Äußerungen im baden-württembergischen Landtag zur Tätigkeit des Ministerpräsidenten Filbinger als Marinestabsrichter am Ende des Zweiten Weltkriegs.⁸⁹ In seiner Darstellung der Jahre 1933 bis 1945 erläutert Epper vieles in diesem Kapitel beschriebene ausführlicher, z.B. die mangelnde Erfahrung seiner Generation mit der Demokratie:

„Meine Altersgruppe sollte man vielleicht gar nicht fragen, ob wir für oder gegen das NS-Regime gewesen seien. Wir sind in den NS-Staat hineingewachsen, wußten nicht, was vorher war, was Demokratie, freie Wahlen oder Menschenrechte seien, und konnten uns etwas ganz und gar anderes gar nicht vorstellen. Der HJ-Dienst, der Kreisleiter, das Reden von d e r Partei, so als ob es nie andere gegeben hätte, das war für uns der Rahmen, den wir – oder doch die allermeisten von uns – nicht in Frage stellten, weil wir gar nicht die Phantasie, das Wissen, die Erfahrung hatten, ein Gegenbild zu alledem zu entwerfen. Wir richteten uns ein, nützten die Chancen, die sich boten, lachten über die meisten örtlichen Repräsentanten und opponierten, wo uns etwas zu sehr gegen den Strich ging. ... Später wurde manches anders, ernsthafter, gefährlicher, aber dadurch vielleicht eher noch widersprüchlicher. ... Natürlich schäme ich mich für vieles, was ich damals getan, geredet, noch mehr für das, was ich nicht getan, nicht gesagt, nicht versucht habe. Es hat Jahre gedauert, bis ich mir eingestehen konnte, daß ich, keineswegs nur gezwungen, Werkzeug eines Systems war, dessen Sieg nicht nur das alte Europa deformiert, sondern auch mein eigenes Leben verdorben, in eine Richtung gelenkt hätte, die mir nicht gemäß gewesen wäre. Denn für die Aufgaben, die Hitler den Überlebenden meiner Generation zugeordnet hatte, hätte ich doch wohl nicht getaugt.“⁹⁰

Seine Generation hatte nach Kriegsende nach Eppers rückblickender Einschätzung keine klaren politischen Ziele. Einigkeit habe lediglich darin bestanden, ein System wie den Nationalsozialismus in Zukunft zu verhindern. Seine negativen Erinnerungen an den Nationalsozialismus und den Krieg und sein Willen, ähnliches in Zukunft zu vermeiden, seien ein Impuls für seine spätere Mitarbeit in der SPD gewesen.⁹¹ Dies gilt auch für sein Engagement in der GVP.⁹² Seiner Ansicht nach hatte seine Generation aufgrund des Nationalsozialismus eine Abneigung gegen Ideologien:

⁸⁷ Vgl. ders., Am Rande von Belsen. Erinnerungen an das Kriegsende, SZ, 20.4.1985; vgl. ders. Tröstet, tröstet mein Volk, in: ders., Einsprüche, S. 317-319.

⁸⁸ Vgl. ders., Das Wort als Waffe, Ev. Akademie Nordelbien, 26.4.1986 (13 S.). Die S. 9-13 sind gesondert abgedruckt: ders., Wenn Worte zur tödlichen Waffen werden. Sprache wird als Instrument der Manipulation verwendet, Lutherische Monatshefte 25. Jg. (1986) Nr. 6 (S. 269f.).

⁸⁹ Vgl. ders., Zum Fall Filbinger. Erklärung vor der Landespressekonferenz, 8.5.1978, in: ders., Einsprüche, S. 136-138; vgl. ders., Rede zur Regierungserklärung von Ministerpräsident Filbinger am 9. Juni 1978 (Auszug), in: ebd., S. 139-150.

⁹⁰ Ders., Als Wahrheit verordnet wurde, S. 104, S. 182.

⁹¹ Vgl. ders., Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit, S. 16f.; vgl. ders., Warum bin ich Sozialdemokrat; vgl. ders., „Was meint er eigentlich mit sozialer Geduld?“ Laudatio auf Dieter Lattmann, in: Dieter Lattmann, Deutsch-deutsche Brennpunkte. Ein Schriftsteller in der Politik, Berlin (Ost) 1990 (S. 261-268), S. 263.

⁹² Vgl. Kapitel 1.2.

„Was heute die Mitt-Vierziger in der deutschen Politik über die Parteien hinweg miteinander verbindet, ist ihr Misstrauen gegen jegliche Ideologie. Sie wurden, halbe Kinder noch, gegen Ende des Krieges im Namen einer allein seligmachenden Ideologie als letztes Aufgebot an die Front geschickt und sind zurückgekehrt mit einem unüberwindlichen Abscheu gegen jeden Versuch, Menschen zu Werkzeugen einer ‚Weltanschauung‘, zu Mitteln für irgendwelche hehren Zwecke zu degradieren. ... wir wußten nach dem Kriege nicht so genau, was wir wollten (...). Wir wußten allerdings genau, was wir nicht wollten: das, was sich uns in Form grauenhafter Bilder aus den letzten Kriegsjahren eingeprägt hatte.“⁹³

Nach Epplers Überzeugung war für seine Generation aufgrund des Ziels, in Deutschland einen erneuten Nationalsozialismus zu verhindern, und der Abneigung gegen Ideologien die NATO kein „Happy End“, sondern ein „vernünftiger“, noch länger „unentbehrlicher Zusammenschluss zum Schutz gemeinsamer Interessen und der gemeinsamen Freiheit“ und die deutsche Einheit kein Dogma, sondern „etwas Vernünftiges“. Er betonte, dass seine Generation nicht persönlich für die Ereignisse der NS-Zeit haftbar gemacht werden könne und froh sei, an diese Zeit nicht allzu oft erinnert zu werden.⁹⁴

Eppler betrachtet rückblickend die „Flakhelfergeneration“, der Hans-Jochen Vogel und er angehörten, als Angstgeneration zwischen den Erwachsenen, die sich gegen das NS-Regime bewährt hatten, und den durch Erfahrungen weniger belasteten nur wenige Jahre Jüngeren, die die neue Demokratie tragen wollten. Seine Generation hätte nicht das Recht „des Führers“, sie im „Interesse des Vaterlandes“ zu „verheizen“, bezweifelt. Epplers Ziele waren einerseits, die Erlebnisse der NS-Zeit aufzuarbeiten, und andererseits, die eigenen Erlebnisse nicht zu vergessen. Er war davon überzeugt, dass es im Heer sowohl „peinliche Korrektheit“ als auch „erstaunliche Brutalität“ gegeben habe, und lehnte es ab, dem einzelnen Soldaten der Ostfront pauschal verbrecherisches Tun vorzuwerfen. Für Eppler war es ein Zufall, dass er im Oktober 1944 nicht nach Osten, sondern nach Holland geschickt worden war.⁹⁵

Bei einer Podiumsdiskussion 1999 zur Ausstellung VERNICHTUNGSKRIEG. VERBRECHEN DER WEHRMACHT 1941-1944 vertrat Eppler die Ansicht, dass sich die Deutschen wegen des Kalten Kriegs erst jetzt und nicht schon in den fünfziger Jahren mit dem Zweiten Weltkrieg beschäftigten. Im Kalten Krieg sei es inopportun gewesen, über die Verbrechen der Wehrmacht im Osten zu reden. Er habe unter dem „Hochmut und der moralischen Überlegenheit“ gelitten, mit der in den fünfziger Jahren die Ereignisse im Osten ignoriert worden seien.

Er warnte vor einer Simplifizierung und Moralisierung der Geschichte, gerade bei der Betrachtung der Ereignisse aus weiter Entfernung. Die Aktivität der Wehrmacht sei im Osten

⁹³ Eppler, Erhard, Ideologie und Pragmatismus, in: Bulletin 2.3.1971 Nr. 30 (S. 309-312), S. 309.

⁹⁴ Vgl. ders., Deutschland als Friedenszone für den Frieden in Europa, in: Bulletin 19.6.1969 Nr. 79 (S. 677-679), S. 677f. (gleicher Text: ders., Reden auf die Republik, S. 97-105).

⁹⁵ Ders., „Die Wehrmacht auch...?“, in: Däubler-Gmelin, Herta/Schmidt, Helmut/Schmude, Jürgen, Gestalten und Dienen. Fortschritt mit Vernunft. Festschrift zum 70. Geburtstag von Hans-Jochen Vogel, Baden-Baden 1996 (S. 109-117), S. 109-115 (gekürzte Fassung: ders., Ansprache zur Eröffnung der Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht“ am 10.9.1995 in Stuttgart, in: Betrifft Justiz, 1995 Nr. 44, S. 173-176).

und im Westen verschieden gewesen. Eppler war davon überzeugt, dass es oft am jeweiligen Befehlshaber gelegen habe, ob eine „Schweineerei“ passiert sei oder nicht und dass viele Offiziere die Nationalsozialisten und den Vernichtungskrieg abgelehnt hätten. Seiner Meinung nach hielt am Ende die Wehrmacht nicht die NS-Ideologie, sondern ein Patriotismus zusammen, der die Besetzung Deutschlands verhindern wollte. Dies war für ihn der Grund dafür, dass viele „anständige Offiziere und Soldaten“ trotz Zweifeln bei der Wehrmacht geblieben seien.

Da die völkerrechtswidrigen Befehle an die Wehrmacht für den Krieg in der Sowjetunion lange vor dem Überfall formuliert worden seien, gab es seiner Überzeugung nach keine Entschuldigung für das Verhalten der Wehrmacht. Er erklärte eindeutig, dass sich die Soldaten an diesem Vernichtungskrieg niemals hätten beteiligen sollen.

Dennoch wehrte Eppler sich wieder dagegen, das Verhalten der Wehrmachtsangehörigen zu pauschalisieren und aus der objektiven Tatsache des verbrecherischen Kriegs zu folgern, dies sei eine Generation von Verbrechern. Zum einen unterstütze so eine Pauschalisierung die Rechtsradikalen und ihre Empörung über die Ausstellung. Zum anderen habe er sich, auch wenn die Soldaten teilweise Werkzeuge eines Vernichtungskriegs gewesen seien, als Soldat nicht als Verbrecher gefühlt und sei auch nicht auf einen Vernichtungskrieg vorbereitet worden. Nach seiner Einschätzung mussten die objektiven Tatsachen und das subjektive Empfinden eines Wehrmachtsangehörigen verschieden sein. Er forderte gerade von den Spätgeborenen, dieses subjektive Empfinden ernst zu nehmen.

Wieder war es Epplers Ziel, sich der Erinnerung an die NS-Zeit mit den Briefen an seine älteste Enkelin, durch die Förderung der Wehrmachtsausstellungen und die Eröffnung einer der Ausstellungen zu stellen. Er betonte, dass er aus der Scham seiner Beteiligung am Krieg nach Kriegsende in die Politik gegangen sei, um sich für eine bessere Zukunft einzusetzen. Wenn er sich als Verbrecher gefühlt hätte, hätte er das nicht gewagt, denn ein Verbrecher könne im Gegensatz zu einem sich Schämenden eine Demokratie nicht mit aufbauen.⁹⁶

Prägend für Epplers späteres Verhältnis zu Atomwaffen war der Abwurf der Bombe von Hiroshima:

„Ich war noch keine 19 Jahre alt, hatte mich eben aus dem Krieg, genauer gesagt, aus der Lüneburger Heide zu Fuß nach Hause, nach Schwaben durchgeschlagen. Ich hatte einiges an Scheußlichkeiten gesehen, aber jetzt waren es die unvorstellbaren Kräfte jener neuen Bombe, die mich in meinen Träumen verfolgten. ... Aber was da aus dem Bewußtsein verdrängt wurde, weil es unsere Vorstellungskraft überstieg, das nahm Besitz vom Unterbewußtsein, um es nie wieder loszulassen.“⁹⁷

⁹⁶ Vgl. Dowe, Dieter (Hrsg.), „Mein Vater war doch kein Verbrecher – und doch hat er einem verbrecherischen Regime gedient.“ Warum trifft uns das heute noch?, Bonn 1999, S. 8-49; vgl. die ähnliche Argumentation: Henkel, Peter, Wehrmachtsoffiziere verteidigt. SPD-Politiker Eppler hält die meisten Soldaten für anständig, FR, 11.9.1995.

⁹⁷ Eppler, Erhard, Die Bombe von Hiroshima hat uns eingeholt, in: Petra Kelly (Hrsg.), Laßt uns die Kraniche suchen. Hiroshima – Analysen, Berichte, Gedanken, München 1983 (S. 137f.), S. 137.

Rückblickend vertritt Eppler die Vorstellung, dass der 8. Mai 1945 den Deutschen die Chance eines freien und sinnvollen Lebens gegeben habe, aber nur wenige Deutsche diesen Tag damals als Befreiung empfunden hätten.⁹⁸ Die meisten seien eher erleichtert gewesen. Damals habe er sich nicht gefragt, ob die Deutschen befreit worden seien, denn er sei mit dem Überleben beschäftigt gewesen. Er arbeitete in einer Pappfabrik und lernte „verbissen“ Spanisch, da ein Onkel in Chile ihm angeboten hatte, dorthin zu kommen, falls es in Deutschland keine Lebenschancen gebe. Ab Spätherbst 1945 besuchte Eppler die wieder eröffnete Oberschule, da sein Notabitur nicht anerkannt wurde. Er und die anderen Schüler waren seiner Meinung nach „geistig ausgehungert“. Diesen Wissensdurst hätten nur wenige Lehrer gestillt, vor allem Gerhard Storz⁹⁹, der ihn schon früher unterrichtet hatte.¹⁰⁰

„Während der amerikanische Holzhammer ‚Umerziehung‘ mich mehr betäubte als erweckte, begriff ich bei Storz, was Demokratie sein konnte: Im Nationalsozialismus seien die Menschen um des Staates willen dagewesen, in der Demokratie gebe es den Staat nur um der Menschen willen. ... Als Storz mit ein paar Geschäftsleuten in Hall die CDU gründete, fühlte ich mich versucht, mitzumachen. Aber dann fand ich doch, daß ich in diese Gesellschaft nicht paßte.“¹⁰¹

„Er war einer der wenigen Lehrer, von dem wir nicht nur ahnten, sondern auch wußten, daß er die Nazis nicht leiden konnte. Uns gefiel dies, nicht, weil wir Widerstandskämpfer gewesen wären, sondern weil es einmal etwas anderes war, und weil junge Leute Opposition gegenüber der Obrigkeit zu schätzen wissen. ... Kein Lehrer, auch nicht später auf der Universität, hat so stark auf mich gewirkt wie Storz, obwohl mein politischer Weg in eine andere Richtung führte.“¹⁰²

Storz gab Eppler, der seiner Einschätzung nach damals „desorientiert und hilflos“ war, nach 1945 die erste politische Orientierung.¹⁰³ Epplers Generation lernte als Heranwachsende nicht die Demokratie, sondern die Diktatur kennen. Nach seiner Ansicht entwarfen selbst die Gegner des Nationalsozialismus nie das „Gegenbild einer funktionierenden, lebendigen, erfolgreichen Demokratie“. Die amerikanischen Umerziehungsbemühungen waren nach Epplers Aussage zumindest im ersten halben Jahr nach Kriegsende bei ihm erfolglos, denn die Amerikaner hätten in Schwäbisch Hall als Sieger Demokratie verordnen wollen. Er hält dieses Verhalten im Rückblick für verständlich, habe aber nach der Erfahrung des Nationalsozialismus Verordnungen abgelehnt und sei wie die meisten misstrauisch gegen jede Demokratie gewesen. Demokratie habe er nur von glaubwürdigen Demokraten wie Storz lernen können.¹⁰⁴

Nach Abschluss des Abiturs im Herbst 1946 wurde Eppler zum Studium in Frankfurt am Main zugelassen. Aufgrund der harten Lebensbedingungen, vor allem der schlechten Er-

⁹⁸ Vgl. ders., Die Chance eines freien, anständigen Lebens, Das Sonntagsblatt, 21.4.1995.

⁹⁹ Gerhard Storz, CDU, Literaturwissenschaftler, später Kultusminister von Baden Württemberg, hat zusammen mit Dolf Sternberger das WÖRTERBUCH DES UNMENSCHEN herausgegeben.

¹⁰⁰ Vgl. Eppler, Erhard., In der Hand der Sieger. Aus dem Krieg heimgekehrt, in: Spiegel Nr. 20 (17.5.1999) (S. 100-103), S. 100f.

¹⁰¹ Ders., ebd., S. 101f.

¹⁰² Vgl. ders., Der ungewöhnliche Lehrer. Der Lebensbericht von Gerhard Storz: „Im Lauf der Jahre“, Zeit, 25.1.1974.

¹⁰³ Vgl. ders., Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit, S. 11f.

¹⁰⁴ Vgl. ders., Komplettes Stückwerk, S. 11-13.

nährungslage, fühlte er sich hier nicht wohl. In den Semesterferien arbeitete er für Lebensmittel. So blieb Eppler seiner Auffassung nach für Politik wenig Kraft und Interesse, nicht einmal für den Kriegsverbrecherprozess in Nürnberg. Nach der amerikanischen Unterstützung der Deutschen, die sie beim sich ankündigenden Kalten Krieg gegen die Sowjetunion gebraucht hätten, habe er wieder an eine Zukunft für Deutschland und für sich geglaubt. Trotzdem habe die deutsche Bevölkerung die Erlebnisse der „Hitler-Diktatur“ noch lange nicht verarbeitet gehabt. Allerdings erklärte Eppler rückblickend: „Ein Volk von dieser Größe ließ sich auf Dauer nicht von Fremden regieren“. Er hoffte damals, dass seine Generation dabei helfen könne, dass die Deutschen wieder ihren „Platz unter den Völkern“ finden.¹⁰⁵

Eppler war nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht politisch aktiv, sondern erst Anfang der fünfziger Jahre in der Notgemeinschaft für den Frieden Europas und der Gesamtdeutschen Volkspartei. Er hatte vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland keine Kontakte zu Anhängern der Blockfreiheit der Bundesrepublik wie Jakob Kaiser, Ulrich Noack¹⁰⁶ oder die Herausgeber der Zeitschriften DER RUF und NEUES EUROPA.¹⁰⁷ Eine Phase stärkerer Politisierung begann in der Schweiz.¹⁰⁸

Als Stipendiat in Bern vom Herbst 1947 bis Sommer 1949 kam Eppler erstmals länger in Kontakt mit einer funktionierenden Demokratie. Eine Gruppe demokratischer Intellektueller, nach Epplers Aussage leicht links von der Mitte, lud zwölf deutsche Studenten nach Bern ein, um die deutsche Demokratie zu unterstützen.¹⁰⁹ Dieses Studium bezeichnet er im Rückblick als „unermeßliches Glück“¹¹⁰ und die fruchtbarste Zeit für seine geistige Entwicklung,¹¹¹ in der er wichtige Bildungseindrücke gesammelt habe.¹¹²

1987 bedankte sich Eppler in Bern bei den Schweizern, die ihn bei seinem damaligen Aufenthalt in der Schweiz stark geprägt hatten: die Rektoren Moser und Mürli, Professor Werner Näf und seine Frau, der Historiker Hans von Greyerz und am meisten die Familie von Arnold Gilg.¹¹³ Gilg¹¹⁴ beeinflusste Epplers theologische Vorstellungen seiner Einschätzung nach

¹⁰⁵ Vgl. ders., In der Hand der Sieger, S. 102f.; vgl. ders., Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit, S. 13f.

¹⁰⁶ Ulrich Noack (1899-1974), 1946 CDU-Mitglied, 1948 Gründung des Nauheimer Kreises, 1951 Ausschluss aus der CDU, 1952 Gründung der Freien Mitte, 1952/1953 GVP-Mitglied, 1953 Bundesvorstand der GVP, 1956 FDP-Mitglied.

¹⁰⁷ Vgl. Schwarz, Hans-Peter, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949, Stuttgart 1980², S. 297-389 zu den verschiedenen Vertretern der Blockfreiheit in den Jahren 1945-1949.

¹⁰⁸ So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

¹⁰⁹ Vgl. Eppler, Erhard, Komplettes Stückwerk, S. 16.

¹¹⁰ Vgl. ders., Parteiwechsel statt Überzeugungswechsel, in: Thierfelder, Jörg/Riemenschneider, Matthias (Hrsg.), Gustav Heinemann - Christ und Politiker, Karlsruhe 1999 (S. 196-207), S. 196.

¹¹¹ Vgl. ders., Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit, S. 35.

¹¹² Vgl. Erhard Eppler an die Bundesgeschäftsstelle der GVP, 5.1.1953, NL Heinemann I 45-46.

¹¹³ Vgl. Eppler, Erhard, Mairede Bern am 1.5.1987 (7 S.), S. 1f.

¹¹⁴ Der altkatholische Kirchenhistoriker Arnold Gilg war nach Epplers Ansicht ein Anhänger der Barth'schen Theologie und stand politisch etwas links von der Mitte, vgl. Eppler, Erhard, Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit, S. 35.

stark und habe ihm gezeigt, wie aus evangelischer Theologie und christlichem Glauben Impulse zur gesellschaftlichen Veränderung ausgehen könnten. Eppler fand durch seinen Aufenthalt in Bern und den Kontakt zu Gilg seine Überzeugung nach den durch die NS-Zeit verpassten „Anschluss an das europäische Denken“ wieder. Wichtig sei für ihn die Atmosphäre demokratischer Diskussion in der Schweiz gewesen. Er befasste sich mit Karl Marx, Karl Jaspers und Martin Heidegger, und vor allem mit Søren Kierkegaard, der ihm näher gestanden habe. Nach Kierkegaard und Karl Barth gab es nach Epplers Auffassung nach Beginn der fünfziger Jahre keinen Autor, der zu wirklichen Brüchen bei ihm geführt habe, außer vielleicht Marx, mit dem er sich in den fünfziger Jahren stärker beschäftigt habe. Ein bedeutendes Ereignis in Bern war für Eppler im Februar 1949 Karl Barths Vortrag über DIE KIRCHE ZWISCHEN OST UND WEST, auch aufgrund seiner eigenen Ablehnung des „selbstgerechten Antikommunismus“ in der Schweiz. Er hielt es für möglich, dass er durch Barths Vortrag schon auf Heinemanns Auffassungen vorbereitet gewesen sei.¹¹⁵ Er nahm außerdem an verschiedenen nicht öffentlichen Diskussionen über Barths Vortrag teil und ihn beeindruckte Heinemanns Rede in Bern.¹¹⁶

Sein während seines Studienaufenthalts in der Schweiz entwickeltes Verhältnis zu Christentum und Politik und sein christliches Weltbild gaben ihm später in der Politik Halt:

„Es hängt vielleicht mit meinem lutherischen oder auch Barthschen Bild vom Menschen zusammen, daß ich alles, was ich an persönlichen Verletzungen und Verletztheiten, an spießigem Geltungsdrang und trüben Intrigen erlebt habe, eher als normal und menschlich empfunden habe. Darauf war ich vorbereitet, daß die Welt so ist.“¹¹⁷

Dennoch verstand Eppler sich nicht als Moralist und betonte, dass er nie moralisch oder theologisch argumentiert habe, wo politische Argumente gefordert gewesen seien. Er habe zum Beispiel nicht wie Heinemann theologisch seine Ablehnung der Wiederaufrüstung begründet.¹¹⁸ Diese Haltung erklärt auch, warum er den christlichen Anspruch der CDU stets ablehnte.¹¹⁹

„Wem theologische Reflexion nicht ganz fremd ist, dem muß dieses ‘C’ ein Ärgernis bleiben, wie immer man es dreht und interpretiert. Niemand kann christliche Politik machen, sondern allenfalls ver-

¹¹⁵ Vgl. ders., Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit, S. 13, S. 35-37. Allerdings fand Eppler manches an Barth zu prinzipiell und fragte sich, ob es nicht möglich sei, zum Kommunismus, ohne Angst und Hass, auch als Christ ein klareres Nein zu sagen; vgl. ders., Komplettes Stückwerk, S. 19f.

¹¹⁶ So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001; vgl. S. 29f. des vorliegenden Textes.

¹¹⁷ Eppler, Erhard, Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit, S. 31.

¹¹⁸ Vgl. ders., Komplettes Stückwerk, S. 105f.

¹¹⁹ Eppler ging von einem Wandel im Verhältnis von Protestantismus und Politik aus. In den fünfziger Jahren habe man im deutschen Protestantismus nur „Untertanen und Rebellen“ gekannt, nicht aber den „Citoyen“. Bei Adenauers Anhängern habe es manchmal „Züge blinden Obrigkeitsvertrauens“ gegeben und bei seinen Gegnern habe sich manchmal die „Grenze zwischen demokratischer Opposition und fundamentalistischem Widerstand“ verwischt; vgl. ders., Die Würde der Bürger. Der Beitrag des Protestantismus zur politischen Kultur, in: Evangelische Kommentare 31. Jg. (1998) Nr. 6 (S. 320-322) S. 320.

nünftige Politik. Das 'C' in einem Parteinamen wird für die Kirchen zur Belastung. Die SPD ist in ihrem Verhältnis zu den Kirchen sauberer, bescheidener, glaubhafter.“¹²⁰

Nach seiner Rückkehr aus der Schweiz ordnete Eppler sich zwischen SPD und linker CDU ein. Allerdings habe er damals noch nicht gewusst, dass die Politik für ihn eine Lebensaufgabe werden würde.¹²¹ 1949 nahm er aufgrund seiner finanziellen Situation nicht an der Bundestagswahl teil, hätte aber die CDU gewählt. Er unterstrich, dass er in Schwäbisch Hall wahlberechtigt gewesen sei und die Fahrt von Tübingen dorthin zu teuer gewesen sei.¹²²

Eppler war nicht immer ein Gegner der Aufrüstung. Er berichtet, dass er 1950 für die Aufrüstung Verständnis und Sympathie gehabt habe, doch 1951 eine plausible Alternative zu Adenauers Politik durch einen Vortrag von Professor Noack kennen gelernt habe. Noack sei davon überzeugt gewesen, dass die Aufrüstung Westdeutschlands im westlichen Bündnis die Aufrüstung Ostdeutschlands im östlichen bewirke, dadurch Deutschland auf unabsehbare Zeit geteilt bleibe und zum „Aufmarschgebiet“ beider Militärmächte werde. Eppler fand es damals schlüssig, dass die deutsche Einheit nur durch militärische Neutralität erreicht werden könne und das Interesse der UdSSR daran stärker sein könnte als das des Westen, weil sie den kleineren Teil Deutschlands beherrsche und bei einer Militarisierung beider Teile gegeneinander in der schlechteren Position sei.¹²³

Ab 1952 beschäftigte Eppler sich auch aufgrund des Kalten Kriegs stärker mit Politik. Seine Ziele waren die Bewahrung des Friedens und die Überwindung der deutschen Teilung. Er lehnte die Wiederaufrüstung ab und hielt den politischen Weg der Bundesrepublik für falsch. Für ihn waren die Stalin-Noten von 1952 eine Alternative, die getestet werden sollte, auch wenn der Test der sowjetischen Bereitschaft negativ ausgehe.¹²⁴ Er akzeptierte die Aufrüstung beider Staaten des geteilten Deutschland gegeneinander nicht. Auch in den sechziger und siebziger Jahren war für ihn der Konflikt mit dem kommunistischen Machtblock das „Generalthema“ seines politischen Lebens. Er lehnte die erneute Propagierung des Antikommunismus Anfang der fünfziger Jahre ab. Für ihn war die Beurteilung der Sowjetunion durch viele Deutsche „vom hohen Roß moralischer Überlegenheit“ und ohne Selbstkritik wenige Jahre nach dem NS-Regime „unfassbar und widerlich“. Allerdings betonte Eppler seine „elementare Abneigung“ gegen das sowjetische System, dass für ihn nie eine politische Möglichkeit gewesen sei.¹²⁵

¹²⁰ Ders., Warum bin ich Sozialdemokrat.

¹²¹ Vgl. ders., Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit, S. 12

¹²² So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001; vgl. auch Eppler, Erhard, Komplettes Stückwerk, S. 53.

¹²³ Vgl. ders., Komplettes Stückwerk, S. 77-79.

¹²⁴ Vgl. ders., Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit, S. 11.

¹²⁵ Vgl. ders., Komplettes Stückwerk, S. 23-27.

PRÄGENDE PERSÖNLICHKEITEN

Neben Gerhard Storz und Arnold Gilg in jungen Jahren beeinflussten verschiedene Politiker Eplers weiteren politischen Werdegang. Er empfand unter seinen persönlichen Leitbildern Gustav Heinemann immer am wichtigsten, zusätzlich Fritz Erler¹²⁶, Carlo Schmid¹²⁷ und ab 1968 Willy Brandt.¹²⁸ Sie stehen für wichtige Phasen in Eplers Leben: Heinemann für den Einstieg in die Politik mit der GVP, Erler und Schmid für Eplers Anfänge in der SPD und Brandt für die neue Ostpolitik.

Auch wenn Eppler Schmid schon während seines Studiums in Tübingen kennen lernte, war zunächst Heinemanns Einfluss stärker. Unter Erlers Einfluss trat Eppler dann in die SPD ein. Erler war sein Hauptbezugspunkt als neuer Sozialdemokrat. Schmid und Erler förderten ihn in den folgenden Jahren. Mit Heinemanns Eintritt in die SPD waren die für Eppler wichtigen Politiker in einer Partei. Brandts Einfluss war schwächer, weil Eplers Weltbild schon gefestigter war und er seinen Platz in der Sozialdemokratie gefunden hatte. Brandts Gedanken ließen sich damals mit Eplers politischen Grundüberzeugungen vereinbaren.

Eppler bewunderte Heinemanns Mut, für eine Sache ohne Rücksicht auf persönliche Konsequenzen einzustehen und seine Ruhe aus dem Glauben. Ihn faszinierte Brandts behutsamer Umgang mit Macht¹²⁹ und Carlo Schmid's Einbindung politischen Urteilens und Handelns in ein „Universum von Bildung“ und die „Gesamtheit von Lebensbezügen“.¹³⁰ Erler argumentierte seiner Meinung nach am überzeugendsten und habe innen- und außenpolitisch das klarste Konzept gehabt.¹³¹ Ihn faszinierte Erlers „Präzision und Rationalität des Argumentes“ und gleichzeitig der Versuch, nah an der Wirklichkeit zu bleiben¹³², die geistige Disziplin, seine Solidarität und damit seine Verlässlichkeit.¹³³

¹²⁶ Fritz Erler (1913-1967) trat besonders als außen- und wehrpolitischer Sprecher der SPD hervor; er wandelte sich vom konsequenten Gegner der Wiederbewaffnung Deutschlands zum Befürworter einer aktiven Verteidigungspolitik der Bundesrepublik im Rahmen der NATO. Erler hatte maßgeblichen Anteil an der innerparteilichen Durchsetzung des Godesberger Programms 1959, war 1964 stellvertretender Vorsitzender der SPD und Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag und befürwortete 1966 die Bildung einer Großen Koalition mit der CDU.

¹²⁷ Carlo Schmid (1896-1979), Völkerrechtler, beteiligte sich nach Kriegsende in der französischen Besatzungszone am Aufbau des Landes Württemberg-Hohenzollern und war dort 1947-1948 stellvertretender Ministerpräsident; er gestaltete das Grundgesetz mit, war 1949-1972 MdB, 1949-1966 und 1969-1972 Vizepräsident des Bundestags, 1963-1966 Präsident der parlamentarischen Versammlung der WEU, 1966-1969 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder, 1969-1979 Koordinator für die deutsch-französische Zusammenarbeit. Schmid setzte sich für die Integration Europas ein.

¹²⁸ Vgl. Eppler, Erhard, Eine Bilanz. Interview mit Erhard Eppler vom 12. Oktober 1986, in: ders., Einsprüche, (S. 11-27), S. 19; vgl. auch ders., Die politische Sprache und die Krise der Politik, S. 21.

¹²⁹ Ende 1970 schrieb Eppler Brandt: „Welcher deutsche Politiker nach 1945 hätte sich Deine Warschauer Geste leisten können, ohne komisch zu wirken? Niemand außer Konrad Adenauer. Und der hätte es nicht getan. Beim Gedanken an alle andern packt mich das kalte Grausen.“; Erhard Eppler an Willy Brandt, WBA, Bundeskanzler 4.

¹³⁰ Vgl. Eppler, Erhard, Eine Bilanz, S. 19.

¹³¹ Vgl. ders., Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit, S. 30.

¹³² Vgl. ders., Eine Bilanz, S. 19.

¹³³ Vgl. ders., Die politische Sprache und die Krise der Politik, S. 21.

Wichtig war Eppler die Glaubwürdigkeit von Politikern. Die meisten für ihn glaubwürdigen Politiker seien keine Charismatiker gewesen: Fritz Erler, Adolf Arndt, Georg Leber, Ernst Benda, Richard von Weizsäcker, Gustav Heinemann. Den charismatischen Konrad Adenauer empfand er nicht als glaubwürdig, sondern als „raffiniert und wirksam“, wenn er gleichzeitig zu Beschwörungen der deutschen Einheit die militärische Westintegration betrieben habe. Helmut Kohl sei nur als Europapolitiker glaubwürdig und werde ansonsten alles für seine Machtsicherung tun.¹³⁴

Epplers wichtigste Widersacher in der Deutschland-, Ost- und Friedenspolitik waren die Bundeskanzler Konrad Adenauer und Helmut Schmidt. Mit Adenauer setzte er sich hauptsächlich in den Anfängen seines politischen Werdegangs auseinander, mit Schmidt besonders in den achtziger Jahren. Unter Bundeskanzler Schmidt trat er 1974 als Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit zurück und mit ihm hatte er aufgrund des NATO-Nachrüstungsbeschluss große Differenzen.¹³⁵ Eppler beschreibt die Auseinandersetzung mit Adenauer so:

„Nun, die erste Gestalt, an der ich mich wirklich gerieben habe, war natürlich Adenauer. Weil ich den Eindruck hatte, dass er nicht nur eine Grundentscheidung traf, die ich für falsch hielt, sondern diese Grundentscheidung gar nicht sichtbar werden ließ, uns also doch wohl hinters Licht führen wollte und das ja auch tat. Wobei ich heute seine Motive sehr viel eher respektiere, nicht aber seine Methode.“¹³⁶

Egon Bahr¹³⁷ fasste das Verhältnis von Eppler und Schmidt folgendermaßen zusammen:

„Helmut Schmidt und Erhard Eppler waren sich herzlich unsympathisch, und die Herzlichkeit verlor sich rasch, nachdem der eine Bundeskanzler geworden war. Macher und Visionär sind Typenbezeichnungen mit positiven und negativen Seiten, chemisch rein weder in dem einen noch in dem anderen verkörpert, aber ganz überwiegend negativ gemeint, wenn der eine über den anderen sprach.“¹³⁸

Die Begegnung mit Heinemann motivierte Eppler, sich in der Politik zu engagieren. Er lernte den damaligen Oberbürgermeister von Essen bei dessen Vortrag 1948 in Bern über den Wiederaufbau im Ruhrgebiet kennen und hielt ihn damals für den ersten Deutschen, der ohne Selbstmitleid über diese Phase gesprochen habe. Seit dem ersten Treffen habe er Heinemann beobachtet, dessen Berufung als Adenauers Innenminister begrüßt und nach Heinemanns Rücktritt die Regierung Adenauer kritisch bewertet.¹³⁹ Er traf Heinemann auf einem kleinen Kongress der Notgemeinschaft im Juni 1952 wieder:

¹³⁴ Vgl. ders., Trau, schau, wem. Politik und die Privatisierung der Moral, SZ, 16.5.2000.

¹³⁵ Vgl. ders., Eine Bilanz, S. 19f.

¹³⁶ Ebd.

¹³⁷ Egon Bahr (geb. 1922), SPD-Politiker, Ost- und Deutschlandexperte der SPD, u.a. Nachfolger Epplers als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (1974-1976); vgl. auch Vogtmeier, Andreas, Egon Bahr und die deutsche Frage.

¹³⁸ Bahr, Egon, Zu meiner Zeit, München 1996, S. 465.

¹³⁹ Vgl. die Äußerung Epplers in: Zeitzeugenberichte. Einführung, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Nach-Denken (S. 73-76), S. 74f.; vgl. Eppler, Erhard, Parteiwechsel statt Überzeugungswechsel, S. 196f.

„Eine reichlich redselige Versammlung, ziemlich viele ältere Herren. Da war von Verderben, von Krieg und von der Rettung die Rede, die der eine oder andere als seine Aufgabe sah. Und immer wieder von der Mission, der Mission der Deutschen, der Notgemeinschaft. Da meldet sich ein 25jähriger frisch gebackener Doktor der Philosophie zu Wort (Erhard Eppler, C.S.), ob es nicht auch eine Nummer kleiner gehe; wir Deutschen hätten sicher, wie andere, unsere Funktion in der Welt, aber von Mission sollten wir besser nicht mehr reden. Nach Schluss der Veranstaltung nur eine kurze Bemerkung von Gustav Heinemann: Das sei höchste Zeit gewesen. Damals begann eine Weggemeinschaft über ein Vierteljahrhundert.“¹⁴⁰

Heinemann förderte Eppler, indem er dessen Wahl in den Vorstand der GVP durchsetzte. Später waren beide in der SPD tätig. Heinemanns Einfluss auf Eppler blieb stark. Nach seinem Rücktritt im Juli 1974 ermutigte Heinemann ihn, dass ein Rücktritt ein Neuanfang sein könne und man Verantwortung auch anders wahrnehmen könne.¹⁴¹ Eppler beteiligte sich an einer Festschrift zum 70. Geburtstag¹⁴² seines „Freundes“.¹⁴³ Eine beispielhafte Begegnung zwischen beiden beschrieb er rückblickend wie folgt:

„Als ich ihm (Heinemann, C.S.) 1961 nach wenigen Wochen Bundestag vorjammerte, wie sinnlos mir das ganze intrigante Getriebe in Bonn vorkomme, sagte er nicht – was nahegelegen hätte – daß keinem einigermaßen sensiblen Menschen im Bundestag der parlamentarische Koller erspart bleibe. Er meinte nur: ‚So wird Politik gemacht, seit es Menschen gibt.‘ Was er nicht sagte, aber dachte, war: ‚Und wer das nicht durchhält, muß die Finger davon lassen.‘“¹⁴⁴

Für Carlo Schmid, der ansonsten seine politischen Weggenossen eher als mittelmäßig betrachtete, waren seine drei „Zöglinge“ Helmut Schmidt, Horst Ehmke und Erhard Eppler die Glanzlichter in Brandts Kabinett vom Oktober 1969.¹⁴⁵

Eppler hatte schon vor der GVP-Gründung als Student in Tübingen Kontakt zu Schmid. Dieser versprach ihm eine Präzisierung der sozialdemokratischen Außen- und Deutschlandpolitik auf dem Dortmunder SPD-Parteitag im Spätsommer 1952 nach Epplers Vorstellungen. Das Ausbleiben dieser Klärung war nach Epplers Aussage der Grund für sein Wirken in der NG und GVP.¹⁴⁶

Epplers ursprüngliche Nähe zur SPD zeigt sich auch in seinem Plädoyer als GVP-Mitglied für die Zusammenarbeit mit der SPD und nach der für die GVP erfolglosen Bundestagswahl 1953 sogar für den gemeinsamen Übertritt zur SPD. Aufgrund der fehlenden Zusammen-

¹⁴⁰ Ders., Ein Mann, der Ermutigung hinterläßt, in: Koch, Diether/Lotz, Martin (Hrsg.), Stimmen zum Tode von Gustav W. Heinemann. „Junge Kirche“. Eine Zeitschrift europäischer Christen, 37. Jg. (1976) Beiheft zu Heft 10, (S. 28-30), S. 29 (der Artikel wurde im Allgemeinen deutschen Sonntagblatt, 18.7.1976 veröffentlicht).

¹⁴¹ Vgl. Zeitzeugenberichte. Erhard Eppler, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Nach-Denken (S.78-80), S. 79f.

¹⁴² Aus vergangenen Tagen. Unserem langjährigen Freund Gustav W. Heinemann zu seinem 70. Geburtstag, Privatdruck (1968 oder 1969), NL Scheu Nr. 474; Epplers Beitrag für den Band, *Postskriptum*, ist abgedruckt in: Eppler, Erhard, Einsprüche, S. 48-50.

¹⁴³ Vgl. ders., Ein Mann, der Ermutigung hinterläßt, S. 29.

¹⁴⁴ Ders., Heinemann als Politiker, in: Gustav W. Heinemann. Bundespräsident, Bonn 1971 (S. 51-57), S. 57.

¹⁴⁵ Vgl. Weber, Petra, Carlo Schmid, S. 735.

¹⁴⁶ Vgl. Eppler, Erhard, Eine Bilanz, S. 12; Eppler erläutert, dass er Schmid den Eintritt in die SPD versprochen habe, wenn auf dem Dortmunder Parteitag 1952 ein klares Wort zur Ostpolitik etwa im

arbeit mit der SPD wechselte er nach eigenem Bekunden 1955/1956 von der GVP zur SPD, auch wenn ihm dieser endgültige Schritt in die SPD schwer gefallen sei. Dennoch wurde die SPD seine politische Heimat.¹⁴⁷ Er stellte 1969 in einer Wahlkampfbroschüre seinen Parteiwechsel als klare Entwicklungslinie dar:

„1952 kam ich in Tübingen mit Carlo Schmid in Kontakt. Mich interessierte damals besonders die Außenpolitik. Was Carlo Schmid dazu zu sagen hatte, gefiel mir zu 80 Prozent. Was Gustav Heinemann zu sagen hatte, zu 95 Prozent. Und so begann mein politischer Weg mit Gustav Heinemann in der GVP, der Gesamtdeutschen Volkspartei - allerdings in der sicheren Ahnung, daß er eines Tages in die SPD einmünden würde.“¹⁴⁸

Der Kontakt zwischen Eppler und Schmid blieb auch in der SPD eng. Zu Schmid's Beerdigung hielten Eppler und der katholische Theologe Norbert Greinacher die Traueransprache.¹⁴⁹

Sinne Heinemanns falle. In der GVP habe er sich nur betätigt, weil dieses Wort auf dem Parteitag nicht gefallen sei; ders., Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit, S. 16.

¹⁴⁷ Vgl. ders., Warum bin ich Sozialdemokrat.

¹⁴⁸ Ebd.

¹⁴⁹ Vgl. Weber, Petra, Carlo Schmid, S. 770f., S. 775; vgl. Eppler, Erhard, Traueransprache, ohn. Dat. (10 S.), Privatarhiv Eppler.

1.2. Erste politische Erfahrungen - Die Zeit in der GVP 1951 bis 1956

Mit der Arbeit in der Notgemeinschaft für den Frieden Europas (NG) und der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) stieg Eppler in die Politik ein. In der GVP übernahm er politische Verantwortung. Eine wichtige Rolle spielte Heinemann, der manchmal fast wie eine Vaterfigur wirkt. Mit seinem Übertritt in die SPD Anfang 1956 „emanzipierte“ Eppler sich von diesem Einfluss.

Der Bruch mit der GVP und der Übertritt in die SPD ist ein Wendepunkt in seiner Vita. Doch war sein Eintritt in die SPD eher ein Zurück in die Sozialdemokratie, mit der er schon vor seiner Aktivität in der Notgemeinschaft sympathisiert hatte. Damals war die SPD allerdings noch zu weit von seinen Vorstellungen entfernt und ihm war das Milieu der NG/GVP näher als das der Arbeiterpartei SPD. Erst durch den Wandel der Sozialdemokratie fand er in ihr seine eigentliche politische Heimat. Epplers politischer Werdegang führte also über eine kleine Organisation und eine kleine Partei in eine der beiden großen bundesdeutschen Parteien.

Auch während seines Wirkens in der GVP suchte Eppler Kontakt zur SPD. In der SPD setzte er sich mit seiner GVP-Vergangenheit auseinander und bemühte sich um eine erneute Kontaktaufnahme zu ehemaligen GVP-Aktivisten.¹⁵⁰ Ende der sechziger Jahre und auch in den achtziger Jahren wurden ehemalige GVP-Kontakte für ihn wieder wichtig.¹⁵¹

Schon Anfang der fünfziger Jahre zeigen sich Epplers typische Charaktereigenschaften: der sorgsame Umgang mit der Sprache und der Blick für das real Machbare. Dies zeigt sich in der Deutschlandpolitik, wo er die oft starren und überholten Positionen der GVP kritisierte und sich an der aktuellen politischen Entwicklung orientierte. Weitere Eigenschaften sind die kritische Betrachtung der eigenen Partei, die Distanz zum Kommunismus, ohne aber den Antikommunismus der damaligen Zeit zu verfolgen, und sein Protestantismus.

VON DER NOTGEMEINSCHAFT FÜR DEN FRIEDEN EUROPAS ZUR GRÜNDUNG DER GVP

Anfang der fünfziger Jahre wurde in der Bundesrepublik über die Westintegration der Bundesrepublik und die Verwirklichung der deutschen Wiedervereinigung diskutiert. Bundeskanzler Konrad Adenauer wollte die Westintegration und durch sie die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik durchsetzen. Die SPD lehnte beides ab, weil dies ihrer Ansicht nach die deutsche Wiedervereinigung erschwerte. Trotz ihrer Zusammenarbeit ab 1955 mit der GVP in der Paulskirchenbewegung gegen Adenauers Politik war die SPD nicht zu außerparlamentarischen Protestaktionen oder einer Zusammenarbeit mit der Ende 1951 als außerparlamentarische Bewegung gegründeten NG bzw. der Ende 1952 aus ihr gebildeten GVP bereit. Gründe dafür mögen sein, dass die SPD mit der GVP als Partei in einem Kon-

¹⁵⁰ Vgl. Kapitel 2.1.

¹⁵¹ Vgl. Kapitel 2.1. und 3.1.

kurrenzverhältnis stand und befürchtete, sich durch die Zusammenarbeit mit der NG/GVP, denen immer wieder Nähe zum Kommunismus vorgeworfen wurde, zu diskreditieren. Den Anhängern der NG bzw. GVP hingegen ging die sozialdemokratische Opposition gegen Adenauers Politik nicht weit genug.

Innerhalb der heterogenen Anfang der fünfziger Jahre gegründeten Bewegungen, die Adenauers Politik der Westintegration ablehnten und in einem blockfreien Deutschland eine Alternative sahen, hatte die GVP eine wichtige Rolle. Sie lehnte die Westintegration ab, da diese ihrer Meinung nach die Chancen für die deutsche Einheit vernichte. Deshalb wollte die NG/GVP die Ratifikation der Westverträge, in denen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und die Westintegration in einen unauflösbaren Zusammenhang mit der Rückgewinnung bundesdeutscher Souveränität standen, verhindern. Programmatisch und personell stand die GVP in der Tradition der NG. Lorenz Knorr fasste die Programmatik der GVP folgendermaßen zusammen:

„Die programmatischen Grundsätze der GVP: keine Einbeziehung der BRD in das westliche Militärbündnis; Verhandlungen über Wiedervereinigung mit freien Wahlen; mehrseitige Garantie der militärischen Neutralität des wiedervereinigten Deutschlands; notfalls begrenzte Wiederbewaffnung des bündnisfreien Gesamtdeutschlands.“¹⁵²

Zentraler Teil des Ende November 1952 verabschiedeten MANIFESTS DER GESAMTDEUTSCHEN VOLKSPARTEI war die Deutschland- und Außenpolitik. Die sonstigen Forderungen der GVP, etwa in den Bereichen Kultur, Wirtschaft und Innenpolitik, waren sehr knapp. Hauptaufgabe deutscher Außenpolitik war nach Darstellung der Verfasser des Manifests die Erhaltung des Friedens und die deutsche Wiedervereinigung in einem auf Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde basierenden Staat. Zur Vereinigung müssten die Deutschen in beiden Teilen auf die Eingliederung in einen Militärblock verzichten, denn eine gesamtdeutsche Haltung erfordere Unabhängigkeit von Ost und West. Ihr Deutschland-Konzept übertrug die GVP auf Europa. Ein freies und unabhängiges Europa solle als politische Macht zwischen den USA und der UdSSR stehen.¹⁵³ Ein weiterer Grundgedanke der GVP war das Konzept der Dritten Kraft. Deutschland sollte zur Schaffung eines einigen Europa als Dritte Kraft zwischen Ost und West beitragen, das durch den Ausgleich von Spannungen den Frieden stärkt.¹⁵⁴

¹⁵² Knorr, Lorenz, Geschichte der Friedensbewegung in der Bundesrepublik, S. 64f.

¹⁵³ Vgl. Manifest der Gesamtdeutschen Volkspartei, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Gustav Heinemann im Siegerland. Weggefährten erinnern sich anlässlich des 90. Geburtstages, Bonn 1989 (gleicher Text: Manifest der Gesamtdeutschen Volkspartei, in: Gesamtdeutsche Volkspartei. Der Aufbruch des neuen politischen Willens. Manifest und Gründungskundgebung, Essen 1953, (S. 3-7)).

¹⁵⁴ Vgl. Was will die Gesamtdeutsche Volkspartei (Heinemann, Wessel, Bodensteiner), (o.J.), in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Gustav Heinemann im Siegerland.

Die hier beschriebenen Positionen der NG und GVP wurden auch im gemeinsamen Wahlprogramm von GVP, Block der Mitte/FSU für die Bundstagswahl 1953 vertreten.¹⁵⁵

Die politischen Ziele der NG/GVP ergaben sich aus der aktuellen politischen Situation und beruhten nicht auf einer bestimmten Theorie. Neben dem Hauptziel der Wiederherstellung der deutschen Einheit traten andere politische Ziele in den Hintergrund. Die GVP hatte keine konkrete Vorstellung zur Durchsetzung der deutschen Wiedervereinigung und für die Zeit danach und war offen für jeden Vorschlag, der die deutsche Einheit und Deutschlands Sicherheit zu garantieren schien. Durch die Respektierung des sowjetischen Sicherheitsbedürfnisses und die Verhinderung von Wiederbewaffnung und Westverträgen wollte die NG/GVP die Chance zur Wiedervereinigung erhalten. Dass es Adenauers „große Zähigkeit“ zu verdanken war, dass die Westalliierten sich auf die Wiedervereinigung als Hauptziel des Deutschlandvertrags verpflichteten,¹⁵⁶ realisierte die NG/GVP nicht.

Eine gute Beschreibung der GVP findet sich in Roland Ostertags und Epplers Erklärung zu ihrem Austritt aus der GVP:

„Das Gesicht und der Mitgliederstamm der GVP ist von der Gestalt Gustav Heinemanns geprägt (obwohl er selbst das nicht wollte). Der Geist der Partei ist also im ganzen – und für den Außenstehenden – christlich, aber antiklerikal; vorwiegend evangelisch, aber gerichtet auf die Zusammenarbeit der Konfessionen und abhold jedem Versuch, konfessionelle Gegensätze zu vergrößern. Die GVP Dr. Heinemanns geht in der Kulturpolitik aus von dem Grundsatz der Zumutbarkeit, berührt sich dabei in der Praxis mit liberalen Vorstellungen, ohne jedoch in dem Sinne liberal zu sein, in dem ein guter Teil unseres Volkes liberal ist. Die GVP wendet sich an das Gefühl nationaler Verantwortung, sieht aber in allem Nationalismus und dem in Deutschland meist damit verbundenen Militarismus eine Gefahr. Sie ist also auch nicht in dem Sinne national, in dem viele Deutsche national sind. Die GVP rechnet sich zur Linken, ohne sozialistisch zu sein. Sie steht in der Innenpolitik etwas rechts, in der Außenpolitik etwas links von der SPD. In der GVP überwiegen bestimmte soziale Schichten. Sie betrachtet sich aber nicht als Interessenvertretung dieser Schichten. Es wäre sicher arrogant, in diesem Zusammenhang von der Haltung einer Elite zu sprechen, aber eines ist sicher: Die Mehrheit unseres Volkes denkt so nicht, ganz einfach, weil sie nicht so v i e l und so differenziert denkt.“¹⁵⁷

Eppler engagierte sich zunächst in der Notgemeinschaft für den Frieden Europas und beteiligte sich dann an der Gründung der GVP. Er entwickelte eigene programmatische Vorstellungen für die neue Partei und äußerte sich politisch immer häufiger, auch gegenüber alten Bekannten wie Carlo Schmid und Gerhard Storz.

Die am 21. November 1951 gegründete Notgemeinschaft für den Frieden Europas definierte sich als außerparlamentarischer „Zusammenschluß politisch und menschlich integrierender Persönlichkeiten“ und verstand sich nicht als neue politische Partei. Sie finanzierte sich durch Eintrittsgelder und den Verkauf von Broschüren bei ihren Veranstaltungen. Schon in der ersten Ausgabe ihrer „Vereinszeitung“ distanzierte sich die NG eindeutig vom Kommunismus

¹⁵⁵ Vgl. Gemeinsames Wahlprogramm, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg. Nr. 15, 8.5.1953, S. 2.

¹⁵⁶ Vgl. Schwarz, Hans-Peter, Adenauer. Der Aufstieg 1876-1952, S. 891.

¹⁵⁷ Roland Ostertag/Erhard Eppler an das Präsidium der GVP/An Mitglieder und Freunde der GVP in Baden-Württemberg, 26.3.1956 (S. 1-9) NL Wessel 239 I, S. 1f.

und sprach sich gegen die Diffamierung des politischen Gegners aus. Heinemann betonte hier, dass auch Bundeskanzler Adenauer nur den Frieden wolle.¹⁵⁸

Auch auf dem Treffen der Arbeitsgruppen der NG am 7./8. Juni 1952 grenzte sich die Notgemeinschaft eindeutig gegen die Zusammenarbeit mit Vertretern totalitärer Systeme ab. Allerdings definierte sie nicht, welche Systeme totalitär seien. Erlaubt waren die „persönlich-menschliche Bemühung“ um jeden politischen Gegner, der an Veranstaltungen der NG teilnehmen durfte, und die Teilnahme von Sprechern der NG an Aussprachen in gegnerischen Veranstaltungen.¹⁵⁹

Die Mitgliederzahl der NG wurde auf zehn begrenzt, um sie vor kommunistischer Unterwanderung zu schützen. Allerdings waren die in verschiedenen Städten gegründeten Aktionsgruppen, die der Notgemeinschaft nicht angehörten, aber vor Ort für ihre Ziele eintraten, nur schwer zu kontrollieren, so dass eine Unterwanderung durch radikale Gruppierungen im Einzelfall möglich war.¹⁶⁰ Trotz ihrer Distanzierungen wurden der NG und später der GVP schon deshalb „Kommunistenfreundlichkeit“ unterstellt, da sie entgegen dem damaligen politischen Klima keine Berührungsängste zum Kommunismus hatten.

Die Grundziele der Notgemeinschaft waren mit denen der GVP identisch: die Verhinderung der gegenseitigen Aufrüstung, die Wiedervereinigung Deutschlands und der Frieden Europas. Je stärker sich „West- und Ostdeutschland“ am „Aufmarsch“ der Weltmächte gegeneinander beteiligten, desto unwahrscheinlicher würde die deutsche Einheit. Die NG plädierte dafür, jede Möglichkeit einer annehmbaren Verständigung wahrzunehmen.¹⁶¹

Die NG forderte die Bundestagsabgeordneten auf, frei nach ihrem Gewissen und in Verantwortung vor dem gesamten deutschen Volk über die deutsche Zukunft zu entscheiden und die Bundesregierung, die vier Besatzungsmächte zu unverzüglichen Verhandlungen über eine für Deutschland und seine Nachbarn annehmbare Lösung zu bewegen. Für erfolgreiche Verhandlungen müssten die Westmächte die Sicherheit erhalten, dass sich ein wiedervereinigtes Deutschland nicht dem Ostblock angliedere und die Sowjetunion, dass es sich nicht dem westlichen Militärblock anschließe. Nur unter diesen Voraussetzungen konnte Deutschland nach Einschätzung der NG seine „europäische Funktion“ erfüllen. Die Menschen in beiden deutschen Staaten sollten gesamtdeutsche Wahlen unter Berücksichtigung der ost- und westdeutschen Vorschläge durchsetzen, die zu einer verfassungsgebenden

¹⁵⁸ Vgl. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft, in: Nachrichten der Notgemeinschaft, Nr. 1, April 1952, S. 2.

¹⁵⁹ Vgl. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft, in: Nachrichten der Notgemeinschaft, Nr. 4, Juli 1952, S. 2.

¹⁶⁰ Vgl. Schütz, Uwe, Gustav Heinemann und das Problem des Friedens, S. 125f. Heinemann begründete die NG nach Eppler zunächst als Verein, der nur wenige Mitglieder haben sollte, um eine kommunistische Unterwanderung auszuschließen, vgl. Eppler, Erhard, Parteiwechsel statt Überzeugungswechsel, S. 198

¹⁶¹ Vgl. Aufruf an das deutsche Volk!, in: Nachrichten der Notgemeinschaft, Nr. 1, April 1952, S. 1.

den Nationalversammlung führten und die Voraussetzung zu einem Friedensvertrag schafften.¹⁶²

An vielen Orten der Bundesrepublik entstanden kurz nach der Gründung der Notgemeinschaft eigenverantwortlich handelnde Aktionsgruppen, die nicht als Untergliederungen der NG verstanden wurden. Diese Aktionsgruppen sammelten hauptsächlich Unterschriften unter die Petition der Notgemeinschaft an den Bundestag¹⁶³ und verbreiteten Drucksachen der NG, um sie in der Bevölkerung bekannter zu machen.¹⁶⁴

Auch der junge Eppler kam über eine Aktionsgruppe in die NG. Er wandte sich im Januar 1952 zusammen mit Heiner Müller im Auftrag einer Tübinger Gruppe an Heinemann. Die Gruppe bat um Informationen über Organisation und Wirkungsbereich von Heinemanns Aktion gegen die Aufrüstung. Die Gruppe war der Ansicht, dass wahrscheinlich eine Abstimmung über den Plevan-Plan¹⁶⁵ im Bundestag nicht vor den Wahlen im Südwest-Staat stattfinden werde und die Stimmverluste der Regierungsparteien im Südwesten manchen Bundestagsabgeordneten seine Position überdenken ließen. Sie war davon überzeugt, dass Adenauers Politik, dem sie wie Heinemann grundsätzlich den guten Willen zubilligte, ins Unheil führe. Die Briefeschreiber distanzieren sich ausdrücklich vom Kommunismus und fragten, ob es möglich sei mit Heinemann, eventuell mit Anhängern von Joseph Wirth¹⁶⁶ und mit Unterstützung von Reinhold Schneider¹⁶⁷ und Albrecht Goes¹⁶⁸ eine Liste für die Wahlen im Südwest-Staat aufzustellen. Diese Liste solle als Aktionsgemeinschaft oder Partei für möglichst viele Gruppierungen offen sein:¹⁶⁹ „Jedenfalls gälte es, eine Formel zu finden,

¹⁶² Vgl. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft, in: Nachrichten der Notgemeinschaft, Nr. 4, Juli 1952, S. 2; hier ist die auf dem ersten Treffen der Arbeitsgruppen der NG am 7./8.6.1952 beschlossene Erklärung zur programmatischen Haltung der NG angesichts der aktuellen Lage abgedruckt.

¹⁶³ Die Petition sah die NG als letzte Möglichkeit zur Bekundung des Volkswillens, da dem Volk die Mitbestimmung über die geplante Wiederbewaffnung versagt bleibe. In der Petition wurden die üblichen Ziele der NG vertreten.

¹⁶⁴ Vgl. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft, in: Nachrichten der Notgemeinschaft, Nr. 1, April 1952, S. 2.

¹⁶⁵ Plevan-Plan, Vorschlag von René Plevan 1950 zur Bildung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Der EVG-Vertrag ging aus dem Plevan-Plan hervor.

¹⁶⁶ Joseph Wirth (1879-1956) verfügte als bekannter Zentrumspolitiker der Weimarer Republik über politisches Ansehen. Er beteiligte sich 1953 an der Gründung des Bundes der Deutschen (BdD) und hatte 1951 Kontakt zu Heinemann und Wessel; vgl. Herbstritt, Georg, Ein Weg der Verständigung?; vgl. Hörster-Philipps, Ulrike, Joseph Wirth 1879-1956.

¹⁶⁷ Der Schriftsteller Reinhold Schneider (1903-1958) engagierte sich während des Zweiten Weltkriegs im katholischen Widerstand und setzte sich Anfang der fünfziger Jahre aktiv gegen Adenauers Westpolitik ein. Er gehörte der NG und später der GVP an, in denen er seine Vorstellungen gegen die Wiederbewaffnung am ehesten vertreten sah; vgl. Moser, Rüdiger-Dietz (Hrsg.), Neues Handbuch der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur seit 1945, München 1990, S. 567f.; vgl. Blattmann, Ekkehard, Reinhold Schneider, Militarisierung oder Passion. Ein Beitrag zum „Fall Reinhold Schneider“, Frankfurt a. M. 1992.

¹⁶⁸ Albrecht Goes (geboren 1908), Pfarrer und Schriftsteller, kam aus einer schwäbischen Pfarrersfamilie, die – ebenso wie Epplers Familie – Friedrich Naumann nahe stand; wie Eppler prägte ihn das Erlebnis des Zweiten Weltkriegs; vgl. Moser, Rüdiger-Dietz (Hrsg.), Neues Handbuch der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur, S. 225f.; vgl. Wirth, Günter/Pleßke, Hans-Martin, Albrecht Goes. Der Dichter und sein Werk, Berlin (Ost) 1989.

¹⁶⁹ Vgl. Erhard Eppler/Heinrich Müller an Gustav Heinemann, 8.1.1952, NL Heinemann II 641.

welche der Pazifist ebensowohl wie der instinktive Ohne-Mich-Strategie, der Neutralist ebenso sehr wie der Sozialist, der Lutheraner ebenso wie der Katholik bejahen könnte.“¹⁷⁰

Dieser Brief von Eppler und Müller drückt Teile von Epplers politischer Überzeugung vor dem Beginn seines politischen Wirkens aus. Schon damals dachte er an eine „Liste“ zur Durchsetzung seiner politischen Ansichten. Eppler hatte Müller in Bern als einen der zwölf deutschen Stipendiaten kennen gelernt. Er unterstreicht rückblickend, dass Goes, Schneider und Wirth, zu denen Müller Kontakte gehabt habe, für ihn nicht prägend gewesen seien. Zwar habe er diesen Brief formuliert, doch hätten ein Großteil des Inhalts und die genannten Kontakte von Müller gestammt.¹⁷¹

Eppler begann in der Notgemeinschaft mitzuarbeiten. Er leitete die sehr aktive Tübinger Aktionsgruppe¹⁷², die für die große Zahl ihrer gesammelten Unterschriften (4000) unter die Petition der NG in den NACHRICHTEN DER NOTGEMEINSCHAFT erwähnt wurde¹⁷³ und am ersten Treffen der Arbeitsgruppen der NG in Frankfurt am Main am 7./8. Juni 1952 teilnahm.¹⁷⁴ Er lehnte die bunte Mischung auf diesem Kongress („Theologen“, „Barthianer“, „Pazifisten der alten Schule“, „Nationalgesinnte“) zunächst ab¹⁷⁵ und erklärte Heinemann: „Sie werden doch mit diesen Leuten keine Partei gründen!“ Trotz dieser Bedenken engagierte er sich immer stärker in der Notgemeinschaft.¹⁷⁶ Im Organ der NG wurde das Frankfurter Treffen weitaus enthusiastischer bewertet:

„Bei dem Treffen wurde besonders deutlich, in welchem Ausmaß es der Notgemeinschaft bisher schon gelungen ist, ein Faktor im politischen Leben unseres Volkes zu werden. Auch viele Menschen unseres Volkes, die bisher einer politischen Arbeit ablehnend gegenüberstanden, fühlen sich durch das Anliegen der Notgemeinschaft gepackt und angesprochen, weil sie spüren, daß es jetzt um folgenschwere Entscheidungen um unser aller Schicksal geht.“¹⁷⁷

Verschiedene Äußerungen Epplers, u.a. an Carlo Schmid und Gerhard Storz, beschreiben seine politischen Positionen 1952.

Im Juli 1952 kritisierte Eppler in den NACHRICHTEN DER NOTGEMEINSCHAFT als „Sprecher der jungen Generation“ die Westverträge und ihre möglichen Auswirkungen und griff Adenauers Politik, der er die „demokratische Basis“ absprach, an. Dies waren gängige NG-Positionen. Eppler sah eine breite Opposition gegen Adenauers Politik und gestand der SPD ein

¹⁷⁰ Ebd.

¹⁷¹ So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

¹⁷² Vgl. Koch, Diether, Heinemann und die Deutschlandfrage, S. 279.

¹⁷³ Vgl. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft, in: Nachrichten der Notgemeinschaft, Nr. 1, April 1952, S. 2.

¹⁷⁴ Vgl. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft, in: Nachrichten der Notgemeinschaft, Nr. 4, Juli 1952, S. 2.

¹⁷⁵ Vgl. S. 29f. des vorliegenden Textes.

¹⁷⁶ Vgl. Eppler, Erhard, Parteiwechsel statt Überzeugungswechsel, S. 199.

¹⁷⁷ Ebd.

gesamtdeutsches Verantwortungsgefühl zu. Auffällig ist seine positive Grundhaltung zur SPD, vielleicht aufgrund seiner früheren Kontakte zu Schmid.¹⁷⁸

Nach seiner Ansicht beruhte die Politik von Adenauer und dem französischen Politiker Robert Schuman auf folgender Überzeugung: „Wir wollen lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb.“¹⁷⁹ Diese Politik und die Behauptung, dass die Eingliederung Westdeutschlands in den Westblock das Stärkeverhältnis zugunsten des Westens verschiebe und man das halbe Deutschland (also die Bundesrepublik) ganz bekomme, empfand er nicht als realitätsnah.

Eppler prophezeite statt dessen ein Wettrüsten zwischen beiden Teilen Deutschlands, das die Ostzone auch aufgrund der Unterstützung durch die Sowjetunion und die anderen Ostblockstaaten gewinnen werde. Fraglich sei deshalb, ob die Bundesrepublik zur Verteidigung Europas beitrage, denn der Westen bekomme aufgrund des Widerstands gegen die Verträge nicht einmal dieses halbe Deutschland ganz. Die Radikalen und die Kommunisten lehnten nach seiner Auffassung die Verträge ab und die SPD werde dies aus gesamtdeutschem Verantwortungsgefühl und aus parteipolitischen Gründen (z.B. der wachsende Einfluss der Kommunisten auf die deutschen Arbeiter) tun. In der Regierung würden die Verträge kritisiert¹⁸⁰ und Adenauer oft nur unterstützt, um Neuwahlen und damit einen eventuellen SPD-Sieg zu verhindern. Eppler erwartete von Adenauers Politik Radikalismus und „neuaufgepeitschten Nationalismus“. Wer sich ernsthaft mit Europa beschäftige, müsse nach der Funktion jedes europäischen Volkes in und für Europa und deren Ausübung, damit sich keiner seiner Nachbarn bedroht fühle, fragen. Aufgrund des großen Widerstandes führe Adenauer dem Westen ein gespaltenes halbes Deutschland zu.¹⁸¹

„Und wenn sich den Deutschen einmal die Erkenntnis aufdrängt, dem Westen liege gar nichts am ganzen Deutschland, man sperre sich dort gegen Viermächtebesprechungen, weil man fürchtet, die

¹⁷⁸ Vgl. ders., Lohnt sich das überhaupt?, in: Nachrichten der Notgemeinschaft, Nr. 4, Juli 1952, S. 1.

¹⁷⁹ Ebd.

¹⁸⁰ Es ist richtig, dass auch Teile des Regierungslagers die Westverträge kritisch bewerteten. Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, sah in der Wiederherstellung der deutschen Einheit die wichtigste Aufgabe. Einzelne Abgeordnete der Regierungsfractionen wollten wie der CSU-Abgeordnete Bodensteiner, der später die GVP mitgründete, die Ratifikation des Generalvertrages bis Herbst 1952 aufschieben, um den Sowjets eine Frist für bindende Zusagen über freie, gesamtdeutsche Wahlen zu stellen. Der FDP-Abgeordneten Karl Georg Pfeleiderer glaubte nicht an eine „Politik der Stärke“ und wurde vom damaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Reinhold Maier (FDP) unterstützt.

Zur zunehmenden Identifizierung der FDP mit den Überlegungen Pfeleiderers und den immer stärker werdenden Differenzen zwischen CDU und FDP in der Deutschlandpolitik vgl. Glatzeder, Sebastian J., Die Deutschlandpolitik der FDP in der Ära Adenauer. Konzeptionen in Entstehung und Praxis, Baden-Baden 1980 und Schlarp, Karl Heinz, Alternativen zur deutschen Außenpolitik 1952-1955: Karl Georg Pfeleiderer und die „Deutsche Frage“, in: Benz, Wolfgang/Graml, Hermann (Hrsg.), Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze Hans Rothfels zum Gedächtnis, Stuttgart 1976 (S. 211-248). Zur westdeutschen Wiedervereinigungspolitik allgemein und zu verschiedenen Überlegungen zur deutschen Wiedervereinigung (u.a. Pfeleiderer) vgl. Hoebink, Hein, Westdeutsche Wiedervereinigungspolitik 1949-1961. Zu Reinhold Maier vgl. Matz, Klaus-Jürgen, Reinhold Maier.

¹⁸¹ Vgl. Eppler, Erhard, Lohnt sich das überhaupt?, S. 1.

Russen meinten es diesmal ernst mit der Einheit Deutschlands, dann wird die Basis für den Kanzler so schmal, daß er seine Politik auf demokratische Weise nicht mehr durchsetzen kann. Wer aber mit dem Gedanken spielt, diese Politik lasse sich auch auf weniger demokratische Weise durchführen, dem bleibt nichts anderes übrig, als an die Kräfte in Deutschland zu appellieren, die man im Ausland nun einmal haßt und fürchtet.“¹⁸²

Epplers grundsätzliche Sympathie für die SPD zeigt sich auch daran, dass er seinen Freunden 1952 riet, die SPD zu wählen. Die Einwände einer mangelnden Distanz der SPD zu Marx, ihrer fehlenden klaren außenpolitischen Linie und ihres reinen Machtwillens überzeugten ihn nicht, auch wenn sich die SPD gegen diese Missverständnisse nicht genug gesichert habe. Er kritisierte die unklare Linie der SPD und dass viele ihrer Thesen bei unteren Funktionäre lediglich „schwungloses Geschwafel“ seien.¹⁸³ Er verlangte gegenüber Carlo Schmid von der SPD eine konsequente Anti-Adenauer-Politik:

„Wenn die SPD nicht eine Politik betreibt, die der Adenauers grundsätzlich entgegen läuft, wird Adenauer die Opposition hinter sich herschleppen. Die Neuentwicklung in Frankreich, vor allem das russische Friedensangebot, geben der SPD vielleicht die letzte Chance, den Karrenherumzureißen (sic!) und Adenauer etwas Klares entgegen zu stellen, und wie mir scheint etwas, was immerhin mehr Chancen für unser Volk bietet als die Illusionspolitik des Kanzlers.“¹⁸⁴

Eppler forderte in dem Brief an Schmid, dass die SPD das russische Angebot (Stalin-Noten¹⁸⁵) nicht ignoriere und erkläre, dass das „Heil der Deutschen“ nicht in einer Europa-Armee liegen müsse. Wenn die SPD dies tue, würden sich ihr die Föderalistische Union, die NG und vielleicht Teile der CDU und der Presse anschließen, sie werde die Führung im politischen Gespräch übernehmen und Adenauer könne seine Politik nicht durchsetzen. Für ihn gab es keine dritte realisierbare Möglichkeit neben Adenauers Politik und der Durchsetzung der deutschen Einheit in Freiheit. Falls die SPD Adenauer unterstütze, sei sie auch für die Aufrüstung beider Teile Deutschlands voll verantwortlich.¹⁸⁶

Eppler betrachtete die SPD als einzige Chance, gegen Adenauers Politik der Westbindung zu handeln. Er rief aber auch die kritischen Teile der Regierungsparteien immer wieder zum Widerstand gegen Adenauer auf und schrieb deshalb im März 1952 seinem alten Lehrer Storz. Eppler erklärte, dass er zwei Jahre gezögert habe, welche Haltung er gegenüber Adenauer einnehme. Doch die Stalin-Note als Chance zur Wiedervereinigung hatte seiner Vorstellung nach eine neue Situation geschaffen. Großbritannien und Frankreich nähmen anscheinend das Angebot ernst und die USA beriefen sich in ihrer Ablehnung auf Bonn. Deshalb werde vielleicht die Entscheidung über die Note in Bonn fallen. Da Adenauer die

¹⁸² Ebd.

¹⁸³ Vgl. Erhard Eppler an ? (Herr Staatsrat), 11.3.1952, Dep. Eppler 6; dieser Brief ist an Carlo Schmid gerichtet, vgl. Erhard Eppler an Christine Simon, 27.1.2001.

¹⁸⁴ Ebd.

¹⁸⁵ Der Notenwechsel der Sowjetunion mit den Westmächten (Stalin-Noten) dauerte vom 10. März 1952 bis zum 23. September 1952. Die UdSSR stellte die Wiedervereinigung Deutschlands beim Verzicht der Bundesrepublik auf die Integration in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in Aussicht. Für Adenauer waren die Noten kein Anlass, von seiner Politik der Westintegration abzuweichen; die SPD sah die Noten als Chance zur Wiedervereinigung.

westeuropäische Gemeinschaft durchsetzen wolle, suche er immer wieder nach Einwänden gegen die russische Note. Die SPD sehe die Stalin-Noten als letzte Chance, Adenauers Westkonzeption etwas Eigenes entgegenzusetzen. Es gab für Eppler also zwei Fronten: der Kanzler (Einheit Westeuropas, Aufrüstung) und die Adenauer-Kritiker (Einheit Deutschlands in Freiheit, Anschluss an den neutralen Gürtel), die einen Krieg verhindern könnten. Er unterstellte der UdSSR ein Interesse am Frieden.¹⁸⁷

Eppler war nicht immer ein Gegner der CDU. Er habe Eugen Gerstenmaier¹⁸⁸, wie er diesem schrieb, bei der Bundestagswahl gewählt, sei aber nun über die Politik der CDU sehr enttäuscht. Wie in Kapitel 1.1. beschrieben nahm er an der Wahl allerdings nicht teil.¹⁸⁹ Er unterstellte Gerstenmaier zu wissen, dass viele Wähler seine Außenpolitik nicht billigten. Die Angehörigen der CDU-Fraktion verträten bei der Aufrüstung wie eine „Herde“ die Auffassung des Kanzlers. Eppler wollte aktiv gegen Gerstenmaiers Wiederwahl vorgehen¹⁹⁰ und drohte sogar mit seiner Mutter: „Sollten Sie noch einmal in Hall kandidieren, so werde ich alle Hebel in Bewegung setzen, dass sie kläglich durchfallen. Meine Mutter hat einen grossen Einfluss vor allem auf die Haller Frauen.“¹⁹¹

Er beschreibt in diesem Brief auch seine Gründe für den Einsatz gegen die Aufrüstung und damit auch für die NG: die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs und sein christliches Weltbild. Als Christ, Historiker und Kriegsteilnehmer sei er zu einer sachlichen Diskussion bereit, warum er die deutsche Aufrüstung für „Wahnwitz“ halte. Die Kriegsgeneration werde nicht in den nächsten „Hexenkessel“ gehen, ohne zu wissen, wozu. Wichtig war ihm zudem, dass ein Christ sein politisches Handeln verantworten könne.¹⁹² Er führte weiter aus: „Zum dritten erinnere ich mich, dass der Herr, an den Sie und ich glauben, für die nur Vergebung hat, die da nicht wissen, was sie tun. Sie, Herr Doktor, wissen, was Sie tun.“¹⁹³

Eppler beteiligte sich an der GVP-Gründung und übernahm wichtige Positionen in der Partei. Er sieht sich rückblickend als Heinemanns Vertrauensmann für Südwürttemberg-Hohenzollern. Heinemann habe ihn zur Mitarbeit in der GVP bewogen. Auch habe er geglaubt, sich engagieren zu müssen, besonders gegen die Aufrüstung und für die Stalin-Note

¹⁸⁶ Vgl. Erhard Eppler an Carlo Schmid, 11.3.1952.

¹⁸⁷ Vgl. Erhard Eppler an ? (Herr Direktor), 19.3.1952, Dep. Eppler 6; dieser Brief ist an Gerhard Storz gerichtet, vgl. Erhard Eppler an Christine Simon, 27.1.2001.

¹⁸⁸ Eugen Gerstenmaier (1906-1986), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, führender evangelischer CDU-Politiker, u.a. Bundestagspräsident und stellvertretender Vorsitzender der CDU.

¹⁸⁹ Vgl. S. 27 des vorliegenden Textes. Am wahrscheinlichsten ist, dass Eppler wie schon beschrieben, aus finanziellen Gründen nicht an der Bundestagswahl teilnahm, der CDU aber nahe stand. Gerstenmaier gegenüber stellte er die Situation so dar, als habe er tatsächlich die CDU gewählt, statt zu sagen, dass er sie gewählt hätte, wenn er an der Wahl teilgenommen hätte.

¹⁹⁰ Vgl. Eberhard (sic!) Eppler an Dr. Gerstenmaier, 17.1.1952, Dep. Eppler 7.

¹⁹¹ Ebd.

¹⁹² Vgl. ebd.

¹⁹³ Ebd.

vom 10. März 1952.¹⁹⁴ Epplers Einschätzung des Einflusses von Heinemann und seiner Motive für sein politisches Wirken sind mit der Quellenlage stimmig.

Ab Mitte 1952 wurde in der Notgemeinschaft über die Gründung einer Partei aus der Bewegung nachgedacht. Eppler hatte dies gegenüber Heinemann schon im Januar 1952 angeregt. Er hatte sich im Juli 1952 noch nicht für eine Zusammenarbeit mit der SPD oder eine Parteigründung entschieden. Er hielt eine Zusammenarbeit mit der SPD für notwendig bei einer Änderung des Wahlgesetzes¹⁹⁵ oder wenn die neue Partei die 5% Klausel nicht erreichen könne. Eine Parteigründung müsse bald nach einem genauen „Feldzugsplan“ geschehen. Die Partei müsse dann einen „Burgfrieden“ mit der SPD schließen.¹⁹⁶

Eppler war skeptisch, ob die neue Partei bis zu den Bundestagswahlen aktionsfähig sei, hatte aber nach einem Gespräch mit Helene Wessel¹⁹⁷ wieder mehr Hoffnung.¹⁹⁸ Er war bereit, im Arbeitsausschuss für Presse und Propaganda und im Ausschuss für kulturelle Fragen an der programmatischen Arbeit für die Partei teilzunehmen. Er forderte die Beschleunigung der Parteigründung, auch um Teile der südwestlichen FDP (Reinhold Maier, Pfeleiderer) vor der Beratung der Westverträge im Bundesrat zur Zusammenarbeit mit der neuen Partei zu bewegen. Eppler schlug im Sommer und Herbst 1952 als Parteinamen „Jungsoziale Mitte“, notfalls auch „Dritte Kraft“¹⁹⁹ und eher „Sozialbewegung Freies Europa“ als „Block der Mitte“ vor.²⁰⁰ Zweitrangig war für ihn, ob die Partei „Gemeinschaft“, „Mitte“, „Sammlung“ oder „Union“ heiße. Wichtig war ihm der Begriff „jungsozial“, denn die außenpolitischen Ziele der Partei seien durch die Gründer bekannt und die innenpolitischen Ziele müssten aus dem Namen der Partei deutlich werden. Durch den Begriff „jung“ distanzieren sich die Partei deutlich von bisherigen sozialistischen Experimenten. Er befürwortete die Beschäftigung der neuen Partei mit der „sozialen Frage“ und war erleichtert, dass der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten schon den Begriff „gesamtdeutsch“ belegt habe²⁰¹, den die GVP später dennoch verwendete.

Auf der Mülheimer Tagung am 18./19. Oktober 1952 wurde über die Parteigründung diskutiert. Eppler, der Mitglied der Organisationskommission wurde, lehnte den Namen „Deutsche

¹⁹⁴ Vgl. Eppler, Erhard, Eine Bilanz, S. 11.

¹⁹⁵ Das im Juli 1953 in Kraft getretene Bundeswahlgesetz gestattete die Anwendung der Fünfprozent-sperrklausel nicht mehr getrennt auf jedes Bundesland. Außerdem mussten neue Parteien je Wahlkreis mindestens 500 Unterschriften von Wahlberechtigten aufbringen. Diese Maßnahmen trafen besonders kleine Parteien wie die GVP.

¹⁹⁶ Vgl. Erhard Eppler an Adolf Scheu, 30.7.1952, mit 1. Entwurf zu einem Manifest, NL Scheu 359b. Vgl. dazu auch: Zu Frage 1 Begründung für die Notwendigkeit einer neuen politischen Kraft., S. 5, NL Scheu, 353, hier ist Epplers Stellungnahme zu einer Parteigründung ebenfalls enthalten.

¹⁹⁷ Helene Wessel (1898-1969), 1919 Mitglied des Zentrums, 1945 Mitbegründerin der Deutschen Zentrumspartei, 1949-1952 Zentrumsvorsitzende, 1949-1953 MdB, 1951 im Vorstand der NG, 1952-1957 im Präsidium der GVP, 1957 Eintritt in die SPD, 1957-1969 MdB.

¹⁹⁸ Vgl. Erhard Eppler an Adolf Scheu, 24.7.1952, NL Scheu 359b.

¹⁹⁹ Vgl. Erhard Eppler an Adolf Scheu, 11.9.1952, NL Scheu 359b.

²⁰⁰ Vgl. Erhard Eppler an Adolf Scheu, 30.7.1952, NL Scheu 359b.

²⁰¹ Vgl. Erhard Eppler an Bodensteiner, 19.11.1952, Abschrift, NL Wessel 211.

Notgemeinschaft“ für die neue Partei ab und schlug stattdessen „Jungsoziale Mitte“ vor.²⁰² Nach der Mülheimer Tagung stand seiner Ansicht nach die Parteigründung fest und es werde sich sehr schnell eine neue Sammlung, getragen vor allem von Heinemann, Wessel und Bodensteiner bilden. Diese Partei solle die bisherigen Gruppen zusammenfassen und für die Bundestagswahl „aktionsfähig“ machen.²⁰³

Epplers persönlicher Umkreis hielt im Herbst 1952 ebenfalls eine „neue politische Kraft“ für notwendig, die sich allerdings bis spätestens Ende 1952 organisieren müsse. Diese neue Partei müsse klar zwischen einem Allgemeinprogramm und einem Aktionsprogramm unterscheiden.²⁰⁴

Die neue Partei, die Gesamtdeutsche Volkspartei, stand programmatisch und personell in der Tradition der Notgemeinschaft. Im Sommer 1952 war Eppler durch seine „eifrige Mitarbeit“ für die NG im Südweststaat aufgefallen.²⁰⁵ Er galt als sehr engagiert.²⁰⁶ Auf der Gründungsversammlung der GVP am 29. November 1952 wurde der Studienreferendar Eppler in den Bundesvorstand der Partei gewählt, obwohl er an der Sitzung nicht teilnehmen konnte. Nachdem verschiedene Personen ihre Teilnahme am Bundesvorstand abgelehnt hatten, schlug ihn ein Bonner GVP-Mitglied vor und er wurde nach Heinemanns Beschreibung gewählt.²⁰⁷ Er selbst vertritt die Auffassung, dass er seine Wahl in den Bundesvorstand Heinemanns Einsatz zu verdanken habe.²⁰⁸ Die Wahl habe ihn animiert und motiviert. Er hat die Bundesvorstandssitzungen der GVP auch im Rückblick in guter Erinnerung.²⁰⁹ Auf der ersten Bundesvorstandssitzung am 30. November 1952 wurde er als eine von drei Personen für den Aufbau der GVP in Baden-Württemberg bestimmt.²¹⁰

Die Mehrzahl der Mitglieder des Bundesvorstandes hatte vor der GVP keine parteipolitische Heimat. Die Partei konnte kaum Politiker anderer Parteien zum Übertritt in die GVP bewegen. Im Bundesvorstand dominierte der Protestantismus, vornehmlich der Bekennenden Kirche. Die jüngere Generation (Kriegsgeneration), die sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gegen den Rückfall in den Rechtsextremismus wandte, war überproportional repräsentiert, ebenso Akademiker, höhere Beamte, Angestellte, mittlere und kleinere Unter-

²⁰² Vgl. Mülheim, 18./19.10.1952, NL Scheu 352.

²⁰³ Erhard Eppler an Härtel, 1.11.1952, Dep. Eppler 2.

²⁰⁴ Vgl. Erhard Eppler an Adolf Scheu, 28.9.1952, NL Scheu 359b.

²⁰⁵ Vgl. Karl Gustav Arndt, Erfahrungsbericht über meine, im Auftrage der Bundestagsabgeordneten Frau Helene Wessel, unternommenen politischen Studienreisen durch fast alle Länder der Bundesrepublik Deutschland im Sommer 1952, S. 2, NL Wessel 211.

²⁰⁶ Vgl. Vinke, Hermann, Gustav Heinemann, S. 84.

²⁰⁷ Vgl. Protokoll über die Gründungsversammlung der Gesamtdeutschen Volkspartei in Frankfurt/M., 29. November 1952, Lokal „Feste Burg“, S. 5, NL Wessel 226 II; im Protokoll ist leider nicht vermerkt, wie Heinemann Eppler beschrieb; vgl. auch Manifest der Gesamtdeutschen Volkspartei.

²⁰⁸ Vgl. Eppler, Erhard, Parteiwechsel statt Überzeugungswchsel, S. 199.

²⁰⁹ Vgl. ders., Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit, S. 15.

²¹⁰ Vgl. Protokoll über die erste Bundesvorstandssitzung am 30. November 1952 in Frankfurt/M., S. 2, NL Wessel 226 II.

nehmer.²¹¹ Der junge, protestantische Akademiker Eppler, der Soldat im Zweiten Weltkrieg gewesen war, war somit ein „typisches“ GVP-Bundesvorstandsmitglied.

Im Juni 1953 wurde er mit 58 von 79 Stimmen erneut in den Bundesvorstand gewählt²¹² und im Mai 1953 schlug ihn das GVP-Präsidium als Berichterstatter für zwei Ausschüsse (Presse- und Propaganda, Jugend) vor.²¹³ Er selbst hatte erklärt, dass er vor allem mit jungen Leuten arbeiten wolle.²¹⁴

Eppler beteiligte sich mit eigenen Manifestentwürfen und mit kritischen Bemerkungen an anderen Entwürfen an der programmatischen Diskussion für die neue Partei. Er war dafür, dass sich die Partei den Weg zur SPD offen halte und forderte statt bloßer Kritik an anderen konstruktive Vorschläge. Das Konzept der Neutralität und damit der vollkommenen Loslösung von den USA betrachtete er als problematisch.

Das Manifest der GVP geht auf den grundlegend überarbeiteten Entwurf Adolf Scheus²¹⁵ zurück.²¹⁶ Eppler kritisierte am allgemeinen Manifestentwurf Anfang November 1952 die Länge, den unklaren Aufbau, den nicht angemessenen Stil und die „Abstinenz in Wirtschaftsfragen.“ Er wollte, was die SPD gegenüber Frankreich bisher nicht getan habe, der französischen Opposition eine Alternative zeigen. Der Begriff „Sackgasse“ für die Bonner Politik sei zutreffend und propagandistisch wirksam.²¹⁷ Inhaltlich bemängelte er folgendes:

„A) Ich halte es nicht für zweckmässig, im M. (Manifest, C.S.) noch einmal alle Schwächen der Bonner Politik aufzuführen. b) Ich halte es weder sachlich noch grundsätzlich für richtig, von strikter Neutralität zu reden. c) Der Unterschied zwischen Manifest und Vierjahresprogramm sollte eingehalten werden. d) Wir sollten Spitzen gegen die SPD vermeiden, ihr eher golden (sic!) Brücken bauen!“²¹⁸

In seiner zweiten Auseinandersetzung vom November 1952 mit dem revidierten Manifestentwurf lehnte er im Einvernehmen mit seinen „hiesigen Freunden“ jede Mitverantwortung ab, wenn der Entwurf nicht „radikal“ abgeändert werde. Neben der im ersten Brief genannten Kritik an Wiederholungen, Länge und Stil des Entwurfs (etwa durch das Dritte Reich vorbelastete Begriffe) verlangte er eine Trennung zwischen allgemeinen Richtlinien und Aktionsprogramm und keine „Polemik“ gegen die SPD. Es sei sachlich und taktisch falsch, bei der

²¹¹ Vgl. Müller, Josef, Die Gesamtdeutsche Volkspartei, S. 339-341.

²¹² Vgl. Protokoll der Plenarsitzungen des Bundesparteitages der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) am 6./7. Juni 1953 in Essen, S. 5, NL Wessel 239 I.

²¹³ Vgl. Rundschreiben Nr. 9, Hans Bodensteiner an die Landesverbände der GVP und an die vorgeschlagenen Mitglieder der Ausschüsse des Bundesparteitages, 28.5.1953, S. 1, S. 3, NL Wessel 211.

²¹⁴ Vgl. Erhard Eppler an die Bundesgeschäftsstelle der GVP, 5.1.1953, NL Heinemann I 45-46.

²¹⁵ Adolf Scheu (1907-1978), 1951 Vorstand der NG, 1952-1957 Präsidium der GVP, 1957 SPD-Mitglied, 1969-1978 MdB.

²¹⁶ Vgl. Müller, Josef, Die Gesamtdeutsche Volkspartei, S. 343.

²¹⁷ Vgl. Erhard Eppler an Bodensteiner, ohne Datum, Abschrift, mit Entwurf zu einem Manifest, NL Wessel 211; der selbe Brief findet sich im NL Heinemann I, 43-44 mit dem Datum 1.11.1952.

²¹⁸ Ebd.

SPD von einer „Politik der starken Faust“ zu sprechen. Er war gegen Leitsätze, die zur Hälfte aus Kritik bestünden.²¹⁹ Auch den Begriff der Neutralität kritisierte er:

„Wenn Sie glauben, auf den Ausdruck ‚strikte Neutralität‘ nicht verzichten zu können, so kann ich daran nichts ändern. Ich kann mir jedenfalls Lösungen des deutschen Problems vorstellen, die nicht mit diesem Ausdruck zu bezeichnen wären. Wir sollten uns solche Lösungen nicht von vornherein verbauen. In irgend einer Weise wird West- und Mitteleuropa sich an die USA anlehnen müssen, natürlich in einer Weise, die dem östlichen Sicherheitsbedürfnis Rechnung trägt. Und ob man das dann Neutralität nennen kann oder nicht, darüber sollen die Staatsrechtler streiten.,(sic!).. ich habe dazu keine Zeit. Es müßte bei uns einmal die Frage aufgeworfen werden: Wollen wir ‚Neutralität‘ als Selbstzweck oder als Mittel zum Zweck der Rettung unseres Volkes. Das sind zwei völlig verschiedene Dinge. Ich würde, wie ich meinem Entwurf angedeutet habe, mich beschränken auf die Feststellung: wir sind bereit, das russische Sicherheitsbedürfnis und die wirtschaftlichen Interessen der Sowjetunion zu respektieren. Wir sind bereit, einen Preis zu bezahlen für die deutsche Einheit, und wir sind ferner bereit, darüber zu verhandeln, wie dieser Preis aussehen soll. Gleichzeitig damit könnten drei oder vier konkrete Vorschläge ausgearbeitet und zur Diskussion gestellt werden, die diese Bedingungen auf verschiedene Weise erfüllen. Das wäre unendlich viel wirksamer, als wenn wir uns auf ein Wort versteifen, das dem Gegner alle Chancen der Missdeutung gibt.“²²⁰

Von der Uneinigkeit in der GVP über die Wirtschaftspolitik distanzierte sich Eppler immer wieder:

„Was uns nach wie vor fehlt, ist das Wirtschaftsprogramm. Könnten Sie nicht wenigstens das Landwirtschaftsprogramm herausbringen? Der Abzug aus München ist zum großen Teil gar nicht übel, aber er müsste deutlich sagen, was er unter Planung versteht. Als verwässerter Abklatsch der SPD sind wir überflüssig.“²²¹

Auch Epplers Umfeld hielt im November die bisherigen Entwürfe für zu lang und zu unzusammenhängend. Falls es noch kein ideales Manifest gebe, bat Eppler im Namen der Beteiligten, um eine ernsthafte Prüfung des Tübinger Entwurfs und dabei zu berücksichtigen, dass die Sprache des Berufspolitikers nicht die Sprache des Volkes sei.²²² Im Tübinger Manifestentwurf werden bis auf zwei verschiedene innenpolitische Entwürfe weitgehend die in Epplers zwei Manifestentwürfen beschriebenen Gedanken vertreten. Der spätere Landesvorsitzende der GVP Baden-Württemberg, Hermann Göckeritz, war vom Tübinger Manifestentwurf enttäuscht, denn er hätte sich von der Mitarbeit zahlreicher Studenten „etwas mehr Schwung versprochen.“²²³

An Epplers Manifestentwürfen fällt die enge Verbindung zwischen Innen- und Außenpolitik auf. Er betrachtete den Kommunismus als innenpolitische Gefahr für ein wiedervereinigtes Deutschland. Wichtig war ihm die Versöhnung mit Frankreich, ebenso das amerikanische Interesse an Deutschland. Ansonsten decken sich seine Positionen mit denen des Manifests der GVP. Eppler konzentrierte sich NG/GVP-typisch fast absolut auf die Wiedervereinigung

²¹⁹ Erhard Eppler an Bodensteiner, 9.11.1952, Abschrift, NL Wessel 211.

²²⁰ Ebd.

²²¹ Vgl. Erhard Eppler an Hans Bodensteiner, 16.3.1953, Dep. Eppler 2.

²²² Vgl. Erhard Eppler an Helene Wessel, Dr. Dr. Heinemann, Bodensteiner, Scheu, 23.11.1952, beiliegend Tübinger Manifestentwurf, NL Wessel 226 II.

²²³ Vgl. Hermann Göckeritz an Erhard Eppler, 25.11.1952, Abschrift, NL Wessel 227 I.

(vor allem im 2. Manifestentwurf), betonte aber immer wieder, dass auch andere Bereiche wie die Wirtschaftspolitik wichtig seien.

In seinem 1. ENTWURF ZU EINEM MANIFEST vom Juli 1952 verlangte Eppler die Bändigung der „Mächte der Technik“, die mit „sinnlosem Massenmord“ drohten. Er warnte vor der Entstehung totalitärer Systeme, schlug als Leitbild der neuen politischen Kraft das christlich-humanistische Menschenbild und als Grundlage für ihr Wirken die parlamentarische Demokratie und die Grundrechte des Staatsbürgers vor. Er stellte für die Verhältnisse der Notgemeinschaft sehr detaillierte soziale, wirtschaftliche und kulturelle Forderungen (z.B. eine bessere Lehrerausbildung, Reform des Krankenkassenwesens).

Für ihn waren die außen- und innenpolitischen Aufgaben „unlösbar“ miteinander verbunden. Voraussetzung zur Verwirklichung dieser innenpolitischen Ziele sei außenpolitisch der Erhalt des Friedens. Krieg als Mittel der Politik gehörte für ihn der Vergangenheit an, denn er bedeute Massenmord. Im Moment könne der Friede am ehesten durch das Gleichgewicht der Mächteblöcke erhalten werden, dass um so stabiler sei, je größere Kräfte zwischen den Blöcken stünden. Ein „vereinigtes freies Europa“ zusammen mit den arabisch-asiatischen Staaten könne eine „ausgleichende Defensivmacht“ zwischen den Blöcken sein. Durch das geteilte Deutschland hätten beide Hälften Europas kein ausreichendes Eigengewicht. Die Einbindung der beiden Hälften Deutschlands in die Machtblöcke sah er als Gefährdung des Friedens an.

Erste Aufgabe einer friedlichen deutschen Europa-Politik sei daher die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen. Um dies zu erreichen, müsse die Sowjetunion die Garantie erhalten, dass Deutschland nicht zur „Aufmarschbasis des Westens“ werde. Den Generalvertrag und den EVG-Vertrag lehnte Eppler ab, da sie dies nicht garantierten. Statt dessen regte er an, alle Verhandlungsmöglichkeiten mit der Sowjetunion auszunutzen. Außenpolitische Aufgabe einer gesamtdeutschen Regierung sei die Verständigung mit allen Nachbarvölkern, vor allem mit Frankreich. Die deutsche Wiedervereinigung sei ohne innenpolitische Gefahren nur durch ein dem Kommunismus überlegenes Sozialprogramm möglich. Auch werde die Verständigung mit den Nachbarn misslingen, wenn sich radikale Kräfte in Deutschland durchsetzten. Die USA waren seiner Darstellung nach nur an einem Deutschland als „solider Ordnungsfaktor“ in Europa interessiert.²²⁴

In seinem ENTWURF ZU EINEM MANIFEST vom November 1952 gab es für Eppler keinen friedlichen Weg über die militärische Westintegration zur deutschen Einheit. Die Politik der Westintegration müsse entweder auf die deutsche Einheit oder auf den Frieden verzichten. Die „Kleinst-Europa-Konzeption“ Adenauers sei eine Illusion und führe „in die gefährlichste Sackgasse der deutschen Geschichte.“ In Frankreich gebe es Widerstand gegen die Bonner „Politik der Stärke“. Wie im ersten Entwurf warnte er vor totalitären Systemen und be-

²²⁴ Vgl. Erhard Eppler an Adolf Scheu, 30.7.1952, mit 1. Entwurf zu einem Manifest, NL Scheu 359b.

trachtete das christlich-humanistische Menschenbild als Ausgangspunkt seines Handelns. Eppers außenpolitischen Forderungen sind ähnlich. Seine Ausführungen zur Wirtschafts-, Sozial-, Kultur- und Innenpolitik sind im zweiten Entwurf allgemeiner. Er verlangte hier, politische Fragen nicht in religiöse oder weltanschauliche zu verfälschen. Für ihn ließ sich die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus nicht im Militärischen, sondern im Geistigen und Sozialen gewinnen. Die Verständigung mit den Nachbarvölkern war seiner Meinung nach erst nach dem Verzicht auf eine „Politik der starken Faust“ möglich.²²⁵

„BLEIBEN SIE AUCH WEITERHIN DER BEHARRLICHE MAHNER, ABER AUCH HELFER!“²²⁶

1953 war ein sehr ereignisreiches Jahr für Eppers Wirken in der GVP. Er äußerte sich zum Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR, engagierte sich in der Bundestagswahl und lehnte das dafür gebildete Bündnis mit dem BdD vehement ab. Immer wieder setzte er sich dafür ein, die Basis der GVP zu verbreitern: durch Kontakte zur Schweiz, zur SPD und dem adenauerkritischen Teil der Regierung. Eppler setzte sich mit der französischen Kritik am EVG-Vertrag und den Vorschlägen des britischen Premierministers Churchill zur Lösung der deutschen Frage auseinander und prüfte, wie man sie zugunsten der deutschen Einheit nutzen könne. Auch zu anderen Themen wie der Ostpolitik oder dem Neutralismus äußerte er sich. Sein Ziel war die deutsche Wiedervereinigung ohne einen neuen Nationalismus und eingebettet in eine europäische Einheit. 1953 und 1954 zeigten sich bei ihm erste Anzeichen einer Desillusionierung über die Möglichkeiten der GVP.

Die im Bundestag vertretenen Parteien reagierten auf die Gründung der GVP ablehnend. Einige Einzelgänger in der FDP unterstützten die neue Partei. Aber die außenpolitischen Kritiker Adenauers in der südwestlichen FDP wollten sich mit ihr nicht einlassen.²²⁷

Da der GVP die Massenbasis und die finanziellen Mittel fehlten, suchte sie Anschluss an etablierte Organisationen. Heinemanns Einladungen zu GVP-Veranstaltungen nahm Reinhold Maier, der mit seiner Kritik an Adenauers Außenpolitik und seiner Forderung nach der unbedingten Priorität der deutschen Wiedervereinigung den Ideen der GVP nahe stand, nicht an.²²⁸

Eppler nahm Kontakte zu Persönlichkeiten in der Schweiz auf, um zu erfahren, wie dort die Lage beurteilt werde. Er sah die Schwierigkeit der GVP darin, gegen Adenauer für eine Wiedervereinigung ohne Gewalt einzutreten, ohne dabei „nationalistische Instinkte“ zu wecken. Bisher habe die GVP diese „europäische Aufgabe“ erfüllen können.²²⁹ Da er die deutsche Einheit ohne Konzessionen an den Nationalismus nicht als leicht empfand, bat er

²²⁵ Vgl. ebd., Entwurf zu einem Manifest.

²²⁶ Gustav Heinemann an Erhard Eppler, 31.8.1955, NL Heinemann II 694.

²²⁷ Vgl. Müller, Josef, Die Gesamtdeutsche Volkspartei, S. 376.

²²⁸ Vgl. Matz, Klaus-Jürgen, Reinhold Maier, 442f.

²²⁹ Vgl. Erhard Eppler an Gottlieb Duttweiler, 3.4.1953, Dep. Eppler 7.

um den Rat des übrigen Europa für Deutschland.²³⁰ Hauptaufgabe der GVP war für Eppler, die Reaktion gegen den Adenauerkurs so zu lenken, dass sie nicht zu einem neuen Nationalismus führe. Die Wiedervereinigung Deutschlands sei primär eine europäische Aufgabe. Ein Zusammenschluss Europas ohne ein geeintes Deutschland sei schwer möglich. Der Zusammenschluss Europas und Deutschlands waren für ihn nicht voneinander zu trennen. Diese Position vertrat er auch in den folgenden Jahrzehnten. Auch wenn ihm die deutsch-französische Verständigung sehr wichtig war, konnte er sich kein Europa unter „antienglischen Vorzeichen“ vorstellen.²³¹

Rückblickend äußerte Eppler sich über seine Einschätzung des Aufstands vom 17. Juni 1953. Unmittelbar vor dem Aufstand habe das GVP-Bundesvorstandsmitglied Erwin Respondek im GVP-Bundesvorstand über Neuigkeiten aus der sowjetischen Militäradministration Karlshorst berichtet. Demnach wollte die sowjetische Führung nach Stalins Tod eine „bürgerliche Deutschlandlösung“, wenn dies der UdSSR ökonomische Vorteile und keine militärischen Nachteile bringe. Der sowjetische Hohe Kommissar Semjonow wolle Änderungen in der DDR, um auf die Bundestagswahlen im September 1953 einzuwirken. Die Sowjetunion wolle Ulbricht opfern, eine Regierung aus politisch kaum bekannten Fachleuten einsetzen, Kritik erlauben, den Monopolanspruch der SED aufgeben und das Verhältnis zu den Kirchen bereinigen. Eppler nahm Respondeks Bericht damals ernst, da ansatzweise in der ersten Junihälfte einige dieser Pläne in der DDR verwirklicht worden seien. Den Aufstand in der DDR habe er deshalb zunächst als Ulbrichts Rettung betrachtet, denn nun habe die Sowjetunion ihre Pläne nicht mehr durchführen können. Deshalb war für ihn, wie er rückblickend erklärte, bei aller „Bewunderung“ für die Arbeiter der Aufstand ein „Unglück“, das Semjonows Pläne gestört habe, die offenbar vom Politbüro unterstützt worden seien. Auch der Sturz des sowjetischen Innenministers und Geheimdienstchefs Berija stand für Eppler in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem 17. Juni, denn dieser habe mit einer knappen Mehrheit im sowjetischen Präsidium des Zentralkomitees die DDR zum Verkauf anbieten wollen.²³²

Berijas Papier mit den neuen Richtlinien, von denen Respondek gesprochen habe, bestätigte nach Epplers Einschätzung Respondeks Bericht. Die Ereignisse der ersten Junihälfte 1953 konnten nach seiner Überzeugung besser als Analysen des Notenwechsels die sowjetische Bereitschaft zeigen, für die militärische Neutralität Deutschlands zu

²³⁰ Vgl. Erhard Eppler an Dr. Fritz Wattenweiler, 17.3.1953, Dep. Eppler 7.

²³¹ Vgl. Erhard Eppler an H.R. Potthof, 9.6.1953, Dep. Eppler 8.

²³² Vgl. Eppler, Erhard, Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit, S. 15; vgl. Protokoll der 52. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, 3.11.1993, in: Deutscher Bundestag, (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. V/1 Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 772f.

zahlen.²³³ Er vermutet, dass der Volksaufstand in der DDR im sowjetischen Politbüro vor allem dem neuen Kurs und damit Berija angelastet wurde. Wenn dies stimme, habe der 17. Juni das Gegenteil seiner ursprünglichen Ziele bewirkt.²³⁴

Für Eppler war der Weg der GVP trotz ihrer Probleme zunächst richtig. Für ihn wurden Heinemanns Ansichten durch die politische Entwicklung bestätigt und er war über die fehlende Unterstützung der anderen Parteien enttäuscht. Das Volk befinde sich in einer tiefen Vertrauenskrise: Adenauers „Realpolitik“ beruhe auf Illusionen, und er werde sie nicht durchsetzen können, Ollenhauer sei keine klare Alternative, das Vertrauen des Volkes in die SPD sei erschüttert und Reinhold Maier habe zu wenig Rückgrat gezeigt. Nur eine Partei – und dies war für Eppler die GVP - mit einer klaren Linie und einem vertrauenswürdigen Vorsitzenden, der dem „Volk den Weg weisen“ könne, werde zum Wohle des Volkes die weitere Entwicklung beeinflussen können.²³⁵

Nach Epplers Überzeugung entschied die Bundestagswahl über die Zukunft des deutschen Volkes. Anfang 1953 bemerkte er „ernsthafte Chancen“ für die GVP bei der Bundestagswahl und eine „große, wohl aber auch die letzte Chance“, den Frieden zu retten. Dies sei keine „Phrase“, sondern beruhe auf „genauen Informationen“. Als die größte Gefahr betrachtete er eine plötzlich angekündigte, sehr frühe Wahl, denn dann dürfe die GVP nur dort Kandidaten aufstellen, wo im Wahlkreis schon ein Kreisverband bestehe.²³⁶ Er forderte im Frühjahr im nächsten halben Jahr „alles Persönliche“ zurückzustellen, denn wenn Adenauer die Wahlen gewinne, könne man sich „alle weiteren Sorgen sparen.“²³⁷ Im April unterstrich er:

„Wie sich die Lage in den letzten Monaten seit unserer Unterredung entwickelt hat, besteht kaum ein Zweifel darüber, daß die Bundestagswahl 1953 die Geschicke unserer Volkes und wahrscheinlich nicht nur des unsrigen auf lange Zeit hinaus, vielleicht endgültig bestimmen wird. Adenauer bekennt sich als einziger europäischer Politiker zu jener amerikanischen Ultimativ- und Befreiungsstrategie, von der jedes Kind weiß, daß sie bestenfalls zum Kriege führen kann. Von Verteidigung ist kaum mehr die Rede, sondern von militärischem Druck, von Befreiung und Kreuzzug. Unsere Verantwortung erhöht sich täglich.“²³⁸

Rückblickend bewertete Eppler die Zeit vor der Wahl 1953 allerdings sehr zynisch:

„Wie üblich eine endlose Diskussion bis spät in die Nacht, in der ich auch ein paar Worte sagte ... Alle möglichen Leute hatten mir angekündigt, daß ihre - natürlich unerhört potente - Gruppe die GVP unterstützen wolle, falls sie selbst auf Platz 1 der Liste gesetzt würden. Und nun sollte trotzdem noch eine Liste zustandekommen, bei der man nicht vor einem Wahlsieg noch mehr Angst haben mußte als vor einer Niederlage ... es gab schon seltsame Vögel im Umkreis der GVP, und wenn Parteien insgesamt nur mit einem Schuß Humor zu ertragen sind, so galt dies für die alte GVP in besonderer Weise.“²³⁹

²³³ Vgl. Eppler, Erhard, „Mir graut davor ...“. Gustav Heinemann glaubte nicht an den Erfolg einer neuen Partei, Zeit, 25.10.1991.

²³⁴ Vgl. ders., Komplettes Stückwerk, S. 35f.

²³⁵ Vgl. Erhard Eppler an Oberbürgermeister Balz, 1.7.1953, Dep. Eppler 8.

²³⁶ Vgl. Erhard Eppler an Pfarrer Stohrer, 12.1.1953, Dep. Eppler 2.

²³⁷ Vgl. Erhard Eppler an Blank, 8.3.1953, Dep. Eppler 2.

²³⁸ Erhard Eppler an Dr. Eugen Salenbauch, 1.4.1953, Dep. Eppler 2.

²³⁹ Eppler, Erhard, Postskriptum, in: ders., Einsprüche (S. 48-50), S. 48f.

Kurz vor den Bundestagswahlen im September 1953 wiederholte er die Grundgedanken der GVP. Hauptaufgabe einer friedlichen deutschen Europapolitik sei durch Verhandlungen mit der UdSSR die Wiedervereinigung Deutschlands. Adenauer aber wolle die bedingungslose Kapitulation der UdSSR durch Rüstung friedlich erzwingen. Die sich in Europa bildende dritte Kraft schiebe sich zwischen die Machtblöcke und rette so den Frieden. Über die Weiterarbeit an den sozialpolitischen Zielen der GVP, die Eppler aufzählte, entschied seiner Meinung nach die weitere Außenpolitik. Er stellte die Bereitschaft der GVP, für die deutsche Einheit auf ein westliches Militärbündnis zu verzichten, dar. Eppler war vom Erfolg von Viermächteverhandlungen über die deutsche Einheit besonders nach der letzten russischen Note überzeugt, denn England, Frankreich und die Sowjetunion versuchten, die „Sackgasse der Nachkriegszeit“ zu verlassen und er werde langsam anerkannt, dass die Aufrüstung Deutscher gegen Deutsche einen Weltkrieg bedeute. Er erklärte, dass die GVP anti-kommunistische Propaganda bei der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus ablehne und wehrte sich gegen den Vorwurf des Kommunismus gegenüber der GVP. Er betonte, dass jeder Kandidat auf einer GVP-Liste u.a. unterschreiben müsse, dass er sich einem kommunistischen System in Deutschland widersetze.²⁴⁰

Heinemann war für Eppler die Integrationsfigur der GVP. Er schlug für ein Flugblatt folgende Argumente für die GVP vor: „1) Heinemann ist ein anständiger Mensch. 2) Verhandeln kann man nur über einen Kompromiss, wer Kapitulation will, muss schießen.“²⁴¹ Ein GVP-Flugblattentwurf zeigt die Konzentration auf Heinemann:

„Gibt es jemanden, der uns aus der Sackgasse herausführen kann, in die uns die einseitige Starrheit der Bonner Politik hineinmanövriert hat? Danken wir Gott, daß wir in Deutschland noch Männer und Frauen haben, die ihren Kredit nicht dadurch verwirrschaftet haben, daß sie blind und ohne eigene Meinung hinter dem alten Kanzler hergetrottet sind. Danken wir Gott, daß wenigstens ein Mann den politischen Instinkt und den Mut gehabt hat, dieser Politik von Anfang an ein unbeirrbares Nein entgegenzusetzen. Gustav Heinemann... Wählt seine Partei, die Gesamtdeutsche Volkspartei!“²⁴²

Die GVP schloss zur Bundestagswahl ein Wahlbündnis mit dem Bund der Deutschen (BdD), der aus der außerparlamentarischen „Deutschen Sammlung“ hervorging und ähnliche Ziele wie die GVP hatte. Hauptunterschied war die fehlende Distanz des BdD zum Kommunismus. Im BdD-Bundesvorstand saßen zunächst mehrere Parteivorstandsmitglieder der KPD. Die Vorsitzenden des BdD, Joseph Wirth und Wilhelm Elfes²⁴³, waren ursprünglich gegen die Gründung der Partei im Mai 1953 und bevorzugten die Zusammenarbeit mit der GVP. Dies hatte Heinemann abgelehnt. Deshalb unterstrich der BdD nach seiner Gründung zunächst

²⁴⁰ Vgl. ders., Eppler im Haller Tageblatt, Wahlbeilage, 6.9.1953, in: ders., Einsprüche (S. 55-58), S. 55-58.

²⁴¹ Erhard Eppler an Gustav Heinemann, 13.5.1953, Dep. Eppler 7.

²⁴² Vgl. Flugblattentwurf für die GVP (1.7.1953), in: Eppler, Erhard, Einsprüche (S. 51f.), S. 51f.

²⁴³ Wilhelm Elfes (1884-1969), Zentrumspolitiker der Weimarer Republik, Mitbegründer des BdD. Zu Elfes vgl. Eßer, Albrecht, Wilhelm Elfes 1884-1969.

die Unterschiede zur GVP, der er vorwarf, durch ihre strikte Neutralität gegenüber Ost und West nicht zur Verständigung mit dem Osten bereit und fähig zu sein.²⁴⁴

Das am 19. Juli 1953 geschlossene Wahlbündnis zwischen GVP und BdD²⁴⁵ brachte der GVP keinen größeren Stimmenanteil bei der Bundestagswahl, denn der BdD galt als vom Osten finanziert. Eppler ist rückblickend davon überzeugt, dass der BdD vom Osten, von der SED gesteuerte „Friedensarbeit“ geleistet habe.²⁴⁶ Nach der Bundestagswahl 1953 gelang es dem BdD nicht mehr, Kontakt zu anderen Teilen der Adenauer-Opposition zu knüpfen.

Eppler lehnte das Wahlbündnis mit dem BdD ab. Er gehörte einem der bedeutendsten GVP-Landesverbände, dem baden-württembergischen an, der geschlossen gegen die BdD-Kandidaten auf der Landesliste stimmte.²⁴⁷ Nach seiner Einschätzung geriet die GVP durch dieses Bündnis „in Teufels Küche.“ Er fügte sich dem Willen der GVP-Mehrheit für das Bündnis,²⁴⁸ kritisierte aber die Aufstellung der GVP-Landesliste Südwest:

„Ich will für meine Person nicht mit einem Rücktritt drohen, da ich grundsätzlich nicht mit Drohungen arbeite, aber es gibt doch ein unmögliches Bild, wenn sämtliche GVP-Kandidaten lammfromm als Zierde hinter den aussichtsreichen BdD-Kandidaten hermarschieren.“²⁴⁹

Eppler war einer der acht GVP-Vertreter bei den Abschlussverhandlungen mit dem BdD. Gemäß Heinemann Vorschlag stellte er harte Forderungen. Dass es trotzdem zum Bündnis kam, bewertet Eppler rückblickend so:²⁵⁰

„Im Zweifel blickte die BdD-Führung nach einem ehemaligen Obersten der Wehrmacht, Josef Weber. Nickte er, so gab man nach. Und er nickte. Nicht erst seit 1990 ist klar, wessen Vertrauensmann er war. Die SED wollte offenbar das Bündnis um jeden Preis. Damit war das Experiment GVP praktisch gescheitert. Das ausgeklügelte Bündnis zerstörte trotz optimaler Bedingungen die ohnehin geringe Hoffnung, hier könne eine unabhängige Kraft wirksam werden.“²⁵¹

Der SPD-Politiker und ehemaliges GVP-Mitglied, Diether Posser, bestätigte Epplers Äußerung von den „Galionsfiguren und Strippenziehern im BdD“ bei den Verhandlungen zwischen BdD und GVP in dieser Form nicht. Er betrachtete Elfes als wichtiger als den ehemaligen Berufsoffizier Weber und konnte nicht bestätigen, dass Weber bei den Mannheimer Verhandlungen - wie Eppler meinte - „das Heft in der Hand“ gehabt habe. Elfes, der sich sicher mit Weber abgesprochen habe, habe geredet. Posser hielt es für möglich, dass

²⁴⁴ Vgl. Herbstritt, Georg, Ein Weg der Verständigung?, S. 99-166; vgl. Hörster-Philipps, Ulrike, Joseph Wirth, S.792-827.

²⁴⁵ Vgl. Mit verstärkter Kraft!, in: Gesamtdeutscher Rundschau 1. Jg. Nr. 27, 31.7.1953, S. 10. Hier erklärt das GVP-Präsidium zum Wahlbündnis mit dem BdD, der BdD sei keine kommunistische Partei. Charakter und Ziele der GVP blieben unverändert. Dennoch sei vielen die Entscheidung für das Bündnis mit dem BdD schwer gefallen.

²⁴⁶ Vgl. Eppler, Erhard, Parteiwechsel statt Überzeugungswchsel, S. 205.

²⁴⁷ Vgl. Müller, Josef, Die Gesamtdeutsche Volkspartei, S. 421.

²⁴⁸ Vgl. Erhard Eppler an das Präsidium der GVP, 14.8.1953, NL Wessel 233 I.

²⁴⁹ Ebd.

²⁵⁰ Vgl. Eppler, Erhard, Parteiwechsel statt Überzeugungswchsel, S. 205f.

²⁵¹ Vgl. ders., Parteiwechsel statt Überzeugungswchsel, S. 206f.; zu Webers „Abnicken“ vgl. auch ders., Ich habe nicht unterschrieben, SZ, 4.7.1981.

Eppler bei der Beurteilung Webers sein späteres Weber-Bild, weswegen er den Krefelder Appell²⁵² nicht unterschrieben habe, in die GVP-BdD-Verhandlungen rückprojiziere.²⁵³

Eppler bestätigte fast alle Ansichten Possers. Auch wenn Elfes bei den Mannheimer Verhandlungen mehr geredet habe als Weber sei ihm Weber als „Schlüsselfigur“ erschienen. Dies erklärte Eppler u.a. damit, dass er als Vertreter der Südwest-GVP in den Verhandlungen die kritischste Position eingenommen und das Scheitern der Verhandlungen gewollt habe. Bei den Mannheimer Verhandlungen habe ein BdD-Mitglied, wohl Elfes, behauptet, beim Zusammengehen zweier Parteien sei 2+2 nicht 4, sondern 8. Eppler war damals der Auffassung, dass dies auch nur 2 sein könnte, wie es dann gewesen sei. Er glaubt nicht, dass die GVP ohne das Bündnis mit dem BdD die 5%-Hürde überwunden hätte, aber an einen etwas höheren Stimmenanteil. Auf seine Drohung, beim Bündnis mit dem BdD, den Landesverband Baden-Württemberg aufzulösen, habe Herbert Mochalski,²⁵⁴ falls es kein Bündnis gebe, die Auflösung des Landesverbandes Hessen angedroht.²⁵⁵ Nach Epplers Einschätzung drängte auch Wessel, die Wirth und Elfes von früher kannte, zum Bündnis.²⁵⁶

In Baden-Württemberg war die Ablehnung gegen eine Zusammenarbeit mit dem BdD sehr stark. Die Frei-Soziale Union (FSU)²⁵⁷ wollte die Zusammenarbeit mit der GVP, nicht aber mit dem BdD. Der baden-württembergische GVP-Landesverband war so kompromisslos gegen die Zusammenarbeit mit dem BdD, dass Eppler nur mühsam eine Resolution gegen jeden Kontakt mit dem BdD verhindern konnte. Er erklärte Heinemann, dass die GVP im Südwesten die Zusammenarbeit mit der FSU statt mit dem BdD bevorzuge und Heinemanns Name an der Spitze einer „einwandfreien Landesliste“ mehr Stimmen bringen werde als der „Propagandarummel“ der Deutschen Sammlung.

Eppler teilte Wessels „Torschlußpanik“ nicht und ging nun nicht mehr davon aus, dass die Bundestagswahl 1953 über Krieg und Frieden entscheide. Wenn der neue russische Kurs bleibe, werde sich die GVP irgendwann durchsetzen und Ollenhauer und Reinhold Maier könnten zu einer ähnlichen Politik wie die GVP gezwungen sein. Deshalb solle die GVP alles vermeiden, was sie in Verbindung mit einem „bankrotten Regime“ bringe. Er bot Heinemann

²⁵² Vgl. S. 195 des vorliegenden Textes.

²⁵³ Vgl. Albrecht Esser an Erhard Eppler, 26.1.1986, anbei: Gespräch zwischen Albrecht Esser und Dr. Diether Posser am 3. Januar 1986 in Düsseldorf (4 S.), Dep. Eppler 85, S. 2-4.

²⁵⁴ Herbert Mochalski (geb. 1910), Pfarrer, Tätigkeit in der Bekennenden Kirche, 1951 Mitbegründer der „Darmstädter Aktionsgruppen“, 1952-1957 GVP-Mitglied, gehörte dem „linken“ GVP-Flügel an und setzte sich immer wieder für eine Aussöhnung mit dem Osten ein; 1953-1957 Bundesvorstand der GVP, 1960 Mitbegründung der DFU.

²⁵⁵ Vgl. Erhard Eppler an Albrecht Esser, 28.1.1986, Dep. Eppler 85; vgl. auch Erhard Eppler an Norbert Mertens, 21.1.1981, Dep. Eppler 69; vgl. auch Eßer, Albrecht, Wilhelm Elfes, S. 249.

²⁵⁶ Vgl. Norbert Mertens an Erhard Eppler, 10.1.1981, Dep. Eppler 69; vgl. Erhard Eppler an Norbert Mertens, 21.1.1981, Dep. Eppler 69.

²⁵⁷ Die FSU und die Freie Mitte von Ulrich Noack gingen 1952 ein Wahlbündnis (Block der Mitte/FSU) ein. Der programmatische Schwerpunkt der FSU lag in der Wirtschaftspolitik, außenpolitisch war sie für die Neutralität Deutschlands. Zentrales Anliegen des Wahlbündnisses von FSU und Freier Mitte war die Herstellung der deutschen Einheit. Im April 1953 kam es zum Wahlbündnis zwischen GVP und FSU/Freie Mitte. Noack wechselte 1953 zur GVP.

bei der Auflösung des BdD und der Aufstellung des einen oder anderen Kandidaten auf der GVP-Landesliste trotz der starken Kritik im baden-württembergischen Landesverband Unterstützung an, hielt aber eine Fusion mit dem BdD, bei der die GVP nicht „eindeutig“ die Macht behalte, für „politischen Selbstmord“. Er werde dann die Reaktion des Landesverbandes abwarten und Konsequenzen ziehen. Einer „Fusion 50/50“ wollte er durch sein Ausscheiden aus der GVP zuvorkommen. Auch befürchtete er dann die Spaltung des GVP-Landesverbandes Baden-Württemberg.²⁵⁸

Eppler favorisierte die in Baden-Württemberg bevorzugte Zusammenarbeit mit liberalen und sozialistischen Strömungen mit Reinold Maier an der Spitze. Sein Ziel war, der CDU die christliche Wählerschaft, vor allem die protestantische, abzuwerben.²⁵⁹ Doch Maier lehnte die Zusammenarbeit mit der GVP ab.²⁶⁰ Eppler wollte auch die „Türen zur SPD offen halten“, falls das Wahlgesetz die Deutschen „in zwei Hälften“ spalte.²⁶¹ Er beschrieb sein Konzept:

„Ich sehe eine Möglichkeit, die Bonner Politik zu ändern, nicht in einem Kampf zwischen den Teilen der Opposition, sondern in einem Zusammenspiel mit dem Ziel, eine neue Koalition zu schaffen. Zur Opposition rechne ich auch Reinhold Maier. Ohne Verhandlungen mit Elfes hätten sich die drei Parteien SPD, DVP und GVP hierzulande glänzend ergänzt. Daß die Starrheit Ollenhauers diese Chance vorerst zerschlagen hat, müssen wir hinnehmen. Jedenfalls hätte sich die SPD vor allem an die Arbeiterschaft, Maier an das liberale Bürgertum und Heinemann an den christlichen, vor allem evangelischen Volksteil halten können.“²⁶²

Heinemann informierte Eppler über die verbesserte GVP-Position bei den letzten Verhandlungen mit dem BdD.²⁶³ Hier findet sich auch Heinemanns Äußerung über Epplers Unfall²⁶⁴, die Eppler später öfter erwähnt: „Lassen Sie sich durch nichts bewegen oder aufregen. Gottes Weltregiment bleibt, auch wenn Mitspieler ausscheren.“²⁶⁵ Eppler war optimistisch: „Auf der andern Seite habe ich letzter Zeit (sic!) manchmal eine rational nur halb zu begründende Zuversicht, was unsere Sache angeht, auch wenn die Zukunft der GVP nicht rosig sein sollte.“²⁶⁶ Allerdings zweifelte er damals an seinem Lebensweg: „Vielleicht bin ich auch auf dem Holzweg, wenn ich mich in die Politik einlasse.“²⁶⁷

²⁵⁸ Vgl. Erhard Eppler an Gustav Heinemann 12.7.1953, Dep. Eppler 8. Zu Epplers Befürchtung, dass das Abkommen mit dem BdD den baden-württembergischen Landesverband sprengen werde vgl. auch Erhard Eppler an Hans Bodensteiner, 14.7.1953, Dep. Eppler 8.

²⁵⁹ Vgl. Erhard Eppler an Hans Bodensteiner, 14.7.1953, Dep. Eppler 8.

²⁶⁰ Vgl. Molt, Peter, Bedingungen und Voraussetzungen der neutralistischen Opposition, S. 113, A 16; vgl. Koch, Diether, Heinemann und die Deutschlandfrage, S. 378

²⁶¹ Vgl. Erhard Eppler an Gustav Heinemann, 13.5.1953, Dep. Eppler 7.

²⁶² Erhard Eppler an Richard Freudenberg MdB, 15.7.1953, Dep. Eppler 8.

²⁶³ Vgl. Gustav Heinemann an Erhard Eppler, 30.7.1953, Dep. Eppler 8.

²⁶⁴ Abrutschen auf glitschiger Autobahn, Gehirnerschütterung ohne Gelenkbrüche, vgl. Erhard Eppler an Gustav Heinemann, 4.8.1953, Dep. Eppler 8.

²⁶⁵ Gustav Heinemann an Erhard Eppler, 30.7.1953, Dep. Eppler 8; Heinemanns Brief ist abgedruckt bei: Eppler, Erhard, Parteiwechsel statt Überzeugungswechsel, S. 200f. Vgl. z.B. Epplers Äußerung zu dem Brief: ders., Postskriptum (S. 48-50), in: ders., Einsprüche, S. 49f.

²⁶⁶ Erhard Eppler an Gustav Heinemann, 4.8.1953, Dep. Eppler 8.

²⁶⁷ Erhard Eppler an ? (Herr Direktor), 10.8.1953, Dep. Eppler 3, diesen Brief sandte Eppler an Gerhard Storz; vgl. Erhard Eppler an Christine Simon, 27.1.2001.

Trotz seiner Ablehnung des Bündnisses mit dem BdD trug Eppler als Mitglied des Bundesvorstands die Mehrheitsentscheidung der GVP mit und rechtfertigte sie auch.

Nach seiner Ansicht stimmte die politische Entwicklung 1952 mit den Vorhersagen der GVP überein. Er wehrte sich allerdings dagegen, als GVP-Kandidat als „Handlanger Moskaus“, vom Volksbund für Frieden und Freiheit sogar als „Kommunist“ bezeichnet zu werden und unterstrich, dass die GVP durch das Bündnis mit dem BdD „keinen Finger breit“ von ihrer politischen Linie abgegangen sei.²⁶⁸

Er beschrieb, dass das Wahlgesetz (5%-Hürde) und die Ablehnung der SPD, der GVP Direktkandidaten zuzusichern, der GVP Schwierigkeiten bereiteten und das Angebot des BdD zur Zusammenarbeit mit der GVP fast eine „bedingungslose Kapitulation“ des BdD gewesen sei. Bei einer Ablehnung der Zusammenarbeit seitens der GVP hätten beide Parteien die 5%-Hürde nicht überwinden können und ein Teil der GVP-Anhänger hätte diese Haltung der GVP nicht verstanden. Eppler betonte, dass bei der Zusammenarbeit mit dem BdD Organisation, politische Linie und Entscheidungsfreiheit der GVP gewahrt blieben. Doch müsse die GVP gegen die „Kommunistenschreckpropaganda“ kämpfen, obwohl jeder GVP-Kandidat unterschreiben müsse, für die freiheitlich demokratische Ordnung in ganz Deutschland nach den Grundsätzen des Grundgesetzes einzutreten und sich einem totalitären System in Deutschland (faschistisch oder bolschewistisch) zu widersetzen. Für Eppler gab es zwei Möglichkeiten: Entweder habe sich in zwei Jahren der Weg der GVP als richtig erwiesen und man sei ihr dankbar, sich der Diffamierung ausgesetzt zu haben, oder die Gegensätze seien so deutlich geworden, dass das ganze Volk daran zugrunde gehe.²⁶⁹ Er bemerkte auch Veränderungen in der sowjetischen Haltung gegenüber Deutschland:

„Man wird uns jetzt nicht mehr totschweigen, sondern der Ostabhängigkeit verdächtigen. Hier liegt (sic!) nun die große Aufgabe für den Wahlkampf. Daß der Osten jetzt plötzlich uns wohlgesonnen scheint, nachdem er uns ein Jahr lang beschimpft hat, liegt nicht an uns, sondern an der Änderung der sowjetischen Deutschlandpolitik. Die Russen haben ein für allemal begriffen, daß sie in Deutschland einen ganz klar nicht kommunistischen Gesprächspartner brauchen.“²⁷⁰

Ähnlich rechtfertigte er das Bündnis in einem anderen Brief. Er wollte den schweren Entschluss für das Bündnis mit dem BdD „menschlich verständlich“ machen. Epplers Hauptziel war Heinemanns Mitgliedschaft im Bundestag, denn dies würde Kräfte in der SPD unterstützen, die wie Erler und Wehner den Ideen der GVP nahe stünden. Er plädierte dafür, alle Kräfte zu bündeln, damit Deutschland nicht wieder in die Politik der Vergangenheit zurückfalle. Außenpolitisch sah er die Gefahr, dass den Russen der Rückzug abgeschnitten werde. Wer aber dem anderen keinen friedlichen Ausweg lasse, müsse zum Krieg bereit sein. Ein sowjetisches Auftrumpfen sei für die Amerikaner der Beweis für die nichtexistierende sowje-

²⁶⁸ Vgl. Erhard Eppler an ? (Herr Direktor), 6.8.1953, Dep. Eppler 3; diesen Brief sandte Eppler an Gerhard Storz (Erhard Eppler an Christine Simon, 27.1.2001).

²⁶⁹ Vgl. Erhard Eppler an Günther Arnold, 5.8.1953, Dep. Eppler 3.

²⁷⁰ Ebd.

tische Verhandlungsbereitschaft, ein Nachgeben der Beweis für deren Schwäche und dass die USA nur warten müssten, bis sie die UdSSR besiegen könnten. Er kritisierte die Beteiligung der Westdeutschen an diesen amerikanischen Plänen. Die SPD war nach seiner Auffassung zur Opposition berufen, werde aber von einem „etwas überdurchschnittlich begabten Funktionär“ geführt. Er wollte nur solange in der GVP bleiben wie Heinemann.²⁷¹

Da die Wähler in der Bundestagswahl am 6. September 1953 Adenauers Westintegrationspolitik bestätigten, war das außenpolitische Programm der GVP überholt und es gab praktisch keine Zukunft für sie. Bei den Wahlen bekam die GVP gerade 1,16% der Stimmen.²⁷²

Der Erststimmenanteil der GVP in Baden-Württemberg lag bei 1,3%, der Zweitstimmenanteil bei 1,5%.²⁷³

In Epplers Wahlkreis Backnang-Schwäbisch Hall bekam die GVP 2,09% der Erst- und 1,94% der Zweitstimmen. In Schwäbisch Hall erhielt er 3,7% der Erststimmen, in Gnadental sogar 13%. Der Wahlkampf war nach Epplers Überzeugung durch seinen schon beschriebenen Unfall und fehlende finanzielle Mittel schwierig. Des weiteren habe das Bündnis mit dem BdD den Kreisverband Hall zerstört. Ohne diese Probleme hätte die GVP die 5%-Grenze erreichen können und vor allem in Schwäbisch Hall wäre die Stimmenzahl zwei- bis drei Mal so hoch gewesen. Obwohl er in einem Flugblatt den Wählern nahegelegt habe, ihre Erststimme notfalls einem anderen Kandidaten zu geben und mit der Zweitstimme die GVP zu wählen, sei der Erststimmenanteil für ihn höher gewesen als der Zweitstimmenanteil. Auch wenn nur wenige Menschen seine Versammlungen besucht hätten, sei dort, wo er gesprochen habe, der Stimmenanteil höher gewesen. Allerdings würde über die Versammlungen in den Gemeinden gesprochen. In Schwäbisch Hall hielt Eppler einen Neuanfang für schwierig. Die Wähler interessierten sich für die „unübersichtlichen“ und für sie „zu wenig elementaren“ außenpolitische Fragen kaum.²⁷⁴

Er plädierte nach den Wahlen angesichts der Entstehung eines Zwei-Parteien-Systems in der Bundesrepublik für eine „Igelstellung“ der GVP und für vorsichtige Kontakte zur SPD.²⁷⁵

Er betrachtete die Situation der GVP als schwierig: das „verhängnisvolle Bündnis“ mit dem BdD, der Landesvorstand Baden-Württemberg („ein Affenstall“), finanzielle Probleme der GVP und das Niveau der GESAMTDEUTSCHEN RUNDSCHAU („Revolverblatt für Spezialnörgler“).²⁷⁶ Seine Stellung in der GVP blieb wichtig.²⁷⁷ Nach der Wahlniederlage zweifelte

²⁷¹ Vgl. Erhard Eppler an Dr. Helmut Lindemann, 8.8.1953, Dep. Eppler 3.

²⁷² Vgl. Müller, Josef, Die Gesamtdeutsche Volkspartei, S. 456f.

²⁷³ Vgl. Herbstritt, Georg, Ein Weg der Verständigung?, S. 153.

²⁷⁴ Vgl. Erhard Eppler, Erfahrungsbericht über die Bundestagswahl vom 6.9.1953, 2 S., Dep. Eppler 4.

²⁷⁵ Vgl. Müller, Josef, Die gesamtdeutsche Volkspartei, S. 472 (zitiert nach: Protokoll über die BuVo-Sitzung am 14./15. November 1953 in Darmstadt, NL Heinemann 380, S. 12).

²⁷⁶ Vgl. Erhard Eppler an Adolf Scheu, 29.10.1953, NL Scheu 359b; vgl. Adolf Scheu an Erhard Eppler, 2.11.1953, NL Scheu 359b.

²⁷⁷ Er bekam aufgrund seiner finanziellen Situation trotz der finanziellen Schwierigkeiten der GVP die Reisekosten zur Bundesvorstandssitzung erstattet; vgl. Dr. Heinemann/Helene Wessel/Adolf Scheu an Erhard Eppler, 2.11.1953, NL Scheu 359b.

Eppler an der GVP und der Vernunft des Volkes. Ein Ausweg war für ihn zunächst der Rückweg ins Private (seine Examenslehrproben).²⁷⁸

„Ich sehe im Augenblick gar keinen Weg, wenn sich die SPD nicht gründlich mausert, und das tut sie vorerst nicht. Es ist vielleicht gut, dass ich in so jungen Jahren schon erfahren habe, mit welcher mitleidloser Brutalität in der Politik gekämpft wird, und wie die schmutzigste Lüge, laut genug verkündet, die Wahrheit niederwalzt. Mein Vertrauen in die politische Vernunft unseres Volkes ist heute so klein, dass ich - und das berührt die Grundlagen unseres Wollens - zweifle, ob man unser Volk jemals sich selbst überlassen kann. Es fehlt einfach an der menschlichen Substanz, wobei ich dieses Wort nicht im autonomen oder gar biologischen Sinne meine. Wenn ich nicht an die unvermeidliche Vernichtung dieses aus Angst mutigen, aus Nationalismus 'europäischen', aus Unsicherheit und Minderwertigkeitsgefühlen brutalen und aus übergrosser Klugheit törichtem Volkes glaube, dann nur, weil Gott nicht nur gerecht ist ... Dass bisher alles vergeblich war, hat mich weniger erschüttert als ich erwartet hatte. Unsere Generation tut gut daran, sich frühzeitig an das Vergebliche ihres Tuns zu gewöhnen. Trotzdem möchte ich nur noch da arbeiten, wo wenigstens eine kleine Erfolgchance besteht. Bei der GVP scheint mir vorerst keine zu liegen.“²⁷⁹

Anfang 1954 war für ihn der GVP-Kurs der einzig mögliche Weg. Nicht Westeuropa, die UdSSR oder USA seien das schwerste Hindernis für die Wiederherstellung eines freien gesamtdeutschen Staates durch einen „Interessenausgleich“, sondern die vom deutschen Volk gewählte Bundesregierung.²⁸⁰ Seine Zweifel blieben bestehen:

„Was mir aber gänzlich zweifelhaft bleibt, ist dies: Wie soll in unserer Demokratie (sic!) der beispiellosen Wurstigkeit der meisten Arbeiter und der politischen Kindlichkeit unserer Intellektuellen, der politischen Platzangst unserer Jugend eine neue Partei sich durchsetzen können, die sich durch eine taktische Fehlentscheidung ohnehin auch bei enrsthaften (sic!) Menschen ins Zwielight gerückt hat? Das scheint mir im Augenblick noch um einige Grad unwahrscheinlicher als eine langsame Umwandlung etwa in der SPD. ... Politische Macht aber stützt sich immer wieder auf die Massen, also auf die Denkfaulen, soweit irgend welche Interessen sie mit einem System oder einer Partei verbinden.“²⁸¹

Eppler äußerte sich 1953 in den GVP-NACHRICHTEN²⁸², besonders zur Ost- und Deutschlandpolitik. Die GVP verfolgte in der Wirtschafts- und Europapolitik das Konzept der Dritten Kraft, entwickelte aber ansonsten zu diesen Gebieten keine klare Linie.²⁸³ Eppler setzte hier eigene Akzente: in der Europapolitik hoffte er auf Frankreich und auf Churchills Vorschläge und mahnte immer wieder, ein Wirtschaftsprogramm auszuarbeiten.

Im April 1953 schrieb er über die Auswirkungen der Westverträge im Ostblock und über den Verlust der ehemals deutschen Ostgebiete. Seine Einstellung zu den Ostgebieten änderte sich später. Er sah einen Zusammenhang zwischen der Unterzeichnung der Westverträge

²⁷⁸ Vgl. Erhard Eppler an Gustav Heinemann, 19.9.1953, Dep. Eppler 8.

²⁷⁹ Ebd.

²⁸⁰ Vgl. Erhard Eppler an Walter Müller, 17.1.1954, Dep. Eppler 4.

²⁸¹ Erhard Eppler an Gustav Heinemann, 7.6.1954, Dep. Eppler 8.

²⁸² Eppler kritisierte den Chefredakteur der GESAMTDEUTSCHE RUNDSCHAU (GR), Leo Hilberath, der einen Aufsatz von ihm sinnverändernd redigiert und auf das Angebot eines weiteren Artikels für die GR nicht geantwortet habe. Aufgrund von Hilberaths Antwort auf seinen Brief sah Eppler seine Mitarbeit bei der GR für beendet an, wenn sich Hilberath nicht bei ihm entschuldige. Diese Situation kann erklären, warum es ab 1954 keine Artikel von Eppler in der GR gibt; vgl. Erhard Eppler an Gustav Heinemann, 20.9.1954, NL Heinemann II 683, mit Epplers Artikel für die GR, GOA UND BONN. WILHELMINISCHE TRADITIONEN; vgl. Leo Hilberath an Erhard Eppler, 17.9.1954, Abschrift, NL Heinemann II 683; vgl. Erhard Eppler an Leo Hilberath, 12.9.1954, Abschrift, NL Heinemann II 683.

und der Bolschewisierung der Ostdeutschen. Auf die Warnung der Notgemeinschaft, dass jeder westdeutsche Schritt in ein westliches Militärbündnis zu „schärfsten Gegenmaßnahmen in der Ostzone“ führe, sei damals geantwortet worden, ein forsches Auftreten der Westdeutschen mache den Osten weich.

Doch Eppler beobachtete seit der Unterzeichnung der Westverträge ein rapides Vordringen der Bolschewisierung „drüben“ und eine Aufrüstung der sowjetischen Satelliten. Dies wiederum sehe die Bundesregierung als Beweis für die Notwendigkeit der Unterzeichnung der Verträge und glaube, die Aufrüstung stärke die Opposition in den sowjetischen Satellitenstaaten. Er war davon überzeugt, dass die westdeutsche Aufrüstung die sowjetischen Satelliten der UdSSR annähere, denn für Polen und Tschechen sei es ein Unterschied, ob sie einer französischen oder einer deutschen Division gegenüber stünden. Die „Ostvölker“ seien von einem „glühenden Nationalismus“ erfüllt und unterschieden nicht zwischen Nationalsozialisten und Deutschen. Sie fürchteten aufgrund der deutschen Gebietsverluste und der Vertreibung der Deutschen deren „Rache.“ Nur die Vorstellung eines bewaffneten Deutschen könne den „Russenhass“ dieser Völker überwinden. Nach Epplers Auffassung hätte die UdSSR ihren Satelliten niemals so stark bewaffnet, wenn sie nicht gleichzeitig einen populären Feind hätte präsentieren können. Er glaubte, dass Adenauer nach der Aufrüstung der Satelliten wieder die Ratifizierung der Westverträge verlangen werde, damit die Deutschen sich gegen die Satelliten wappneten.²⁸⁴

Eppler setzte sich für eine Verständigung mit der UdSSR ein, um die deutsche Wiedervereinigung zu erreichen. Er ging nicht von der sowjetischen Staatsform, sondern von nationalen russischen Interessen aus und hatte – GVP-typisch – keine Berührungsängste gegenüber dem Kommunismus. Ihm war bewusst, dass die Verwirklichung der für ihn legitimen deutschen Ansprüche durch eine deutsch-sowjetische Verständigung auf Kosten Polens ging. Er kritisierte den ungenauen Gebrauch des Begriffs Ostpolitik. Es sei gefährlich und verwirrend, dass die Wiedervereinigung als Frage der Ostpolitik betrachtet werde, denn diese sei eine Frage der deutschen Innenpolitik.²⁸⁵

„Ostpolitik im strengen Sinne kann nur ein wiedervereinigtes Deutschland betreiben. In welchen Bahnen eine solche Ostpolitik verlaufen wird, hängt davon ab, welchen internationalen Status Gesamtdeutschland haben wird. In diesem Sinne besteht ein Zusammenhang zwischen Wiedervereinigung und Ostpolitik.“²⁸⁶

Seiner Meinung nach beruhte die Ostpolitik der Bundesregierung auf der Illusion, die sowjetische Macht in Osteuropa brechen zu können. Er sah keinen baldigen Zusammenbruch der

²⁸³ Vgl. Müller, Josef, Die Gesamtdeutsche Volkspartei, S. 350-356, S. 366-373.

²⁸⁴ Vgl. Eppler, Erhard, Politik ohne Instinkt für den Osten, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg. Nr. 13, 23.4.1953 (S. 6f.), S. 6f.

²⁸⁵ Vgl. E.E., Die Ostpolitik und das Flüchtlingsproblem, in: Gesamtdeutsche Rundschau, 1. Jg. Nr. 39, 23.10.1953, S. 4; die mit E.E. unterzeichneten Artikel sind von Erhard Eppler, vgl. Erhard Eppler an Christine Simon, 27.1.2001.

Sowjetunion von Innen heraus. Die Frage der Ostgrenzen habe wenig mit der bolschewistischen Staatsform, sondern mit nationalrussischen Interessen zu tun. Jede deutsche Ostpolitik müsse von der Realität des russischen Volkes ausgehen. Ostpolitik könne weder antirussisch noch antisowjetisch sein. Die Einsicht in diese Realitäten war für Eppler kein Verzicht auf die „legitimen“ Ansprüche der Deutschen auf die bis 1937 dem Deutschen Reich zugehörigen Gebiete. Da die UdSSR Polen durch die Garantie der Oder-Neiße-Grenze solange an sich binde, wie die bundesrepublikanische Politik antisowjetisch sei, plädierte er für die deutsche Einheit ohne antisowjetische Vorzeichen als einzigen friedlichen Weg zur Lösung der deutschen Frage.²⁸⁷

„Wir werden niemals auch nur einen Teil dieser Gebiete wiedersehen, wenn es nicht im russischen Interesse liegt. Jede Aenderung unserer Ostgrenze wird auf den Widerstand Polens stoßen, und jeder russische Versuch, eine Neuregelung herbeizuführen, wird das russisch-polnische Verhältnis aufs schwerste belasten. Die Russen werden aber nie daran denken, die Polen zu ihren Feinden zu machen, wenn sie dadurch nur ein ihnen ohnehin feindliches Deutschland stärken. Solange Deutschland einem antisowjetischen Block angehört, wird die Sowjetunion ihren polnischen Nachbarn durch eine Garantie der Oder-Neiße-Linie an sich binden.“²⁸⁸

Eppler beschäftigte sich häufig mit Begriffsdefinitionen, der politischen Sprache und ihren Auswirkungen auf die Politik. Er beschrieb die negative Konnotation des Wortes Kompromiss im Dritten Reich und die positive in der Schweiz. Seiner Ansicht nach konnte das deutsche Volk nur durch einen Kompromiss der vier Mächte oder durch einen Krieg wieder vereint werden. Da Adenauer mehrfach betont habe, dass er einen Kompromiss über Deutschland ablehne, befürchtete Eppler eine erneute Diffamierung derjenigen, die für einen Kompromiss waren.²⁸⁹

Er setzte neben den allgemeinen GVP-Positionen eigene Akzente wie die Ablehnung des Begriffs Neutralität für das Konzept der GVP, die Wichtigkeit der deutsch-französischen Verständigung und die Notwendigkeit eines Kompromisses.

Auch Heinemann und Wessel lehnten den Begriff Neutralität für die NG/GVP ab. Heinemann verstand sein Konzept der Ausklammerung Deutschlands aus dem Weltkonflikt nicht als Neutralität. Für Wessel war Neutralität Verzicht auf Mitgestaltung und Mitsprache. Sie setzte sich für eine Politik der Vermittlung zwischen Ost und West ein. Überhaupt scheuten sich die NG-Anhänger vor der Verwendung des negativ besetzten Begriffs Neutralismus.²⁹⁰ Bei der Verwendung des Begriffs Neutralismus für die Ziele der NG und GVP sollte man zumindest wie von Schubert vom „pragmatischen Neutralismus“ sprechen.²⁹¹

Das Wort „neutral“ hatte nach Epplers Auffassung etwas Passives, Unentschiedenes an sich. Diese unbeteiligte Neutralität gebe es für die Deutschen nicht, da sie von einem

²⁸⁶ Ebd.

²⁸⁷ Vgl. ebd.

²⁸⁸ Ebd.

²⁸⁹ Vgl. E.E., Kompromiß, in: s.o., 1. Jg. Nr. 18, 29.5.1953, S. 7.

²⁹⁰ Vgl. Müller, Josef, Die Gesamtdeutsche Volkspartei, S. 86-88, S. 103, S. 216-220.

europäischen Krieg direkt betroffen wären. Diesen Neutralismus vertrete die GVP nicht. Er war davon überzeugt, dass die Haltung der GVP von zwei voneinander abhängigen Gedanken bestimmt werde: der deutschen Frage (Wiedervereinigung Deutschlands) und der Unmöglichkeit von Frieden, solange die Welt in zwei Lager gespalten sei. Die GVP wolle nicht unbedingt eine Neutralisierung, sondern gehe davon aus, dass Deutschland neutralisiert sei, da jeder Sieger Teile des deutschen Volkes besetze, damit es für keinen Sieger eine Gefahr sei. Wie in seinem Kompromiss-Artikel war für ihn eine Lösung ein Kompromiss der vier Sieger oder ein Krieg:²⁹²

„Um es deutlich zu sagen: die GVP ist für jede Art des Kompromisses, durch den sich die deutsche Einheit aushandeln läßt. Sie stellt nur fest, dass nach Lage der Dinge ein solcher Kompromiß nur möglich ist, wenn beide Machtblöcke auf die Mobilisierung des deutschen Militärpotentials verzichten. Über eine andere Lösung wird man nicht verhandeln können.“²⁹³

Eppler schlug vor, bei den Forderungen der GVP nicht von Neutralität, sondern von Paktfreiheit als Preis für die Wiedervereinigung zu sprechen. Die GVP habe mehr Anhänger, wenn sie nicht Neutralität, sondern über ein „paktfreies Deutschland“ ein „unabhängiges Europa“ fordere. Diese Paktfreiheit solle nach allen Seiten politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen ermöglichen, vor allem die deutsch-französische Verständigung.

Der zweite, die Außenpolitik der GVP bestimmende Gedanke ging nach Epplers Einschätzung davon aus, dass es keinen Frieden geben könne, wenn die in zwei Lager gespaltene Welt ihre Sicherheit im Wettrüsten suche. Nicht Zweiteilung, sondern Gliederung diene dem Frieden. Diesem Gliederungskonzept werde die Einheit der freien Welt entgegengehalten. Die Voraussetzungen hierfür, nämlich die Geradlinigkeit und Berechenbarkeit der amerikanischen Außenpolitik, die staatsmännische Reife der US-amerikanischen Führung und die Friedensabsichten der USA, waren für Eppler allerdings alle nicht erfüllt. Deshalb betrachteten viele in Europa die dritte Kraft als Möglichkeit, den Frieden zu erhalten. Er sah die Notwendigkeit eines Kompromisses über die Wiedervereinigung in Zusammenhang mit der weltpolitischen Notwendigkeit einer dritten Kraft, denn es gebe kein unabhängiges Europa, solange beide Teile Deutschlands von beiden Weltmächten gegeneinander mobilisiert und Deutschland dadurch indirekt neutralisiert werde. Mit ihrer Forderung nach Einheit schafften die Deutschen auch die Voraussetzung für ein starkes Europa, das dem Frieden diene. Auch für dieses Europa war nach seiner Auffassung der Begriff Neutralität nicht richtig, denn

²⁹¹ Vgl. Schubert, Klaus von, *Wiederbewaffnung und Westintegration*, S. 136.

²⁹² Vgl. E.E., *Neutralismus*, in: *Gesamtdeutsche Rundschau*, 1. Jg. Nr. 19, 5.6.1953, S. 5.

²⁹³ Ebd.; Eppler erklärte dieses Zitat folgendermaßen: „Wir akzeptieren jeden Kompromiß zwischen SU und Nato über den Status Deutschlands. Das muß – unseretwegen – nicht Bündnisfreiheit (Neutralität) sein. Aber keine Seite kann hinnehmen, dass das deutsche Militärpotential von der anderen genützt wird.“; Erhard Eppler an Christine Simon, 27.1.2001.

das Ziel einer dritten Kraft sei aktiv und dynamisch: die Auflösung der verhärteten Fronten und die Beendigung des Kalten Kriegs.²⁹⁴

Positiv bewertete Eppler jegliche Kritik an der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Bei der Beschreibung von Frankreichs Interesse an der deutschen Wiedervereinigung vertrat er unter dem spezifisch französisch-deutschen Blickwinkel Grundpositionen der GVP. Er kritisierte die deutsche Politik, schlug aber keine konkreten Alternativen für ein Übereinkommen mit Frankreich vor und berücksichtigte nicht, dass auch ein geteiltes Deutschland in Frankreichs Interesse liegen könne.

Eppler ging von Deutschlands Abhängigkeit von Frankreich aus, denn dort und nicht in den USA werde über den EVG-Vertrag entschieden. Folglich müssten die vorzuschlagenden Alternativen zu den Westverträgen den französischen Interessen näher liegen als der „Rüstungswettkampf“. Die Zukunft Europas hing für ihn davon ab, eine Form der Wiedervereinigung zu finden, die den deutschen Nachbarn als das „kleinere Übel“ erscheine. Wenn die deutsche Einheit auch ein französisches Anliegen sei, beginne eine „Epoche europäischer Politik“. Er war der Ansicht, dass Frankreich nie wirklich an eine sowjetische Aggression geglaubt habe, deshalb die Dinge nicht durch die „ideologische Ost-West-Brille“ betrachte und neben der Gefahr einer sowjetischen Aggression andere Gefahren für den Frieden, etwa die amerikanische Außenpolitik, sehe. Adenauers Begeisterung für den offensiven US-Kurs bewerteten die Franzosen kritisch und fragten.²⁹⁵

„Wie will Adenauer eigentlich die deutsche Einheit erreichen? Und wenn Adenauer selbst, wie es scheint, auch ohne diese Einheit auskommt, was wird sein Nachfolger tun? Ist das deutsche Volk schon so weit gesunken, dass es 18 Millionen Landsleute für ein paar Dollars und einen Wunschtraum von Sicherheit verkauft?“²⁹⁶

Die Franzosen glaubten nach Epplers Überzeugung nach der Westintegration und der Aufrüstung der Deutschen nicht mehr an einen Kompromiss mit der UdSSR über die deutsche Einheit und dass Deutschland dann auf die Linie der USA gedrängt werde. Doch „amerikanischen Kreuzzugschwung gekoppelt mit deutschem Revisionsdrang“ lehnten die Franzosen ab. Eppler forderte, ausgehend vom gleichen französischen und deutschen Sicherheitsbedürfnis mit Frankreich ein Gespräch über die deutsche Einheit. Frankreich und die UdSSR würden ein hochgerüstetes Gesamtdeutschland im Bündnis mit der USA nicht zulassen.²⁹⁷ Er verlangte von Deutschland europäische Politik:

„Nur wenn ein künftiges Gesamtdeutschland von den beiden Weltmächten militärisch so weit isoliert ist, daß es nicht umhin kann, in Anlehnung an Frankreich eine friedliche europäische Ent-

²⁹⁴ Vgl. E.E., Neutralismus.

²⁹⁵ Vgl. Eppler, Erhard, Gespräch mit Frankreich, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg. Nr. 4, 27.2. 1953, (S. 2f.), S. 2f.

²⁹⁶ Ebd., S. 3.

²⁹⁷ Vgl. ebd.

spannungspolitik zu treiben, nur dann liegt dieses Gesamtdeutschland auch im französischen Interesse, und sei es nur als kleineres Übel.“²⁹⁸

Er beschrieb Robert Schumans Abrücken von der EVG aus französischen und europäischen Interessen und nicht aus Interesse an der deutschen Wiedervereinigung. Ein EVG-Europa führte nach Epplers Meinung zu immer stärkerer Abhängigkeit von den USA, besonders bei der Rüstung, und bedeute damit den Verlust der Möglichkeit des Ausgleichs mit den Russen und die Unglaublichkeit des europäischen Gedankens. Er unterstellte Schuman, diesen „Teufelskreis“ durchbrechen zu wollen und zu wissen, dass dies nur durch Verhandlungen mit den Sowjets auch über die deutsche Wiedervereinigung möglich sei, denn „der eiserne Vorhang mitten durch Deutschland“ bedeute den Kalten Krieg und damit Rüstung und Abhängigkeit. Die deutsche Wiedervereinigung verhinderte nach seinen Vorstellungen den „Teufelszirkel der EVG“.²⁹⁹

Positiv bewertete Eppler auch die Forderungen des britischen Premiers, Sir Winston Churchill, vom März 1953 nach einer Konferenz zwischen dem amerikanischen Präsidenten Eisenhower und der UdSSR und Churchills Unterhausrede vom 11. Mai 1953, in der er eine baldige Viererkonferenz zur Lösung der deutschen Frage empfahl.³⁰⁰

Eppler versuchte Churchills Vorschlag für seine eigenen politischen Vorstellungen zu nutzen und suchte nach neuen Wegen zur deutschen Einheit. Er kritisierte weiter Adenauers Politik und dessen Bedingungen zur Durchsetzung der deutschen Wiedervereinigung, nämlich die „bedingungslose Kapitulation“ des Gegners. Er hielt die Auffassung für falsch, dass die westdeutsche Aufrüstung aufgrund der militärischen Macht der Sowjets notwendig sei und die deutsche Einheit durch die militärische Überlegenheit der EVG erreicht werden könne. Adenauer habe sich der amerikanischen „Ultimativstrategie“ verschrieben, die weder die deutsche Einigung noch die Aussöhnung mit Frankreich erreichen werde, denn deutsche Anhänger einer Politik der starken Faust machten sich Frankreich zum Feind. Adenauer wolle die bedingungslose militärische und wirtschaftliche Unterstellung der Deutschen unter die USA, ohne deren genaue Ziele zu kennen, die sich nach Epplers Einschätzung nur durch einen Krieg verwirklichen ließen.

Die ursprünglichen Fundamente der EVG (die Eindämmungsstrategie, die Einheit der freien Welt und der Kalte Krieg) galten für Eppler so nicht mehr. In Westeuropa bestehe fast Einigkeit, dass die Sowjets durch Kompromisslösungen eine Entspannung im Kalten Krieg wollten. Er unterstellte Adenauer, hohe Forderungen an die Wiedervereinigung zu stellen, um ihre Erfüllung durch die Sowjets zu verhindern, da er auf den Kalten Krieg angewiesen sei und eine weltpolitische Entspannung seine Daseinsberechtigung in Frage stelle. Er verlangte einen Kompromiss zwischen den sowjetischen und den westlichen Forderungen

²⁹⁸ Ebd.

²⁹⁹ Vgl. E.E., Robert Schuman, in: Gesamtdeutsche Rundschau, 1 Jg. Nr. 24, 10.7.1953, (S. 3), S. 3.

³⁰⁰ Vgl. Müller, Josef, Die Gesamtdeutsche Volkspartei, S. 441-443.

und sah nur Wessels und Heinemanns Weg zur Lösung des deutschen Problems und damit zum Erhalt des Friedens als möglich an. Der Unterschied zwischen der russischen Note vom 23. August 1952 und Churchills Vorschlag über ein Ost-Locarno³⁰¹ sei nicht sehr groß. Die Frage sei, ob man einen Kompromiss und damit die friedliche Wiedervereinigung wolle oder ob die deutsche Regierung den Kompromiss weiter durch unerfüllbare Forderungen verhindere.³⁰² Eppler führte dies weiter aus:

„Wer heute um einer starren Bündnispolitik willen auf die deutsche Wiedervereinigung durch freie Wahlen verzichtet, wer die Unterstellung unserer Rekruten unter amerikanischen Oberbefehl für der Weisheit letzten Schluß und die Befreiung von 18 Millionen Menschen von sowjetischem Druck für eine untergeordnete Angelegenheit hält, der hat kein Recht mehr, mit salbungsvollen Worten die Menschen dort drüben zu ihren Verzweigungsschritten zu beglückwünschen.“³⁰³

Um die Ratifizierung der EVG-Verträge zu verhindern, wandte sich er auch an die SPD und die Adenauer-kritischen Teile der Regierungsparteien. Allerdings stimmte der Bundestag den Westverträgen im Frühjahr 1953 zu. Eppler schlug im März 1953 vor, Maier in seiner Ablehnung der Westverträge zu bestärken, etwa durch Demonstrationen unter dem Motto „Reinhold Maier, steh zu deinem Wort, wir stehen zu dir!“ oder „Der tapfere Schwabe forcht sich nit, ging seines Weges Schritt für Schritt“. Er plädierte für auf das Schwäbische abgestimmte Parolen, da die bisherigen Parolen gegen den Generalvertrag inzwischen langweilig seien. Zur Durchführung der Demonstration sollten sich die GVP-Kreisverbände mit den örtlichen Gewerkschaften und der SPD in Verbindung setzen, eventuell auch mit Angehörigen der DVP und örtlicher Vereine. Die KPD sei mit größter Zurückhaltung aufzufordern. Mit der Demonstration wollte Eppler die Regierung beeinflussen, dem Volk zeigen, dass die GVP nicht nur aus Intellektuellen, sondern aus aktiven Menschen bestehe und Kontakte der GVP zu den Gewerkschaften bilden.³⁰⁴

„...DAB WIR POLITIKER UND NICHT SEKTIERER SIND...“³⁰⁵ – VON DER GVP ZUR SPD

Eppler distanzierte sich immer stärker von der GVP, suchte das Bündnis mit der Adenauer-Opposition und trat schließlich aus der GVP aus und in die SPD ein.

³⁰¹ Die in Locarno im Oktober 1925 ausgehandelten Verträge zwischen Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen und der Tschechoslowakei schufen einen „Sicherheits-, Rhein- oder Westpakt“, d.h. eine gemeinsame Bürgschaft der Vertragspartner für die deutschen Westgrenzen, die Entmilitarisierung des Rheinlandes, ein Verbot des Angriffs und eine friedliche Regelung aller Streitigkeiten. Eine Garantie der deutschen Ostgrenzen („Ost-Locarno“) hatte der deutsche Außenminister Gustav Stresemann im Hinblick auf deutsche Revisionsforderungen abgelehnt. Die Verträge führten zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und brachten internationale Entspannung. Die nationalsozialistische Außenpolitik zerstörte das Vertragswerk.

³⁰² Vgl. Eppler, Erhard, Haller Referat vom 23.6.1953, in: ders., Einsprüche (S. 82-89), S. 83-89 (gleicher Text: ders., Bonner Deutschlandpolitik in der Sackgasse. Referat in Schwäbisch Hall am 23. Juni 1953, in: ders., Reden auf die Republik. Deutschlandpolitische Texte 1952-1990, München 1990, (S. 75-83)).

³⁰³ Ebd., S. 87f.

³⁰⁴ Vgl. Erhard Eppler an den Landesvorstand Baden-Württemberg der GVP, an den Generalsekretär der GVP, an die Kreisverbände der GVP in Baden-Württemberg, 31.3.1953, Dep. Eppler 2.

³⁰⁵ Erhard Eppler an Dr. Gustav Heinemann, 27.6.1955, NL Heinemann II 692.

Anfang 1954 beteiligte er sich an einer GVP-internen Auseinandersetzung über Kontakte zur DDR. Der Status quo im Ost-West-Konflikt verfestigte sich. Auf der Viermächtekonferenz 1954 konnte keine Einigung über die Deutschlandfrage erzielt werden. Im März 1954 erweiterte die UdSSR die Souveränitätsrechte der DDR.

1954 wurde in der GVP über direkte Verhandlungen der GVP bzw. der Bundesrepublik mit der DDR diskutiert. Im Januar 1954 veröffentlichte Herbert Mochalski im Hinblick auf die Berliner Konferenz der vier Großmächte die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der DDR an die Bundesregierung vom November 1953 und plädierte für deutsch-deutsche Verhandlungen.³⁰⁶ Der für die GVP-Bundesgeschäftsstelle tätige Willi Ingenhoven startete daraufhin eine Umfrage unter den GVP-Mitgliedern über Verhandlungen mit der DDR.³⁰⁷ Die Stellungnahmen, u.a. auch Epplers, wurden mit Mochalskis Artikel in der GESAMTDEUTSCHEN RUNDSCHAU abgedruckt. Für Eppler war eine Meinungsäußerung der GVP zu diesem Thema „belanglos“, da die Bundesregierung grundsätzlich nicht mit der DDR verhandele. Der Versuch der GVP, Bonn mit „gutem Beispiel“ voranzugehen, sei allerdings „der Heldentod der GVP auf dem Felde der Lächerlichkeit“. In den anderen Stellungnahmen wurde Mochalskis Vorschlag positiv bewertet. Nur Albrecht Meyer zu Schwabedissen lehnte Verhandlungen mit der DDR ab, da aus einem Kompromiss beider „Marionettenregierungen“ kein unabhängiges Gesamtdeutschland hervorgehen könne.³⁰⁸

Eppler begründete dem GVP-Präsidium seine „zugespitzte“ Stellungnahme mit der Zweideutigkeit des „wir“ in Mochalskis Artikel („Warum verhandeln wir nicht mit der DDR?“). Die Frage, ob die Bundesregierung Ulbrichts Angebot aufgreifen solle, werde mit der Frage, ob die GVP deutsch-deutsche Gespräche initiieren solle, vermengt. In Ingenhovens Resolution würden direkte Gespräche der GVP mit dem Osten gefordert. Eppler befürchtete, dass auf einem „unredlichen Umweg“ Mochalskis bisher nicht durchgesetzte Pläne verwirklicht werden sollten.³⁰⁹ Dies erinnere ihn sehr an die Methoden der „unseligen Wahlbündnispartner“. Er ging von einer Richtungsänderung der GVP gegen seinen Willen und gegen den des Präsidiums und einer Verlagerung der Befugnisse des Präsidiums auf den Deutschlandausschuss aus und betonte, dass der GVP-Landesverband Baden-Württemberg am schärfsten gegen das Bündnis mit dem BdD protestiert habe und mehr Stimmen als andere GVP-Verbände bei der Bundestagswahl erhalten habe. In Württemberg halte man Tendenzen in Richtung BdD nach dem Wahlergebnis für „erledigt“. Er sah bei einem Fortsetzen dieser „verhängnisvollen“ Entwicklung für ihn und viele seiner Freunde keinen Platz mehr in

³⁰⁶ Vgl. Mochalski, Herbert, Warum verhandeln wir nicht mit der DDR?, in: Gesamtdeutsche Rundschau, 2. Jg. Nr. 5/6, 29.1.1954, S. 5.

³⁰⁷ Vgl. Müller, Josef, Die Gesamtdeutsche Volkspartei, S. 483f.

³⁰⁸ Vgl. Das Echo für Gesamtdeutschland, in: Gesamtdeutsche Rundschau, 2. Jg. Nr. 5/6, 29.1.1954, S. 5.

der GVP. Er schlug eine Stellungnahme des Präsidiums und dessen Gegenwehr gegen Versuche, eine Partei in der Partei zu bilden, vor und eine Entscheidung über Ostgespräche erst nach einer mehrheitlichen Billigung des Bundesvorstands.³¹⁰

Wessel und Heinemann stimmten im Grundsatz seiner Darstellung zu. Wessel betonte, dass es keine Schwerpunktverlagerung in der GVP geben werde. Sie hielt es gegenwärtig nicht für sinnvoll, gemeinsam mit „Vertretern aus der Ostzone“ die Schwierigkeiten der Viererkonferenz durch die Bildung einer Art „repräsentativer Vertretung aus West- und Ostdeutschland“ zu erhöhen.³¹¹ Heinemann betrachtete Ingenhovens Aktion, dessen Ziele ihm unklar waren, als nicht autorisiert, also eigenmächtig. Er lehnte eine Erklärung des Präsidiums zu Mochalskis Aufsatz aufgrund des Prinzips der Meinungsfreiheit in der GVP ab und weil dies den Zusammenhalt der GVP noch stärker gefährden würde. Er schlug Eppler eine Stellungnahme in der GR vor.³¹² Robert Scholl versuchte, ihn zu beruhigen:

„Von Mochalski her sehe ich keine Gefahr. Wie Sie wissen, wurde in Darmstadt beschlossen, dass Aktionen und Äusserungen des Deutschlandausschusses nur einstimmig beschlossen werden können, so dass Dr. Heinemann gewissermassen immer in der Lage ist, Dummheiten abzuwehren. Ihrer Auffassung über ein Verhandeln mit Pankow durch nicht autorisierte Instanzen stimme ich zu.“³¹³

Eppler erkannte im Frühjahr 1954, dass die deutsche Einheit nicht mehr auf der „weltpolitischen Tagesordnung“ stehe und nur wieder diskutiert werde, wenn die Deutschen sich dafür einsetzten. Um dies zu erreichen, plädierte er in den nächsten Jahren in Deutschland für die Bildung eines regierungsfähigen Blocks von der Arbeiterschaft bis ins protestantische Bürgertum, um dem politischen Katholizismus eine ebenbürtige Kraft entgegenzusetzen.

Es sei „unsinnig“, immer wieder wenigen Menschen zu erklären, wie Deutschland wiedervereinigt werden könnte, wenn die CDU nicht an der Macht wäre. Eine lebensfähige GVP brauche innenpolitisch (vor allem in der Kultur- und Wirtschaftspolitik) ein klares Profil. Eppler bemerkte die Gefahr, dass die GVP ein „Verein im luftleeren Raum“ werde, denn für eine offensichtlich sinnlose Arbeit würden sich junge Leute nicht begeistern. Er hatte Verständnis für Heinemanns Zwangslage, bezüglich der SPD abzuwarten, aber auch zu wissen, dass es bis zur Reifung der Ansichten in der SPD für die GVP zu spät sei.

Er war nur wegen Heinemann noch in der GVP, denn diese unterschied sich seiner Auffassung nach nicht mehr von den anderen Parteien. Er hatte das Gefühl, „in der äussersten Ecke des Bundesgebiets“ zu sitzen und nicht zu wissen, ob die GVP-Führung die GVP noch für lebensfähig halte. Er wollte keine Entscheidung überstürzen, aber nicht deshalb mit „un-

³⁰⁹ Mochalski versuchte auf dem Bundesparteitag die Aufgaben des Deutschlandausschusses zu erweitern; vgl. Protokoll der Plenarsitzungen des Bundesparteitages der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) am 6./7. Juni 1953 in Essen, S. 3, NL Wessel 239 I.

³¹⁰ Vgl. Erhard Eppler an die Mitglieder des Präsidiums der GVP, 16.1.1954, NL Wessel 235 I.

³¹¹ Vgl. Helene Wessel an Erhard Eppler, 19.1.1954, NL Wessel 235 I.

³¹² Gustav Heinemann an Erhard Eppler, 29.1.1954, Abschrift, NL Wessel 226 I.

³¹³ Robert Scholl an Erhard Eppler, 21.1.1954, Abschrift, NL Scheu 364.

nützen Versuchen“ fortfahren, weil er darauf schon so viel Kraft investiert habe. Zwar sei das Scheitern der gemeinsamen Pläne „bitter“, doch müsse man nach der Einsicht, dass die alten Wege nicht zum Ziel geführt hätten, nach neuen Wegen suchen.³¹⁴ Die Chancen der GVP, zur Lösung der Deutschlandfrage beitragen zu können, bewertete Eppler kritisch:

„... die landläufigen Argumente, wie man zu einer Wiedervereinigung kommen könnte, wenn die CDU nicht an der Regierung wäre, locken keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor. ... Was die Bundesrepublik angeht, zu deren Verfassung wir ja sagen, sind diese Verträge (die Westverträge, C.S.) rechtsgültig ratifiziert. Sie werden also eines Tages entweder am Widerstand der Romanen scheitern, oder sie werden ein rechtsgültiger Vertrag werden, dessen Abänderung wir vielleicht anstreben könnten, dessen Widerrufung aber keiner deutschen Regierung völkerrechtlich und realpolitisch möglich sein wird. ... Ob die GVP eine Zukunft hat oder nicht, hängt allein davon ab, ob sie innenpolitisch ein Gesicht gewinnt.“³¹⁵

Heinemann, der Vorbehalte gegen die Sozialdemokraten hatte, war wie Eppler der Meinung, dass in der Bundesrepublik die Außenpolitik gegenwärtig nicht beeinflusst werden könnte, denn der Generalvertrag hänge jetzt von Frankreich ab.³¹⁶

Aufgrund dieser Erkenntnis suchte die GVP die Zusammenarbeit mit EVG-Gegnern im westlichen Ausland und begrüßte die Ablehnung des EVG-Vertrages im August 1954 durch die französische Nationalversammlung. Doch wurde die Bundesrepublik 1955 mit den Pariser Verträgen Mitglied der NATO und der WEU. Die GVP versuchte, die Entscheidung über die Ratifikation der Pariser Verträge in der Bundesrepublik zu beeinflussen, etwa durch die Arbeit in der Paulskirchenbewegung³¹⁷ mit der SPD. Das ‚Deutsche Manifest‘ der Paulskirchenbewegung vom 29. Januar 1955 zeigt die Annäherung der SPD an die Argumente der GVP, z.B. dass die Aufstellung von Streitkräften in beiden Teilen Deutschlands die Wiedervereinigungschancen auf unabsehbare Zeit vernichte und eventuell den Ost-West-Konflikt verschärfe.³¹⁸

Die Einbindung beider deutscher Staaten 1955 in gegensätzliche Militärbündnisse stabilisierte den Status quo und die deutsche Wiedervereinigung wurde immer weniger relevant. Eppler und die GVP realisierten nicht, dass eine Einigung der Supermächte und Entspannung zwischen ihnen auch ohne die deutsche Wiedervereinigung möglich sei.

Nach Epplers Ansicht dachte die Bundesregierung trotz des Scheiterns der „Politik der starken Faust“ durch die sowjetische Wasserstoffbombe und obwohl sie wisse, dass die UdSSR einem Gesamtdeutschland im westlichen Militärblock nie zustimmen würde, immer noch, dass die Einheit nur über den westlichen Militärblock zu erreichen sei. Über die Angebote der Russen, die einzig mögliche Form der Wiedervereinigung, verhandele die Bundesregierung nicht aufgrund ihrer Befürchtung, diese seien ernst gemeint. Sein Argument, dass

³¹⁴ Vgl. Erhard Eppler an Heinemann, 9.5.1954, Dep. Eppler 5.

³¹⁵ Erhard Eppler an Dr. Karl Schoppmann, 16.4.1954, Dep. Eppler 4.

³¹⁶ Vgl. Dr. Gustav Heinemann an Erhard Eppler, 15.5.1954, Dep. Eppler 4.

³¹⁷ Die Paulskirchenbewegung wurde nach der Kundgebung der Gesamtdeutschen Aktion aus GVP und SPD am 29.1.1955 in der Paulskirche in Frankfurt benannt.

³¹⁸ Vgl. Müller, Josef, Die Gesamtdeutsche Volkspartei, S. 523f.

Adenauer auf die Angebote eingehen würde, wenn er sie für einen „Bluff“ hielte, um die Opposition zu blamieren, vertritt er auch in späteren Jahren häufig. Er erklärte, dass kein Staat, der sich dem Wunsch der Deutschen nach staatlicher Einheit entgegenstelle, auf Dauer mit der Mitarbeit der Deutschen rechnen könne. Die Sowjets hätten angekündigt, nach Abschluss der Pariser Verträge nicht mehr zu verhandeln. Falls es dann dennoch zu Verhandlungen komme, befürchtete Eppler feierliche Bekundungen zur deutschen Einheit, doch würden sich die Großmächte nur darüber einigen, sich über Deutschland nicht zu einigen. Dies wäre die „Neutralisierung Deutschlands in der furchtbarsten Form: durch die Mobilisierung Deutscher gegen Deutsche. Dies mache Deutschland zu einem jederzeit explosionsbereiten „Pulverfass“. Die „Schicksalsfrage“ der Deutschen sei erst dann ausdiskutiert, wenn sie gelöst sei.³¹⁹

Der Erosionsprozess und die Auflösungsstendenzen der GVP setzten sich immer stärker fort. 1954 beteiligte sich kein GVP-Landesverband an Landtagswahlen. Erst im März 1956 nahm der mit am besten organisierte Landesverband Baden-Württemberg eigenständig an der Landtagswahl teil. Die GVP erhielt nur 1,5% der Stimmen. Das Wahlbündnis des Landesverbandes Rheinland-Pfalz 1956 mit der SPD führte nicht zum Wahlerfolg.³²⁰

Eppler zog sich Anfang 1955 immer mehr aus der Politik zurück. Er betrachtete in den nächsten Jahren die Bildung einer lebensfähigen und regierungsfähigen Linken, die – wolle sie ohne den politischen Katholizismus regieren - Erich Ollenhauer, Reinhold Maier, Gustav Heinemann und möglichst Karl Arnold³²¹ umfassen müsse, als nötig. Diese Personen seien Symbole für die alten marxistischen Genossen, für viele liberale Handwerker und Beamten, das protestantische Bürgertum und die katholischen Arbeiter an der Ruhr. Die Bereitschaft der Menschen zu dieser Linken stieg nach seiner Einschätzung, je mehr Adenauer scheitere und sein Prestige sich abnütze. Er war davon überzeugt, dass die Deutschen Adenauer nicht immer weiter folgen würden. Indem Adenauer den Deutschen ihr Selbstbewusstsein zurückgebe, beschleunige er sein eigenes Ende, denn die Bereitschaft zur engen Westbindung hänge bei den meisten Menschen von der Stärke des Gefühls ab, besiegt worden zu sein und sich nun von der großen Politik zurückhalten zu müssen.³²² Er plädierte für einen Wandel der SPD:

„Ich glaube selbst, daß es eines demonstrativen Schrittes bedürfte, der allen Ansprechbaren sagen müßte: Ab heute ist die SPD (der Name könnte wohl bleiben) nicht mehr ein undefinierbarer Haufen mit einem Stamm alter marxistischer Beitragszahler, einem gut geölten Apparat und einer mittel-

³¹⁹ Vgl. Eppler, Erhard, Die Pariser Verträge. Zur Paulskirchenbewegung, in: ders., Spannungsfelder (S.185-191) S. 185-191 (Referat in Schwenningen/Neckar, Februar 1955).

³²⁰ Vgl. Müller, Josef, Die Gesamtdeutsche Volkspartei, S. 477-480, S. 557f.

³²¹ Karl Arnold (1901-1958) war in der Weimarer Republik in der christlichen Arbeiterbewegung tätig und von 1925-1933 stellvertretender Vorsitzender des Zentrums; er wurde nach dem 20. Juli 1944 von den Nationalsozialisten verhaftet. 1945 war er Mitbegründer der CDU, einer der führenden Politiker des linken CDU-Flügels und von 1946-1957 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

³²² Vgl. Erhard Eppler an Lindemann, 5.1.1955, Dep. Eppler 5.

mäßigen Spitze, sondern bei allem Respekt vor der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung und notfalls auch vor Karl Marx eine Sammlung aller der Menschen, die genug haben von der Restauration, die ernsthaft versuchen wollen, die soziale Gerechtigkeit mit einem Maximum an Bewegungsfreiheit für den Einzelnen zu verbinden, die genug haben von Gesangbuchzänkereien und last not least sich niemals mit einem Rheinbunddeutschland abfinden werden.“³²³

Eppler forderte von den Deutschen, den Weltmächten zu beweisen, dass diese sie nicht so fest beherrschten, wie sie glaubten. Innenpolitisch beobachtete er die Restauration der Unternehmer. Die CDU sei eine Partei der „Pfründe“, die durch „Antis“ (Antiliberalismus, Anti-Marxismus) und Adenauer zusammengehalten werde. Die FDP sei eine Partei des Zufalls, vereinigt durch Geld. Der SPD bleibe nur der Weg zur „Labour-Partei“. Er verlangte wieder eine Mehrheit gegen den „Rheinbund“ aus dem Viereck Ollenhauer, Maier, Arnold und Heinemann, außerdem einen Burgfrieden mit der SPD oder die Zusammenarbeit mit ihr.³²⁴

Im Juni 1955 äußerte er gegenüber Heinemann seine Bedenken über die Weiterexistenz der GVP. Er würde bei einer Teilnahme an den Landtagswahlen seine Schüler bei Prüfungen im Stich lassen. Auch andere GVP-Mitglieder fragten nach seiner Sicht nach der Wichtigkeit der GVP, denn auf dem Parteitag in Recklinghausen solle die Auflösung der GVP beantragt werden.³²⁵ Eppler führte Gründe für das Scheitern der GVP an:

„Seit ich Mitglied des Manifestausschusses war, dränge ich auf die Beantwortung der Frage: Sind wir eine zur Erreichung eines bestimmten Zieles zusammengelaufene Gruppe, die nach Erreichung dieses Zieles wieder auseinander läuft, ... oder sind wir Partei mit einem alle sozialen und politischen Bereiche umfassenden klaren Willen? Seit beinahe drei Jahren ist diese Frage verschleppt worden. Ich führe einen guten Teil unseres Mißerfolgs auf die Verschleppung dieser Frage zurück.“³²⁶

Nach Epplers Vorstellung hatte die GVP nicht die Funktion eines Katalysators für eine Labour Party. Das nach seiner Ansicht allgemeine deutsche Interesse, dass Heinemann und nicht irgendein GVP-Aktivist in einem gesamtdeutschen Parlament vertreten sei, könne auch ohne die GVP erreicht werden. Er ging zudem von einer veränderten Lage seit 1952 aus, denn die unmittelbare Kriegsgefahr durch die westdeutsche Aufrüstung habe sich in den letzten drei Jahren verringert und Parteipolitik könne die Aufrüstung nicht mehr verhindern. Er sah kaum noch Unterschiede zwischen der Außenpolitik der GVP und der SPD und bewertete die Restauration (vor allem die wirtschaftliche Machtbildung) als so weit fortgeschritten, dass jede Opposition von links früher oder später sozialistisch sein müsse. Aufgrund der Erfolglosigkeit der GVP und ihrem Unvermögen, Geldgeber für sich zu gewinnen, sei zu fragen, ob nicht eine andere Partei ihre außenpolitischen Anliegen übernehmen könne und ob ihre innenpolitischen Ziele originell genug zur Rechtfertigung ihrer Existenz als Partei seien. Eppler betrachtete die GVP gerade in der Innenpolitik (Wirtschaft, Kultur etc.) als

³²³ Ebd.

³²⁴ Vgl. Protokoll der ordentlichen Bezirkskonferenz der GVP in Sulz a. N. am 17.5.1955 (4 S.), S. 2f., Dep. Eppler 4.

³²⁵ Vgl. Erhard Eppler an Dr. Gustav Heinemann, 27.6.1955, NL Heinemann II 692.

innerlich zerrissen. Wenn nicht mindestens 90% der GVP-Mitglieder für die Weiterexistenz der GVP plädiere und es auf dem Parteitag keine vernünftige Antwort auf seine Fragen gebe, werde die GVP zerfallen. Er bat Heinemann, die GVP nicht weiterbestehen zu lassen, wenn er die GVP nicht wirklich für notwendig halte.³²⁷ Diese Einschätzung fiel ihm schwer:

„Manches von dem, was dieser Brief enthält, tut mir weh. Ein gutes Stück Arbeit und Hingabe ist für mich mit der GVP verbunden, und eine Auflösung wäre für mich schmerzhaft. Aber nicht so schmerzhaft wie ein langsames Zerbröckeln auf Grund einer inneren Fehlkonstruktion und unausgesetzter äußerer Niederlagen. Ich glaube, wir müssen auch beweisen, daß wir Politiker und nicht Sektierer sind, und daß es uns wirklich nur um eine Sache zu tun war. Die Beurteilung unseres Versuchs in der deutschen Geschichte wird von diesem Beweis abhängen.“³²⁸

Eppler war nicht bereit, sich ohne Perspektiven für die GVP am Wahlkampf zu beteiligen. Ihn interessierte, ob die SPD die Wahlbeteiligung der GVP durch die SPD-Kandidatur einiger örtlich sehr angesehener GVP-Leute verhindern wolle. Positiv sei, dass zwei aus der GVP stammende SPD-Landtagsabgeordnete der GVP im Falle des Übertritts den „unendlich langen Umweg“ durch die Parteihierarchie ersparten.³²⁹ Er plädierte dafür, dass Hans Bay das Angebot der SPD, im März 1956 bei der baden-württembergischen Landtagswahl für sie zu kandidieren, annehme.³³⁰ Heinemann erklärte im August 1955, dass er nicht auf eine GVP-Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg dränge. Seiner Auffassung nach wurde der Fortbestand der GVP auf dem Recklinghausener Parteitag mindestens implizit bejaht.³³¹

Heinemann setzte weiter auf die GVP, weil er der SPD keine konsequente Linie und keinen Erfolg bei der Auseinandersetzung um christliche Politik mit der CDU zutraute. Die Notwendigkeit der GVP sah er nicht in ihren programmatischen Besonderheiten, sondern in ihrer Funktion, denn ohne die GVP könne keine Mehrheit außerhalb der CDU entstehen.³³²

Eppler ging besonders nach den Wahlen in Rheinland-Pfalz nicht davon aus, dass die SPD wegen der GVP ein Risiko eingeehe. Es sei falsch, dass er die Notwendigkeit der GVP im Programmatischen und Heinemann im Funktionellen sehe. Doch fehlten der GVP die personellen, materiellen und programmatischen Voraussetzungen, um diese Funktion zu erfüllen. Er hielt die GVP in der Auseinandersetzung mit der CDU um das C nicht für geeigneter als den Christ in der SPD und vertrat die Auffassung, dass die SPD in der Deutschlandpolitik die Funktion der GVP übernommen habe.³³³

Ausschlaggebend für Epplers GVP-Austritt war auch der Beschluss der baden-württembergischen GVP, sich an der Landtagswahl zu beteiligen. Er gehörte zu dem Viertel

³²⁶ Ebd.

³²⁷ Vgl. ebd.

³²⁸ Ebd.

³²⁹ Vgl. Erhard Eppler an Hans Bay, 17.7.1955, Dep. Eppler 4.

³³⁰ Vgl. Erhard Eppler an Dr. Gustav Heinemann, 17.7.1955, Dep. Eppler 4.

³³¹ vgl. Gustav Heinemann an Erhard Eppler, 31.8.1955, NL Heinemann II 694.

³³² Vgl. Dr. Gustav Heinemann an Erhard Eppler, 19.7.1955, Dep. Eppler 4.

³³³ Vgl. Erhard Eppler an Gustav Heinemann, 27.8.1955, Dep. Eppler 5.

Delegierter, die entgegen Heinemanns Antrag gegen eine Beteiligung waren.³³⁴ Er war davon überzeugt, dass die Entscheidung ohne Heinemanns Eingreifen anders ausgegangen wäre. Heinemanns Votum sei möglichst vorsichtig und fair gewesen, doch klar genug, um die Entscheidung herbeizuführen. Heinemann als Führungspersönlichkeit der GVP stelle sich niemand leicht entgegen. Eppler schlug die Umwandlung der GVP in eine nicht-parteiliche Organisation vor. Die GVP solle ihren Mitgliedern vorschlagen, sich parteipolitisch in der SPD zu betätigen, weil sie dort der Organisation am besten dienen könnten. Auf dieser Basis solle die GVP mit der SPD verhandeln mit der Bedingung, dass Heinemann und Wessel im nächsten Bundestag vertreten seien und die anderen GVP-Mitglieder in der SPD sinnvoll mitarbeiten könnten.³³⁵

Eppler und andere ‚GVP-Dissidenten‘ waren gegen die Wahlbeteiligung der GVP, nur weil sie eine Partei sei. Es sei aufgrund des zukünftigen Zwei-Parteiensystems ein Glücksfall, dass eine der beiden großen Parteien, die SPD, die GVP-Anliegen mit geringen Nuancen aufgenommen habe. Er und zwei andere GVP-Mitglieder traten am 4. Oktober 1955 aus der GVP aus, weil sie der Ansicht waren, in der SPD wirksamer arbeiten zu können. Sie kritisierten, dass der Beschluss zur Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg nur aufgrund Heinemanns Votum gefasst worden sei. Um Heinemanns Verhandlungsposition gegenüber der SPD nicht zu schwächen, wollten sie zunächst nicht der SPD beitreten oder den GVP-Austritt öffentlich bekannt machen.³³⁶

Eppler bat Heinemann eindringlich um Verständnis für den Parteiaustritt: „Was ich aber nicht kann, ist dies: zusehen, wie eine Partei und damit eine Sache, die mir am Herzen liegt, durch einen unüberlegten Wahlkampf sich selbst lächerlich macht.“³³⁷ Heinemann war über den Austritt der Dissidenten, von denen sich jeder sehr um die politische Arbeit in der GVP bemüht habe, enttäuscht. Er habe geglaubt, mit diesen eine „mehr als nur oberflächliche Gemeinschaft des Suchens und Wollens“ gehabt zu haben. Er wollte die Entscheidung zur Wahlbeteiligung nicht seinem Votum zuschreiben.³³⁸

Eppler distanzierte sich von der GVP:

„Ich hatte gleich in Cannstatt das Gefühl, hier sei etwas geschehen, was nicht mehr ohne Katastrophe rückgängig zu machen ist. Wenn man einmal angeschuckt ist, dann ist das Abbremsen eine Anstrengung. Ich gestehe, daß mir dieser Ablauf nicht mehr so nahe geht wie ich gefürchtet hatte.“³³⁹

³³⁴ Vgl. Protokoll des außerordentlichen Landesparteitags der GVP in Stuttgart-Bad Cannstatt am 25. Sept. 1955, S. 2, NL Wessel 244.

³³⁵ Vgl. Erhard Eppler an Gustav Heinemann, 26.10.1955, NL Heinemann II 695.

³³⁶ Vgl. Erhard Eppler/Hans Heller/Roland Ostertag an Gustav Heinemann, 4.10.1955, NL Heinemann II 695.

³³⁷ Vgl. Erhard Eppler an Gustav Heinemann, 26.10.1955, NL Heinemann II 695.

³³⁸ Heinemann an R. Ostertag, H. Heller, E. Eppler, 22.10.1955, Abschrift, NL Wessel 239/Dep. Eppler 5.

³³⁹ Erhard Eppler an Roland Ostertag, 9.1.56, Dep. Eppler 5; diesen Brief hat Eppler anscheinend nicht abgeschickt, denn in ihm finden sich viele wörtliche Passagen des Briefs vom 16.1.1956. Auch in seinem ersten Brief sprach Eppler schon von seinem Übertritt zur SPD.

Sein unter Zeitnot geführtes Gespräch mit Erler Anfang 1956 empfand Eppler nicht als befriedigend, wollte aber der SPD beitreten. Erler vertrete die Position, dass der „Alte“ (Adenauer, C.S.) nur in der „äußersten Not“ eine deutsche Einheit hinnehme. Erlers politisches Weltbild scheine mit dem der GVP überein zu stimmen. Erlers Vorschlag an Heinemann, zur SPD überzutreten, weil dies die logische Konsequenz aus seinem Artikel über die SPD³⁴⁰ sei, habe Heinemann zugestimmt, wolle aber den anderen GVP-Aktivisten gegenüber solidarisch sein.³⁴¹ Heinemann stand der GVP also kritischer gegenüber als er sich anmerken ließ. Sein SPD-Beitritt, an dem Erler einen wichtigen Anteil hatte³⁴², war für Eppler ein wichtiger Einschnitt. Es kostete ihn viel Überwindung, Heinemann die Gefolgschaft aufzukündigen.³⁴³

Erler wurde u.a. durch die Bekanntschaft mit Eppler bewusst, dass die SPD von den politischen Qualitäten der jungen GVP-Mitglieder und ihrem Willen zu politischem Engagement über die bisherige Wiedervereinigungspolitik der GVP hinaus profitieren könnte. Dies bestärkte ihn in der Auffassung, dass die Mitgliedschaft der GVP-Anhänger in der SPD besser als ein Bündnis mit der GVP sei.³⁴⁴

Nach Epplers Überzeugung hatte die GVP, solange die UdSSR nur die militärische Bündnisfreiheit gewollt habe, eine Funktion gehabt. Bei den neuen Forderungen, der „Wiedervereinigung nach links“, müsse eine linkssozialistische Gruppe die Funktion der GVP übernehmen.³⁴⁵ Er hatte kein Misstrauen gegenüber der SPD, betonte aber, dass eine SPD, die an eine gemeinsame Außenpolitik mit Adenauer glaube, jede Hoffnung auf die deutsche Einheit zerstöre. Die für die Sowjetunion nur noch mögliche „Wiedervereinigung nach links“ könne die SPD der UdSSR bieten, die ihre Forderung mehr ökonomisch-soziologisch als parteipolitisch verstünde. Er forderte von der SPD einen eigenen Kurs, da sie sonst als sterile Opposition in der Bundesrepublik zugrunde gehe.³⁴⁶

„...die jüngeren Anhänger Heinemanns haben keinen Anti-Marx-Komplex. Sie sind zwar nicht in die Politik gegangen, weil sie die Grundstoffindustrien sozialisieren wollten, aber sie haben inzwischen gründlich zu spüren bekommen, daß wirtschaftliche Macht politische Macht ist. Kurz: wir haben in den 3 Jahren, in denen wir ungedeckt an der vordersten politischen Front standen, einiges gelernt. Vor allem sind wir so nüchtern geworden, daß einiges zu schlucken bereit sind (sic!), wenn man uns sinnvolle politische Arbeit bietet, vorausausgesetzt, daß wir den Eindruck haben, in der richtigen Richtung zu gehen.“³⁴⁷

³⁴⁰ Heinemann, Gustav, Gestalt und Wandel der SPD, Stimme der Gemeinde 6. Jg. (Februar 1954) Nr. 3, S. 49-56; mit geringfügigen Änderungen abgedruckt als ders., Der Weg der Sozialdemokratie, in: Neue Gesellschaft, 1. Jg. (Sept./Okt. 1954) H. 2, S. 44-49; vgl. Müller, Josef, Die Gesamtdeutsche Volkspartei, S. 546-550.

³⁴¹ Vgl. Erhard Eppler an Roland Ostertag, 16.1.1956, Dep. Eppler 5.

³⁴² Vgl. Eppler, Erhard, Komplettes Stückwerk, S. 82.

³⁴³ Vgl. ders., Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit, S. 19f.

³⁴⁴ Vgl. Soell, Hartmut, Fritz Erler, S. 284.

³⁴⁵ Vgl. Erhard Eppler an Roland Ostertag, 16.1.1956, Dep. Eppler 5.

³⁴⁶ Vgl. Erhard Eppler an Fritz Erler, 14.12.1955, NL Erler 166C.

³⁴⁷ Ebd.

Eppler wollte seinen Beitritt zur SPD Anfang 1956 bis zur Landtagswahl nicht publik machen. Erler hatte ihm Tätigkeiten wie Artikel für den evangelischen Pressedienst vom Standpunkt der SPD, Besuche und später eventuell Leitung von Schulungskursen für junge Leute vorgeschlagen. Erler erkannte nach Epplers Auffassung Heinemanns Wert für die SPD und wolle nach den Wahlen, wenn Heinemann zustimme, ein offizielles Angebot des Parteivorstandes erwirken. Er habe Erler berichtet, wie Heinemann am ehesten zu gewinnen sei.³⁴⁸ Eppler war für Heinemanns Übertritt zur SPD, da es sich Deutschland nicht leisten könne, dessen Kräfte im Abseits verkümmern zu lassen. Anfang 1957 fuhren auf seine und Ostertags Initiative einige in der GVP verbliebene Freunde aus Württemberg zu Heinemann und drängten ihn zur Auflösung der GVP.³⁴⁹

Im März 1956 sandten Ostertag und Eppler dem GVP-Präsidium ihre GEMEINSAME ERKLÄRUNG zum GVP-Austritt vom 4. Oktober 1955, mit der sie bis nach der Landtagswahl gewartet hatten. Beide sahen kaum eine Chance für die GVP, über die 5%-Hürde zu kommen und hielten nur Massenparteien für existenzfähig. Die GVP aber könne ihre Ziele ohne die SPD nicht durchsetzen, denn sie werde im nächsten Bundestag nur vertreten sein, wenn die SPD in einigen Wahlkreisen auf einen Kandidaten zugunsten der GVP verzichte, was wahrscheinlich nicht geschehe. Eine Zustimmung etwa zur Aufstellung von Heinemann als SPD-Kandidat hingegen betrachteten Eppler und Ostertag als sehr wahrscheinlich. Die GVP passe außenpolitisch nicht mehr in die Parteienlandschaft. Beide waren davon überzeugt, dass die SPD die Anliegen der GVP vertreten könne. In der Außenpolitik hätten sich die Vorstellungen der GVP zum großen Teil in der SPD und teilweise im BHE und der FDP durchgesetzt. Im Bereich Wirtschaft, Kultur und Innenpolitik sei die GVP entbehrlich. Es sei gelungen, die GVP durch das Bündnis mit dem BdD in Verbindung zum Kommunismus zu bringen. Die fehlende umfassende Konzeption einer Partei habe Eppler schon vor der GVP-Gründung erklärt. Er verließ die GVP auch als Konsequenz aus dieser gegen seinen Willen bei der Gründung gefällten Entscheidung. Die GVP sei für viele lediglich ein Notbehelf zur Erreichung einer neuen Außenpolitik gewesen.

Weitere Austrittsgründe waren für Eppler seine berufliche Belastung und seine Gesundheit. Sein Einsatz für den Wahlkampf hätte viele Schüler das Abitur gekostet. Als „christlicher Pädagoge“ fühle er sich aber für seine Schüler eher verantwortlich als für Wählerstimmen. Eppler und Ostertag bezweifelten seit einiger Zeit den Wert der GVP und den Sinn einer Wahlbeteiligung. Die Antworten hätten ihre Zweifel noch verstärkt.

Beide wehrten sich gegen die Vorbehalte gegenüber der SPD. Wenn die GVP ebenso viele Mitglieder wie die SPD hätte, wäre ihre Parteistruktur der der SPD ähnlich (Funktionärswesen). Sie hätten in der SPD eine sehr sinnvolle Arbeit. Die GVP wollten sie in eine

³⁴⁸ Vgl. Erhard Eppler an Roland Ostertag, 22.2.1956, Dep. Eppler 5.

Arbeitsgemeinschaft umwandeln. Die Mitglieder, die einen Beitritt zur SPD ablehnten oder zur FDP gingen, könnten weiter mit den in der SPD wirkenden Freunden im Sinne der Paulskirchenbewegung zusammenarbeiten. So sei die Arbeit der GVP nicht entwertet. Es könnten ehemalige GVP-Mitglieder in den starken Wahlkreisen der GVP für die SPD kandidieren. Mehrfach appellierten beide an Heinemann, zur SPD überzutreten. Sie hofften, dass die guten menschlichen Beziehungen aufgrund ihrer Entscheidung nicht leiden.³⁵⁰

Heinemann bedankte sich bei Ostertag und Eppler für die loyale Art der Auseinandersetzung. Er war zuversichtlich, dass die Freundschaft zwischen ihnen erhalten blieben. Beide hätten allerdings zu früh eine Lösung gesucht, die nur teilweise die wichtigen Dinge verwirkliche. Sein Weg sei anders.³⁵¹

Der Übertritt der GVP-Mitglieder war für die Entwicklung der SPD wichtig. Zwar hatte das programmatische Umdenken in der SPD schon vorher begonnen, doch die protestantischen GVP-Anhänger veränderten die SPD. Die Wirkung des Übertritts der GVP-Mitglieder für die SPD ist nach Ansicht von Hans-Peter Schwarz nicht zu unterschätzen:

„Von historischer Fernwirkung war(en) ... die Hinwendung Heinemanns und vieler seiner Anhänger zur SPD im Jahr 1957. Gustav Heinemann, Erhard Eppler, Johannes Rau und andere haben damit den Öffnungsprozeß der zuvor freidenkerischen SPD zum Protestantismus maßgeblich beschleunigt. Von nun an gab es zwei große Volksparteien, die für überzeugte Evangelische wählbar waren - die Christlich Demokratische Union und die SPD.“³⁵²

Ähnlich urteilte Eppler:

„Ein kluger Beobachter hatte schon 1953 gemeint, Heinemanns GVP bestehe aus Offizieren ohne Soldaten. Daß es sich so verhielt, zeigte sich, als die Anhänger Heinemanns, wie er selbst, in der Sozialdemokratie heimisch wurden. Natürlich wäre das Godesberger Programm von 1959 auch ohne Heinemann und die Seinen gekommen. Aber daß es vor allem in der evangelischen Kirche als Beweis für die Öffnung der Partei ernstgenommen und als Angebot für die Mitarbeit angenommen wurde, war vor allem seinem Übertritt zu verdanken.“³⁵³

Auch Rudolf Scharping verwies in seinem Plädoyer 1993 für eine Vielfalt des Zugangs zur Sozialdemokratie auf die Mitglieder der früheren GVP, die die SPD als Bereicherung empfinde und auf die sie vielfach (z.B. Heinemann, Posser, Eppler, Rau) stolz sei.³⁵⁴

³⁴⁹ Vgl. Eppler, Erhard, Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit, S. 21; vgl. auch Vinke, Hermann, Gustav Heinemann, S. 95f.

³⁵⁰ Vgl. Roland Ostertag/Erhard Eppler an das Präsidium der GVP/An Mitglieder und Freunde der GVP in Baden-Württemberg, 26.3.1956 (S. 1-9), S. 1-9, NL Wessel 239 I; vgl. Erklärung zum Austritt aus der GVP, in: Eppler, Erhard, Einsprüche, S. 59-62 (veröffentlichte gekürzte Fassung der Austrittserklärung).

³⁵¹ Vgl. Gustav Heinemann an Roland Ostertag/Erhard Eppler, 10.4.1956, Dep. Eppler 5.

³⁵² Schwarz, Hans-Peter, Gustav Heinemann und Konrad Adenauer, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Nach-Denken, S. 35.

³⁵³ Eppler, Erhard, Parteiwechsel statt Überzeugungswechsel, S. 207.

³⁵⁴ Vgl. Scharping, Rudolf, Rede, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll vom Außerordentlichen Parteitag Essen 25. Juni 1993 (S. 85-108), S. 89.

2. Epplers ost- und deutschlandpolitische Impulse in der SPD von den fünfziger Jahren bis in die siebziger Jahre

2.1. Epplers Aufstieg in der SPD bis zum Bundesminister

„PIETKONG“, „EVANGELISCHER SAVONARLOLA“ ODER „HOHERPRIESTER“?³⁵⁵ (1956 BIS 1961)

Erst mit seinem Einzug in den Bundestag 1961 wurde Eppler Berufspolitiker. Er verlagerte sein Hauptbetätigungsfeld von der Kommunal- auf die Bundespolitik. Schon in den ersten Jahren seiner SPD-Mitgliedschaft setzte er sich kritisch mit seiner neuen politischen Heimat auseinander, engagierte sich in der Atom-Tod-Bewegung und vollzog die Änderung der außenpolitischen Grundrichtung der SPD hin zur CDU/CSU mit. Wie schon zu GVP-Zeiten betätigte er sich publizistisch. Diese Schriften der Jahre 1956 bis 1959 zeigen Epplers politische Ansichten zur Deutschland- und Ostpolitik zu Beginn seiner SPD-Mitgliedschaft.

Bei seinem Beitritt in den SPD-Ortsverein Schwenningen Ende Januar 1956 lernte Eppler ein vollkommen anderes Milieu als das der GVP kennen, nämlich die „aus Not und Ausbeutung“, „aus der demütigenden Missachtung des miserabel entlohnten Fabriklers“ entstandene SPD. Auch wenn Eppler in dem Ortsverein seiner Einschätzung nach nicht nur positive Erfahrungen machte, empfand er den Beitritt zur SPD als „befreiend“: Er hatte den in der GVP dominierenden Kreis der Akademiker und Pfarrer verlassen und war mit der kommunalpolitischen Arbeit im Gegensatz zu seiner vorherigen außenpolitischen Betätigung nahe an der Realität.³⁵⁶ Ressentiments in der SPD gegen die ehemaligen GVP-Mitglieder verspürte er sehr selten.³⁵⁷

Ein Beitritt in die CDU war für ihn nicht in Frage gekommen. Die „bourgeois Klischees“ des ältesten Liberalismus, die er bei der FDP erlebt hatte, lehnte er ab. In einigen Randerscheinungen der CDU-Politik (Volksbund für Frieden und Freiheit, Bund Deutscher Jugend) bemerkte er sogar Anklänge an faschistisches Gedankengut. Die „skrupellose Mobilisierung des Antikommunismus“ wenige Jahre nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus war seiner Überzeugung nach „politischer Zynismus“.³⁵⁸

Eppler wollte seinen Beitritt in die SPD erst nach der baden-württembergischen Landtagswahl am 4. März 1956 öffentlich bekannt machen und mit Erler nach dieser Landtagswahl über Kontakte der SPD zur GVP sprechen. Ziel seines Engagements in der SPD war, den noch in der GVP Verbliebenen zu zeigen, dass „aktive Mitarbeit“ in der SPD möglich sei,³⁵⁹ etwa durch seine sozialdemokratische Jugendarbeit in Schwenningen.³⁶⁰ Erlers Ziel

³⁵⁵ Vgl. zu den Zitaten S. 80 des vorliegenden Textes.

³⁵⁶ Vgl. Eppler, Erhard, Komplettes Stückwerk, S. 121-127.

³⁵⁷ Vgl. SDR, 19.6.1971, Der unbequeme Repräsentant. Gustav Heinemann und die deutsche Politik, (22 S.), S. 16, NL Heinemann II 7.

³⁵⁸ Vgl. Eppler, Erhard, Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit, S. 16.

³⁵⁹ Vgl. Erhard Eppler an Fritz Erler, 13.2.1956, NL Erler 172A.

³⁶⁰ Vgl. Erhard Eppler an Fritz Erler, 29.7.1956, NL Erler 172A.

wiederum war, es den jüngeren ehemaligen GVP-Mitgliedern in der SPD zu ermöglichen, eine „wirkliche befriedigende Aufgabe“ zu finden.³⁶¹

Im Sommer 1956 bemerkte Eppler allerdings eine Verhärtung der Fronten bei der GVP. Bis zum Spätherbst musste sich seiner Ansicht nach Heinemann entscheiden, in einer „Lumpensammlerunion mit allen möglichen Leuten vollends das Gesicht“ zu verlieren, einen Alleingang und damit durch den Verlust von Wählerstimmen die Unterstützung Adenauers zu verantworten oder im Bündnis mit der SPD in den Bundestag gelangen zu wollen. Eppler befürchtete damals, dass Heinemann auf einen Umschwung in der CDU warte, um sich ihr wieder anschließen zu können.³⁶² Er selbst war über seinen Übertritt zur SPD froh, aber enttäuscht, wie Heinemann sich in die Ecke drängen lasse und keine Konsequenzen daraus ziehe, im Gegensatz zu 1955 keine „Trümpfe“ mehr zu besitzen. Nun gebe es für die GVP nur noch drei Möglichkeiten: eine alleinige Wahlbeteiligung und damit die Verantwortung für die Vergeudung von Wählerstimmen, keine Wahlbeteiligung oder den Gesichtsverlust durch ein Bündnis mit „allen möglichen Leuten“.³⁶³

Epplers Kandidatur für die Bundestagswahl 1957 scheiterte. Er fragte Erler um Rat, ob er sich in seinem Heimatwahlkreis Hall-Backnang für die Wahlen aufstellen lassen solle. Ihn reizte dabei auch die Auseinandersetzung mit Gerstenmaier, als dessen Gegenspieler er sich seit 1952 in der Aufrüstung und in der Außenpolitik betrachtete.³⁶⁴ Erler riet ihm nur dann zu dieser Kandidatur, wenn die Sozialdemokraten in Hall-Backnang diese unterstützten und hielt Epplers Wahl nicht für sicher, denn er werde wahrscheinlich aufgrund seiner Platzierung auf der Landesliste nicht über diese in den Bundestag gelangen.³⁶⁵

Als Eppler zusätzlich zur Kandidatur in Hall-Backnang der Wahlkreis Tübingen/Reutlingen angeboten wurde, entschied er sich für diesen. Doch wurde ihm in Tübingen ein anderer Kandidat (Friedrich Schäfer³⁶⁶) vorgezogen und Backnang-Hall hatte zwischenzeitlich jemand anders nominiert.³⁶⁷ Trotz seines Bedauerns für Epplers Situation unterstrich Erler, dass auch er wie die Tübinger Delegierten für Schäfer gestimmt hätte, den er persönlich

³⁶¹ Vgl. Fritz Erler an Erhard Eppler, 15.5.1956, NL Erler 172A.

³⁶² Vgl. Erhard Eppler an Fritz Erler, 29.7.1956, NL Erler 172A.

³⁶³ Vgl. Erhard Eppler an Pfarrer Ottmar, 29.8.1956, Dep. Eppler 5.

³⁶⁴ Vgl. Erhard Eppler an Fritz Erler, 30.9.1956, NL Erler 172A; „... so verstehen Sie als Politiker, dass irgendetwas in mir juckt, diese Auseinandersetzung – natürlich nicht persönlich – noch einmal aufzunehmen, und zwar aus einer durch die Tatsachen geschaffenen Position der Stärke heraus. Möglicherweise ist es unfruchtbare Rechthaberei, vielleicht aber auch nur ein Bedürfnis nach seelische (sic!) Hygiene, wenn mich nun nach aller Verketzerung und Demütigung etwas treibt wieder aufzutreten und zu fragen: ‚Und wo stehen wir jetzt?‘“.

³⁶⁵ Vgl. Fritz Erler an Erhard Eppler, 27.10.1956, NL Erler 172A.

³⁶⁶ Friedrich Schäfer, geboren 1915, Jurist, 1957-1967 und 1969-1980 MdB; Staatssekretär, 1961-1967 parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, 1969-1980 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, vgl. Sängler, Fritz (Hrsg.), Handbuch des Deutschen Bundestages, Stuttgart 1957, S. 291; vgl. Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf (Hrsg.), Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949-2002, München 2002, Bd. 2, S. 721f.

³⁶⁷ Vgl. Erhard Eppler an Fritz Erler, 28.12.1956, NL Erler 172A.

kenne und schätze. Den Vorschlag einer Kandidatur im Kreis Calw-Freudenstadt-Horb³⁶⁸ lehnte Eppler ab, um nicht durch eine eventuelle gleichzeitige Kandidatur mit der GVP in einem Wahlkreis der „Held einer Dolchstoßlegende“ zu werden. Er schlug vor, Hans Bay um eine Kandidatur für die SPD zu bitten.³⁶⁹ Diesen Vorschlag befürwortete Erler und verstand auch Epplers Bedenken. Er bat ihn um seine Hilfe als sachkundiger Ratgeber.³⁷⁰

Im Herbst 1959 wurde Eppler bei den Kommunalwahlen in den Stadtrat gewählt und kam für den Kreis Rottweil in den Kreistag.³⁷¹

Epplers Kontakte zu Carlo Schmid und zu Fritz Erler waren in den ersten Jahren seiner SPD-Mitgliedschaft sehr eng. Soell hält die enge Zusammenarbeit zwischen Eppler und Erler für eine Ausnahme, da Erler eher ein „Einzeltäter“ gewesen sei und es ansonsten vermieden habe, „schul“-bildend zu wirken. Eppler aber habe als Erlers „junger Mann“ gegolten. Seinen „intellektuellen Habitus“ und seinen gelegentlich sehr „moralischen Rigorismus“ verstanden nach Soells Darstellung die Abgeordneten nicht, denen Epplers Herkunft aus dem schwäbischen Protestantismus unbekannt gewesen sei.³⁷²

Eppler vertrat seiner Einschätzung nach bei seinem Übertritt in die SPD keine spezifische Position, kannte die einzelnen Strömungen in der SPD kaum und fühlte sich der linken Strömung damals nicht zugehörig. Seine Ansprechpartner seien Erler und Schmid gewesen, weil er beide schon gekannt habe.³⁷³

Er beschrieb 1958 Schmid die seiner Ansicht nach unwahrscheinliche Behauptung, Walter Lippmann³⁷⁴ glaube, wenn die Bundesrepublik sich nicht atomar bewaffne, zögen sich die amerikanischen Truppen in die USA zurück. Schmid habe darauf nichts erwidern können.³⁷⁵

Schmid bewertete die Situation anders: Lippmann habe erklärt, dass die USA sich bei einer Ablehnung der atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik nach ihren eigenen Interessen verhalten würden und die bundesdeutsche Atombewaffnung in Amerika populär sei.³⁷⁶

Eppler verfolgte vom Beginn seiner SPD-Mitgliedschaft die SPD-Politik kritisch. Im Sommer 1957 betonte er zum SPD-Wahlkampf, man habe den Eindruck, dass die SPD in die Defensive gedrängt werde. Eine Verunsicherung des Wählers seien die Erklärungen der SPD, dass Deutschland mit ihr nicht untergehe und dass sie nicht „einfach“ aus der NATO austreten wolle. Auch den Wahlslogan „Sicherheit für alle“ lehnte er ab, denn, wer sicher gehen wolle, wähle weiter Adenauer, und wer einer anderen Regierung die Stimme gebe, wähle die

³⁶⁸ Vgl. Fritz Erler an Erhard Eppler, 4.1.1957, NL Erler 172A.

³⁶⁹ Vgl. Erhard Eppler an Fritz Erler, 9.1.1957, NL Erler 172A.

³⁷⁰ Vgl. Fritz Erler an Erhard Eppler, 22.1.1957, NL Erler 172A.

³⁷¹ Vgl. Eppler, Erhard, Komplettes Stückwerk, S. 84; S. 126f.

³⁷² Vgl. Soell, Hartmut, Fritz Erler, S. 878, S. 1104.

³⁷³ So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001; vgl. auch Eppler, Erhard, Komplettes Stückwerk, S. 133f.

³⁷⁴ Walter Lippmann (1889-1974), amerikanischer Publizist; schrieb als führender republikanischer Kolumnist u.a. für die NEW YORK HERALD TRIBUNE einflussreiche politische Kommentare.

³⁷⁵ Vgl. Erhard Eppler an Carlo Schmid, 25.4.1958, NL Schmid 675.

³⁷⁶ Vgl. Carlo Schmid an Erhard Eppler, 5.5.1958, NL Schmid 675.

bessere Möglichkeit, nicht die sichere Wirklichkeit. Diese Schwäche nutze Adenauer. Eppler sah die Perspektiven für einen Wahlerfolg der SPD langfristig. Die SPD könne mehrere Jahre abwarten, bis die immer stärkeren Veränderungen im Osten den Bundesbürgern bewusst seien oder sie zerstöre Adenauers „Illusion von Sicherheit“ durch seine „Soldätschen im Bürger“. Auch dies honoriere der Wähler nicht sofort, doch erst wenn die Wähler die Atomrüstung „unheimlich“ fänden, habe die SPD eine Chance.³⁷⁷

Eppler fragte Erler, ob andere Sozialdemokraten die gleichen Auffassungen hätten wie er in seiner Analyse der verlorenen Wahl und wie er „vor Ort“ die SPD unterstützen könne. Er kritisierte die Parteiführung³⁷⁸ und wie zuvor die Parole ‚Sicherheit für alle‘ und die defensive Wahlkampfführung. Für ihn war die Politik der SPD in den letzten Jahren grundsätzlich richtig, aber der Wahlkampf falsch. Die unbekanntenen Parolen der SPD kurz vor der Wahl (Gefahr der Atomausrüstung, Adenauer und Ulbricht leben von der Spaltung) habe der Wähler als Unsicherheit der SPD verstanden. Auch habe die SPD dem Wähler weder ihre deutschlandpolitischen Vorstellungen nahe gebracht noch ihm personelle Fragen (Besetzung der Ministerämter) mitgeteilt. Diese Fehler lagen nach Epplers Überzeugung auch im mangelnden Selbstvertrauen der SPD und ihrer „Neigung zu blutleerer Abstraktion.“

Er schlug vor, dass die SPD von verschiedenen Strömungen wie Marx, den Christen und den Liberalen lerne, ohne eine neue Ideologie zu entwickeln. Seiner Meinung nach war ein gemeinsamer politischer Wille (z. B. Bändigung der wirtschaftlichen Macht, Vereinigung Deutschlands in einer freiheitlich-sozialistischen Grundordnung) die Grundlage der SPD. Die Partei solle neben ihrer Stammwählerschaft neue Wähler gewinnen, eine einheitliche Programmatik und einen überlegenen, sachlichen und offensiven Stil entwickeln, sich terminologisch von der CDU abgrenzen („Remilitarisierung“ oder „Wiederausrüstung“ statt „Verteidigungsbeitrag“) und organisatorische sowie personelle Veränderungen (Leistungsprinzip statt Pfründewirtschaft) durchführen. Solange die SPD Adenauers These, Vorschläge der UdSSR schaden den Deutschen, hinnehme, sei sie in der Defensive und verliere die Wahlen. Vielmehr müsse die SPD zu ihrer positiven Haltung einer Übereinstimmung ihrer Interessen mit denen der USA, der UdSSR oder sogar beiden stehen. Eppler lehnte gleiche Ansichten mit der UdSSR nicht ab, denn wenn sich das Deutschlandbild der SPD mit sowjetischen Vorstellungen decke, könne die SPD die Annäherung der Sowjets an ihre Positionen „unbefangen“ begrüßen.³⁷⁹

³⁷⁷ Vgl. Erhard Eppler an Fritz Erler, 26.7.1957, Dep. Eppler 1/5.

³⁷⁸ Vgl. Erhard Eppler an Fritz Erler, 24.9.1957, NL Erler 172A, anbei: Eppler, Erhard, Nach der verlorenen Wahl.

³⁷⁹ Vgl. Eppler, Erhard, Nach der verlorenen Wahl, NL Erler 172A.

Auch Erler forderte eine sorgfältige Analyse der Wahlergebnisse und betrachtete es als wichtig, vor Ort bei den Sozialdemokraten ein Problembewusstsein zu entwickeln, warnte aber davor, dem Gegner Argumente gegen die SPD zu liefern.³⁸⁰

Im Herbst 1958 kritisierte Eppler die Führungslosigkeit der SPD und ihren Mangel an innerer Sicherheit, etwa Ollenhauers Versuche nachzuweisen, dass die Sozialdemokraten keine Landesverräter seien. Eine neue Wehrpolitik und eine gemeinsame Deutschlandpolitik mit der CDU sei verfrüht. Die Chancen einer wirksamen Einflussnahme der SPD auf die Bundeswehr, deren Grundlage der „antibolschewistische Affekt“ sei, waren seiner Einschätzung nach sehr klein, denn hierfür, müsse die SPD die gleiche Politik wie die CDU verfolgen. Dies könne die SPD ihren Wählern nun, wo die atomare Ausbildung beginne und der „Atomtod-Feldzug“ der SPD „niedergeknüppelt“ werde, nicht zumuten.³⁸¹

Schon 1957 warnte Eppler vor der „Irrsinnsspirale“ der atomaren Rüstung, die jede Sicherung vor einem „Atomwaffen-Abenteuer“ unmöglich mache. Er erinnerte an den Primat des Politischen vor dem Militärischen, also das Bemühen, in einer vom militärischen Denken bestimmten Zeit nach politischen Lösungen für ein vernünftiges Koexistenz-Verhältnis zwischen Westen und Osten zu suchen.³⁸² Ähnlich äußerte er sich in den achtziger Jahren.³⁸³

Eppler war zusammen mit Heinemann und Wessel in der Atomtod-Bewegung tätig. Beide waren mittlerweile in die SPD übergetreten und setzten sich aktiv gegen die Atombewaffnung der Bundesrepublik ein, die für sie ein Hindernis für die deutsche Einheit war.³⁸⁴

Ende 1957 schlug Eppler vor, bald die öffentliche Meinung zu mobilisieren und Wissenschaftler sowie die FDP für eine „Superpaulskirche“ zu gewinnen. Er war für Kundgebungen und den Verkauf von Abzeichen zur Finanzierung der Aktion und ging davon aus, dass sich circa ein Fünftel der Bevölkerung an der Atomtod-Aktion beteiligen würde. Wieder lehnte Eppler das CDU-Argument, die SPD unterstütze die Sowjetunion, ab, denn die Interessen der Russen müssten für die Bundesbürger nicht unbedingt schlecht sein. Es verschaffe der SPD Bewegungsfreiheit, wenn sie hierzu stehe.³⁸⁵

Schon im Frühjahr 1958 befürchtete er den Misserfolg der Atomtod-Aktion, die auf ihn resigniert und als bloße Gewissensentlastung wirkte. Bei einem ebenso geräuschlosen Ende wie die Paulskirchenbewegung könne niemand mehr für eine dritte Bewegung motiviert werden. Die psychologische Situation hielt Eppler für günstiger als 1955, als der Gegner noch sicherer gewesen sei. Nun könne man die Initiative durch eine „schwungvolle und offensive

³⁸⁰ Vgl. Fritz Erler an Erhard Eppler, 14.10.1957, NL Erler 172A.

³⁸¹ Vgl. Erhard Eppler an Fritz Erler, 17.10.1958, Dep. Eppler 1; vgl. auch Erhard Eppler an Gustav Heinemann, 2.10.1958, Dep. Eppler 1: „Wenn nicht bald in der Führung eine Änderung kommt, dann könnte mancher resignieren.“

³⁸² Vgl. E.E., Mittelstrecken-Regierungspolitik. Bonner Absichten und Pläne für die Pariser NATO-Tagung, Vorwärts Nr. 48 (29.11.1957) S. 1. Es wird hier angenommen, dass dieser Artikel von Erhard Eppler geschrieben wurde. Vgl. die Abkürzung E.E. während der GVP-Zeit.

³⁸³ Vgl. Kapitel 3.1.

³⁸⁴ Vgl. Rupp, Hans Karl, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, passim.

Aktion“ (z. B. Schweigemärsche, Warnstreiks) übernehmen, denn die CDU sei in der Defensive und eine Niederlage in der Atomwaffenfrage zeige den „Bankrott“ ihrer Politik.³⁸⁶

Epplers Sorgen blieben Mitte 1958 bestehen. Da die Aktion „Kampf dem Atomtod“ weder gestoppt, noch ohne eine Niederlage in der derzeitigen Form fortgesetzt werden könne, plädierte er für die Gründung einer überparteilichen Gesellschaft. Diese „Arbeitsgemeinschaft: Friede in Europa“ oder „Entspannung für Europa“ solle sich zur parlamentarischen Demokratie bekennen, für die Mehrheit der Intellektuellen offen sein, aber von der freiheitlichen Linken kontrolliert werden. Eine Schlüsselposition in der Gesellschaft könnte Heinemann haben. Die Gesellschaft als Forum für alle Mitarbeiter der Atomtodbewegung, die sich nicht der SPD anschließen wollten, sollte nach Epplers Plan im Gegensatz zur Notgemeinschaft Orts- und Landesgruppen mit Mitgliedern bilden, sich über die Grenzen der Bundesrepublik ausdehnen, Vorschläge ausarbeiten, Vorträge und Kundgebungen organisieren und durch ein Sekretariat Stellung zu außenpolitischen Fragen nehmen.³⁸⁷

Eppler setzte sich immer wieder für überparteiliche Bewegungen ein: für die Umwandlung der GVP in eine überparteiliche Gesellschaft und in den achtziger Jahren für eine überparteiliche und offene Friedensbewegung. Motivation hierfür könnte nach seiner eigenen Einschätzung seine Angst vor Sektiererei gewesen sein, die er in der GVP erlebt habe. Das Bemühen um Bündnisse mit anderen Parteien und Gruppierungen habe ihm immer sehr nahe gelegen.³⁸⁸

Die Änderung der außenpolitischen Vorstellungen der SPD durch die Kanzlerkandidatur Willy Brandts, also die Anpassung an die Politik der CDU/CSU, lehnte er Mitte 1960 ab:

„Sollte Willy Brandt Bedingungen gestellt haben, so muß man ihm klar machen, daß er die Partei so dringend braucht wie die Partei ihn. Er kann sich ja darauf berufen: wir haben die gemeinsame Außenpolitik angeboten, die ändern haben sie nicht gewollt. Mehr liegt in der Sache positiv ohnehin nicht drin. Mehr verkraftet die Partei nicht.“³⁸⁹

Eppler war über die Änderung der außenpolitischen Grundrichtung der SPD durch die Parteiführung enttäuscht. Er kritisierte den fehlenden Mut in der SPD, gegen Adenauers Politik anzutreten und statt dessen die Mitwirkung beim „billigen Antikommunismus“. Er wollte keine Dinge tun, die „jeder bornierte Esel in der CDU“ besser könne.

Er wehrte sich dagegen, dass schon ein halbes Jahr nach dem Godesberger Programm der rechte Flügel der SPD ihm nicht genehme Grundsätze aus dem außenpolitischen Teil herausstreiche, denn dies bedrohe die Einheit der Partei. Eppler distanzierte sich von der „manisch-depressiven Politik“ der SPD von der „Paulskirche“ zur Mitarbeit bei der Ver-

³⁸⁵ Vgl. Erhard Eppler an Gustav Heinemann, 22.12.1957, Dep. Eppler 1.

³⁸⁶ Vgl. Erhard Eppler an Gustav Heinemann, 14.3.1958, NL Heinemann I 68/NL Erler 178A.

³⁸⁷ Vgl. Erhard Eppler an Gustav Heinemann, 19.7.1958, NL Erler 178A; ähnlich: Erhard Eppler an Gustav Heinemann, 19.7.1958, Dep. Eppler 1.

³⁸⁸ So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

³⁸⁹ Erhard Eppler an Fritz Erler, 3.6.1960, NL Erler 184A.

fassungsänderung, dann vom Atomtod zur Annäherung und schließlich vom Deutschlandplan zur gemeinsamen Außenpolitik. Er glaubte nicht, dass der Wähler Anpassung an die augenblickliche Stimmung, etwa das „Aufspringen auf die antikommunistische Welle“, belohne, sondern eine klare Linie wolle. Die Verhältnisse in Berlin seien anders als in der Bundesrepublik. Aus Gründen der Selbstachtung hätte die SPD die Bedingungen von Franz-Josef Strauß für eine gemeinsame Außenpolitik ablehnen müssen,³⁹⁰ denn ein Eingehen darauf zerstöre die Einheit der Partei und für Menschen wie ihn sei kein Platz mehr. Eppler kritisierte die Terminologie der SPD und ihr Verhältnis zum Antikommunismus. Auch dürfe sich die SPD nicht, um an die Macht zu kommen, die Möglichkeiten, anders als die vorherige Regierung zu handeln, verbauen.³⁹¹

Er lehnte die Anpassung der SPD an die Politik der CDU/CSU ab und sah die Perspektiven der SPD nicht kurz-, sondern längerfristig. Doch am 30. Juni 1960 erklärte Wehner in einer Rede die Außenpolitik Adenauers für rechtmäßig.

Wie Eppler wehrten sich viele ehemalige GVP-Mitglieder gegen außen- und wehrpolitische Neuorientierung der SPD Anfang der sechziger Jahre. Heinemann betonte, dass die SPD nicht auf die Linie der Unionsparteien eingeschwenkt sei und war gegen die Gründung einer neuen Partei, etwa eine Wiederbelebung der GVP, aufgrund ihrer Chancenlosigkeit. Er forderte, die SPD zu unterstützen, auch wenn man einzelne Vorgänge in der Partei ablehne. Im Gegensatz zur deutschlandpolitischen Kursänderung der SPD betrachtete Heinemann bei der eventuellen atomaren Aufrüstung der Bundeswehr eine Klärung als notwendig. Bereits vor dem Hannoveraner Parteitag im November 1960 hatte sich die Zustimmung zu einer Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen abgezeichnet.³⁹²

Nach seiner Aufstellung als Bundestagskandidat für den Wahlkreis Calw-Freudenstadt fragte Eppler Heinemann Ende 1960 nach dessen Verhalten zur atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik. Für ihn sei als Kandidat eine Verpflichtung gegen die atomare Bewaffnung keine Schwierigkeit.³⁹³ Für Heinemann bedeutete die Entscheidung des Hannoveraner Parteitags, dass der SPD-Kanzlerkandidat die atomare Bewaffnung nicht unbedingt ablehnen müsse. Etwas anderes sei die persönliche Haltung der anderen Beteiligten. Da er wie früher gegen eine atomare Bewaffnung sei, wolle er auch nicht – wie er Eppler vertraulich mitteilte - in die „Mannschaft“ einbezogen werden.³⁹⁴

Eppler betrachtet rückblickend Wehners Rede für viele ehemalige GVP-Mitglieder als „Schock“, denn sie habe die „Diskussion“, aus der sie kamen, beendet. Er führt aus, dass er

³⁹⁰ Strauß hatte damals eine gemeinsame Außenpolitik von CDU und SPD vorgeschlagen, bei der sich die SPD der CDU anschließen sollte. So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

³⁹¹ Vgl. Erhard Eppler an Fritz Erler, 3.6.1960, NL Erler 184A.

³⁹² Vgl. Sommer, Karl-Ludwig, Gustav Heinemann, S. 76-79.

³⁹³ Vgl. Erhard Eppler an Gustav Heinemann, 25.11.1960, NL Heinemann I 79.

³⁹⁴ Vgl. Gustav Heinemann an Erhard Eppler, 28.11.1960, NL Heinemann I 79.

lange gebraucht habe, um zu begreifen, dass die SPD eine Anpassung an die Wirklichkeit vollzogen habe, da die Pariser Verträge Rechtsgrundlage der Politik gewesen seien und der Versuch, sie rückgängig zu machen, realitätsfern gewesen sei.

Parallel zu dieser Entwicklung änderte er auch seine ablehnende Haltung gegenüber Willy Brandt. Eppler beschreibt, dass er Fritz Erler als Kanzlerkandidat gewollt, aber seine Vorbehalte gegen Brandt langsam abgebaut habe und nach der Wahl 1965 „Brandtianer“ geworden sei. Damals befand sich Brandt nach Epplers Ansicht in einer Krise, nachdem er wieder nicht Bundeskanzler geworden sei, und habe nicht weiter eine Rolle spielen wollen („junger Kennedy“). Nun hätten viele wie er festgestellt, dass Brandt ein „feiner Kerl“ sei. Sein Verhältnis zu Brandt habe sich auch aufgrund der Einsicht, dass es keine Alternative zu Brandts Politik mehr gebe, verbessert. Im Winter 1965/1966 entdeckte Eppler den neuen, wirklichen Brandt. Er habe ursprünglich Brandt für zu weit entfernt von den Gedanken, die ihn selbst ursprünglich in die Politik gebracht hätten, gehalten und diesen aufgrund seiner Rolle nicht einschätzen können.³⁹⁵ Peter Merseburger fasst Brandts damalige Wahlkampftouren in seiner Brandt-Biographie unter dem Begriff „smiling Willy“ ähnlich wie Eppler zusammen.³⁹⁶

Zwischen Ende 1960 und Anfang 1961 befand Eppler sich in einer „politischen Depression“ und fühlte sich an einer „Wegscheide“ seines Lebensweges, denn er musste sich zwischen Beruf und Politik entscheiden. Er wollte sich nicht weiter in „Kleinstadtgeplänkel“ verschleißen. Eine Entscheidung für den Beruf sei eine Enttäuschung, denn er habe wegen Heinemann 1952 auf eine Universitätslaufbahn (Lektorenstelle in Dublin) verzichtet, aber auch eine „Erlösung“. Wie 1957 war seine Kandidatur für einen Wahlkreis zunächst unklar. Außerdem fragte er sich aufgrund der politischen Situation, ob es diese „vertrackte deutsche Politik“ wert sei, seine Gesundheit dafür zu „opfern“³⁹⁷ und, ob man in „diesem Deutschland“ noch Politik machen könne. Mut zum Weitermachen gab ihn die Lektüre des Widerstandskämpfers Dietrich Bonhoeffer (1906-1945).³⁹⁸

Auch wenn seine Ausgangsposition in der SPD in den ersten Jahren sehr unsicher war, glaubte Annemarie Renger, dass Eppler von den in die SPD übergetretenen GVP-Mitgliedern wie Heinemann, Wessel und Rau am zielstrebigsten seine Vorstellungen durchsetzen wollte und im Laufe der Zeit großen Einfluss auf die SPD ausübte. Die GVP-Aktivisten hätten den Veränderungsprozess in der SPD verstärkt, etwa dass sie evangelischer geworden sei und Umweltschutz ein absoluter Wert. Der profilierteste Vertreter dieser ehe-

³⁹⁵ So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

³⁹⁶ Vgl. Merseburger, Peter, Willy Brandt, S. 390.

³⁹⁷ Vgl. Erhard Eppler an Hans Bay, 12.9.1960, Dep. Eppler 1.

³⁹⁸ Vgl. Erhard Eppler an Reinhart, 11.1.1961, Dep. Eppler 1.

maligen GVP-Mitglieder war für sie Eppler, den Wehner als „Pietkong“ und Rau als „evangelischer Savonarola“ bezeichnet habe.³⁹⁹

„...Erhard Eppler, der mir immer wie ein „Hoherpriester“, ausgestattet mit einem starken Sendungsbewußtsein, vorkam. Oft hatte ich das Gefühl, er klagte von jedermann Buße und Unrechtsbewußtsein ein: als Ausbeuter der Dritten Welt, als Umweltsünder, als gedankenloser Konsument aller Ressourcen, von den technischen Errungenschaften bis zur Kernenergie. ... Auch da, wo Epplers Argumente bedenkenswert waren, hat mich sein Absolutheitsanspruch und seine Anmaßung, das Patent auf reine Wahrheit zu haben, zum Widerspruch gereizt.“⁴⁰⁰

Eppler setzte sich zu Beginn seiner SPD-Mitgliedschaft auch theoretisch mit der Deutschland- und Ostpolitik auseinander. In seinem Artikel KONRAD ADENAUER UND DER NATIONALISMUS vom Mai 1956 vertritt er noch viele seiner GVP-Positionen. Er lehnte Adenauers Bündnis mit nationalistischen Kräften, die andere Ziele als Adenauer hätten, ab. Seit das „Unbehagen“ über die „kümmerlichen Resultate der Bonner Außenpolitik“ sich verstärkte, warnte Adenauer immer stärker vor einem neuen Nationalismus, den er allerdings nach Epplers Ansicht seit 1950 selbst provoziert hatte.

Für ihn war Adenauers Auffassung, die Pariser Verträge führten zur deutschen Einheit, falsch. Die Bundesrepublik müsse entweder auf die Wiedervereinigung zugunsten „Kleineuropas“ verzichten oder auf die militärische Bindung an Westeuropa zugunsten der deutschen Einheit. Diese Alternative habe das deutsche Volk wegen des „Schocks von 1945“ und weil die Bundesregierung sie als vorübergehend hingestellt habe, hingenommen. Er hielt es sogar für möglich, dass Adenauers Politik der Stärke von Anfang an die entscheidende Alternative verschleiern wollte. Vieles an Adenauers Politik fordere den Nationalismus der Deutschen heraus, etwa die „Zumutung“, zugunsten der „militärischen Einheit eines klerikal-restaurativen Kleineuropa“ auf die nationale Einheit zu verzichten und das neu entstandene Selbstbewusstsein. Der Verzicht auf die Einheit sei als „zielstrebige nationale Dynamik“ dargestellt worden, nämlich dass die Deutschen zusammen mit den Verbündeten den Sowjets ihre Bedingungen aufzwingen könnten. Doch auf Dauer glaubten die Deutschen nach Epplers Auffassung nicht an die sowjetische Schuld an der deutschen Teilung, sondern suchten die Schuld beim „missgünstigen Nachbarn“ Frankreich. Dies könne zu nationalem Verfolgungswahn führen, der immer Teil des deutschen Nationalismus gewesen sei.⁴⁰¹

Eppler plädierte für ähnliche Äußerungen wie in seinem Artikel von der SPD, vor allem im Blick auf das Ausland.⁴⁰² Erler lobte den Text und fügte hinzu, dass die Kräfte hinter dem Bundeskanzler die Bewaffnung der Bundesrepublik damit gerechtfertigt hätten, dass sie den

³⁹⁹ Vgl. Renger, Annemarie, Ein politisches Leben., S. 196, 227f.

⁴⁰⁰ Ebd., S. 228.

⁴⁰¹ Vgl. Eppler, Erhard, Konrad Adenauer und der Nationalismus, NL Erler 172A.

⁴⁰² Vgl. Erhard Eppler an Fritz Erler, 11.5.1956, NL Erler 172A, anbei: Eppler, Erhard, Konrad Adenauer und der Nationalismus.

bundesdeutschen Einfluss in der Weltpolitik vergrößere. Diese Argumentation sei nicht weit von den machtpolitischen Vorstellungen der klassischen Rechten in Deutschland entfernt.⁴⁰³

Eppler war gegen eine „Politik der Stärke“. Zuerst sei diese 1952/53 ein „törichter Versuch militärischer Gewaltpolitik“ gewesen und dann eine „imposante Fassade“ vor einer Politik der Schwäche, denn mit dem Bau der sowjetischen Wasserstoffbombe habe die Bundesrepublik mit militärischem Druck nichts mehr durchsetzen können, auch nicht die Wiedervereinigung. Am Ende sei die „Politik der Stärke“ nur noch ein „verkramptes, starrsinniges“, „beinahe komisches Nein“ gewesen. Ziel dieser Politik hätte nun höchstens die Sicherung gegen eine militärische Bedrohung sein können, die es allerdings nach Epplers Vorstellung so nicht gab und gegen die man sich so auch nicht hätte wehren können. Auch hätten die Deutschen vergessen, dass sie von den Sowjets die Wiedervereinigung wollten und nicht umgekehrt.⁴⁰⁴

Er kritisierte, dass sich die Stalinisten und die westlichen Politiker der Stärke gegenseitig bewiesen, dass der andere keine Entspannung wolle. Die UdSSR könne die osteuropäischen Völker leicht beherrschen, solange sie diese mit bundesdeutschen „Atomkanonen“ ängstigen könne. Die CDU könne leicht die Wahlen gewinnen, solange sie den „stalinistischen Teufel“ realistisch präsentieren könne. Er verlangte, unbequeme Gegner, die man nicht als Ausdruck des Bösen darstellen könnte, wie den ungarischen Reformkommunisten Imre Nagy und den polnischen Kommunisten Gomulka zu unterstützen.⁴⁰⁵

Ein realistischer Dienst der Deutschen an der Welt war für Eppler, durch ihr politisches Verhalten und durch militärische Zurückhaltung den Völkern des Ostens (Polen, Tschechen, Russen) die real existierende Angst vor dem „Volk Hitlers“ zu nehmen und eine Innenpolitik zu verfolgen, die für die Ostvölker ein erstrebenswertes Vorbild sei.⁴⁰⁶

Er befürwortete Kontakte zur Sowjetunion und ging von Adenauers Interesse an der deutschen Teilung aus. Eppler kritisierte im Frühjahr 1958, dass die SPD die Chancen in der Debatte über die Stalin-Noten nicht genutzt habe. Die CDU hatte nach seiner Überzeugung versäumt, Stalins Interpretation der Noten durch Verhandlungen mit der UdSSR zu klären und unterstelle jedem Vorschlag aus dem Osten die schrecklichsten Absichten, um sich vor Verhandlungen zu drücken. Er forderte die für die Deutschen günstigste Interpretation von Angeboten wie dem Rapacki-Plan⁴⁰⁷, um dann zu klären, ob der Osten die gleiche Interpretation habe. Dann kenne man am Ende der Verhandlungen die Position des Ostens und nicht Adenauers Ansicht von der Meinung des Ostens. Franz-Josef Strauß' Behauptung

⁴⁰³ Vgl. Fritz Erler an Erhard Eppler, 15.5.1956, NL Erler 172A.

⁴⁰⁴ Vgl. Eppler, Erhard, Politik der Stärke, in: ders., Spannungsfelder (S. 204-207), S. 206f. (Eilt, Nr. 5, Mai 1959).

⁴⁰⁵ Vgl. ders., Die es immer schon wussten. Zum Tode von Imre Nagy, in: ders., ebd. (S. 196-198), S. 197f. (Vorwärts, 4.7.1958).

⁴⁰⁶ Vgl. ders., Was ist Realpolitik?, in: ders., ebd. (S. 199-203), S. 203 (Vorwärts, 7.2.1958).

⁴⁰⁷ Der polnische Außenminister Adam Rapacki legte am 2.10.1957 der Generalversammlung der UNO seinen ersten Plan zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa vor (es folgten

einer seit 1945 gleichbleibenden sowjetischen Deutschlandpolitik und deshalb auch gleichbleibender Bedingungen für die Wiedervereinigung hielt Eppler für falsch, denn die Bedingungen dazu seien härter geworden. Vor den Pariser Verträgen hätte die UdSSR den Deutschen, was sie nun nicht mehr tue, freie Wahlen angeboten. Unklar sei, ob die Sowjetunion künftig noch Friedensverhandlungen anbiete. Eppler bemerkte große Veränderungen im Osten und eine gleichbleibende „sterile, stupide“ Interpretation der Verträge in der Bundesrepublik. Wie schon zu GVP-Zeiten erklärte er, dass sich Adenauer die Gelegenheit zur Demontage der Opposition nicht hätte entgehen lassen, wenn Verhandlungen mit der UdSSR beweisen könnten, dass die Sowjets die Noten wie Kiesinger interpretierten. Adenauer habe vielleicht nicht verhandelt aufgrund seiner Befürchtung, dass die Noten ernster gemeint seien als er zugeben wolle. Nach Epplers Einschätzung hatte nicht die UdSSR, sondern der Westen mit der atomaren Aufrüstung begonnen und die Deutschen zwängen die Sowjetunion zur Atomrüstung in Ost-Mitteleuropa. Adenauer habe mit seiner Gedankenwelt vor dem Ersten Weltkrieg noch nicht erkannt, dass aufgrund der weltweiten Angst vor einem Atomkrieg militärische Eroberungen nun nicht mehr durchsetzbar seien.⁴⁰⁸ In einem Vortrag 1956/1957 über die MÖGLICHKEITEN DEUTSCHER AUßENPOLITIK deutete Eppler, wie schon in der GVP, die sowjetischen Interessen national und nicht ideologisch. Ein vereintes Deutschland hatte seiner Darstelllung nach nur in einem großen Europa Platz. Er wollte den Spielraum für eine eigenständige deutsche Politik zwischen den beiden Großmächte abstecken und betrachtete die amerikanische Aufgeschlossenheit gegenüber eigenen deutschen Initiativen momentan als sehr groß. Die sowjetische Deutschlandpolitik beruhe überwiegend auf dem national-russischen Bedürfnis besonders nach Sicherheit. Er ging davon aus, dass eine nichtkommunistische sowjetische Regierung ähnliche Bedingungen zur Wiedervereinigung stellen würde wie Stalin. Für Eppler waren Adenauers Hoffnung, aufgrund derer er die sowjetischen Angebote 1952-1954 abgelehnt habe, ein Trugschluss, denn die sowjetischen Forderungen seien durch den westdeutschen NATO-Beitritt nicht weicher, sondern härter geworden. Der wichtigste Ansatzpunkt für die deutsche Einheit war für ihn der elementare Wunsch der Weltmächte nach Frieden. Man befürchte sowohl in den USA, der UdSSR und in Großbritannien einen neuen Aufstand in der „Ostzone“ und ein Eingreifen der Bundeswehr. Die bundesdeutsche Sicherheitspolitik müsse den „Spaziergang“ eines Satelliten nach Westdeutschland oder Gesamtdeutschland etwa durch kleine Truppenverbände ohne Atomwaffen verhindern. Außerdem müsse die deutsche Sicherheitspolitik, z.B. durch ein kollektives Sicherheitssystem, garantieren, dass „ein Einbruch der Sowjetunion“ den Weltkrieg auslöse. Für ein „Bollwerk“ gegen die UdSSR an der Elbe fehlte der Bundesrepublik nach Epplers Darstellung die finanzielle und militärische

weitere Pläne); Ziel der Pläne war, die Aufstellung atomarer Waffen in der Bundesrepublik zu verhindern.

Kraft. Dies mache außerdem die sowjetische Ablehnung der deutschen Wiedervereinigung unvermeidlicher. Atomwaffen lehnte er ab, denn sie bedeuteten im Kriegsfall die totale Vernichtung. Als Voraussetzung für eine deutsche Vereinigung müssten die Deutschen dem Osten beweisen, dass sie „gefährliche Tendenzen“ kontrollieren könnten, und dem Westen, dass sie die freiheitliche Ordnung nicht als „Tauschobjekt“ verstünden.⁴⁰⁹

Eppler setzte sich am 17. Juni 1956 kritisch mit dem Tag der deutschen Einheit, dem „jüngsten und problematischsten Feiertag des deutschen Volkes“, auseinander. Wieder bedauerte er den Aufstand vom 17. Juni 1953, weil er die Hoffnungen auf das Konzept des sowjetischen Hohen Kommissars Semjonow um einen kritischen Kurs in der DDR zerstört habe und würdigte trotzdem den Mut der Arbeiter zum Widerstand gegen das Regime. Die UdSSR habe sich nach dem Aufstandsversuch ein Zurückweichen ohne Gesichtsverlust nicht leisten können. Wieder bemerkte er immer weniger großzügige sowjetische Angebote zur Wiedervereinigung von 1952 bis zum Ende dieser Angebote 1956. Die Gefahr des Feiertags war für ihn, dass er zum Hass gegen die Träger einer anderen Weltanschauung oder gegen ein ganzes Volk verführen könne. Wichtig sei, überall, ob in der DDR oder in Spanien, gegen Unfreiheit, Unterdrückung und die jeweilige Ideologie dort einzutreten.⁴¹⁰

Eppler verteidigte das Verhalten der UdSSR:

„Wir tun der Größe dieses Opfers keinen Abbruch, wenn wir nüchtern feststellen, daß keine Besatzungsarmee der Welt eine von ihr eingesetzte Regierung einfach wegfegen lassen kann. Wir tun diesen Opfern auch kein Unrecht, wenn wir feststellen, daß diese russische Besatzungsarmee offenbar so lange wie möglich versucht hat, nicht zu schießen, ja, daß eine deutsche Besatzungsarmee im letzten Kriege wohl geschossen hätte, ehe man ihr Balken in die Panzerkanonen gesteckt hätte.“⁴¹¹

Der 17. Juni war für Eppler als „Tag des Gedenkens und der Selbstprüfung“ wichtig. Die Ostdeutschen könnten vom Westen statt Reden von der deutschen Einheit mehr politische Verantwortung und Einsatz hierfür fordern. Trotz der Ergebnislosigkeit des Einsatzes am 17. Juni hätten die Deutschen dort bewiesen, dass sie nicht jeder beliebigen Obrigkeit blind gehorchen würden. Diesen Beweis müssten die Westdeutschen, wenn auch anders, noch erbringen,⁴¹² etwa durch ihr Eintreten für die deutsche Einheit:

„Ob es eine Wiedervereinigung gibt oder nicht, hängt nicht von Russen oder Amerikanern ab, sondern zuallererst von uns Deutschen selbst, so wie die Wiedervereinigung der Saar weder von der französischen noch von der deutschen Bundesregierung erreicht, sondern durch ein paar hunderttausend Saarländer erzwungen wurde.“⁴¹³

⁴⁰⁸ Vgl. Erhard Eppler an Gustav Heinemann, 22.3.1958, Dep. Eppler 1.

⁴⁰⁹ Vgl. Ein Bild mit festen Umrissen. Dr. Eppler sprach über „Möglichkeiten deutscher Außenpolitik“, Dep. Eppler 5.

⁴¹⁰ Vgl. Eppler, Erhard, „Sind wir noch fähig, unsere Zukunft selbst zu formen?“ Zum 17. Juni 1956, in: ders., Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit (S. 22-29), S. 22-25 (gleicher Text., ders., Spannungsfelder, S. 60-70).

⁴¹¹ Ebd., S. 25.

⁴¹² Vgl. ebd., S. 25f.

⁴¹³ Ebd., S. 27.

Eppler übersah bei dieser Aussage, dass die Saarländer andere Möglichkeiten hatten als die in zwei unterschiedlichen Systemen lebenden Deutschen. Die Bundesrepublik und Frankreich waren verbündet, während die USA und die UdSSR an der Kontrolle zumindest eines Teils von Deutschland interessiert waren. Zur Durchsetzung der deutschen Einheit drängte er zu politischem Engagement, z.B. Äußerungen der Bundesbürger zur Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition um den richtigen Weg zur Wiedervereinigung. Wie zu GVP-Zeiten plädierte er für Kontakte zwischen Ost- und Westdeutschen und warnte vor blindem Antikommunismus. Für ihn war die Frage der staatlichen Einheit mit der Frage verbunden, ob die Deutschen sich damit abfänden, den jeweiligen Weltmächten als „Menschenreservoir“ zu dienen, oder ob sie selbst ihre Zukunft gestalten, indem sie mit ihren europäischen Nachbarn in West und Ost ein gemeinsames Europa bauen. Er verlangte von den Westdeutschen die Auseinandersetzung und das Gespräch mit den Kommunisten und Nichtkommunisten in der DDR, statt sie zu meiden und die Beschäftigung mit der kommunistischen Ideologie, um zu klären, was sie dieser entgegensetzen haben und damit ihr Wissen nicht nur aus antikommunistischen Schlagworten bestehe.⁴¹⁴

„Und dann werden wir feststellen, daß der Vorhang, der Deutschland in zwei Teile spaltet, hauptsächlich aus Angst besteht, aus der Angst der Herrschenden drüben, der Kontakt mit dem Westen könne ihre Stellung untergraben, und unserer Angst, der Kontakt mit dem Osten könne unser Wirtschaftswunderidyll stören. Sehen wir zu, daß der Vorhang von unserer Seite aus sich hebt, und wir werden bemerken, daß er dann von drüben auf die Dauer gar nicht niedergehalten werden kann.“⁴¹⁵

DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT DER GVP-VERGANGENHEIT - „MEIN ALTES GVP-HERZ HEUT, UND MEIN NEUES SPD-HERZ IST MEILENWEIT VON EINEM SCHADENFROHEN LÄCHELN.“⁴¹⁶

Eppler setzte sich besonders in den Anfangsjahren seiner SPD-Mitgliedschaft mit seiner Tätigkeit in der GVP auseinander. Er wollte bei GVP-Mitgliedern Missverständnisse aufgrund seines Austritts klären und sie für die SPD gewinnen. Er rechtfertigte sich für seine GVP-Mitgliedschaft, lehnte Sektierertum in Form einer eigenen GVP-Gruppierung innerhalb der SPD ab und suchte den gemeinsamen politischen Nenner in der SPD. Mit Heinemanns Übertritt in die SPD wurde der Kontakt zwischen beiden wieder enger.

Eppler war gegen eine nochmalige Zusammenarbeit mit dem BdD:

„Ihre Haltung dem BdD gegenüber kann ich (sic!) gut verstehen, aber nicht billigen. In den sechs Jahren, in denen ich nun aktiv gegen die adenauersche Rüstungspolitik aufträte, hat sich mir die Einsicht aufgedrängt, daß CDU und SED sich in geradezu schamloser Weise die Bälle zuwerfen, sich gegenseitig die Argumente liefern, vor allem dann, wenn einer der beiden in Not gerät. Daher halte ich Opposition gegen Adenauer nur in einem Rahmen für sinnvoll, in dem man sicher ist, daß man nicht indirekt auf Adenauers Mühlen Wasser leitet. Heute ist diese Möglichkeit nur noch in der SPD gegeben. Die beiden deutschen Teilregierungen werden ungefähr gleich lange leben. Beide haben nur einen Erben und daher nur einen ernsthaften Gegner: die SPD. ... ich bin überzeugt, daß der BdD in der ulbrichtschen Spaltungsstrategie seinen festen Platz hat. Ich bin zu dieser Überzeugung gekommen vor allem als Mitglied der Verhandlungsdelegation des GVP-Bundesvorstands

⁴¹⁴ Vgl. ebd. S. 27-29.

⁴¹⁵ Ebd., S. 28.

⁴¹⁶ Erhard Eppler an Adolf Scheu, 1.5.1957, Dep. Eppler 5.

1953, aber auch etwa bei einer Unterhaltung mit Dr. Hermann, der mir auf meine Frage nach seinen Geldquellen mit entwaffnender Offenheit erklärte: ‚Ein Rubel, der für den Frieden rollt, ist mir lieber als ein Dollar, der für den Krieg rollt.‘ Ich tue alles, was ich kann, dem Kommunistschreck entgegenzutreten. Aber ein so zwielichtiges Häuflein wie der BdD ist für mich politisch nicht existent.“⁴¹⁷

Eppler kritisierte 1956 Heinemanns „Anti-SPD-Kurs“ und aufgrund des Unvermögens vieler GVP-Aktivisten, einen ethischen Impuls in einen politischen umzuwandeln, ihr unpolitisches, unrealistisches, aber auch „pharisäisches“ und „unmoralisches“ Handeln. Auch Heinemann fühle sich manchmal mehr „als Zeuge denn als Politiker“. Antimilitarismus reichte nach Epplers Vorstellung nicht als Fundament einer großen Partei. Sein Ziel war eine Anti-CDU Mehrheit im Bundestag und innen- und außenpolitisch auf lange Sicht eine große „Labour-Party“, denn in Deutschland fehle das Gleichgewicht zwischen rechts und links. Seiner Ansicht nach hatte die GVP keine auf längere Zeit gültige Funktion, die großen Parteien würden ihr keine sicheren Wahlkreise überlassen und seine letzte Rechtfertigung für den Weiterbestand der GVP - die GVP als Katalysator zur Labour-Party – sei falsch gewesen. Er bezweifelte, ob Heinemann letzteres überhaupt gewollt habe. Er ging als einzige Möglichkeit einer deutschen Einheit von einer Wiedervereinigung nach links aus. Da ein geeintes Deutschland nur mit einer anderen Sozialstruktur als der bundesrepublikanischen zustande komme, werde eine starke SPD gebraucht. Er fand es verständlich, dass die Sowjets ein wiedervereinigtes Deutschland mit der Macht bei den IG-Farben-Direktoren und Josef Frings⁴¹⁸ ablehnten.⁴¹⁹ Eppler distanzierte sich von Heinemann:

„Die Meinung Dr.H.s, er brauche die SPD nicht („wir bekommen unsere 2% auch ohne SPD“) aber die SPD brauche ihn für die 51%. Ich fand das aufreizend. Es ist doch nicht die Frage, wer wen nötiger braucht, sondern was man gemeinsam erreichen will. Und wenn man wirklich gemeinsam etwas erreichen will, dann muß man sich mindestens in die Hände arbeiten. Ich werde den Eindruck nicht los, daß bei dem Mißtrauen Heinemann gegen die SPD im Untergrund manches Gefühlsmäßige mitschwingt, manches, was dem heute 50 jährigen nicht anzukreiden ist, was aber beim heute 30 jährigen in dieser Form nicht da ist. Vor allem hatte ich nicht die Absicht, meine Gesundheit zu ruinieren, um auszuprobieren, ob es die SPD oder die GVP länger alleine aushält. ... daß ich in den Taktiker und Psychologen Heinemann nicht mehr viel Vertrauen hege. Das begann mit dem Mannheimer Abkommen und endete in Cannstatt.“⁴²⁰

Karl Schoppmann befürwortete es im Sommer 1956 zwar, dass Eppler und Ostertag aus ihrer Einstellung Konsequenzen gezogen haben, hielt aber eine Empfehlung an alle GVP-Mitglieder zum Übertritt in die SPD für verfrüht. Die GVP-Mitglieder seien weder erfahren noch zahlreich genug, um die SPD verändern zu können. Wenn die GVP mit Hilfe der SPD in den Bundestag komme, könnten vielleicht im Laufe von vier Jahren Aversionen gegen die SPD abgebaut werden, so dass eine Verschmelzung beider Parteien möglich sei.⁴²¹

⁴¹⁷ Erhard Eppler an Prof. Dr. Renate Riemeck, 24.5.1958, Dep. Eppler 1; Professor Hermann war Repräsentant des BdD in Freudenstadt, Renate Riemeck eine der führenden Personen des BdD. So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

⁴¹⁸ Josef Frings (1887-1978), Kardinal, Wortführer des deutschen Katholizismus.

⁴¹⁹ Vgl. Eppler an Bay, 21.4.1956, Dep. Eppler 5.

⁴²⁰ Ebd.

⁴²¹ Vgl. K. Schoppmann an Eppler/Ostertag, 15.7.1956, Dep. Eppler 5.

Eppler glaubte nicht mehr an ein „Tauschgeschäft“ auf der Grundlage der Note vom 10. März 1952, also Einheit gegen Blockfreiheit, sondern an eine Verlagerung der Frage nach der deutschen Einheit auf das Gebiet der Gesellschaftsstruktur. Hier könne aber nur die SPD eine für Deutschland „erträgliche Antwort“ geben. Solange es um eine „simple außenpolitische Rechenaufgabe“ gegangen sei, habe man die GVP zusammenhalten können. Er betrachtete den Glauben an ein erneutes Wahlbündnis der SPD mit der GVP nach der „Pfälzer Pleite“ als naiv und wollte nicht wieder einen großen Stimmenverlust, der zum Großteil der CDU nütze, verantworten. Er sah die Perspektiven der SPD langfristig und führte aus, dass man in der SPD einiges bewirken könne, jeder bei den langfristigen Veränderungen der Partei mithelfen könne und er viele Möglichkeiten zur Mitarbeit in der SPD in Form der von ihm gewünschten „nüchternen Kleinarbeit“ habe. Heinemanns Kurs Richtung FDP sei falsch, denn diese könne keine brauchbare Antwort auf die zur Debatte stehenden Fragen geben. Er sei froh, sich nicht mehr als GVP-Mitglied über solche „Instinktslosigkeiten“ ärgern zu müssen.⁴²²

Eppler appellierte im Frühjahr 1957 an Adolf Scheu, die GVP aufzulösen und zur SPD überzutreten, auch wenn der Herbst 1955 der richtige Zeitpunkt zur Auflösung der GVP gewesen sei, denn damals hätte Heinemann im Gegensatz zu jetzt gegenüber einer „verzagten und kleinlauten SPD“ noch einigen Einfluss gehabt. Ihm war nicht die derzeitige SPD wichtig, sondern die zukünftige in zehn Jahren. Christliche und politisch profilierte Politiker sollten durch ihren Beitritt die SPD zur neuen Labour Party wandeln.⁴²³ Epplers Motivation zum SPD-Beitritt war also keine totale Übereinstimmung mit der Partei, sondern die Perspektive, sie verändern zu können und ihre Basis zu verbreitern (Labour-Party). Er schrieb Scheu:

“Dr. Heinemann meint, damals, als wir gingen, sei die Zeit noch nicht reif gewesen. Und das mag, was die GVP als Ganzes angeht, im Rückblick richtig gewesen sein. Aber vielleicht hat unser Schritt hier in Württemberg doch mit dazu beigetragen, daß die Dinge gerade noch rechtzeitig reif wurden. Und wenn dem so war, dann haben wir doch mehr an einem Strang gezogen, als wir das wußten. Nun bin ich froh, daß wir wieder beieinander sind und vielleicht auch wieder gemeinsam arbeiten können.“⁴²⁴

Scheu freute sich auf die erneute Zusammenarbeit mit Eppler. Er fand es richtig, dass mit Eppler nicht viele andere aus der GVP ausgetreten seien, denn diese Einzelaktionen hätten nicht den politischen Effekt erzielt wie der gemeinsame Parteiübertritt.⁴²⁵

Am 17./18. Mai 1957 löste Heinemann die GVP auf. Er hoffte, dass Eppler und er im „gleichen politischen Boot“ wieder „in alter Weise“ zueinander stehen.⁴²⁶ Zwar stand Eppler weiter hinter seinem Austritt 1955, doch belastete ihn der Bruch mit Heinemann:

⁴²² Vgl. Erhard Eppler an Karl Schoppmann, 19.7.1956, Dep. Eppler 5.

⁴²³ Vgl. Erhard Eppler an Adolf Scheu, 1.5.1957, Dep. Eppler 5.

⁴²⁴ Vgl. Erhard Eppler an Adolf Scheu, 2.7.1957, NL Scheu 30b.

⁴²⁵ Vgl. Adolf Scheu an Erhard Eppler, 5.7.1957, NL Scheu 30b.

⁴²⁶ Vgl. Gustav Heinemann an Dr. Eppler/Ostertag, 22.5.1957, Dep. Eppler 5.

„Was mich seit eineinhalb Jahren bedrückt, ist etwas anderes: das, was Sie vielleicht als Bruch der Solidarität bezeichnen würden. Ich habe das nicht leicht genommen, und die Bitterkeit, die damals aus Ihrem Brief sprach, hat mich nicht unberührt gelassen. ... Was ich hier schreibe, ist ein Versuch, von meiner Seite aus menschlich einiges aufzuarbeiten. Ob es sich ganz bereinigen läßt, weiß ich nicht.“⁴²⁷

Eppler war sich, wie er Heinemann schrieb, 1955 nicht mehr sicher gewesen, ob Heinemann die gleichen Ziele verfolge wie er. Da ihm seit 1953 klar gewesen sei, dass es nur noch eine Wiedervereinigung von links und nach links geben könne, habe ihn erstaunt, dass ein Zusammengehen mit der SPD oder FDP für Heinemann im Gegensatz zu ihm eine taktische Frage gewesen sei. Ihm sei deutlich geworden, dass man nicht mit Gesinnungsethik, sondern nur mit Verantwortungsethik Politik machen dürfe und für ihn in der Politik der „Primat des Sachlichen“ gelte. Deshalb habe ihn die Anwendung persönlicher Gesinnungsethik auf politische Fragen in der GVP in seinem Entschluss bestärkt. Trotzdem bekannte er sich zu seiner „Lehrzeit“ in der GVP.⁴²⁸

Heinemann freute sich über das Zusammensein mit Eppler in der „alten Grundhaltung“ und sah keine Notwendigkeit, menschlich etwas zu bereinigen. Eppler sei damals in eine Richtung gegangen, die ihm selbst seit langem vorgeschwebt habe. Wie schon Schoppmann und Scheu hielt Heinemann Epplers Übertritt dennoch für verfrüht, denn GVP und SPD hätten noch reifen müssen. Bei einem Übertritt 1955 wäre überall ein „Trümmerfeld“ entstanden und die aktiven GVP-Mitglieder hätten keinen bemerkbaren Einstieg in eine „neue Form der Wirksamkeit“ gefunden. Er stand zu seinem langen Wirken in der GVP und fand nun den Übergang schwer. Er respektierte Epplers Fortgang, der für ihn schmerzlich gewesen sei, da er ihn schon damals für einen der „verheissungsvollsten jungen politischen Köpfe“ gehalten habe.⁴²⁹ Über diese Antwort war Eppler erleichtert,⁴³⁰ denn Heinemann war für ihn eine wichtige Persönlichkeit: „Wenn ich heute zurückdenke, so waren es fünf Menschen, die meinem Leben die Richtung gaben. Zeitlich der letzte waren Sie. Und ich bin froh, daß ich Ihnen noch in einem Lebensalter begegnet bin, wo Eindrücke nachhaltig wirken können.“⁴³¹

Auf Epplers Bitte vom Frühjahr 1958 zum Besuch des SPD-Kreisverbandes Rottweil, dessen 2. Vorsitzender er war, sagte Helene Wessel zu. Der Besuch war Eppler wichtig, da seine Leistungen als früherer GVP-Mann sehr genau beobachtet würden.⁴³² Er schrieb Wessel:

„Hoffentlich bin ich nicht vermessen, wenn ich annehme, daß Sie meinen Übertritt in die SPD verziehen haben. Aber Sie dürfen mir glauben: es war dies für mich ein Entschluß, der mich sehr mitgenommen hat. Aber ich konnte einfach nicht mehr auf einem Wege mitgehen, den ich für eine

⁴²⁷ Erhard Eppler an Gustav Heinemann, 6.6.1957, Dep. Eppler 5.

⁴²⁸ Vgl. ebd.

⁴²⁹ Vgl. Gustav Heinemann an Erhard Eppler, 11.6.1957, Dep. Eppler 5.

⁴³⁰ Vgl. Erhard Eppler an Gustav Heinemann, 2.7.1957, Dep. Eppler 5.

⁴³¹ Erhard Eppler an Gustav Heinemann, 24.7.1959, Dep. Eppler 1.

⁴³² Vgl. Helene Wessel an Erhard Eppler, 16.12.1958, NL Wessel 259; vgl. Erhard Eppler an Helene Wessel, 23.12.1958, NL Wessel 259.

sinnlose Vergeudung wertvollster Kräfte halten musste. Und wir alle denken doch heute mit einigem Schaudern daran: Wie sähe es heute im Bundestag aus, wenn Sie und Herr Dr. Heinemann noch heute als ignorierte Chefs der GVP durch die Lande zögen?⁴³³

Im Januar 1958 baten ehemalige GVP-Mitglieder Eppler und Scheu um eine Stellungnahme zu drei Anträgen (Selbstverständnis der SPD, Parteiorganisation, Außenpolitik und Wiedervereinigung) für den kommenden SPD-Parteitag, die ehemalige GVP-Mitglieder über ihre Ortsvereine bis zum Bundesparteitag durchbringen sollten. Nach dem außenpolitischen Antrag sei die Bundesrepublik unter bestimmten Voraussetzungen zum NATO-Austritt bereit (u.a. Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt; Wiedervereinigung Deutschlands durch freie, durch die Großmächte gemeinsam kontrollierte Wahlen) und Gesamtdeutschland verpflichte sich, keinem Militärbündnis beizutreten.⁴³⁴

Scheu, Heinemann und Wessel kritisierten einzelne Punkte des Antrags, wollten die Anträge nicht unter das Motto „Heinemann und Genossen“ stellen und in der SPD den Eindruck vermeiden, dass alte GVP-Mitglieder eine Fraktion in der SPD bilden wollten.⁴³⁵ Eppler lehnte den gesamten Antrag ab. Die Vorschläge ehemaliger GVP-Mitglieder seien für viele durch Marx beeinflusste Sozialdemokraten so revolutionär, dass sie sie nicht verstünden. Es sei die Aufgabe der ehemaligen GVPler in der SPD, auch wenn es sehr schwer sei, dem Neuen gerecht zu werden und die „geschichtliche Kontinuität“ zu wahren.⁴³⁶

„Mit dem Antrag 2 kann ich mich in keiner Fassung anfreunden. ... Der Antrag tut so, als sei die Wiedervereinigung nach wie vor ein außenpolitisches Rechenexempel. Wenn wir etwas Neues bringen wollen, dann müssen wir uns dabei mit den neuen Gegebenheiten herumschlagen. Trauen wir uns das nicht zu, so warten wir besser ab. Der Antrag 2 rennt da, wo er keine fragwürdigen Formulierungen enthält, offene Türen ein. Er geht von Machtverhältnissen aus, die vielleicht 1952 bestanden haben. Wir von der ehemaligen GVP sollten uns immer die Möglichkeit offen lassen, in einer neuen Situation neue Initiativen zu ergreifen. Wenn wir uns 1958 ohne Not expressis verbis auf Vorstellungen festlegen, die zu propagieren 1952 eine Tat war, binden wir uns nur unnötig.“⁴³⁷

Nach Ansicht des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Wilhelm Mellies, verlangte der zweite Antrag praktisch die Neutralisierung Deutschlands, was der bisherigen Haltung der SPD und offenbar auch den Vorschlägen Rapackis widerspreche. Es sei sinnvoller, das von der SPD geforderte Europäische Sicherheitssystem zu vertreten. Er wollte allerdings nicht, dass sein Schreiben als Begutachtung des Parteivorstands gewertet werde.⁴³⁸

Nach Epplers Vorstellung war für die SPD ein kollektives Sicherheitssystem nicht eine Zementierung des Status quo, sondern die Sicherung Gesamtdeutschlands. Dies setze den NATO-Austritt voraus. Die Vorstellung, dass Gesamtdeutschland sich selbst „sichern“ könnte, hielt Eppler für falsch. Seiner Darstellung nach war nur ein Programm mit Vor-

⁴³³ Erhard Eppler an Helene Wessel, 8.2.1958, NL Wessel 259.

⁴³⁴ Vgl. Hans Bay, Rolf Kögel, Alfred Leikam an Adolf Scheu/Erhard Eppler, 15.1.1958, mit Anträgen in der Anlage, NL Scheu 392.

⁴³⁵ Vgl. Adolf Scheu an Hermann Hausmann, 21.1.1958, NL Scheu 392.

⁴³⁶ Vgl. Erhard Eppler an Gustav Heinemann, Adolf Scheu u.a., 23.1.1958, NL Scheu 392.

⁴³⁷ Ebd.

⁴³⁸ Vgl. Adolf Scheu an Hans Bay, Erhard Eppler u.a., 13.2.1958, NL Scheu 392.

stellungen über die gesellschaftliche Ordnung in Deutschland und mit außenpolitischen Grundthesen, das die Sowjetunion vielleicht zum Gespräch mit der Bundesrepublik „über den Kopf Ulbrichts hinweg“ bewege, interessant. Dieses Programm könne eher Herbert Wehner als die ehemalige GVP entwickeln. Wertlos sei ein Programm, das Chruschtschow und Adenauer als unrealisierbar betrachteten. Die Aufgabe der SPD sei nicht der Streit über Nuancen, sondern ein allgemein verständliches für Ost und West interessantes Gesamtbild von Deutschland zu entwerfen. Wenn sie dies nicht könne, solle sie sich diese Möglichkeit nicht verbauen, indem sie sich auf Vorstellungen festlege, auf die sie festgenagelt werden könne.⁴³⁹

Eppler musste sich trotz seiner eindeutigen Stellungnahme für die SPD Anfang 1959 als 1. Vorsitzender des Kreisvereins Rottweil wegen seiner GVP-Vergangenheit rechtfertigen. Seine Erklärung bestätigt die These, dass nicht der Wandel seiner politischen Grundgedanken zum Eintritt in die SPD führte, sondern die Annäherung der SPD-Politik an seine Überzeugungen. Seine Erklärung stimmt mit seinem schon beschriebenen Einstieg in die Politik überein. Nach dieser Darstellung hatte Eppler sich im NS-Staat nicht ernsthaft politisch engagiert und im November 1951 beim Kampf um die Wiederaufrüstung zum ersten Mal im Zusammenhang mit der Unterschriftensammlung der Notgemeinschaft politisch betätigt. Die Auffassung, dass die Rüstung ins Unheil führe, habe ihn in die Politik getrieben. Im Juli 1952 habe er mit Carlo Schmid über eine mögliche Mitarbeit in der SPD gesprochen.⁴⁴⁰

„Ich stellte meine Mitarbeit in Aussicht unter der Voraussetzung, daß die SPD ohne Umschweife die Frage aufgreife, welcher Preis (Militärische Paktfreiheit etc (sic!)) an die Russen zu zahlen sei für ein (damals angebotenes) Zugeständnis freier Wahlen in ganz Deutschland. Daß dies damals die entscheidende Frage war, ist inzwischen eine historische Tatsache, die vor allem in der SPD von niemandem mehr bestritten wird. Carlo Schmid sagte damals zu, die entsprechenden Klärungen würden auf dem Parteitag in Dortmund (Herbst 1952) erfolgen. Sie erfolgten damals nicht. So stellte ich mich Gustav Heinemann zur Verfügung als er am 30. November 1952 in Frankfurt die Gesamtdeutsche Volkspartei gründete.“⁴⁴¹

Eppler beschrieb weiter, dass er Heinemann nur zweimal gesehen habe, bevor dieser seine Wahl in den Bundesvorstand der GVP durchgesetzt habe. Er habe in Württemberg, besonders in Südwürttemberg und dem Kreis Backnang-Hall, intensiv für die GVP gearbeitet. Trotz der Erfolglosigkeit der GVP hätten sich deren Hauptgedanken in den anderen Parteien, vor allem der SPD, durchgesetzt. Daher habe er schon im Oktober 1953 auf der Bundesvorstandssitzung der GVP für ein Zusammengehen mit der SPD plädiert, sei im Oktober 1955 aus der GVP ausgetreten und im Januar 1956 der SPD beigetreten.⁴⁴²

⁴³⁹ Vgl. Erhard Eppler an Bay/Dr. Heinemann/Scheu/Leikam, 29.1.1958 (nicht abgeschickt), Dep. Eppler 1.

⁴⁴⁰ Vgl. An die Vorsitzenden der Ortsvereine im Kreis Rottweil. Betrifft: Persönliche Erklärung des 1. Vorsitzenden, 26.1.1959, Dep. Eppler 1.

⁴⁴¹ Ebd.

⁴⁴² Vgl. ebd.

„Jede Behauptung, ich hätte während meiner Arbeit in der GVP die SPD attackiert, ist unwahr. Ich war dafür bekannt, daß ich das Thema SPD von mir aus mied und in der Diskussion lediglich feststellte, was meiner Ansicht nach an der Politik der SPD nicht klar genug sei. ... Ich stehe auch heute noch zu dem politischen Weg, den ich gegangen bin. Er wurde mir vorgeschrieben von der sachlichen Frage, wie man verhindern könne, daß unser Volk in seiner Innen- und Außenpolitik wieder in den Abgrund rennt. Daß ich die Außenpolitik der SPD zwei Jahre früher vertreten habe als die SPD selbst, mag mir übel nehmen wer will. .. Ich habe meine politische Grundüberzeugung in den letzten sieben Jahren nicht geändert. Daß sie heute in fast allen Fragen ...mit der (von, C.S.) der SPD formulierten Politik übereinstimmt, ist für mich eine beglückende Erfahrung. Ich habe in der SPD mehr gefunden, als ich zu hoffen gewagt hatte: eine politische Heimat. Diese Heimat lasse ich mir von niemandem streitig machen.“⁴⁴³

EPPLER ALS MITGLIED DES BUNDESTAGES: PARLAMENTSARBEIT (1961 BIS 1966)

Von 1961 bis zur Großen Koalition nahm Eppler am Parlamentsalltag teil und wurde in der Außenpolitik aktiver. Als er 1961 Mitglied des Bundestages wurde, war er zunächst nicht in der Deutschland- oder Außenpolitik tätig. Ihn interessierten der Ausschuss für Inneres, die von der Struktur seines Wahlkreise naheliegenden Ausschüsse für Landwirtschaft und Mittelstand und die Arbeit der Bundeszentrale für Heimatdienst. Erlers Anregung, sich mit der auswärtigen Kulturpolitik zu beschäftigen, nahm er an, glaubte aber, dass er dann neben dem Ausschuss für Kulturpolitik und Publizistik auch stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten sein sollte.⁴⁴⁴ Eppler war ab Herbst 1961 zunächst im Mittelstands- und im Kulturausschuss, später dann im Finanzausschuss.⁴⁴⁵

Auf seiner USA-Reise 1962 setzte er sich mit der Gründung eines deutschen Gymnasiums in Washington für auswärtige Kulturpolitik⁴⁴⁶ ein. Der Verlauf der Europäisierung der USA hing seiner Meinung nach auch davon ab, welche europäische Kulturnation am deutlichsten in den USA vertreten sei. Der Aufbau des Gymnasiums könne hierbei zumindest auf die zukünftigen amerikanischen Führungskräfte stark wirken.⁴⁴⁷ Wichtig war ihm das amerikanische Deutschlandbild:

„Wenn wir in diesem Zusammenhang nicht mehr tun, bleiben wir drüben das Volk, das sechs Millionen umgebracht hat, nachher mit ungeheurerer Zähigkeit wieder aufbaute, und jetzt wegen der Entwicklungshilfegelder zu feilschen beginnt. Der biertrinkende Spiessbürger vom Oktoberfest wird zum Bild der deutschen Nation.“⁴⁴⁸

⁴⁴³ Ebd.

⁴⁴⁴ Vgl. Erhard Eppler an Karl Mommer, 2.10.1961, NL Erler 58A.

⁴⁴⁵ Vgl. Eppler, Erhard, Komplettes Stückwerk, S. 84f.

⁴⁴⁶ Eppler definierte 1979 auswärtige Kulturpolitik folgendermaßen: „Unter dem Begriff der ‚Auswärtigen Kulturpolitik‘ wird bis in unsere Tage hinein überwiegend die Darstellung und Verbreitung des eigenen kulturellen Erbes (und natürlich der deutschen Sprache) im Ausland verstanden. ... Wichtige Zielvorstellungen der auswärtigen Kulturpolitik waren stets, das ‚gute Deutschland‘, das ‚andere Deutschland‘ darzustellen – im Gegensatz zur nationalsozialistischen Vergangenheit und zur DDR, wobei dies für mich keine Gleichstellung der beiden bedeutet; ich halte diese Art von Gleichstellung für eine fatale Sache.“; vgl. Eppler, Erhard, Kulturbeziehungen und Entwicklung. Die vernachlässigte Nord-Süd-Problematik in der auswärtigen Kulturpolitik, in: Grohs, Gerhard/Schwerdtfeger, Johannes/Strohm, Theodor (Hrsg.), Kulturelle Identität im Wandel. Beiträge zum Verhältnis von Bildung, Entwicklung und Religion, Stuttgart 1980 (S. 386-400), S. 388.

⁴⁴⁷ Vgl. Erhard Eppler an Carlo Schmid, 30.8.1962, NL Schmid 1219.

⁴⁴⁸ Ebd.

Schmid war mit Eppler einig: „Ich meine, daß wir uns das schuldig sind, denn das einzige, in dem wir noch zum Ausdruck zu bringen vermögen, daß wir Selbstachtung besitzen, ist doch die kulturelle Leistung. Ich will vom politischen Nutzen gar nicht reden.“⁴⁴⁹

Eppler unterstütze Erler bei der kontroversen Diskussion Anfang 1962 in der SPD-Fraktion über Erlers Befürwortung eines Gesetzentwurfs zur Verlängerung der Wehrpflicht. So sollte das NATO-Planziel für die Bundesrepublik erreicht und die Verbündeten von der Bereitschaft der Bundesrepublik, ihren vollen Verteidigungsbeitrag in der NATO zu übernehmen, überzeugt werden. Eppler hielt eine Ablehnung der Verlängerung der Wehrpflicht nur dann für gerechtfertigt, wenn die Bundesrepublik andere Methoden zur Verbesserung ihrer außen- und militärpolitischen Position anbieten könne.⁴⁵⁰ Hier zeigt sich seine Anpassung an die Ansichten der SPD.

Bei der SPD-internen Debatte Ende 1962 zur Großen Koalition mit der CDU/CSU und der Akzeptanz von Bundeskanzler Adenauer, fragte Eppler, ob der Zeitpunkt der SPD, die Regierungsverantwortung zu übernehmen, nicht falsch sei. Eine glaubwürdige SPD dürfe die in der Öffentlichkeit vorhandenen Stimmung, dass die Parteien in Bonn um jeden Preis die Macht wollten, nicht unterstützen.⁴⁵¹ Er lehnte damals eine Große Koalition ab, weil er diese für eine Art „Unterwerfung“ unter den Willen Adenauers gehalten hätte, bei der die SPD nur das Gesicht verlieren könne. Unter Bundeskanzler Adenauer geschehe der Wille Adenauers, egal, wer an der Koalition beteiligt sei.⁴⁵²

Eppler wurde immer eigenständiger. Er informierte den Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, 1965 über einen Vortrag über Preußen und die deutsche Geschichte, den er als „historisch nicht ganz unbelasteter urschwäbischer Politiker der Linken“ und mit einer „Schwäche für manches Preußische“ halten werde. Ausdrücklich wollte er den Brief nicht als „Bitte um Erlaubnis“ verstanden wissen.⁴⁵³

Zudem kritisierte er weiter die SPD und ihre Politik, etwa 1961 Herbert Wehners Auftreten oder Inhalt, Form und Grenzen des innerparteilichen Gesprächs⁴⁵⁴ und 1965 den falsch angelegten SPD-Wahlkampf. Je weniger konkret die SPD werde, desto stärker werde das Misstrauen und je weniger sie sich auf konkrete Sachthemen konzentriere, desto mehr träten Personalfragen in den Vordergrund.⁴⁵⁵ Eppler äußerte sich zur außenpolitischen Lage folgendermaßen:

⁴⁴⁹ Carlo Schmid an Erhard Eppler, 7.9.1962, NL Schmid 1219.

⁴⁵⁰ Vgl. Fraktionssitzung, 16.1.1962 (S. 47-52), S. 52, in: Bracher, Karl Dietrich/Morsey Rudolf/Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961-1966, bearbeitet von Heinrich Potthoff, Düsseldorf 1993.

⁴⁵¹ Vgl. Fraktionssitzung, 5.12.1962, nachm. (S. 184-190), S. 187, in: Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961-1966.

⁴⁵² So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

⁴⁵³ Vgl. Erhard Eppler an Willy Brandt, 12.7.1965, Durchschlag, NL Erler 61B.

⁴⁵⁴ Vgl. Erhard Eppler an Fritz Erler, 28.12.1961, NL Erler 58A.

⁴⁵⁵ Vgl. Erhard Eppler an Fritz Erler, 27.1.1965, NL Erler 60B.

„Wir haben in den Jahren bis 1960 aus sachlich richtigen Gründen keine Rücksicht darauf genommen, dass der deutsche Bürger ohne amerikanischen Schutz schlecht schlafen konnte. Heute nehmen wir auf dieses Bedürfnis Rücksicht. Die Frage ist nur, ob es noch in dieser Weise besteht. Die Angst vor den Russen hat ebenso abgenommen, wie das Vertrauen auf die eigene Kraft zugenommen hat.“⁴⁵⁶

Eppler sah einen Grund für die Niederlage bei der Bundestagswahl 1965 in der Deutschlandpolitik der SPD. Ehemalige Heinemann-Wähler kehrten aufgrund der Zurückstellung der Außenpolitik im Wahlkampf zur CDU zurück. In Baden-Württemberg, wo die Wiedervereinigung immer wichtiger gewesen sei als in Bayern, habe es das Gefühl, dass die CDU nicht an der deutschen Einheit interessiert sei, gegeben. Schon 1961 hätten „nationale Gefühle“ Adenauer viele Stimmen gekostet. Diese Gefühle hätten sich nun gegen Brandt gewandt, der als „Ehbrecher, Säufer, uneheliches Kind“ und „Säbelrassler“ bezeichnet werde. Vor allem im Süden der Bundesrepublik befürchteten viele, dass Brandt wegen der Berliner Mauer irgendwann einen Krieg anfangen, in den alle Deutschen hineingezogen würden.⁴⁵⁷

Epplers Kontakt zu Carlo Schmid, der ihn förderte, wurde Anfang der sechziger Jahre enger. Schmid hielt ihn 1961 für einen „ganz ausgezeichneten Mann“, ⁴⁵⁸ wollte, dass er Mitglied der SPD-Fraktion werde und schrieb ihm diese Einschätzung zum Wahlkampf 1961.⁴⁵⁹

„Ich kenne Erhard Eppler seit seiner Studienzeit. Er gehörte damals der Heinemann-Bewegung an; aber schon in jenen Tagen zeigte sich deutlich, daß er in der SPD das eigentliche Instrument zur Verwirklichung seiner Ideen sah. Ursprünglich wollte er sich mit der Rolle des Stillen im Lande begnügen; aber ich habe ihm immer wieder zugeredet, aus der Stille herauszutreten und politische Verantwortung auf sich zu nehmen. Ich freue mich ganz besonders, daß Erhard Eppler nunmehr für den Bundestag kandidiert.“⁴⁶⁰

Auch Schmid's Empfehlungsschreiben an Henry Kissinger⁴⁶¹ 1962 spricht für sich:

„... ich kenne Dr. Eppler seit seiner Studienzeit (er hat eine Zeitlang in meinem Haus gewohnt) und habe seinen weiteren Lebensweg aus ziemlicher Nähe verfolgen können. Er hat sich schon in jungen Jahren durch sein öffentliches Auftreten den Ruf eines sehr ernst zu nehmenden Kritikers der Bonner Politik erworben. ... Ich halte Dr. Erhard Eppler für eine der Hoffnungen der deutschen Politik. Ich bin überzeugt, daß man in nicht allzu langer Zeit seinen Namen auch außerhalb des Bonner Bundeshauses kennen wird. Sein Hauptinteresse gilt der auswärtigen Politik. Ich kenne eine Reihe von Memoranden, die er geschrieben hat; sie scheinen mir ausgezeichnet zu sein...“⁴⁶²

Schmid schrieb außerdem für Epplers Naumann-Schrift⁴⁶³ 1961 das Vorwort.⁴⁶⁴ Hier verglich Eppler Naumanns national-sozialen Verein mit der GVP. Beiden Gruppen sei es um die Ein-

⁴⁵⁶ Ebd.

⁴⁵⁷ Vgl. Eppler, Erhard, in: Die politisch-psychologische Situation 1965. Beiträge zur Analyse der Bundestagswahl und Ansätze zur zukünftigen Politik der SPD. Dem Parteivorstand vorgelegt von Heinz Kühn, Georg Leber, Helmut Schmidt (S. 86-91), S. 88f., Dep. Schmidt 5240.

⁴⁵⁸ Vgl. Carlo Schmid an Herbert Holtzhauer, 26.5.1961, NL Schmid 147.

⁴⁵⁹ Vgl. Carlo Schmid an Erhard Eppler, 7.3.1961, NL Schmid 734.

⁴⁶⁰ Ebd.

⁴⁶¹ Henry Kissinger, geboren 1923, Politikwissenschaftler und Politiker, war ab 1961 zeitweise als Berater der amerikanischen Präsidenten J.F. Kennedy und L. B. Johnson tätig; später Sicherheitsberater und Außenminister unter den Präsidenten R. M. Nixon und G. R. Ford.

⁴⁶² Carlo Schmid an Henry A. Kissinger, 8.3.1962, NL Schmid 1219.

⁴⁶³ Eppler, Erhard, Liberale und Soziale Demokratie. Zum politischen Erbe Friedrich Naumanns, Villingen 1961.

heit der Nation gegangen, sie hätten trotz geringer Mitgliederzahl ein relativ starkes Echo gefunden und aufgrund ihrer Erfolglosigkeit bei der Geschäftswelt und der Arbeiterschaft unter Geldmangel gelitten. Nach seiner Ansicht konnten aufgrund der 5-Prozent-Klausel politische Ziele nur in großen Parteien verwirklicht werden. Die kleine, mitgliederarme Partei könne nur eine schwache Splitterpartei, eine vom Ausland finanzierte Tarnpartei oder eine durch Spenden finanzierte Rechtspartei sein. Naumanns Ziele könnten nicht in der FDP, sondern in der SPD verwirklicht werden.⁴⁶⁵ Heinemanns Beweggründe für den Übertritt in die SPD vermischte Eppler mit seinen eigenen:

„Beide Politiker (Naumann und Heinemann, C.S.) verstanden ihre Gruppen von Anfang an als Partner der Sozialdemokratie, als 'Hilfsdienst' zur Auflockerung von Schichten, welche die SPD selbst noch nicht erreichen konnte. Nach einiger Zeit ergab sich bei beiden Gruppen die Gefahr der politischen Sektenbildung. Da aber beide Politiker ... keine Sektierer waren, zogen sie nüchtern einen Schlußstrich und sorgten dafür, daß die Kräfte ihrer Gruppe nicht in einer politischen Sekte zugrunde gingen.“⁴⁶⁶

Eppler wurde im internationalen Bereich immer aktiver. Auf Henry Kissingers Internationalem Sommerseminar in Harvard, wo er im Sommer 1962 auf Erlers Empfehlung teilnahm,⁴⁶⁷ hatte er den Eindruck, dass Deutschland international gesehen nicht mehr interessant und für die meisten Amerikaner, Briten und Franzosen das „deutsche Problem“ – abgesehen von Berlin – endgültig gelöst sei:⁴⁶⁸

„Die Deutschen sind Verbündete, die man nicht übermäßig mag, die man braucht, und die man im übrigen ziemlich sicher in der Tasche zu haben glaubt. Sie sind, so hofft man, im Gemeinsamen Markt gut aufgehoben, und wenn sie endlich aufhören würden, von Wiedervereinigung zu reden, so wäre mit ihnen schon noch etwas anzufangen.“⁴⁶⁹

Nach Epplers Einschätzung war im Ausland wenig über die SPD bekannt. Nur Kissinger habe eine präzise Meinung über die Partei und betrachte Wehner neben Strauß als die stärkste Kraft auf der politischen Bühne. Er sei der Auffassung, dass Wehner auf absehbare Zeit den politischen Kurs der SPD bestimmen werde und der SPD durch eine Koalition mit der CDU, an der diese zugrunde gehe, zur Macht verhelfen wolle. Dazu würde Wehner auch „mit nationalistischem Rückenwind“ segeln. Wehner denke wie ein dialektischer Materialist und habe die Methoden eines Stalinisten. Zu seinen wirklichen politischen Grundanschauungen aus den fünfziger Jahren (Anti-NATO, Anti-Europa, Wiedervereinigung um jeden Preis) werde Wehner in drei bis vier Jahren zurückkehren mit der Begründung, wenn die deutsche Einheit mit dem Westen nicht möglich sei, müsse man sie ohne ihn versuchen.

⁴⁶⁴ Vgl. Herbert Holtzhauer an Carlo Schmid, 24.5.1961, NL Schmid 147; vgl. Erhard Eppler an Carlo Schmid, 24.5.1961, NL Schmid 147; vgl. Carlo Schmid an Erhard Eppler, 13.6.1961, mit Vorwort, NL Schmid 147.

⁴⁶⁵ Vgl. Eppler, Erhard, Liberale und Soziale Demokratie, S. 10, S. 17-24.

⁴⁶⁶ Ebd., S. 10f.

⁴⁶⁷ Vgl. Soell, Hartmut, Fritz Erler, S. 436, S. 675f.

⁴⁶⁸ Vgl. Erhard Eppler an Fritz Erler, 27.8.1962 und 17.8.1962, NL Erler 58A.

⁴⁶⁹ Ebd.

Da Kissinger nach Eplers Bericht Wehner als Führungspersönlichkeit der SPD für unzuverlässig halte, sei für ihn auch die SPD unzuverlässig.

Eppler versuchte, Kissingers Misstrauen mit dem Hinweis, dass Wehners Einfluss in der SPD zurückgehe und Eplers steige, zu korrigieren. Was Kissinger für Nationalismus halte, sei das Gefühl der Deutschen, „wieder einmal verkauft worden zu sein“, denn der Westen habe die versprochene Wiedervereinigung nicht erreicht. Dieses Gefühl sei bei den Rechten stärker als bei den Linken, die das Versprechen der deutschen Einigung im Zusammenhang mit dem NATO-Eintritt nie geglaubt habe. Die Ereignisse in Deutschland waren nach Eplers Erläuterung für die SPD die logische Konsequenz aus Adenauers Politik und nicht die Folge eines Versagens der Westmächte. Auch wenn ihn ein zweites Gespräch mit Kissinger etwas beruhigte, waren für ihn dessen Auffassungen politischer Sprengstoff, mit dem man vorsichtig umgehen müsse.⁴⁷⁰

Eppler warnte 1961 vor dem „dumpfen, ressentimentgeladenen Nationalismus“ in Deutschland. Vom „beleidigten, verkrampften, wehleidig schimpfenden Spießbürger“ sei in der deutschen Geschichte bisher nur Unheil gekommen. Aufgrund des fehlenden Mutes zur ehrlichen Bestandsaufnahme der eigenen Politik greife Deutschland andere an und isoliere damit das deutsche Volk zumindest moralisch. Die „freie Welt“ wolle Deutschland als Partner, mit dem man offen über Tatsachen sprechen könne. Eine Tatsache war für Eppler, dass am Ende der Epoche Adenauer nicht der wiedergewonnene Nationalstaat und die Integration in eine größere Völkerfamilie, sondern die Gefahr eines kastrierten Nationalismus und „verkrampfte Abkapselung“ stehe. Er forderte eine politische Kraft mit genügend Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Nation, um einen Ausweg aus dem „Eunuchen-Nationalismus“ zu finden.⁴⁷¹

Im Februar 1966 besuchten Eppler und Karl Wilhelm Berkhan im Auftrag der SPD-Fraktion Ostasien, besonders Vietnam, um die SPD-Fraktion von der dortigen Lage zu informieren.⁴⁷²

Eppler glaubte vorerst nicht an ein Ende des Kriegs, da die Kommunisten mit ihren Friedensbedingungen die USA zum Abzug zwingen wollten, was diese nicht tun würden. China und die USA müssten ihre Präsenz in Asien gegenseitig als etwas Selbstverständliches ansehen. Die USA solle sich von der Fiktion eines kommunistenfreien Süd-Vietnam trennen. Er betonte, dass das vietnamesische Volk die deutsche Solidarität und Hilfe brauche, lehnte aber deutsche Soldaten in Vietnam ab, da so die Bundesrepublik in Asien den Ruf eines amerikanischen Satelliten bekäme.⁴⁷³

⁴⁷⁰ Vgl. ebd.

⁴⁷¹ Vgl. Eppler, Erhard, Kastrierter Nationalismus, Vorwärts, 25.10.1961 (längere Version in: ders., Spannungsfelder, S. 208-210).

⁴⁷² Vgl. Fraktionssitzung, 18.1.1962 (S. 778-786), S. 784, in: Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961-1966.

⁴⁷³ Vgl. SPD-Pressemitteilungen und Informationen, Nr. 138/66, 16.3.1966 (3 S.), S. 1-3.

Nach Epplers Einschätzung wollte die VR China den Krieg, um die USA militärisch, materiell und moralisch abzunützen. Die UdSSR sei eher als China an einem Frieden in Vietnam interessiert und wolle eine Ausdehnung des chinesischen Einflusses auf Vietnam verhindern. Die kleineren asiatischen Länder betrachteten die USA als Gegengewicht zu China in Asien.⁴⁷⁴

Eppler gestand den Deutschen beim Vietnamkrieg ein Mitspracherecht zu. Sie sollten zum Frieden drängen und dürften den USA bei dem Versuch der Ablösung von Vietnam nicht im Weg stehen. Der Krieg nage an der deutschen Demokratie, denn die Jugend messe die demokratischen Grundwerte am deutschen Verhalten gegenüber Vietnam. Das Ende des Vietnamkriegs könne den Weg zu einer europäischen Friedensordnung ebnen bzw. lasse eine Zusammenarbeit der europäischen Völker über den „rostenden Vorhang“ hinweg den Vietnamkrieg noch absurder erscheinen.⁴⁷⁵

Bei seiner USA-Reise im Herbst 1966 auf Einladung des Governmental Affairs Institute wollte Eppler die konsularischen Vertretungen der Bundesrepublik und die Botschaft besuchen.⁴⁷⁶ Sein Verhältnis zu den USA blieb distanziert. Er schrieb Erler, er könne die USA „allenfalls bewundern, achten oder bemitleiden, aber doch niemals lieben“ und habe „soviel bornierten Extremismus auf der Rechten und soviel pathologischen Fanatismus auf der Linken gesehen“, dass ihm dagegen die NPD „geradezu dürftig“ erscheine.⁴⁷⁷

Eppler hatte nach seinen Gesprächen im State Department in Washington mit Williams vom German-Desk und Malin vom Polish-Desk den Eindruck, dass in den USA auf die SPD gehofft werde. Die Dortmunder Beschlüsse der SPD, besonders zur Sicherheit und atomaren Mitbestimmung, wurden nach Epplers Bericht in den USA positiv aufgenommen. Williams erhoffe eine Bundestagsmehrheit für einen atomaren Verzicht, glaube aber nicht an einen raschen Abschluss des Non-Proliferationsvertrags, bei dem die Bundesrepublik immer noch das Haupthindernis sei. Er halte die Fortsetzung der bundesdeutschen Bemühungen gegenüber der SED für natürlich. Die USA hätten nichts dagegen einzuwenden und würden die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik mit osteuropäischen Staaten begrüßen. Nach Williams Einschätzung war die UdSSR nicht für das Scheitern des Redneraustausches SPD-SED verantwortlich. Einen Truppenabzug halte die USA auf lange Sicht für unvermeidlich, auch wenn entsprechende Verdünnungen der russischen Kräfte schwer zu erreichen seien. Die Bundesrepublik müsse stärker auf Frankreich eingehen, da die USA

⁴⁷⁴ Vgl. Eppler, Erhard, Krieg ohne Ende? Zur Lage in Vietnam, 12.4.1966 (9 S.), S. 2-4, Dep. Eppler 187 (gleicher Text: ders., Spannungsfelder, S. 222-228) (Vorwärts, 11.5.1966).

⁴⁷⁵ Vgl. ders., Auch wir tragen Verantwortung für Vietnam, Welt der Arbeit, 26.4.1968.

⁴⁷⁶ Vgl. Erhard Eppler an Dr. Gerhard Schröder, 20.8.1966, L1 Bd. 37, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts.

⁴⁷⁷ Vgl. Erhard Eppler an Fritz Erler, 20.11.1966, NL Erler 61B.

in Osteuropa (Polen) durch Vietnam „manövrierunfähig“ sei. Malin fragte, ob die Bundesrepublik den Beitritt Polens zum GATT unterstützen könnte.⁴⁷⁸

Eppler setzte sich für Entspannungen im Osten ein, um auf die DDR einzuwirken. Nach seiner Rückkehr aus den USA plädierte er im Oktober 1966 trotz des beschränkten außenpolitischen Spielraums der Bundesrepublik für eine neue Deutschlandpolitik. Man solle sich Deutschland nach dem Ende des Kalten Kriegs vorstellen. Aufgabe der Bundesdeutschen sei, „ihre Landsleute auf der anderen Seite des rostenden Vorhangs – einschließlich der SED – dem Sog eines freien (auch ressentimentfreien) Lebens im größeren Teil Deutschlands auszusetzen.“ Er verlangte von der Bundesregierung den Kernwaffenverzicht. Neue Gespräche mit den osteuropäischen Ländern könnten es der SED immer schwerer machen, sich dem Einfluss einer vom Westen gestützten und für den Osten interessanten Bundesrepublik zu entziehen.⁴⁷⁹

AUßENPOLITISCHES ENGAGEMENT WÄHREND DER GROßEN KOALITION (1966 BIS 1968)

Eppler war während der Großen Koalition, die er schließlich akzeptierte, sehr aktiv. Er reiste oft in Ostblockstaaten, setzte sich mit dem Atomwaffensperrvertrag und dem Prager Frühling auseinander und beschäftigte sich theoretisch mit der Deutschland- und Ostpolitik. Deutsche und europäische Integration gehörten für ihn zusammen und bedingten einander. Er plädierte für einen Beitrag Deutschland zum Frieden. Mit diesen Ansichten stimmte Eppler sowohl mit den damaligen Positionen der SPD als auch denen der evangelischen Kirche überein.

Er lehnte wie die meisten ehemaligen GVP-Mitglieder 1966 die Große Koalition⁴⁸⁰ mit der CDU/CSU und die Berufung von Franz-Josef Strauß in eine von der SPD mitgetragenen Regierung ab.⁴⁸¹ In der Diskussion um die Große Koalition unterstützte er Ende November 1966 Wehners Vorwürfe, dass die bisherige Regierung ihr „verantwortungsloses Handeln in der Finanzproblematik“ selbst verantworten müsse. Eppler schlug vor, zu überlegen, ob die Politik, die andere Seite zum Offenbarungseid zu zwingen, zum Ziel führe, und ob eine neue Regierung den Offenbarungseid nachholen könne, wie dies der britische Premierminister Wilson nach seinem ersten Wahlsieg 1964 getan habe.⁴⁸²

⁴⁷⁸ Vgl. Dr. Erhard Eppler MdB, Bericht über Gespräch im State Department mit Mr. Williams (German-Desk) und Mr. Malin (Polish-Desk), Washington, den 31.8.1966, 5.9.1966, NL Erler 61B.

⁴⁷⁹ Vgl. Eppler, Erhard, Ohne Zukunft lebt sich's schlecht. Plädoyer für eine Deutschlandpolitik ohne Nörgelei und Ressentiments, in: Zeit 21. Jg. (1966) Nr. 43, 21.10.1966, in: DZD IV. Reihe Bd. 12 (1.1.-30.11.1966) (Hrsg. Bundesministerium für Innderdeutsche Beziehungen), Frankfurt a.M. 1981 (S. 1589-1591), S. 1590f. (eine etwas längere Version findet sich in: Eppler, Erhard, Spannungsfelder, S. 229-234).

⁴⁸⁰ Nach dem Bruch der Koalition mit der CDU/CSU durch die FDP wird die Große Koalition von SPD und CDU/CSU gebildet. An die Spitze der Großen Koalition trat am 1. Dezember 1966 Kurt Georg Kiesinger (CDU). Vizekanzler und Außenminister wurde Willy Brandt.

⁴⁸¹ Vgl. Sommer, Karl-Ludwig, Gustav Heinemann, S. 153.

⁴⁸² Die britische Labourpartei hatte als neue Regierung eine Erklärung zur finanziellen Lage Großbritanniens und zur Wirtschaftspolitik abgegeben; vgl. Fraktionssitzung, 23.11.1966 (S. 1021-1029), S. 1024f., in: Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961-1966.

Er erklärte in der SPD-Fraktion, wenn die SPD Strauß als Kabinettsmitglied in einer Großen Koalition ablehne, müsse sie darüber nachdenken, wie sie dies erreichen könne. Einen „harten, ablehnenden Fraktionsbeschlusses“ hielt Eppler taktisch und psychologisch nicht für ratsam. Möglich sei ein interner Fraktionsbeschluss, dass die SPD Strauß' Beteiligung nicht wünsche und ein entsprechender Verhandlungsauftrag an die Verhandlungskommission oder ein Fraktionsbeschluss, der ausdrücke, dass die Koalitionsverhandlungen erschwert würden, wenn die CDU/CSU für Strauß einen Ministerposten beanspruche.⁴⁸³

Da er das Ergebnis der Verhandlungskommission zur Großen Koalition nicht akzeptierte, kündigte Eppler bei der Abstimmung in der Fraktion, in der mehrheitlich für die Große Koalition gestimmt wurde, Stimmenthaltung an. Er wollte nicht verdächtigt werden, nur mit nein zu stimmen, um sich später darauf berufen zu können. Die Kanzlerwahl war für ihn die erste Gelegenheit, den SPD-Ministern die notwendige Unterstützung zu geben.⁴⁸⁴

Trotz seiner Ablehnung der Großen Koalition merkte Eppler nach eigenen Angaben als Abgeordneter, welche Chancen diese Koalition der SPD gab und trat 1968 als Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit in sie ein.⁴⁸⁵ Im Rückblick wundert ihn seine Skepsis in seinen ersten außenpolitischen Debattenbeiträgen als SPD-Abgeordneter 1967/1968 gegenüber der sich anbahnenden Entspannungspolitik der Großen Koalition.⁴⁸⁶ 1968 ordnete er sich noch nicht dem linken Flügel der SPD zu, sondern etwas links von Brandt. 1965 sei er eher ein Anhänger von Fritz Erler und Helmut Schmidt als von Brandt gewesen. Sein Verhältnis zu Schmidt bewertete er während der Großen Koalition und während der Regierung Brandt, als Schmidt Finanz- und Verteidigungsminister war, als gut.⁴⁸⁷

Die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG sah Epplers Interessenschwerpunkt in der Ostpolitik. Kaum ein Abgeordneter der SPD, vielleicht auch des gesamten Parlaments, sei dort so engagiert gewesen wie er.⁴⁸⁸ Herbert Marzian lehnte 1968 Epplers ostpolitische Positionen ab:

„Eppler hat nun erst vor einer Woche in Tutzing sich zu der Ansicht verstiegen, die ‚nervöse Reaktion‘ im Osten zeige, daß die neue Ostpolitik der Bundesrepublik im Grund erfolgreich sei. Die Versteifung der sowjetischen Haltung in der Deutschland-Frage, Ulbrichts erfolgreicher ‚kleiner Schritt zur Souveränität‘, Moskaus Demonstration seiner machtpolitischen Hegemonie im Ostblock als ‚nervöse Reaktion‘ einzustufen und als ‚Erfolg‘ abzubuchen, das geht so weit an der Wirklichkeit vorbei, daß man mitleidig den Vorhang des Schweigens über die Selbstdisqualifizierung dieses ‚Ostexperten‘ fallen lassen möchte.“⁴⁸⁹

⁴⁸³ Vgl. Fraktionssitzung, 26./27.11.1966 (S. 1029-1070), S. 1062, in: ebd.

⁴⁸⁴ Vgl. Fraktionssitzung, 30.11./1.12.1966 (S. 1070-1091), S. 1088-1090, in: ebd.

⁴⁸⁵ So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

⁴⁸⁶ Vgl. Eppler, Erhard, Komplettes Stückwerk, S. 40.

⁴⁸⁷ Vgl. ders., Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit, S. 69, S. 98.

⁴⁸⁸ Eppler für Wischniewski, SZ, 27.6.1969.

⁴⁸⁹ Herbert G. Marzian, Ein außenpolitischer Schwabenstreich. Erhard Eppler und die Sowjetunion, in: hvp-Artikeldienst und –Kommentare 29/68, 17.7.1968, Dep. Eppler 94. In der eher internen Rede in Tutzing hatte Eppler nach seiner Meinung über seine 3-Säulen-Theorie gesprochen. (vgl. Fußnote 680) Er sei immer der Ansicht gewesen, dass eine Entspannungspolitik für die Sowjetunion viel gefährlicher sei als der Kalte Krieg und sie ein viel größeres Risiko eingehen als der Westen und dies auch die nervöse Reaktion der Sowjetunion auf die neue Art von Politik gezeigt habe. Darüber habe Marzian geschrieben. Die Wirklichkeit hatte nach Epplers rückblickender Einschätzung seine

Für Eppler war Eplers Krankheit während der Diskussion um die Große Koalition eine „persönliche und nationale Tragik“. Er bemerkte einen Wendepunkt in seiner Arbeit, denn er müsse eine Entscheidung zwischen der steuerpolitischen und der außenpolitischen Arbeit treffen. Im Finanzausschuss fehle ihm nicht so sehr die „wirtschaftstheoretische Einsicht“ als die „Bekanntheit mit der Wirtschaftspraxis“, und er bleibe für viele immer der „Studienrat“. Eppler entschied sich für die Außenpolitik, u.a. weil er im Auswärtigen Ausschuss neben Hans-Jürgen Wischnewski das einzige jüngere Fraktionsmitglied sei und seine Reisen und internationalen Kontakte, auch durch Eplers Vermittlung, ihn wieder in eine „Gedankenwelt“ gebracht hätten, die seiner Vorbildung (Sprachen, Geschichte) und seinem ursprünglichen Interesse näher liege. Weitere Gründe waren seine starke Beschäftigung mit Außen- und Deutschlandpolitik in der KAMMER FÜR ÖFFENTLICHE VERANTWORTUNG, dass er das Forum ZEIT eher für die Außenpolitik nutzen konnte und in der Außenpolitik schwere Entscheidungen getroffen würden, die vielleicht auch die Innenpolitik betreffen könnten. Eine sinnvolle Verbindung seiner verschiedenen Tätigkeiten erschien ihm nur noch mit dem Schwerpunkt Außenpolitik möglich, denn hier könne er innerkirchlich, in den europäischen Organisationen und publizistisch arbeiten.⁴⁹⁰

Epler stimmte ihm zu. Er hatte schon früh Eplers „besondere Neigung und Eignung“ in den internationalen Beziehungen gesehen und ihn daher dort eingeführt.⁴⁹¹

Eppler berichtete über seine außenpolitischen Tätigkeiten vor allem Außenminister Willy Brandt.⁴⁹² In einem Formulierungsvorschlag zum deutsch-sowjetischen Verhältnis für Helmut Schmidt⁴⁹³ vom Dezember 1966 erklärte Eppler, die neue Regierung wolle einen Neuanfang im Verhältnis zur Sowjetunion. Zwischen beiden Völkern stünde nicht nur der Zweite Weltkrieg, sondern auch die sowjetische „Politik der Spaltung“, deren Motive die Bundesrepublik

eigenen Ansichten bestätigt. Der Ostblock sei nach dem ausbleibenden wirtschaftlichen Erfolg und der nicht mehr existierenden Furcht vor den Deutschen zerbrochen. Da er schon damals die Sowjetunion für viel schwächer gehalten habe als der Westen und sie selbst, schreibe Marzian, Eppler wisse nicht, wer der Starke sei. So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

⁴⁹⁰ Vgl. Erhard Eppler an Fritz Epler, 20.11.1966, NL Epler 61B.

⁴⁹¹ Vgl. Fritz Epler an Erhard Eppler, 5.12.1966, NL Epler 61B; in dem Beitrag UNSER PLATZ UNTER DEN VÖLKERN, den Eppler Anfang 1965 für Epler schreiben sollte, wollte er auch Brandts Gedanken zur Ostpolitik darstellen; vgl. Erhard Eppler an Fritz Epler, 5.2.1965, NL Epler 60B; der Beitrag wurde als eigene Broschüre mit dem Titel UNSER PLATZ UNTER DEN VÖLKERN gedruckt; vgl. Eppler, Erhard, Komplettes Stückwerk, S. 39.

⁴⁹² Brandt las Eplers Bericht über ein Gespräch im Dezember 1966 mit Pécsi Ferenc mit „großem Interesse“ und fand ihn für die Arbeit des Auswärtigen Amtes sehr nützlich; vgl. Willy Brandt an Erhard Eppler, 16.12.1966, Ministerbüro Bd. 351, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes. Eppler berichtete Brandt im Dezember 1966 von seinem Besuch beim britischen Botschafter. Die Briten seien besonders angesichts des geplanten Beitritts zum Gemeinsamen Markt über den Wunsch der neuen Bundesregierung nach einer Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen beunruhigt; vgl. Erhard Eppler an Willy Brandt, 7.12.1966, Durchschlag, Dep. Schmidt 5421.

⁴⁹³ Schon Anfang 1967 deuteten sich erste Differenzen zwischen Eppler und Schmidt an. Schmidt schrieb ihm: „Ich bin nicht sicher, daß wir uns gegenseitig in Verdacht hätten oder haben müßten,

verstehe, deren Ziele sie aber niemals billigen könne. Er schlug eine „neue Sprache“ der Bundesregierung vor, ohne Selbstgerechtigkeit und Überheblichkeit, aber mit Festigkeit und Würde. Diese Sprache solle den Selbsterhaltungswillen eines Volkes widerspiegeln, das durch die „Wahnsinnstaten seiner Herrscher“ manches verspielt habe, aber nicht das Recht, sich seine innere Ordnung selbst zu geben und seinen Willen frei zu äußern.⁴⁹⁴

Eppler befürwortete Anfang 1968 die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zu Jugoslawien, da die Vertretung der Bundesrepublik in einer der wichtigsten Hauptstädte Europas, einer Drehscheibe der Weltpolitik, wichtiger sei als Doktrinen und das bundesdeutsche Gewicht in der Weltpolitik durch diese diplomatischen Beziehungen zunehmen werde. Auch zeigten diese diplomatischen Beziehungen, dass sich die Ostpolitik der Bundesrepublik gegen niemand richte, auch nicht gegen die DDR, und dass die Bundesrepublik die DDR in ihre Entspannungsbemühungen einbeziehen wolle. Die Furcht, dass asiatische oder afrikanische Staaten trotz der Hallstein-Doktrin aus den diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien Argumente für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR ableiten würden, hielt er für übertrieben. Eppler betrachtete die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Jugoslawien nicht als Freundschaftsvertrag, denn von diplomatischen zu guten politischen Beziehungen sei es ein weiter Weg.⁴⁹⁵

Er ging 1967 von einem großen politischen Spielraum der DDR-Regierung gegenüber den anderen ost- und zentraleuropäischen Ländern, sogar teilweise gegenüber der Sowjetunion aus. Er glaubte allerdings, dass die DDR-Regierung sich absprechen würde, besonders mit der Sowjetunion.

Eppler entdeckte unterschiedliche Interessen zwischen der DDR und etwa Ungarn oder der Tschechoslowakei bezüglich Deutschland. Die Einflüsse im Ostblock seien keine „Einbahnstraße“, bei der Impulse nur von Moskau ausgingen und die anderen nur darauf reagierten, sondern nun müsse die Sowjetunion auch Impulse von anderen osteuropäischen Ländern auffangen. Nach seiner Ansicht hatte es in den letzten Jahren zu viele Ansprüche an die Politik gegeben und es sei zu wenig über Aufgaben und Verpflichtungen nachgedacht worden. Da man nur den vertreten könne, der dies wolle, habe die Bundesrepublik keinen Anspruch, jemanden zu vertreten, sondern die „verdammte Pflicht und Schuldigkeit“, ihre Politik so zu gestalten, dass „die drüben“ sich durch sie mitvertreten fühlten. So verstand er auch die Präambel des Grundgesetzes.⁴⁹⁶

daß wir uns über das Wesen der Politik nicht verständigen könnten.“; Helmut Schmidt an Erhard Eppler, 11.1.1967, Dep. Schmidt 5344.

⁴⁹⁴ Vgl. Eppler, Erhard, Formulierungsvorschlag zum deutsch-sowjetischen Verhältnis für Helmut Schmidt, 13.12.1966, Dep. Eppler 92.

⁴⁹⁵ Vgl. ders., Zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien, SDR, 23.1.1968.

⁴⁹⁶ Ähnlich äußerte er sich hier: vgl. Rundfunkvortrag Dr. Eppler, Die SPD-Fraktion teilt mit, Nr. 245/67 (19.5.1967) (S. 1-3), S. 3., Dep. Eppler 203. Ein Recht, die Menschen im anderen Teil

Auch wenn es nach Epplers Einschätzung keinen Grund für die Bundesrepublik gab, Gespräche mit der DDR abzulehnen, war für ihn die DDR bei Verhandlungen über Gewaltverzicht und Sicherheit nicht der entscheidende Partner. Über diese entscheidenden gesamteuropäischen Fragen müsse die Bundesrepublik zuerst mit ihren Verbündeten, dann mit der UdSSR, Polen und anderen Ostblockstaaten verhandeln und dann könnten auch die beiden Teile Deutschlands darüber sprechen. Er forderte, sich Form und Themen der Verhandlungen von „drüben“ nicht aufzwingen zu lassen. Entscheidend sei das Ende des „Geredes“ in der DDR von zwei deutschen Staaten und zwei deutschen Nationen. Eppler kritisierte, dass die deutschen Probleme zu juristisch und zuwenig politisch behandelt würden. Wichtig sei der Wunsch aller in Zentraleuropa nach Frieden, was nur durch die Kooperation zwischen beiden Teilen Deutschlands möglich sei, und dass bei dieser Kooperation die Möglichkeit offen bleibe, dass die Deutschen eines Tages ihr Selbstbestimmungsrecht verwirklichen könnten. Bei einer Verständigung auf diesen politischen Inhalt sei für ihn die juristische Form des ganzen eher uninteressant.⁴⁹⁷

Eppler unterstrich, dass er 1961 nicht an einen raschen Fall der Mauer geglaubt habe. 1968 hatte er wenig Hoffnung, dass die DDR die eingeführten Pass- und Visabestimmungen⁴⁹⁸ für West-Berlin rasch wieder aufheben werde. Er betrachtete die Maßnahmen der DDR als Zeichen der Nervosität und Schwäche. Zwar verhalte sich Ulbricht so, als interessierten ihn die alliierten Zugangsrechte zu Berlin nicht, doch hüte er sich davor, die Alliierten zu Reaktionen zu zwingen und eine internationale Krise ohne die momentan unwahrscheinliche Zustimmung der UdSSR zu provozieren.

Für ihn waren die Maßnahmen der DDR ein Eingriff in die Rechte der Alliierten, denn die Zugangswege seien deren Angelegenheit. Eppler warnte davor, die Alliierten aus ihrer Verantwortung für den Berlin-Verkehr zu entlassen. Er ging nicht davon aus, dass die DDR auf Mischnicks (FDP) Vorschlag einer vertraglichen Vereinbarung zwischen beiden deutschen Staaten über den Berlin-Verkehr und den innerdeutschen Verkehr eingehen werde, denn sie wolle jedem einzelnen Bürger Westberlins und der Bundesrepublik zeigen, dass sie ein souveräner Staat sei. Eppler wollte verhindern, dass sich die DDR durch ein Abkommen für den Verkehr völlig zuständig fühlt. Trotzdem konnte er sich bald deutsch-deutsche Gespräche, auch über den Berlinverkehr, vorstellen, sah hierfür aber kein Interesse in der DDR.⁴⁹⁹

Deutschlands in allen Fragen zu vertreten, ließ sich für Eppler nicht aus der Präambel des Grundgesetzes ableiten.

⁴⁹⁷ Vgl. Werner Marx, Erhard Eppler, Hans-Dietrich Genscher über die Auswirkungen des Briefwechsels Kiesinger-Stoph auf die innerdeutsche Situation, NDR, 6.10.1967 (9 S.), S. 1-8, SPD-Fraktion 5. Wahlperiode Nr. 394.

⁴⁹⁸ Vgl. S. 161f. des vorliegenden Textes.

⁴⁹⁹ Vgl. „Frankfurter Gespräch“ des Hessischen Rundfunks mit den Abgeordneten Gradl (CDU/CSU), Eppler (SPD) und Mischnick (FDP), 23.6.1968, in: DZD V. Reihe Bd. 2 (1.1.-31.12.1968) (Hrsg. Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen), Frankfurt a.M. 1987 (S. 878-886), S. 879-886.

Ende 1966 erfuhr Eppler vom Leiter der Ungarischen Nachrichtenagentur MIT, Pécsi Ferenc, dass die ungarische Regierung keine Bedingungen für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen stelle und für Pécsi jetzt der Zeitpunkt zu konkreten Gesprächen darüber gekommen sei. Die vorbereitenden Gespräche könnten nach Pécsis Ansicht Vertreter beider Außenministerien, oder zumindest auf deutscher Seite Parlamentarier führen, was Ungarn besonders begrüßen würde. Eine klare Äußerung der Bundesregierung, dass ihre Südosteuropapolitik nicht gegen die UdSSR gerichtet sei, stärke Ungarns Position. Außerdem erweitere eine „versöhnliche Geste“ der Bundesregierung gegenüber der DDR, auch wenn diese „schroff“ zurückgewiesen werde, Ungarns Handlungsspielraum. Ungarn akzeptiere, dass eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR nicht in Frage komme. Der Ostblock blieb nach Pécsis Einschätzung trotz seiner Skepsis gegenüber der neuen Bundesregierung generell offen.⁵⁰⁰

Bei seiner Ungarn-Reise im Sommer 1967 wollte Eppler, besonders über europäische Sicherheit und Rüstungskontrolle sprechen.⁵⁰¹ Er hatte den Eindruck, dass in Ungarn die Wirtschaftsreform ein wichtiges Thema sei. Die meisten Ungarn akzeptierten den Generalsekretär der ungarischen KP, János Kádár, lehnten aber das kommunistische System ab.

Eppler sprach in Ungarn mit Journalisten und Regierungsvertretern, u.a. mit dem Leiter der Westabteilung im Auswärtigen Amt, Botschafter Hazi, auf dessen „Ebene“ bisher noch kein deutscher Abgeordneter gesprochen habe, und dem rumänischen Botschafter in Budapest, Turkus. Er erklärte in seinen Gesprächen, dass die deutsche Öffentlichkeit die Anwendung des DDR-Staatsbürger-Gesetzes in Ungarn auf Bundesdeutsche niemals hinnehmen könne (Fall Derlig⁵⁰²). Seiner Auffassung nach war Ungarn der Fall peinlich, und es schätzte die zurückhaltende Reaktion des Auswärtigen Amtes und der Bundesregierung. Zur Auseinandersetzung um die Beschriftung des bundesdeutschen Pavillons („Aussteller aus der deutschen Bundesrepublik“) bei einer landwirtschaftlichen Ausstellung, die angeblich mit Zustimmung des Auswärtigen Amtes erfolgt sei, führte Eppler aus.⁵⁰³

„Ich gab Hazi zu verstehen, dass ich natürlich nicht im Auftrag des Auswärtigen Amtes (sic!) sprechen könne. Aber es sei wohl zu erwarten, dass die Bundesrepublik in Zukunft entweder unter ihrem

⁵⁰⁰ Vgl. Erhard Eppler an Willy Brandt, 9.12.1966, anbei: Aktenotiz für den Bundesaussenminister über ein Gespräch mit dem Leiter der Ungarischen Nachrichtenagentur MTI Pécsi Ferenc in Anwesenheit des Bonner Korrespondenten Dénes Polgár, 9.12.1966, Ministerbüro Bd. 351, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, vgl. auch Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete, 23.12.1966, in: AADP 1966 Bd. 2 (Hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte. Hauptherausgeber: Hans-Peter Schwarz), München 1997, S. 1697-1704.

⁵⁰¹ Vgl. Kastl an Repregerma Budapest, 27.6.1967, L1 Bd. 37, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes.

⁵⁰² Eppler erklärt, dass es beim Fall Derlig um die Auslieferung eines bundesrepublikanischen Staatsbürgers aus Ungarn in die DDR durch den ungarischen Geheimdienst gegangen sei. So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

⁵⁰³ Vgl. Erhard Eppler an Willi Brandt, 6.9.1967, anbei: Bericht über Gespräche und Eindrücke in Ungarn, 4.9.1967, (8 S.), S. 1-3, Ministerbüro Bd. 352, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes. Diesen Bericht sandte Eppler Willy Brandt, Helmut Schmidt und Egon Bahr.

offiziellen Namen oder gar nicht auftreten werde. Für den konkreten, bereits gründlich vermasselten Fall, hielt ich die ungarische Abkürzung dann für erträglich, wenn gleichzeitig entweder die Bezeichnung Bundesrepublik Deutschland (auf deutsch) oder die Abkürzung BRD angebracht würde.⁵⁰⁴

Da Ungarn bei einem deutsch-ungarischen Kulturabkommen die Einbeziehung Westberlins wahrscheinlich nicht akzeptieren würde, sollte die Bundesrepublik nach Epplers Darstellung nicht auf dieses Abkommen drängen, wenn der Kulturaustausch auch anders möglich sei. Bei den deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen fühlten sich die Ungarn durch bundesdeutsche Regelungen diskriminiert und wollten eine Regelung analog der deutsch-dänischen Wirtschaftsbeziehungen. Eppler verwies darauf, dass die Bundesrepublik im Gegensatz zu Ungarn mit Dänemark diplomatische Beziehungen habe.

Nach seinem Bericht legte Hazi Wert darauf, dass nun anders als vor einem halben Jahr durch eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zu Jugoslawien keine entscheidende Wandlung der deutsch-ungarischen Beziehungen eintreten könne. Trotzdem war Eppler der Meinung, dass der Ostblock wahrscheinlich diplomatische Beziehungen zu Jugoslawien nicht als Versuch einer Partnerschaft mit Außenseitern betrachten würde, sondern als Beweis für die „Neuorientierung“ bundesdeutscher Außenpolitik. Dennoch glaubte er nicht in absehbarer Zeit an diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Ungarn, denn Ungarn werde nicht ohne die ausdrückliche Billigung Moskaus und möglicherweise Ostberlins handeln. Die offizielle Behauptung, man wolle „bestimmte Zeichen“ gegenüber der DDR, sei in Wirklichkeit eine Bedingung. Er habe versucht, den Eindruck zu vermeiden, dass die „bundesdeutsche Seligkeit“ von diplomatischen Beziehungen zu Ungarn abhängt.⁵⁰⁵ Ungarns wirtschaftliche Abhängigkeit von der UdSSR sei wichtiger als die sowjetischen Truppen in Ungarn. Der Einfluss der DDR scheine zu wachsen, auch wenn die DDR den Ungarn manchmal „auf die Nerven“ gehe.⁵⁰⁶ Dies zeige diese Anekdote:

„Ein etwas komischer Streit um einen Lufthansa-Kalender im Journalistenheim in Siofok kann dies illustrieren. Dort protestierten Besucher aus der DDR gegen das Aufhängen eines Lufthansa-Kalenders, in welchem u.a. der Kurfürstendamm und die Freiheitsstatue in New York abgebildet waren. Schliesslich wurde der Kalender in einem Hotel abgehängt und im anderen wieder aufgehängt. Der Einfluss der DDR ist trotzdem stark, weil er von Moskau aus verstärkt wird.“⁵⁰⁷

⁵⁰⁴ Vgl. ebd., S. 3; Schütz antwortete Eppler: „Es ist völlig klar, dass keine Zustimmung des Auswärtigen Amtes vorliegt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass ein Mitarbeiter des Amtes bei der Erörterung einer Reihe von Fragen dem Vertreter des Landwirtschaftsministeriums – sicherlich ohne nachzudenken – bei einer solchen Formulierung zugestimmt hat. Mir erscheint die ganze Angelegenheit ziemlich deutlich darauf hinauszulaufen, dass die Ungarn von der im Handelsvertrag vereinbarten Formulierung wegwollen. Ich glaube weiterhin, dass man hier nicht zustimmen darf.“ Klaus Schütz an Erhard Eppler, 7.9.1967, Durchschrift, Ministerbüro Bd. 352, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes.

⁵⁰⁵ Eppler wollte den Ungarn nicht den Eindruck geben, dass diplomatische Beziehungen mit Ungarn für die Bundesrepublik eine Lebensfrage seien und in Osteuropa nicht den Eindruck entstehen lassen, die Bundesrepublik wolle ein Land Osteuropas zur Fronde gegen die Sowjetunion verleiten; vgl. Schmickler, Dieter, General-Anzeiger-Interview mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Erhard Eppler, General-Anzeiger, 10.10.1967.

⁵⁰⁶ Vgl. Eppler, Erhard, Bericht über Gespräche und Eindrücke in Ungarn, S. 3-6.

⁵⁰⁷ Ebd., S. 6.

Aufgrund des schlechten ungarisch-rumänischen Verhältnisses ärgere das deutsch-rumänische Verhältnis Ungarn und könne zu Neid werden, wenn Rumänien wirtschaftlich von den Beziehungen zur Bundesrepublik profitiere. Die ungarische Wirtschaftsreform veränderte nach Epplers Einschätzung auch den ideologischen Überbau. Ungarns Verflechtung in die internationale Arbeitsteilung sei auf lange Sicht ohne westliche Hilfe (Bundesrepublik) nicht möglich.⁵⁰⁸ Er zweifelte sehr am Erfolg der Ostpolitik:

„Nach meinen Gesprächen in Budapest sind mir einige Zweifel an der Ostpolitik der Bundesregierung gekommen. Wir befinden uns in einer Phase der gegenseitigen Entmutigung. Verständigungsbereite Kräfte in Osteuropa sind entmutigt, weil die Schritte der Bundesregierung zu klein und zu zaghaft seien, auch weil von seiten der CDU, manchmal von Beamten des Auswärtigen Amtes (sic!), immer wieder versichert wird, es habe sich an der deutschen Aussenpolitik nichts geändert. Umgekehrt ist eine Entmutigung in der Bundesrepublik festzustellen, weil die bisher versuchten und vollzogenen Schritte kein positives Echo gefunden haben. Es besteht die Gefahr, dass wir unser politisches Kleingeld in den kleinen Ländern vergeuden. Zugeständnisse der Bundesrepublik sind für manche Leute in Osteuropa nur solange interessant, wie sie unwahrscheinlich sind. Rücken sie in den Bereich der Wahrscheinlichkeit oder geschehen sie tatsächlich, so werden sie als belanglos abgewertet, als Aufgeben ohnehin unhaltbarer Positionen. Vor allem hat man im Osten, den Eindruck, man könne sehr wohl warten, bis man Zug um Zug all das erhalten habe, was man wolle. Anlass zu Gegenleistungen oder gar zu positiven Schritten uns gegenüber scheint dann nicht zu bestehen. Es wird sehr schwierig sein, daraus einen Ausweg zu finden, zumal bei den Kräfteverhältnissen in der Koalition. Erfolgversprechend wäre wohl nur ein in sich geschlossenes Verhandlungspaket, das möglichst im Einvernehmen mit anderen westlichen Nationen in Moskau vorgelegt werden müsste. Dieses Paket müsste konkrete Vorstellungen für eine gesamteuropäische Ordnung enthalten, natürlich auch die von der Bundesrepublik dazu zu leistenden Beiträge und Opfer. Nur eine solche in Westeuropa ausgearbeitete Gesamtkonzeption könnte zu einem ernsthaften Gespräch auch mit der Sowjetunion führen. Ohne ein solches Gespräch mit der Sowjetunion sind Bemühungen gegenüber den übrigen Ländern Osteuropas nicht erfolgversprechend.“⁵⁰⁹

Eppler setzte sich auch mit der Situation in Polen auseinander. Im Herbst 1967 rechnete der polnische Journalist Woyna, der nach Epplers Bericht bald eine Art Sprecher für das Außenministerium werde, in den nächsten Jahren mit einer starken Veränderung der polnischen Innen- und Außenpolitik. Das Zentralkomitee unterscheide immer stärker zwischen Bundeskanzler Kiesinger und seinem Stellvertreter Brandt.⁵¹⁰

Eppler plädierte für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Ende 1967 sprach er als Teilnehmer eines deutsch-französischen Treffens⁵¹¹ zum Thema Ostpolitik, besonders Polen,⁵¹² über die Schwierigkeiten des kirchlichen Dialogs mit Polen: die polnischen Protestanten seien eine kleine Minderheit und die deutschen Katholiken hätten sich zu den strittigen Fragen noch nicht geäußert. Das Heimatrecht war für ihn kein juristisch gesichertes, sondern ein moralisches Recht. Er sah im Gegenzug zur Anerkennung der deutsch-polnischen

⁵⁰⁸ Vgl. ebd., S. 6f.

⁵⁰⁹ Ebd., S. 503f.

⁵¹⁰ Vgl. Eppler, Erhard, Aktennotiz über ein Gespräch mit dem polnischen Journalisten Woyna, 6.10.1967, Dep. Eppler 93.

⁵¹¹ An dem Treffen nahmen von deutscher Seite neben Eppler für die SPD Georg Kahn-Ackermann und für die CDU Georg Kliesing, Hermann Kopf und Olaf Baron von Wrangel teil; vgl. *Résumé des interventions faites au Palais Bourbon le 7 Décembre 1967 au cours du Colloque sous la présidence de M. Claudius Petit avec les parlementaires ouest-allemands* (4 S.), NL Schmid 1655, S. 1.

Grenze die Möglichkeit zur Rückkehr für eine bestimmte Anzahl von Vertriebenen. Er glaubte, dass die Öffnung zu Polen über Frankreich geschehen werde. Der Anfang dafür sei der Gewaltverzicht. Zwar könne die Bundesrepublik in der Grenzfrage nicht die Position eines zukünftigen vereinten Deutschlands vorwegnehmen, doch hielt Eppler eine bundesdeutsche Erklärung über die Oder-Neiße-Grenze für möglich. Er ging von Erleichterungen für die deutsch-polnische Verständigung in der Zukunft aus:⁵¹³

"Le Gouvernement polonais a pour principale ambition de continuer à régner en utilisant l'épouvantail allemand. Mais; fort heureusement, cet atout ne sera pas éternel car il faudra de plus en plus compter avec la nouvelle génération qui y est moins sensible et qui perçoit les avantages d'une réconciliation éventuelle avec l'Allemagne. De plus, ce ton passionné anti-allemand diffère de l'attitude du Gouvernement soviétique que ne se dérobe pas à l'échange de vues avec la République fédérale."⁵¹⁴

Den Nürnberger Parteitag 1968 betrachtete Eppler als entscheidenden Wendepunkt für die SPD und als Durchbruch zur neuen Ostpolitik. Da er als Berichterstatter für die Außenpolitik in der Antragskommission⁵¹⁵ den Resolutionsentwurf für zu vorsichtig hielt, erarbeitete er mit Brandts Einverständnis einen neuen Entwurf, den der Vorsitzende der Antragskommission, Herbert Wehner, nur an einer Stelle geändert habe. Wehner habe seine Forderung des Respektierens und Anerkennens der polnischen Westgrenze durch die Forderung einer für alle Beteiligten akzeptablen Lösung relativiert.⁵¹⁶

Nach Epplers Einschätzung unterschied sich die Formulierung von der Respektierung und Anerkennung der polnischen Westgrenze bei der Entschließung des Nürnberger Parteitags zur Oder-Neiße-Grenze nur insofern von der bisherigen deutschen Position, dass die SPD die bundesdeutsche Anerkennung der derzeitigen Grenzen bis zum Abschluss eines Friedensvertrages deutlich gemacht habe. Die Formulierung des Parteitags sei kein Verzicht auf eine Rechtsposition, sondern der Versuch, die Politik der SPD der gesamteuropäischen Landschaft anzupassen. Eppler begnügte sich nicht mit der Respektierung der Oder-Neiße-

⁵¹² Vgl. Erik Blumfeld an Eugène Claudius Petit, 28.11.1967, NL Schmid 1655.

⁵¹³ Vgl. Résumé des interventions, NL Schmid 1655, S. 2f.

⁵¹⁴ Ebd., S. 2.

⁵¹⁵ Eppler vertrat als Berichterstatter auf dem Nürnberger Parteitag viele seiner eigenen Positionen für die SPD, etwa dass Ost- und Westpolitik voneinander abhängig seien und dass die SPD in der Deutschlandpolitik über alles mit sich reden lasse, was nicht die Sicherheit Berlins gefährde, die Teilung völkerrechtlich festschreibe und dadurch Deutsche für Deutsche zu Ausländern mache. Die Bundesregierung müsse sich nach Ansicht der SPD so verhalten, dass sie durch ihre Politik möglichst alle Deutschen vertreten fühlten. Die SPD sehe drei Realitäten der Deutschlandpolitik: zwei völlig verschiedene gegensätzliche politische Ordnungen, die Existenz einer Nation, der Wille aller Nationen Europas zum Frieden; vgl. Bericht der Antragskommission zu den Anträgen 155-336 (Welt-, Europa-, Deutschlandpolitik), Berichterstatter Erhard Eppler, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Parteitag der SPD vom 17. bis 21. März 1968 in Nürnberg, Protokoll der Verhandlungen. Angenommene und überwiesene Anträge (S. 694-708), S. 704-708; vgl. S. 113-121 des vorliegenden Textes.

Die Staatssicherheit berichtete über Epplers Tätigkeit als Berichterstatter auf dem Nürnberger Parteitag; vgl. Leutnant Bols, Vorgang „Dialog“. Konspekt über die Beratung der Anträge zur Welt-, Europa- und Deutschlandpolitik auf dem Parteitag der SPD in Nürnberg, 18.4.1968, BSTU AP 1118/71 Lpz. (S. 166f.) S. 166f.

Grenze und wollte mit dem Begriff Anerkennung verdeutlichen, dass die Deutschen das Respektieren zu verkraften begännen. Er glaubte durch die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze nicht an eine Verbesserung des momentanen Verhältnisses zu Polen, aber an ein besseres Verhältnis zu den west- und osteuropäischen Ländern.⁵¹⁷

Während des „Prager Frühlings“ hatte Eppler Kontakte in die CSSR. Schon im Oktober 1967 deckten sich seiner Ansicht nach die nationalen tschechoslowakischen Interessen nicht völlig mit der kommunistischen Solidarität. Da die CSSR den militärischen Schutz durch die Sowjetunion, den Frieden in Zentraleuropa und auch die wirtschaftliche Kooperation mit den westlichen Industrieländern wolle, fördere alles, was die Bundesrepublik vor allem in ihrem Verhältnis zur DDR und zur Befriedung Zentraleuropas tue, gute Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der CSSR.⁵¹⁸

Eppler warnte vor einer Verschlechterung für die Sudetendeutschen bei der Staatsangehörigkeit und den vermögensrechtlichen Verhältnissen, wenn die Bundesregierung das Münchner Abkommen⁵¹⁹ von 1938 für ungültig betrachte.⁵²⁰ Er nahm im Herbst 1967 an einem Gespräch mit Kriegel, dem Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Prager Parlaments und tschechoslowakischen Vorsitzenden der Gruppe der Interparlamentarischen Union in Prag, teil,⁵²¹ bei dem es um die Grenzfrage, die Bedeutung des Münchner Abkommens für die Tschechen und die deutsche Wiedervereinigung ging.⁵²²

Nach einem Bericht beteiligte er sich folgendermaßen an dem Gespräch:

„Peter Blachstein hat ein neues Element, das Erhard Eppler in die Diskussion mit Dr. Kriegel eingeführt hatte, anscheinend nicht erkannt. Zur Frage des Münchner Abkommens versicherte Kriegel, daß man auf tschechischer Seite bereit sein würde, mittels eines ‚Gentleman-Agreement‘ nach der Nichtigkeitserklärung ex tunc durch die Bundesregierung zu erklären, es bestünden keine vermögensrechtlichen und Staatsangehörigkeitsansprüche. Nach Kriegels Meinung wäre eine solche Erklärung seitens der Bundesregierung für die beiderseitigen Beziehungen sehr hilfreich.“⁵²³

Der Kommentator der PRAGER VOLKSZEITUNG (VZ), Karl Forster, wandte sich in der VZ direkt an SPD-Politiker wie Eppler. Seine Antwort druckte die PRAGER VOLKSZEITUNG im Januar

⁵¹⁶ Vgl. Eppler, Erhard, Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit, S. 63.

⁵¹⁷ Vgl. SPD-Pressemitteilungen und Informationen, Nr. 148/68, 4.4.1968, Dep. Eppler 125/189.

⁵¹⁸ Vgl. Schmickler, Dieter, General-Anzeiger-Interview mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Erhard Eppler, General-Anzeiger, 10.10.1967.

⁵¹⁹ Das Münchener Abkommen zwischen dem Deutschen Reich, Großbritannien, Frankreich und Italien vom September 1938 beendete die Sudetenkrise und beseitigte zunächst die durch Hitlers Drohungen entstandene Kriegsgefahr; das Abkommen verfügte ohne die Beteiligung der Tschechoslowakei die Abtrennung der überwiegend von Deutschen bewohnten Grenzgebiete Böhmens an das Deutsche Reich. Dafür sollten Bestand und Sicherheit der restlichen CSSR von den Unterzeichnerstaaten garantiert werden. Diese Zusage hielt Hitler nicht.

⁵²⁰ Vgl. Rundfunkvortrag Dr. Eppler, Die SPD-Fraktion teilt mit, Nr. 245/67 (19.5.1967), S. 2f.

⁵²¹ Vgl. Wolfgang Schulz an Helmut Schmidt, 4.10.1967, Dep. Schmidt 5351; Schulz kritisierte hier das gleichzeitige unkoordinierte Erscheinen von SPD-Abgeordneten in osteuropäischen Hauptstädten, wodurch der Eindruck einer Konkurrenz der Abgeordneten untereinander entstehe. Er verwies auf den gleichzeitigen Besuch von Eppler und Blachstein in Prag.

⁵²² Vgl. Peter Blachstein, Gespräche Prag vom 17.-22. September 1967, Dep. Schmidt 5351.

⁵²³ Wolfgang Schulz an Helmut Schmidt, 4.10.1967, Dep. Schmidt 5351 (es gibt zwei Briefe von Schulz an Schmidt mit dem gleichen Datum).

1968 ab. Hier versuchte Eppler, das tschechische Misstrauen gegenüber der SPD und der Bundesrepublik auszuräumen und erklärte, warum die KPD in der Bundesrepublik verboten sei und die NPD nicht. Für ihn war die Existenz von Armeen in beiden Teilen Deutschlands eine Realität. Er forderte eine Antwort der östlichen Nachbarn etwa zur Abrüstung von Trägerwaffen und fragte, ob die CSSR ihre Armee reduziere, wenn die Bundesrepublik es täte. Eppler betonte, dass er nicht die Grenzen irgendeines Landes antasten wolle, war aber nicht bereit, die Teilung Europas und damit Deutschlands als „politisches Naturgesetz“ hinzunehmen. Sein Ziel war, statt der ewigen Teilung Deutschlands „durch Mauer und Stacheldraht“ die Grenzen nach Westen und Osten durchlässiger zu machen. Er hatte Verständnis für das Misstrauen der Tschechoslowaken, warb aber um Vertrauen in die Bundesrepublik, deren Verständigungsbereitschaft groß sei.⁵²⁴

Forster, der sich wie Eppler als Deutscher betrachtete, hielt es nicht für die Schuld der CSSR, wenn er die Bundesrepublik kritisieren müsse, etwa aufgrund der Erfolge der NPD und der fehlenden Auseinandersetzung der SPD damit. Eine Partei, die wie die SPD nicht offen ausspreche, dass sie die Grenzen in Europa respektiere oder die DDR anerkenne, sei mitschuldig am Erfolg der NPD. Nach Forsters Auffassung konnten zwei Staaten mit grundverschiedener Gesellschaftsstruktur nicht wiedervereinigt werden. Beide deutsche Staaten müssten einen modus vivendi finden. Dafür müsse die Bundesrepublik den Alleinvertretungsanspruch aufgeben.⁵²⁵

Eppler wollte mit seiner Antwort bis zur offiziellen Kenntnissnahme von dem Gespräch durch den VORWÄRTS warten.⁵²⁶ Er befürwortete schließlich den Beginn einer Diskussion in beiden Ländern, die manches in Frage stelle, was noch vor ein paar Jahren selbstverständlich gewesen sei. Er gestand, dass die Reaktionen der Politiker, auch sozialdemokratischer, auf die Studentenbewegung nicht immer richtig gewesen seien. Dies läge daran, dass diese Erscheinung für die Politiker neu sei und sie vieles daran noch nicht begriffen hätten.⁵²⁷ Eppler fragte, ob dies in Prag oder Warschau so anders sei. Er äußerte sich zur Wiederzulassung der KPD, bewertete Bechers Wahl zum Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft

⁵²⁴ Vgl. Eppler, Erhard, Versuch eines Ost-West-Gesprächs, Volkszeitung Prag, 26.1.1968.

⁵²⁵ Vgl. Forster, Karl, „Die harten Bandagen der SPD“. Antwort der Prager „Volkszeitung“ an den Bundestagsabgeordneten Dr. Erhard Eppler, Vorwärts, 7.3.1968.

⁵²⁶ Vgl. Mörbitz, Eghard, „Ich bin ein Deutscher ebenso wie Sie“. Ein Briefwechsel mit der Prager „Volkszeitung“ / SPD-Abgeordneter Eppler griff zur Feder, FR, 23.2.1968.

⁵²⁷ Einen der Gründe für den „Protest der Jugend“ sah Eppler in der Orientierung der Gesellschaft an den Ansprüchen der Vergangenheit und nicht an den Aufgaben der Zukunft. Dies gelte auch für die Deutschlandpolitik. Ihn wunderte nicht der Protest der jungen Menschen gegen die Politik an sich, sondern der Zeitpunkt, denn die neue Regierung beginne mit der Überwindung der „Epoche der Restauration“. Er befürwortete demokratischen Protest, lehnte aber linksradikalen Protest gegen die Grundordnung entschieden ab; vgl. Eppler, Erhard, Blick von der Tribüne. Diskussion um den Protest der Jugend, in: Tribüne 6. Jg. (1967) Heft 24 (S. 2594f.), S. 2594f. (gleicher Text: ders., Der Protest der Jugend, in: ders., Spannungsfelder, S. 178-180).

als kein „Ruhmesblatt“ der Bundesrepublik⁵²⁸ und betonte, dass es eine scharfe Auseinandersetzung mit der NPD gebe. Er bemerkte hier einen Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik, denn die Chancen der NPD verringerten sich durch eine rasche Kooperation mit den östlichen Nachbarn der Bundesrepublik und wüchsen bei der Ablehnung von Brandts Bemühungen um Entkrampfung zwischen Ost und West.

Für ihn war die deutsche Wiedervereinigung ein langwieriger Prozess, bei dem man einen modus vivendi finden müsse. Doch dies werde nicht durch eine Kapitulation vor der DDR erreicht. Auf das Abrücken der neuen Bundesregierung von manchen früher unantastbaren Positionen habe „die andere Seite“ nur noch polemischer geantwortet. Die EKD-Studie FRIEDENSAUFGABEN DER DEUTSCHEN, an der er mitgearbeitet habe, konnte seiner Auffassung nach nicht nur in der innerdeutschen Diskussion, sondern auch im Meinungsaustausch der Bundesrepublik mit ihren Nachbarn weiterhelfen.

Enttäuscht war Eppler, dass Forster auf seine praktischen Anregungen nicht geantwortet hatte. Trotz des Mitspracherechts der USA und die UdSSR bei gleichgewichtiger Rüstungsverminderung oder Rüstungskontrolle oder beim gegenseitigen Abbau von Trägerwaffen sollten die Zentraleuropäer über ihre eigenen Interessen auf diesem Gebiet offen sprechen. Eine Reduzierung der Rüstungslasten, der Truppenstärken oder der Trägerwaffen auf beiden Seiten des „rostenden Vorhangs“ täte allen gut. Der Austausch von Gewaltverzichtserklärungen könnte die Gespräche vereinfachen. Es ging Eppler nicht darum, den anderen von der Richtigkeit des eigenen Standpunkts zu überzeugen, sondern um den ernsthaften Versuch, trotz „vieler Meinungsverschiedenheiten“ den Weg in eine gemeinsame, friedliche Zukunft zu suchen.⁵²⁹ Forster antwortete ihm:

„Ich möchte Ihnen gerne zugeben, und gedenke das auch in meiner nächsten Erwiderung zu tun, daß wir bisher vorwiegend durch meine Schuld etwas aneinander vorbei geredet haben. Ich möchte deshalb in meinem nächsten Brief die Rede auf Probleme bringen, die unsere beiden Staaten direkt betreffen, und deren Lösung sowohl durch die Ereignisse bei uns, als auch durch die Ergebnisse des Parteitags, so glaube ich, wesentlich erleichtert werden dürften. Auch wenn wir uns bisher in unserem Dialog nur unsere persönlichen Meinungen sagten, und wir trotz der eingetretenen begrüßenswerten Entwicklung in beiden Ländern auch weiterhin keine anderen direkten Möglichkeiten haben, so möchte ich doch feststellen, daß unser Gespräch hier in Journalistenkreisen breiten Widerhall gefunden hat und gewiß im Außenministerium nicht unbeachtet geblieben ist. ... Ich glaube, wir haben wenigstens geholfen, die Barrieren zu durchbrechen. Haben wir doch unser Gespräch noch vor dem Erneuerungsprozeß bei uns begonnen, und so etwas dazu beigetragen, die Dinge in Bewegung zu bringen.“⁵³⁰

Hier bricht der Briefkontakt ab.

⁵²⁸ Eppler kritisierte Becher, der nun, da die CSSR mehr in die Zukunft als in die Vergangenheit schaue, von den Schrecken des Jahres 1945 spreche; vgl. SPD-Pressemitteilungen und Informationen, Nr. 166/68, 11.4.1968, Dep. Eppler 189.

⁵²⁹ Vgl. Erhard Eppler an Karl Forster, 12.3.1968, Dep. Eppler 94.

⁵³⁰ Volkszeitung. Redaktion und Administration (Unterschrift unleserlich) an Eppler, 9.4.1968, Durchschlag, Dep. Schmidt 5359.

Eppler besuchte während des „Prager Frühlings“⁵³¹ zwei Mal Prag und hatte u.a. mit Kriegel und mit Jiri Pelikan Kontakt.⁵³² Er traf als außenpolitischer Sprecher der SPD viele Anhänger des „Prager Frühlings“ der „mittleren Etage“, unterstrich aber, keine Kontakte zur Spitze (Alexander Dubček usw.) gehabt zu haben, denn ein Treffen mit ihm hätte diese kompromittiert und in Moskau Schwierigkeiten bereitet. Rückblickend glaubt Eppler, dass er in Prag sehr viel vorsichtiger hätte sein müssen und er wie viele, weil sie so „aufgekratzt“ über die Ereignisse in der CSSR gewesen seien, die Gefahr unterschätzt habe. Er ist sich nun sicher, dass damals die vielen Kontakte in die CSSR gerade bundesrepublikanischer Politiker dem Prozess dort geschadet haben. Er habe die Gefahr einer sowjetischen Intervention nicht ernst genug genommen und sich nicht vorstellen können, dass die Sowjetunion in Europa militärisch eine so starke politische Veränderung unterdrücke. Er habe im Juli 1968 kurz vor dem sowjetischen Einmarsch mit dem sowjetischen Botschafter Zarpkin auch über die CSSR gesprochen und nicht das Gefühl gehabt, dass eine Intervention vorbereitet werde. Jedenfalls habe Zarpkin nichts derartiges geäußert.⁵³³

Eppler betrachtete Ende 1968 die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ als „Phyrrussieg“.⁵³⁴ Noch im Frühjahr lobte er die sensible Berichterstattung der bundesdeutschen Presse über die „Ereignisse in der Tschechoslowakei“.⁵³⁵ Als er im Mai 1968 Botschaftsrat Sacharoff über seine Reise nach Prag informieren wollte, sei dieser über „gewisse Geheimkontakte in Prag“ „sehr erbost“ gewesen und habe erklärt, die Sowjetunion werde Versuche der Bundesrepublik, auf die Entwicklung in der CSSR einzuwirken, nicht dulden.⁵³⁶

Nach Epplers CSSR-Besuch im Mai 1968 bemerkte das Auswärtige Amt eine „Rivalität“ zwischen den CDU-Abgeordneten Marx und Müller-Hermann sowie Eppler aufgrund der Diskussion im Auswärtigen Ausschuss, ob der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der tschechischen Nationalversammlung, Pelikan, vom Auswärtigen Ausschuss nach Bonn eingeladen werden solle. Die CDU-Abgeordneten und Eppler hätten bei ihren fast gleichzeitigen Prag-Reisen mit Pelikan über einen eventuellen Bonn-Besuch gesprochen. Die Behauptung des Sprechers der Sudentendeutschen Landsmannschaften, Dr. Becher (CSU), Eppler habe ohne Ermächtigung des Auswärtigen Amtes mit seinen Gesprächspartnern in der CSSR über

⁵³¹ Im „Prager Frühling“ bemühte sich die tschechoslowakische KP unter Alexander Dubček im Frühjahr 1968 um einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ und um Liberalisierungen und Demokratisierungen; durch die militärische Intervention der Sowjetunion und anderer Warschauer-Pakt-Staaten am 21. August 1968 wurden diese Reformbemühungen gewaltsam unterbunden.

⁵³² Jiri Pelikan (1923-1999) war ab 1963 Generaldirektor des tschechoslowakischen Fernsehens. Er versuchte ab den sechziger Jahren vor und während des „Prager Frühlings“ als Journalist/Publizist und als Abgeordneter der Nationalversammlung (1948-1953; 1964-1969) einen politischen Liberalismus einzuleiten; ab Frühjahr 1968 war er Leiter des Außenpolitischen Ausschusses. Nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen verlor Pelikan seine Parteiposten.

⁵³³ So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

⁵³⁴ Vgl. Erhard Eppler an Gerd Moest, 20.12.1968, BStU AP 1118/71 Lpz. (227). So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

⁵³⁵ Vgl. SPD-Pressemitteilungen und Informationen, Nr. 166/68, 11.4.1968, Dep. Eppler 189.

⁵³⁶ Vgl. Erhard Eppler an Willy Brandt, 17.5.1968, WBA, Außenminister 3.

den Austausch gegenseitiger Erklärungen zum Jahrestag des Münchener Abkommens „verhandelt“, bestritt Eppler damals⁵³⁷ und auch im Rückblick. Er unterstrich 2001, er habe den Austausch solcher Erklärungen nicht unbedingt für falsch gehalten, sei aber damals nicht auf die Idee gekommen, darüber zu verhandeln.⁵³⁸

Nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ bemühte Eppler sich, das tschechoslowakisch-sowjetische Verhältnis nicht weiter zu belasten, bezog aber gegenüber dem Eingreifen der UdSSR klar Stellung. Er betonte, dass die Bundesrepublik an guten tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen interessiert sei und ihre Beziehungen zur CSSR nicht auf Kosten einer Verschlechterung dieses Verhältnisses verbessern oder hinter dem Rücken der UdSSR handeln wolle. Die CSSR hatte seiner Meinung nach Verständnis dafür, dass die Bundesregierung über den Gewaltverzicht zuerst mit der UdSSR und der DDR sprechen wolle und lege großen Wert auf ein „intaktes Verhältnis“ zu Moskau. Die tschechoslowakischen Gesprächspartner hätten ihm zugestimmt, dass sich das deutsch-tschechoslowakische Verhältnis nur verbessern könne, wenn die tschechisch-sowjetischen Beziehungen ungestört blieben.⁵³⁹

Der sowjetische Gesandte Bondarenko spielte nach Epplers Einschätzung ihm gegenüber die „Ereignisse in der CSSR“ herunter und hoffte auf eine Normalisierung der Lage und eine Beruhigung der Gemüter. Bondarenko habe zugegeben, dass die dauernde Stationierung sowjetischer Truppen in Westböhmen den militärischen Status quo verändere, verstand aber die Besetzung der CSSR als rein politische und nicht als strategische Maßnahme. Eppler hob hervor, dass dies zu Gegenmaßnahmen der NATO führen werde und fragte nach dem Ziel des sowjetischen Hochspiels der „Feindstaatenklauseln“, die weder politisch noch militärisch die gegebene Situation ändern könnten. Das Hochspielen der Klauseln sei ein politisches Druckmittel einer Anerkennung der DDR. Bezüglich der sowjetischen Sorgen über die NPD war er der Ansicht, dass die Sowjetunion mit ihrer Politik die NPD fördere und die Bundesregierung nichts gegen die NPD unternehmen könne, wenn es so aussehe, als handele sie unter sowjetischem Druck. Für ihn war der Atomwaffensperrvertrag⁵⁴⁰ ein „kleiner, fragwürdiger, aber doch unerlässlicher Schritt“ zu einer friedlichen Weltordnung. Diese Ordnung setze allerdings die freie Entfaltung aller Nationen nach eigenem Willen

⁵³⁷ Vgl. Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen, 3.7.1968, B 150, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts; vgl. auch Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete, 21. Juni 1968, AADP 1968 Bd. 1 (Hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte. Hauptverleger: Hans-Peter Schwarz), München 1999, S. 764-771.

⁵³⁸ So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

⁵³⁹ Vgl. Schleicher, Harry, Bonn wünscht gutes Verhältnis Prags zum Kreml. SPD-Ostexperte Eppler zur „Frankfurter Rundschau“: Beziehungen zur CSSR nur über Verständigung mit Moskau, FR, 7.9.1968.

⁵⁴⁰ Der Atomwaffensperrvertrag wurde am 1. Juli 1968 von den USA, der UdSSR und Großbritannien und in der Folgezeit von vielen anderen Staaten unterzeichnet. Er trat 1970 in Kraft und sollte die Kernwaffenstaaten an der Weitergabe von Kernwaffen hindern und die Nichtkernwaffenstaaten an

voraus. Solange die UdSSR das durch die sowjetische Intervention in der CSSR gestörte Vertrauen in eine solche Ordnung nicht wiederherstelle, werde er sich nicht für den Vertragsabschluss einsetzen. Bondarenko betonte, dass Gespräche über Gewaltverzicht noch möglich seien. Das Gespräch empfand Eppler trotz seiner harten Argumentation als „verhältnismäßig freundlich.“⁵⁴¹

Aufgrund des „Prager Frühlings“ fand 1968 Epplers Bulgarienreise auf Anregung der Handelsvertretung,⁵⁴² dass auch SPD-Politiker Bulgarien besuchen sollten, nicht statt. Das Auswärtige Amt beschrieb ihn für diese Reise als einen der „jüngeren profilierten Außenpolitiker“ der SPD, der an der Formulierung der außenpolitischen Richtlinien der SPD „maßgeblich“ beteiligt sei.⁵⁴³ Eppler wollte die Stimmung in Sofia kennen lernen und bei speziellen politischen und wirtschaftlichen Problemen der Handelsvertretung behilflich sein.⁵⁴⁴ Er musste seine ursprünglich früher geplante Reise wegen „zwingender innenpolitischer Verpflichtungen“ verschieben und hatte vor, Sofia nach seinem Rumänienbesuch (Urlaub und politische Gespräche⁵⁴⁵) im September zu besuchen.⁵⁴⁶ Doch nun standen die bulgarischen Gesprächspartner ihm nicht mehr zur Verfügung:

„dies scheint reaktion auf absage verschiedener westlicher besucher zu sein, durch die westliche laender und bulgarische regierung wegen deren haltung in cssr-konflikt ihre missbilligung zum ausdruck bringen wollten. Erbitte nachricht, ob unter diesen umstaenden besuch nicht doch besser unterbleibt.“ (sic!)⁵⁴⁷

Als Teil seiner Friedenspolitik setzte Eppler sich für den Abschluss des Atomwaffensperrvertrags ein, der unter Bundeskanzler Brandt schließlich unterzeichnet wurde. Eppler betrachtete SPD-intern den Erwerbsverzicht von Atomwaffen für die Beziehungen der Bundesrepublik zu Osteuropa als „Aktivposten“.⁵⁴⁸

der Annahme und Herstellung von Kernwaffen; außerdem ist jede Vertragspartei verpflichtet, ihren Beitrag zur Beendigung des atomaren Wettrüstens zu leisten.

⁵⁴¹ Vgl. Eppler, Erhard, Aktenvermerk über ein Gespräch zwischen dem Gesandten Bondarenko und MdB Dr. Eppler am 19. September 1968, von 15.00 bis 18.00 Uhr, in der Residenz des sowjetischen Botschafters, 19.9.1968, Dep. Eppler 100/WBA, Außenminister 3.

⁵⁴² Die Handelsvertretung erhoffte sich von Epplers Bulgarien-Besuch eine Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern und eine Unterstützung ihrer schwierigen Arbeit in Bulgarien; vgl. Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland, Sofia, an das Auswärtige Amt, 14.2.1968, B 42 II A 5 Bd. 994, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts; vgl. Heinz Herrmann an Erhard Eppler, 4.4.1968, L 1 Bd. 37, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts.

⁵⁴³ Vgl. V. Arz an Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland, Sofia, 30.1.1968, L 1 Bd. 37, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts.

⁵⁴⁴ Vgl. Erhard Eppler an Heinz Herrmann, Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland, Sofia, 30.4.1968, L 1 Bd. 37, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts.

⁵⁴⁵ Sein Gespräch im Herbst 1968 mit dem rumänischen Außenhandelsminister Cioara hat Eppler als nicht sehr ergiebig in Erinnerung, vgl. Kast an Referat L 1, 26.9.1968, B 42 II A 5 Bd. 1031, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts. So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

⁵⁴⁶ Vgl. Bock an Repregerma Sofia u.a., 31.5.1968, L 1 Bd. 37, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts.

⁵⁴⁷ Hermann an Auswärtiges Amt, 26.8.1968, L 1 Bd. 37, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts.

⁵⁴⁸ Vgl. Fraktionssitzung, 28.6.1966 (S. 913-927), S. 924, in: Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961-1966.

In seiner Begründung der Großen Anfrage der Großen Koalition im Bundestag zum Atomwaffensperrvertrag vertrat die Auffassung, dass es bei der Sperrvertragsdiskussion vor allem um die Verpflichtung der Kernwaffenstaaten, keine Kernwaffen weiterzugeben und niemandem bei deren Produktion zu helfen, und um die Verpflichtung der Nichtkernwaffenstaaten, diese Waffen nicht zu erwerben oder herzustellen, gehe. Der Atomwaffensperrvertrag berühre die bundesdeutschen Interessen auf verschiedenen Ebenen: 1. als Industrienation, die auf die friedliche Verwendung atomarer Energie angewiesen sei, 2. als NATO-Partner, denn der Vertrag berühre das NATO-Bündnis (etwa die Stationierung fremder Atomwaffen in der Bundesrepublik), 3. als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft und 4. besonders als Volk, das eine Friedensordnung suche. Man müsse klären, ob ein Atomwaffensperrvertrag die Verteidigungspolitik eines politisch geeinten Europa vorwegnehmen könne. Eppler wehrte sich gegen die Trennung in Politiker, die einer "imaginären Friedensordnung nachjagten" und dabei die nationalen Interessen vergäßen, und in Politiker, die nur die nationalen Interessen beachteten und dabei den notwendigen Beitrag der Bundesrepublik zum Frieden übersähen, denn es gehe beim Atomwaffensperrvertrag um deutsche Interessen und Hauptinteresse des deutschen Volkes sei der Erhalt des Friedens. Er lehnte eine Behinderung der friedlichen Nutzung der Kernenergie durch den Vertrag ab und kritisierte, dass bisher der Vertrag vor allem Verpflichtungen für die nichtnuklearen Staaten, nicht aber für die nuklearen Staaten enthalte. Die Kernwaffenstaaten müssten sich zur Mitwirkung an einer internationalen Friedensordnung, an Rüstungskontrolle und Abrüstung verpflichten. Trotz seiner generellen Befürwortung des Atomwaffensperrvertrags sei zu fragen, ob dieser die bundesdeutsche Sicherheit und friedliche Nutzung langfristig gewährleiste und ob die Art einiger osteuropäischer Nachbarn, die Bundesrepublik zu diesem Vertrag zu bewegen, richtig sei.⁵⁴⁹

Die Verhandlungen der Supermächte über den Atomwaffensperrvertrag sah Eppler 1968 optimistisch. Man habe sich über wichtige Fragen wie Sicherheitskontrollen einigen können, die Weltmächte hätten ihre Absicht erklärt, den atomaren Rüstungswettlauf zu beenden und die meisten Bedenken über die Konkurrenzfähigkeit der bundesdeutschen Atomnutzung seien schon in früheren Verhandlungen ausgeräumt worden.⁵⁵⁰

Er befürchtete das Veto der CDU/CSU gegen den Sperrvertrag, um Brandts Politik „an diesem innenpolitisch schwächsten Punkt“ zu blockieren. Er hielt die bundesdeutsche Teilnahme am Vertrag für richtig, denn ohne ihn werde die Bundesrepublik auch in einigen Jahren keine atomaren Waffen besitzen, aber ständig verdächtigt werden, sie zu wollen. Auch würde der Atomwaffenverzicht bei jeder Gelegenheit (z.B. Gewaltverzicht) ange-

⁵⁴⁹ Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 5. Wahlperiode. Stenographische Berichte, 106. Sitzung, 27.4.1967, Bonn 1965-1969 (S. 4935-4939), S. 4935-4939 (gleicher Text: Eppler, Erhard, Zum Atomwaffensperrvertrag, in: ders., Spannungsfelder, S. 251-264).

sprochen werden. Der Versuch, den Vertrag zu verhindern, erschwere die Politik nach Westen und blockiere sie nach Osten. Eppler befürchtete, dass die Bundesrepublik sich außenpolitisch durch „hörbares Zähneknirschen“ bei der Vertragsunterschrift um die Vorteile des Beitritts bringe und innenpolitisch die Stimmung gegen den Vertrag so wachse, dass eine Unterschrift gar nicht oder nur schwer (Stimmungsmache der NPD) möglich sei. Aufgrund dieser Gefahr forderte er von Brandt als Außenminister, die Führung der öffentlichen Debatte zu übernehmen und von der Bundesregierung, sich außenpolitisch aus der „Schusslinie“ zu bringen und das deutsche Volk auf die Notwendigkeit einer Unterschrift vorzubereiten. Die evangelische Kirche habe ihr Votum zum Vertrag noch nicht veröffentlicht, da sie einer Regierung, die die öffentliche Diskussion nicht mitgestalte, nicht „die Kastanien aus dem Feuer“ holen wolle. Ihre Stellungnahme erfolge um so eher, je klarer die Haltung der Bundesregierung oder zumindest des Außenministers sei.⁵⁵¹

Eppler bewertete 1968 den Atomwaffensperrvertrag auch positiv, weil die UdSSR die Bemühungen um Abrüstung nun nicht mehr blockiere. Er warnte vor einem dem sowjetischen ähnlichen Blockadeverhalten bei der Bundesrepublik. Der Weltfrieden könne aufgrund seiner Gefährdung durch eine unkontrollierte Verbreitung von Atomwaffen und den starren Dualismus der Bündnissysteme nur durch ein Mindestmaß an Kooperation zwischen den Supermächten gesichert werden. Der Besitz von Atomwaffen gebe der Bundesrepublik keine größere Sicherheit. Die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages verkleinere ihren militärischen Spielraum nicht, vergrößere aber den politischen. Eine Ablehnung des Vertrags isoliere die Bundesrepublik politisch.⁵⁵²

Er warnte außerdem davor, den Eindruck entstehen zu lassen, die berechtigten Einwände der Bundesrepublik gegen den Atomwaffensperrvertrag seien nur Vorwände, denn dies gefährde die bundesdeutsche Ostpolitik und das Verhältnis zu den USA.⁵⁵³

Wie später in der Friedensbewegung glaubte er, dass ein erneuter Rüstungswettlauf finanzielle Mittel binde, die nicht für die Dritte Welt zur Verfügung stünden.⁵⁵⁴ Der Atomwaffensperrvertrag lag für ihn im Schnittpunkt des Ost-West-Konflikts und des Nord-Süd-Konflikts. Die Staaten der Dritten Welt wollten Abrüstung, weil dies Gelder für Entwicklungshilfe freimache und sie auf die billige Energieversorgung durch Kernkraftwerke angewiesen seien, die durch den Nichtverbreitungsvertrag gesichert werde. Er sah keine neuen Verpflichtungen für die Bundesrepublik durch den Vertrag als die 1954 gegenüber den Verbündeten freiwillig

⁵⁵⁰ Vgl. Eppler, Erhard, Fortschritt und Hoffnung in Genf. Die neue Fassung des Atomwaffensperrvertrages, SPD-Pressedienst, 19.1.1968, Dep. Schmidt 8174/Dep. Eppler 93.

⁵⁵¹ Vgl. Erhard Eppler an Willy Brandt, 16.2.1968, Durchschlag, Dep. Schmidt 8174/Dep. Eppler 93.

⁵⁵² Vgl. Eppler, Erhard, Deutsche Interessen beim Sperrvertrag. Eine Entgegnung, in: Europäische Gemeinschaft 1968, Heft 5, (S. 6f.), S. 6f. (gleicher Text: ders., Deutsche Interessen beim Sperrvertrag. Eine Entgegnung, in: ders., Einsprüche, S. 107-111).

⁵⁵³ Vgl. ders., Der Entwurf von Genf. Sperrungen gegen den Atomvertrag, Vorwärts, 6.2.1968.

⁵⁵⁴ Vgl. ZDF, Bonner Perspektiven, 8.10.1967, Freiherr von und zu Guttenberg/Erhard Eppler (4 S.), S.2f., Dep. Eppler 14.

eingegangenen (Verzicht auf die Produktion und den Besitz von Kernwaffen). Er kritisierte, dass die UdSSR trotz ihres Interesses an einer bundesdeutschen Vertragsunterschrift diese aufgrund des „revanchistischen Schreckgespenstes“, das für den Zusammenhalt des Ostblock offenbar unentbehrlich sei, nicht erleichtere.⁵⁵⁵

Eppler ging 1968 von einem stärkeren Empfinden der militärischen Bedrohung vor zehn bis fünfzehn Jahren als jetzt und von ideologischen, militärischen und weltpolitischen Änderungen aus. Beim Kalten Krieg (ca. 1948-1962) hätten sich zwei Ideologien gegenübergestellt, die beide die Existenz des anderen abgelehnt hätten und diesen als militärische Bedrohung empfunden hätten. Militärische Aggressionen seien ausgeblieben, weil sie „Selbstmord“ gewesen wären.⁵⁵⁶ Kalten Krieg definierte er folgendermaßen:

„Kalten Krieg nennt man also die Verkrampfungen, die dadurch entstanden, daß zwei ideologisch bestimmte Gesellschaftssysteme sich wechselseitig für unveränderlich und für unverbesserlich aggressiv hielten, sich gegenseitig eine Existenzberechtigung absprachen, sich also auch gegenseitig eine Vernichtungsabsicht unterstellten, sich aber letztlich militärisch nicht vernichten konnten.“⁵⁵⁷

Auch wenn der Kalte Krieg für Eppler spätestens mit dem Amtsantritt John F. Kennedys beendet war, seien die Spannungen und Gegensätze zwischen den verschiedenen Ideologien und zwischen den Weltmächten geblieben. Friedenspolitik im Ost-West-Konflikt war seiner Meinung nach der Erhalt des militärischen Gleichgewichts und auch der Dienst des Soldaten an der Waffe. Aufgrund der Fortsetzung des Ost-West-Konflikts und der relativen Beruhigung, auch als Folge des militärischen Gleichgewichts, sichere die Bundeswehr momentan den Frieden mit und dürfe ihren Dienst als Friedensdienst mit der Waffe auffassen. Nach Epplers Ansicht hatte der Ost-West-Konflikt auch aufgrund des Nord-Süd-Konflikts nachgelassen. Die gefährlichsten Stellen der Weltpolitik (z.B. Vietnamkrieg, Nahost-Konflikt), die Abrüstung (Mittel für den Rüstungswettlauf fehlten in der Entwicklungshilfe) und der Atomwaffensperrvertrag (durch Rüstungsbegrenzung mehr finanzielle Mittel im Nord-Süd-Konflikt; Abhängigkeit des Energiebedarfs der Entwicklungsländer von Atomenergie) lägen im Schnittpunkt beider Konflikte. Zentraleuropa sei relativ ruhig, weil es nur durch den Ost-West-Konflikt und nicht durch den Nord-Süd-Konflikt geteilt sei.⁵⁵⁸

1967/1968 äußerte Eppler im Bundestag und in Artikeln seine Vorstellungen zur Deutschland- und Ostpolitik. Der Text EINE FUNKTION FÜR DIE DEUTSCHEN ist eine gelungene Zusammenfassung seiner damaligen Grundkonzeption:⁵⁵⁹ Die Deutschen müssten sich über

⁵⁵⁵ Vgl. SPD-Pressemitteilungen und Informationen, Nr. 340/68, 23.7.1968, Dep. Eppler 189.

⁵⁵⁶ Vgl. Eppler, Erhard, Ost-West/Nord-Süd – Die Verlagerung eines Weltkonflikts, in: Bormann, Cornelius (Hrsg.), Offensive ohne Waffen. Entwicklungshilfe – Teil einer neuen Friedensstrategie, Wuppertal-Barmen 1968 (S. 25-30), S. 25f.

⁵⁵⁷ Ebd., S. 26.

⁵⁵⁸ Vgl. ebd., S. 26-30.

⁵⁵⁹ Außenminister Brandt war der Ansicht, Eppler habe in dem Text Gedanken entwickelt, die über die Außen- und Deutschlandpolitik hinausgingen. Er habe neue Anregungen bekommen und das meiste bestätigten seine eigenen Erfahrungen. In der Beurteilung der Situation der Bundesrepublik

ihre Aufgaben in Europa klar werden. Pflicht der Bundesrepublik sei eine Politik, durch die sich ein möglichst großer Teil des Volkes, auch in der DDR, vertreten fühle. Wenn man Deutschland von Europa aus denke, entstehe vielleicht eine neue politische Gemeinschaft der Deutschen. Die Teilung Europas könne nur von Deutschland aus überwunden werden. Nach seiner Auffassung ließen die ideologischen Bindekräfte zugunsten der nationalen nach, während das Bewusstsein europäischer Solidarität wachse. Die Ostpolitik habe das Verhältnis der Bundesrepublik zu ihren westlichen Verbündeten verbessert und sei nur mit deren Rückhalt möglich. West- und Osteuropa forderten die Respektierung der Oder-Neiße-Grenze und den Atomwaffenverzicht, nicht aber die Anerkennung der endgültigen Teilung Deutschlands.⁵⁶⁰

Eppler definierte Nationalbewusstsein und Verantwortung folgendermaßen:

„Für mich entscheidend am ‚Nationalbewußtsein‘ ist: Hier in diesem Land und in diesem Volk ist deine Verantwortung: für das, was hier im Guten wie im Bösen geschieht oder geschehen kann, bist du und niemand anders verantwortlich, und kein Mensch auf dieser Welt wird je bereit sein, dir diese Verantwortung abzunehmen.“⁵⁶¹

Für Eppler hatte es 1952/1953 noch die Alternative zwischen deutscher Einheit unter Verzicht auf die europäische Integration und Verzicht auf die Wiedervereinigung zugunsten der atlantischen Integration gegeben. Die Entscheidung sei zugunsten der europäischen Integration in den Bundestagswahlen 1953 und 1957 legitim gefallen, in denen die Bundesbürger den Befürwortern der Westintegration die absolute Mehrheit gegeben hätten. Auch wenn ihn diese Entscheidung damals mit „Bitterkeit“ erfüllt habe, sei ihm nun klar, warum sie so und nicht anders hätte fallen müssen.⁵⁶²

Ostpolitik durfte sich nach Epplers Einschätzung nicht gegen jemanden richten, insbesondere nicht gegen die UdSSR. Sie müsse aus Überzeugung und nicht aufgrund des neuen internationalen Trends verfolgt werden. Für ihn gab es keine Ostpolitik ohne Rückhalt des Westens und keinen „Rechtsanspruch auf Versöhnung“. Nur eine konstruktive Ostpolitik sei eine vertretbare Westpolitik. Den Spekulationen in der UdSSR, dass die Bundesrepublik sich wegen der sowjetischen Politik in den „ostpolitischen Schmollwinkel“ zurückziehe und dann von ihren Freunden im Westen isoliert werden könne, müsse die Bundesrepublik durch eine konstruktive Ostpolitik begegnen.

und ihrer Aufgaben stimmte er Eppler weitgehend zu; vgl. Willy Brandt an Erhard Eppler, 6.11.1967, WBA, Außenminister 14.

⁵⁶⁰ Vgl. Eppler, Erhard, Eine Funktion für die Deutschen. Bonn muß sich an Gesamteuropa orientieren, Zeit 22. Jg. Nr. 43, 27.10.1967, in: DzD V. Reihe, Bd. 1 (1.12.1966-31.12.1967) (Hrsg. Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen), Frankfurt a. Main 1984 (S. 1904-1910), S. 1904-1910 (gleicher Text in: ders., Reden auf die Republik, S. 85-95; längere Version: ders., Die europäische Funktion der Deutschen, in: ders., Spannungsfelder, S. 266-281).

⁵⁶¹ Eppler, Erhard, Vortrag von Dr. Erhard Eppler, in: Gesamtdeutsch oder europäisch denken? 13. Gesamtdeutsche Tagung des Coburger Convents und der deutschen Sängerschaft Berlin Januar 1968. Vier Vorträge über das gleiche Thema, Stuttgart 1968 (S. 33-54), S. 45f.

Das Misstrauen im Osten gegenüber der neuen Bundespolitik, deren Ziele (Revanchismus, Imperialismus) der Osten für die gleichen wie zuvor halte, nur dass die Taktik der neuen Regierung geschickter und damit gefährlicher sei, und die Forderung nach Taten entsprach nach Epplers Auffassung den alten bundesdeutschen Argumenten gegenüber dem Osten. Aufgrund der Einwände vom Osten, dass sich die Haltung der Bundesrepublik nicht geändert habe und man deshalb die eigene Position nicht revidieren müsse, schaden den der Großen Koalition die Argumente von Opposition oder CDU/CSU, dass die neue Regierung die Politik der vorhergehenden fortsetze. Das Dilemma der Großen Koalition seien die gegensätzlichen Behauptung der CDU/CSU (Fortsetzung ihrer alten Politik) und der SPD (Verfolgung einer neuen Politik). Politiker könnten nicht in der Bundesrepublik erklären, weiter die alten Grundsätze zu verfolgen und nach außen, die jetzige Politik sei neu.⁵⁶³

Trotz seiner Enttäuschung über den Rückgriff des Ostblocks auf das Misstrauen der Bundesregierungen der fünfziger Jahre gegenüber dem Osten forderte Eppler einen „langen Atem in der Ostpolitik.“⁵⁶⁴ Er führte seine Auffassung aus:

„In den 50er Jahren habe ich zu denen gehört, die sich auflehnten gegen die schrecklichen Vereinfachungen und die unerträgliche Selbstgefälligkeit, mit denen da damals Ostpolitik gemacht wurde. Es war mir klar, daß wir dafür eines Tages zu bezahlen hätten. Trotzdem – und gerade deshalb – finde ich es deprimierend, daß nun den führenden Männern in Moskau, Warschau und Ostberlin nichts Besseres einfällt als die allzu simplen Formeln von damals. Denn damit wecken sie bei manchen Leuten hier wieder den Verdacht, es sei ihnen nie so recht ernst gewesen mit ihren Vorschlägen, sie hätten nur solange Angebote gemacht, wie sie der Ablehnung aus Bonn sicher sein konnten.“⁵⁶⁵

Für Deutschland ging Eppler von folgenden Realitäten aus: zwei verschiedene und verschieden legitimierte politische Ordnungen auf deutschem Boden, der Friedenswillen der Europäer einschließlich der Deutschen, der europäische Überdruß über die „querelles allemandes“ und die Existenz der deutschen Nation, die über ihre Zukunft selbst entscheiden müsse. Bonn und Ostberlin seien mit ihrer Politik auf Dauer nur erfolgreich, wenn sie versuchten, diese Realitäten auf einen Nenner zu bringen. Dies tue die DDR momentan nicht, denn sie kalkuliere nicht den Friedenswillen der Europäer und die „Genervtheit“ ihrer Verbündeten über ihre Forderungen ein.

Eppler schlug eine bundesdeutsche Politik vor, die die Ziele der SED scheitern lasse. Wichtig sei zu klären, wie Europa Frieden finde und wie es Kooperation und Kommunikation zwischen beiden Teilen Deutschlands gebe ohne eine Festschreibung der Spaltung, eine

⁵⁶² Vgl. ebd., S. 34f.; viele der in den anderen Texten beschriebenen Positionen finden sich auch in diesem Text wieder.

⁵⁶³ Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 5. Wahlperiode. Stenographische Berichte, 111. Sitzung, 7.6.1967, Bonn 1965-1969 (S. 5300-5302), S. 5300f.; vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 5. Wahlperiode. Stenographische Berichte, 126. Sitzung, 13.10.1967, Bonn 1965-1969 (S. 6365-6369), S. 6365f. (vgl. die gekürzte Fassung: Aus der Erklärung des Abg. Eppler (SPD) im 5. Deutschen Bundestag, 13.10.1967, in: DZD V. Reihe, Bd. 1 (Hrsg. Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, S. 1821-1826).

⁵⁶⁴ Vgl. Rundfunkvortrag Dr. Eppler, Die SPD-Fraktion teilt mit, Nr. 245/67 (19.5.1967), S. 1f.

gegenseitige Anerkennung als Ausland und den Verlust des Rechts zur Entscheidung, ob die Deutschen noch eine Nation seien und welche Zukunft sie als diese wollten. Eher als für die rechtlich fixierte Frage der Anerkennung der DDR interessierten sich die Menschen in Ost und West nach Epplers Einschätzung dafür, welche Beiträge die Bundesrepublik für den Frieden Europas leisten könne und welche nicht. Die Bereitschaft der SPD, mit der DDR über alles zu sprechen, was nicht die Sicherheit Berlins gefährde, die Teilung Deutschlands völkerrechtlich festschreibe und damit Deutsche für Deutsche zu Ausländern mache, werde in West- und Osteuropa verstanden und könne auf Dauer schwer abgelehnt werden. Die Bundesrepublik habe auf Dauer nur Erfolg, wenn sie im Interesse Europas ihren Friedensbeitrag erfülle und erkläre, was man nicht von ihr erwarten könne. Die Erwartungen an diesen Beitrag seien in West- und Osteuropa ähnlich, denn es gebe trotz der verschiedenen Ideologien viele gemeinsame europäische Interessen auch bezüglich der Bundesrepublik.⁵⁶⁶ Erwartet werde die Akzeptanz der Oder-Neiße-Grenze, nicht aber die Aufgabe von Berlin oder Anerkennung von zwei Völkerrechtssubjekten in Deutschland.

Eppler setzte sich für die Überwindung des Gegensatzes zwischen Nation und Demokratie und die Verbindung beider, in dem der Begriff Nation mit demokratischem Inhalt gefüllt werde, ein. Seit Beginn der sechziger Jahre verstärkte sich seiner Darstellung nach die nationale Bindekraft gegenüber der ideologischen und statt des kleineuropäischen Gedankens gebe es ein Gefühl gesamteuropäischer Zusammengehörigkeit.

Er schlug ein Europa mit Schwerpunkt bei Prag oder Wien vor, in dem Berlin wieder seine „natürliche Funktion“ übernehmen könne, ein Europa mit einer Vielfalt nationaler Traditionen und gesellschaftlicher Ordnungen in West und Ost. Dieses Europa müsse auch in der Sicherheitspolitik (z.B. durch Gewaltverzicht, ein gemeinsames Sicherheitssystem) kooperieren. Eine NATO-Mitgliedschaft für Gesamtdeutschland lehnte er ab.

Er hielt die „deutsche Frage“ für die UdSSR aufgrund der sinkenden strategischen Bedeutung Deutschlands nicht mehr für ein militärisches Problem. Auch seien etwa die wirtschaftlichen Beziehungen bedeutender geworden. Es verhinderte seiner Überzeugung nach die Wiedervereinigung, sie in den Mittelpunkt der deutschen Bemühungen zu stellen. Vielmehr helfe eine klare Anerkennung der Grenzen durch Deutschland bei deren Überwindung. Die Deutschen hätten in Europa eine Schlüsselfunktion, denn im Gegensatz zu anderen Nationen finde in Deutschland die Reintegration der kommunistischen Linken in die Nation und die Kooperation von Gesellschaftskörpern verschiedener Gesellschaftsordnungen statt.⁵⁶⁷ Pflicht der Bundesrepublik war für Eppler die Mitwirkung etwa an einer europäischen

⁵⁶⁵ Ebd., S. 2.

⁵⁶⁶ Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 126. Sitzung, 13.10.1967, S. 6366-6368.; vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 5. Wahlperiode. Stenographische Berichte, 165. Sitzung, 2.4.1968, Bonn 1965-1969 (S. 8651-8653), S. 8652f.

⁵⁶⁷ Vgl. Eppler, Erhard, Vortrag von Dr. Erhard Eppler, in: Gesamtdeutsch oder europäisch denken?, S. 35-53.

Friedensordnung, an Gewaltverzicht und Abrüstung. Wenn Deutschland von Europa aus gedacht werde, entstehe daraus vielleicht eine politische Gemeinschaft der Deutschen. Europäische Friedensordnung, Integration und ein gutes deutsch-deutsches Verhältnis waren somit voneinander abhängig.⁵⁶⁸

„Es kann kein Zusammenwachsen Deutschlands geben, wenn nicht gleichzeitig Europa zusammenwächst, und es kann kein Zusammenwachsen Europas geben, solange sich die beiden Teile Deutschlands so gegenüberstehen, wie sie sich heute gegenüberstehen. Ich weigere mich, hier irgendeine Priorität zu setzen; das kann im einzelnen Fall einmal nötig sein, aber die beiden Dinge gehören so eng zusammen, dass man sie nicht trennen kann.“⁵⁶⁹

Für Eppler lag der „Schlüssel zur Wiedervereinigung“ in der Einbettung deutscher Interessen in die gesamteuropäischen (z.B. Weiterentwicklung europäischer Zusammenschlüsse, Unterstützung der EWG-Erweiterung, Ausbau der Kooperation mit Osteuropa). Ein europäisches Handeln der Deutschen fördere die deutsche Einheit, weil es die Furcht der deutschen Nachbarn vor der Einheit verringere. Andererseits trage eine Entkrampfung des deutsch-deutschen Verhältnisses zur Kooperation in Europa und damit zur Lösung der „Verkrampfung“ in Europa bei. Dennoch waren für Eppler die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR nicht Beziehungen souveräner Völkerrechtssubjekte.⁵⁷⁰

Nach seiner Einschätzung betrieb die DDR ihre Politik aus Schwäche und hatte Angst vor einer Verständigung und den nachlassenden ideologischen und zunehmenden nationalen Bindekräften in Europa, da ihre Existenz vom Kalten Krieg abhängen. Er konstatierte eine immer geringere Bereitschaft der Bevölkerung in Ost und West, die starre Konfrontation zwischen den Teilen Europas hinzunehmen. Diesen Prozess könnten auch die Regime, die ihre Existenz dem Kalten Krieg verdankten und für ihn geschaffen worden seien, nicht aufhalten. Die Bundesrepublik sei inzwischen ohne den „Kitt eines ideologischen Antikommunismus“ lebensfähig. Doch die DDR müsse sich ständig legitimieren, etwa durch Angriffe auf die Bundesrepublik, den „Pfuhl von Revanchismus, Militarismus, Faschismus und ähnlicher Ismen“. Da die „Verruchtheit“ der Bundesrepublik zur Raison d'être der DDR geworden sei, beantworte sie alle Gesprächsversuche mit zusätzlicher Polemik. Die DDR-Führung verstehe sich im Gegensatz zur Bundesrepublik als Gegenstaat zum anderen deutschen Staat, denn sonst stelle sich für sie die Frage nach ihrer Existenzberechtigung.

Ziel ostdeutscher Deutschlandpolitik war nach Epplers Überzeugung deshalb, die Bundesrepublik dem Propagandabild der DDR anzupassen, die Verstärkung des bundesdeutschen Radikalismus durch die Blockade der bundesdeutschen Ostpolitik und die Isolierung der Bundesrepublik nach außen. Die meisten osteuropäischen Staaten wollten diese Polarisie-

⁵⁶⁸ Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 126. Sitzung, 13.10.1967, S. 6368f.; vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 5. Wahlperiode. Stenographische Berichte, 165. Sitzung, 2.4.1968, Bonn 1965-1969 (S. 8651-8653), S. 8651f.

⁵⁶⁹ Eppler, Erhard, Vortrag von Dr. Erhard Eppler, in: Gesamtdeutsch oder europäisch denken?, S. 47.

⁵⁷⁰ Vgl. ebd., S. 52-54.

rung und Radikalisierung zur Aufrechterhaltung der Legitimation der DDR – etwa die Diskussion um die Zugangswege nach Berlin - nicht fördern. Die Bundesrepublik sollte sich nach seiner Ansicht nicht provozieren lassen und könnte sich im Gegensatz zur DDR demokratische Grundrechte (Zeitungen des anderen deutschen Staates, Demonstrationen, Opposition) erlauben. Wenn die Bundesrepublik dem Ziel der DDR, die Bundesrepublik langfristig von Berlin zu trennen, nachgebe, gebe sie ihre Selbstachtung auf. Dies erwarteten nur sehr wenige in Ost und West, weil für sie der Willen der Berliner, nach der Ordnung der Bundesrepublik zu leben, entscheidend sei. Eppler forderte, bei allen Kontakten mit der DDR, die Sicherheit Berlins zu bewahren.

Er lehnte die sowjetische Bewertung der Bundesrepublik an der Existenz einer rechtsradikalen Gruppe ab. Vielmehr fördere die sowjetische Politik diese Gruppe. Der Spielraum der Bereitschaft im Bundestag zum Ausgleich mit der UdSSR zeige sich, wenn die Sowjetunion diese durch positive Gesten prüfe, was bisher nicht geschehen sei. Der Erfolg der Politik der Bundesregierung zeigte sich nach seiner Meinung nicht in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu einzelnen Ländern oder in der besseren Verankerung dieser Politik bei den bundesdeutschen Verbündeten, sondern in der Hoffnung der Friedens- und Verständigungsbereiten in Osteuropa und an der Nervosität der Friedens- und Verständigungsgegner. Er verlangte, nicht über die möglichen Attribute eines Staates DDR zu diskutieren, sondern darüber, ob die DDR für die Bundesrepublik ein ausländisches Völkerrechtssubjekt sei und ob sie diese durch eine völkerrechtliche Anerkennung die Teilung Deutschlands völkerrechtlich legitimiere. Unlogisch sei die DDR-Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung, wenn sie andererseits von einer deutschen Nation spreche. Die Bundesrepublik müsse zwar die Ergebnisse des Kriegs (zwei Ordnungen mit Staatscharakter, aber eine Nation) annehmen, dürfe aber die Teilung nicht selbst fixieren und müsse den Weg zueinander offen halten. Diese Friedenspolitik der Bundesrepublik, die in West- und Osteuropa begriffen werde, solle durchgehalten werden.⁵⁷¹

Eppler glaubte, dass die DDR-Führung möglichst wenig Kontakt zur Bundesrepublik wolle und für den Fall ihrer völkerrechtlichen Anerkennung durch die Bundesrepublik neue Hürden aufbaue, etwa dass das Verhältnis der beiden vom Klassenkampf bestimmt werde. Er forderte zu überlegen, wie von der Bundesrepublik aus die DDR-Führung beeinflusst werden

⁵⁷¹ Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 5. Wahlperiode. Stenographische Berichte, 180. Sitzung, 20.6.1968, Bonn 1965-1969 (S. 9709-9713), S. 9709-9713. Einen Tag vor dieser Rede nannte Eppler der SPD-Fraktion die wichtigsten Punkte seiner Rede: bezüglich der innerdeutschen Beziehungen könne man alles auf die „simple Formel“ bringen, dass es nach wie vor so aussehe, dass die DDR vorläufig nicht existieren könne, ohne gegen die Bundesrepublik zu sein; er sei für eine Anerkennung der Staatlichkeit der DDR; vgl. Protokoll der Fraktionssitzung vom 19.6.1968 (7 S.), S. 2, SPD-Bundstagsfraktion 5. WP Nr. 97.

könnte, war aber davon überzeugt, dass Entscheidungen über Deutschland letztlich in der Bundesrepublik und nicht in Ostberlin fallen.⁵⁷²

Von den auf dem Nürnberger Parteitag im März 1968 beschlossenen SOZIALDEMOKRATISCHEN PERSPEKTIVEN IM ÜBERGANG ZU DEN SIEBZIGER JAHREN erläuterte Eppler die Friedenspolitik der SPD.⁵⁷³ Für die SPD sei der Erhalt des Friedens das oberste Ziel der Politik. Da Friedenspolitik Entspannung in Europa erfordere, müsse Deutschland Konfliktstoffe zwischen den Deutschen und anderen Völkern abbauen und sich um geregelte Beziehungen zum „anderen Teil Deutschlands“ bemühen. Dies bedeute nicht die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, die diese nur in ihrer „Kalten-Kriegs-Politik“ stütze und nicht zur Entspannung in Europa und zur freien Selbstbestimmung der Deutschen in der DDR beitrage. Beide deutsche Regierungen sollten alles, was nicht einer friedensvertraglichen Lösung vorbehalten sei, regeln. Die SPD lehnte nach Epplers Beschreibung Bürgerkriege, Annexion oder Klassenkampf zur Lösung der deutschen Frage ab, respektierte die freie Willensentscheidung der Deutschen in der DDR und wollte die Freiheit und den Rechtsstatus Westberlins bewahren. Die Bundesrepublik solle sich auch um Entspannung bemühen, wenn die DDR-Regierung das deutsch-deutsche Verhältnis weiter als Teil des Klassenkampfes verstehe.

Des weiteren müsse die Bundesrepublik ihre Verpflichtungen gegenüber ihren Bündnispartnern erfüllen und sei aufgrund der deutschen Spaltung zu einer defensiven Verteidigungspolitik verpflichtet. Bundesdeutsche Friedenspolitik sei ein eigener Beitrag zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Truppenreduzierungen und die Zustimmung zum Abkommen über die Nichtverbreitung nuklearer Waffen. Ziel sei statt der derzeitigen Militärblöcke ein ganz Europa umschließendes Sicherheitssystem. Da die Lösung der deutschen Frage nach Ansicht der SPD nur als Teil einer europäischen Friedensordnung zu erreichen sei, müssten sich beide deutsche Regierungen um Entspannung in Zentraleuropa und um ein europäisches Sicherheitssystem bemühen. Die SPD wollte die gegenwärtigen Grenzen in Europa respektieren, deren endgültige Regelung einem Friedensvertrag vorbehalten sei. Wichtig seien bessere Beziehungen zur UdSSR und bei der Verbesserung des Verhältnisses zu den anderen kommunistischen Staaten den Eindruck zu vermeiden, die Bundesrepublik wolle einen Keil zwischen die Staaten des Warschauer Paktes treiben. Ziel der Zusammenarbeit mit Ost- und Südosteuropa sei die Teilnahme aller europäischen Völker am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt als Beitrag zur Entspannung und zur Vorbereitung einer europäischen Sicherheits- und Friedensordnung, die das Selbstbestimmungsrecht aller Völker gewährleiste. So könne Europa ein wichtiger Friedensfaktor in

⁵⁷² Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 5, 165. Sitzung, 2.4.1968, S. 8652f.

⁵⁷³ Vgl. Eppler, Erhard, Friedenspolitik: in: Ehmke, Horst (Hrsg.), Perspektiven. Sozialdemokratische Politik im Übergang zu den siebziger Jahren. Erläutert von 21 Sozialdemokraten, Reinbek bei Hamburg 1969 (S. 44-51).

der Welt werden. Ziel der SPD war, die internationale Zusammenarbeit zu stärken, die Integration in den europäischen Gemeinschaften zu erhalten und durch ihre Politik das Verhältnis zu den USA nicht zu gefährden. Die Partei hielt dauerhafte Entspannung und Zusammenarbeit in Europa nur unter Mitwirkung beider Weltmächte für möglich.⁵⁷⁴

Auch für Eppler war das Hauptinteresse der deutschen Nation der Frieden, der im Atomzeitalter die Voraussetzung jeder Existenz, auch der nationalen, sei. Er warnte vor der Trennung zwischen Friedenspolitik, die angeblich von Wünschen und Träumen ausgehe, und Realpolitik, die angeblich von Fakten ausgehe, denn nun sei Friedenspolitik die einzig mögliche Realpolitik. Realpolitik müsse von Fakten ausgehen wie der militärischen Potenz der Supermächte, deren Verhältnis zueinander auch in Zukunft die Weltpolitik prägen werde, dem Auftreten einer neuen Weltmacht (China), den unbekanntenen Auswirkungen der tiefen Krise des Weltkommunismus und dass das geteilte Europa und das geteilte Deutschland nicht zusammenkommen werden, wenn dies gegen das Interesse einer der beiden Supermächte sei. Nur ein geeintes Westeuropa habe Einfluss in der Welt.

Zum Schutz vor der UdSSR betrachtete Eppler die NATO bis zum Entstehen eines verbindlichen europäischen Sicherheitssystems als nötig. Eine Isolierung der Bundesrepublik lehnte er ab. Die Bundesrepublik müsse ihre Politik an einer europäischen Friedensordnung orientieren. Von den Deutschen werde erwartet, die meisten Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs hinzunehmen und sich absolut defensiv zu verhalten. Deshalb müsse die Bundesrepublik den Nichtverbreitungsvertrag für Atomwaffen unterschreiben. Je klarer sie zum Beitrag an der europäischen Friedensordnung bereit sei, um so eher könne sie weiter darauf bestehen, dass jede Nation ihre innere Ordnung und ihren Platz in Europa selbst finden müsse. Ohne dies sei ohnehin dauerhafter Frieden nicht denkbar. Eppler ging von der Bereitschaft der Bundesrepublik aus, das Selbstbestimmungsrecht dem Willen zum Frieden nachzuordnen, und von einer schnelleren deutschen Einigung, wenn Deutschland nicht nach dem schnellsten Weg zur Vereinigung, sondern nach seinem Beitrag zum Frieden frage. Europa fürchte sowohl ein zentralistisch regiertes Gesamtdeutschland als auch den „latenten Bürgerkriegszustand“ in Mitteleuropa, der den ganzen Kontinent gefährde. Die Vereinigung erreiche die Bundesrepublik nicht durch die Anerkennung der völkerrechtlichen Legitimität der DDR, die die deutsche Spaltung legitimieren würde. Er sah wieder das Problem in der inneren Schwäche der DDR, die sich nicht von ihrer Funktion als Werkzeug des Kalten Kriegs lösen könne und ihre Existenzberechtigung durch Angriffe auf die Bundesrepublik ableite. Er schlug Gespräche über ein geregeltes Nebeneinander und alles, was nicht ausdrücklich einem Friedensvertrag vorbehalten sei, nicht die Sicherheit Berlins gefährde und nicht Deutsche für Deutsche zu Ausländern mache, vor. Die Bundesrepublik dürfe nicht befürchten, die DDR könne Verhandlungen als Anerkennung auslegen. Solange die DDR Ver-

⁵⁷⁴ Vgl. ebd., S. 44-47.

handlungen ablehne, müsse deutlich werden, dass sie dem Frieden in Zentraleuropa im Wege stehe.

Friedenspolitik in Europa setzte für Eppler die Mitarbeit beider Weltmächte voraus, die die UdSSR bisher verweigere. Die Bundesrepublik müsse gesprächsbereit sein und dürfe nicht nur ihre eigenen Vorschläge für diskussionswürdig halten. Die UdSSR hätten durch ihre Methoden beim Eingreifen in der CSSR ihre Autorität im Weltkommunismus in Frage gestellt. Er kritisierte, dass die Sowjetunion dieses Eingreifen mit angeblichen aggressiven Absichten der Bundesrepublik gegenüber der CSSR begründe und ihre Hegemonie in Osteuropa durch die bloße Existenz der kooperationsbereiten dynamischen bundesdeutschen Industriegesellschaft bedroht sehe. Wenn die UdSSR in Osteuropa die Furcht vor der Bundesrepublik durch die Furcht vor sowjetischen Panzern ersetzen wolle, müsse die Bundesrepublik klarmachen, dass sie aufgrund dieser Waffen nicht in den Kalten Krieg zurückfalle oder Zugeständnisse mache, die sie nicht ohnehin angeboten hätte. Sie dürfe nicht den Eindruck erwecken, sie wolle die Völker des Ostblocks gegen die UdSSR aufwiegeln oder sich auf Kosten kleinerer Völker mit der UdSSR einigen. Der Wunsch nach einem guten Verhältnis zu Polen und der CSSR habe keinen antisowjetischen Akzent. Der Ausgleich mit der Sowjetunion sei dazu die Voraussetzung.⁵⁷⁵ Eppler erklärte weiter:

„Friedenspolitik bedeutet nicht Nachgiebigkeit um jeden Preis. Wer mit uns polemisieren will, mag zur Kenntnis nehmen, daß wir Polemik nicht nötig haben. Wer auf uns eindreschen will, wird feststellen, daß wir dadurch nicht weicher, sondern fester werden. Wer uns unter Druck setzen will, wird erfahren, daß auch relativ kleine Völker noch das besitzen, was man früher – nicht ohne Pathos – Würde genannt hat. Wer aber mit uns über die friedliche Zukunft unseres Kontinents reden will, wird Gesprächspartner finden, die wissen, daß der Platz dieser Nation in Europa um so unangefochtener sein wird, je unverkrampfter, zukunftsbezogener, großzügiger ihr Beitrag zum Frieden ist.“⁵⁷⁶

EPPLERS OST- UND DEUTSCHLANDPOLITIK IM RAHMEN DER EVANGELISCHEN KIRCHE

Ein wichtiger Teil von Epplers ost- und deutschlandpolitischem Engagement in den sechziger Jahren verlief über die evangelische Kirche, sowohl auf institutioneller und theoretischer Ebene (Mitarbeit an Denkschriften der EKD) als auch auf praktischer (Reisen in Ostblockstaaten). Eppler sah die Funktion der Kirche nicht nur theologisch, sondern auch politisch. Für ihn war es auch die Aufgabe der Kirchen, zu politischen Fragen Stellung zu beziehen.⁵⁷⁷ Er hielt Denkschriften für das angemessene Mittel der Kirche, um in einer demokratischen Gesellschaft ihren besonderen Beitrag zum Prozess der Urteilsbildung zu leisten.⁵⁷⁸ Diese Ansichten vertrat Eppler später auch bezüglich des Engagements der evangelischen Kirche in der Friedensbewegung der achtziger Jahre.

⁵⁷⁵ Vgl. ebd., S. 47-51.

⁵⁷⁶ Ebd., S. 51.

⁵⁷⁷ Vgl. Schwäbisches Tagblatt, 23.5.1966, Versöhnung – Ja und Aber, Dep. Eppler 93.

⁵⁷⁸ Vgl. Eppler, Erhard, Kirche und Demokratie. Reflexionen über den 13. Deutschen Evangelischen Kirchentag, in: ders., Spannungsfelder (S. 167-177), S. 170.

Wichtig für Epplers Arbeit war, dass die SPD an der Nutzung der kirchlichen Kanäle durch ihn interessiert war und die evangelische Kirche einen stark engagierten Sozialdemokraten in ihre Arbeit integrieren wollte. Seine Deutschland- und Ostpolitik im Rahmen der evangelischen Kirche geschah also nicht im Gegensatz zu seinem Wirken in der SPD oder durch die Ausnutzung der evangelischen Kirche als geeignete Institution für Kontakte nach Osteuropa, sondern stand miteinander in Verbindung, denn Eppler war für die SPD ein wichtiger evangelischer Kirchenmann und für die EKD ein wichtiger Sozialdemokrat.

Er wirkte an zwei Denkschriften der EKD mit, der Vertriebenen Denkschrift DIE LAGE DER VERTRIEBENEN UND DAS VERHÄLTNIS DES DEUTSCHEN VOLKES ZU SEINEN ÖSTLICHEN NACHBARN und den FRIEDENSAUFGABEN DER DEUTSCHEN. Während er bei der ersten Denkschrift lediglich an der Ausarbeitung der Stellungnahme der SPD-Fraktion beteiligt war, engagierte er sich an der Abfassung der zweiten Denkschrift direkt. Eppler beeinflusste die ost- und deutschlandpolitische Diskussion über kirchliche Gremien wie die KAMMER FÜR ÖFFENTLICHE VERANTWORTUNG der Evangelischen Kirche in Deutschland und deren UNTERAUSSCHUSS DEUTSCHLANDFRAGE. Die KAMMER FÜR ÖFFENTLICHE VERANTWORTUNG hatte nach der Auffassung von Thomas Heck ihr Schwergewicht von der rein beratenden Tätigkeit auf die Abfassung von Denkschriften und Stellungnahmen der EKD zu gesellschaftlichen und politischen Fragen verlagert.⁵⁷⁹ Für Richard von Weizsäcker war sie in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre sogar der „vielleicht wichtigste gesamtdeutsche Treffpunkt“.⁵⁸⁰

Neben der institutionellen Mitarbeit in den Gremien der evangelischen Kirche in Deutschland reiste Eppler unter dem Dach der evangelischen Kirche in Ostblockstaaten wie Polen und die UdSSR. Über diese Reisen berichtete er eingehend verschiedenen SPD-Politikern. Gerade bei diesem Teil seines ostpolitischen Engagements im Rahmen der evangelischen Kirche ist schwer zu trennen, wo Eppler als Kirchenmann und wo als SPD-Politiker tätig war. Schließlich waren kirchliche Kontakte in den sechziger Jahren eine der unverfänglichsten Möglichkeiten der Kontaktaufnahme zum Ostblock, wofür Eppler seine Stellung in der EKD nutzte. Er plädierte für Kontakte der SPD mit den Ostblockstaaten zunächst über die evangelische Kirche. Er fragte Erler 1964, ob es möglich sei, über kirchliche Kanäle eine Einladung für aktive Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion, die in der evangelischen Kirche tätig seien, in osteuropäische Länder zu bekommen. Durch dieses Vorgehen müsse sich die SPD nicht selbst engagieren.⁵⁸¹

Das Präsidium der SPD unterstützte Epplers Vorschlag und bat ihn, seine kirchlichen Kontakte zur Verwirklichung der Vorschläge zu nutzen. Dennoch wollte das Präsidium über die

⁵⁷⁹ Vgl. Heck, Thomas E., EKD und Entspannung, S. 23.

⁵⁸⁰ Vgl. Weizsäcker, Richard von, Christen in der Politik, in: Thierse, Wolfgang (Hrsg.), Ist die Politik noch zu retten? (S. 18-20), S. 20.

⁵⁸¹ Vgl. Erhard Eppler an Fritz Erler, 25.3.1964, NL Erler 60B.

Einzelheiten des Unternehmens rechtzeitig informiert sein, damit es beraten und eventuell bremsen könne, falls man in eine „Gefahrenzone“ gerate.⁵⁸²

Dass Eppler einen politischen Anspruch an die Kirche hatte, zeigen auch seine Äußerungen auf dem Kirchentag 1967 in Hannover. Trotz seines Plädoyers für Wachsamkeit gegenüber dem Kommunismus betrachtete er absolutes Misstrauen als Hindernis für den Frieden. Entwicklungshilfe sollte nicht mehr Mittel des Kalten Kriegs, sondern gemeinsame Aufgabe von Ost und West gegenüber den hungernden Völkern sein.⁵⁸³ Er wandte sich gegen den „angsterfüllten, blinden Antikommunismus“. Da eine Staatsführung so viele Vorurteile produziere, wie sie nötig habe, zeige sich die innere Stärke der Bundesrepublik an ihrem „abgewogenen Bild der DDR“ und die Zukunft der DDR hänge davon ab, ob sie ohne die Verfehlung der Bundesrepublik leben könne. Wenn die Bundesrepublik sich selbst annehme, habe sie weniger Vorurteile nötig und sei freier zum „Dienst am Frieden“.⁵⁸⁴ Er analysierte auf dem Kirchentag das Misstrauen im Ostblock gegenüber der Bundesrepublik:

„Was immer wir tun, es erscheint in Moskau und anderswo als Beweis für unsere Verruchtheit. Beschäftigen wir uns mit NATO-Strategie, so gilt dies als Zeichen unserer Aggressionsgelüste. Meiden wir alle harten Töne, suchen wir Entspannung und bieten Gewaltverzicht an, so scheint dies von Schlimmerem zu zeugen: Wir haben eine neue, gefährlichere Taktik erdacht, um unserem Revanchismus zu fröhnen.“⁵⁸⁵

Im Gegensatz zu seinem kirchlichen Einsatz blieb nach Epplers Einschätzung seine Parlamentsarbeit, vor allem seine Mitarbeit im Finanzausschuss (1962-1966), ohne größere Resonanz. Er denkt im Rückblick an seine Parlamentsarbeit im Bundestag eher an die Finanzpolitik als an die Außenpolitik, mit der er seine erste Öffentlichkeitswirkung erzielt habe. Erler habe ihn 1965 in den Auswärtigen Ausschuss⁵⁸⁶ gebracht, wo er „außenpolitischer Sprecher“ wurde. Mit Peter Nellen (1912-1969), der 1966 von der CDU zur SPD wechselte, erarbeitete er die Stellungnahme der SPD-Bundestagsfraktion zur Vertriebenen denkschrift der EKD. Eppler hatte damals ähnlich wie 1952 – wenn auch nicht so stark – das Gefühl, dass Weichen gestellt werden und er gefordert sei. Es sei um die Konzeption einer neuen Ostpolitik gegangen und um die Frage des Umgangs der Bundesrepublik mit ihren östlichen Nachbarn, auch der DDR, nachdem die Wiedervereinigung kein Thema mehr gewesen sei. Er war damals der Ansicht, wenn eine Kirche den Mut zum Brechen von Tabus

⁵⁸² Vgl. Fritz Erler an Erhard Eppler, 29.4.1964, NL Erler 60 B.

⁵⁸³ Vgl. Aussprache und Podiumsdiskussion am 24. Juni 1967, 15 Uhr, in Halle 7, in: Deutscher Evangelischer Kirchentag Hannover 1967. Dokumente, Stuttgart/Berlin 1967 (S. 393-421), S. 418f.

⁵⁸⁴ Vgl. Abbau der Vorurteile - Dienst am Frieden, Vorträge am 24. Juni 1967, 10:30 Uhr, in Halle 7, in: ebd. S. 370-392 (Eppler S. 383-392) (vgl. die gleichen Texte: Lorenz, Friedebert (Hrsg.), Juden und Christen im Dienst für den Frieden. Vorträge in der Arbeitsgruppe Juden und Christen des 13. Deutschen Evangelischen Kirchentags Hannover 1967, Stuttgart 1967, S. 54-76 und Eppler, Erhard, Spannungsfelder, S. 152-166), S. 386-392.

⁵⁸⁵ Ebd., S. 386.

⁵⁸⁶ Nach dem Protokoll der Fraktionssitzung vom 2.12.1965 war Eppler stellvertretendes Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und des Verwaltungsrats der Deutschen Bundespost und ordentliches

habe, dürfe sie, wenn eine vernünftige Ostpolitik möglich werden solle, nicht auch noch die SPD, die einzige Kraft, die diese Politik durchsetzen könnte, tadeln und verleugnen. Deshalb habe er die Stellungnahme der SPD für entscheidend gehalten und sei plötzlich wieder mit der Außenpolitik beschäftigt gewesen⁵⁸⁷ durch seine Beteiligung an der SPD-Stellungnahme zur Ostdenkschrift der EKD.

Eppler erläuterte 1964 für die SPD-Fraktion vor der KAMMER FÜR ÖFFENTLICHE VERANTWORTUNG die ostpolitischen Vorstellungen der SPD und diskutierte sie mit den Mitgliedern der Kammer. Aufgrund der Uneinigkeit bei der Vorstellung der Ostdenkschrift im Arbeitskreis Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion im Oktober 1965 und da die SPD-Führung die Ostdenkschrift weder voreilig verwerfen noch sich zu eigen machen wollte, wurde ein Sonderausschuss gebildet, der eine eingehende Stellungnahme vorbereiten sollte. Diesem Ausschuss gehörten Befürworter (Gustav Heinemann, Ludwig Metzger, Erhard Eppler) und Gegner (Wenzel Jaksch, Reinhold Rehs) der Denkschrift an, außerdem Carlo Schmid und Hans-Jürgen Wischnewski.⁵⁸⁸

Eppler fügte sich nicht der Auffassung dieses Sonderausschusses. Er und Nellen waren davon überzeugt, dass der vom Arbeitskreis der SPD-Fraktion ausgearbeitete Entwurf „nicht in allen Punkten dem Gegenstand und den in der Fraktion vorhandenen Meinungen“ entspreche. Daher entwarfen sie im April 1966 eine eigene sozialdemokratische Stellungnahme zur Vertriebenen denkschrift.⁵⁸⁹ In Epplers und Nellens Entwurf hieß es z.B.:

„Die deutsche Einheit muss wiederhergestellt werden im Zusammenhang mit einer friedensvertraglichen Regelung, welche auch die Grenzen Deutschlands festlegt. Ausgangspunkt solcher Verhandlungen sind nach der Rechtslage die Grenzen vom 31.12.1937. Die SPD wird sich dabei bemühen, soviel wie möglich von Deutschland für die Deutschen zu erhalten. Die SPD hat nie den Eindruck zu erwecken versucht, als könne irgendein deutscher Politiker den von Hitler begonnenen und total verlorenen Krieg nachträglich am Verhandlungstisch gewinnen. Unser Wille zur Einheit schliesst die Bereitschaft zu Opfern ein. Aber dieser Wille gebietet auch, dass wir uns innerhalb unseres Volkes unablässig um ein Höchstmass an Solidarität, besonders zwischen Einheimischen und Vertriebenen bemühen.“⁵⁹⁰

In der SPD wurde die Vertriebenen denkschrift kontrovers diskutiert.⁵⁹¹ Die Stellungnahme des Arbeitskreises war ein Kompromiss der verschiedenen Positionen.⁵⁹² Eppler konnte sich

Mitglied des Finanzausschusses; vgl. Fraktionssitzung, 2.12.1965 (S.746-759), S. 748-752, in: Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961-1966.

⁵⁸⁷ Vgl. Eppler, Erhard, Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit, S. 61-63.

⁵⁸⁸ Vgl. Heck, Thomas E., EKD und Entspannung, S. 186f.; vgl. Denkschrift der EKD zur Ostpolitik, Die SPD-Fraktion teilt mit, Nr. 301/65 (27.10.1965) (1 S.), S. 1, Dep. Eppler 175.

⁵⁸⁹ Vgl. Peter Nellen/Erhard Eppler an Carlo Schmid, 4.4.1966, NL Schmid 1223.

⁵⁹⁰ Entwurf Dr. Erhard Eppler und Peter Nellen zu einer sozialdemokratischen Stellungnahme (sic!) zur Vertriebenen denkschrift der EKD, NL Schmid 1223.

⁵⁹¹ Herbert Wehner trug in der SPD-Fraktionssitzung am 3.5.1966 die im Arbeitskreis „nach zahlreichen Diskussionen erarbeitete Stellungnahme vom 26.4.1966“ vor; vgl. Fraktionssitzung, 3.5.1966 (S. 865-870), S. 868, in: Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961-1966.

⁵⁹² Vgl. Arbeitskreis I, Zusammenfassung und Ergebnis der Diskussion im Arbeitskreis I über die Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“, 22.4.1966, NL Schmid 1223.

durchsetzen, denn in die endgültige offizielle Stellungnahme vom 26. April 1966 wurden fast alle Anregungen von ihm und Nellen übernommen⁵⁹³ und er bereitete die einstimmig verabschiedete Erklärung der SPD-Bundestagsfraktion zur Ostdenkschrift maßgeblich vor.⁵⁹⁴ Die Ähnlichkeit mit Nellen und Epplers Entwurf zeigt die entsprechende Passage der endgültigen Stellungnahme:

„Die Einheit Deutschlands muß im Rahmen einer friedensvertraglichen Regelung herbeigeführt werden, wobei auch die Grenzen des wiedervereinigten Deutschlands festzulegen sind. Ausgangspunkt solcher Verhandlungen sind nach der Rechtslage die Grenzen vom 31.12.1937. Kein deutscher Politiker kann den von Hitler begonnenen und total verlorenen Krieg nachträglich am Verhandlungstisch gewinnen. Die SPD wird sich dabei bemühen, so viel wie möglich von Deutschland für die Deutschen zu erhalten. Unser Wille zur Einheit schließt die Bereitschaft zu Opfern ein. Aber dieser Wille gebietet auch, daß wir uns innerhalb unseres Volkes unablässig um ein Höchstmaß an Solidarität, besonders zwischen Einheimischen und Vertriebenen, bemühen.“⁵⁹⁵

Ziel der Ostdenkschrift war für Eppler, dass die evangelische Kirche in Deutschland ihrer Verantwortung im politischen Raum gerecht werde und die öffentliche Diskussion fördere. Er hielt die Denkschriften der EKD für den „Versuch einer Entideologisierung von Sachproblemen aus der Nüchternheit christlichen Glaubens heraus“. Die SPD habe sich gemäß den Erwartungen der EKD an die politischen Kräfte an der Diskussion beteiligt. Er bewertete die Diskussion um die Denkschrift in der SPD zwischen Vertriebenen und den in der evangelischen Kirche verantwortlichen SPD-Politikern wie Heinemann positiv. Man habe so lange diskutiert, bis man eine für alle akzeptable Lösung gefunden habe. Für die SPD sei es selbstverständlich, den eigenen Standpunkt nicht aufzugeben, auch wenn in der Denkschrift der polnische ausgiebig zu Wort komme. Das deutsche Volk müsse, wenn es die von Hitler verursachte Spaltung überwinden wolle, zu Opfern bereit sein. Eppler wollte aber keine Entscheidung hinter dem Rücken der Vertriebenen fällen.⁵⁹⁶

Positiv an der Ostdenkschrift war nach seiner Ansicht weiter, dass das Ausland sehe, dass die Deutschen nun ihre „etwas verkrampfte Selbstbezogenheit“ verließen. Die Denkschrift sei ein „mutiger Dienst“ am deutschen Volk, weil sie die Deutschen vor der geistigen und politischen Isolierung bewahren wolle, in die das deutsche Beharren auf Ansprüche führen müsse und ein Dienst an Europa, weil sie den Deutschen klarmache, dass sie nicht auf Dauer nach Osten nationalistisch reagieren könnten, während sie nach Westen, Süden und Norden längst europäisch denken und handeln würden. Eppler lehnte eine Aufgabe des Anspruchs auf Wiedervereinigung ab, betrachtete es aber als zwecklos auf ein Recht zu

⁵⁹³ Vgl. Arbeitskreis I, Schriftliche Unterlage für die Bundestagsfraktion über das Ergebnis der Diskussion im Arbeitskreis I betr. die Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“, 26.4.1966, NL Schmid 1223; vgl. Denkschrift der EKD, Die SPD-Fraktion teilt mit, Nr. 171/66 (4.5.1966) (2 S.), S. 1f., NL Schmid 1223.

⁵⁹⁴ Vgl. Heck, Thomas E., EKD und Entspannung, S. 189.

⁵⁹⁵ Denkschrift der EKD, Die SPD-Fraktion teilt mit, Nr. 171/66 (4.5.1966), S. 2.

⁵⁹⁶ Vgl. Eppler, Erhard, Ein Stück freier Partnerschaft. SPD nimmt Stellung zur Vertriebenen denkschrift der EKD, SPD-Pressedienst, 4.5.1966, Dep. Eppler 175.

pochen, solange die Bundesrepublik nicht einmal intern zur Entwicklung eigener Vorschläge für einen Friedensvertrag mit ganz Europa imstande sei. Solange die Deutschen den Anspruch auf Einheit nicht mit Substanz füllen könnten, sollten sie ihre Umwelt nicht mit „allzu viel Pathos“ „nerven.“⁵⁹⁷

Eppler wurde plötzlich im Oktober 1966 Mitglied der KAMMER FÜR ÖFFENTLICHE VERANTWORTUNG, in der er an der letzten gesamtdeutschen Denkschrift der evangelischen Kirche in Deutschland mitarbeitete. Er wurde zunächst in die Deutsche Arbeitsgruppe CCIA (Commission of the churches on international Affaires of the World Council) berufen. Doch aufgrund „kritischer Erwägungen zur personellen Zusammensetzung dieser Arbeitsgruppe“ auf einer Sitzung in Ost-Berlin, die nach Angaben des Oberkirchenrates Erwin Wilkens nicht an Eppler lagen und nicht vorhersehbar waren, „da sie mit einer neuen Phase in der staatlichen Kirchenpolitik in der DDR“ in Zusammenhang stünden, wurde er nicht als Mitglied der Deutschen Arbeitsgruppe CCIA geführt, sondern in die KAMMER FÜR ÖFFENTLICHE VERANTWORTUNG berufen. Wilkens lud Eppler zu den Sitzungen der Kammer ein, die eine Schrift über KRIEGSVERHÜTUNG UND FRIEDENSSICHERUNG (die spätere Denkschrift FRIEDENSAUFGABEN DER DEUTSCHEN) ausarbeiten sollte.⁵⁹⁸

Aufgrund von Terminüberschneidungen musste Eppler sich im Dezember 1966 entscheiden, ob er an der Sitzung der Kammer teilnehme. Er wollte den anderen wichtigen Termin absagen, wenn er Mitglied der UNTERKOMMISSION DEUTSCHLANDFRAGE der KAMMER FÜR ÖFFENTLICHE VERANTWORTUNG sei und diese Unterkommission über „unverbindliche Reden“ herauskommen könne.⁵⁹⁹ Wilkens überließ ihm die Entscheidung, in welcher Unterkommission er mitarbeiten wolle, befürwortete aber dessen Mitarbeit in der UNTERKOMMISSION DEUTSCHLANDFRAGE. Epplers Teilnahme an der Sitzung der Kammer fand Wilkens wichtig, auch weil sich seiner Meinung nach die Kammer bei der Arbeit KRIEGSVERHÜTUNG UND FRIEDENSSICHERUNG zu den speziellen Fragen der deutschen Situation äußern müsse. Ob die Unterkommission mehr als „unverbindliches Reden“ bewirke, hänge auch von deren Mitgliedern ab. Gerade deswegen sei seine Mitarbeit dort wichtig. Er bat ferner um Epplers gastweise Mitarbeit bei der Arbeitsgruppe CCIA und um den Entwurf eines kirchlichen Wortes zur Notstandsgesetzgebung.⁶⁰⁰

An der nächsten Sitzung der UNTERKOMMISSION DEUTSCHLANDFRAGE sollten als Bundesdeutsche Professor Diem, Eppler und Richard von Weizsäcker teilnehmen. Wilkens hatte Eppler, der bisher an dieser Gruppe noch nicht teilgenommen hatte, zur Mitarbeit in dieser

⁵⁹⁷ Vgl. ders., Die Ostdenkschrift der EkiD, in: ders., Spannungsfelder (S. 211-215), S. 212-215 (Vortrag im Süddeutschen Rundfunk, 5.3.1966).

⁵⁹⁸ Vgl. Erwin Wilkens an Erhard Eppler, 10.10.1966, 2/1357, Ev. Zentralarchiv.

⁵⁹⁹ Vgl. Erhard Eppler an Erwin Wilkens, 15.11.1966, 2/1357, Ev. Zentralarchiv.

⁶⁰⁰ Vgl. Erwin Wilkens an Erhard Eppler, 25.11.1966, 2/1357, Ev. Zentralarchiv.

Unterkommission gedrängt. Auch wenn Eppler Ergebnisse der Unterkommission sehr wichtig waren, befürchtete er, dass das sehr schwer sei.⁶⁰¹

Da sich die Teilnehmer auf der letzten Sitzung des UNTERAUSSCHUSSES DEUTSCHLANDFRAGE in Ostberlin für eine grundsätzliche Klärung der Ziele ausgesprochen hatten, wurde Eppler mit einem Entwurf über AUSGANGS- UND ZIELVORSTELLUNGEN EINER DEUTSCHLANDPOLITIK beauftragt. Er bat Wilkens im Frühjahr 1967 darum, den Freunden „drüben“ diesen Entwurf bald zukommen zu lassen, um auf der nächsten Sitzung Zeit bei der Diskussion sparen zu können.⁶⁰² Auch wenn sein Ansatz völlig anders war als die Ausarbeitungen von Hamel und v. Weizsäcker, bemühte er sich, den Entwurf so zu gestalten, dass sich die bisher im Unterausschuss vorgetragenen Gedanken darin einfügen ließen.⁶⁰³ Auf diesen wichtigen Entwurf, der Epplers Vorstellungen zur Deutschlandpolitik 1967 zeigt, wird im folgenden ausführlich eingegangen.

Nach Epplers Überzeugung hatte sich die Politisierung von Herders über die Romantik in den deutschen Konservatismus übergegangenen Volksbegriff in der deutschen und europäischen Geschichte verheerend ausgewirkt. In den letzten Jahren sei allerdings der politisch relevantere Begriff der Nation in Deutschland bedeutender geworden. Der souveräne Nationalstaat in Europa war nach seiner Darstellung überholt, da er ökonomisch und militärisch nicht mehr voll funktionstüchtig sei und das relative Maß an Sicherheit, das im Atom-Zeitalter möglich sei, nicht mehr gewähren könne. Die Nationalstaaten von 1919 seien inzwischen entweder verschwunden, in Bündnisse wie die NATO oder den Warschauer Pakt eingebunden oder wie Deutschland geteilt.

Auch den Versuch, die europäischen Nationalstaaten in ideologisch bestimmte und einander entgegengesetzte Blöcke einzuschmelzen, hielt er für misslungen. Wieder ging Eppler spätestens seit Beginn der sechziger Jahre von einer Schwächung der ideologischen Bindungen in beiden Blöcken zugunsten der nationalen Interessen und Ansätzen zu einem Bewusstsein gesamteuropäischer Solidarität aus.

Die Stärkung der nationalen Bindungen gegenüber den ideologischen bemerkte er zwischen den Staaten (etwa die Kooperation über die Blockgrenzen, das Auftreten nationaler Gegensätze innerhalb der Blöcke) und innerhalb der Nationen (z.B die immer stärker werdende Integration der äußersten Linken, nationale Interessen als Legitimation der kommunistischen Führungsschichten im Ostblock). Seiner Meinung nach waren nun die Ursachen für die Spannungen im Verhältnis zwischen dem Ostblock (Polen, CSSR, Sowjetunion) und der Bundesrepublik eher nationale als ideologische Motive.

⁶⁰¹ Vgl. Erwin Wilkens an Richard Frh. von Weizsäcker, 12.12.1966, 2/1357, Ev. Zentralarchiv.

⁶⁰² Vgl. Erhard Eppler an Oberkirchenrat Erwin Wilkens, 13.4.1967, 2/1359, Ev. Zentralarchiv.

⁶⁰³ Vgl. Eppler, Erhard, Zu Diskussionspunkt 4) des Unterausschusses „Deutschlandpolitik“ der Kammer für öffentliche Verantwortung. Ausgangs- und Zielvorstellungen einer Deutschlandpolitik, 6.4.1967 (10 S.), S. 10, Dep. Eppler 169 (vgl. den identischen Text: ders., Ausgangs- und Zielvorstellungen einer Deutschlandpolitik, 7 S., 2/1358, Ev. Zentralarchiv).

Ein Rückfall in den alten Nationalismus der zwanziger Jahre könne nicht mehr durch ein festeres Einbinden der Nationen in die einzelnen Blöcke, sondern nur durch ein gesamt-europäisches Gefühl der Solidarität aufgefangen werden. Die Nationen waren seiner Überzeugung nach vorläufig als Ordnungselemente in Europa unentbehrlich. Theologisch konnte für ihn die Nation Bedeutung behalten als „Ort unserer primären Verantwortung“. Als Charakteristika der Nationen betrachtete Eppler die gemeinsame Geschichte und damit die Suche nach gemeinsamen Antworten, gemeinsame Grundwerte und gemeinsame Aufgaben (z.B. Selbstbehauptung, die Suche nach einem Platz in einer friedlichen Völkerordnung, für die Industrienationen zusätzlich Entwicklungshilfe) und oft die gemeinsame Sprache und Kultur. Ziel der Nationen könne nicht der souveräne Nationalstaat, die Einschmelzung der Nationen in Blöcke oder die Gleichschaltung eines Blockes mit den anderen sein. Denkbar in der Zukunft war für Eppler ein europäischer Zusammenschluss mit Nationalcharakter.

Nach seinen europäischen Zielvorstellungen sollte Europa mit anderen regionalen Zusammenschlüssen und den Weltmächten verzahnt sein. Europas Funktion sei eine allgemeine Friedensordnung. Die Weltmächte könnten aus ihrer Verantwortung für die Sicherheit in Europa nicht völlig entlassen werden. Ein neues Sicherheitssystem sollte die Blöcke verbinden und später ablösen und die Sicherheit für Deutschland, vor Deutschland und vorläufig auch der beiden Teile Deutschlands voreinander gewährleisten. Zu Europa gehörten seiner Auffassung nach alle rein europäischen Länder. Die Weltmächte seien Partner, nicht aber Teil von Europa. In Europa werde es verschiedene Gesellschaftsordnungen geben, die sich langsam aufeinander zu bewegen könnten. Notwendig sei eine enge ökonomische Zusammenarbeit mit dem Ziel eines gemeinsamen Marktes. Er plädierte für eine Kooperation, z.B. bilaterale Beziehungen zwischen den Ländern West- und Osteuropas, die dann Institutionen nötig mache. Dieses Europa setze nicht die Auflösung bestehender europäischer Institutionen voraus, die sich, obwohl mit starkem ideologischem Akzent geschaffen, in letzter Zeit nach Epplers Darstellung als wandlungsfähig erwiesen hatten.⁶⁰⁴

Er glaubte an die deutsche Nation:

„1. Es gibt eine deutsche Nation im Bewußtsein der anderen europäischen Nationen. „Deutsche sind die Mitteleuropäer, die Deutsch sprechen und von anderen Nationen als Deutsche angesehen werden, womit sich bestimmte Befürchtungen, Erwartungen und Hoffnungen verknüpfen.

2. Es gibt die deutsche Nation noch im Bewusstsein der Deutschen selbst. Es gibt noch ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, und zwar in beiden Teilen Deutschlands. Deutschland ist, wo jährlich bis zu zwei Millionen Menschen eine Grenze überqueren, um Verwandte zu besuchen. Deutsche Nation ist, wo man auf Passierscheine hofft.“⁶⁰⁵

Deutsche Nation bedeutete für ihn das Leben „im geistigen Spannungsfeld“ zwischen Luther, Goethe und Marx, die Suche nach einer politischen und geistigen Antwort auf den Nationalsozialismus, denn die Bundesrepublik und die DDR verstünden sich als Antworten

⁶⁰⁴ Vgl. ebd., S. 1-4.

⁶⁰⁵ Ebd., S. 5.

auf den Nationalsozialismus, und das Ertragen von Gebietsverlusten. Die Formulierung gemeinsamer politischer Grundwerte und politischer Aufgaben für eine deutsche Nation war für Eppler noch möglich, die Neukonstituierung eines deutschen Staates „denkbar und wünschenswert“, allerdings nicht die Forderung nach Gebieten, die heute nicht mehr von Deutschen bewohnt würden. Ein neukonstituierter deutscher Staat sei nur sinnvoll als ein - möglicherweise in sich stark differenzierter – Teil einer europäischen Ordnung. Volle Souveränität waren für ihn weder möglich noch wünschenswert.

Die Sozialstruktur in einem der Teile Deutschlands könne und solle nur auf Wunsch des betroffenen Teils selbst geändert werden. Eppler wollte einen deutschen Gesamtstaat mit einem stärker föderativen Charakter als jeder der bestehenden Staaten und als Ergebnis eines „langsamen Zusammenwachsens“. Dieses Ziel sei erreicht, wenn aufgrund gemeinsamer staatlicher Institutionen die politischen, kulturellen und ökonomischen Bindungen zwischen beiden deutschen Staaten stärker seien als die beider Teile zu ihren jeweiligen Nachbarn. Die Formen der Zusammenarbeit und die Institutionen sollten sich nach dem Stand der Kooperation richten. In einem föderativen Gesamtstaat sollte Berlin wieder „seine natürliche Funktion“ übernehmen können.

Nach seiner Ansicht setzte die Neukonstituierung eines deutschen Staates die radikale Demokratisierung des deutschen Nationalbewusstseins voraus. Die Spaltung zwischen Nationalbewusstsein und Demokratie habe das Aufkommen des Nationalsozialismus erleichtert und die Überwindung der deutschen Spaltung nach 1945 erschwert. Die Überwindung dieser Spaltung müsse auch von innen überwunden werden. Hier war seiner Einschätzung nach in den letzten Jahren einiges erreicht worden, etwa durch Adenauers Integration des katholischen Volksteils in die Nation oder die Integration eines Großteils der Arbeiterbewegung durch Wehner. Seit etwa 1960 gebe es einen völlig neuen Zustand in der deutschen Geschichte, denn keine große Gruppe werfe der anderen Verrat nationaler Interessen vor. Diese Demokratisierung des deutschen Nationalbewusstseins müsse für die Überwindung der deutschen Spaltung genutzt werden.

Wenn Nationalbewusstsein primär das Bewusstsein einer an niemand abtretbaren politischen Verantwortung sei, müsse es sich auf die gemeinsamen Grundwerte und die sich daraus ergebenden gemeinsamen Aufgaben konzentrieren, die die überwiegende Mehrheit der Bürger „beider deutscher Staaten“ verständlich und akzeptabel finden müsse. Eppler betrachtete als wichtigste Grundwerte die drei neu zu interpretierenden Grundwerte der französischen Revolution (Freiheit, Gleichheit, Solidarität) und den Frieden. So sei Solidarität besonders nach dem Nationalsozialismus, nach der Vertreibung von Millionen Deutschen aus ihrer Heimat, nach der ungleichen Verteilung der Lasten auf die Teile Deutschlands und nach der großzügigen Hilfe fremder Völker für das zerstörte Deutschland nötig. Die Deutschen sollten sich nun mit ihrem Beitrag zum Frieden beschäftigen.

Nach Eppers Meinung waren freiere Entfaltungsmöglichkeiten für die Bürger und Gesellschaftsgruppen in der DDR auch dann im Interesse aller Deutschen, wenn sie kein Schritt zu einer Neukonstituierung eines deutschen Staates seien. Er schlug sogar vor, das Risiko in Kauf zu nehmen, dass sich die „Bürger der DDR“ irgendwann in freier Entscheidung als eigene Nation mit eigenen Grundwerten konstituierten. Deshalb war für ihn jede Angleichung der Startchancen aller Bürger, vor allem in der Bundesrepublik, ein Schritt zur Realisierung gemeinsamer, besonders für die Bürger der DDR heute schon unverzichtbarer Grundwerte. Solidarität innerhalb und zwischen den beiden Staaten, gegenüber ihren europäischen Nachbarn, vor allem aber durch beide Staaten gegenüber den Entwicklungsländern, sei deshalb im Interesse aller Deutschen. Jeder Einsatz eines der beiden deutschen Staaten für den Frieden Europas und der Welt (z.B. Rüstungsbegrenzung und -kontrolle, Ende des atomaren Rüstungswettlaufs und der Weiterverbreitung atomarer Waffen, Gewaltverzichtserklärungen, vor allem aber ein friedliches Neben- und Miteinander beider deutscher Staaten) geschahen für Eppler im Sinne aller Deutschen, auch wenn dies nicht direkt zur staatlichen Einheit führe.

In einer Nation, die sich durch solche Grundwerte und Aufgaben verstehe, hätten grundsätzlich alle nun im Bundestag und der DDR-Volkskammer vertretenen Parteien Platz. Eppler befürwortete eine kommunistische Partei in der Bundesrepublik, da die kommunistischen Parteien in vielen Ländern West-, Süd-, und Nordeuropas ihre Isolierung verlassen würden und zur Übernahme von Verantwortung in freien Nationen bereit seien. Sein Ziel war, die Ansichten aller bestehenden Parteien in beiden Teilen Deutschlands legal hörbar zu machen, um alle stärker mit der „ganzen deutschen Wirklichkeit“ zu konfrontieren. Die Neukonstituierung eines deutschen Staates ohne die Mitwirkung zumindest der großen Parteien in beiden Teilen Deutschlands hielt er nicht für möglich.

Bezüglich des Alleinvertretungsanspruchs erklärte er, dass niemand einen Anspruch habe, die Menschen im jeweils anderen Teil Deutschlands zu vertreten und man politisch nur denjenigen vertreten könne, der dies wolle. Er verlangte von den politisch Verantwortlichen, sich bei jeder politischen Handlung zu fragen, ob ihr auch die Menschen im anderen Teil Deutschlands zustimmen könnten. Diese Zustimmung sei sicherer, je mehr auf dem Boden der Grundwerte aller Deutschen gehandelt und sich mit Aufgaben beschäftigt werde, die im Interesse aller Deutschen lägen.⁶⁰⁶ Eppler lehnte eine Anerkennung der DDR ab:

„Eine formelle Anerkennung der beiden deutschen Staaten wäre unvermeidlich, wenn eine Mehrheit in einem Staat in freier Entscheidung die dauernde Trennung wünschen sollte. Dies wäre vom jeweils anderen Teil zu respektieren.

Eine formelle gegenseitige Anerkennung wäre auch denkbar, wenn damit erkennbar eine neue Phase der Kooperation zwischen den beiden deutschen Staaten eingeleitet würde mit dem beiderseits erklärten Ziel der späteren Neukonstituierung eines deutschen Staates.

⁶⁰⁶ Vgl. ebd., S. 5-9.

Einem gegenseitigen Botschafteraustausch, der – ohne freie Entscheidung der Deutschen – lediglich als abschließende juristische Formel für die endgültige Trennung zweier verfeindeter deutscher Staaten zu verstehen wäre, können wir das Wort nicht reden.
Es geht nicht um das Prestige des einen oder anderen deutschen Staates, es geht darum, dass Deutsche in Frieden, Solidarität und Freiheit ihren gemeinsamen Aufgaben gerecht werden.“⁶⁰⁷

Von Weizsäcker und Eppler erarbeiteten im Auftrag der KAMMER FÜR ÖFFENTLICHE VERANTWORTUNG in der UNTERKOMMISSION DEUTSCHLANDFRAGE die letzte gesamtdeutsche und gesamtkirchliche Publikation der EKD, die Denkschrift DIE FRIEDENSAUFGABEN DER DEUTSCHEN. 1967 und 1968 trafen sie sich zur Ausarbeitung der Schrift in Ostberlin mit Christen aus der DDR.⁶⁰⁸ Die Denkschrift wurde sogar fast ausschließlich dort beraten und beschlossen. Von Weizsäcker glaubt, dass die Erfahrungen bei der politischen Mitarbeit in kirchlichen Gremien Eppler und ihn verbunden hätten und oft Ermutigung gegenüber der Atmosphäre ihres professionellen politischen Alltags gewesen seien.⁶⁰⁹ Sie seien trotz „nächtelangen“ Streits über Thesen und Formulierungen ihres Entwurfes für die Denkschrift letztlich immer wieder zu einem Kompromiss fähig gewesen.⁶¹⁰ Allerdings sah von Weizsäcker trotzdem bei Epplers Nationenbegriff aus der Denkschrift DIE FRIEDENSAUFGABEN DER DEUTSCHEN die Gefahr, dass Eppler die Nation mit zuviel gesellschaftspolitischer Kritik und Zielsetzung betrachte.⁶¹¹

Im November 1967 diskutierte die KAMMER FÜR ÖFFENTLICHE VERANTWORTUNG über eine Erklärung der Kammer zum Atomwaffensperrvertrag⁶¹² und zur Notstandsgesetzgebung⁶¹³. Von Weizsäcker und Eppler berichteten von der Sitzung in Ostberlin über die POLITISCHEN FRIEDENSAUFGABEN DER DEUTSCHEN und plädierten für eine baldige Veröffentlichung. Zwar sei der Inhalt des Textes nicht zeitbedingt, doch da „die gegenwärtige Situation einer zunehmenden Verhärtung zwischen den beiden Teilen Deutschlands“ die Basis des Doku-

⁶⁰⁷ Ebd., S. 9f.

⁶⁰⁸ Vgl. Eppler, Erhard, Komplettes Stückwerk, S. 88f.; vgl. Heck, Thomas E., EKD und Entspannung, S. 223.

⁶⁰⁹ Vgl. Weizsäcker, Richard von, Vier Zeiten, S. 185f.

⁶¹⁰ Vgl. Pflüger, Friedbert, Richard von Weizsäcker, S. 451

⁶¹¹ Vgl. Dr. Richard Freiherr von Weizsäcker, Erste Beratung der Ostverträge im Deutschen Bundestag. 173. Sitzung am 25. Februar 1972, in: Bulletin Nr. 28 (28.2.1972), (S. 493f.) S. 493; von Weizsäckers Kritik an der SPD-Stellungnahme zur Nation und an Heinemanns Bewertung der Nation 1972 betrachtete Eppler als Angriff auf das Staatsoberhaupt. Heinemann fühlte sich von den Äußerungen nicht verletzt und von Weizsäcker hielt diesen Vorwurf nicht für zutreffend. Er schrieb Heinemann, dass er und Eppler sich in der Denkschrift DIE FRIEDENSAUFGABEN DER DEUTSCHEN bei unterschiedlichen Ausgangspunkten verständigt hätten und er einen Konflikt zwischen Heinemann und Eppler vermeiden wolle; vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 6. Wahlperiode. Stenographische Berichte, 172. Sitzung, 24.2.1972/173. Sitzung, 25.2.1972, Bonn 1969-1973, S. 9838, S. 9957; vgl. Gustav Heinemann an Richard von Weizsäcker, 6.3.1972, NL Heinemann II 61; vgl. Richard von Weizsäcker an Gustav Heinemann, 28.2.1972, NL Heinemann II 61.

⁶¹² Im Herbst 1967 wartete Wilkens sehr auf eine Äußerung von Eppler bezüglich einer Erklärung des Rates der EKD zum Atomwaffensperrvertrag, denn Epplers Meinung sei wichtig; vgl. Erwin Wilkens an Erhard Eppler, 22.9.1967, 2/1369, Ev. Zentralarchiv.

⁶¹³ Eppler stimmte 1968 für die Notstandsgesetze und wollte durch „eine Außenpolitik des Friedens“ dafür sorgen, dass der Fall, für den die Notstandsgesetze vorsorgen wollten, nie eintrete; vgl. Eppler, Erhard, An die Zeitungen im Wahlkreis von Dr. Eppler, 30.5.1968, Dep. Eppler 14 (gleicher Text: ders., Zu den Notstandsgesetzen, in: ders., Einsprüche, S. 63).

ments bilde, könne die Veröffentlichung nicht beliebig lange hinausgeschoben werden. Das Dokument wurde in der Sitzung kritisiert: Es wurde dringend eine Klärung der „kirchen-theologischen Legitimation“ des Dokuments gefordert. Auch werde in dem Text die Gleichwertigkeit der verschiedenen gesellschaftlichen Systeme in beiden Teilen Deutschlands zu selbstverständlich vorausgesetzt und deshalb Begriffe gebraucht, die in den verschiedenen Teilen Deutschlands unterschiedliche Bedeutungen hätten. Es wurden die „politisch empfindlichen und umstrittenen“ Teile des Dokuments bemängelt und sprachliche Verbesserungen vorgeschlagen. Von Weizsäcker und Eppler wollten daraufhin eine überarbeitete Fassung des Dokuments vorlegen.⁶¹⁴

Die am 1. März 1968 von der KAMMER FÜR ÖFFENTLICHE VERANTWORTUNG veröffentlichte Denkschrift FRIEDENSAUFGABEN DER DEUTSCHEN erinnert teilweise stark an Epplers AUSGANGS- UND ZIELSVORSTELLUNGEN EINER DEUTSCHLANDPOLITIK.⁶¹⁵ Die Autoren der Denkschriften glaubten nicht an eine isolierte Lösung der deutschen Frage, die mit den Friedensaufgaben in Europa und der Welt eng verknüpft sei. Auch die Deutschen müssten Friedensaufgaben übernehmen und förderten durch deren Wahrnehmung zudem die deutsche Einheit. Es werden die weltweiten und gemeinsamen Aufgaben in Europa und der Beitrag der Deutschen zur Friedenssicherung beschrieben. Die Verfasser gingen von der Fortdauer der deutschen Nation aus und sahen weder ein befriedetes Europa ohne ein befriedetes Deutschland noch ein befriedetes Deutschland ohne Friedensordnung in Europa. Die Herstellung einer politischen Gemeinschaft der Deutschen sei erstrebenswert und fördere den Frieden. Ziel sei eine europäische Ordnung mit der Zusammenarbeit der europäischen Glieder unter erheblichen Souveränitätsverzichten und ohne hegemoniale Übergewichte. Nur so sei eine politische Gemeinschaft der Deutschen möglich und sinnvoll.⁶¹⁶

Epplers deutschlandpolitisches Engagement in der evangelischen Kirche wurde nicht nur begrüßt. Kirchenrat Eduard Putz fürchtete 1968, dass von Weizsäcker und Eppler die Herausgabe eines Wortes zur Deutschlandfrage im Rahmen der EKID durchsetzen wollten.⁶¹⁷ Eppler verteidigte sich, denn von Weizsäcker und er hätten den Auftrag gehabt, darüber nachzudenken, „was die Deutschen zum Frieden als Nation noch beizutragen hätten.“ Es sei darum gegangen, ob Glieder der evangelischen Kirche in beiden Teilen Deutschlands noch eine gemeinsame Aussage zu den Aufgaben des Volkes treffen könnten. Obwohl dies zu Beginn der Diskussion zweifelhaft gewesen sei, habe man schließlich eine gemeinsame

⁶¹⁴ Vgl. Niederschrift über die Sitzung der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für öffentliche Verantwortung, 10./11.11.1967 (5 S.), S. 1-3, 2/1365, Ev. Zentralarchiv.

⁶¹⁵ Im Juli 1967 existierten fünf Vorlagen zu Teilen der geplanten Studie; zwei von Eppler, je eine von von Weizsäcker, Johannes Hamel und eine Gemeinschaftsarbeit von Hamel und Elisabeth Adler; Eppler, Hamel und Adler überarbeiteten den von Weizsäcker vorgelegten Text; vgl. Heck, Thomas E., EKD und Entspannung, S. 225.

⁶¹⁶ Vgl. Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für öffentliche Verantwortung, Friedensaufgaben der Deutschen. Eine Studie, Gütersloh 1968, S. 7-22.

⁶¹⁷ Vgl. Eduard Putz an Erwin Wilkens, 2.2.1968, Dep. Eppler 176.

Sprache gefunden. Er betonte, dass eine Stellungnahme dieser Glieder der evangelischen Kirche über den deutschen Beitrag zum Frieden wie in dem verabschiedeten Papier aussehen werde. Wesentliche Änderungen in die eine oder andere Richtung würden auf Widerstand im jeweils anderen Teil Deutschlands stoßen. Mit einer Nichtveröffentlichung des Dokuments trage man ebensoviel Verantwortung wie mit einer Veröffentlichung.⁶¹⁸

Aufgrund der weitreichenden Übereinstimmung der FRIEDENSAUFGABEN DER DEUTSCHEN mit den Vorstellungen der SPD bat Eppler um positive Reaktionen der SPD auf die Denkschrift. Das entscheidende Politikum des Papiers war für ihn, dass es gegen den massiven Widerstand der CDU durchgesetzt und in Ostberlin von Gliedern der Kirche aus beiden Teilen Deutschlands formuliert worden sei.⁶¹⁹

Neben der theoretischen Beschäftigung besuchte Eppler über die evangelische Kirche verschiedene Ostblockstaaten, etwa Polen im Juni 1966 mit dem Männerwerk der Evangelischen Landeskirche in Württemberg.⁶²⁰

Er berichtete der SPD über diese Reise. Für ihn befand sich der Ökumenische Rat der Kirchen Polens (alle nichtkatholischen christlichen Gruppen Polens) in einer schwierigen Lage zwischen der katholischen Mehrheit und dem kommunistischen Staat. Als politische Gesprächspartner kämen daher nur die Kommunisten und die katholischen Bischöfe in Frage. Die deutsch-polnische Verständigung betrachtete er als schwierig, denn die Polen seien antideutsch, da sie von den deutschsprechenden Preußen und den Österreichern Jahrhunderte lang als Volk zweiter Ordnung behandelt und vom NS-Regime vernichtet worden seien. Die Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze verstärke bei den Polen das Gefühl der Unsicherheit und der Ausnahmesituation. Viele Polen sähen keine Zäsur nach 1945, denn im Gegensatz zu den deutsch-israelischen Beziehungen lägen zwischen dem Beginn der deutsch-polnischen Beziehungen zwanzig Jahre Kalter Krieg. Es gebe bisher nicht einmal eine moralische Basis für die Aussöhnung, da in der Bundesrepublik die NS-Verbrechen an den Juden viel bekannter seien als die an den Polen und die Diskussion durch das Erlebnis der Vertreibung Deutscher überlagert werde. Im Gegensatz zur Verständigung mit Polen war nach Epplers Einschätzung die Aussöhnung mit Frankreich ein „Kinderspiel“.⁶²¹

Er führte ein seiner Meinung nach sachliches, teilweise freundliches Gespräch mit dem polnischen Parlamentarier Jan Izydorczyk⁶²². Demnach betrachte die polnische Regierung die

⁶¹⁸ Vgl. Erhard Eppler an Eduard Putz, 7.2.1968, Dep. Eppler 176.

⁶¹⁹ Vgl. Erhard Eppler an Willy Brandt, 29.2.1968, Dep. Eppler 176.

⁶²⁰ Eppler wollte den SPD-Parteivorstand nicht mit der Verantwortung seiner Teilnahme „als einziger politisch exponierter Teilnehmer“ an der Polen-Fahrt im Rahmen des Evangelischen Männerwerks Württemberg belasten, vgl. Erhard Eppler an Willy Brandt, 12.4.1966, Dep. Eppler 93.

⁶²¹ Vgl. Dr. Erhard Eppler MdB, Eindrücke meiner Polenreise vom 9. bis 16. Juni 1966, 23.6.1966 (8 S.), S. 1-3, NL Erler 61B/Dep. Eppler 93.

⁶²² Jan Izydorczyk war 1950-1955 Botschafter in Ostberlin, später in Bukarest; seit 1945 Abgeordneter im Sejm, Mitglied der Vereinigten Arbeiterpartei; vgl. ebd., S. 4.

Friedensnote⁶²³ der Bundesregierung als „revisionistisch“, denke aber, dass Einzelheiten der Friedensnote nach der Anerkennung der Grenzen interessant werden könnten. Eppler erläuterte dem polnischen Parlamentarier den deutschen Rechtsstandpunkt in der Grenzfrage, der keine Aggressionsabsichten trage. Allerdings sei für die Deutschen ein Gespräch über die deutsche Grenze auch ein Gespräch über ganz Deutschland. Izydorczyk hatte nach seinem Bericht Verständnis dafür, dass die Bundesrepublik mit Polen nicht nur über die Grenze, sondern über ganz Deutschland sprechen wolle, doch sei dies vorerst nicht möglich. Er sei noch verständnisbereiter bezüglich der Flüchtlingsverbände gewesen und halte einen deutsch-polnischen Dialog für sinnvoll, wenn in Deutschland die Einheimischen und die Vertriebenen als eine Nation sprächen. Die Zahl rückkehrbereiter Vertriebener hielt Izydorczyk für wesentlich geringer als Eppler, der eine Trennung der Themen Heimatrecht und Grenzziehung für die innerdeutsche Diskussion als große Entlastung betrachtete. Izydorczyk schlug nach Epplers Bericht nach der Anerkennung der Grenze durch die Bundesrepublik die Aufnahme voller diplomatischer, kultureller und sonstiger Beziehungen vor und halte auch die Frage der Entschädigungen für polnische NS-Opfer dann für akut.⁶²⁴ Eppler berichtete dazu weiter:

„Meine Frage (sic!), ob man für den Fall einer solchen Entschädigungsrechnung die materiellen Verluste der Vertriebenen mit einbeziehen könnte, meinte er: bei der Übernahme durch Polen habe es in diesen Gebieten kaum mehr Vieh, Maschinen oder Häuser gegeben. Fast alles sei zerstört gewesen. Auf meinen Einwand, dass dies keine sehr hoffnungsvollen Perspektiven für einen deutschen Politiker seien, sagte Izydorczyk: er könne sich eine enge Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Polen auf verschiedenen Gebieten sehr wohl vorstellen.“⁶²⁵

Nach seinem Bericht war Polen mit den wirtschaftlichen Beziehungen zur Bundesrepublik zufrieden und wollte schon vor der Anerkennung der Grenze und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen den von Eppler besonders angesprochenen Jugendaustausch und die kulturellen Beziehungen verstärken. Für die Zurückhaltung der SPD gegenüber der SED (Redneraustausch SPD-SED) habe Izydorczyk anscheinend Verständnis gehabt. Die SED war nach Epplers Einschätzung in Polen nicht „übermässig gut angeschrieben“. Izydorczyks wichtigste Bemerkungen waren für ihn die über die Unterhaltung Brandts mit dem sowjetischen Botschafter in Ostberlin, Abrassimow. Die Sowjetunion wolle demnach in europäischen Fragen die Initiative ergreifen und habe begriffen, dass die Bundesregierung kein vernünftiger Gesprächspartner sei, weshalb sie nun die Opposition einschalten wolle.

⁶²³ Mit ihrer Friedensnote vom März 1966 wandte sich die Bundesregierung an alle Staaten auch des Ostens, außer der DDR, und bot Gewaltverzichtserklärungen (Ausnahme DDR) an, änderte aber ansonsten an ihrer Politik nichts (Weigerung, das Münchener Abkommen für ungültig zu erklären, Vorwürfe an Polen; Deutschland bestehe völkerrechtlich in den Grenzen von 1937 fort). Der Osten sah diese Note als Verschärfung der Bonner Politik, auch weil die DDR, die von den Bonner Ansprüchen am meisten bedroht wurde, aus Gewaltverzichtserklärungen ausgeschlossen wurde. Folge der Note war eine weitere Solidarisierung des Ostblocks mit der DDR; vgl. Bender, Peter, Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen, S. 116-118.

⁶²⁴ Vgl. Dr. Erhard Eppler MdB, Eindrücke meiner Polenreise, S. 4-6.

Abrassimow sei mit dem Gespräch teilweise zufrieden gewesen. Die Stellungnahme der SPD-Fraktion zur EKD-Denkschrift war weder den protestantischen Gesprächspartnern noch dem polnischen Parlamentarier bekannt, doch hatten die polnischen Gesprächspartner nach Eppers Auffassung ein „ziemlich differenziertes Bild“ von der Bundesrepublik. Izydorczyks Freundlichkeit erklärte er damit, dass die SPD „möglicherweise für manche Konzeption einer neuen Europapolitik wieder interessant“ sei.⁶²⁶

Für Eppler waren die Polen das Volk in Europa mit dem wachsten Nationalbewusstsein, das mehr in Nationen als in Ideologien denke. Das beherrschende Thema sei nicht Polen und der Westen, sondern Polen und Deutschland. Wieder bewertete er die deutsch-polnische Versöhnung als schwieriger als die deutsch-französische Verständigung. Er kritisierte Polens Versuch, nachzuweisen, dass Schlesien oder Pommern immer polnisch gewesen seien.⁶²⁷

Bei seiner Moskareise im September 1967 mit der Evangelischen Akademie Bad Boll wollte Eppler im sowjetischen Außenministerium über atomare Nichtverbreitung und europäische Sicherheit sprechen.⁶²⁸ Aufgrund der bisherigen Erfahrungen bezweifelten die Zuständigen der Deutschen Botschaft in Moskau die Gesprächsbereitschaft beim sowjetischen Außenministerium zu diesen Themen.⁶²⁹ Eppler erläuterte dem sowjetischen Botschafter Zarapkin, dass er sich im sowjetischen Außenministerium über „einige Fragen“ informieren wolle, die die Beziehungen der beiden Länder belasteten.⁶³⁰ Bis kurz vor seiner Reise standen allerdings weder seine Gesprächspartner, noch die Gesprächsthemen fest:

„Dr. Eppler hat Botschafter Zarapkin rechtzeitig von Besuchsabsicht unterrichtet. Er konnte jedoch bei seinem gestrigen Besuch nicht in Erfahrung bringen, welche Vorbereitungen Sowjets (sic!) für ihn getroffen haben. Es wird gebeten, zu versuchen, Termine bei Persönlichkeiten festzulegen, die mit Fragen der sowjetischen Deutschlandpolitik, der atomaren Nichtverbreitung und europäischen Sicherheit befasst sind.“⁶³¹

Er berichtete Brandt und Schmidt von seinem Gespräch im sowjetischen Außenministerium im September 1967 mit dem stellvertretenden Leiter der Europa-Abteilung, Bondarenko, und mit Zarapkin („nicht unfreundlich, kein Punkt, wo eine der beiden Seiten sich verletzt fühlte, gelegentlich auch ein Scherz“). Nach Eppers Bericht waren beide Seiten enttäuscht: Bondarenko über die Ostpolitik der Bundesregierung, denn nichts habe sich geändert und Bonn nach Eppers Ansicht über die sowjetische Reaktion, die die „Kräfte der Beharrung“ gestärkt habe. Eppler regte zur Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen

⁶²⁵ Ebd., S. 6.

⁶²⁶ Vgl. ebd., S. 6-8.

⁶²⁷ Vgl. Eppler, Erhard, Wie weit ist der Weg nach Warschau?, 28.6.1966 (6 S.), S. 1-6, Dep. Eppler 93 (gleicher Text: ders., Spannungsfelder, S. 216-221) (Vorwärts Juli 1966).

⁶²⁸ Vgl. Dr. Blumenfeld an Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Moskau, 28.6.1967, L1 Bd. 37, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts.

⁶²⁹ Vgl. Walther, Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Moskau, an Auswärtiges Amt, 13.7.1967, L1 Bd. 37, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts.

⁶³⁰ Vgl. Erhard Eppler an Botschafter Zarapkin, Botschaft der UdSSR, 25.7.1967, L1 Bd. 37, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts.

Themen wie europäische Sicherheit, Truppenreduzierungen, Gewaltverzicht und Sicherheitssystem an, doch könne er dazu keine konkreten Vorschläge machen. Allerdings würden Anregungen aus Moskau sehr aufmerksam geprüft. Er hatte den Eindruck, dass die sowjetischen Politiker auf westliche (deutsche) Vorschläge warteten.

Die Kernfrage der deutsch-sowjetischen Beziehungen war seiner Einschätzung nach für seine Gesprächspartner die DDR. Eppler sprach wieder über die drei Realitäten der Deutschlandfrage (zwei politische Ordnungen, Friedenswille der Europäer, Einheit der deutschen Nation). Auf Zarapkins Äußerung, die Nation hänge nicht nur von der Sprache, sondern auch von der politischen Ordnung der Gesellschaftsstruktur ab, erwiderte er, dass die Deutschen irgendwann die Chance zur Entscheidung haben müssten, ob sie sich noch als Nation betrachteten. Für Zarapkin war die deutsche Spaltung eine Tatsache. Eppler hielt die Kooperation zwischen beiden Teilen für notwendig. Danach ergebe sich die Frage der Rechtsformen, wobei man die Möglichkeiten einer politischen Gemeinschaft der Deutschen offen lassen müsse. Er lehnte die Anerkennung der DDR als „Siegel der Teilung“ ab und befürchtete, dass es nach einer Anerkennung keine Kooperation gebe, wenn die DDR nicht wolle.

Bondarenko und Zarapkin forderten vor der Kooperation die Anerkennung. Die Kooperation hänge dann von der Entwicklung beider Staaten ab. Dies bedeutete nach Epplers Auffassung, dass die DDR eine Kooperation ablehnen könnte, bis sie sich dazu stark genug fühle. Wie für seine Gesprächspartner war für ihn die Normalisierung der Beziehungen wichtig. Er hob aber die verschiedenen Vorstellungen von Normalisierung zwischen beiden Teilen hervor. Bondarenko erklärte, Kiesinger habe Wehner nach „einigen interessanten Äußerungen“ „zurückgepfiffen“ und Brandt habe Wehner nicht unterstützt. Diese Position war für Eppler eventuell für den Schlüssel zu der Anti-Brandt-Kampagne im Osten. Die UdSSR verknüpfte seiner Darstellung nach die europäische Sicherheit nicht mit der Anerkennung der DDR, auch wenn für die UdSSR DDR-schädliche Lösungen nicht denkbar seien, was bedeute, die DDR als gleichberechtigtes Völkerrechtssubjekt daran teilnehmen zu lassen. Für ihn hing der Fortgang der Bonner Ostpolitik auch stark von der Sowjetunion ab. Ein „ermunterndes, konstruktives Wort“ könne Wunder wirken.

Er war der Meinung, dass über jedes Thema sehr bald der DDR berichtet werde und die Stellung Ulbrichts in Moskau sehr stark sei. Der Eindruck seiner Ungarn-Reise, dass kleine Schritte wenig bewirkten und nur ein Gesamtkonzept mit dem Kernstück eines konstruktiven Verhältnisses der beiden deutschen Teile weiterhelfe, verstärkte sich. Eppler schlug vor, soweit auf die DDR zuzugehen, bis sie sich entweder durch ihr Nein selbst isoliere oder durch ihr Ja „dem Sog des Lebens in der Bundesrepublik“ aussetze. An eine spektakuläre Wendung in der sowjetischen Politik glaubte er nicht, höchstens, dass die UdSSR durch

⁶³¹ Ritzel an Diplogerma Moskau, 5.9.1967, L1 Bd. 37, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts.

eine flexiblere Haltung die bundesdeutsche Diskussion beeinflussen wolle. Die UdSSR scheine zu Gesprächen mit der Bundesregierung über konkrete Anregungen bereit zu sein.⁶³²

Rückblickend empfand Eppler seinen Polenbesuch 1966 als frostig und die sowjetische Position als hart. Es sei nur um Vorbedingungen für ein Gespräch gegangen: völkerrechtliche Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze, rasche Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags.⁶³³ Er plädierte 1967 für Reisen von Abgeordneten etwa nach Moskau, wenn die Bundesrepublik dadurch Gesprächsbereitschaft signalisiere und deutlich werde, dass sich die Bundesrepublik von der sowjetischen Propaganda nicht entmutigen lasse. Er warnte allerdings nach seinen Gesprächen in Moskau vor übertriebenem Optimismus über die sowjetische Gesprächsbereitschaft. Wieder war seiner Überzeugung nach die sowjetische Auffassung die Umkehrung der bundesrepublikanischen Position der fünfziger Jahre. Trotz seiner skeptischen Bewertung könnte ein deutsch-sowjetisches Gespräch Erfolg haben, wenn die Bundesrepublik eine Gesamtkonzeption ihrer Europa- und Ostpolitik entwickle und sich von der Ablehnung aus der UdSSR nicht entmutigen lasse.⁶³⁴

Eine Gesamtvereinigung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses hielt Eppler für kaum möglich, da dafür eine für beide Seiten erträgliche Regelung über Deutschland notwendig sei, an die er nicht bald glaubte. Auch sei das Misstrauen der UdSSR gegenüber der Bundesrepublik sehr groß.⁶³⁵ Seiner Ansicht nach wollte die Sowjetunion nicht den Eindruck erwecken, mit der Bundesrepublik Gespräche über die DDR hinweg zu führen. Er forderte wieder ein bundesdeutsches Gesamtkonzept (Gewaltverzicht, europäische Sicherheit, Vorstellungen über ein konstruktives deutsch-deutsches Verhältnis, neue Interpretation des Alleinvertretungsanspruchs).⁶³⁶ Eher als die „Moskauer Maximalforderungen“ waren für ihn neuesten Rapacki-Pläne ein Ansatzpunkt für Diskussionen.⁶³⁷

DIE STAATSSICHERHEIT – „INTERESSANTER, ABER DOCH NICHTSSAGENDER PLAUSCH...“

Zwischen 1966 und 1968 versuchte die Staatssicherheit der DDR, Eppler als Mitarbeiter zu gewinnen und Informationen über die Politik der SPD von ihm zu erhalten. Die Stasi war an ihm interessiert, da er aufgrund seiner aktiven Tätigkeit in der SPD über „vertrauliche Dinge“ berichten könne, ihrer Auffassung nach nicht zum „aggressiven rechten Flügel der SPD“ gehörte, für Dialoge und Entspannungen zwischen beiden Teilen Deutschlands offen sei und

⁶³² Vgl. Eppler, Erhard, Bericht über mein Gespräch im sowjetischen Aussenministerium, 18.9.1967 (4 S.), S. 1-4, Dep. Eppler 94.

⁶³³ Vgl. ders., Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit, 63f.

⁶³⁴ Vgl. SPD-Pressemitteilungen und Informationen, Nr. 431/67, 15.9.1967, Dep. Eppler 94.

⁶³⁵ Vgl. Informationen der Sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag, 27.9.1967 Nr. 453, Betr.: Interview Dr. Erhard Eppler, Dep. Eppler 94.

⁶³⁶ Vgl. Interview des Abg. Eppler (SPD) für den Norddeutschen Rundfunk. SPD-Pressemitteilungen und Informationen Nr. 457, 29.9.1967, in: DzD V. Reihe Bd. 1 (Hrsg. Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen) (S. 1741-1743) S. 1741.

⁶³⁷ Vgl. Fernseh-Spiegel, Die Kreml-Runde, ZDF, 11.1.1968, Dep. Eppler 94.

bestimmte Fragen bezüglich der DDR real einschätze.⁶³⁸ Eppler war damals als SPD-Abgeordneter zwar nicht in einer Führungsposition der SPD, aber auch kein unbedeutender Hinterbänkler.

Er traf sich fünf Mal (Dezember 1966, Mai und Dezember 1967, April und Mai 1968) mit einem Mitarbeiter der Stasi (IM „Ring“), der ihm als Wissenschaftler vorgestellt wurde. Der IM verfasste von diesen immer kontroverseren Treffen Berichte für die Stasi. Bei der Bewertung dieser Quellen ist zu beachten, dass der Stasi-Spitzel unter Erfolgsdruck stand. Seine Berichte sind also nur eingeschränkt eine „objektive“ Quelle. Da Eppler in dem Mitarbeiter der Staatssicherheit einen Abgesandten der SED sah und in den Gesprächen mit diesem sehr vorsichtig war, brach die Stasi den Kontakt 1968 ab. Epplers Äußerungen gegenüber dem „DDR-Wissenschaftler“ decken sich mit seinen in der Bundesrepublik vorgetragenen Ansichten. Er vertrat seine Überzeugungen also auch gegenüber dem Abgesandten der DDR ehrlich und bemühte sich, durch diese Kontakte ihm wichtige Anliegen wie eine Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen zu ermöglichen.

Eppler erklärt 2001, dass mit seiner Nominierung als Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Juni 1968 das Interesse der Stasi an ihm blitzartig aufgehört habe. Er ist der Auffassung, dass er als Abgeordneter Kontakte zu dem „DDR-Wissenschaftler“ haben konnte, ihn aber als Minister nicht mehr ohne vorherige Absprache mit dem Bundeskanzler und dem Außenminister empfangen hätte. Er wollte durch die Gespräche mit „Ring“ etwas über die Situation in der DDR und manche Einschätzungen der DDR erfahren. Doch „Ring“ sei immer sehr vorsichtig gewesen und sehr darauf bedacht, die Kontroverse nicht zu hart werden und den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen. Eppler betont rückblickend, dass er die Gespräche mit „Ring“ nicht sehr ernst genommen habe.

Seine Einschätzungen decken sich teilweise mit den Berichten der Stasi, nämlich dass er „Ring“ schnell für einen Abgesandten der SED gehalten habe, dass die SED Kontakte zu ihrer Meinung nach gegenüber der SPD-Parteiführung kritischen SPD-Politikern gewollt und deshalb unter anderem ihn ausgewählt habe und dass seine Äußerungen gegenüber „Ring“, weil er das schon damals erkannt habe, bewusst für die SED wertlos gewesen seien.⁶³⁹

Die Treffen mit „Dialog“ (so nannte die Staatssicherheit Eppler) zeigen das geschickte, aber auch skrupellose Vorgehen der Staatssicherheit gegenüber Personen, die sie für nützlich hielt. Sie schreckte nicht davor zurück, alte persönliche Kontakte von Eppler zur Durchsetzung ihrer Pläne auszunutzen. Die Auswertung der Stasi-Aufzeichnungen gibt Einblick in die Ziele der Stasi, welche Gesprächsinformationen ihr wichtig waren, aber auch in ihre Taktik der Anwerbung und politischen Beeinflussung von Bundespolitikern. In den Stasi-Quellen zeigt sich immer wieder, wie wichtig für die DDR die Anerkennung und die Recht-

⁶³⁸ Vgl. Leutnant Vincenz, Auskunft, 27.1.1967 (S. 53f.), S. 53f., BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶³⁹ So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

fertigung ihrer Politik war, aber auch die Diskrepanz zwischen „Rings“ Reiseberichten und den Stasi-Vorstellungen für die Reise (z.B. welche Informationen „Ring“ beschaffen sollte und worüber er mit Eppler diskutieren sollte). Denn wenn „Ring“ diese Ziele erreicht hätte, hätte er dies in seinen Berichten an die Stasi erwähnt.

Die Kontaktaufnahme erfolgte im April 1966 über einen baden-württembergischen GVP-Parteifreund, Gerd Moest, der inzwischen in Leipzig lebte. Nach Epplers Erinnerungen ging Moest angeblich aufgrund der Pleite seines kleinen Geschäfts in Tuttlingen plötzlich in die DDR. Moest habe ihn danach gelegentlich besucht und ihm bis nach 1990 ab und zu geschrieben, bis er erfahren habe, dass Eppler Moests Stasitätigkeit bekannt gewesen sei. Moests Briefe seien meistens sehr harmlos gewesen. Moest sei zu ihm unter dem Deckmantel des persönlichen Bekannten gekommen. Eppler betont, dass er während seines Kontakts mit Moest nichts von dessen Tätigkeit als IM gewusst habe und ihm gegenüber aufgrund der Bekanntschaft von früher offen gewesen sei.⁶⁴⁰

Er hatte 1953 mit Moest zur Gründung der GVP-Ortsgruppe Tuttlingen Kontakt aufgenommen und bis 1955 als Hauptverantwortlicher für die GVP Südwürttemberg mit ihm in Verbindung gestanden. Eppler kannte seiner Ansicht nach damals Moests politische Haltung aus dessen Beiträgen für die GESAMTDEUTSCHE RUNDSCHAU, aus der regen Korrespondenz und aus mehreren sehr lebhaften und „mit großer Offenheit“ geführten politischen Diskussionen. Nach seiner Einschätzung gehörte Moest zum äußersten linken Flügel der GVP Baden-Württemberg, verstand sich als „marxistisch geschulten linken Sozialisten“ und sah die GVP nicht als seine politische Heimat, sondern als geeignete Plattform zur Verwirklichung seiner friedenspolitischen Ziele. Die GVP habe Moest nur interessiert, weil sie am eindeutigsten die militärische Blockpolitik abgelehnt habe. Eppler glaubte damals nicht, dass Moest von der KPD in die GVP eingeschleust worden sei, denn, „Moest sei seinem Temperament nach auf den Kampf mit offenen Visier hin angelegt.“⁶⁴¹

Diese Beschreibung der Zusammenarbeit mit Moest war der Stasi bekannt. Mit seiner Einschätzung, dass Moest mit „offenem Visier“ kämpfte, täuschte Eppler sich, denn Moest nutzte als Stasi-Mitarbeiter sein Vertrauen aus.

Moest (IM „Walter“) verfasste für die Stasi im Sommer 1966 eine Charakterisierung von Eppler, da er diesen persönlich kannte. Demnach war Eppler als GVP-Gründungsmitglied in der GVP ein „starker Mann“ und besaß Heinemanns Vertrauen. Falsch ist Moests Beschreibung, dass Eppler bis 1951 die CDU wählte, denn er nahm 1949 nicht an der Bundestagswahl teil, auch wenn er damals die CDU gewählt hätte. Falsch ist auch der Zeitpunkt seines Übertritts in die SPD (Oktober 1955), denn dies war im Januar 1956.

⁶⁴⁰ So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

⁶⁴¹ Vgl. Erhard Eppler, Betrifft Meine politische Zusammenarbeit in der Gesamtdeutschen Volkspartei mit Herrn Gerd Moest, damals Tuttlingen, 5.1.1962 (S. 17), S. 17, BStU AP 1118/71 Lpz. Vgl. auch die Korrespondenz zwischen Eppler und Moest über die GVP-Parteiarbeit in Dep. Eppler 2-4.

Moest schrieb, dass Eppler in der GVP als „absoluter Antikommunist“ gegolten habe, die Zusammenarbeit mit der Linken und das Wahlabkommen mit dem BdD abgelehnt habe. In der politischen Argumentation habe er sich „virtuos auf der Ebene der Heinemann'schen Thesen“ bewegt, Diskussionen über ökonomische Fragen vermieden und sich sehr für Kulturpolitik, z.B. Schulfragen, interessiert. „Walter“ übersieht hier, dass für Eppler ökonomische Fragen in der GVP wichtig waren und er die Beschäftigung damit wiederholt angemahnt hatte.

Moest wunderte, dass Eppler ihn von seiner Aversion gegen „linke“ Parteifreunde ausgenommen hatte, vielleicht wegen seiner, Moests, starken Position in der GVP und ihrer Spitze. Allerdings habe Eppler trotz seiner politischen Toleranz stets Moests Aufsteigen in höhere GVP-Positionen blockiert und dessen Teilnahme am Weltfriedenskongress in Helsinki 1955 und dessen Mitarbeit beim Landesfriedenskomitee missbilligt. Nach Moests Beschreibung war für Eppler der organisatorische Aufbau der GVP zweitrangig, die „Bewusstseinsbeeinflussung“ überflüssig und er habe die Aktivität der GVP nur in Wahlzeiten bejaht. Vor seinem Übertritt in die SPD habe er angedeutet, dass ihm Erler versichert habe, dass den GVP-Mitgliedern in der SPD alle Möglichkeiten offen stünden.

Sein schlechtes Gewissen gegenüber denen, die aus der GVP nicht in die SPD übergetreten waren (Parteilose, Mitglieder der DFU oder FDP), versuchte Eppler nach Moests Auffassung durch „verstärkte theoretische Begründung seines Übertritts kompensieren“. Wenn die DDR geschickt diese „Achillesferse“ nutze und ihn dabei nicht offen brüskiere, könne sie „die ganze Thematik schlagartig aufrollen.“ Nach Moests Auffassung besaß Eppler eine „gewisse schulmeisterliche Überheblichkeit“ und war ein nicht zu unterschätzender Rhetoriker, der aber – was für einen persönlichen Dialog eine gute Grundlage sei - auch politisch Andersdenkende menschlich respektiere und ihre Meinung toleriere. „Walter“ fühlte sich nicht in der Lage zu beurteilen, inwieweit Eppler „von der allgemeinen moralischen und ideologischen Korruption der rechten SPD-Führung“ beeinflusst sei, glaubte aber, dass Eppler seine persönlichen Auffassungen nicht laut äußere, weil er seine Position in der SPD sichern und ausbauen wolle.

Nicht zuzustimmen ist Moests Beurteilung, dass Eppler die alte Anhängerschaft Heinemanns als politische Hausmacht innerhalb der SPD erhalten wollte; das Gegenteil war der Fall. Epplers Hauptsorge in der GVP war nach Moests Darstellung das Fernhalten aller linken Einflüsse, zum Teil mit „ungeniert unfairen Methoden“. Dieses Vorgehen betrachtete Moest in der GVP nicht unbedingt als verwerflich, deren Aufgabe nicht das Auffangen „unzufriedener Sozialisten“ gewesen sei, aber bei Epplers Ablehnung jeder Zusammenarbeit mit Linkskräften außerhalb der GVP für schädlich. Epplers Einstieg in die kleine GVP erklärt Moest damit, dass dieser seine Karrierechancen in der CDU für zu gering gehalten habe, die FDP für zu klein und bei der SPD das „Heraufdienen“ lange gedauert hätte. Mit dem

Wechsel zur SPD habe Eppler viel Arbeit in untergeordneten Positionen gespart. Hier übersieht Moest, dass Eppler in der GVP mitarbeitete, weil er in ihr am ehesten seine politischen Überzeugungen vertreten sah und nicht, weil er unbedingt in eine einflussreiche politische Stellung gelangen wollte. Auch ist Epplers Bindung ans Christentum nicht „formal“. Richtig ist, dass er theologische Begründungen der Politik ablehnte.⁶⁴²

„Eppler ist politisch ein eindeutiger Antisozialist und gab sich auch wenig Mühe, dies zu verbergen. Im Umgang manchmal schwierig bis zur intellektuellen Arroganz andererseits nicht ohne persönliche Anständigkeit, auch politisch Andersdenkenden gegenüber. Seine Bindungen ans Christentum scheinen rein formal zu sein, jedenfalls nahm er an den heftigen Diskussionen innerhalb der GVP, die ihre Politik theologisch motivieren sollten, keinen Anteil und mokierte sich sogar darüber. Rednerisch ist er – berufsbedingt - aussergewöhnlich versiert und vermag ausgezeichnet zu improvisieren. ... Sein Auftreten im Bundestag lässt erkennen, daß er ziemlich präzise in Heinemann (sic!) Kielwasser operiert. Er scheint Heinemann im Bundestag als Neutralisten beerben und die Führungsrolle für die in die Partei mitgebrachten Neutralisten übernehmen zu wollen (sic!). Allerdings ist von seinem ‚Neutralismus‘ kaum noch der Schatten eines Begriffs übrig geblieben.“⁶⁴³

Epplers Toleranz gegenüber Andersdenkenden versuchte die Staatssicherheit für sich auszunutzen. Moest täuschte ein Buchprojekt als Vorwand zur Kontaktaufnahme mit ihm vor. Aufgrund der Bekanntschaft aus der gemeinsamen GVP-Zeit nahm Moest „auf Anraten der Stasi“ die abgebrochene Verbindung zu Eppler wieder auf und sollte den Kontakt festigen. Da er die Bundesrepublik nicht besuchen konnte⁶⁴⁴, sollte ein anderer Stasi-Mitarbeiter (IM „Ring“) die Gespräche mit ihm dort führen.⁶⁴⁵

Moest bat Eppler im April 1966 für sein Buchprojekt einer „Kurzen Geschichte des deutschen Neutralismus“ um Rat, da dieser das Problem am Anfang seiner politischen Laufbahn unmittelbar „mitemlebt“ habe. In dem Buch hatte Moest vor zu klären, ob der Neutralismus der Sozialisten (Kommunisten) und der Bürgerlichen ein zeitweiliges „Instrument“ „zur Schwächung bürgerlicher Resistenzkräfte und zum Abfangen sozialrevolutionärer Strömungen“ bei den Aufrüstungsgegnern oder ein politisch eigenständiger Faktor gewesen sei.⁶⁴⁶ Eppler führte aus, dass es die Idee einer Untersuchung der Geschichte der GVP durch einen Doktoranden schon gebe. Moests Fragestellung lehnte er ab, denn es sei „reichlich utopisch“ zu denken, dass die GVP-Mitstreiter „sozialrevolutionäre Strömungen innerhalb der Aufrüstungsgegner“ hätten abfangen können. Eppler war bereit, Moest zu helfen, indem

⁶⁴² Vgl. Walter, Charakteristik über SPD-MdB Dr. Erhard Eppler, Dornstetten, 3.8.1966 (S. 21-27), S. 21-27), BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶⁴³ Ebd., S. 23.

⁶⁴⁴ Dies lag nach Einschätzung der Autorin daran, dass Most von der Bundesrepublik in die DDR gegangen war.

⁶⁴⁵ Vgl. Vincenz, Dr. Erhard Eppler, 29.6.1977 (handschriftlich) (S. 19f.), S. 19, BStU AP 1118/71 Lpz.; vgl. Leutnant Vincenz, Operativplan zur Bearbeitung des Hinweises „Dialog“, 23.9.1966 (S. 40-45), S. 40-45, BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶⁴⁶ Vgl. Gerd Moest an Erhard Eppler, 5.4.1966 (S. 8f.), S. 8f., BStU AP 1118/71 Lpz.

er konkrete Fragen, auch anhand der Akten beantwortete, wollte aber seine Akten behalten.⁶⁴⁷

Hierfür bedankte Moest sich und verwies auf Peter Molts Dissertation über die GVP, die trotz ihrer Objektivität „im CDU-Fahrwasser und -blickwinkel“ geschrieben sei, eben „vom falschen Standort“ aus. Er gab Epplers Einschätzung zum „Abfangen“ revolutionärer Strömungen von der Praxis her Recht. Die GVP habe ausschließlich die Außen- und Wehrpolitik beeinflussen wollen und soziologische Vorstellungen seien bewusst zurückgetreten. Eppler habe ihn „ein wenig missverstanden“, denn sein Ziel sei die Untersuchung der Vorstellungen der Kommunisten, als Erfolg und Misserfolg der GVP noch nicht absehbar gewesen seien und die Beurteilung der jungen neutralistischen Bewegung durch die beiden „polaren soziologischen Kräfte“.⁶⁴⁸

Die Stasi ging davon aus, dass Eppler seine antikommunistische Haltung auch in der SPD beibehalten hatte. „Walter“ wisse nichts von weiteren DDR-Verbindungen Epplers und glaube nicht, dass er versuchen werde, über ihn „Aufweichpolitik“ in die DDR zu betreiben, da er Moests politische Haltung kenne.

IM „Ring“ war nach Ansicht der Stasi der für die Durchführung ihrer Pläne geeignete Wissenschaftler. Deshalb sollte er sich mit Eppler treffen und ihm gegenüber behaupten, dienstlich bei Professor Habermas zu tun zu haben. Eppler sollte als „Abschöpfquelle“ benutzt und dann als „Quelle“ angeworben werden. Man wollte ihn zunächst näher einschätzen und Kontakt mit ihm in der Bundesrepublik aufnehmen und festigen. Dazu sollte Moest den Briefkontakt mit Eppler weiterführen und „Ring“ durch ein Empfehlungsschreiben von Moest persönlich mit ihm in Kontakt treten.

„Ring“ sollte Eppler um die „Walter“ angebotene Hilfe bitten, behaupten, dass dieser nicht in die Bundesrepublik reisen könne, aber nur teilweise die Fragen behandeln und Akten durcharbeiten, damit er jederzeit einen Grund für weitere Kontakte habe. Er sollte erwähnen, dass sein Gespräch mit Eppler eine Gelegenheit sei, „mit einem politisch profilierten Menschen aus Westdeutschland sich über Probleme, die ihn als Deutschen bewegen, allseitig und real zu informieren.“ „Ring“ sollte das Fehlen von Materialien und Informationen, um sich ein reales Bild vom anderen Teil Deutschlands und dessen Politik zu machen, bedauern. Falls es die Situation zulasse, solle er von einem inoffiziellen „Philosophischen Arbeitskreis“ berichten, der sich mit den Problemen der Politik in Deutschland befasse und Kontakt zu wissenschaftlichen Kreisen und Politikern in Westdeutschland aufnehmen wolle, um sich gemeinsam über die politischen Probleme und die weitere Entwicklung in der Bundes-

⁶⁴⁷ Vgl. Erhard Eppler an Gerd Moest, 19.4.1966 (S. 12), S. 12, BStU AP 1118/71 Lpz.; vgl. auch Erhard Eppler an Gerd Moest, 25.8.1966 (S. 29), S. 29, BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶⁴⁸ Vgl. Gerd Moest an Erhard Eppler, 1.5.1966 (S. 13f.), S. 13f., BStU AP 1118/71 Lpz.

republik auszutauschen. „Ring“ sollte das Interesse an seiner Person wecken und von Eppler „halbinternes Material der SPD“ bekommen.⁶⁴⁹

Um den Kontakt zwischen Eppler und „Ring“ herzustellen, teilte Moest Eppler im November 1966 mit, dass ein „guter Bekannter“ und „namhafter Wissenschaftler“, „geistvoll und mit profunder Sachkenntnis“, einen wissenschaftlichen Kongress in der Bundesrepublik besuche und zum Gespräch mit Eppler über Moests Fragen⁶⁵⁰ bereit sei.⁶⁵¹

Der Verlauf des ersten Treffens mit Eppler am 15. Dezember 1966 ist „Rings“ Bericht an die Staatssicherheit zu entnehmen. Demnach traf er sich erst mit Professor Habermas und dann mit Eppler. Das erste Treffen beurteilte er positiv. Er habe mit Eppler eine Verbindung „auf längere Zeit“ geknüpft. Dennoch sei zur Festigung des Kontakts der weitere Kontakt zu Habermas wichtig.

Eppler und „Ring“ unterhielten sich nach dem Bericht in dem „lebhaften und freundlichen Gespräch“ zunächst über philosophische Themen, auch wenn Eppler hier ein Laie sei. Sehr interessiert sei Eppler an Diskussionen über den Marxismus in Ost und West. Er fragte, warum Moest ihm seine Fragen nicht schriftlich gestellt habe und was der Zweck von Moests Buch (Geschichte der GVP oder ein politisch aktuelles Buch) sei. Nach „Rings“ Ansicht konnte man über die Fragen mündlich besser sprechen. Moest habe sich gescheut, etwa Fragen nach der Stellung der KPD zur GVP schriftlich zu stellen. „Ring“ berichtete von „Meinungsverschiedenheiten“ zwischen Moest und ihm, da Moest den Neutralismus noch für politisch aktuell halte. Eppler stimmte „Rings“ Standpunkt, dass es die Bedingungen des damals von der GVP vertretenen Neutralismus heute nicht mehr gebe, zu und bezeichnete den Neutralismus als „blödsinnigen Begriff“, denn wer sich politisch engagieren wolle, könne nicht neutral sein. Neutralismus, verstanden als gleichzeitiger Antisowjetismus und Anti-amerikanismus, sei höchstens noch bei Rechtsradikalen (NPD) oder im Sinne der Politik de Gaulles aktuell. Er selbst würde sich nie als Neutralist bezeichnen.

Nach Epplers Meinung waren die ehemaligen GVP-Mitglieder vollständig in die SPD integriert. Dies zeige Heinemanns Rolle in der SPD-Fraktion während der Debatte über die Große Koalition, in der Heinemann den wesentlichen Ausschlag für die Zustimmung der SPD-Fraktion zur Großen Koalition gegeben habe. Eppler befürwortete die Große Koalition, da so die SPD als Regierungspartei den linken Flügel der CDU mitziehen und nicht nur die Rechten in der CDU/CSU, sondern auch die NPD zurückdrängen könne.

⁶⁴⁹ Vgl. Leutnant Vincenz, Operativplan zur Bearbeitung des Hinweises „Dialog“, 23.9.1966, S. 40-45.

⁶⁵⁰ Die Staatssicherheit arbeitete die „Fragen“ zur GVP an Eppler aus; vgl. Voraussichtliche Fragen an Dr. Eppler, MdB (S. 55), S. 55, BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶⁵¹ Vgl. Gerd Moest an Erhard Eppler, 20.11.1966 (S. 48), S. 48, BStU AP 1118/71 Lpz.

Aufgrund seiner sehr heftigen Reaktion auf das Gespräch über seinen Jaspers-Artikel in der ZEIT⁶⁵² - denn „Ring“ nahm Jaspers Äußerungen ernster als Eppler - wechselte „Ring“ das Thema, um einen Streit zu vermeiden. Eppler habe von selbst die Regierungserklärung der Großen Koalition angesprochen, die insgesamt positiv bewertet worden sei, betrachtete aber die Reaktion der DDR als „hysterisch“. Er verfolgte nach „Rings“ Einschätzung Brandts Linie. Eppler befürwortete gegenüber „Ring“ Kontakte der Bundesrepublik zu ost- und südost-europäischen Ländern und wollte die DDR durch die Entspannung dieser Länder gegen ihren Willen um sie herum entspannen. Er fragte nach der Reaktion der DDR auf das Angebot zu Verhandlungen auf institutioneller Ebene. Hauptdiskussionspunkt war der Alleinvertragsanspruch, denn für „Ring“ waren gleichberechtigte Verhandlungen zwischen Institutionen und wirkliche Entspannung ausgeschlossen, solange die Bundesrepublik dieses Recht beanspruche. Für ihn waren deshalb die Reaktionen der DDR vorhersehbar. Er war für Gespräche zwischen gleichberechtigten Partnern. Nach Epplers Darstellung war zu erwarten gewesen, dass dieses Recht nicht aufgegeben werde. Auch eine SPD/FDP-Koalition hätte daran festgehalten.

Eppler plädierte trotzdem für sachliche deutsch-deutsche Gespräche und erklärte, dass die SED beim Dialog zwischen SPD und SED Angst vor der eigenen Courage bekommen habe. Das Handschellengesetz⁶⁵³ bewertete er als taktische Variante gegenüber den Gegnern des Redneraustauschs in der CDU, die (Guttenberg, Barzel u.a.) auch dagegen gestimmt hätten. Das Gesetz sei dann der Anlass für die Dialoggegner im ZK der SED zum Abbruch des Dialogs gewesen, bevor er begonnen habe. Er war davon überzeugt, dass die DDR bei einer Fortsetzung des Dialogs nicht schlecht dastehen würde. Nach „Rings“ Einschätzung spekulierte er auf Differenzen in der Führung der SED und betrachtete es als deutsche Tragik, dass sich die äußerste Rechte und die extreme Linke die „Bälle“ zuwerfen, also die Rechte stur sei, wenn die Linke eine flexiblere Politik verfolge und umgekehrt, denn so gebe es nie Entspannung. Eppler glaubte, dass seine Generation noch ein integriertes Europa erlebe, anders als sie beide sich das vorstellen würden.⁶⁵⁴

⁶⁵² Vgl. Eppler, Erhard, Wohin treibt Karl Jaspers?, Zeit, 22.7.1966; vgl. ders., Ein fernes Wetterleuchten, Zeit, 21.4.1967, abgedruckt in: ders., Spannungsfelder, S. 130-151. Eppler verteidigt hier die demokratische Grundordnung und die Politik der Bundesrepublik.

⁶⁵³ Die fehlende Rechtssicherheit für SED-Redner in der Bundesrepublik Deutschland war für die DDR-Regierung der Anlass zum Abbruch des Redneraustauschs zwischen SPD und SED. Nach bundesdeutschem politischen Strafrecht wurden Bestrebungen und Gesinnungen, die mit dem Grundgesetz kollidierten, mit Strafe bedroht und verfolgt; d.h. es gab einen „Verfolgungszwang“ gegen alle DDR-Offiziellen. Auf Anregung der SPD beschloss die Bundesregierung, um den Redneraustausch zu ermöglichen, ein „Gesetz über Freies Geleit“. Dieses „Handschellengesetz“ empfand die DDR-Regierung als unerhört und brach die Gespräche ab.

In der Diskussion um eine Einigung mit der Bundesregierung zum Gesetzentwurf zum Freien Geleit erklärte Eppler am 6. Mai 1966 in der SPD-Fraktion, man dürfe eine gemeinsame Lösung nicht „unter allen Umständen und unter jeder Bedingung“ suchen; vgl. Fraktionssitzung, 6.5.1966 (S. 873-875), S. 874, in: Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961-1966.

⁶⁵⁴ Vgl. Bericht, 18.12.1966 (S. 57-73), S. 57-72, BStU AP 1118/71 Lpz.; vgl. auch die Beschreibung „Rings“ von Eppler in der Einleitung dieser Arbeit.

Moest schrieb ihm nach dem Gespräch, dass „Ring“ ihn gern noch einmal besuchen würde.⁶⁵⁵ Eppler war einverstanden.⁶⁵⁶

Das zweite Treffen fand im Mai 1967 statt. Seinen Verlauf kann man wieder den Berichten „Rings“ an die Stasi entnehmen. Danach habe es beim Gespräch eine „freundschaftliche, aufgeschlossene und aufgelockerte Atmosphäre“ gegeben, kein Streitgespräch oder Schlagabtausch, auch wenn sich offen die „differenten und oft entgegengesetzten Standpunkte“ zeigten, ein Austausch von Fragen und Gegenfragen, um die Auffassung des anderen zu verstehen. Eppler unterstrich, er wolle gern in der Politik hinzulernen.

Nach „Rings“ Eindruck war Epplers politische Haltung auch hinsichtlich der Prognose für die Bundestagswahl 1969 pessimistischer geworden, denn beim ersten Gespräch sei er bezüglich der neuen Ostpolitik optimistisch gewesen und sei nun skeptisch und ratlos. „Ring“ schloss nicht aus Epplers skeptischer Haltung, dass dieser einen Rückzug aus der Politik plane oder sich der Position der DDR genähert habe. Eine Ursache für den zurückgehenden Einfluss der SPD sah Eppler in der Haltung der SED, die die neuen Ansätze der SPD starr zurückweise. Er sprach von innerparteilichen Schwierigkeiten und wieder von seiner „Ballspieltheorie“ (CDU und SED werfen sich die Bälle zu und behindern aus Interesse an der Aufrechterhaltung des Status quo alle Vorstöße zu einer Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen).

Er lehnte wiederum die Anerkennung der DDR ab, da sie die Spaltung Deutschlands auch völkerrechtlich zementieren würde und nicht zu Entspannung und Frieden, sondern zur Verfestigung des Status quo führe. Nach seiner Ansicht folgte auf eine Anerkennung der DDR ein Artikel im NEUEN DEUTSCHLAND, der den Sieg der DDR-Politik und die Niederlage der westdeutschen Politik feststellen und zur verschärften Weiterführung des Klassenkampfes zwischen Ost- und Westdeutschland aufrufen, die Fronten verhärten und die Widersprüche zuspitzen würde. Sein Ziel war die Auflösung der DDR sowie der Bundesrepublik und die Konstituierung eines neuen Deutschland, nicht als Nationalstaat alten Bismarckschen Stils, sondern als wichtiger Faktor eines vereinten Europa.

Eppler belustigte die Festlegung der „revolutionären Kommunisten“ auf die Aufrechterhaltung des Status quo. Für „Ring“ hingegen war die Anerkennung der DDR der erste und wichtigste Schritt zur Entspannung. Er hielt die Legende von den „konservativen Kommunisten“ für „lächerlich“ und erklärte, es sei zu erwarten, dass sich die DDR den neuen Tönen verschließe, solange mit diesen die „alte Melodie“ geblasen werde. „Ring“ machte Minister-Sachgespräche, nach denen Eppler fragte, von der gegenseitigen Anerkennung der Partner abhängig. Eppler wollte die Reaktion zu Wehners Vorschlägen in der DDR erfahren und – da für „Ring“ Wehner vorbelastet war – ob die Vorschläge objektiver geprüft würden, wenn

⁶⁵⁵ Vgl. Gerd Moest an Erhard Eppler, 9.2.1967 (S. 74), S. 74, BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶⁵⁶ Vgl. Erhard Eppler an Gerd Moest, 13.3.1967 (S. 77), S. 77, BStU AP 1118/71 Lpz.

sie von jemand anders kämen. Nach „Rings“ Einschätzung gebe es bei anderen Personen weniger Vorbelastungen. Eppler berichtete, dass Wehner für das Bezahlen der Schulden an die DDR eingetreten sei und war nach „Rings“ Auffassung beeindruckt von Wehners Haltung, die Eppler so wiedergab: „Das könnte denen so passen (gemeint SED), daß die sich berechtigt als unsere Gläubiger ausgeben könnten.“ Epplers Einladung (wenn „Ring“ davon nicht im NEUEN DEUTSCHLAND berichte) zu einer innerparteilichen Versammlung in Reutlingen, auf der er über die europäische und die deutsche Frage sprechen werde, lehnte er ab. Eppler wollte, ohne dass er dazu direkt angesprochen worden sei, die DDR besuchen, doch würde dies, da er dort keine Verwandte habe, in der Bundesrepublik negativ gesehen.⁶⁵⁷

Wie das Treffen intern von der Stasi verwertet wurde und welche Informationen ihr wichtig erschienen, zeigen ihre Dossiers, in denen Eppler ohne Namen („ein SPD-Bundestagsabgeordneter“) genannt wird: Epplers pessimistische Betrachtung der SPD-Politik und der Bundestagswahlen 1969, seine Argumente für den sinkenden Einfluss der SPD (das Zurückweisen der neuen SPD-Politik durch die SED, innerparteiliche Schwierigkeiten der SPD, auf die er nicht näher einging) und seine Ballspieltheorie.⁶⁵⁸

Für die Stasi waren die Ziele der Reise zum Großteil erfüllt: der IM hatte den Kontakt ausgebaut, eine Basis für weitere Gespräche geschaffen und einen genaueren Überblick über Epplers politische Haltung bekommen. Eppler wurde als aktiver politischer MdB gesehen, der in der Politik und der SPD seine berufliche Perspektive sieht. Bei den nächsten Gesprächen sollten die etwas „zu kurz“ gekommenen Möglichkeiten, tiefgründigere Informationen von ihm zu bekommen, stärker beachtet, dabei allerdings nicht durch „schnelles Vorgehen“ das „Endziel“ verloren werden.⁶⁵⁹ Die Stasi realisierte beim zweiten Gespräch nur eine „geringe Abschöpfung“ etwa bei Informationen über die „SP- und Regierungspolitik“, wobei „Ring“ auf konkretere Fragen zugunsten des Kontaktausbaus verzichtet habe. Die im Vordergrund stehende Informationsbeschaffung solle bei den kommenden Gesprächen durch eine straffere Gesprächsführung erreicht werden, ohne den Kontakt zu gefährden. Für die geplante Anwerbung Epplers 1969 sei ein „echtes Vertrauensverhältnis“ wichtig. Die Stasi wollte prüfen, ob die jetzige Taktik ausreichend oder eine andere besser sei. Da „Ring“ für eine intensivere Beschäftigung mit Eppler kontinuierlich reisen musste, verfasste die Stasi eine Tarnung für „Rings“ häufige Besuche in der Bundesrepublik (Verbindung zu Prof. Habermas, sein Buch über den jungen Marx und Engels). „Ring“ sollte echtes Interesse und Mitgefühl an der SPD und ihren Problemen zeigen und Eppler positiv beeinflussen, ohne „agitatorisch“ aufzutreten.⁶⁶⁰

⁶⁵⁷ Vgl. Bericht (S. 79-86), S. 79-86, BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶⁵⁸ Vgl. Skepsis zur Politik der SPD zu den kommenden Bundestagswahlen 1969, 2.6.1967 (S. 76), S. 76, BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶⁵⁹ Vgl. Leutnant Vincenz, Einschätzung der Reise, 5.6.1967 (S. 87f.), S. 87f., BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶⁶⁰ Vgl. Leutnant Vincenz, Operativplan, 25.8.1967 (S 91-96), S. 91-96, BStU AP 1118/71 Lpz.

Im Sommer 1967 wurde Moests Charakterisierung aktualisiert. Nun wurde Eppler in den Gesprächen als „freundlicher intellektuell (sic!) hochstehender und sich demokratisch gebender Mann“, mit sehr selbstbewusstem, aber nicht überheblichem Auftreten und einer „ordentlichen, freundlichen, sympathischen“ Wirkung angesehen. Aus den bisherigen Gesprächen wurde geschlossen, dass Eppler mit seiner politischen Vergangenheit in der GVP gebrochen habe, ihre Problematik als überholt und den Neutralismus als „unangebrachten Blödsinn“ betrachte. Wichtig sei ihm, dass die GVP ein „Baustein der SPD“ sei und alle ehemaligen GVP-Mitglieder das Profil der SPD in zum Teil verantwortlichen Funktionen mitgestaltet hätten. Er sei sehr interessiert an Diskussionen über den Marxismus zwischen Ost und West und an philosophischen Problemen, trotz seiner „mittelmäßigen Kenntnisse“ auf diesem Gebiet. Das Interesse am Dialog über den Marxismus war für die Staatssicherheit der Grund für Epplers „aufgeschlossene Haltung“ gegenüber „Ring“. Diese Haltung sei auch „Rings“ Verdienst aufgrund seiner „sehr geschickten“ Gesprächsführung. „Walters“ Eppler-Charakteristik sei nicht mehr in allen Punkten zutreffend. In der Deutschlandfrage wolle Eppler ein „anonymes Modell des integrierten Europas“, über dessen Form er noch keine Vorstellungen besitze bzw. sie noch nicht geäußert habe. Er lehne die Anerkennung der DDR ab, sei interessiert an DDR-Problemen und den Ursachen der politischen Linie der DDR, spekuliere auf Differenzen im ZK der SED, befürworte die Große Koalition und akzeptiere andere Ansichten.⁶⁶¹

Dass die Ziele der Staatssicherheit anspruchsvoller wurden, zeigt der Plan für „Rings“ dritte Reise im September 1967. Die Stasi wollte weiter den Kontakt zu Eppler festigen und Informationen erhalten, aber auch die Möglichkeiten der politischen Beeinflussung studieren. „Ring“ sollte feststellen, ob Eppler ein bewusster Feind der DDR sei und versuche, ihn zu beeinflussen oder ob er im „Fahrwasser der SPD-Politik“ schwimme, ohne sich bereits für eine klare politische Linie entschieden zu haben. Im ersten Fall sollte der IM auf die „Aufweichlinie“ eingehen, um die Methoden der SPD hierbei zu studieren, im zweiten Fall, der als wahrscheinlich erachtet wurde, als über den politisch-parteilichen Problemen stehender Wissenschaftler auftreten, der von der wissenschaftlichen Richtigkeit der SED-Politik überzeugt sei, ohne sich persönlich mit ihr zu identifizieren.

Die Stasi versuchte, Eppler in eine „zweifelnde, schwankende Haltung“ gegenüber der SPD-Politik zu bringen, um ihn für die Staatssicherheit zu gewinnen. „Ring“ sollte ihm erklären, dass die DDR auf alle Versuche Brandts für ein geregeltes Nebeneinander eingegangen sei und ihn in gewissem Maße unterstützt habe. Doch da das „geregelte Nebeneinander“ die DDR entspannen und in eine Sonderstellung bringen wolle, seien die Reaktionen der DDR verständlich. Wer mit einem „nichtexistenten Partner“ verhandeln wolle, wolle das geregelte

⁶⁶¹ Vgl. Unterleutnant Bols, Erste politische Einschätzung der KP „Dialog“, 11.8.1967 (S. 89f.), S. 89f., BStU AP 1118/71 Lpz.

Nebeneinander nur scheinbar. Die SPD halte die Kommunisten für „dumm“, habe es aber mit „marxistisch geschulten Leuten“ zu tun, die „Politik wissenschaftlich“ betrieben.

„Ring“ sollte betonen, dass die Ostpolitik nur durch die Anerkennung und Einbeziehung der DDR Erfolg haben könne. Da die DDR im Ostblock eine politische und wirtschaftliche Größe darstelle, sei sie nicht von einer Anerkennung durch die Bundesrepublik abhängig. Die Bundesregierung zwingt die DDR zu ihren Reaktionen. „Ring“ und Eppler sollten über die Innenpolitik der SPD (Notstandsgesetze, mittelfristige Finanzplanung)⁶⁶² diskutieren. „Ring“ sollte unter der Betonung, dass er kein Sozialdemokrat sei, eine demokratische Alternative zeigen, die für eine erfolgreiche Politik der SPD notwendig sei. Ziel war, Eppler zu beeinflussen, „abzuschöpfen“ (dies stand nicht im Vordergrund) und vor allem zu provozieren. „Ring“ sollte sein wissenschaftliches Interesse an weiteren Gesprächen mit Eppler andeuten.⁶⁶³

Eppler sollte die Änderung der Aufgabenstellung nicht merken. Man wollte ein „geschicktes System von Provokationen und Fragen in Argumentation“ entwickeln. „Ring“ könnte interessante Fragen als philosophische Probleme ausgeben, da Eppler sich dafür interessiere und eine eigene Karriere vortäuschen, um sich bei diesem interessant zu machen. Epplers Kenntnis nachrichtendienstlicher Methoden sollte allerdings nicht unterschätzt werden.⁶⁶⁴

Das nächste Treffen fand erst im Dezember 1967 statt, da Eppler bei „Rings“ Reise im September 1967 in Prag, im Oktober im Urlaub⁶⁶⁵ und „Ring“ im November krank war.⁶⁶⁶

Die für November geplante Reise sollte wie schon beschrieben verlaufen. Als Anknüpfungspunkt bot sich für die Stasi nun Epplers ZEIT-Artikel vom 27. Oktober 1967⁶⁶⁷ über seine Reisen nach Prag, Budapest und Moskau an. Hier plädierte Eppler nach den Aufzeichnungen der Stasi für den Alleinvertretungsanspruch, sei aber zu Zugeständnissen gegenüber der DDR bei Ausklammerung der Anerkennung bereit. Er wolle ein geregeltes Nebeneinander in Form einer Kooperation, ohne staatlich-juristische Probleme zu berühren, lehne den Status quo ab und befürworte eine Friedensregelung in Europa, deren Grundlage das „Sichaufeinanderzubewegen“ der Teile Europas und als erster Schritt die deutsch-deutsche Kommunikation und Kooperation sein müsse, ohne dass die Deutschen sich als Ausländer betrachten müssten. Nach Ansicht der Stasi war Eppler der genaue Inhalt seiner „Europa-

⁶⁶² Informationsschwerpunkte der Stasi über die SPD waren etwa die Ziele der SPD-Führung nach dem Regierungseintritt bei den Gewerkschaften in der Notstandsfrage, Differenzen in der SPD über die Große Koalition, die Ansichten der SPD-Führer über „bestimmte neue Formen der ideologischen Diversion gegenüber der DDR“, Maßnahmen der SPD für die Fortführung des Dialogs mit der SED oder die Auswirkungen des VII. Parteitags der SED für eine Änderung der politischen Taktik gegenüber der DDR; vgl. Informationsschwerpunkte (SPD) (S. 111f.) S. 111f., BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶⁶³ Vgl. Oberstleutnant Bilke, Einsatzplan, 14.9.1967 (S. 97-109), S. 97-109, BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶⁶⁴ Vgl. Unterleutnant Bols, Probleme der Taktik in den weiteren Gesprächen mit „Dialog“, 15.9.1967 (S. 110), S. 110, BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶⁶⁵ Vgl. Unterleutnant Bols, Aktennotiz (S. 113), S. 113, BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶⁶⁶ Vgl. Unterleutnant Bols, Aktennotiz (S. 118), S. 118, BStU AP 1118/71 Lpz.

Konzeption“ noch nicht klar und er glaubte die Tendenz zur Verwirklichung seiner Theorie des Aufeinanderzubewegens in der Stellung Frankreichs und Rumäniens zu sehen. Er wolle Gewaltverzichtserklärungen, auch mit den sowjetischen Verbündeten, wenn sie dies wünschten, und vertrete die „flexible, aufweichende Position Brandts.“ „Ring“ sollte im Gespräch klarstellen, dass sich die SPD um grundsätzliche Fragen drücke, mit kleinen Zugeständnissen die Akzeptanz des Alleinvertretungsanspruchs durch die DDR erreichen wolle und für eine erfolgreiche Politik vom Status quo ausgehen müsse. Er sollte indirekt fragen, wie die SPD in der Großen Koalition ihr Gesicht bewahren wolle und welche Differenzen es in der SPD bezüglich der Abgrenzung zur CDU gebe.⁶⁶⁸

Nach „Rings“ Bericht vom dritten Treffen am 12. Dezember 1967 überlegten er und Eppler sich genau ihre Auffassungen und besonders Eppler kontrollierte sich vor jedem Satz. „Ring“ hatte den Eindruck, dass Eppler ihn für einen „Vorfühler“ halte, ob und inwieweit Bereitschaft bei der SPD zu Gesprächen mit der DDR bestehe. Obwohl er sich als ein an Politik interessierter, aber vorwiegend mit Philosophie beschäftigter Wissenschaftler gezeigt habe, sei er für Eppler ein „politischer Funktionär“, der politische Gespräche vorbereite.

Auf „Rings“ „Provokation“, warum er die DDR nicht besuche, erläuterte Eppler nach „Rings“ Bericht, dass dies nicht von ihm allein abhängen würde. Eppler betrachtete die im Bundestag gegründete Anerkennungspartei, nach der ihn „Ring“ fragte, als „erste politische Dummheit“ Kiesingers. Er habe im Bundestag Kiesinger gefragt, wo man sich bei der Anerkennungspartei anmelden könne.⁶⁶⁹ Eppler stimmte mit seinen Positionen weitgehend mit dem Artikel von Wilhelm Wolfram Schütz vom Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ in der ZEIT vom 8. Dezember⁶⁷⁰ überein, deren „Vater“ eigentlich er sei. Er lehnte die Haltung der DDR zur Ostpolitik der SPD ab, denn die DDR sei nicht entgegenkommend und wolle die Verhärtung der Fronten. Er war erbittert, dass er im NEUEN DEUTSCHLAND im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Bundeskonferenz der SPD zur Wehner-Gruppe gezählt worden sei und die DDR seine Worte falsch verstanden bzw. ihm im Munde herumgedreht habe. Er hätte den Begriff der Nation retten wollen. Diesen könne man nicht „auf der Straße liegen lassen“, weil sonst „fremde Finger“ mit ihm „Schindluder“ treiben würden. Nach Interpretation

⁶⁶⁷ Vgl. Fußnote 560.

⁶⁶⁸ Vgl. Oberstleutnant Bilke, Einsatzplan, 10.11.1967 (S. 114-117), S. 114-117, BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶⁶⁹ Vgl. hierzu Epplers Äußerung am 13. Oktober 1967 im Bundestag: „...ich möchte doch noch einmal auf das zu sprechen kommen, was Sie vorhin selber auf eine für mich sehr beruhigende Weise dargestellt haben: die Anerkennungspartei. Die Gründung von Parteien ist ja nach Art. 21 des Grundgesetzes frei. Nur gehört es eigentlich zum Anstand, Herr Bundeskanzler, daß, wenn man schon eine Partei gründet, man ihr auch beitrifft und daß man nicht für andere Leute, ganz gleich, wo sie sind – in- oder außerhalb dieses Hauses-, eine gründet. ... Was mir an dieser ganzen Sache nicht gefallen hat, war wiederum die Fragestellung. Die Fragestellung „**Anerkennung oder nicht**“ ist nicht in diesem Hause entstanden, sondern sie kommt von woanders her. Wir sollten uns abgewöhnen, immer nur die Knochen abzunagen, die uns andere vorwerfen.“; vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 126. Sitzung, 13.10.1967, S. 6367f.

⁶⁷⁰ Vgl. Schütz, Wilhelm Wolfgang, Was ist Deutschland? Als Diskussionsgrundlage unterbreitet: Versuch einer Definition, Zeit, 8.12.1967.

der DDR habe er mit den „Rattenfingern“ (sic!) die Linke gemeint, obwohl er sich gegen die extreme Rechte, nämlich die NPD, gewandt habe.⁶⁷¹

Eppler kritisierte die Identifizierung der SPD mit der NPD auf der DDR-Seite und deren Freude über den zunehmenden Einfluss der NPD, weil dies ihrer Meinung nach die Berechtigung ihrer bisherigen Kritik an der Politik der Bundesregierung und besonders an der SPD zeige. Für das Wachsen der NPD war für Eppler auch die DDR verantwortlich, die „Wasser auf die Mühlen der Rechten“ leite. Über diese Position habe er mit Zarpapkin länger gesprochen. Eppler befürchtete einen wachsenden rechten Stimmenanteil und eine Radikalisierung vor allem der Rechten. Es sei in Deutschland immer so gewesen und werde auch so sein, dass auf einen radikalen Linken zwei radikale Rechte folgten.

Gründe für die Haltung der DDR waren für „Ring“, dass die Bonner Regierung Bedingungen zulasse und begünstige, in denen der Einfluss der NPD wachsen könne. Die DDR müsse ihr sozialistisches System sichern und die Bundesrepublik sei eine Gefahr, da sie sich nicht wirklich wandle, wie das Anwachsen der NPD zeige. Eppler war zum nichtöffentlichen Gespräch mit führenden Funktionären der DDR in Berlin bereit, ohne, dass darüber eingehend im NEUEN DEUTSCHLAND berichtet werde. Dies sei von „beiderseitigem Interesse“, wichtig für die weitere Bestimmung der Politik in Deutschland und sei nicht nur seine Privatangelegenheit, sondern daran sei auch die SPD-Spitze interessiert. „Ring“ fühlte sich zu einer Zusage nicht legitimiert, wollte aber alles in seinen Kräften stehende tun. Eppler erklärte, dass die Handlungsmöglichkeiten der SPD in der Großen Koalition beschränkt seien, da sie auf den Koalitionspartner Rücksicht nehmen müsse. Er ging nach seinen Besuchen in Prag und Budapest von stärker werdenden kritischen Bemerkungen der tschechischen und ungarischen Kommunisten an der DDR-Haltung aus und dass die DDR darauf Rücksicht nehmen müsse. Zwar hielt er die Haltung der DDR für verständlich, aber es sei die Frage, was sie im Konzept des gesamten sozialistischen Lagers, insbesondere zu den europäischen Volkdemokratien, durchsetzen könne. Er stand der Erklärung der politischen Haltung der DDR

⁶⁷¹ Eppler forderte auf dem SPD-Parteitag 1967, den Begriff der Nation nicht „auf der Straße liegen zu lassen“, damit „Rattenfänger“ damit „Schindluder“ treiben können. Er äußerte sich auch zur Demokratie, zu den Schwierigkeiten der SPD mit der Großen Koalition und zur außerparlamentarischen Opposition, vgl. Arbeitsgemeinschaft B: Die geistige Situation und die politische Wirklichkeit – Zur Diskussion mit der jungen Generation. Berichterstatte, Erhard Eppler, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Bundeskonferenz der SPD 1967. Thema: Die Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung. Protokoll 13. bis 15. November 1967 Bad Godesberg (S. 64-79) S. 67.

Epplers oben genannte Forderung – er meinte die NPD – betrachtete das NEUE DEUTSCHLAND als Beschimpfung der außerparlamentarischen Opposition als Rattenfänger. Eppler fragte, wie es je zu einem vernünftigen deutsch-deutschen Dialog kommen solle, wenn dem anderen das Wort im Mund umgedreht und er zur Karikatur verzerrt werde, um sich vor der Wirklichkeit des anderen zu drücken; vgl. SPD-Pressemitteilungen und Informationen, Nr. 560/67, 24.11.1967 (3 S.), S. 3, Dep. Eppler 14.

durch „Ring“ aufgeschlossen gegenüber und betonte, an der Existenz der DDR könne natürlich nicht gerüttelt werden.⁶⁷²

Die Stasi ging aufgrund des Gesprächs von Epplers Interesse an Aussprachen mit führenden Funktionären der DDR in Berlin unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne Presseauswertung aus und dass daran auch die SPD-Spitze interessiert sei. Eppler glaube, dass die DDR in der Deutschlandpolitik eine „Verhärtung der Fronten“ wolle, doch gezwungen sei, auf die kritischen Bemerkungen der CSSR und Ungarns an ihrer Haltung gegenüber der Bundesrepublik Rücksicht zu nehmen. Er mache die DDR mit verantwortlich für das Anwachsen der NPD in der Bundesrepublik und betrachte „Ring“ als Vorfühler der SED, der prüfe, inwieweit man sich bei Gesprächen der SPD und SED vorwagen könne.⁶⁷³

Der Einsatzplan für die nächste Reise im Februar 1968 hatte neben den bisherigen Zielen die Kenntnis über Epplers Pläne für eventuelle inoffizielle Gespräche mit SED-Vertretern und seiner politischen Stellung zum Ziel. So könne die SED in Zukunft Reaktionen auf politische Schritte der DDR abschätzen.

Für die Stasi war Eppler nun ein Politiker, der aus Karrieregründen die Linie des SPD-Vorstandes vertrete, ohne aber immer mit ihr überein zu stimmen. Eppler wolle Kontakte zu Wissenschaftlern oder Politikern aus der DDR, da er glaube, dadurch Reaktionen der SED auf Schritte der SPD erkennen und beeinflussen zu können. Er wolle zum Stattfinden inoffizieller Gespräche zwischen SED und SPD beitragen und interessiere sich für die marxistische Philosophie und die Weltanschauung der DDR.

„Ring“ sollte sich die SPD-Politik begründen lassen, sie vom „wissenschaftlichen Standpunkt“ anzweifeln und nach der Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten fragen. Er sollte deutlich machen, dass Westdeutschland für die DDR kein Ausland sei, da sie von dem Bestehen zweier Staaten deutscher Nation ausgehe. Daher gehe es nicht um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, sondern um die Herstellung normaler Beziehungen durch die Anerkennung der DDR und der bestehenden Grenzen und den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen. Die Erfüllung dieser Forderungen sollte völkerrechtlich durch einen Vertrag gesichert werden. Hier könnte „Ring“ Gemeinsamkeiten der Schrift des SPD-Vorstandes „Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren“⁶⁷⁴ mit der Politik der SED andeuten. Es könnten die Gründe der SPD, die DDR nicht anzuerkennen, obwohl für sie Frieden das wichtigste sei und sie den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen mit der DDR vorschlage, diskutiert werden oder der Einsatz der SPD zur Entkrampfung der deutschen Lage.

⁶⁷² Vgl. Bericht über meine 5. Reise zur KP „Dialog“ vom 7.12. bis 13.12.1967 (121-127), S. 121-127 BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶⁷³ Vgl. Politische Auffassungen des MdB, Dr. Erhard Eppler (SPD), 15.12.1967 (S. 217f.), S. 217f., BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶⁷⁴ Vgl. Fußnote 573.

Bei Epplers Vorschlag zu inoffiziellen Gesprächen mit SED-Vertretern in Berlin müsse „Ring“ „sehr geschickt“ sein. Er sollte Epplers Interesse an ihm erhalten und dessen Meinung, er sei ein „inoffizieller Vorfühler der SED“ abbauen, indem der private Charakter der Gespräche deutlich werde. Er sollte betonen, dass er über solche eventuelle Vorhaben nicht informiert sei und am Erfolg der Gespräche zweifeln, damit Eppler seine Hoffnungen auf die Zusammenkünfte äußere. Weitere Gespräche sollten in Epplers Wohnung stattfinden. Da dieser eventuell über den Kontakt mit „Ring“ z.B. mit Wehner gesprochen habe, müsse auf „Rings“ Sicherheit, besonders bezüglich seiner beiden deutschen Pässe geachtet werden.⁶⁷⁵

Für ein Treffen im Februar hatte Eppler keine Zeit, war aber nach „Rings“ Ansicht an einer weiteren Zusammenkunft interessiert. In einem „wie immer aufgeschlossenen und freundschaftlichen“ Gespräch am Telefon wurde ein Gespräch für April vereinbart.⁶⁷⁶

„Ring“ sollte auf der April-Reise neben den Zielen des letzten Einsatzplans Informationen über den SPD-Parteitag in Nürnberg, etwa Epplers persönliche Auffassung dazu, eventuelle neue Schritte in der SPD-Politik und neue Nuancen der Ostpolitik der SPD nach dem Parteitag bekommen. „Ring“ sollte dazu den wachsenden Gegensatz zwischen Teilen der Mitgliedschaft und der SPD-Führung in den Anträgen an den Parteitag zu Themen wie Frieden und europäische Sicherheit, deutsch-deutsche Beziehungen, Verhältnis der SPD zur CDU ausnutzen. Er sollte Eppler darlegen, dass der Ausgangspunkt der Deutschlandpolitik der DDR der Frieden sei und sie für völkerrechtliche Anerkennung und gegenseitigen Gewaltverzicht eintrete, um eine Friedensordnung in Europa zu erreichen. Dabei wolle die DDR der Bundesrepublik nicht die sozialistische Ordnung oktroyieren, verlange aber die Garantie, dass die Bundesrepublik ihr nicht mit Gewalt die kapitalistische Ordnung aufzwingen wolle. Die DDR sei ohne die Anerkennung ihres Staats zu keiner Regelung über gegenseitige Beziehungen bereit. „Ring“ sollte fragen, was die SPD angesichts der großen Unzufriedenheit großer Teile ihrer Mitglieder mit ihrer Haltung in der Großen Koalition tun wolle, um sich deutlich von der CDU/CSU abzugrenzen und eine Alternative zur CDU-Politik zu zeigen. Weiter solle er nach Differenzen in der SPD-Führung fragen, wer die Abgrenzung von der CDU und wer die noch engere Bindung an sie fordere, und Informationen über Fragen des Friedenserhalts bekommen.⁶⁷⁷

Nach Ansicht der Stasi wollte Eppler mit führenden Funktionären der DDR sprechen, woran auch die SPD-Spitze interessiert sei. Er trete seit einiger Zeit besonders gegenüber sozialis-

⁶⁷⁵ Vgl. Oberstleutnant Bilke, Einsatzplan. Sechste Reise des IM „Ring“ zur KP „Dialog“ in der Zeit vom 8.2. bis 17.2.1968, 27.1.1968 (S. 132-144), S. 132, S. 137-140, BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶⁷⁶ Vgl. Bericht über die 6. Reise zur KP „Dialog“ in der Zeit vom 22.2. bis 24.2.1968, 7.3.1968 (S. 145-148), S. 146f., BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶⁷⁷ Vgl. Oberstleutnant Bilke, Einsatzplan. Siebente Reise des IM „Ring“ zur KP „Dialog“ in der Zeit vom 2. bis 11.4.1968, 28.3.1968 (S. 149-152), S. 149-152, BStU AP 1118/71 Lpz.

tischen Ländern gemäß der „sog. Neuen Ostpolitik“ auf und berichte Außenminister Brandt über Gespräche mit Funktionären sozialistischer Länder.⁶⁷⁸

„Ring“ sollte auf seiner nächsten Reise erwähnen, dass er viele Menschen in der DDR kenne, die gern mit Eppler „in eigener Verantwortung“ sprechen würden, etwa Genossen von der Akademie der Wissenschaften Berlin, die im Rat für westdeutsche Fragen mitarbeiteten. Da diese Leute nur inoffizielle Gespräche führen würden, müsse Eppler als Privatmann zur Leipziger Messe oder auf „Rings“ persönliche Einladung in die DDR reisen. Falls Eppler offizielle Gespräche wolle, sollte „Ring“ keine Entscheidung treffen, sondern erklären, dass er darauf keinen Einfluss habe und nachfragen müsse. Er sollte herausfinden, mit wem und worüber Eppler auf welcher Ebene sprechen wolle, dessen Glauben an die SPD-Führung erschüttern und ihm erläutern, dass die positiven Beschlüsse des Parteitags nicht das Ergebnis der Führungspolitik, sondern des Oppositionsdrucks seien.⁶⁷⁹

Beim vierten Treffen am 5. April 1968 hatte sich nach „Rings“ Eindruck Epplers Haltung zur Politik der DDR verschlechtert. Er war über die „konsequente Haltung“ der DDR „gereizt“. Dies sei nicht gleichbedeutend mit seinem Verhältnis zu „Ring“. Eppler sei zu weiteren Treffen bereit. Das Gespräch sei mitunter „scharf“ geführt worden, sonst aber in einem freundschaftlichen, manchmal ironisch-freundschaftlichen Ton. Die Differenzen in den Standpunkten seien deutlicher geworden.

Eppler sprach nach dem Bericht über aktuelle politische Ereignisse, etwa die in der CSSR. Er befürwortete die Entwicklung in Prag, da sie ein neues Verhältnis der CSSR zur Sozialdemokratie und überhaupt zum Sozialismus bedeuten könne und im Gegensatz zur Entwicklung in Polen stehe, wo die Opposition nicht innerhalb der KP, sondern außerhalb der KP sei und es die Gefahr ‚neuer‘ Ungarnereignisse gebe, die nicht im Interesse des Westens lägen. Die CSSR zeige den richtigen Weg für die Ostblockstaaten. Die SPD habe gute Verbindungen nach Prag. Eppler war sehr interessiert an der Reaktion der Studenten der DDR auf die Entwicklung in der CSSR und ob es ähnliche Forderungen wie dort gebe. Bei der Linksentwicklung der westdeutschen Studenten stand er wie die ganze SPD vor einem Rätsel und sah keine klaren Ursachen hierfür. Wahrscheinlich seien die Aktionen ein Aufstand gegen die mehrheitlich rechtsextremen Väter.

Für „Ring“ waren in der DDR auf Grund ihrer politischen, ökonomischen und ideologischen Entwicklung Ereignisse wie in der CSSR ausgeschlossen. Die Situation in der DDR sei nicht mit der in der CSSR vergleichbar, denn die DDR habe die meisten Probleme der sozialistischen Entwicklung „erfolgreich“ gelöst. Deshalb sei bei den Studenten eine Entwicklung wie in der CSSR nicht zu erwarten.

⁶⁷⁸ Vgl. Ihre Information Bgl.Nr.: 60, 28.3.1968 (S. 168), S. 168, BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶⁷⁹ Vgl. Leutnant Bols, Treffbericht, 5.4.1968 (S. 153), S. 153, BStU AP 1118/71 Lpz.

Nach Epplers Überzeugung war die Haltung der DDR, die auf immer weniger Verständnis bei ihren östlichen Nachbarn stoße, zu starr. Wehner habe bei einer „kleinen, vertraulichen Zusammenkunft“ die Haltung der DDR mit einem Igel verglichen, der aus Angst Stacheln zeige. Eingehend unterhielten sich beide über Epplers Theorie von den „drei Säulen innerhalb der sozialistischen Länder“. ⁶⁸⁰ Eppler musste nach „Rings“ Bericht eingestehen, dass diese Theorie keine ernsthafte Charakterisierung der gegenwärtigen Entwicklung in den sozialistischen Ländern darstelle. Er war der Auffassung, dass die Bundesrepublik die DDR „de facto“ längst anerkannt habe und es nie eine „de jure Anerkennung“ gebe, da sie verbunden sei mit der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR als Ausland. Außerdem liefere dies der NPD Argumente gegen die Bundesregierung (Verzichtspolitik) und sie würde dann die demokratischen Kräfte schwächen.

Das Ergebnis des SPD-Parteitags bezeichnete Eppler als „Ruck der Partei nach links“. Er hob besonders seinen Anteil als Berichterstatter der Antragskommission zur Außenpolitik hervor. „Ring“ verwies auf die Diskrepanz zwischen den Worten und den Taten der SPD. Eppler erklärte, dass es ein Unterschied sei, ob Politik in der Partei oder Regierung gemacht werde. Die SPD-Minister müssten auf ihre Koalitionspartner Rücksicht nehmen. Eine rein sozialdemokratische Regierung würde „natürlich“ eine andere Politik verfolgen und die DDR mit Vorschlägen überschütten. Die Diskussion über die Notstandsgesetze hatte nach seiner Darstellung der Demokratie mehr geschadet als genützt. In Notstandssituationen würden nicht Gesetze entscheiden, sondern die realen Machtverhältnisse. Eppler interessierte die Situation der evangelischen Kirche nach der Annahme der Verfassung in der DDR. Obwohl sich „Ring“ hier nicht als kompetent ansah, glaubte er, dass sich im Verhältnis Staat-Kirche nichts ändern werde. In diesem Teil des Gesprächs zeigte sich nach „Rings“ Meinung Epplers „feindselige Haltung“ gegen die sozialistische Verfassung der DDR, die dieser damit begründete, dass durch diese der Status quo in Europa für ewig verankert sei. „Ring“ sprach ihn auf sein Angebot zu Gesprächen mit Vertretern der DDR an, doch Eppler sah im Augenblick wenig Veranlassung zu Gesprächen, obwohl er generell zu Gesprächen bereit sei. ⁶⁸¹

Verschiedene Äußerungen Epplers waren für die Stasi so wichtig, dass sie diese getrennt verwertete: das Gespräch bei Herbert Wehner am 4. April 1968 über Probleme der SPD-Politik in der Partei, die Ergebnisse des Parteitages und Wehners Ansicht, dass es weit-

⁶⁸⁰ Eppler hatte sich nach seinen Reisen in Ostblockländer folgende Theorie erarbeitet: die Satellitenregime könnten nur so lange einigermaßen stabil bleiben, wie sie mindestens auf zwei von drei Säulen ruhen konnten: Nationalismus, wirtschaftlicher Erfolg und Furcht vor den Deutschen. Wenn die Bundesrepublik den Völkern des Ostens die Furcht vor dem deutschen Revanchismus durch Normalisierung und Grenzverträge nähme, reiche der Nationalismus nicht mehr zur Legitimierung der kommunistischen Herrschaft. Dann müsse der wirtschaftliche Erfolg dazu kommen. Wo aber die Kommunisten weder auf die deutsche Gefahr noch auf den wirtschaftlichen Erfolg verweisen könnten, sei ihre Herrschaft akut gefährdet und lasse sich auf Dauer nicht durch sowjetische Panzer retten. Rückblickend erklärt er, dass sich diese Theorie vielleicht sogar auf die Sowjetunion anwenden lasse; vgl. Eppler, Erhard, Komplettes Stückwerk, S. 41f.

gehend gelungen sei, die DDR in die Rolle des „Neinsagers“ zu drängen, dass Walter Ulbricht die „Igelstellung“ der DDR gegen die Vorschläge der Bundesrepublik aufgrund des Unbehagens der anderen Ostblockländer nicht mehr lange halten könne und dass das Selbstbewusstsein der DDR nur gespielt sei.⁶⁸² Weiter wurde Epplers Überzeugung über das verbesserte Verhältnis der SPD zur KPC und damit die Hoffnung, dass die CSSR in Zukunft gegenüber der Bundesrepublik aufgeschlossener sei und die Deutschlandfrage flexibler behandle⁶⁸³ und sein Interesse an der Reaktion der DDR-Studenten auf die Ereignisse in der CSSR und am Verhältnis evangelische Kirche - Staat nach Annahme der sozialistischen Verfassung, das seiner Einschätzung nach die Freiheit der Kirche einschränke und damit dieses Verhältnis verschlechtere,⁶⁸⁴ verwertet. Wichtig war für die Stasi Epplers Beschäftigung mit den Ursachen des plötzlichen Studentenaufstands in der Bundesrepublik, der Wunsch der SPD nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze, da eine längere Diskussion der Demokratie noch mehr schade, der SPD-Parteitag als Linksruck der SPD, die Rücksichtnahme der sozialdemokratischen Minister auf den Koalitionspartner CDU/CSU und die andere Politik einer reinen SPD-Regierung.⁶⁸⁵

Trotz Epplers kritischer Haltung waren nach Stasi-Darstellung die Hauptziele (Festigung des Kontakts trotz gegensätzlicher Standpunkte, neue Informationen, erweitertes Bild über Eppler) erreicht. Doch habe Epplers Interesse an inoffiziellen Gesprächen mit Vertretern der DDR nachgelassen, er habe „Rings“ persönliche Einladung umgangen und man habe seine Ziele bei inoffiziellen Gesprächen nicht herausgefunden. Für die Stasi war Eppler ein „ehrgeiziger Verfechter der Politik des Parteivorstandes“. Er vertrete die „aufweichlerische Linie“. Da er „Ring“ immer noch als inoffiziellen Vorfühler der SED betrachte, habe dieser nicht klären können, in welchen Punkten Eppler von der Linie des Parteivorstands abweiche. Epplers Position gegenüber der Politik der DDR habe sich aufgrund der „Unempfindlichkeit der DDR“ auf die Ereignisse in der CSSR, der Annahme der sozialistischen Verfassung der DDR und der „konsequenten Haltung“ der DDR-Regierung in allen politischen Fragen verhärtet. Auch fand das Treffen wieder nicht in seiner Wohnung statt.⁶⁸⁶

„Ring“ sollte bei seiner Reise im Mai 1968 Epplers politische Position zu den „Hauptproblemen unserer Epoche“ erfahren und dabei Informationen über die weitere Politik der SPD sammeln: über Pläne der SPD gegenüber der DDR und den sozialistischen Ländern (vor allem CSSR), die Abgrenzung der SPD zur CDU/CSU und den Austausch von Gewalt-

⁶⁸¹ Vgl. „Ring“, Bericht über meine Reise zur KP „Dialog“ in der Zeit vom 3.4. bis 6.4.1968, 17.4.1968 (S. 157-163), S. 157-163, BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶⁸² Vgl. Zur Deutschlandpolitik der SPD, 8.4.1968 (S. 155), S. 155, BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶⁸³ Vgl. Zum Verhältnis KPC – SPD, 8.4.1968 (S. 156), S. 156, BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶⁸⁴ Vgl. Interesse der SPD an Problemen in der DDR, 18.4.1968 (S. 172), S. 172, BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶⁸⁵ Vgl. Zu Problemen der Politik der SPD, 18.4.1968 (S. 173), S. 173, BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶⁸⁶ Vgl. Leutnant Bols, Einschätzung der Reise des IM „Ring“ zu „Dialog“ durch den Mitarbeiter, 17.4.1968 (S. 164f.), S. 164f., BStU AP 1118/71 Lpz.

verzichtserklärungen mit der DDR. Die gegensätzlichen Positionen zu politischen Fragen sollten sich nicht negativ auf das persönliche Verhältnis zu Eppler auswirken. Falls dieser inoffizielle Gespräche mit Vertretern der DDR anspreche, sollte „Ring“ wie im Vorbereitungsgespräch vom 5. April 1968 beschrieben, vorgehen.⁶⁸⁷

Beim fünften und letzten Treffen im Mai 1968 analysierte Eppler die Wahlniederlage der SPD, die ihn sehr mitgenommen hatte. So seien die Sozialdemokraten z.B. aufgrund der Großen Koalition oder der faktischen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze (Nürnberger Parteitag) nicht gewählt worden. Die NPD habe den Wahlkampf „emotional, also irrationalistisch“ geführt. Er war wieder der Ansicht, dass das Auftreten eines Linken in Deutschland zu zwei bis drei Rechten führe. „Ring“ sah die Ursachen eher im „System“. Eppler warnte vor der Gefahr, dass die DDR sich über die Erfolge der NPD freue, was ihr in der westlichen Welt schaden könne. Er hoffte auf eine Situation wie zu „Zeiten des Dialogs“ und unterstrich, dass es günstig gewesen wäre, insbesondere für die Politik der SPD, wenn die DDR auf den Vorschlag zum Gewaltverzicht eingegangen wäre. In den Verhandlungen wäre die Frage nach dem Status der verhandelnden Seite, also nach der Anerkennung, aufgetaucht. Dann hätte die SPD die CDU in die Ecke treiben können.

Eppler glaubte nicht an das Interesse der DDR an einer Wiedezulassung der KPD, denn eine illegale Partei sei der DDR lieber als eine wenig einflussreiche KPD. Für „Ring“ ging es nicht um eine neue Zulassung der KPD, sondern um die Aufhebung des KPD-Verbots. Eppler betonte, dass ein vom Obersten Gericht gefälltes Urteil nach den Gesetzen nicht einfach aufgehoben werden könne. Er berichtete vom Treffen zwischen Brandt und Ceaucescu. Brandt habe zur Aufhebung des KPD-Verbots den Rechtsstandpunkt der SPD erläutert, dass vom Gesetz her das Verbot nicht aufgehoben werden könne, da dazu die Verfassung geändert werden müsse. Ceaucescu habe daraufhin die Absetzung des Obersten Gerichts vorgeschlagen. Eppler sei nach dem kurzen Gespräch an weiteren Gesprächen interessiert gewesen und offen für Anregungen von „Ring“ bzw. von der DDR. In einem handschriftlichen Zusatz heißt es, „Ring“ hätte hier von ihm entsprechende Zeit für ein Gespräch verlangen müssen und einen Termin vereinbaren können.⁶⁸⁸

Aus diesem Gespräch verwertete die Staatssicherheit, dass Eppler mit seiner Spekulation über die Politik der DDR gegenüber der Bundesrepublik versucht habe, „aufweichlerisch“ zu sein. Nach seiner Ansicht schade sich die DDR mit ihrer Freude über die Erfolge der NPD in der westlichen Welt sehr. Er hoffe auf eine Deutschlandpolitik wie zu Zeiten des „Dialogs“, erklärte, dass bei Verhandlungen zum Gewaltverzicht die Frage nach dem Status der verhandelnden Seiten aufgetaucht wäre und glaubte nicht an das Interesse der DDR an der

⁶⁸⁷ Vgl. Oberstleutnant Bilke, Einsatzplan. 8. Reise des IM „Ring“ zur KP „Dialog“ in der Zeit vom 8.-14.5.1968, 30.4.1968 (S. 174-176), S. 174-176, BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶⁸⁸ Vgl. „Ring“, Bericht über die 8. Reise zu „Dialog“ vom 8. bis 11. Mai 1968, 20.5.1968 (S. 209-213), S. 210-212, BStU AP 1118/71 Lpz.

Wiederzulassung der KPD.⁶⁸⁹ Auch Epplers Analyse der SPD- Wahlniederlage bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg wurde verwertet.⁶⁹⁰

Nach Auffassung der Stasi verlief die Reise „wieder normal“, die Ziele seien im wesentlichen erfüllt. Die persönliche Verbindung zwischen „Ring“ und Eppler sei sehr gut, doch hätten die Gespräche „vom operativen Standpunkt keine hohe Qualität“, da Eppler sich politisch „sehr vorsichtig“ ausdrücke, da er „Ring“ eventuell für einen „Abgesandten der SED“ halte. Die Gespräche seien eher ein „interessanter, aber doch nichtssagender Plausch.“ Die Informationen vervollständigten meist das Bild über die politischen Vorgänge in der Bundesrepublik. Eppler hatte nach Einschätzung der Stasi zur Zeit kein aktives Interesse an Gesprächen mit DDR-Vertretern, wolle aber die Verbindung mit „Ring“ aufrechterhalten. Er vertrete ehrlich die politische Linie der SPD-Führung, weil er sie für richtig halte, habe „die reaktionären Absichten der rechten SPD-Führung“ nicht erkannt und plädiere für Frieden und Abrüstung. Gegenüber der DDR sei er „aufweichlerisch“, da er dies für „die bestmögliche Variante für eine Lösung der Probleme in Osteuropa“ halte.

Aufgrund seines ehrlichen und offenen Auftretens schicke ihn die SPD-Führung zu Gesprächen mit Vertretern der sozialistischen Länder. Er lege in diesen Gesprächen die Linie der SPD-Führung entsprechend seiner eigenen Meinung überzeugend dar und berichte über die Gespräche Außenminister Brandt. Der Kontakt zu Eppler sollte intensiviert und seine politische Beeinflussung fortgesetzt werden. Ihm sollte der Gegensatz zwischen den Beschlüssen des Nürnberger Parteitags und den Worten der SPD-Führer und der wirklichen Politik, ebenso der weitere Weg der SPD bei der Fortsetzung ihrer gemeinsamen Politik mit der CDU erklärt werden. Ansatzpunkt hierfür sei Epplers „ehrliches Interesse“ an der Aufrechterhaltung des Friedens. Über die weitere Perspektive der Gespräche sollte noch einmal auf höherer Ebene gesprochen und beraten werden.⁶⁹¹

Auf der Reise im Juli 1968 sollte „Ring“ Epplers Grundgedanken zu Entspannung und Frieden erfahren, die Auffassung der DDR von der Entspannung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten darlegen und sich die Politik der SPD hierzu erklären lassen. Von selbst sollte sich „Ring“ nicht zu inoffiziellen Besprechungen mit SED-Vertretern äußern. Er sollte Informationen zum Plan der SPD zur Durchsetzung der neuen Ostpolitik, zur Einschätzung der Vorgänge in der CSSR durch die SPD-Führung und zu Reaktionen in der SPD zur Einführung des Pass- und Visazwangs⁶⁹² bekommen. „Ring“ sollte beim letzten

⁶⁸⁹ Vgl. Meinungen eines Bundestagsabgeordneten zur Politik der DDR gegenüber Westdeutschland, 21.5.1968 (S. 177), S. 177, BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶⁹⁰ Vgl. Landtagswahlen in Baden-Württemberg, 21.5.1968 (S. 178), S. 178, BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶⁹¹ Vgl. General Bols, Einschätzung der Reise durch den Mitarbeiter, 27.5.1968 (S. 214-126), S. 214-216, BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶⁹² Vgl. S. 161f. des vorliegenden Textes.

Punkt den Widerspruch zwischen den Reaktionen der Westmächte, vor allem der USA, und den „falschen und hetzerischen Behauptungen der Bundesregierung“ zeigen.⁶⁹³

Diese Reise fand nicht mehr statt. Epplers Kontakt zu „Ring“ brach ab. Da dieser „Ring“ als „Vorfühler der SED“ betrachtete, gab es nach Auffassung der Stasi nur mittelmäßige Informationen. Der Kontakt zu Eppler wurde aufgrund der Pespektivenlosigkeit im September 1969 eingestellt.⁶⁹⁴ Es habe einen guten, aber nicht ausbaufähigen Kontakt gegeben, aber nach dem Jargon der Stasi nur einige Informationen der „Wertklasse 3“.⁶⁹⁵

⁶⁹³ Vgl. Leutnant Bols, Einsatzplan. 9. Reise des IM „Ring“ zur KP „Dialog“ in der Zeit vom 3.-10. Juli 1968 (S. 191-193), S. 191-193, BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶⁹⁴ Vgl. Grobanalyse über IM/KP im OG, 21.11.1968 (S. 221f.), S. 221f., BStU AP 1118/71 Lpz.

⁶⁹⁵ Vgl. Oberleutnant Bols, Abschlußbericht, 20.8.1971 (S. 228), S. 228, BStU AP 1118/71 Lpz.

2.2. Von der Großen Koalition bis zum Engagement in der baden-württembergischen Landespolitik

OST- UND DEUTSCHLANDPOLITIK IM SPANNUNGSFELD DER ENTWICKLUNGSPOLITIK

Ost-, Deutschland-, Friedens- und Entwicklungspolitik lassen sich auch während Epplers Tätigkeit als Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht immer trennen. Entspannungspolitik half seiner Meinung nach der Dritten Welt, weil sie finanzielle Mittel zur Bekämpfung des Hungers frei machte. So erklärte er das Interesse der Entwicklungsländer an der neuen Ostpolitik, die er auch als Minister unterstützte. West- und Ostpolitik gehörten für ihn zusammen, denn für ein gutes Verhältnis zu den westlichen Verbündeten war seiner Überzeugung nach bundesdeutsche Entspannungspolitik nach Osten notwendig. Entwicklungspolitik war für Eppler eigenständig und sollte für die Dritte Welt und nicht als Mittel des Kalten Kriegs oder zur Durchsetzung der Hallstein-Doktrin verfolgt werden.

Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre verlagerte sich sein Tätigkeitsgebiet hauptsächlich auf die Entwicklungspolitik, Lebensqualität und Wachstumsfragen.⁶⁹⁶ Er forderte Kurskorrekturen etwa beim Umgang mit Rohstoffen und Energie, beim Gesundheits- und Erziehungswesen.⁶⁹⁷

Im Oktober 1968 wurde Eppler noch in der Großen Koalition zum Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit ernannt. Er trat unter Bundeskanzler Schmidt am 4. Juli 1974 von seinem Ministeramt zurück. Von Mai 1970 bis Mai 1991 gehörte er dem SPD-Parteivorstand an, von 1973 bis 1989 (außer von 1982 bis 1984) dem SPD-Präsidium. Brandts Angebot, nach dem Wahlsieg 1972 das wesentlich bedeutendere Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung statt des Entwicklungsressorts zu übernehmen, lehnte Eppler ab.⁶⁹⁸ Auch Conrad Ahlers bemerkte 1973 für ihn in der SPD weitere Karrierechancen: Wenn Eppler „weniger unpolitisch und mehr kooperativ“ bei den Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und anderen Ministerien gewesen wäre, hätte er nach dem Verzicht von Herbert Wehner gute Aussichten gehabt, auf dem Hannoveraner Parteitag zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt zu werden.⁶⁹⁹

⁶⁹⁶ Vgl. z.B. die Aufsatzsammlung: Eppler, Erhard, Maßstäbe für eine humane Gesellschaft: Lebensstandard oder Lebensqualität?, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1974; vgl. ders., Wenig Zeit für die Dritte Welt, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1972⁵.

⁶⁹⁷ Vgl. ders., Ende oder Wende. Von der Machbarkeit des Notwendigen, Frankfurt am Main/Zürich 1976. Auch 1991 beschäftigte sich Eppler mit Bewusstseinswandel, Macht und ökologischen Fragen: vgl. ders., Die Macht des neuen Bewusstseins, in: Dätwyler, Philippe/ders./Riedel, Ingrid, Die Bombe, die Macht und die Schildkröte. Ein Ausweg aus der Risikogesellschaft?, Olten/Freiburg im Breisgau 1991, S. 43-84.

⁶⁹⁸ Vgl. ders., Komplettes Stückwerk, S. 94f.

⁶⁹⁹ Vgl. Ahlers, Conrad, „Eppler und das Ding an sich“, in: Wirtschaftswoche Nr. 14 (30.3.1973) (S. 14), S. 14.

Eppler wurde seiner Einschätzung nach Minister, weil er zuvor Sprecher der SPD-Fraktion für Außenpolitik, Ostpolitik und vor allem den Atomwaffensperrvertrag gewesen sei und Brandt einen Fachmann in diesen Fragen im Kabinett gewollt habe.⁷⁰⁰ Auch habe Brandt im Kabinett Unterstützung für seine Außenpolitik gesucht. Als Minister unterstützte Eppler nach seiner Auffassung Brandt, machte aber keine eigenen Vorschläge zur Ostpolitik mehr. Brandt, Bahr und Scheel hätten seine Mithilfe gebraucht, aber nicht den Rat eines Kollegen, der im Detail viel weniger gewusst habe als sie.⁷⁰¹ Seine Wandlung als Minister beschrieb er folgendermaßen:

„Ich betrat das BMZ als ein 42 Jahre junger, hoffnungsvoller Politiker, der, von Nuancen abgesehen, so dachte wie alle anderen auch. Und ich verließ es sechs Jahre später fast schon als Außenseiter, über den zu lächeln, zu lachen oder zu grinsen für die meisten Repräsentanten des main stream zum guten Ton gehörte.“⁷⁰²

Um Epplers Möglichkeiten als Entwicklungsminister und seiner Stellung in der SPD besser einschätzen zu können, werden nun einige Einschätzungen über ihn dargestellt. Auch wenn er zu Beginn seiner Ministertätigkeit kein Außenseiter im Kabinett war - dies wurde er erst später – und in der SPD gute Karrierechancen hatte, gab es bei der CDU/CSU und im Auswärtigen Amt Widerstand gegen seine Ernennung und seine Ziele.

In einem vertraulichen Brief wandte sich Josef Stingl, Mitglied des CDU-Bundesvorstands und Vorsitzender des CDU/CSU-Landesverbandes Oder/Neiße, im August 1968 an Bundeskanzler Kiesinger:

Ich sähe einer solchen Entscheidung mit nicht geringer Besorgnis entgegen. Die Homogenität des Kabinetts würde sicher darunter leiden. Dr. Eppler gehört zu denen innerhalb der Koalitionsparteien, deren Ansichten den von der sogenannten Anerkennungspartei vertretenen am nächsten kommen. Dies allein schon läßt mir seine Berufung bedenklich erscheinen. Es kommt hinzu, daß Dr. Eppler sich kaum in derselben Weise auf die Fragen seines Fachressorts beschränken dürfte, wie der scheidende Inhaber des Amtes. In ihm wird ein zweiter Egon Bahr sogar mit am Tisch des Kabinetts sitzen, was die Zusammenarbeit mit Ihrem Vertreter sicherlich nicht erleichtern wird. ... Zu diesem Brauch gehört aber auch, daß diese (Vorschläge, C.S.) für den anderen Koalitionspartner zumutbar sein müssen. Daß dies bei Dr. Eppler nicht der Fall ist, wird nicht nur von mir so empfunden. Dr. Eppler vertritt eine Position, die so weit von der Mittellinie Ihrer Regierungserklärung entfernt ist, daß ich niemand in der CDU/CSU-Fraktion wüsste, der in auch nur vergleichbarem Ausmaß sich nach der anderen Seite davon absetzen würde. Präsentierten wir aber einen solchen Kandidaten, würde die SPD seine Ernennung mit Sicherheit nicht hinnehmen. ... fühle ich mich verpflichtet, Ihnen, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, diese Bedenken rechtzeitig mitzuteilen. Der Landesvorstand des CDU/CSU-Landesverbandes Oder/Neiße hat mich ... ausdrücklich beauftragt, sie Ihnen auch als seine Auffassung zu übermitteln.“⁷⁰³

Ministerialdirektor Herbst vom Auswärtigen Amt sah die Gefahr, dass das Auswärtige Amt seinen „notwendigen Einfluss“ auf die deutsche Entwicklungspolitik bei der Erarbeitung der großen Linien und ihrer praktischen Verwirklichung verliere. Die Entwicklungspolitik müsse

⁷⁰⁰ Vgl. Erhard Eppler, ..., im ‚Kreuzfeuer-Interview‘ auf Fragen von R. Rohlinger u. C.H. Casdorff, DFS, 29.11.1971 (4 S.), S. 3.

⁷⁰¹ Vgl. Eppler, Erhard, Komplettes Stückwerk, S. 44.

⁷⁰² Ders., ebd., S. 59.

⁷⁰³ Josef Stingl an Kurt Georg Kiesinger, 6.8.1968, NL Kiesinger A 003, ACDP.

den konkreten Zielen der Außenpolitik zugeordnet bleiben, also Instrument der Außenpolitik und solange wie nötig der Deutschlandpolitik sein.⁷⁰⁴ Ministerialdirigent Berger kritisierte Eplers Plan, die Kompetenzen seines Ministeriums zu erweitern:

„Mit Sorge verfolge ich seit geraumer Zeit, wie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit mangels einer eigenen Legitimität versucht, seine innere Berechtigung aus dem Gebiet der auswärtigen Politik herzuholen. Wie auch schon Minister Wischnewski, so hat der neue Minister, Herr Eppler, Entwicklungspolitik als eine neue ‚eigenständige Form der Friedenspolitik‘ definiert. M.E. ist nun Friedenspolitik unteilbar und das ausgesprochene Ziel jeder Außenpolitik.“⁷⁰⁵

Außenminister Brandt wiederum gestand dem Entwicklungsressort Eigenständigkeit zu. Für ihn wurde 1969 Entwicklungspolitik nicht mehr durch die Deutschland- und Außenpolitik bestimmt und sei keine „außenpolitische Feuerwehr“ mehr.⁷⁰⁶

Zwei Charakterisierungen zeigen die unterschiedlichen Auffassungen über Eppler zu Beginn seiner Ministertätigkeit. Nach der Ausgabe WER UNS REGIERT von 1969 war er trotz seiner früheren Gegnerschaft gegen die deutsche Wiederbewaffnung nie ein Pazifist. Für seine Gegner sei er ein „Utopist“ und „politischer Phantast“, doch sei er ein „nüchterner Mensch“ mit einem „Schuß politischer Phantasie.“ Als „außenpolitischer Ein-Mann-Spähtrupp der Sozialdemokraten“ habe er nie die Illusionen gehabt, die ihm politische Gegner der SPD nachgesagt hätten. Der Artikel beschrieb, dass Eppler viel Kleinarbeit für die neue Ostpolitik geleistet habe. Trotz seiner Ablehnung der Großen Koalition sei er dem „Zweckbündnis“ beigetreten, habe aber wegen der politischen Polarität 1969 dessen Ende gewollt.⁷⁰⁷

Nach der Einschätzung der Stasi vom Oktober 1969 werde der Bundesminister als „Mann des Westens“ und verschiedentlich als „arrogant, kontaktarm und als Mann der Theorie“ bezeichnet. Er sei ein Gegner der „Großmachtpolitik verschiedener politischer Kräfte in der Bundesrepublik“ und habe sich wiederholt gegen die Methoden von Strauß und Wehner in der Ostpolitik ausgesprochen. Er wolle einen „Ausgleich mit dem Osten ohne die Politik der Stärke.“ Nach Ansicht der Stasi betonte Eppler als Entwicklungshilfeminister die Bedeutung der Entwicklungshilfe als Friedenspolitik, wolle aber in Wirklichkeit bessere Bedingungen für Investitionen der „westdeutschen Privatindustrie“ in Entwicklungsländern schaffen. Er sei ein Gegner der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR und glaube, dass die Bevölkerung der DDR mit der Bundesrepublik „unter einem Dach“ leben wolle. Er fordere eine offensive Deutschlandpolitik der Bundesregierung und sehe die Einführung der Pass- und Visapflicht

⁷⁰⁴ Vgl. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Herbst, 26.1.1970, AADP 1970 Bd. 1 (Hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte. Haupterausgeber: Hans-Peter Schwarz), München 2001 (S. 89-92), S. 89f.

⁷⁰⁵ Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Berger, 8.11.1968, AADP 1968 Bd. 2 (Hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte. Haupterausgeber: Hans-Peter Schwarz), München 1999 (S. 1435f.), S. 1435.

⁷⁰⁶ Vgl. Brandt, Willy, Entwicklungshilfe als Beitrag für eine weltweite Friedenspolitik, in: Bulletin 1.7.1969 Nr. 86 (S. 737-739), S. 738 (vgl. gekürzte Fassung: ders., Grundsatzklärungen zur deutschen Entwicklungspolitik, in: E & Z 10. Jg. (1969) Nr. 7, S.14f.).

durch die DDR für den Reise- und Transitverkehr von und nach Berlin vom 11. Juni 1968 als Versuch, ihre durch die Entwicklungen in der CSSR erschütterte Außenpolitik wieder zu stabilisieren. Da die Entspannungspolitik der Bundesregierung die DDR verletzlich mache, solle sie statt einer harten Linie fortgesetzt werden. Die Haltung der Scharfmacher in der CDU käme den Zielen der DDR entgegen. Er plädierte nach dem Bericht der Stasi für eine sehr vorsichtige und zurückhaltende Haltung der Bundesrepublik bei der Entwicklung in der CSSR, um nicht die UdSSR zu einer Reaktion zu zwingen.

Die Stasi referierte Eplers Rede vor der evangelischen Akademie in Tutzing im August 1968, in der er seine bekannten Positionen vertrat, nach denen Ostpolitik mit Rückhalt im Westen geschehen und Politik im Interesse Gesamteuropas liegen müsse. Mit der DDR müsse die Bundesrepublik juristische Formen für das „geregelte Nebeneinander oder Miteinander“ finden, ohne die Sicherheit Westberlins zu gefährden, die Teilung Deutschlands völkerrechtlich festzuschreiben und ohne dass Deutsche für Deutsche zu Ausländern werden. Er sprach über seine schon beschriebene 3-Säulen-Theorie.⁷⁰⁸

Wie schätzte Eppler sich politisch ein? Er erstand sich nicht als Linken, wenn links die „Haltung eines ungestümen Fortschrittsglaubens“ sei und der Glaube, der Mensch sei an sich gut und man brauche nur die Verhältnisse zu ändern, damit sich dies zeige. Er betrachtete sich aber als links, wenn damit der Wille zur Veränderung der Gesellschaft gemeint sei. Aufgrund seiner christlichen Überzeugung, einem vielleicht „lutherischen Grundzug“, könne er nie an ein „Paradies auf Erden“ oder an den Fortschritt glauben, sondern ihn nur wollen, gerade weil er ihn immer für gefährdet halte. Den „Staatskapitalismus“ in der UdSSR lehnte er ab, denn dieser war für ihn weder progressiv noch links.

Die Sozialdemokratie war für Eppler der Versuch, die existierende Gesellschaft ein bisschen menschlicher zu machen, wohl wissend, das sie nie so menschlich werde, wie man dies wolle. Das Godesberger Programm sei bis zu einem gewissen Grade die zeitgemäße Form Naumannscher Vorstellungen. Er erläuterte, dass er 1952 nicht geglaubt habe, das die FDP die außenpolitischen Chancen ergreifen könne, die er damals gesehen habe. Weil für ihn neben dem Grundwert der Freiheit Solidarität entscheidend sei, habe sein Weg logisch in die SPD geführt, die damals außenpolitisch ähnliche Vorstellungen vertreten habe wie er.⁷⁰⁹

Nach Eplers Darstellung war eine scharfe Konkurrenz zwischen der demokratischen SPD und der totalitären DKP notwendig. Er kritisierte deren Versuch, Brandts Bemühen um Aussöhnung mit den kommunistischen Ländern Osteuropas zu stören und betonte, dass sich seine Haltung zur kommunistischen Partei in den letzten zwanzig Jahren „um kein Jota“ ge-

⁷⁰⁷ Vgl. Lotze, Gerd, Erhard Eppler. Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, in: Rummel, Alois (Hrsg.), Wer uns regiert, Freudenstadt 1969 (S.139-145), S. 139-145.

⁷⁰⁸ Vgl. HVA/Abt. VII, Kurzeinschätzung über Dr. Erhard Eppler, SPD, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 30.10.1968 (S. 109-114), S. 109-114, BStU ZAIG 24072.

⁷⁰⁹ Vgl. G. Gaus interviewt Dr. Erhard Eppler, ..., DFS, 19.12.1971 (7 S.), S.1-6.

ändert habe.⁷¹⁰ Er verstand sich nie in seinem Leben als „Kalten Krieger“. Er sei in den fünfziger Jahren sogar aufgrund seiner Ablehnung des Kalten Kriegs als Kommunist bezeichnet worden.⁷¹¹

Eppler hatte genaue Vorstellungen über die Entwicklungspolitik. Er lehnte es ab, über die Entwicklungspolitik die Anerkennung der DDR zu verhindern oder Ostpolitik über die Entwicklungsländer zu betreiben. Zwar war es seiner Überzeugung nach bei eindeutigen Doktrinen (z.B. der Hallstein-Doktrin) oder klaren politischen Prioritäten (etwa dem Verhältnis zu den westlichen Bündnispartnern) prinzipiell möglich, die Zuteilung der Entwicklungshilfemittel an der Außenpolitik zu orientieren, doch sah er den geringen Erfolg einer außenpolitisch diktierten Entwicklungspolitik in der Vergangenheit: Die Empfänger bundesdeutscher Ausrüstungshilfe Algerien, Somalia, Sudan und Guinea hätten alle die DDR anerkannt.

Die Hallstein-Doktrin bewertete Eppler kritisch. Es sei nicht klar, ob die Verknüpfung dieser Doktrin mit der deutschen Entwicklungspolitik die Anerkennung der DDR durch die meisten der Entwicklungsländer verhindert oder bewirkt habe, dass nun die Bundesrepublik in vielen Entwicklungsländern weder entwicklungs- noch außenpolitisch vertreten sei.⁷¹²

Er akzeptierte, dass in die Entwicklungspolitik die Außenpolitik immer hereinspiele und deshalb das Auswärtige Amt hierbei immer mit zu entscheiden habe.⁷¹³

Generell verstand Eppler Entwicklungspolitik als Versuch einer „Weltinnenpolitik“, als „eigenständige Form langfristiger Friedenspolitik“ und nicht als „Werkzeug der Außenpolitik für außenpolitische Tagesziele“. Wenn Entwicklungspolitik für die Bundesrepublik kein „Schlagstock zum Einbläuen der Hallstein-Doktrin“ sei, könne sie konsequenterweise auch nicht gegenüber Korea als „Schlagstock für außenpolitische Zwecke“ eingesetzt werden.⁷¹⁴

Nach seiner Ansicht gefährdete Entwicklungspolitik, die kurzfristig außenpolitische Interessen durchsetzen wollte, mittel- und langfristig die Beziehungen zum Entwicklungsland. Eine

⁷¹⁰ Vgl. Erhard Eppler, ..., im ‚Kreuzfeuer-Interview‘, DFS, 29.11.1971, S. 1f.

⁷¹¹ Vgl. Erhard Eppler an Helmut Schmidt, 25.6.1971, beiliegend Interview, Dep. Schmidt 5708, (13 S.), S. 8.

⁷¹² Vgl. Eppler, Erhard, Entwicklungspolitik und Eigeninteressen, in: Bulletin 3.4.1971 Nr. 52 (S. 529-533), S. 531, S. 533 (gleicher Text: ders., Entwicklungspolitik und Eigeninteressen, Europa-Archiv Folge 6/1971, S. 187-194).

⁷¹³ Vgl. Erhard Eppler, ..., im ‚Kreuzfeuer-Interview‘, DFS, 29.11.1971, S. 4.

⁷¹⁴ Vgl. Eppler, Erhard, Aspekte der Entwicklungshilfe, in: Evangelische Kommentare 2. Jg. (1969) Heft 3 (S. 148-152), S. 150; vgl. zur Weltinnenpolitik auch ders., Entwicklung und Solidarität, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1 Jg. (1969) Heft 1/2 (S. 38-45) (gleicher Text: ders., Entwicklung und Solidarität. Der Wirklichkeit standhalten, in: Lorenz, Friedebert (Hrsg.), Gerechtigkeit in einer revolutionären Welt. Vorträge und Bibelarbeiten in der Arbeitsgruppe Gerechtigkeit in einer revolutionären Welt des 14. Deutschen Evangelischen Kirchentages Stuttgart 1969, Stuttgart/Berlin 1969 (S. 59-67)); vgl. ders., Eine Kraftspritze für die Dritte Welt. Grundformeln der Entwicklungshilfe, in: Gewerkschaftliche Rundschau für die Bergbau- und Energiewirtschaft 1969 Nr. 8/9 (S. 354-358) (fast gleicher Text: ders., Kraftspritze für die Dritte Welt, in: ders., Einsprüche (S. 116-122) (Zeit, 4.4.1969)).

am Interesse der Entwicklungsländer orientierte Entwicklungspolitik diene langfristig der deutschen Außenpolitik.⁷¹⁵ Er drückte dies wörtlich so aus:

„Ich glaube Außenpolitik und Entwicklungspolitik sind sich im Ziel einig, nämlich der Schaffung einer Friedensordnung - Entwicklungspolitik hat einen völlig anderen Zeithorizont als die Außenpolitik. Sie kann nicht einfach für kurzfristige außenpolitische Zwecke eingespannt werden, weil sie langfristig angelegt ist. In der Außenpolitik geht es primär um unsere Selbstbehauptung in der Welt von heute. In der Entwicklungspolitik geht es primär um die Arbeit für die Welt von morgen und unseren Platz in dieser Welt von morgen.“⁷¹⁶

Für Eppler gab es sogar einen Zusammenhang zwischen den Studentenprotesten und der bisherigen Entwicklungspolitik. Denn für die junge Generation sei die Hallstein-Doktrin so sehr Geschichte wie für die älteren die „Hallstein-Zeit“. Wer versuche, Entwicklungspolitik als Druckmittel im Kampf der Ideologien oder Nationalstaaten zu gebrauchen, dürfe sich über die radikale Kritik der bundesdeutschen Jugend hieran nicht aufregen. Man müsse deshalb eine „moderne, eigenständige, zukunftsgerichtete Entwicklungspolitik“ verfolgen.⁷¹⁷

Für ihn gab es weder außerhalb der militärischen Bündnisse noch auf Dauer innerhalb der militärischen Strukturen Sicherheit. Entwicklungspolitik könne aber Strukturen unterlaufen und ein neues Bewusstsein mit gemeinsamen Interessen schaffen. Sie stehe nicht anstelle von Sicherheitspolitik, sondern solle eine Basis für andere Formen künftiger Sicherheit schaffen.⁷¹⁸ Dennoch beruhte seiner Meinung nach die Sicherheit der Bundesrepublik nicht auf den Vereinten Nationen, sondern auf der NATO und vielleicht später auf einem europäischen Sicherheitssystem. Abrüstungsgespräche oder den Abschluss des Nichtverbreitungsvertrages gebe es nur durch den Willen beider Supermächte.⁷¹⁹

Wie später in den achtziger Jahren war Eppler die Verlagerung von Rüstungsausgaben zugunsten der Entwicklungshilfe wichtig.⁷²⁰ Er hielt die Hoffnung der Entwicklungsländer auf Entspannung in Europa für verständlich, da das für den Rüstungswettlauf ausgegebene Geld nicht der Entwicklungshilfe zur Verfügung stehe. Er kannte kein Land in der Dritten Welt, das Einwände gegen die Friedenspolitik der Bundesregierung habe. Die Zurückhaltung der meisten Entwicklungsländer gegenüber der DDR bedeute nicht, dass für sie die DDR nichtexistent sei, sondern dass sie die bundesdeutsche Entspannungspolitik nicht stören wollten. Es sei offen, wie lange sie zu dieser Rücksichtnahme bereit seien. Niemand könne

⁷¹⁵ Vgl. dazu auch ders., Die Entwicklungspolitik der Bundesregierung, in: Bulletin 14.4.1971 Nr. 56 (S. 573-587), S. 574; vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Hrsg.), Entwicklungspolitik ist der Versuch, das Leben für alle erträglicher zu machen, damit es nicht für alle unerträglich wird. Erhard Eppler, Bonn o.J. (1973), S. 16f.

⁷¹⁶ Vgl. Eppler, Erhard, Grundlinien der deutschen Entwicklungspolitik in der zweiten Dekade, in: E & Z 9. Jg. (1968) Nr. 12 (S. 4-6), S. 4.

⁷¹⁷ Vgl. ders., Moderne und zukunftsorientierte Entwicklungspolitik, in: Bulletin 1.7.1969 Nr. 86 (S. 739-742), S. 740 (gekürzte Fassung: ders., Aufgabe und Chance für die junge Generation, in: E & Z 10. Jg. (1969) Nr. 7, S. 15f.).

⁷¹⁸ Vgl. ders., Aspekte der Entwicklungshilfe, S. 150f.

⁷¹⁹ Vgl. ders., Entwicklungshilfe als Weltinnenpolitik, in: Vereinte Nationen 17. Jg. (1969) Nr. 6 (S. 161-164), S. 161.

⁷²⁰ Vgl. SPD-Pressemitteilungen und Informationen, Nr. 208/69, 4.7.1969 (3 S.), S. 2, Dep. Eppler 190.

nach einem Scheitern der ostpolitischen Verträge erwarten, dass eine deutsche Regierung in der Dritten Welt viel Verständnis für die „querelles allemandes“ finde. Eine „Welle von Anerkennungen“ wäre dann unvermeidlich.⁷²¹

Die Vereinten Nationen betrachtete der Minister als Forum für die Entwicklungsländer. Diese hätten durch die Aufnahme der VR China einen neuen Impuls erhalten, weil dadurch die Epoche der Bipolarität endgültig abgeschlossen sei und China erfolgreich als Sprecher der Entwicklungsländer vor der UN auftreten könne. Die Friedenssicherung durch die UN werde sich immer weniger darauf beschränken können, das eine oder andere „aufflackernde Feuer“ auszutreten, sondern immer mehr auf den Versuch, wirtschaftliche, rassische und soziale Konflikte vor ihrem gewaltsamen Ausbruch zu entschärfen. Eppler hoffte, dass die UN bei der indirekten Friedenssicherung durch Entwicklungspolitik erfolgreicher seien als bei der direkten Friedenssicherung im Sicherheitsrat.⁷²² Der Minister erklärte im Bundestag:

„Wir, die wir heute den Grundvertrag und den UN-Beitritt in diesem Hause diskutieren, tun dies im Zeichen der Ost-West-Spannung, die wir abbauen wollen, aber an deren völliges Verschwinden hier wohl keiner so recht glauben kann. Der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in New York wird in der Vollversammlung sehr viel häufiger vor Entscheidungen stehen, die sich aus der Nord-Süd-Spannung ergeben, als vor solchen, die aus dem Ost-West-Konflikt stammen. ... Das Land, das Europa – für alle sichtbar und von allen honoriert – einem dauerhaften Frieden näher gebracht hat, wird auf der Bühne der Weltorganisation mit einem strengen Maßstab gemessen werden, vor allem von den Ländern der Dritten Welt. Provinzialismus wird uns in Zukunft noch wesentlich teurer zu stehen kommen als bisher. Der neue Anfang, von dem in dieser Debatte die Rede war, bezieht sich also nicht nur auf unsere Beziehungen zur DDR, sondern auch auf **unsere Verantwortung in der Völkergemeinschaft**. Ich könnte mir vorstellen, daß uns unsere Kinder später nicht fragen werden, ob das Auftreten der DDR auf der weltpolitischen Bühne vielleicht doch noch um ein oder zwei Jahre hätte verschoben werden können, sondern sie werden uns fragen, ob es denn unvermeidlich gewesen sei, daß sie – diese Kinder – den Globus mit sieben oder zehn Milliarden Menschen zu teilen hätten, von denen keiner weiß, wie sie ernährt, wie sie beschäftigt, wie sie behaust oder wie sie sozial gesichert werden sollen.“⁷²³

Beim Atomwaffensperrvertrag ging es für Eppler darum, ob die Bundesregierung einen Vertrag, den die Mehrzahl der Länder der Welt und der bundesdeutschen Verbündeten bereits unterschrieben hätten, unterzeichnen solle, und um die Bedeutung der Unterschrift der Bundesrepublik nach der Unterzeichnung der meisten NATO-Mitglieder für die NATO. Seiner Einschätzung nach war es schlecht für Europa, wenn neben der nichtbeitretenden Nuklearmacht und den beitretenden nichtnuklearen Staaten in der EWG und Euratom die nichtnukleare Bundesrepublik dem Vertrag nicht beitrete. Ein Scheitern des Vertrages in seiner Universalität bedeute für die Abrüstungsgespräche einen Rückschritt.⁷²⁴

⁷²¹ Vgl. SPD-Pressemitteilungen und Informationen, Nr. 84/72, 18.3.1972 (2 S.), S. 1f.

⁷²² Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 7. Wahlperiode. Stenographische Berichte, 30. Sitzung, 10.5.1973, Bonn 1972-1976 (S. 1608f.), S. 1608f. (vgl. gleicher Text: Eppler, Erhard, Rede von Bundesminister Eppler zum Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinten Nationen am 10. Mai 1973, in: Bulletin Nr. 54 (12.5.1973) (S. 509-511)).

⁷²³ Ebd., S. 1608f.

⁷²⁴ Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 6. Wahlperiode. Stenographische Berichte, 10. Sitzung, 12.11.1969, Bonn 1969-1973 (S. 353-355), S. 353-355.

Für Eppler war erfolgreiche Entwicklungspolitik nicht die Konkurrenz zwischen Industriestaaten, sondern die koordinierte Zusammenarbeit der Entwicklungs- und Industrieländer, auch des Ostblocks. Die Bundesrepublik habe mit zwei osteuropäischen Ländern schon längere Zeit Rahmenabkommen für den Außenhandel abgeschlossen, in denen auch eine Zusammenarbeit beim Vertrieb von Waren und bei der Durchführung von Projekten in dritten Ländern vorgesehen sei. Die Entwicklungsländer wollten nach Epplers Meinung keine Entwicklungshilfe als Mittel im Kalten Krieg, sondern eine Kooperation zwischen den Ländern des Ostens und des Westens. Durch gemeinsame Projekte mit kommunistischen Ländern wollte er die Glaubwürdigkeit der „Ostpropaganda“ in der Dritten Welt, die die bundesdeutsche Entwicklungshilfe als Neokolonialismus bezeichne, in Frage stellen. Eine Orientierung an der Propaganda der Ostblockstaaten hielt der Minister für falsch. Die gemeinsame Beteiligung möglichst vieler Firmen westlicher, neutraler und kommunistischer Länder an einem Projekt, näherte diese Länder einem gesamteuropäischen Modell.⁷²⁵

Für ihn wurde die Entwicklungshilfe auch bezüglich der Deutschlandpolitik von der Friedenspolitik der Bundesregierung und dem Prinzip der Nichteinmischung bestimmt. Die Entwicklungsländer bewerteten seiner Überzeugung nach die Friedens- und Verständigungspolitik der Bundesregierung positiv und hatten Verständnis für deren Anliegen, den innerdeutschen Dialog nicht unnötig zu erschweren. Die Bundesrepublik breche nicht mehr generell die Beziehungen zu einem Staat, der die DDR anerkannt habe, ab, sondern entscheide im Einzelfall, auch über die weitere entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit diesem Land.⁷²⁶

Auch wenn man durch Entwicklungspolitik keine „Freunde kaufen“ könne, setzte die Gewährung von Entwicklungshilfe für den Minister ein Mindestmaß an „partnerschaftlichem Verhalten“ voraus. Im Interesse der Entwicklungsländer sei die Bundesregierung offen für eine entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit der DDR. Dies geschehe nicht, solange die DDR eine innerdeutsche Regelung verweigere. Die bilateralen Kooperationsabkommen mit Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, CSSR und Polen sähen ausdrücklich eine Zusammenarbeit auch in Entwicklungsländern vor. Die Bundesrepublik halte sachbezogene Entwicklungspolitik durch ihre sichtbaren Ergebnisse langfristig für erfolgreicher als „eine auf tagespolitische Erfolge ausgerichtete politische Diffamierung.“⁷²⁷

⁷²⁵ Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 5. Wahlperiode. Stenographische Berichte, 246. Sitzung, 2.7.1969, Bonn 1965-1969 (S.13711-13713), S. 13711-13713.

⁷²⁶ Zur Anerkennung der DDR durch Chile erklärte Eppler 1971, dass die Bundesregierung intern und in Gesprächen mit der chilenischen Regierung prüfen werde, wie sie die Beziehungen zu Chile in Zukunft gestalte. Die Bundesregierung habe gegenüber der chilenischen Regierung eindeutig klargestellt, dass eine Anerkennung der DDR die partnerschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Chile belaste. Doch gebe es auch Staaten, die eigentlich 1969 die DDR anerkennen wollten und dies nur nicht getan hätten, um die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik nicht zu stören; vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 6. Wahlperiode. Stenographische Berichte, 115. Sitzung, 28.4.1971, Bonn 1969-1971, S. 6717, S. 6809.

⁷²⁷ Vgl. Eppler, Erhard, Die Entwicklungspolitik der Bundesregierung, S. 581f.

Eppler ging nicht davon aus, dass die DDR weiter erfolglos versuchen werde, die Bundesrepublik und ihre Entwicklungshilfe zu diskreditieren. Die Bundesrepublik müsse von der DDR in der Dritten Welt nichts befürchten, zumal ihre Leistungen die der DDR weit überträfen.⁷²⁸ Die Behauptung, seine Bereitschaft zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit osteuropäischen Ländern würde zu Lasten der Entwicklungspolitik gehen, bezeichnete er als „groben Unfug“. Schon sein Vorgänger habe solche Angebote gemacht, auf die einige Ostblockländer eingegangen seien. Er glaubte nicht an eine deutsch-deutsche entwicklungspolitische Zusammenarbeit, da die DDR die bundesdeutsche Entwicklungshilfe aufgrund ihrer labilen inneren Situation als Neokolonialismus bezeichnen müsse. Diese These sei bei einer Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik nicht mehr haltbar.⁷²⁹ Epplers Angebot zur Zusammenarbeit in der Entwicklungshilfe lehnte die DDR auch eindeutig ab.⁷³⁰ Für Eppler spielte in der Entwicklungspolitik spätestens seit der Unterschrift unter den Grundlagenvertrag mit der DDR 1972 der Versuch, durch die bundesdeutsche Entwicklungspolitik die Anerkennung der DDR durch dritte Länder zu verzögern oder zu verhindern, keine Rolle mehr.⁷³¹ Für ihn war die Entwicklungshilfe der DDR bisher ein Mittel, internationale Anerkennung zu erzwingen. Da sie diese nun mit dem UN-Beitritt⁷³² erlangt habe, werde sich erst jetzt ihr wirkliches Interesse an den Entwicklungsländern zeigen. Er erwartete hier nicht allzu viel. Die Bundesrepublik habe der DDR immer die Zusammenarbeit angeboten und tue dies immer noch, doch diese lehne nach wie vor ab.⁷³³

WEITERENTWICKLUNG DER OST- UND DEUTSCHLANDPOLITISCHEN GRUNDGEDANKEN

Auch als Entwicklungshilfeminister beschäftigte Eppler sich konkret mit der Deutschland- und Ostpolitik. Er unterstützte und verteidigte Brandts Ostpolitik – auch über die evangelische Kirche – und suchte nach Gründen für die Ablehnung der Ostpolitik durch die CDU/CSU. Ostpolitik war für ihn Teil der europäischen Friedenspolitik und stand nicht im

⁷²⁸ Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 30. Sitzung, 10.5.1973, S. 1608; auch hier erklärte Eppler, dass die Bundesrepublik den Wettbewerb mit der DDR in der Entwicklungspolitik nicht zu fürchten brauche und es nicht nötig habe, ihre entwicklungspolitischen Entscheidungen vom Handeln der DDR abhängig zu machen.

⁷²⁹ Vgl. SPD-Pressemitteilungen und Informationen, Nr. 181/72, 30.4.1971 (S. 1-3), S. 1f., Dep. Eppler 191; vgl. Erhard Eppler, Entwicklungshilfe – Politik der Veränderung. Gespräch mit Minister Erhard Eppler, in: Die Neue Gesellschaft 18. Jg. (1971) Nr. 6 (S. 382-389), S. 384.

⁷³⁰ Vgl. Schilling, Siegm, Ohrfeige für Eppler. Ost-Berlin lehnt Angebot zur Kooperation ab, Rheinischer Merkur, 23.4.1971.

⁷³¹ Vgl. Eppler, Erhard, Grundsatzfragen und Ziele der Entwicklungspolitik. Interview von Bundesminister Dr. Eppler mit „Al Anwar“, in: Bulletin 13.4.1973 Nr. 44 (S. 393-395), S. 394.

⁷³² Im September 1973 wurden beide deutsche Staaten Mitglieder der Vereinten Nationen. Nach Epplers Aussage von 1970 war die Bundesrepublik nicht grundsätzlich gegen eine Mitgliedschaft der DDR in Ausschüssen und Organisationen der Vereinten Nationen. Bei einem „vernünftigen Verhältnis“ zwischen beiden deutschen Staaten werde die Bundesrepublik eine Vertretung der DDR in diesen Gremien billigen; vgl. Eppler über DDR und UNO, SZ, 19.1.1970.

⁷³³ Vgl. Erhard Eppler, ..., zu Fragen der Entwicklungshilfe, des Verhältnisses von Jusos und SPD sowie zu Vorgängen in SU um Sacharow, SDR, 22.9.1973 (2 S.), S. 1.

Gegensatz zur Deutschlandpolitik. Er warnte vor einer Isolierung der Bundesrepublik im Westen. Der Anfang der Ostpolitik lag für ihn in der evangelischen Kirche:

„Historisch war es eindeutig so: Wenn man später einmal über die Geburtsstunde der neuen Ostpolitik redet, dann war das die EKD-Denkschrift von 1956 und keine politische Partei; sondern es war in diesem Fall die evangelische Kirsche (sic!), die das Eis gebrochen hat.“⁷³⁴

In seinen ZEHN THESEN ZUR DEUTSCHLAND- UND OSTPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG⁷³⁵ beschrieb Eppler seine ost- und deutschlandpolitische Grundkonzeption. Für ihn konnte es keine isolierte Ostpolitik, sondern nur eine in sich geschlossene Außenpolitik in alle Richtungen geben: Die Außenpolitik der Bundesrepublik habe ihre Bedeutung in der Welt erhöht, die Ostpolitik das Verhältnis zum Westen entlastet und die erfolgreiche Europapolitik ihre Verhandlungsposition nach Osten gestärkt. Die Dritte Welt hoffe auf eine bundesdeutsche Politik, die ihr gegenüber mehr als ein Teil der Deutschlandpolitik sei. Der Minister forderte die Anerkennung von Realitäten, um sie langfristig ändern zu können. Nur unverletzliche Grenzen könnten durchlässiger werden.⁷³⁶ Er hatte folgende Vorstellungen von einem vereinten Deutschland:

„In den letzten 20 Jahren ist die deutsche Spaltung immer tiefer geworden, obwohl oder vielleicht gerade weil wir unsere Politik auf die Fiktion der Einheit aufgebaut haben. Wer auf die Wiederherstellung des Gewesenen beharrt, verbaut sich den Weg in die Zukunft. Wenn die Deutschen jemals wieder die Gelegenheit und dann auch den Willen haben sollten, unter einem gemeinsamen staatlichen Dach zu leben, wird dieser Staat mit Sicherheit anders aussehen als das deutsche Reich.“⁷³⁷

Der Weg zur Wiedervereinigung wurde seiner Ansicht nach durch Gewaltverzichtsverträge erleichtert. Der Minister sah fünf Realitäten in Deutschland: 1. zwei Staaten mit völlig verschiedener Gesellschaftsordnung, die verschiedenen Paktsystemen angehörten; 2. der Überdruß der Europäer in Ost und West über die „querelles allemandes“; 3. auf das Selbstbestimmungsrecht könne niemand verzichten; 4. solange sich die Deutschen nicht in freier Entscheidung als zwei Nationen konstituiert hätten, gebe es eine Nation und 5. die meisten Westberliner wollten in der bundesdeutschen Gesellschaftsordnung leben.

So wie die früheren Bundesregierungen sich vergeblich gegen die ersten beiden Realitäten gewehrt hätten, wehre sich die DDR vergeblich gegen die letzten beiden Realitäten. Da die Bundesrepublik sich den unangenehmen Realitäten gestellt habe, zwingt sie die DDR, dies auch zu tun. Für Eppler überwogen die Vorteile beim Abschluss von Gewaltverzichtab-

⁷³⁴ Vgl. Eppler, Erhard, Fragenbeantwortung, in: Initiativkreis neue Sicherheitspolitik (Hrsg.), „Bereit zum atomaren Selbstmord?“ Protokoll einer Podiumsdiskussion, München 1982 (S. 39-65), S. 52

⁷³⁵ Die nachfolgenden Thesen stellte Eppler auf der XVII. Jahrestagung des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing am 11. Juli 1970 unter fast identischem Wortlaut vor; vgl. Eppler, Erhard, Die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung, 10 S., Dep. Eppler 100.

⁷³⁶ Eppler, Erhard, Zehn Thesen zur Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung, in: Bulletin 10.10.1970 Nr. 106 (S. 1043-1045), S. 1043f. (ähnlich: ders., Zehn Thesen zur Deutschland- und Ostpolitik, in: Tutzingener Studien 1971 Nr. 1, S. 17-21) (französisch: ders., Dix thèses sur le problème allemand et l'Ostpolitik, in: Documents 26. Jg. (1971) Nr. 2, S. 6-11)

⁷³⁷ Ebd., S. 1044.

kommen mit der UdSSR deutlich. Mit der Anerkennung der Unantastbarkeit und Unverletzlichkeit aller europäischen Grenzen verzichte die Bundesrepublik auf eine „Lebenslüge“, die ihre Innen- und Außenpolitik „verkrampft und vergiftet“ habe, verbessere die Chancen für eine Normalisierung zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR und könne sich anderen Aufgaben, etwa in der Dritten Welt, widmen.

Folgende Prämissen blieben seiner Ansicht nach weiter bestehen: Die Sicherheit der Bundesrepublik beruhe auf der NATO. Die Bundesrepublik müsse sich um die westeuropäische Einigung bemühen, stehe in einem „Konkurrenz- und Spannungsverhältnis zur DDR“ und müsse mit Misstrauen aus dem Osten rechnen. Falls die Opposition die Regierung übernehme, könne sie entweder die bisherige Politik fortsetzen und sich damit innenpolitisch blamieren oder die von ihr geforderte Politik versuchen, was außenpolitisch peinlich sei.⁷³⁸

Wie Eppler die Bundesrepublik und ihre Möglichkeiten bewertete, zeigt seine Rede vor dem „American Council of Germany“ in New York. Er hielt die Bundesrepublik, für eine „normale Industrienation“ und „normale Demokratie“, trotz aller Fehler für „das Beste“, was die Deutschen bisher zustande gebracht hätten. Die NPD betrachtete er nicht als „Irrlicht“, das die Gesellschaft in die falsche Richtung führen wolle, sondern als „Fußschweiß“ der Gesellschaft auf dem Weg in die Zukunft. Je stärker die Bundesrepublik in internationale Organisationen eingebettet sei und je sicherer sie sich durch Verbündete und Freunde fühle, desto geringer waren seiner Überzeugung nach die Chancen der NPD.

Die Bundesrepublik bestehe seit 20 Jahren „wider Willen“, denn sie wollte und wolle in einem Staat, der die ganze Nation umfasse, aufgehen. Er ging nach wie vor von der deutschen Nation als Willensgemeinschaft aus. Die Bundesrepublik werde eine Entscheidung der Deutschen in der DDR, in einem eigenen Staat zu leben, akzeptieren. Doch die Bundesbürger wollten nach Epplers Meinung mit den Deutschen in der DDR einen gemeinsamen Staat, unabhängig davon wie föderativ er sei. Er betonte, dass es ohne die Zustimmung der deutschen Nachbarn und der Weltmächte keine deutsche Einheit geben könne und hatte Verständnis für die Ängste der deutschen Nachbarn vor „einem zentral regierten Gesamtdeutschland.“

Deutsche Einheit und europäische Einigung standen für ihn in einem engen Zusammenhang, denn beides, deutsche Spaltung und die Vorstellung einer „undifferenzierten deutschen Einheit“, seien ein Hindernis für eine für alle akzeptable europäische Friedensordnung. Eppler lehnte den „restaurativ“ klingenden Begriff Wiedervereinigung ab. Es handele sich nicht um die Restaurierung des Gewesenen, sondern um eine neue Form des Zusammenlebens zwischen den Deutschen, die auch den Europäern das Zusammenleben erleichtere.

⁷³⁸ Vgl. ebd., S. 1044f.

Die Bundesrepublik habe Gespräche mit der DDR ohne jede Vorbedingung vorgeschlagen, doch könne sie nicht durch eine völkerrechtliche Anerkennung die Teilung Deutschlands besiegeln, ohne den Status von Berlin zu klären und in der sicheren Erwartung, dass sich in der DDR wenig ändern werde. Das deutsch-deutsche Verhältnis wurde seiner Darstellung nach zuerst in Deutschland und dann von den vier Alliierten entschieden. Ereignisse in den Entwicklungsländern könnten die Situation erschweren, aber nicht grundlegend ändern. Trotz der Nichtanerkennung der DDR durch dritte Staaten müsse die Bundesrepublik zu einem „erträglichen Verhältnis“ mit der DDR kommen. Doch könne die Anerkennung der DDR durch andere die Bundesrepublik nicht zu etwas zwingen, was sie für falsch halte. Eppler setzte sich für die Akzeptanz von Realitäten (etwa das Entstehen einer kommunistischen Gesellschaftsordnung in der DDR, die deutsche Nation) ein. Die Deutschen könnten nie Beziehungen zueinander haben wie zwei andere Staaten. Die Bundesrepublik brauche keine Hasspropaganda, wolle die DDR nicht gleichschalten und keine deutsche Hegemonialmacht in der Mitte Europas entstehen lassen. Sie wolle im Interesse Europas, dass die Deutschen die aus der Konfrontation beider Teile resultierende „Querschnittslähmung Europas“ überwinden könnten. Deutschland solle eine Zone des Friedens werden, damit Europa Frieden finde.⁷³⁹ Zur deutschen Einheit führte er aus:

„Ich glaube, daß heute eher als jemals in unserer Geschichte eine überwältigende Mehrheit der Deutschen bereit wäre, eine staatliche Gemeinschaft auf den Grundwerten der Freiheit, der gleichen Chance, der Solidarität und des Friedens aufzubauen. Dabei hätten die Deutschen in der DDR manches einzubringen, was uns fehlt: sie wissen besser, was Freiheit ist, denn sie haben sie nun lange genug entbehrt. Sie wissen besser, was Solidarität ist, denn sie sind noch mehr darauf angewiesen als wir.“⁷⁴⁰

Da Eppler Gespräche mit der DDR vorschlug, hoffte er nach der gewonnenen Bundestagswahl 1969 im März 1970, dass der Besuch des neuen Bundeskanzlers in der DDR, den die DDR ablehne, aufgrund des sowjetischen Interesses an dem Treffen doch noch zustande komme. Ein Erfolg sei, wenn das zweite, in Bonn geplante deutsch-deutsche Treffen stattfinde. Wichtig sei es, der DDR klar zu machen, das die Bundesrepublik mit Rückendeckung des Westens ebenso viel Zeit habe, wie Ostberlin für sich beanspruche.⁷⁴¹

Eppler setzte sich für deutsch-deutsche Gespräche ein. Er plädierte dafür zu klären, wie die Bundesrepublik zu einem entspannteren Verhältnis mit der DDR kommen könne, ohne die deutsche Teilung zu besiegeln. Der Schlüssel zu Verhandlungen mit der DDR lag für ihn in der Sowjetunion. Nur über eine europäische Sicherheitskonferenz gebe es eine Wieder-

⁷³⁹ Vgl. Eppler, Erhard, Deutschland als Friedenszone für den Frieden in Europa, S. 677-679.

⁷⁴⁰ Ebd., S. 678.

⁷⁴¹ Vgl. Eppler: „Furcht vor einer Krise ist gänzlich unbegründet. Der Bundesentwicklungsminister und Unterländer. SPD-Bundestagsabgeordnete in Weinsberg zur Wirtschafts- und Ostpolitik, Heilbronner Stimme, 9.3.1970. Vgl. auch Dr. Eppler zog Bilanz über fünf Monate SPD-Regierung. Minister stand Rede und Antwort beim ersten VHS-Vortrags- und Diskussionsabend in der Reihe „Kritischer Dialog“, Heilbronner Stimme, 16.3.1970.

vereinigung. Der Abbau von Ressentiments im Ausland werde dadurch erleichtert, dass niemand Bundeskanzler Brandt als Nationalsozialist bezeichnen könne.⁷⁴²

Eppler hielt die DDR für stabil. Er glaubte nicht an einen baldigen Fall der Mauer, auch wenn er dies begrüßen würde, und auch nicht an eine baldige Entscheidung über die deutsche Einheit, da sie für die DDR nicht möglich sei. Er erklärte, dass die bundesdeutsche Regierung von befreundeten Staaten Verständnis dafür erwarte, dass die wichtigste Aufgabe in Europa die deutsch-deutsche Verständigung sei. Die Bundesregierung wisse um die Existenz eines anderen Staats in Deutschland, zu dem sie die Beziehungen verbessern müsse. Die meisten befreundeten Staaten der Bundesrepublik würden diese Bemühungen nicht durch die diplomatische Anerkennung der DDR stören und unterstützten Brandts Entspannungspolitik. Das deutsch-deutsche Verhältnis war nach Epplers Überzeugung besonders aufgrund des Verhaltens der DDR (keine freien Wahlen seit 1946, Reisebeschränkungen zwischen beiden deutschen Staaten, Ausreiseverbot aus der DDR in die Bundesrepublik, Erschießung von DDR-Flüchtlingen an der Mauer) in so einem schlechten Zustand. Eine Einigung um des Friedens in Europa willen sei mit dieser DDR schwierig.

Auch im starken Einfluss der Besatzungsmächte in West und Ost sah Eppler einen Grund für die Entfremdung der beiden Teile Deutschlands. Die Entscheidung, dass alle Deutschen auf beiden Seiten frei über ihre Zukunft bestimmen müssten, biete die Bundesrepublik nach wie vor an. Für ihn waren durch die Unterzeichnung der Verträge mit den drei Westalliierten seit 1955 und mit der Unterzeichnung der Verträge mit Polen, der UdSSR und eventuell der CSSR die den Zweiten Weltkrieg betreffenden Probleme ausgeräumt. Vor dem Eintritt beider deutscher Staaten in die UN sollten die „querelles allemandes“ im Interesse der anderen UN-Mitglieder geklärt sein. Er betrachtete das Viermächteabkommen als wichtigen Schritt zum Frieden in Europa, doch müssten die DDR und die UdSSR dafür, dass die Bundesrepublik den Gebietsverlust jenseits der Oder-Neiße hinnehme, akzeptieren, dass die Westberliner nach bundesdeutschem Standard leben wollten. Die Ostverträge und das Berlin-Abkommen seien auch für kommende bundesdeutsche und ostdeutsche Regierungen gültig. Für Eppler hatte jede Nation – auch Deutschland – das Recht zur Selbstbestimmung.⁷⁴³

„So the question whether some day in the future the Germans feel that they should find a new political community can not be decided by any government whether the Federal Republic or the GDR today. What we do say is that just now there is no chance of reunification, but there is a chance – and we even feel an obligation – for the two existing states in Germany to come to an understanding which makes peace in Europe and perhaps even outside Europe more sure.“⁷⁴⁴

⁷⁴² Vgl. Dr. Eppler zog Bilanz über fünf Monate SPD-Regierung, Heilbronner Stimme, 16.3.1970.

⁷⁴³ Vgl. Erhard Eppler an Helmut Schmidt, 25.6.1971, beiliegend Interview, Dep. Schmidt 5708, (13 S.), S. 6-12.

⁷⁴⁴ Ebd., S. 8.

Seine These von der Spaltung zwischen Nation und Demokratie vertrat er weiter. Wichtig war ihm, dass die deutsche Nation ihren Platz in einer Friedensordnung für Europa finde. Nationale Interessen sollten nicht mit „Geschrei“, „Selbstmitleid und Rechthaberei“, sondern mit konstruktiver, auf die Zukunft gerichteter Vernunft vertreten werden.⁷⁴⁵

Er warnte vor dem Verhalten der CDU/CSU bezüglich des Moskauer Vertrags, der im August 1970 unterzeichnet wurde. Der CDU-Generalsekretär Dr. Bruno Heck gehe von solchem Misstrauens aus, dass jeder Vertrag und jedes Gespräch sinnlos seien.⁷⁴⁶

Der Minister war der Ansicht, dass die Opposition sich entscheiden müsse, ob sie das Scheitern des schon unterzeichneten Moskauer Vertrags verantworten wolle, der schon jetzt die politische Landschaft verändert habe: Die UdSSR erschrecke ihre Verbündeten nicht mehr mit der „deutschen Gefahr“. Die USA wollten die Bundesrepublik als loyalen Verbündeten mit eigenem politischem Profil. Frankreich und Großbritannien stellten sich darauf ein, dass das bundesdeutsche Engagement in Westeuropa nicht mehr durch die „völlige Manövrierunfähigkeit nach Osten“, sondern durch den Mehrheitswillen der Bevölkerung bestimmt sei. Polen bereite sich auf die Normalisierung des Verhältnisses zur Bundesrepublik vor. In der DDR werde um den nächsten Schritt gestritten. Die Dritte Welt hoffe, dass die Bundesrepublik immer weniger auf eine bloße Abwehr der DDR fixiert sei. Die Ablehnung des Vertrages aus einem anderen Grund als dem von der Regierung vor der Unterzeichnung formulierten Berlin-Vorbehalt sei nicht der Wille zu einer anderen Politik, sondern der Verzicht auf jede Politik.⁷⁴⁷

Eppler betonte, dass die Sowjets der Äußerung nicht widersprochen hätten, dass die Bundesregierung die Ratifizierung des Vertrages erst nach der Klärung der Berlin-Frage einleiten könne. Für ihn war in drei Punkten eine Einigung mit der Sowjetunion möglich: über den freien Zugang (bisher eine Art nicht vertraglich fixiertes Gewohnheitsrecht), den Verkehr innerhalb Berlins zwischen Ost und West und die Bindungen Westberlins an die Bundesrepublik. Den gleichen Rang wie der Moskauer Vertrag hätten aufgrund der unmittelbaren Nachbarschaft und der historischen Belastungen die Abmachungen mit Polen.⁷⁴⁸ Der Minister plädierte für die Ostpolitik:

„Wenn der deutsch-sowjetische Vertrag zur Ratifizierung vorliegt, wird zu entscheiden sein, ob die erstmals seit Kriegsende halb geöffnet (sic!) Tür nach Osten knallend zugeschlagen werden soll, ob die Bundesrepublik Deutschland eine Weltmacht auf solche Weise brüskieren kann, ohne Schaden zu nehmen, ob diese Republik es sich leisten kann, die europäische Atmosphäre erneut auf Jahre hinaus zu belasten, ob sie andere zwingen will, ohne oder gegen sie Entspannung zu suchen und ob es einen Rückweg zu jener Hallsteindoktrin gibt, die schon von der Regierung

⁷⁴⁵ Vgl. Eppler, Erhard, „Reichsfeinde“, in: Der Monat 21 Jg. (1969) Nr. 246 (S. 71f.), S. 71f.

⁷⁴⁶ Vgl. ders., Traumata sind keine Argumente. Spricht der CDU-Generalsekretär wirklich für die CDU?, SPD-Pressedienst, 1.9.1970 (2 S.), S. 1f.

⁷⁴⁷ Vgl. ders., Die Opposition und der Vertrag. Entscheidung in einer veränderten politischen Landschaft, SPD-Pressedienst, 25.8.1970.

⁷⁴⁸ Vgl. Zu Gast bei uns: Entwicklungsminister Eppler. „Niemand Geld für goldene Betten“, Mittelbayerische Zeitung, 17.10.1970.

Kiesinger nicht mehr praktiziert wurde. Wer ablehnen will, kann sich nicht darauf beschränken, die Risiken der Zustimmung mit einiger Phantasie zu beschreiben. Er muß die Risiken der Ablehnung mit in Rechnung stellen.⁷⁴⁹

Eppler war der Ansicht, dass der deutsch-sowjetische Vertrag der Bundesrepublik größere Manövrierfähigkeit und neue Verantwortung gegeben habe. Man dürfte sich über das Erstaunen über die Redewendung von den „zwei deutschen Staaten“ nicht wundern, nachdem die Bundesrepublik die DDR zwei Jahrzehnte als „Sowjetzone“ bezeichnet habe. Dem Ansehen der Bundesrepublik bei den Verbündeten schade die neue Sprachregelung nicht. Das sowjetische Interesse an Verhandlungen mit der Bundesrepublik sah er in der Sicherung der Unantastbarkeit ihrer Grenzen, der Überwindung ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten und einer teilweise Annäherung an den Westen aufgrund des Streits mit der VR China. Die Vertriebenenverbände dürften nicht vergessen, dass vor 1945 Deutsche das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker missachtet hätten. Er lehnte den „geistigen Bürgerkrieg der CDU“ ab, die von Verzicht auf deutsche Interessen spreche, denn im Osten könne die Bundesrepublik auf nichts mehr verzichten.⁷⁵⁰

„Verzichten kann man auf das, was man hat oder doch haben könnte. Pommern oder Schlesien waren von den Nazis längst verspielt, ehe es eine Bundesrepublik gab. Jetzt geht es darum, daß wir die Fakten unserer Geschichte zur Kenntnis nehmen, und zwar mit jenem Minimum an Solidarität, ohne das eine Nation sich nicht behaupten kann.“⁷⁵¹

Die Stellung der Bundesrepublik in der Welt sei davon abhängig, ob sie den Polen als „zerstrittener Haufen“ oder als „demokratische Nation“ gegenüber trete, die sich bemühe, aus den „Trümmern der Vergangenheit“ den Weg in die Zukunft zu finden. Eppler verlangte Solidarität mit den Vertriebenen, die allerdings auch solidarisch mit dem deutschen Volk sein müssten, das seinen Platz in einem friedlichen Europa sichern wolle. Über ein Ende des Rüstungswettlaufs werde indirekt auch in der Bundesrepublik entschieden, wenn sie versuche, den heißen und kalten Krieg mit der UdSSR zu beenden oder die DDR aus ihrer Verkrampfung gegenüber der Bundesrepublik zu lösen. Er forderte, den Konsens der Demokraten in der Bundesrepublik, nämlich das Bemühen, aus der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs herauszukommen, zu bewahren.⁷⁵²

Der Minister verglich den Alleinvertretungsanspruch von Taiwan und der VR China mit der deutschen Situation. Taiwan habe zu lange „tapfere Formeln“ mit Politik verwechselt und werde nun mit „Fußritten durch die Weltgeschichte gestoßen.“ Da beide Staaten auf den Alleinvertretungsanspruch für China bestanden hätten, hätten sich die Vereinten Nationen gegen die UN-Mitgliedschaft des kleineren Taiwan entschieden. Dies zeige, dass kein Land

⁷⁴⁹ Eppler, Erhard, Die Opposition und der Vertrag, SPD-Pressedienst, 25.8.1970.

⁷⁵⁰ Vgl. Mehr Freiheit aber auch mehr Verantwortung durch Vertrag. Bundesminister Dr. Eppler nahm in einem Diskussionsabend zur neuen Ostpolitik der Regierung Stellung, Heilbronner Stimme, 14.9.1970.

⁷⁵¹ Eppler, Erhard, Appell an die Solidarität, in: Bulletin 5.5.1970 Nr. 61 (S. 565f.), S. 566.

⁷⁵² Vgl. Eppler, Erhard, Appell an die Solidarität, in: Bulletin 5.5.1970 Nr. 61 (S. 565f.), S. 566.

mit Alleinvertretungsformeln keine Politik machen könne, vor allem wenn diese im Gegensatz zu den wirklichen Interessen der großen Mächte stünden. Eppler hielt es für denkbar, dass der Bundestag zur Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau Grundsätze formuliere, die Regierung und Opposition gemeinsam vertreten könnten. Er rechnete allerdings deshalb nicht mit einer Zustimmung der Opposition zu dem Vertragswerk.⁷⁵³

Der Minister ging aufgrund der Mehrheit der Regierungskoalition im Parlament nicht von einem Scheitern der Verträge mit der Sowjetunion und Polen aus. Auch wisse die Opposition, was eine Ablehnung der Verträge für die Bundesrepublik sowie für die Opposition bedeute. Sie werde „wütenden Widerstand“ leisten, aber froh sein, wenn die Abstimmung über die Verträge beendet sei. Ein Scheitern der Verträge zerstörte nach Epplers Meinung nicht nur die Ostpolitik, sondern auch die Westpolitik, denn die Verträge seien Teil des Entspannungskonzepts der NATO. Bei einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den Verträgen hoffte er, dass sich die CDU ein Beispiel an Adenauers Äußerung nehme, dass eine so entscheidende Frage wie die Westverträge kein Gericht, sondern nur die zuständigen politischen Instanzen entscheiden könnten.⁷⁵⁴

Er befürchtete, dass die Bundesrepublik bei einer Ablehnung der Verträge aus einem weltweit geachteten „Motor der Entspannungspolitik“ zum Objekt der Entspannungspolitik anderer werde. Es sei ein Unterschied, ob die Bundesrepublik aus eigenem Antrieb ihren Beitrag zum Frieden in Europa leiste oder ob sie dazu gezwungen werden müsse. Die Bundesrepublik könne nicht beide Weltmächte brüskieren und sich in einen Gegensatz zu allen europäischen Freunden bringen. Keine Bundesregierung könne lange gegen sämtliche Tendenzen der internationalen Politik im Westen und im Osten Politik machen.⁷⁵⁵

Für Eppler war die Ostpolitik Teil der bundesdeutschen Westpolitik. Er vertrat die Auffassung, dass Europa schon aus Gründen der Sicherheit mit den USA verbunden bleiben werde, denn ohne die USA gebe es kein militärisches Gleichgewicht in Europa. Europa dürfe keinen Status als Supermacht anstreben und damit „das alte Spiel“ nationaler Rivalität weltweit fortsetzen. Aufgabe Westeuropas sei der gesicherte Frieden auf dem Kontinent. Grundlage jeder Entspannungspolitik sei die westeuropäische Einheit. Die Bundesregierung und die anderen europäischen Staaten betrachteten seiner Einschätzung nach die Ostpolitik als bundesdeutschen Beitrag zum Frieden in Europa.⁷⁵⁶ Die Verträge seien ein neues Arrangement der Interessen in Europa, nicht nur von der Bundesrepublik aus, sondern vom Westen

⁷⁵³ Vgl. Erhard Eppler ... zu aktuellen innen- und außenpolitischen Fragen, SFB, 12.11.1971 (7 S), S. 1, 5f.

⁷⁵⁴ Vgl. Dr. Erhard Eppler ... zur Ostpolitik, zur Entwicklungshilfe und zur Steuerreform, SWF, 16.1.1972 (3 S.), S. 1f.

⁷⁵⁵ Vgl. Dr. Erhard Eppler ... in einem Interview zu aktuellen politischen Fragen, Hess. Rf., 14.3.1972 (2 S.), S. 1f.

⁷⁵⁶ Vgl. Eppler, Erhard, Neue Aufgaben für Europa. Ansprache von Bundesminister Dr. Eppler zum Abschluß der Deutsch-Englischen Gespräche, in: Bulletin 22.3.1972 Nr. 43 (S. 645f.), S. 646.

mit dem Osten. Eppler betonte, dass sich durch die Verträge das Verhältnis der SPD zu den kommunistischen Parteien oder Strömungen nicht geändert habe.⁷⁵⁷

Er bewertete das Verhältnis von Ost- und Westpolitik in den vergangenen Jahrzehnten und entdeckte Parallelen zwischen Adenauers West- und Brandts Ostpolitik.

In den fünfziger Jahren hatten nach Epplers Darstellung in der Bundesrepublik Ost- und Westpolitik in einem Spannungsverhältnis zueinander gestanden. In den sechziger Jahren sei europäische Integration zur Voraussetzung von Ostpolitik geworden, denn eine einfache Zusammenführung beider deutscher Teile sei nicht mehr möglich gewesen, so dass die Deutschen sich erst gleichzeitig mit den übrigen Europäern in Ost und West näher kämen. Nach dem Mauerbau 1961 habe es endgültig keine Alternative mehr gegeben.

Ab 1969 waren nach seiner Auffassung die außenpolitischen Gemeinsamkeiten der Parteien größer als je zuvor. Immer stärker sei die Bundesrepublik aber für ihre westlichen Bündnispartner zum „Hemmschuh“ geworden und nach ihrem Beitrag zur Entspannung in Europa gefragt worden. Aktive Westpolitik sei zur Voraussetzung jeder Ostpolitik geworden. Zu guter Westpolitik gehöre nun auch ostpolitische Aktivität. Damit sei europäische Politik unteilbar geworden. Im Bundestag wurde nach seiner Überzeugung wieder über die Richtigkeit der neuen Ostpolitik der Großen Koalition und der sozialliberalen Regierung debattiert.

Brandt halte Adenauers Option für jede zukünftige Regierung für irreversibel und wolle sie durch eine Regelung mit der UdSSR und den anderen Ostblockländern ergänzen. Er fühlte sich nach Epplers Einschätzung als Adenauers Nachfolger, der die Konsequenzen aus dessen Entscheidungen ziehe. Die Argumente der jeweiligen Opposition (in den fünfziger Jahren SPD, nun CDU) gegen die Politik der Bundesregierung seien ähnlich. Die SPD habe damals geglaubt, dass die Chance zur Einheit verspielt werde und die CDU denke nun, das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen werde aufgegeben.

Für den Minister kulminierte in Berlin die Ost- mit der Westpolitik. Bei einer befriedigenden Berlin-Regelung mit der UdSSR (freier Zugang zu Berlin, Aufrechterhaltung der engen Bindungen zwischen der Bundesrepublik und Westberlin) gebe es trotz der vielen Spannungen einen Hoffnungsschimmer für ein friedliches Europa.⁷⁵⁸ Eppler führte zu Adenauers Politik aus:

„Wahrscheinlich haben beide (die sozialliberale Regierung, die meine, Adenauers Politik konsequent fortzusetzen und die CDU, die darin einen Abfall von Adenauers Prinzipien sehe, C.S.) recht. Ganz sicher steuerte Adenauer einen kompromisslos harten antikommunistischen Kurs, ganz sicher hatte er alle Versuche einer aktiven Ostpolitik für schädlich gehalten. Aber er tat dies doch hauptsächlich aus dem einen Grund: er wollte die Bundesrepublik fest in den Westen, fest in der EWG, fest in der NATO verankern, ... Und so gibt es Äußerungen aus den letzten Lebensjahren Adenauers, die darauf

⁷⁵⁷ Vgl. Dr. Erhard Eppler u.a., Stehen wir vor einer Re-Ideologisierung der deutschen Politik?, ZDF, 23.3.1972 (12 S.), S. 2-4.

⁷⁵⁸ Vgl. Eppler, Erhard, Der Zusammenhang zwischen Ostpolitik und Westpolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: Bulletin 4.2.1971 Nr. 16 (S. 173-176), S. 174-176.

hindeuten, daß er sehr wohl wusste, daß eine Politik, welche die Existenz der DDR zu leugnen versuchte und den Polen nicht das Gefühl völliger Sicherheit gab, nicht unbegrenzt durchzuhalten sei.“⁷⁵⁹

Eppler sah Parallelen zwischen der Ablehnung der sozialliberalen Ostpolitik durch die CDU/CSU und Adenauers Westintegration der Bundesrepublik. Damals habe die SPD prüfen wollen, ob unter Verzicht auf Westintegration die deutsche Wiedervereinigung noch möglich sei. Auch wenn Adenauers Prioritäten erst das westliche Bündnis und dann die deutsche Einheit gewesen seien, habe er die deutsche Einheit gewollt. Ihm sei allerdings die Westbindung wichtiger gewesen. Obwohl Eppler diese Entscheidung für falsch hielt, sei sie doch politisch legitim. Nicht Adenauers Entscheidung, die niemand ungeschehen machen könne oder wolle, fand er schwierig, sondern dass sie als Schritt zur deutschen Einheit dargestellt worden sei, obwohl die meisten gewusst hätten, dass dies nicht stimme. Es habe eine „groteske Verkehrung der Formen“ gegeben.⁷⁶⁰

„Während die Sozialdemokraten immer intensiver darüber nachdachten, wie auf der Basis der Adenauerschen Entscheidung trotz allem das friedliche Zusammenleben der Staaten West- und Osteuropas organisiert werden könne, klammerte sich die CDU um so fester an die Formel der Wiedervereinigung je mehr ihr Realitätsgehalt dahinschwand.“⁷⁶¹

Die Ansicht der Union, sie sei immer für die Wiedervereinigung eingetreten, „vergiftete“ nach Epplers Einschätzung nun die Atmosphäre. Die CDU wolle die Situation offen halten, was sie selbst in den fünfziger Jahren nicht getan habe. Das Selbstbestimmungsrecht bleibe aber durch die Ostverträge bestehen. Wichtig sei jetzt, dass die Bundesrepublik einen Platz in der friedlichen Ordnung Europas finde, ohne auf Dauer ihre Außenpolitik oder ihre Entwicklungshilfe auf eine Abwehrfunktion gegen die DDR reduzieren zu müssen. Thema sei nicht die Wiedervereinigung, sondern ob die Bundesrepublik ein volljähriges Mitglied der Staatengemeinschaft werden wolle oder ob sie darauf verzichte aufgrund der Gefahr, dass auch die DDR „volljährig“ werde. Für eine außenpolitisch voll handlungsfähige Bundesrepublik dürfe die SPD, wie Brandt es tue, die politische Legitimität von Adenauers Entscheidung nicht bezweifeln. Die CDU müsse sich zu den positiven und negativen Folgen von Adenauers Entscheidung bekennen und auf ihr „nationales Pathos“ verzichten, dass nach Epplers Selbstverständnis nur aus der „Flucht der CDU vor ihrer Geschichte“ zu verstehen sei. Er erinnerte daran, dass die Weimarer Republik auch an der Flucht der deutschen Rechten vor den Konsequenzen ihrer Politik gescheitert sei.⁷⁶²

Der Minister erklärte im Deutschen Bundestag zur ersten Lesung der Ostverträge am 25. Februar 1972, dass die CDU/CSU ihre Ablehnung des Berlin-Abkommens eines Tages vor den westdeutschen Verbündeten und den Berlinern verantworten müsse. Seiner Meinung

⁷⁵⁹ Ebd., S. 174f.

⁷⁶⁰ Vgl. ders., Adenauers einäugige Nachfahren - Die CDU flieht die eigene Geschichte, in: ders., Einsprüche (S. 90-93), S. 90f. (Zeit, 17.7.1970) (gleicher Text: ders., Reden auf die Republik, S. 107-111).

⁷⁶¹ Ebd., S. 91f.

nach blieb das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen durch den Vertrag der Bundesrepublik mit der UdSSR gewahrt. Er warnte vor einem "Riss in der Nation", wenn die CDU frage, ob die sozialliberale Regierung die Interessen der Nation vertrete und wer die besseren Deutschen seien. Wieder kritisierte er beim Vergleich mit den unterschiedlichen Prioritäten von SPD und CDU, dass die CDU, auch wenn ihre damalige legale und legitime Entscheidung nicht zur deutschen Einheit geführt habe, glaube, die politische Entscheidung darüber werde nun gefällt und sei nicht schon 1955 getroffen worden. Jeder musste nach Eppers Darstellung in der Bundesrepublik Politik auf Grund von getroffenen Entscheidungen machen, auch wenn diese gegen seinen Willen getroffen worden seien.⁷⁶³ Er äußerte sich dazu so:

„Was wir jetzt tun, ..., ist doch gar nichts anderes als das, was früher oder später nach dieser Entscheidung von damals unvermeidlich werden muß, nämlich dass wir als Teil Europas und des Bündnisses, im Interesse Europas und des Bündnisses, mit Unterstützung Europas und des Bündnisses, den **Ausgleich** suchen, den dieses Volk und Europa brauchen. Das ist alles. Das liegt in der Logik dessen, was Sie seinerzeit entschieden haben. Sie haben damals entschieden, dass wir ein westeuropäisches Land werden sollen, ein normales westeuropäisches Land, das sich in diese Gemeinschaft einfügt; gut. Aber daraus sind nun heute die Konsequenzen zu ziehen. Meine Frage nach der Alternative würde ich so abwandeln: Wie wollen Sie eigentlich dieser Konsequenz entgehen?“⁷⁶⁴

Auch in der Evangelischen Kirche setzte Eppler sich für die Ostverträge ein. Er unterstrich, dass die EKD-Denkschrift ZUR LAGE DER VERTRIEBENEN von 1965 den Handlungsspielraum der Politiker erweitert habe. Die Regierung Brandt habe diesen Handlungsspielraum genutzt und den Gedanken der Versöhnung in politische Realität umgesetzt. Wer unter meist sogar „christlichem Vorzeichen“ nationalistische Emotionen gegen den Warschauer Vertrag schüren wollen, täte dies gegen den Willen der Kirchen, die an der Versöhnung mit Polen mitarbeiten wollten und wüssten, dass dies nur durch die Sicherung der Westgrenze für die Polen möglich sei.⁷⁶⁵

Der Minister war davon überzeugt, dass nicht der Wohlstand, sondern die Normalisierung der Beziehungen zu den Nachbarländern die Nachkriegsgeschichte der Deutschen und der Länder, die unter Deutschen gelitten hätten, beende. Ost und West seien der Auffassung, dass eine Zustimmung zu den Ostverträgen jetzt noch die „Würde der eigenen Tat“ besitze, dass Europa notfalls ohne oder gegen die Deutschen seinen Frieden finden müsse. Er plädierte für einen „Ausweg aus dem Teufelskreis der Vergeltung“ und warnte davor, durch die Fixierung auf die Vergangenheit die Zukunft zu verspielen. Die Ostdenkschrift des Rates

⁷⁶² Vgl. ebd., S. 92f.

⁷⁶³ Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 6. Wahlperiode. Stenographische Berichte, 173. Sitzung, 25.2.1972, Bonn 1969-1973 (S. 9955-9960), S. 9955-9959 (vgl. den Text: Erhard Eppler, 1. Lesung der Ostverträge am 25.2.1972. Material für die Presse (22 S.), Dep. Eppler 100 und Bundesminister Dr. Erhard Eppler. Erste Beratung der Ostverträge im Deutschen Bundestag. 173. Sitzung am 25. Februar 1972, in: Bulletin Nr. 28 (28.2.1972) (S. 453-458)).

⁷⁶⁴ Ebd., S. 9959.

⁷⁶⁵ Vgl. SPD-Pressemitteilungen und Informationen, Nr. 491, 23.12.1970 (3 S.), S. 1-3.

der EKD hatte seiner Einschätzung nach zu einer Politik des Ausgleichs beigetragen. Er warnte vor der „Komplizenschaft des Schweigens“, auch in der Kirche.⁷⁶⁶

Helmut Simon erklärte, dass er, Eppler und andere mit einer kirchlichen Initiative die Ostpolitik der SPD stützen wollten.⁷⁶⁷

Simon wandte sich im März 1972 mit der Forderung nach einer Äußerung von kompetenten kirchlichen Kräften zur Ostpolitik an Präses Karl Immer. Eppler, er und andere hielten aufgrund der politischen und kirchlichen Bedeutung der Ostpolitik eine kirchliche Äußerung für notwendig. Für die evangelische Kirche gebe es keine Ausrede für das Versagen, einerseits die Politiker seit Jahren zu einem Ausgleich mit den östlichen Nachbarn aufzufordern und andererseits im entscheidenden Augenblick zu schweigen und die Politiker, die nach kirchlicher Aufforderung handelten, im Stich zu lassen. Das Reden von politischer Mitverantwortung, politischer Diakonie und Gruppenseelsorge sei nach einem kirchlichen Schweigen ein „nicht ernst zu nehmendes wohlfeiles Gerede für Schönwetterzeiten“ und schade der Glaubwürdigkeit der Kirche sehr.

Im Auftrag der oben genannten Personen forderte Simon Immer, Bischof Heintze und Kirchenpräsident Wild auf, die Initiative zu ergreifen, etwa in Form einer kurzen Erklärung, die weitere namhafte Glieder der evangelischen Kirche unterschreiben und veröffentlichen sollten. Falls die angesprochenen Kirchenleute nicht tätig würden, würden sie selbst als Synodale zusammen mit anderen Politikern aktiv werden. Dies hätten sie bisher nicht getan, weil es nicht ihre Aufgabe als Synodale sei, sich selbst zu dem zu ermutigen, was sie in ihren staatlichen Ämtern ohnehin täten. Ihre Aufgabe sähen die Briefeschreiber darin, diese Anregung an die Kirche als „sehr dringliche Aufgabe“ heranzutragen im Vertrauen darauf, dass diese aus eigener Überzeugung rasch tätig werde.⁷⁶⁸

Eppler entwarf eine Erklärung für die Kirchenleute.⁷⁶⁹ Heintze, Wild und Immer verfassten „auf Bitten mehrerer Freunde“ schließlich ein Votum zur Ostdenkschrift.⁷⁷⁰ Die evangelischen Theologen und Laien führten aus, dass ein Scheitern der Verträge aller Wahrscheinlichkeit nach ein größeres Risiko sei als ihr Abschluss. Sie befürchteten, dass es bei einer Ablehnung der Verträge lange Zeit keine günstigere Situation für erfolgreichere Verhandlungen geben werde.⁷⁷¹

Eppler wehrte sich gegen die Kritik der CDU an der Erklärung. Dass eine sich christlich nennende Partei der Kirche die Äußerungen der Kirchenführer vorschreiben wolle, bringe sie

⁷⁶⁶ Eppler, Erhard, *Ausweg aus dem Teufelskreis*, in: *Lutherische Monatshefte* 11. Jg. (Mai 1972), (S. 213f.), S. 213.

⁷⁶⁷ So Helmut Simon in einem Interview mit der Verfasserin am 29.11.2001.

⁷⁶⁸ Vgl. Simon, Helmut an Immer, Karl, 18.3.1972, *Privatarchiv Simon*.

⁷⁶⁹ Vgl. Huonker, Günter an Simon, Helmut, 14.3.1972, *Privatarchiv Simon*.

⁷⁷⁰ Vgl. Heintze, Gerhard/Wild, Helmut/Immer Karl an Bannach, Bethge, Beckmann u.a., 23.3.1972, *Privatarchiv Simon*.

⁷⁷¹ Vgl. *Wortlaut der Erklärung der evangelischen Theologen und Laien*, epd-Dokumentation Nr. 15/1972 (10.4.1972) (S. 4f.), S. 4f., *Privatarchiv Simon*.

in den Verdacht, Kirchen nur solange für willkommene Partner in der öffentlichen Diskussion zu halten, wie dies der Partei nutze.⁷⁷²

Allerdings verlangten Eppler, Simon und andere in dem Brief selbst die Unterstützung der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition. Sie argumentierten hier allerdings damit, dass die evangelische Kirche selbst eine Politik der Versöhnung gefordert habe, der nun die Politik nachkomme. Die Politik handele also nach „kirchlicher Aufforderung“ und müsse hierbei von der Kirche unterstützt werden.

EINE ZWISCHENPHASE: IN DER BUNDESPOLITIK (1974 BIS 1976) BIS ENDE DER SIEBZIGER JAHRE

Die Jahre 1974 bis 1976 sind unter dem Aspekt der Ost- und Deutschlandpolitik eine Übergangsphase. Eppler trat am 4. Juli 1974 als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit zurück und legte 1976 sein Bundestagsmandat nieder. Er beschäftigte sich zwar weiter mit der Deutschlandpolitik, aber sein hauptsächliches Engagement galt der baden-württembergischen Landespolitik. Am 18. Februar 1973 wurde er zum SPD-Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg gewählt. Er verlor die Landtagswahlen 1976 und 1980, trat daraufhin als Fraktionsvorsitzender zurück und legte im Mai 1981 auch den Landesvorsitz nieder. Im Dezember 1976 übernahm er den Vorsitz der Grundwertekommission der SPD.⁷⁷³

Heinemanns Unterstützung für Epplers Kandidatur zum baden-württembergischen Ministerpräsidenten⁷⁷⁴ kritisierten Teile der CDU/CSU, denn Heinemann dürfe als ehemaliger Bundespräsident keine Parteipolitik betreiben. Doch das wurde ihm zugestanden.⁷⁷⁵

Eppler war einer der Hauptinitiatoren der Gustav-Heinemann-Initiative und verfasste den Gründungsaufruf mit.⁷⁷⁶ Die Ostern 1978 gegründete Initiative betrachtete er als Forum „für alle, die Freiheit wagen, Zukunft erschließen, Krisen durch Reform bewältigen wollen.“⁷⁷⁷

Für ihn war die Auseinandersetzung mit den Kommunisten notwendig. Die Sozialdemokraten betrachteten sich als Gegner der Kommunisten. Der Streit mit den Kommunisten sei die Aufgabe der Sozialdemokraten, die sich als „links“ verstünden. Eppler wehrte sich gegen die fehlende Meinungsfreiheit bei den Kommunisten. Außerdem hätten sie Demokratie und Sozialismus auseinandergerissen. Der Antikommunismus der Konservativen in der Bundes-

⁷⁷² Vgl. Eppler, Erhard, Peinlich – CDU schulmeister die Kirche, epd-Dokumentation Nr. 15/1972 (10.4.1972) (S. 16f.), S. 16, Privataarchiv Simon.

⁷⁷³ Vgl. Osterroth, Franz/Schuster, Dieter, Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Bd. 3, S. 737.

⁷⁷⁴ Vgl. Eberhard Stammer an Gustav Heinemann, 8.10.1975, NL Heinemann II 768.

⁷⁷⁵ Vgl. Heinemann als Wahlhelfer, SZ, 23.1.1976; vgl. „Heinemanns Wahlkampaktivität ist rechtlich einwandfrei“, FR, 23.1.1976.

⁷⁷⁶ So Helmut Simon in einem Interview mit der Verfasserin am 29.11.2001. Nach Simons Einschätzung war die Gustav-Heinemann-Initiative für die Deutschlandpolitik nicht unbedeutend, denn eine vorwärtsgerichtete Deutschlandinnenpolitik und Initiativen zur Ostpolitik habe bedeutet, dass die Bundesrepublik sich auch innenpolitisch von den Restbeständen des Kalten Kriegs und dem lähmenden Klima gelöst habe.

⁷⁷⁷ Eppler, Erhard, Zusammenfassung, in: Hähnle, Walter (Hrsg.), Gustav-Heinemann-Initiative. Bekommen wir eine andere Republik?, Stuttgart 1978 (S. 53-58), S. 57; vgl. auch, Erklärung zur Gründung der Gustav-Heinemann-Initiative Ostern 1978, ebd. (S. 13-16).

republik enthalte viel „Heuchelei, Berechnung, Angstpropaganda und auch Verzerrung von Realitäten“. Linke SPD-Politik müsse heißen, dass sich der Wille zu Freiheit, Partizipation und Selbstbestimmung der Lohnabhängigen gegen ein System wehre, das sich den „Prager Frühling“ leisten konnte und noch leisten könne.⁷⁷⁸

Eppler kritisierte 1976 im kommunistischen Staat das fehlende Korrektiv der freien Diskussion und die Rechtfertigung der DKP für die Unterdrückung des „Prager Frühlings“. Misstrauisch war er gegenüber kommunistischen Parteien bezüglich der Grundtatsachen der westlichen Demokratie (z.B. freie Meinungsäußerung, Einklagbarkeit der Grundrechte).⁷⁷⁹ Er antwortete auf die Frage des marxistischen Naturwissenschaftlers Robert Havemann⁷⁸⁰, ob er eine politische Entwicklung in den osteuropäischen Staaten einschließlich der DDR, etwa im Sinne des „Prager Frühlings“, für erstrebenswert und günstig für eine deutsche Wiedervereinigung halte, folgendermaßen:

„Herr Havemann, ich gestehe Ihnen, daß es für mich ganz wenige Augenblicke gab in meinem Leben, an denen ich so deprimiert war, wie beim Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei. Und seither bin ich sehr skeptisch, ob so etwas wieder möglich ist. Daß ich es für erstrebenswert halte, für eine großartige Sache halten würde, brauche ich nicht zu sagen. Übrigens völlig unabhängig davon, ob dies dann für die Wiedervereinigung etwas abwerfen würde – wahrscheinlich würde es die Wiedervereinigung leichter machen -, aber völlig unabhängig davon würde dies natürlich die politische Landschaft in Westeuropa grundlegend verändern.“⁷⁸¹

Hier zeigt sich, dass für Eppler vor dem Ziel der deutschen Einheit eine Verbesserung der Lage in der DDR Priorität hatte.

Nach seiner Auffassung hatten der tschechische Reformler Alexander Dubcek und seine Freunde beim „Prager Frühling“ versucht, den Kommunismus aus der „unerträglichen bürokratischen Verkrustung einer menschenfeindlichen bürokratischen Herrschaft“ zu befreien. Die Sowjetunion habe, wohl aus Angst einer Ausweitung der Bewegung in andere Ostblockländer, der Bürokratenhierarchie zum Sieg verholfen. Der „Prager Frühling“ habe viele in der Überzeugung bestärkt, dass der Kommunismus in der UdSSR und im Ostblock nicht die einzige Form von Marx' Absichten sei. Die Hoffnung auf einen Sozialismus mit menschlichem Angesicht sei gewachsen. Nach Epplers Einschätzung hatte sich die Sozialdemokratie aufgrund der Ereignisse des „Prager Frühling“ darauf eingestellt, dass Ostpolitik nur von der Sowjetunion und nicht von den Randstaaten ausgehen könne, es noch lange den Kommunismus als „ziemlich autoritäre und unbewegliche Herrschaft einer mächtigen und an-

⁷⁷⁸ Vgl. Alf, Siegmund, Eppler: Kommunisten sind SPD-Gegner. Plädoyer des Ex-Ministers für „linke Politik“/Fritz-Erler-Akademie eröffnet, SZ, 10.7.1974.

⁷⁷⁹ Vgl. Der dritte Weg – zwischen Resignation und Revolution. Robert Havemann fragte in Grünheide, Erhard Eppler antwortet in Stuttgart, FR, 10.4.1976.

⁷⁸⁰ Zu Havemann und seinem Friedensaufruf vgl. Havemann, Robert, Dokumente eines Lebens. Zusammengefasst und eingeleitet von Dieter Hoffmann..., Berlin 1991, bes. S. 235f.

⁷⁸¹ Der dritte Weg, FR, 10.4.1976.

schwellenden Bürokratie“ gebe und nun auch für die Bemühungen der westeuropäischen kommunistischen Parteien vielleicht mehr Verständnis gehabt.⁷⁸²

Bei seinem Polenbesuch als Mitglied der EKD-Synode im Dezember 1975 hatte Eppler den Wunsch, sich über den Parteitag der polnischen Kommunisten zu informieren. Er wurde aber sehr stark mit den Diskussionen um den Warschauer Vertrag und die Haltung der CDU/CSU dazu konfrontiert. Die Polen hatten nach seinem Bericht nach der Bedeutung mancher Äußerungen der Bundestagsdebatte, vor allem von der CSU/CDU, gefragt und seien verärgerter, betroffener und auch empörter über manches Gesagte gewesen, als sich in der polnischen Presse gezeigt habe. Die polnische Führung habe manche Äußerungen unterdrückt, um eine „allgemeine Volksempörung“ zu verhindern, die sie nicht mehr kontrollieren könne. Protestanten, Katholiken und Kommunisten seien gleich stark empört gewesen. Die polnische Führung wollte nach Epplers Darstellung eine Verbesserung des Verhältnisses zur Bundesrepublik. Nach seiner Meinung gelang manchmal sein Versuch, die Äußerungen der Opposition als nicht anti-polnische Erklärungen zu interpretieren. Doch seien die Polen nach den Ereignissen sehr verletztlich. Auf dem Parteitag sei Giereks deutschfreundliche Linie (Verständigung mit der Bundesrepublik und anderen westlichen Ländern) bestätigt worden. Für Eppler war es fraglich, ob das bundesdeutsche Verhalten es den Polen ermögliche, diese Linie in den nächsten Jahren fortzuführen.⁷⁸³

Seiner Einschätzung nach bescheinigten die Polen der Bundesregierung, der Koalition und vor allem dem Bundeskanzler, energisch um den gemeinsam gefundenen Kompromiss mit Polen gekämpft zu haben, und kritisierten die Haltung der Opposition. Die meisten Polen verstünden nicht, dass aus wahltaktischen Gründen so hemmungslos „außenpolitisches Porzellan“ zerschlagen werde. Verbittert seien die polnischen Katholiken über die Haltung der katholischen Kirche in der Bundesrepublik. Eppler bemerkte einen Wandel in der Bereitschaft zur Verständigung, die vor einigen Jahren bei den Bürgern größer als bei der Regierung gewesen sei. Nun müssten die polnischen Politiker wie Gierek und Außenminister Olszowki befürchten, dass durch Berichte über Äußerungen von CDU/CSU-Politikern die psychologische Grundlage für eine Verständigungspolitik ins Wanken gerate. Giereks Position im Zentralkomitee sei nach dem Parteitag gestärkt. Er wolle, ohne seine Bündnistreue in Frage zu stellen, seine Beziehungen zu Westeuropa und besonders zur Bundesrepublik ausbauen. So erklärte Eppler die rasche Zunahme der Ausreisebewilligungen für Deutsche noch vor der Ratifizierung der Verträge. Die meisten Polen hofften seiner Überzeugung nach auf diese Ratifizierung, die in der Verantwortung der Bundesrepublik liege.⁷⁸⁴

⁷⁸² Vgl. Mitteilung für die Presse, Sozialdemokraten. Service Presse Funk TV, Nr. 392/78 (18.9.1978) (1 S.), S. 1.

⁷⁸³ Vgl. Erhard Eppler ... zum deutsch-polnischen Verhältnis, WDR II, 22.12.1975 (2 S.), S. 1f.

⁷⁸⁴ Vgl. Eppler, Erhard, Sorge und Hoffnung in Polen. Resümee eines Besuches in Warschau, SPD-Pressedienst, 23.12.1975, Dep. Eppler 165.

Er glaubte, dass die Vertreibung sehr tief im Bewusstsein des deutschen Volkes und für viele „die große Zäsur ihres Lebens“ gewesen sei. Für ihn war jede Vertreibung Unrecht, auch wenn es einleuchtende Gründe zur Erklärung dieses Unrechts gebe. So könne die Vertreibung der Schlesier oder Pommern nicht von der „barbarischen Unterdrückung“ der Polen getrennt werden. Er drängte dazu, die Fortsetzung des Unrechts zu beenden. Die Integration der Vertriebenen bezeichnete er als eine der größten Leistungen der Bundesrepublik. Die Deutschen hätten die Einsicht, dass es kein höheres nationales Interesse gebe als den Frieden in die praktische Politik umgesetzt und dabei auch manche Tatsachen hinnehmen müssen. So werde wegen des Friedens in Europa nicht mehr an der Vertreibung gerüttelt, obwohl sie unrecht gewesen sei.

Brandts Ostpolitik ging nach Epplers Darstellung nicht nur um das Verhältnis zum Osten, sondern auch um das zum Westen und zum Süden, denn alle Verbündeten der Bundesrepublik hätten damals von ihr erwartet, ihr Verhältnis zu Polen, der UdSSR und der CSSR zu bereinigen. Eppler betrachtete die Integration der Vertriebenen, die zum „Schwungrad wirtschaftlichen Aufbaus“ geworden seien, in die Bundesrepublik als große Leistung.⁷⁸⁵ Zur Situation der sudetendeutschen Sozialdemokraten führte er aus:

„Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, wie schwierig, ja schließlich unmöglich es sein muß, einer späteren Generation zu vermitteln, was damals in einem sudetendeutschen Sozialdemokraten vorgegangen sein muß: Als die meisten jubelten, wusste er, daß dieser Jubel nicht lange halten werde, als die meisten 'Heim ins Reich' brüllten, verlor er seine Heimat, als der Krieg da war, musste er seinem Gastland klarmachen, daß er eben doch nicht Tscheche oder Slowake, sondern Deutscher war, daß diese Sudetendeutschen Hitler nicht haßten, obwohl, sondern weil sie Deutsche waren und weil dieser Mann ein ganzes Volk ins Unheil führte, ganz gewiß den Teil des Volkes, dessen Ahnen in Böhmen und Mähren heimisch geworden waren. Und gleichzeitig mussten sie alles tun, um die Vertreibung, die sich schon 1940 ankündigte, trotz allem abzuwenden, weil sie zwar verstehen, aber niemals billigen konnten, was aus dem Haß und der Verbitterung entstand, die Hitler bei manchem Tschechen und Slowaken geweckt hatte. ... Deutscher zu sein und sich gleichzeitig für seine Landsleute und gegen Hitler zu schlagen, aber auch gegen alle, die bei der Abrechnung mit Hitler noch andere Rechnungen begleichen wollten, dies war eine konfliktgeladene, einsame, tragische Existenz.“⁷⁸⁶

Dem Bund der Vertriebenen erläuterte Eppler, dass durch den Grundlagenvertrag und den Warschauer Vertrag die deutsche Frage weiter offen bleibe, die Verträge nichts an der deutschen Staatsangehörigkeit geändert hätten und keine Rechtsposition aufgegeben worden sei. Über Entschädigungsansprüche bzw. Eigentumsrechte der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge sei bisher mit keiner Regierung verhandelt worden. Die SPD trete für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen und aller Völker ein. Die Verträge mit Polen und der CSSR hätten die Vertreibung der Deutschen weder legalisiert noch legitimiert.⁷⁸⁷

⁷⁸⁵ Vgl. Eppler, Erhard, „30 Jahre Vertreibung“. Vortrag Dr. Erhard Eppler anlässlich der Kundgebung der Seliger-Gemeinde Baden-Württemberg am 7.6.1975 in Geislingen/Steige (11 S.), 2-11. Dep. Eppler 226.

⁷⁸⁶ Ebd., S. 2-4.

⁷⁸⁷ Vgl. Erhard Eppler antwortete dem BdV, 30.3.1976.

Im Juli 1976 setzte er sich erfolgreich bei Erich Honecker für einen ehemaligen „Kriegskameraden“ ein, dessen Verlobte aus der DDR in die Bundesrepublik übersiedeln wollte. Der Freund lobte, dass Eppler sich gegenüber Honecker weniger auf das Völkerrecht berufe als an dessen Großzügigkeit appelliere. Er habe somit entscheidend zum Erfolg des Antrags beigetragen, denn so sei es Honecker leichter gefallen, den Ausreisewunsch zu erfüllen.⁷⁸⁸ Auch die Verlobte glaubte, dass Epplers Schreiben an Honecker am guten Ausgang der Angelegenheit „ganz entscheidenden Anteil“ gehabt habe.⁷⁸⁹ Eppler schrieb Honecker folgendes:

„Es ist Ihnen sicher bekannt, daß ich in der Bundesrepublik Deutschland, auch im Vorstand und Präsidium meiner Partei, zu den Politikern gehöre, die sich bemühen, die Probleme des andern deutschen Staates zu verstehen und unnötige Verschärfungen zu vermeiden. Um so mehr bedrückt es mich, wie schwierig es auch nach Helsinki noch ist, einzelnen Menschen zu helfen, denen durch die Ereignisse der letzten 35 Jahre mehr Leid zugefügt wurde, als nötig ist. ... Fälle wie dieser (der seines Kriegskameraden, C.S.) geben denen Stoff zur Agitation, die das Verhältnis zwischen DDR und BRD weiter vergiften wollen. Daher würde ich es als Ermutigung empfinden, wenn Sie sich in der Lage sähen, rasch eine großzügige Entscheidung zu treffen oder zu veranlassen.“⁷⁹⁰

Eppler war der Überzeugung, dass zwischen 1973 und 1975 einiges an absoluten Misstrauen zwischen den Bündnissystemen, das die fünfziger Jahre geprägt habe, überwunden worden sei. Es gebe objektive Fakten für dieses Misstrauen. Niemand solle durch ein Ungleichgewicht der Kräfte in Versuchung geführt werden. Jeder Ansatz zur Abrüstung müsse vom Grundsatz des Gleichgewichts ausgehen, ohne den Friedenspolitik nicht möglich sei. Er betonte, dass die SPD die Bundeswehr als Instrument der Friedenssicherung verstehe und wisse, dass sich in der deutschen Geschichte noch nie eine bewaffnete Macht so eindeutig wie die Bundeswehr zur parlamentarischen Demokratie bekannt habe.⁷⁹¹

Sein Ansatz, vom militärischen Gleichgewicht auszugehen, änderte sich in den folgenden Jahren. Die in diesem Teilkapitel beschriebenen Äußerungen fügen sich in Epplers bisheriges ost- und deutschlandpolitisches Konzept ein. Anfang der achtziger Jahre wendete er sich neuen Fragestellungen zu.⁷⁹² Anfänge deuten sich schon 1976 an:

„Wir brauchen eine Außenpolitik, die alles tut, um eine nächste Drehung der Rüstungsspirale zu verhindern, weil die nächste Drehung sogar dann tödlich werden könnte, wenn die neuen Waffen – was heute noch unsicherer ist als vor fünf Jahren – nie eingesetzt werden. Wenn noch mehr Ressourcen durch den Rüstungswettlauf aufgesogen werden, sinkt die Chance den Wettlauf mit Hunger, Umweltzerstörung oder Kriminalität zu gewinnen.“⁷⁹³

⁷⁸⁸ Vgl. Alfred Kubik an Erhard Eppler, 20.3.1977, Dep. Eppler 31.

⁷⁸⁹ Vgl. Ruth Gerlach an Erhard Eppler, 20.3.1977, Dep. Eppler 31.

⁷⁹⁰ Erhard Eppler an Erich Honecker, 9.7.1976, Dep. Eppler 31.

⁷⁹¹ Vgl. Informationen der Sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag, 3.11.1975 Nr. 922, Betr.: Sicherheitspolitik (3 S.), S. 2f.

⁷⁹² Vgl. Kapitel 3.

⁷⁹³ Eppler, Erhard, Parteipolitik zwischen Machtstreben und Gemeinwohl, in: ApuZ B 32/33 26. Jg. (1976) (S. 13-20), S. 14f.

Treffend beschrieb der Bundesverfassungsrichter Helmut Simon im Frühjahr 1980 nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg Epplers Stellung in der SPD Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre:

„Obwohl jeder wusste, daß ein Wahlkampf in Baden-Württemberg für einen Mann wie Erhard Eppler ein Opfergang sein würde, hat er mit hohem Einsatz und einer Fülle guter Argumente gekämpft. Er hätte persönlich – so meinen hier manche – ganz gewiß ein besseres Ergebnis verdient; der Verlierer sei nicht er, sondern wir, die Partei, die trotz Erhard Eppler kein besseres Ergebnis erzielt habe. ... Meinerseits stimme ich mit Nachdruck allen denjenigen zu, die die sachliche Position und das persönliche Potential von Erhard Eppler für unverzichtbar halten und die darauf drängen, dafür effektive Wirkungsmöglichkeiten zu erhalten und zu verbreitern. Gelingt das nicht, sehe ich – dies wurde mir von anderen ausdrücklich bestätigt – die Gefahr, daß nach Abwandern von enttäuschten Angehörigen der jungen Generation auch ein Abbröckeln im linksliberalen protestantischen Lager beginnen könnte. Gemeint sind die Kreise, die entschieden für die Entspannungs-, Friedens- und Entwicklungspolitik wie für eine Politik sozialer Reformen eingetreten sind, die nach einem (teils längeren) Lernprozeß zu überzeugten Anhängern freiheitlicher Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Mitverantwortung geworden sind, denen die herkömmlichen Antworten zur Energie-, Wachstums- und Umweltproblematik nicht mehr ausreichen und die demgemäß beharrlich nach verantwortbaren Alternativen fragen. Dieses Lager mag zahlenmäßig begrenzt sein; es handelt sich aber durchweg um qualifizierte Personen mit Multiplikationsmöglichkeiten. Sie haben in den vergangenen Jahren mit manchen – teils unvermeidbaren - Enttäuschungen fertig werden müssen und dabei etwaige Illusionen verloren; ihnen geht es um eine Politik des relativ Besseren. Da sie hinreichend realistisch und beweglich sind, haben sie nicht erwartet, für ihre Auffassungen unter den gegenwärtigen Bedingungen eine Mehrheit zu finden. Da aber diese Auffassungen auch ethisch fundiert sind, kann ihre Loyalität und Bereitschaft, Erwartungen zurückzustellen, auch nicht unbegrenzt sein. Für ihr weiteres Verhalten könnte wesentlich sein, ob ihre Position in der SPD nicht nur verbal toleriert oder als Position der unbequemen Mahner gelobt wird, sondern wie weit ihr Einfluß auf die Willensbildung effektiv bleibt. Für sie wird von Bedeutung sein, welches Gewicht Erhard Eppler, durch den sie sich durchaus repräsentiert sehen und dessen Behandlung daher Signalwirkung für sie hat, in Partei und Öffentlichkeit behält.“⁷⁹⁴

Helmut Simon verweist mit seinem Zitat auf eine neue Phase in Epplers ost- und deutschlandpolitischem Wirken. Wichtig ist hierbei das Entstehen neuer sozialer Bewegungen, die sich auch in der Friedensbewegung sammelten. Hiervon handelt das erste Unterkapitel des folgenden Kapitels.

⁷⁹⁴ Helmut Simon an Willy Brandt, 31.3.1980, Dep. Eppler 51.

3. Epplers Ost- und Deutschlandpolitik in den achtziger Jahren

Anfang der achtziger Jahre stand der Ost-West-Konflikt auf der internationalen Tagesordnung. Deshalb äußerte Eppler sich in dieser Zeit nur selten zur deutsch-deutschen Frage. Er verstand die deutsch-deutschen Beziehungen weiter als Teil des Ost-West-Konflikts. Erst der Frieden in Europa ermöglichte seiner Meinung nach eine deutsche Wiedervereinigung. Dies erklärt sein Wirken in der Friedensbewegung, auch über die evangelische Kirche. Ihm ging es bei den Gesprächen mit der SED⁷⁹⁵ nicht konkret um die deutsche Wiedervereinigung, sondern um eine Entspannung im Ost-West-Konflikt, indem Formen des Streits zwischen beiden Systemen entwickelt wurden. Zugleich veranlasste ihn aber das spannungsvolle Nebeneinander und Gegeneinander der Bundesrepublik Deutschland und der DDR dazu, die Gesamtproblematik der Nationen zu betrachten. In erster Linie blieben Anfang der achtziger Jahre aber Epplers Hauptthemen die Friedensbewegung und der NATO-Doppelbeschluss.

Es sollen nun kurz Epplers konkrete Äußerungen zu den deutsch-deutschen Beziehungen und auch seine Bewertung der Bundespolitik und der Bundesrepublik dargestellt werden. Er hielt mittlerweile Adenauers Deutschlandpolitik teilweise für berechtigt, sah aber immer noch die Stalin-Note als eine Chance zur Wiedervereinigung, die verspielt wurde. Dennoch waren für ihn nun andere Formen der Erleichterung des deutsch-deutschen Verhältnisses und der Friedenssicherung nötig.

Für Eppler bestätigte sich aufgrund von Dokumenten aus westlichen Archiven, vor allem dem Foreign Office, Heinemanns Verdacht, dass Adenauers gesamte Außen- und Deutschlandpolitik auf einer „Lüge“ beruhe. Auch sei sein eigenes damaliges Argument für die Ernsthaftigkeit der Stalin-Noten richtig gewesen: Adenauer hätte verhandelt, wenn er von der Nichternsthaftigkeit der Noten überzeugt gewesen wäre, um so seine politischen Gegner, vor allem Heinemann, lächerlich zu machen. Adenauers Weigerung, über die Noten zu verhandeln, war für Eppler immer noch der beste Beweis für ihre Ernsthaftigkeit. Da Adenauer die Note als Störung seiner Politik der Westintegration gesehen habe, habe er den sowjetischen Vorschlag abgelehnt und die Sowjets in die Position des Neinsagers drängen wollen. Eppler war der Ansicht, dass Adenauer die Verhandlungen aus Furcht vor sowjetischen Konzessionen blockiert habe und nicht, weil er der Sowjetunion das Eingeständnis freier Wahlen nicht zugetraut habe. Adenauer habe den Alliierten vom Ausloten des Stalin-Angebots abgeraten und die deutsche Öffentlichkeit mit der Behauptung getäuscht, dass die UdSSR in Zukunft unter dem Druck des westlichen Bündnisses ge-

⁷⁹⁵ Vgl. Kapitel 3.3.

zwungen sein werde, ihre Zone an ein dem westlichen Militärbündnis zugehöriges Gesamtdeutschland heranzurücken. Er führte dazu aus:⁷⁹⁶

„Daß Adenauer sich in der Sache durchsetzte, kann ich heute nicht mehr wie damals als Katastrophe empfinden. Es spricht einiges dafür, daß die Integration der beiden Teile Deutschlands in die jeweiligen Blöcke für ganz Europa *nicht nur* Nachteile hatte. Ein militärisch neutrales Deutschland hätte die Mittelmäßigkeit politischer Führung, die in Deutschland nun einmal nicht auszuschließen ist, weniger vertragen als die eingefügten Staaten Bundesrepublik und DDR. Schlimm ist, daß dies auf der Basis von zwei Lügen geschah, die zu Lebenslügen dieser Republik wurden:

1. Die Lüge, daß es nie die Chance einer Alternative gegeben habe.
2. Die Lüge, daß die Eingliederung der Bundesrepublik ins westliche Militärbündnis der Weg zur deutschen Einheit sei.“⁷⁹⁷

Wiederum forderte er von der CDU, diese „Lebenslüge“ der Republik zu beenden. Er empfand das „Pathos der Einheit“ in der CDU der achtziger Jahres als „unerträglich und widerlich“, auch wenn manche Christdemokraten die „Verlogenheit“ ihrer Argumentation nicht mehr durchschauen würden. Eppler verlangte von der Union, endlich zu ihrer eigenen Entscheidung zu stehen und die Konsequenzen, die Existenz von zwei deutschen und vier überwiegend deutschsprachigen Staaten in Zentraleuropa, mitzutragen. Er hoffte, dass ein sozialdemokratischer Bundeskanzler der CDU anbieten könnte, Adenauer nicht mehr den Vorrang der Westintegration vor der deutschen Einheit vorzuwerfen, wenn die Union diese Entscheidung nicht mehr leugne und ihre Folgen nicht mehr ignoriere. Das würde den Weg zu einer realistischen Friedenspolitik erleichtern.⁷⁹⁸

Eppler betrachtete die Bundesrepublik als Staat, dessen Stabilität sich mit den meisten Demokratien der Welt messen könne. Er warnte vor dem Vergleich der Weimarer Republik mit der Bundesrepublik, denn historische Parallelen könnten den Blick auf die Wirklichkeit öffnen, aber auch versperren. Seiner Überzeugung nach hatte die Bundesrepublik die Fehler der ersten Republik vermieden und dafür andere Schwächen. Wenn sie weiter versuche, die Schwächen der Weimarer Republik zu vermeiden, könne die Angst vor Weimarer Zuständen zu Fehlentscheidungen führen, denn rückwärts gewandtes Verhalten löse keine Probleme. Er sah die aktuelle Gefährdung eher in der Erstarrung als in einem Mangel an Stabilität, weshalb er glaubte, dass plebiszitäre Elemente (Volksbegehren, Volksentscheide) erstarrte Fronten auflockern könnten, statt wie in Weimar die Republik zu gefährden. Die eigentliche Gefahr lag für ihn in der „achselzuckenden Abwendung“ von der Republik.⁷⁹⁹

⁷⁹⁶ Vgl. Eppler, Erhard, Die Deutschlandpolitik Adenauers aus der Sicht des Jahres 1986, in: ders., Einsprüche (S. 94-106), S. 95-98 (gleicher Text: ders., Reden auf die Republik (S. 121-134)); ähnlich argumentierte Eppler hier: ders., 9.12.1987 Statement – Podiumsdiskussion Universität Gesamthochschule Essen (6 S.) S. 1-6.

⁷⁹⁷ Ebd., S. 98f.

⁷⁹⁸ Vgl. ebd. S. 99f.

⁷⁹⁹ Vgl. ders., Reden auf die Republik, SPD Presse-Information (SPD-Landesverband Baden-Württemberg) Nr. 48 (8.4.1979) (11 S.), S. 1-11 (gleicher Text: ders., Weimar ist kein Argument, Rundfunkansprache am 8. April 1979 im Süddeutschen Rundfunk, in: ders., Reden auf die Republik (S. 113-119)). Ähnlich äußerte er sich: Auf Zeichen kommt es an. In Mösslingen wurde die SPD-Ausstellung „1933 – nie wieder!“ eröffnet, Südwestpresse, 31.1.1983; ders., Wege aus der Gefahr,

Nach Epplers Ansicht gab die von Adenauer und Wehner geleistete Integration der Katholiken und der Arbeiterbewegung in die Bundesrepublik dieser im Gegensatz zum alten Deutschen Reich zudem eine ungeheure Stabilität. Er hielt die Bundesrepublik für die stabilste Demokratie, die die Deutschen bisher geschaffen hatten.⁸⁰⁰

Zu dieser Einschätzung trug auch seine Erfahrung des Dritten Reichs bei. Für seine Generation war seiner Meinung nach diese Republik trotz ihrer unzähligen Fehlern immer das Beste, was die Deutschen in ihrer Geschichte zustande gebracht hätten. Für ihn als Deutschen, der den Nationalsozialismus und den Krieg erlebt habe, überwiege im Rückblick auf die ersten dreißig Jahre der Bundesrepublik die Dankbarkeit dafür, in Frieden in einem freien Land mit einer stabilen Wirtschaft leben zu können, in dem man Demokratie ausüben und sich für den Frieden einsetzen könne. Dankbar war er auch, dass es mit Brandt einem deutschen Politiker⁸⁰¹ gelungen sei, die Begriffe Deutschland und Frieden wieder auf einen Nenner zu bringen.⁸⁰²

Eppler entdeckte Parallelen zwischen der Spaltung der Nation im Deutschen Reich und besonders im Nationalsozialismus durch die Aufteilung in Nationalgesinnte und Reichsfeinde, in gute und schlechte Deutsche, und Heiner Geißlers Erklärung, der Sowjetkommunismus sei die eigentliche Schande „unserer Zeit“. Das bedeutete nach Epplers Auffassung, dass die Nationalsozialisten im Gegensatz zu den Sozialdemokraten begriffen hätten, wo die eigentliche Schande läge. Dies erspare den Deutschen das Nachdenken über die eigene Vergangenheit und bewahre so die Kontinuität der Feindbilder, etwa durch die Einteilung der Deutschen in Pro-Amerikaner und in Anti-Amerikaner.⁸⁰³ Das „Stigma des Antiamerikanismus“ sei eine „allzu schlaue Fortsetzung antidemokratischer deutscher Tradition“.⁸⁰⁴ Er führte dies aus:

„Wenn Angehörige der Reagan-Administration uns anherrschen, ob wir denn nun für oder gegen Amerika seien, so ist dies plump, oft patzig und immer dumm, denn so macht man sich keine

S. 16-20; ders., Republik in der Bewährung. Rede am 20. Mai 1989 bei der Jahrestagung der Gustav-Heinemann-Initiative, in: ders., Reden auf die Republik, (S. 48-58) S. 48-50; ders., Unsere Aufgaben nach 30 Jahren, SPD Presse-Information (SPD-Landesverband Baden-Württemberg) (22.6.1979) (18 S.)).

⁸⁰⁰ Vgl. Dr. Erhard Eppler, ..., u.a. zum Thema: „Die Deutschen und ihre Geschichte“, ZDF, 26.4.1979 (S. 10-13), S. 11.

⁸⁰¹ Damit meinte Eppler Willy Brandt, der gesagt habe „wir müssen die Begriffe Deutschland und Frieden wieder auf einen Nenner bringen.“. So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001. Merseburger bestätigt diese Einschätzung, vgl. Merseburger, Peter, Willy Brandt, S. 717.

⁸⁰² Vgl. Eppler, Erhard, Unsere Aufgaben nach 30 Jahren, 22.6.1979, S. 1f.

⁸⁰³ Vgl. ders., Uraltes Gift. Warum, Geißler im Mai 1985 zum Thema wird, Sozialdemokratischer Pressedienst 40. Jg. Nr. 92 (15.5.1985) (S. 1-3), S. 1f.; vgl. auch ders., Vom Hemd und vom Rock. „Das Stigma des Antiamerikanismus ist eine allzu schlaue Fortsetzung antidemokratischer deutscher Tradition“, DS, 9.6.1985 (vgl. die etwas abgeänderte Fassung: ders., Amerika und die Deutschen, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 33. Jg. (1986) Nr. 1 (S. 32-34)).

⁸⁰⁴ Vgl. ders., Vom Hemd und vom Rock, DS, 9.6.1985.

Freunde. Wenn es Deutsche sind, die uns vor dieselbe Frage stellen, dann ist dies Teil eines raffinierten Kalküls und überdies – man verzeihe das belastete Wort – würdelos.“⁸⁰⁵

Eppler ging von der Existenz der deutschen Nation aus, zu der die Bürger der DDR gehören wollten. Er definierte eine Nation als Willensgemeinschaft, zu der gehöre, wer dazu gehören wolle, und forderte ein Verhältnis beider deutscher Staaten zueinander, das zeige, dass sie eine Nation seien. Er schlug vor, über Möglichkeiten nachzudenken, damit wieder ein gemeinsames Dach beider deutscher Staaten entstehe.⁸⁰⁶

Er glaubte an die deutsche Nation, so lange eine klare Mehrheit der Deutschen in beiden Staaten sich als eine Nation empfinde. Seiner Auffassung nach umfasste die deutsche Nationalkultur nicht nur die Deutschen in der Bundesrepublik und der DDR. Die Bedeutung der staatlichen Einheit Deutschlands von 1871 bis 1945 für die deutsche Nation lag für ihn darin, dass sich die Deutschen im Gebiet des alten Nationalstaates noch länger zusammengehörig fühlen werden. Auch in Zukunft würde sich die Kultur beider deutscher Staaten durch die elektronischen Medien nicht beliebig auseinander entwickeln können. Eppler war davon überzeugt, dass die meisten Bürger der DDR am geistigen und politischen Leben der Bundesrepublik teilnahmen und für die Bundesbürger die DDR interessanter werde.⁸⁰⁷

Die Wurzel des „neuen deutschen Nationalbewusstseins“ lag für ihn darin, dass die Deutschen durch die Raketenstationierung in der Bundesrepublik und die Friedensdiskussion das Gefühl bekommen hätten, in Ost und West mehr Objekt als Subjekt zu sein. Dieses Gefühl sei die Wurzel der Suche nach einer „neuen deutschen Identität“. Diese Suche dürfe sich allerdings nicht wieder als „überschäumender bössartiger Nationalismus“ ausdrücken. Eppler verlangte von den Deutschen, ihre Verantwortung für den Frieden in Zentraleuropa gemeinsam mit ihren Nachbarn wahrzunehmen.⁸⁰⁸

Auch im „Nürnberger Manifest“ der SPD anlässlich des vierzigjährigen Kriegsendes 1985, das Eppler mit vorstellte, hieß es, dass die SPD nicht die Unterschiede zwischen den Systemen verwische. Dennoch würden sich die Deutschen in der Bundesrepublik und der DDR weiter zusammengehörig fühlen, vor allem hinsichtlich ihrer Verantwortung für die gemeinsame Vergangenheit und eine gemeinsame friedliche Zukunft. Die Deutschen in beiden Staaten seien sich selbst und ihren Nachbarn eine Politik schuldig, die diese Gemeinsamkeit vor allem im gemeinsamen Dienst am Frieden verwirkliche.⁸⁰⁹

⁸⁰⁵ Ebd.

⁸⁰⁶ Vgl. Dr. Erhard Eppler, ..., u.a. zum Thema: „Die Deutschen und ihre Geschichte“, ZDF, 26.4.1979 (S. 10-13), S. 10.

⁸⁰⁷ Vgl. Erhard Eppler an den Rektor der Bergischen Universität – Gesamthochschule Wuppertal, Prof. Dr. Josef M. Häußling, 22.2.1985, Dep. Eppler 79; vgl. Prof. Dr. Josef M. Häußling an Erhard Eppler, 18.1.1985, Dep. Eppler 79.

⁸⁰⁸ Vgl. Im Brennpunkt, Österreich Regional, 15.9.1984 (25 S.), S. 23f., Privatarchiv Eppler.

⁸⁰⁹ Vgl. Nürnberger Manifest. Erklärung des SPD-Parteivorstandes zum 8. Mai 1945/85, Sozialdemokraten. Service Presse, Funk, TV, Nr. 245/86 (30.4.1985) (5 S.), S. 4.

Eppler plädierte dafür, die Sicherung der nationalen Identität der Bewahrung des Friedens in Europa unterzuordnen. Wie Anfang der fünfziger Jahre ging er auf die damaligen Verhältnisse bezogen immer noch davon aus, dass eine deutsche Wiedervereinigung dem Frieden in Europa gedient hätte. Nun allerdings belaste alles, was Wiedervereinigungsängste in Ost und West, Nord und Süd hervorrufe, ein vernünftiges Verhältnis der Europäer zueinander.⁸¹⁰ Der Frieden in Europa hatte für Eppler Priorität vor der deutschen Einheit und war ihre Voraussetzung. Dieser Friede wäre leichter zu erreichen, wenn die Chance der Einheit nicht 1952/1955 verspielt worden wäre.⁸¹¹ „I do not think it useful to put reunification to the foreground now. Peace in Europe is more important. And if we can achieve real peace, reunification will be less difficult.“⁸¹² Jeder, der die deutsche Frage in den Vordergrund stelle, blockierte nach seiner Überzeugung die Friedensdiskussion in Europa. Sein Ziel war die Auflösung und Auflockerung der Blocklogik.⁸¹³

Eppler lehnte voreilige Debatten über die Wiedervereinigung ab, da dies Ängste der deutschen Nachbarn wecke. Dass eine bessere Friedensordnung in Europa die Deutschen annähere, betrachtete er als Folge und nicht als Ziel.⁸¹⁴ Die deutsch-deutschen Beziehungen konnten seiner Meinung nach die Spannungen in Zentraleuropa mildern, hätten aber kaum Einfluss auf beide Weltmächte.⁸¹⁵ Er verlangte ein Ende des „törichten Gezänks“ darüber, ob die deutsche Frage offen oder geschlossen sei. Für ihn war die Weltgeschichte generell offen. Indem die Deutschen die deutsch-deutsche Verantwortungsgemeinschaft weniger aufdringlich ausdrückten, hätten beide deutsche Staaten vielleicht die Chance diese Verantwortungsgemeinschaft wirksam zu praktizieren.⁸¹⁶

Da Eppler also nicht von einer baldigen Wiedervereinigung ausging, unterbreitete er Vorschläge, wie beide deutsche Staaten zeigen könnten, dass sie eine Verantwortungsgemeinschaft gegenüber ihren Nachbarn für den Frieden in Europa seien und blieben. Er regte an zu überlegen, was die Deutschen in beiden Staaten unter Ausnutzung ihres begrenzten Handlungsspielraums für den Frieden in Europa tun könnten.

Er schlug vor, über symbolische Truppenreduzierungen in beiden deutschen Staaten, Reiseerleichterungen, Städtepartnerschaften oder die gemeinsame Finanzierung von Projekten in der Dritten Welt zu sprechen. Dann könnte die Bundesregierung auch das Thema

⁸¹⁰ Vgl. Eppler, Erhard, Politik auf dem Prüfstand. Gespräch mit Dr. Erhard Eppler, in: Evangelische Kommentare 18. Jg. (1985) Nr. 1 (S. 29-32), S. 30.

⁸¹¹ Vgl. Erhard Eppler an Manfred Pryba, 17.5.1982, Dep. Eppler 75; vgl. Manfred Pryba an Erhard Eppler, 12.5.1982, Dep. Eppler 75.

⁸¹² Erhard Eppler an Lyn Stenwald, 25.11.1982, Dep. Eppler 76; vgl. Lyn Stenwald an Erhard Eppler, 10.11.1982, Dep. Eppler 76.

⁸¹³ Vgl. Eppler, Erhard, Recht zum Widerstand – oder: Rastätter Anmerkungen, in: Vorgänge 62/63 22. Jg. (1983) Heft 2/3 (S. 59-66), S. 59.

⁸¹⁴ Vgl. ders., Rede 30./31.10.1981, Gustav-Heinemann-Initiative (16 S.), S. 5.

⁸¹⁵ Vgl. Eppler: Deutsch-deutsche Beziehungen beeinflussen Weltmächte kaum, dpa, 28.11.1984.

⁸¹⁶ Vgl. Eppler, Erhard, Solange der gute Wille fehlt, ist Verhandeln über Abrüstung zwecklos, DS, 21.10.1984.

Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft ansprechen, das Eppler als isolierte Aktion nicht für sinnvoll hielt. Er warnte vor dem Eindruck von Deutschlands Nachbarn in Ost und West, die Deutschen dächten nur an ihre „nationale Frage“. Ihnen müssten die Deutschen klar machen, dass für sie der Friede in Europa vorrangig sei. Eppler glaubte nicht an ein neutrales wiedervereinigtes Deutschland, denn kein Land befürworte dies.⁸¹⁷

3.1. Die Friedensbewegung- Epplers Weg vom Rand der SPD zurück in ihr Zentrum

EPPLER UND DIE FRIEDENSBEWEGUNG – MOTIVATION UND BIOGRAPHISCHE PARALLELEN

Mit Beginn der achtziger Jahre engagierte Eppler sich in der Friedensbewegung. Auch wenn er später eine der Leitfiguren der Nachrüstungsgegner wurde, war er kein Vorreiter im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss. Schon vor ihm hatten sich die Jungsozialisten damit auseinandergesetzt.⁸¹⁸

Die Frage, ob eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung die Stationierung amerikanischer Atomwaffen auf deutschem Boden unterstützen solle, spaltete fast die SPD, die sich immer als Friedenspartei verstanden hatte. Jedoch setzten sich Epplers Ansichten nach und nach durch, als die SPD in der Opposition war.

Bei Epplers friedenspolitischem Wirken gibt es Parallelen zu seiner Tätigkeit in der GVP, etwa sein Außenseiterstatus in der Bundespolitik, und auch personelle Überschneidungen.⁸¹⁹ Allerdings kam für ihn aufgrund seiner Erfahrungen in der GVP nun eine neue Parteigründung etwa aus der Friedensbewegung und ein Parteiaustritt nicht mehr in Frage. Er wollte um Mehrheiten in der SPD kämpfen. Bei seinen Bemühungen, zwischen der SPD und der Friedensbewegung zu vermitteln, fühlte er sich als Dolmetscher⁸²⁰ und als Bindeglied zwischen der 120 Jahre alten Friedensbewegung der Sozialdemokratie und der neuen Friedensbewegung. Wie schon in den fünfziger Jahren verstand er sich nicht als „grundsätzlichen Pazifisten.“⁸²¹

Eppler rief die heterogene Friedensbewegung stets zu Geschlossenheit auf, denn nur so könne sie ihre Ziele durchsetzen. Er forderte wiederholt eine Abgrenzung von den Kommunisten und arrangierte sich mit der Friedensbewegung, denn für ihn war ihre Thematik wichtig. Sie war das Forum, von dem aus er gegen die Nachrüstung agieren konnte.

Eppler versuchte zwischen der SPD und der Friedensbewegung zu vermitteln und sah sich als „Scharnier“ zwischen beiden. Er bemühte sich dabei, den Kontakt zur Regierung zu bewahren, den Bewusstseinswandel in der SPD zu beschleunigen und eine allgemeine Ge-

⁸¹⁷ Moeller, Klaus-Ulrich, Eppler für „Gesprächspaket“ mit der DDR. Anerkennung der Staatsbürgerschaft „denkbar“ – Panzerfreie Zone in Zentraleuropa möglich, Stuttgarter Nachrichten, 2.5.1984.

⁸¹⁸ Vgl. Notz, Anton, Die SPD und der NATO-Doppelbeschluss, S. 31.

⁸¹⁹ Vgl. S. 195 des vorliegenden Textes.

⁸²⁰ Vgl. Erhard Eppler, SPD-Präsidiumsmitglied, zu aktuellen Fragen der Friedensbewegung, ZDF, 12.10.1981 (2 S.), S. 1.

sprächsgrundlage zu schaffen ohne einseitige Schuldzuweisungen und unter Respektierung des Friedenswillens aller Beteiligten. Eppler vertritt rückblickend die Position, dass er in der SPD der Mann der Friedensbewegung und in der Friedensbewegung der SPD-Mann gewesen sei. Beide Seiten hätten ihn mit einem „gewissen Misstrauen“ gesehen.⁸²²

Sein Wirken in der Friedensbewegung hängt eng mit dem NATO-Doppelbeschluss,⁸²³ gegen den er Ende 1979 auf dem Berliner SPD-Parteitag stimmte, zusammen. Eppler lehnte den Beschluss ab, da dieser die Interessen der Verhandellnden völlig falsch einschätze, indem er die UdSSR zu Verhandlungen bewegen wolle, aber nicht sage, wie dies bei den USA erreicht werden könne.⁸²⁴ Später erklärte er, dass sein ursprüngliches Misstrauen gegen den Nachrüstungsbeschluss in Berlin nicht ausreichend fundiert gewesen sei, sich aber durch Sachinformationen bestätigt habe.⁸²⁵

Epplers Haltung zum NATO-Doppelbeschluss bedeutete, dass er die damalige sozialdemokratische Mehrheitsmeinung ablehnte. Er verlagerte sein Engagement in die Friedensbewegung. In den darauffolgenden Jahren wichen seine sicherheitspolitischen Ansichten immer stärker von der Mehrheitsmeinung der SPD ab. Höhepunkt des sich immer stärker zuspitzenden Konflikts zwischen ihm und der Bundes-SPD war die Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981 in Bonn. Zwar zweifelte Eppler nicht am generellen Friedenswillen der deutschen Politiker, sah aber ihr Denken als falsch und zum Erhalt des Friedens als ungeeignet an.⁸²⁶ Wiederholt kritisierte er die Politik der SPD, besonders die von Bundeskanzler Helmut Schmidt und Verteidigungsminister Hans Apel, die beide sein Wirken in der Friedensbewegung ablehnten. Der Journalist Jürgen Busche bezeichnet ihn sogar als Schmidts wichtigsten innerparteilichen Gegenspieler in der Nachrüstungsdebatte.⁸²⁷ Dabei war Schmidt noch Ende 1979 offen für Epplers Gedanken:

⁸²¹ Vgl. Sind Sie ein Friedensguru, Herr Eppler?, Quick, 8.10.1981.

⁸²² So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001. Zu Epplers weiteren Äußerungen über seine Scharnierfunktion vgl. Kahl, Werner, Eppler ruft zu „Gegendruck von der Straße“ auf, Welt, 3.2.1982; vgl. Frieden ist nicht mehr „ein Geschenk der Obrigkeit“, Schwarzwälder Bote, 5.2.1982.

⁸²³ Im NATO-Doppelbeschluss legte der NATO-Rat am 12. Dezember 1979 die Aufstellung neuer bodengestützter nuklearer Mittelstreckenraketen der NATO bei gleichzeitigem Angebot an die UdSSR, bis zum vorgesehenen Stationierungsbeginn Ende 1983 über den Abbau entsprechender sowjetischer Waffen zu verhandeln, fest.

⁸²⁴ Vgl. „Eine große Koalition der nicht eingestandenen Ratlosigkeit“. In einem FR-Interview markiert der SPD-Politiker Erhard Eppler seine Positionen zum Nachrüstungsbeschluss, zur Jugend und seiner Partei, FR, 27.3.1981; vgl. Referat: Erhard Eppler, Bundeskongress Jungsozialisten, 26.-28. Juni 1981 (11 S.), S. 5, hier finden sich viele von Epplers Grundpositionen.

⁸²⁵ Vgl. „Da wurde ein fatales Eigentor geschossen“. SPD-Präsidiumsmitglied Erhard Eppler über Nachrüstung und die neue Friedensbewegung, Spiegel 15.6.1981; hier findet sich auch Epplers allgemeine Argumentation zur Nachrüstung.

⁸²⁶ Vgl. Eppler, Erhard, „Frankenthaler Gespräch“ mit Dr. Erhard Eppler, in: Becker, Kurt E./Popitz, Peter/Schreiner, Hans-Peter (Hrsg.), Erhard Eppler. Die Friedensbewegung. Ein Gespräch, Landau/Pfalz 1982 (S. 13-68), S. 62.

⁸²⁷ Vgl. Busche, Jürgen, Helmut Kohl. Anatomie eines Erfolgs, Berlin 1998, S. 116f.

„Es wäre für mich von großem Wert, Deine Gedanken über das nächste Jahr, über das kommende Jahrzehnt unseres Landes und über die Rolle, die unser Land und seine Regierung in diesem Zeitraum spielen sollten, kennenzulernen. Deshalb bitte ich Dich, mir – wenn es Deine Zeit erlaubt – hierzu einige Deiner Gedanken mitzuteilen. Ich denke dabei an einen Brief, nicht unbedingt an eine volle Disposition. Sofern Dir außerdem eine aktuelle Anregung wichtig erscheint, so wäre ich auch dafür dankbar.“⁸²⁸

Nicht nur Schmidt und Apel lehnten Epplers Ansichten ab. Auch der Entspannungspolitiker Egon Bahr beurteilte die Nachrüstungsfrage anders. Den Grund dafür sah Eppler in Bahrs Mitarbeit an der Kopplung der Entscheidung für die Nachrüstung mit einem Verhandlungsangebot beim NATO-Doppelbeschluss und in Bahrs größerem Vertrauen in die herkömmliche Rüstungskontrollpolitik als bei ihm oder Oskar Lafontaine.⁸²⁹ Bahr beschreibt rückblickend, dass es ihm schwer gefallen sei, sich für die Annahme des Doppelbeschlusses einzusetzen. Epplers Zweifel, ob Verhandlungen die Stationierung der Raketen in Westeuropa verhindern würden, bestätigten sich nach Bahrs Einschätzung.⁸³⁰

Doch Eppler hatte auch Befürworter, die an seine wachsende Bedeutung bei der Gestaltung der Zukunft glaubten, ihn als „glaubwürdig“ betrachteten, für einen, der sich ohne Demagogie und ohne „weinerliches Moralisieren als kämpferischen (sic!) Mahner“ darstelle und für den die Forderungen zum Umdenken in der SPD ein „schmerzhafter Prozeß“ seien.⁸³¹ Seine Ansichten etwa in DIE TÖDLICHE UTOPIE DER SICHERHEIT⁸³² wurden als positive und offene Utopie und eine Anti-Ideologie bewertet, allerdings die Unvereinbarkeit von Frieden und Sicherheit in Epplers Denken und seine Verurteilung des Strebens nach Sicherheit kritisiert, denn Sicherheit sei ein legitimes Bedürfnis der Menschen.⁸³³

Eppler nannte verschiedentlich die Gründe für sein Engagement auch gegen die SPD. Ihm war bewusst, dass die Forderungen der Friedensbewegung die Position der SPD zugunsten der CDU schwächten.⁸³⁴ Doch war ihm die Frage, wie die Deutschen die nächsten 15 Jahre überleben, wichtiger als die internationale Stellung der Bundesrepublik.⁸³⁵ Es war seiner Auffassung nach notwendig, „bestimmte taktische Rücksichten in den Hintergrund“ (etwa Schmidts Rücktrittsdrohung, wenn nicht beide Teile des Doppelbeschlusses verwirklicht

⁸²⁸ Helmut Schmidt an Erhard Eppler, 5.10.1979, Dep. Eppler 51.

⁸²⁹ Vgl. „Mit den Grünen- im Prinzip ja“. SPD-Präsidiumsmitglied Erhard Eppler zu den Überlebenschancen der SPD, Spiegel, 15.3.1982.

⁸³⁰ Vgl. Bahr, Egon, Zu meiner Zeit, S. 509.

⁸³¹ Vgl. Popitz, Peter, Begegnungen mit Erhard Eppler. Vorbemerkungen zu einem „Frankenthaler Gespräch“, in: Becker, Kurt E./Popitz, Peter/Schreiner, Hans-Peter (Hrsg.), Erhard Eppler. Die Friedensbewegung. Ein Gespräch, Landau/Pfalz 1982 (S. 5-9), S. 5-9. Popitz war Bürgermeister in Frankenthal.

⁸³² Vgl. Eppler, Erhard, Die tödliche Utopie der Sicherheit, Reinbek bei Hamburg 1983. Hier beschreibt Eppler viele seiner Ansichten zur Sicherheitspolitik und zur Friedensbewegung.

⁸³³ Vgl. Karlheinz Koppe, Die tödliche Utopie der Sicherheit. Argumente für den Frieden von Erhard Eppler, in: Die Neue Gesellschaft 30. Jg. (1983) Nr. 6 (S. 582f.), S. 582f.

⁸³⁴ Vgl. Eppler, Erhard/Voigt, Karsten, Fragen nach dem Verhältnis von SPD und Friedensbewegung, in: Hoffmann-Axthelm, Dieter/Knödler-Bunte, Eberhard (Hrsg.), Wie souverän ist die Bundesrepublik?, Berlin 1982 (S. 191-197), S. 196.

⁸³⁵ Vgl. Dr. Erhard Eppler, MdL/SPD, über SPD und Friedensbewegung, SRI (Schweizer Rundfunk), 21.10.1983 (S. 9f.), S. 10.

werden) zu stellen, wenn es um die Existenz einer ganzen Nation gehe und er davon überzeugt sei, dass die Nachrüstung das Leben des deutschen Volkes bedrohe und die Vernichtung der Bundesrepublik in einem möglichen Konflikt wesentlich wahrscheinlicher mache.⁸³⁶

Trotz seiner Kritik an der SPD blieb Eppler Sozialdemokrat. Seine Position in der Rüstungsfrage sah er „in der Tradition“ der SPD. Er war der Meinung, dass er weniger Schwierigkeiten habe, seine Auffassung hierzu mit sozialdemokratischer Tradition zu verbinden als andere.⁸³⁷ Für ihn kam ein Parteiaustritt auch aufgrund seiner Erfahrungen in der GVP nicht in Frage: „Die Erfahrungen, die ich da gemacht habe, reichen für ein Leben völlig aus.“ Politik ließ sich für ihn nur mit Mehrheiten durchsetzen und dafür brauchte eine kleine Partei seiner Ansicht nach einen großen Partner. Ideen in kleinen Parteien zu verwirklichen sei wesentlich schwieriger, als den Bewusstseinswandel in den großen Parteien durchzusetzen.⁸³⁸

Die Aufforderung zum SPD-Austritt und Grünen-Beitritt lehnte er aus diesen Gründen ab,⁸³⁹ ebenso eine neue kleine Friedenspartei, denn diese bräuchte einen großen Partner, wozu nur die SPD in Frage käme. Die SPD würde aber keine Partnerschaft mit dieser Friedenspartei eingehen, denn der Übertritt vieler Sozialdemokraten in sie würde das Gewicht der SPD nach rechts verschieben und die SPD sei dann nicht mehr partnerschaftswillig- und fähig.⁸⁴⁰

Epplers außenpolitisches Engagement in den achtziger Jahren war eine Rückkehr zu Themen, mit denen er sich in den fünfziger und sechziger Jahren beschäftigt hatte. Wieder war für ihn die Geschichte der Bundesrepublik an einem Wendepunkt. Seiner Darstellung nach ging es wie bei seinem Einstieg in die Politik in den fünfziger Jahren um entscheidende Weichenstellungen.⁸⁴¹ Sein Engagement für den Frieden sei ein kontinuierliches Element in seinem Leben, dem er sich in unterschiedlichen Formen gewidmet habe.⁸⁴²

Eppler erläuterte diese friedenspolitische Kontinuität in seiner Vita: Bei seinem Einstieg in die Politik sei es um den Frieden und die Verhinderung der Aufrüstung gegangen. Als Entwicklungshilfeminister 1968-1974 habe er in der Bundesregierung andere Aufgaben gehabt,

⁸³⁶ Vgl. Erhard Eppler, SPD, zur Rücktrittsdrohung des Bundeskanzlers, HR, 30.5.1981; vgl. auch Erhard Eppler, SPD-Präsidiumsmitglied, zu seiner Teilnahme an der Bonner Friedensdemonstration, ZDF, 9.10.1981 (2 S.), S. 1.

⁸³⁷ Vgl. Dr. Erhard Eppler, ..., und die Journalisten: ... zum Thema: „Die Linke in der SPD“, DFS, 18.3.1982 (S. 7-13), S. 11.

⁸³⁸ Eppler, Erhard, „Frankenthaler Gespräch“, S. 30-32.

⁸³⁹ Vgl. Hermann Pretsch an Erhard Eppler, 17.3.1980, Dep. Eppler 11; vgl. Erhard Eppler an Hermann Pretsch, 26.3.1980, Dep. Eppler 11.

⁸⁴⁰ Vgl. Eppler, Erhard, Friedensbewegung: in Jens, Walter (Hrsg.), In letzter Stunde. Aufruf zum Frieden, München 1982 (S. 143-166), S. 160f.; hier finden sich viele Erklärungen Epplers zur Friedensbewegung.

⁸⁴¹ Vgl. Erhard Eppler, SPD, zu aktuellen Fragen im Zusammenhang mit dem Evangelischen Kirchentag, WDR, 20.6.1981 (S. 4f.), S. 4.

⁸⁴² So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

aber bei der Durchsetzung von Brandts „Friedenspolitik“ mitgewirkt. Auch bewertete er seine Arbeit in der Entwicklungspolitik als Beitrag zum Frieden. Als baden-württembergischer Oppositionsführer sei er mit anderen Fragen beschäftigt gewesen. Nach seiner Überzeugung hatte er erst nach der Aufgabe seiner Ämter wieder „freie Hand“ bekommen, und Frieden sei für ihn eine neue Aufgabe geworden, bei der er an seinen Einstieg in die Politik anknüpfen könne. Die Thematik der Friedensbewegung war nach Epplers Ansicht 1981 erst im Entstehen: die Friedensbewegung und der Bewusstseinswandel zum Thema Waffen seien relativ neu und die akute Bedrohung des Friedens habe erst 1979 durch die veränderte Waffentechnik, den NATO-Beschluss, den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und den neuen amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan begonnen. Ihm sei erst Ende der siebziger Jahre durch den Doppelbeschluss und den Einmarsch in Afghanistan die wesentlich stärkere Bedrohung des Friedens in den achtziger Jahren im Vergleich zu den siebziger Jahren bewusst geworden.⁸⁴³

Eppler fühlte sich ohne Ämter freier als mit ihnen. Sein Rückzug von politischen Ämtern bedeutete für ihn keinen Machtverlust, sondern einen Machtzuwachs. Macht ging für ihn von der Basis aus. Dort versuchte er, Veränderungen durchzusetzen.⁸⁴⁴

Dennoch geschah sein Rückzug von Ämtern nicht nur freiwillig. Sein wachsender Außenseiterstatus in der SPD-Führung zeigte sich 1982 auch darin, dass er zwar Mitglied des SPD-Parteivorstands blieb, aber nicht wieder ins SPD-Präsidium gewählt wurde, obwohl bedeutende Genossen wie Johannes Rau und der SPD-Vorsitzende Brandt sich für ihn eingesetzt hatten.⁸⁴⁵ Auch wenn ihn nach eigenem Bekunden die Abwahl nicht sehr schmerzte, hielt er es für fraglich, ob es für die SPD gut sei, dass nun große Teile der Partei nicht mehr im engeren Führungsgremium vertreten seien. SPD-Bundesgeschäftsführer Für Peter Glotz wurde dieser Teil der SPD durch Bahr, Rau oder Brandt vertreten. Er warnte aber davor, dass die Grünen die Tatsache, dass Eppler als der Sozialdemokrat mit den besten Kontakten zur Friedensbewegung nicht mehr im Präsidium vertreten sei, für den Wahlkampf verwenden würden.⁸⁴⁶ Nach der Einschätzung von Heinrich Albertz vertiefte Epplers Abwahl die Kluft der SPD zur Friedensbewegung. Eppler allerdings verstand seine Wirkungsmöglichkeit nicht in Abhängigkeit von seiner Angehörigkeit im Präsidium. Für Hans-Jochen Vogel war Epplers Wahl in den Parteivorstand wichtig, weil dieser Positionen repräsentiere, die im Spektrum der SPD Platz haben müssten. Auch wenn er Epplers Wahl ins Präsidium

⁸⁴³ Vgl. Erhard Eppler, „Frankenthaler Gespräch“ mit Dr. Erhard Eppler, S. 18-20. So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

⁸⁴⁴ Vgl. Erhard Eppler, „Frankenthaler Gespräch“ mit Dr. Erhard Eppler, S. 21; vgl. Dr. Erhard Eppler, ..., zur politischen Situation der BRD, DFS, 26.5.1981(S. 3-5), S. 5.

⁸⁴⁵ Vgl. Johannes Rau über E. Epplers Abwahl aus dem SPD-Parteipräsidium, WDR II. Das Morgenmagazin, 25.5.1982 (S. 5f.), S. 5, Dep. Eppler 15.

⁸⁴⁶ Vgl. Peter Glotz über die Nichtwahl von Erhard Eppler ins SPD-Präsidium, Saarländischer Rundfunk. Journal I, 25.5.1982, (S. 7f.), S. 7, Dep. Eppler 15.

begrüßt hätte, sei dieser nicht der einzige Sozialdemokrat, der mit der Friedensbewegung spreche.⁸⁴⁷

1984 wurde Eppler wieder ins Präsidium gewählt. Allerdings hatte die SPD nun ihre sicherheitspolitischen Vorstellungen verändert und war in der Opposition.

Eine personelle Verbindung zwischen der Friedensbewegung und der GVP-Zeit war Josef Weber. Im Krefelder Appell vom 16. November 1980 wurde die Bundesregierung aufgefordert, ihre Zustimmung zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Mitteleuropa zurückzuziehen. Eppler unterschrieb den Krefelder Appell, den Weber ihm zugeschickt hatte, nicht, denn er habe Initiativen von Weber für „KP-Geschichten“ gehalten.⁸⁴⁸ Er beschrieb den Jungsozialisten seine Erfahrungen mit dem BdD und mit Weber bei den Verhandlungen von GVP und BdD.⁸⁴⁹ Er bat darum zu akzeptieren, dass er den Krefelder Appell aufgrund seiner damaligen Erfahrungen nicht unterschrieben habe, denn wenn er von seinen Parteifreunden ein Nein an die USA bei der Nachrüstung erwarte, wolle er dies nicht zusammen mit Personen tun, die der UdSSR noch nie etwas abgelehnt hätten und auch nicht vorhätten, dies zu tun.⁸⁵⁰ Eppler führte dazu wörtlich aus:

„...habe ich gesagt: Ne, das unterschreibe ich nicht, nicht weil das niemand unterschreiben darf, sondern weil ich klarmachen wollte: Damals hat die DKP, das heißt KPD, mit ihren Methoden des Manipulierens die damalige Friedensbewegung ruiniert! Das ist eine Erfahrung für mich vor dreißig Jahren gewesen, und die steckt in mir ganz tief drin, und ich möchte nicht, daß das wieder so geschieht. aber ich möchte verhindern, daß eine Bewegung, die doch mehrheitsfähig werden soll, die die Mehrheit der Bevölkerung der Republik, also auch CDU-Wähler schließlich überzeugen soll, dass die manipuliert werden kann von Leuten, die auf 0,4% der Stimmen in diesem Land kommen.“⁸⁵¹

Eppler wollte nicht an die Ziele der GVP anknüpfen. Für ihn waren die GVP-Zeiten vorbei.⁸⁵² Er war gegen eine „isoliert neutrale Bundesrepublik“. Seine Gedanken aus den Anfängen der fünfziger Jahre über ein bündnisfreies, westlich-demokratisches Gesamtdeutschland seien nicht mehr entscheidend, weil niemand mehr bereit sei, dies zu ermöglichen. Für ihn kam es darauf an, Bewegungsspielraum gegenüber den USA zu erringen.⁸⁵³ Seit dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik 1955 wollte seiner Auffassung nach niemand mehr, auch nicht die Sowjetunion, gesamtdeutsche Neutralität oder gar bundesdeutsche Neutralität.

⁸⁴⁷ Vgl. Hans-Jochen Vogel zur gestrigen Wahl des neuen SPD-Präsidiums, DLF, 25.5.1982, (S. 9f.), S. 9f., Dep. Eppler 15.

⁸⁴⁸ So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

⁸⁴⁹ Vgl. S. 50f. des vorliegenden Textes.

⁸⁵⁰ Vgl. Eppler, Erhard, Ich habe nicht unterschrieben, SZ, 4.7.1981.

⁸⁵¹ Ders., „Frankenthaler Gespräch“, S. 65f.

⁸⁵² Vgl. Erhard Eppler an Ewald Zipp, 7.6.1982, Dep. Eppler 76; vgl. Ewald Zipp an Erhard Eppler, 26.5.1982, Dep. Eppler 76.

⁸⁵³ Vgl. Eppler, Erhard, Fragenbeantwortung, S. 57; vgl. Erhard Eppler an Gunda-Elisabeth Bühler, 30.9.1981, Dep. Eppler 57; vgl. Gunda-Elisabeth Bühler an Erhard Eppler, 22.9.1981, Dep. Eppler 57; vgl. auch, Erhard Eppler an Ewald Zipp, 7.6.1982, Dep. Eppler 76.

Außerdem würde eine militärische Auseinandersetzung in Zentraleuropa auch in der Bundesrepublik geführt, unabhängig von deren Status.⁸⁵⁴

Eppler war allerdings nach Durchsicht der in den achtziger Jahren zugänglichen Dokumente noch stärker als 1952 davon überzeugt, dass die Stalin-Noten das Angebot enthalten hätten, die „junge DDR zu opfern“, um die Aufrüstung der Bundesrepublik in der NATO zu verhindern. Er befürwortete ein neutrales Mitteleuropa noch stärker als 1952, glaubte aber nicht, dass auch nur eine der beiden Weltmächte daran Interesse hätte. Beide Weltmächte bevorzugten ein aufgeteiltes Europa eher als eines, das sich von den Weltmächten emanzipiere. Außerdem wüssten die Sowjets, dass die Bundesrepublik zusammen mit der DDR in einem neutralen Mitteleuropa aufgrund ihrer überlegenen Wirtschaftskraft eine Führungsrolle einnehmen würde. Eppler ging nicht von einem Rückzug der UdSSR aus ihren Satellitenstaaten, in denen dann eventuell antisowjetische Regierungen entstünden, aus.⁸⁵⁵

Die Friedensbewegung war für ihn „ein Stück nationalen Selbstbehauptungswillens“ gegenüber den Weltmächten.⁸⁵⁶ Sie halte den Frieden für zu wichtig, um ihn militärischer Strategie, politischer Taktik oder der Rüstungslobby zu überlassen.⁸⁵⁷ Nach Epplers Meinung musste um Frieden jeder einzelne kämpfen.⁸⁵⁸ Frieden bedeutete für ihn nicht „Konfliktlosigkeit“, sondern „humane Formen der Konfliktaustragung und des Interessenausgleichs.“⁸⁵⁹

Nach seiner Einschätzung vertrat die Friedensbewegung keinen ethischen Pazifismus, sondern einen „Pazifismus der kalkulierenden Vernunft“, der sich aus der Irrationalität des Rüstungswettlaufs ergebe.⁸⁶⁰ Er betrachtete die Friedensbewegung nicht als Angst-Bewegung. Vielmehr beruhe die westliche Verteidigungs- und Sicherheitskonzeption seit 30 Jahren auf der Angst vor der Sowjetunion. Er plädierte dafür, die Friedensbewegung vom Willen zur Selbstbehauptung her zu verstehen.⁸⁶¹ Die Friedensbewegung sei der jeweiligen

⁸⁵⁴ Vgl. „Das gesamte politische Spektrum hat sich nach rechts bewegt“. Das SPD-Präsidiumsmitglied Erhard Eppler äußert sich in einem Kieler Rundschau-Interview zu den Themen: Atomwaffenfreie Zone, Friedensbewegung, Startbahn-West-Gegner und den Möglichkeiten einer neuen Partei, Kieler Rundschau, 10.12.1981; vgl. Eppler, Erhard, Referat, 25.3.1982 in Stuttgart-Zuffenhausen (11 S.), S. 3, Dep. Eppler 16.

⁸⁵⁵ Vgl. Eppler, Erhard, Handfest und unsentimental, in: Die neue Gesellschaft 31. Jg. (1984) Nr. 9, (S. 815-819), S. 815f.

⁸⁵⁶ Vgl. Nordhoff, Hans Jürgen, „Ohne Druck aus Europa geht da wohl nichts!“ Morgenpost sprach mit Dr. Erhard Eppler, Hamburger Morgenpost, 15.9.1981.

⁸⁵⁷ Witter, Ben, „Ich glaube nicht, daß ich ein Moralist bin“. Erhard Eppler, in: ders., Spaziergänge mit Prominenten, Hamburg 1982 (S. 67-74), S. 72.

⁸⁵⁸ Vgl. Frieden ist nicht mehr „ein Geschenk der Obrigkeit“. Erhard Eppler mißt der Friedensbewegung größte Bedeutung zu / Weltweite Beachtung, Schwarzwälder Bote, 5.2.1982.

⁸⁵⁹ Vgl. Eppler, Erhard, Frieden – Ökologie - Entwicklung, in: Deutsches Übersee-Institut (Hrsg.), Jahrbuch Dritte Welt. Daten – Übersichten – Analysen München 1983 (S. 20-29), S. 28.

⁸⁶⁰ Vgl. „Am Punkt, wo mehr Rüstung weniger Sicherheit bringt. Der engagierte Kernwaffengegner will seinen Gegensatz zur Bundesregierung künftig noch kompromissloser vertreten, Badische Neuste Nachrichten, 4.5.1981; vgl. auch „Da wurde ein fatales Eigentor geschossen“, Spiegel 15.6.1981.

⁸⁶¹ Hartmeier, Peter, Sehnsucht Frieden, Weltwoche, 9.12.1981.

Regierung (z.B. USA, DDR, Bundesrepublik), die beanspruche, Friedenspolitik zu betreiben, lästig, da sie das mangelnde Vertrauen in diese offizielle Friedenspolitik äußere.⁸⁶²

Da Eppler die Friedensbewegung im Gegensatz zur „Kampf dem Atomtod“-Bewegung als den Ausdruck eines elementaren Bewusstseinswandels empfand, den er sogar mit der Renaissance verglich⁸⁶³, glaubte er nicht an ihr schnelles Verschwinden.⁸⁶⁴ Er erklärte dazu:

„Friedensbewegung ist mehr als Protest gegen Raketen, mehr als nur Aufschrei gegen manches törichte Gerede, das über den Atlantik drang. Das war Anlaß, Auslöser. Dahinter steht der Aufstand des Lebendigen gegen die Logik und Mechanik des Todes, gegen einen Geist, der die Methoden der chemischen Schädlingsvernichtung auf die militärische Strategie überträgt. Wer glaubt, diese Bewegung werde wieder verschwinden wie die Atomtodbewegung der späten Fünfzigerjahre, zeigt nur, wie hoffnungslos er an der Wirklichkeit vorbeilebt.“⁸⁶⁵

Eppler versuchte, der Friedensbewegung zu verdeutlichen, dass sie zerstritten keine Chance zur Durchsetzung ihrer Ziele habe. Die Gründe für das Entstehen der Friedensbewegung sah er in der Enttäuschung der Bürger über das Stagnieren der Abrüstung, der rasch wachsenden atomaren Bedrohung und im Nachrüstungsbeschluss.⁸⁶⁶

Quelle der Friedensbewegung war für ihn auch die Enttäuschung, dass Ende der siebziger Jahre nur noch in „militärischen Ausdrücken vom Ost-West-Verhältnis“ gesprochen und der Rüstungswettlauf immer stärker beschleunigt worden sei. Der Widerstand gegen diese Politik habe sich am Nachrüstungsbeschluss entzündet. Eine weitere Quelle sei der Regierungswechsel in den USA mit dem neuen Präsidenten Ronald Reagan gewesen.⁸⁶⁷

Eppler verlangte wieder wie bei der Ostpolitik politisch über den Frieden zu streiten, statt aufgrund des militärischen Gleichgewichtsdenkens aufzurüsten.⁸⁶⁸ Noch 1972 habe man sich mit Politik (Zugang zu Berlin, Oder-Neiße-Grenze) beschäftigt, statt wie jetzt mit Waffen. Er verglich die Situation aufgrund des Umgangs mit Bürgerrechten (Meinungsfreiheit) und der Militarisierung der Friedensdebatte mit einer „Vorkriegsatmosphäre.“ Er befürchtete allerdings keinen Rückfall in frühere Zeiten, weil die Gesellschaft und das Bewusstsein der Menschen dies nicht mehr zuließen.⁸⁶⁹ Dennoch war er von den dreißiger Jahren geprägt:

⁸⁶² Vgl. Wonka, Dieter, SPD-Vorstandsmitglied Erhard Eppler in einem NP-Interview, Neue Presse (Hannover), 19.5.1982.

⁸⁶³ Vgl. Dr. Otto Graf Lambsdorff u.a., „Harte Zeiten für Helmut Schmidt“, BBC Radio 4, englisch, 18.11.1981 (S. 8-12), S. 10.

⁸⁶⁴ Vgl. Erhard Eppler/Karsten Voigt, Fragen nach dem Verhältnis von SPD und Friedensbewegung, S. 192f.

⁸⁶⁵ Eppler, Erhard, Frieden – Ökologie – Entwicklung, S. 27.

⁸⁶⁶ Vgl. „Da wurde ein fatales Eigentor geschossen“, Spiegel 15.6.1981.

⁸⁶⁷ Vgl. Eppler, Erhard, Friedensbewegung, S. 143-146.

⁸⁶⁸ Vgl. ders., Mehr Sicherheit durch weniger Rüstung?, in: Buchholz, Axel/Geiling, Martin (Hrsg.), Wohlstand für keinen. Perspektiven für die Bundesrepublik, Frankfurt/Main u.a. 1982 (S. 177-189), S. 185f.; hier befinden sich auch Epplers Positionen zur Sicherheitspolitik.

⁸⁶⁹ Vgl. ders., Demokratie in Gefahr? Eröffnungsreferat der Jahrestagung der Gustav-Heinemann-Initiative zum Thema „Bürgerrechte 84“, in: Vorgänge 23. Jg. (1984) Heft 3 (S. 33-45), S. 39-41.

„Wer die Jahre 1938 und 1939 bewußt erlebt hat – und damals bin ich politisch aufgewacht -, dem konnte und kann bei mancher Nachrichtensendung übel werden, und zwar immer dann, wenn die ersten Minuten angefüllt sind mit Meldungen über Waffensysteme, Rüstungsbeschlüsse, Manöver, Verminungen, Luftangriffen, vor allem aber über die wachsende Militärmacht des bösen Feindes. Da täuscht uns, die wir eine Vorkriegszeit erlebt haben, niemand, auch nicht die Eigenen, da können nur wir selbst uns täuschen.“⁸⁷⁰

Eppler betonte, dass die Friedensbewegung gewachsen sei. Zur Friedensbewegung, die sich als Gegenlobby zur Rüstungslobby empfinde, gehöre, wer dazu gehören wolle. Sein Ziel war die Vertretung der Friedensbewegung in allen Großorganisationen der Gesellschaft, eine Basisbewegung ohne gemeinsame Organisation und eine Form der Europäisierung Europas. Deshalb wollte seiner Einschätzung nach die Friedensbewegung mehr Bewegungsspielraum der Nationen im Osten, damit diese sich nach ihren Wertvorstellungen entfalten könnten. Eppler bemerkte auch in der Friedensbewegung Vorbehalte gegen den Kommunismus, denn die Friedensbewegung setze Unabhängigkeit von den Interessen beider Weltmächte voraus. Diese Unabhängigkeit vom Osten hatte für ihn die DKP nicht. Einig seien sich die Gruppierungen der Friedensbewegung in folgendem: im Glauben, dass die atomare Abschreckung nicht mehr lange funktioniere, in der Ablehnung der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa aufgrund des Zweifels am Gleichgewichtskonzept und in der Suche nach Alternativen zur Sicherheitspolitik.⁸⁷¹

Epplers Ziel war eine von Ost und West unabhängige Friedensbewegung.⁸⁷² Er hielt die Friedensbewegung nicht für „einäugig“:

„Ich möchte hier an dieser Stelle einmal etwas sagen, weil man der Friedensbewegung vorwirft, sie sei einäugig. Nein, wir sind es gerade nicht. Was zum Beispiel mich von dem, was alle Gazetten in Baden-Württemberg schreiben, unterscheidet, ist, daß ich eben nicht nur sehe, warum der Westen so handelt, wie er handelt, sondern daß ich auch inzwischen begriffen habe, warum der Osten so handelt, wie er handelt, daß hier einiges das andere treibt und daß jeder – nicht nur wir, sondern auch der andere – glaubt, nachrüsten zu müssen auf verschiedenen Feldern, daß dadurch, daß man sich über Gleichgewicht nicht einigen kann, jeder permanent glaubt, er müsse rüsten, um ein Gleichgewicht zu erreichen, von dem der andere meint, es sei längst Übergewicht. Ich finde, wenn man uns Einäugigkeit vorwirft, dann deshalb, weil alle so einäugig sind, dass man die Zweiäugigkeit schon gar nicht mehr begreift. Die Phantasie ist es ja, auch einmal in die Interessenlage des anderen hineinzusehen.“⁸⁷³

Aufgabe der Friedensbewegung war für ihn, auf die größte Gefahr des Friedens, nämlich die Rüstungsspirale aufgrund des Gleichgewichtsdenkens, hinzuweisen und zu versuchen, diese „Spirale“ beim NATO-Beschluss zu durchbrechen. Als notwendigen Grundkonsens der Friedensbewegung betrachtete er den Einsatz für den Stopp der atomaren Rüstung und die Notwendigkeit einer Diskussion über alternative Verteidigungs- und Sicherheitskonzepte. Außerdem war es für ihn notwendig, darauf zu drängen, dass die Europäer ihre Interessen in der NATO energischer vertreten als bisher. So werde international eine Art politisches

⁸⁷⁰ Ebd., S. 40.

⁸⁷¹ Vgl. ders. Friedensbewegung, S. 155-166.

⁸⁷² Vgl. ders., Rede 30./31.10.1981, Gustav-Heinemann-Initiative (16 S.), S. 13.

⁸⁷³ Ders., Referat, 25.3.1982 in Stuttgart-Zuffenhausen (11 S), S. 6, Dep. Eppler 16.

Gleichgewicht möglich. Erst wenn die UdSSR nicht mehr behaupten könne, durch das westliche Bündnis in Zentraleuropa bedroht zu werden, könne sie moralisch unter Druck gesetzt werden, Abrüstungsverhandlungen zu ermöglichen.⁸⁷⁴

Für Eppler hatte die Friedensbewegung drei Funktionen: 1. eine öffentliche Debatte über Sicherheit, Rüstung und Friedensfähigkeit zu erzwingen, 2. den Parteien deutlich zu machen, dass ihr Monopol bei der Willensbildung angefochten werde und 3. West und Ost zu vermitteln, dass die Deutschen mehr seien als ein Objekt der Weltpolitik. Für sich selbst bemerkte er zwei Funktionen: zu helfen, dass die Kräfte der Friedensbewegung in rationale, konstruktive Friedenspolitik umgesetzt werden, und die Verbindung zwischen der SPD und der Friedensbewegung zu halten.⁸⁷⁵

Epplers Ziel für eine regierungsfähige SPD war ein neues soziales Bündnis zwischen der Arbeiterschaft und der Ökologie-, Friedens-, und Frauenbewegung.⁸⁷⁶ Seine Aufgabe war für ihn auch das Zusammenführen dieses Bündnisses, etwa indem er Zusammenhänge erläuterte, z.B. wie Rüstung Arbeitsplätze beeinflusse.⁸⁷⁷ Eine personelle Verflechtung zwischen einer nach allen Seiten unabhängigen Friedensbewegung und der SPD als ihrem Bündnispartner wertete er positiv.⁸⁷⁸ Er rechnete in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre mit dem Zusammenfließen von Friedensbewegung und klassischer Arbeiterbewegung.⁸⁷⁹

Für ihn war die Friedensbewegung kein „elitärer Zirkel,“ denn es sei gelungen, verschiedene Strömungen (Gewerkschaften, Friedensforscher, politisch Verantwortliche, Friedensgruppen) zusammenzufassen. Er forderte, dass sich die Friedensbewegung auch mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Rüstungsausgaben oder den Zusammenhang von Rüstung und Ökologie beschäftige.⁸⁸⁰

Eppler war auf verschiedenen Foren (etwa in der evangelischen Kirche und der Gustav-Heinemann-Initiative) für die Friedensbewegung tätig. Seiner Überzeugung nach wurden auf der Tagung der Gustav-Heinemann-Initiative im Oktober 1981 gemeinsame Ziele festgelegt: Abbau von Feindbildern, Beendigung der Militarisierung des Denkens, Wiederherstellung des Primats des Politischen, Einbeziehung der Themen Ökonomie und Dritte Welt in die Friedensarbeit. Es war für Eppler vor allem eine politische Aufgabe, in Europa Zustände zu schaffen, die ohne gewaltige Rüstungen aufrecht erhalten werden können. Er verlangte auf

⁸⁷⁴ Vgl. Referat: Erhard Eppler, Bundeskongress Jungsozialisten, 26.-28. Juni 1981, S. 8-10.

⁸⁷⁵ Vgl. Eppler, Erhard, Frieden in Bewegung. Gespräch mit Dr. Erhard Eppler (das Gespräch führten Peter Hölzle, Hans Norbert Janowski und Eberhard Stammler), Evangelische Kommentare 14. Jg. (1981) Nr. 11 (S. 645-648), S. 645-647.

⁸⁷⁶ Für Eppler waren Friedens- und Ökologiebewegung aufgrund des elementaren Bewusstseinswandels vernetzt. Die Art der Kriegsführung gegen die natürlichen Lebensgrundlagen sei ein Spiegelbild der Möglichkeiten, Krieg gegen Menschen zu führen; vgl. Eppler, Erhard, Rede 30./31.10.1981, Gustav-Heinemann-Initiative (16 S.), S. 12f.

⁸⁷⁷ Vgl. Eppler, Erhard, „Frankenthaler Gespräch“ mit Dr. Erhard Eppler, S. 13f., S. 25f.

⁸⁷⁸ Vgl. ders./Voigt, Karsten, Fragen nach dem Verhältnis von SPD und Friedensbewegung, S. 197.

⁸⁷⁹ Vgl. Bading, Günther, „Schon 1987 kann die SPD wieder regieren“. WELT-Gespräch mit Erhard Eppler über ‚neue Mehrheit‘, Welt, 1.12.1982.

dieser Tagung, sich darauf zu einigen, dass Abrüstung durch Vereinbarungen und Verhandlungen zwischen Staaten geschehen müsse.⁸⁸¹

Nach der Stationierung der amerikanischen Raketen fand Eppler es verständlich, dass die Friedensbewegung zunächst mehr agiert als nachgedacht habe, verlangte aber, dass sie ihre Ziele und die Möglichkeiten, diese durchzusetzen, kläre. Er warnte vor gewalttätigen Aktionen. Die Friedensbewegung sei auch deshalb gewachsen, weil sie Frieden nicht nur gefordert, sondern auch praktiziert habe. Er sah ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen SPD und Friedensbewegung: die SPD brauche die Friedensbewegung beim Versuch, Visionen in politische Schritte umzusetzen, die Friedensbewegung brauche die Ermutigung durch eine mehrheitsfähige politische Partei, die die Visionen umsetze.⁸⁸²

Für Eppler gab es viele Erfolge der Friedensbewegung, auch wenn sie ihr unmittelbares Ziel, die Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen zu verhindern, nicht erreicht habe: die Demokratisierung der Friedensdiskussion, denn nun würden nicht mehr nur Expertenkreise über Rüstung und Sicherheit diskutieren; das Entstehen einer Friedenslobby; die Friedensfertigkeit der Friedensbewegung; die Suche nach Alternativen zur Abschreckung; das mangelnde Vertrauen in die Abschreckung; Debatten über die Aufgaben der Deutschen in Europa und die internationale Zusammenarbeit der Friedensbewegungen, z.B. dass die amerikanische Friedensbewegung die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa thematisiere⁸⁸³ und es Kontakte zur Friedensbewegung jenseits des Eisernen Vorhangs gebe.

Er appellierte an die Friedensbewegung, die gemeinsamen Aufgaben zu sehen. Trotz der genannten Erfolge schlug er vor, die Ablehnung der Raketen in ein größeres Konzept einzufügen, also die Thematik der Friedenspolitik auszuweiten. Als mögliche Themen nannte Eppler z.B. eine atomwaffenfreie Zone, eine von Panzerverbänden freie Zone, den Entwurf alternativer Modelle für eine Friedensordnung in Europa wie den Rapacki-Plan oder Modelle für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem unter Einbeziehung beider Weltmächte. Er plädierte für eine weitere Differenzierung der Methoden der Friedensbewegung (gewaltfreie, unabhängige Friedensbewegung, Plebiszite, Zusammenarbeit mit der Arbeiterbewegung). Die Friedensbewegung müsse der amerikanischen und der bundesdeutschen Regierung deutlich machen, dass sie sich mit einer zusätzlichen Friedensgefährdung und der Stationierung der Raketen nicht abfinden werde. Die Kampagne der „freeze-Bewegung“ verbreitere die Basis der Friedensbewegung, denn die Kirchen würden diese kaum ablehnen. Wenn die Deutschen sich nicht mehr mit ihrer „Randzonenexistenz“ und ihrer „Plastik-Identität“ begnügten, ließen sie sich nicht mehr das Nachdenken über die Überwindung der Blocklogik

⁸⁸⁰ Vgl. Eppler, Erhard, Rede 30./31.10.1981, Gustav-Heinemann-Initiative (16 S.), S. 1-3.

⁸⁸¹ Vgl. ebd., S. 7-11.

⁸⁸² Vgl. Eppler, Erhard, Die Friedensbewegung ist noch lange nicht am Ende. Aber Grund zum Innehalten und Nachdenken, Vorwärts, 27.10.1984.

⁸⁸³ Vgl. auch „Die UdSSR hat bereits mehr angeboten als erwartet“. Erhard Eppler erläutert gegenüber der KR seine Haltung zur Nachrüstung und zur Friedensbewegung, Kieler Rundschau, 19.5.1983.

verbieten, in der die Europäer und besonders die Deutschen überwiegend als Lieferanten für Divisionen und Stationierungsgebiete eingeplant seien.

Eppler verlangte weiter, dass die Friedensbewegung den Gewerkschaften den Zusammenhang zwischen Frieden und Arbeit, Rüstungswahn und Sozialabbau, Wettrüsten und Arbeitslosigkeit nachweise. Da die Wahlentscheidung der Bürger nicht von der Haltung der Parteien zur Stationierung bestimmt werde, müsse die Friedensbewegung die Abhängigkeit politischer, ökonomischer und militärischer Themen voneinander auch der Bevölkerung klar machen. Das Zusammenwirken der amerikanischen und europäischen Friedensbewegungen könnte vielleicht die Wahlen auf beiden Kontinenten beeinflussen.⁸⁸⁴

Auch 1987 war für Eppler die Botschaft der Friedensbewegung richtig. Erfolge der Friedensbewegung seien, dass inzwischen viele ihrer Ansichten auch in den Medien und selbst von der politischen Rechten vertreten würden. Er selbst habe die immer stärkere Durchsetzung der Grundgedanken der Friedensbewegung in den Führungsgremien der SPD erlebt. Er bemerkte vor allem in den ersten drei Hauptthesen der Friedensbewegung (Sicherheit lässt sich nicht mehr errüsten; Sicherheitsstrategen produzieren immer mehr Unsicherheit; Friede und Sicherheit sind nur noch miteinander zu finden) Übereinstimmungen mit den Beschlüssen von DDR-Synoden und dem „Neuen Denken“ in der Sowjetunion und der DDR. Die von der Friedensbewegung angestoßene Diskussion werde früher als erwartet weltpolitisch diskutiert.⁸⁸⁵

Eppler betrachtete es weiter als die Aufgabe der Friedensbewegung, auf die Unhaltbarkeit der immer stärkeren Rüstung und Nachrüstung hinzuweisen. Er plädierte nicht für eine „gefühlige, konfliktfreie Friedsamkeit“, die die Wirklichkeit nicht zur Kenntnis nehme, sondern für die gewaltlose Austragung von Konflikten.⁸⁸⁶

EPPLERS SICHERHEITSPOLITISCHE GRUNDPOSITIONEN

Eppler entwickelte 1979/1980 erste Positionen zur Sicherheitspolitik und zum Nachrüstungsbeschluss, die zwischen 1981 und 1984 detaillierter wurden.

Ende 1979 hielt er den NATO-Beschluss, in der Bundesrepublik Raketen zu stationieren, die Moskau zerstören könnten, für eine Provokation der Sowjetunion, die lediglich zu weiterer Rüstung führe. Er verglich die Situation für die Sowjetunion mit der US-amerikanischen 1962/1963 bei der Stationierung russischer Raketen auf Kuba. Eppler warnte vor sowjetischen Überreaktionen (etwa Aufrüstung) aufgrund der weltweiten Gegnerschaft der industriellen, wirtschaftlichen und militärischen Macht gegen die UdSSR. Daraus entstehe

⁸⁸⁴ Vgl. Eppler, Erhard, Friedensbewegung 1984, in: Klaus Gerosa (Hrsg.), Große Schritte wagen. Über die Zukunft der Friedensbewegung, München 1984 (S. 19-33), S. 19-33 (vgl. die gekürzte Fassung: ders., Friedensbewegung 1984, in: Frankfurter Hefte 39. Jg. (1984) Nr. 3 (S. 23-30). Dieser Text ist abgedruckt als ders., Friedensbewegung 1984, in: ders., Einsprüche (S. 209-220)).

⁸⁸⁵ Vgl. ders., Gorbatschows Vorschläge ausloten, Sozialdemokratischer Pressedienst 42 Jg. Nr. 75 (21.4.1987) (S. 5f.), S. 5f., hier beschreibt Eppler auch seine Ansichten zur Sicherheitspolitik.

⁸⁸⁶ Vgl. ders., Erziehung zum Frieden, Mainz 6.5.1987 (13 S.), S. 4-7.

ein Einkreisungskomplex wie im Deutschen Reich vor 1914. Dennoch regte er an, mit der Sowjetunion über ihre Rüstungsmaßnahmen zu reden.⁸⁸⁷

Er kritisierte, dass der Nachrüstungsbeschluss von Bonn aus „angekurbelt“ werde.⁸⁸⁸ Er schlug vor, sich in den Gegner „hineinzudenken“. Eine Aussage darüber, ob der NATO-Beschluss zum sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, den Eppler deutlich verurteilte, beigetragen habe, könne erst nach der Öffnung sowjetischer Archive endgültig getroffen werden. Er befürchtete, dass gegenseitig immer weiter die Spannung verstärkt werde. Es könne dann weder festgestellt werden, wer die Spannungen begonnen habe, noch könne die Aufrüstung beendet werden.⁸⁸⁹

Nach Epplers Einschätzung bestätigte sich für die USA der NATO-Beschluss durch den sowjetischen Einmarsch und für die UdSSR beweise die amerikanische Reaktion, dass die USA ohnehin zum Kalten Krieg zurückkehren wollten. Er befürchtete aufgrund dieser Ansichten ein gegenseitiges, den Frieden gefährdendes „Aufschaukeln“. Ob die Sowjets vor dem Afghanistan-Einmarsch fruchtbare Verhandlungen mit dem Westen aufgrund des Doppelbeschlusses für unwahrscheinlich gehalten haben, könne man erst durch Einblick in die Archive erfahren. Allerdings hatte nach seiner Meinung die UdSSR den NATO-Beschluss als „Auftakt einer neuen Politik der Stärke“ verstanden und geglaubt, darauf ebenfalls mit einer harten Politik antworten zu müssen. Ein deutscher Boykott der Olympischen Spiele in Moskau als Reaktion auf den sowjetischen Einmarsch sei nicht sinnvoll, denn dieser schade weniger der UdSSR als den Olympischen Spielen.⁸⁹⁰

Er wollte ein Übergreifen der Auseinandersetzung auf Europa und eine Verstärkung des Konflikts zwischen den Weltmächten verhindern. Aufgabe der Bundesrepublik sei die Eindämmung jeglicher Aggression, nicht aber die militärische Verwicklung in Konflikte, die sie nicht betreffen. Er plädierte für bundesdeutsche Solidarität mit den USA unter der Voraussetzung, dass die USA ihre Verbündeten rechtzeitig über Maßnahmen konsultierten, die deren Interessen berührten. Positiv war seiner Überzeugung nach, dass „besonnene Politiker“ in Frankreich und der Bundesrepublik versuchten, das Gespräch zwischen den Weltmächten wieder in Gang zu bringen. Hier nannte Eppler explizit seinen späteren innenpolitischen Gegner Schmidt.⁸⁹¹

Zwischen 1981 und 1984 beschrieb er seine Grundpositionen in zahlreichen Artikeln und Aufsätzen detaillierter. Auch griff er immer stärker die USA an.

⁸⁸⁷ Vgl. Erhard Eppler, ..., zur Nachrüstungsdiskussion, SWF, 25.11.1979.

⁸⁸⁸ Vgl. Erhard Eppler an Helmut Simon, 15.4.1980, Dep. Eppler 51.

⁸⁸⁹ Vgl. Staufer, Horst/Capell, Gottfried, Eppler: Moskau beging einen kapitalen politischen Fehler, Welt, 23.1.1980.

⁸⁹⁰ Vgl. Brummer, Arnd, Eppler: Boykott schadet UdSSR weniger als Olympischen Spielen, Sonntag-Aktuell, 3.2.1980.

⁸⁹¹ Vgl. ebd., vgl. Staufer, Horst/Capell, Gottfried, Moskau beging..., Welt, 23.1.1980.

Nach Epplers Auffassung hatte sich zwischen 1979 und 1981 die Bedrohung Westeuropas und der Bundesrepublik durch die neuen sowjetischen Mittelstreckenraketen nicht verändert. Allerdings hätte die UdSSR bei der Stationierung der SS-20 erklären müssen, dass sie keine zusätzliche Schlagkraft aufstellen, sondern modernisieren wolle.⁸⁹²

Eppler betrachtete die Bundesrepublik als um so sicherer, je weniger Atomwaffen auf ihrem Territorium stationiert seien. Denn auf die Bedrohung der UdSSR durch amerikanische Mittelstreckenraketen in Deutschland und deren kurze Vorwarnzeiten bei einem Angriff, könnte die UdSSR mit der atomaren Vernichtung der Bundesrepublik reagieren.⁸⁹³ Da für ihn mehr Rüstung weniger Sicherheit bedeutete, lehnte er die Nachrüstung ab. Er sah keine logische Verbindung zwischen der Stationierung sowjetischer SS-20 und der westlichen Nachrüstung, denn die amerikanischen Raketen seien nicht Zweit-, sondern Erstschlagwaffen gegen Städte oder Militärbasen in der westlichen UdSSR.⁸⁹⁴

Aus diesem Grund und da die USA seiner Ansicht nach die sowjetischen Mittelstreckenraketen nie sehr gestört hätten, waren für ihn die amerikanischen Motive für den Doppelbeschluss eher darin, dass die Stationierung amerikanischer Raketen in der Bundesrepublik die USA bei der Durchsetzung eines möglichen führbaren, begrenzten und gewinnbaren Atomkriegs unterstütze. Dieser Atomkrieg sei aufgrund rüstungstechnischer Neuerungen im Gegensatz zu früher nun möglich. Eppler hielt nun die Verhinderung eines Atomkriegs für sehr schwierig, denn man müsse im Spannungsfall einen Erstschlag des Gegners befürchten, weil dieser dadurch den anderen weitgehend entwaffnen könne und so die eigenen Überlebenschancen erhöhe. Als Schauplatz dieses Kriegs komme ein auf Europa begrenzter Atomkrieg in Frage.⁸⁹⁵

Eppler erklärte rückblickend, dass erst die neue Einordnung der geplanten amerikanischen Raketen in den führbaren und gewinnbaren Atomkrieg ihn zum engagierten Gegner der Nachrüstung gemacht habe.⁸⁹⁶ Er war ein Gegner der damaligen sicherheitspolitischen Grundgedanken: das Gleichgewichtsdenken führe zu immer stärkerer „Vor“- und „Nach“-Rüstung und werde so zum „Motor einer ungezügelten Aufrüstung“⁸⁹⁷, weil beide Seiten sich nicht auf eine Definition von Gleichgewicht verständigen können. Er kritisierte, dass diese Sicherheitspolitik Feindbilder benötige⁸⁹⁸ und lehnte die gängige Strategie der Abschreckung ab:

⁸⁹² Vgl. Referat: Erhard Eppler, Bundeskongress Jungsozialisten, 26.-28. Juni 1981, S. 3.

⁸⁹³ vgl. Eppler, Erhard, „Frankenthaler Gespräch“, S. 46f.

⁸⁹⁴ Vgl. „Die Nachrüstung. Dr. Erhard Eppler, DFS, 7.5.1981 (2 S.), S. 1f.

⁸⁹⁵ Vgl. Referat: Erhard Eppler, Bundeskongress Jungsozialisten, 26.-28. Juni 1981, S. 3-5; vgl. Eppler, Erhard, Die Prämissen stimmen nicht, Gewerkschaftliche Monatshefte Sept. 1981 (S. 548-552), S. 548f.

⁸⁹⁶ Vgl. Eppler, Erhard, Komplettes Stückwerk, S. 47.

⁸⁹⁷ Vgl. „Eine große Koalition der nicht eingestandenen Ratlosigkeit“, FR, 27.3.1981.

⁸⁹⁸ Vgl. Eppler, Erhard, Die Prämissen stimmen nicht, S. 549-551.

„Eine Abschreckungsstrategie, die etwa im Falle Deutschlands damit droht, daß wir uns alle kollektiv umbringen, und das bedeutet schon der Übergang zu taktischen Atomwaffen, ist doch eine total irrationale Strategie und letztlich eine total verantwortungslose Strategie, ... Möglicherweise sogar eine ganz unglaubliche Strategie, weil jeder auf der anderen Seite uns das gar nicht glauben kann, daß wir uns notfalls einfach selber umbringen. Das ist doch keine Drohung, die man glaubt, wenn man den anderen noch für geistig bei Sinnen hält. ... Was sich im Augenblick als Strategie aus gibt, ist die letzte, schreckliche, absurde Konsequenz eines hoffnungslos technokratischen Denkens.“⁸⁹⁹

Er forderte den Begriff Gleichgewicht durch den Begriff Stabilität zu ersetzen. In Europa gebe es atomare Stabilität, wenn jede der beiden Seiten im Falle eines atomaren Schlages einen nicht mehr akzeptablen Gegenschlag befürchten müsse. Dies könnten beide Seiten mit einem Bruchteil der Waffen erreichen.⁹⁰⁰ Trotz seiner Ablehnung der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen, war Eppler nicht generell gegen die Aufstellung von Waffen, etwa zu See, wenn eine glaubwürdige Abschreckung benötigt werde.⁹⁰¹

Das entscheidend Neue am NATO-Doppelbeschluss war für ihn, dass durch die geplanten amerikanischen Raketen zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg von Europa aus die wichtigsten Zentren der europäischen Sowjetunion vernichtet werden könnten. Die sowjetischen SS-20 hingegen richteten sich auf amerikanische Verbündete und nicht auf das Zentrum der USA.⁹⁰² Die Kriegsgefahr lag für ihn darin, dass der Rüstungswettlauf beider Seiten außer Kontrolle gerate, vor allem, wenn die seit der Kubakrise 1962/1963 zwischen den Weltmächten bestehende Übereinkunft, nirgendwo außerhalb des eigenen Gebiets Raketen zu stationieren, die das Gebiet des anderen treffen könnten, beendet werde.⁹⁰³

Da die UdSSR im Gegensatz zu den USA in Europa liege, hatte nach Epplers Einschätzung die Bundesrepublik bei einem eventuellen Krieg in Europa mehr Gemeinsamkeiten mit den osteuropäischen Ländern und sogar der UdSSR als mit den USA.⁹⁰⁴ Er war der Ansicht, dass die Sowjetunion aufgrund ihrer geographischen Lage eine „Europäisierung des Atomkriegs“ stärker fürchte als die USA und deshalb verhandlungsbereiter sei. Er entdeckte kein

⁸⁹⁹ Vgl. ders., „Fränkenthaler Gespräch“, S. 39f.

⁹⁰⁰ Vgl. Hartmeier, Peter, Sehnsucht Frieden, Weltwoche, 9.12.1981; vgl. Eppler, Erhard, Deutschland – Vorfeld oder Schlachtfeld? Der Aufstand gegen den Rüstungszwang – Eine Erwiderung (sic!) auf Graf Kielmansegg, in: Joffe, Josef (Hrsg.), Friede ohne Waffen? Der Streit um die Nachrüstung, Hamburg 1981 (S. 73-80), S. 79 (Zeit, 19.6.1981).

⁹⁰¹ Vgl. „Die Stunde des Erhard Eppler“ (SPD). „Schützt oder gefährdet uns der Nato-Nachrüstungsbeschluss“, WDR, 21.5.1981 (S. 40-48), S. 41f.; in diesem Text finden sich Epplers Grundargumente zum Nachrüstungsbeschluss und der Friedensbewegung.

⁹⁰² Vgl. Erhard Eppler, ..., zu den Erfordernissen der Innen- und Außenpolitik der 80er Jahre, SWF, 22.3.1981 (2 S.), S. 2; vgl. „Eine große Koalition der nicht eingestandenen Ratlosigkeit“, FR, 27.3.1981. Eppler erklärte, dass Konrad Adenauer nach den Memoiren des englischen Premiers Harold McMillan schon Ende der fünfziger Jahre die Stationierung von Raketen in der Bundesrepublik abgelehnt habe, die sowjetische Städte treffen könnten; vgl. „Die Stunde des Erhard Eppler“, WDR, 21.5.1981, S. 41.

⁹⁰³ Vgl. „Die Stunde des Erhard Eppler“, WDR, 21.5.1981, S. 42f.

⁹⁰⁴ Anger, Claudia, Eppler: Verhindern, daß Europa Schießplatz der Weltmächte wird. Prominenter SPD-Politiker spricht sich in Bayreuth für atomwaffenfreie Zone aus, Frankenpost, 25.1.1982; hier finden sich viele von Epplers Grundpositionen. Eppler glaubte, die Deutschen und die Russen verbinde gegenüber den Amerikanern, mit denen die Deutschen sonst vieles verbinde, auch die Erfah-

amerikanisches Verhandlungsinteresse über den NATO-Doppelbeschluss, denn die USA müssten auf die Stationierung ihrer Raketen in Westeuropa verzichten, damit die Sowjetunion ihre Mittelstreckenraketen abziehe, die Amerika zwanzig Jahre lang nicht gestört hätten.⁹⁰⁵ Das Übergewicht sowjetischer Mittelstreckenraketen bezüglich Westeuropa und der Bundesrepublik gebe es schon so lange. Eppler forderte deshalb, nicht nur darüber nachzudenken, wie man die UdSSR zu Verhandlungen bewegen könne, sondern auch, wie man dies bei den USA erreiche.⁹⁰⁶ Er ging nicht von einem geringeren Interesse der USA als der UdSSR am Frieden aus, sondern dass amerikanischen Weltmachtansprüchen Verhandlungen mehr entgegenstünden als den sowjetischen.⁹⁰⁷

Er glaubte nur an ernsthafte Verhandlungen zwischen den Supermächten, wenn beide die Konsequenzen kennen würden, wenn sie nicht ernsthaft verhandelten: für die UdSSR, dass sich in Europa und der Bundesrepublik die Nachrüstungsbefürworter durchsetzten und für die USA, dass sich in der Bundesrepublik die Stationierungsgegner durchsetzten.⁹⁰⁸

Eppler kritisierte den Rüstungswettlauf auch, weil dies auf Kosten der Dritten Welt geschehe, denn die Ausgaben für die Rüstung stünden nicht für Entwicklungshilfe zur Verfügung.⁹⁰⁹ Die Rüstung führe über Hochzinsen und Überschuldung außerdem zu einer „rapiden Rekolonialisierung“ der Dritten Welt.⁹¹⁰ Seiner Meinung nach floss in die Friedensbewegung aus diesen Gründen das Engagement für die Dritte Welt ein.⁹¹¹

Er distanzierte sich nicht nur vom Rüstungswettlauf, sondern schlug auch Alternativen vor, etwa die Einsicht, dass Sicherheit nur noch zusammen mit der Sicherheit des möglichen Kontrahenten gefunden werden könne. Dazu verlangte er den Abbau von Feindbildern, den Versuch, die Ängste und Hoffnungen des Gegners nachzuvollziehen, die Ablehnung des Rüstungswettlaufs (etwa den Doppelbeschluss) und Umrüstung (defensive Armeen).⁹¹²

Ziel wirklicher Sicherheitspolitik war für ihn, dass sich der Gegner nicht bedroht fühle. Die Friedensbewegung als Gegengewicht zur Rüstungslobby könne Druck von den Politikern

rung des Krieges im eigenen Land; vgl. Eppler, Erhard, Referat, 25.3.1982 in Stuttgart-Zuffenhausen (11 S.), S. 8, Dep. Eppler 16.

⁹⁰⁵ Sogar der Atomkrieg wird für gewinnbar gehalten. „Wenn jeder weiß, daß der die größere Chance des Überlebens hat, der zuerst schießt, dann wird einer zuerst schießen“, Aachener Nachrichten, 11.7.1981; vgl. Dr. Erhard Eppler, ..., zur politischen Situation der BRD, DFS, 26.5.1981 (S. 3-5), S. 3f.; vgl. Referat: Erhard Eppler, Bundeskongress Jungsozialisten, 26.-28. Juni 1981, S. 5.

⁹⁰⁶ Vgl. „Die Stunde des Erhard Eppler“, WDR, 21.5.1981, S. 41, S. 47.

⁹⁰⁷ Vgl. Dr. Erhard Eppler, Mitglied des SPD-Präsidiums, zur Diskussion um die Friedensbewegung, DLF, 21.9.1981 (3 S.), S. 2.

⁹⁰⁸ Die UdSSR müssten ferner wissen, dass militärisches Eingreifen, etwa in Polen, Westeuropa noch näher an die USA dränge; vgl. „Hansen ist nur ein Symptom“. Spiegel-Interview mit SPD-Präsidiumsmitglied Erhard Eppler über den Zwist in seiner Partei, Spiegel, 9.2.1981.

⁹⁰⁹ Vgl. „Die Stunde des Erhard Eppler“, WDR, 21.5.1981, S. 46.

⁹¹⁰ Vgl. Erhard Eppler, Stuttgart, 22.10.1983 (3 S.), S. 1.

⁹¹¹ Vgl. ders., Friedensbewegung, S. 151f.

⁹¹² Vgl. ders., Die Prämissen stimmen nicht, S. 552.

nehmen, da diese ihre Politik damit rechtfertigen könnten, nicht gegen die Rüstungsgegner handeln zu können, und eine Grundsatzdiskussion über Rüstung erzwingen.⁹¹³

Eppler war offen für Vorschläge zur Beendigung der Aufrüstung und für die Sicherheit Europas: eine Art Rapacki-Plan für einen relativ großen Teil Zentral- und Osteuropas,⁹¹⁴ eine atomwaffenfreie Zone mit Staaten West- und Osteuropas einschließlich der beiden deutschen Staaten⁹¹⁵ oder/und eine militärisch ausgedünnte Zone, in der die Aufstellung bestimmter Angriffswaffen verboten sei. Daraus könnte mit der Zeit ein neues Sicherheitssystem in Europa entstehen.⁹¹⁶ Die einzige Möglichkeit zum Beenden des Rüstungswettlaufs sah er in einem einseitigen westlichen Rüstungsstopp, auf den er schon aufgrund ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten eine positive Reaktion der UdSSR erwartete.⁹¹⁷

Da Eppler es auch für möglich hielt, dass die USA durch die Rüstung des Doppelbeschlusses gegenüber der UdSSR mehr Bewegungsfreiheit zur „Rohstoffsicherung“ wollten, betrachtete er auch den Ölverbrauch als eine Frage des Friedens.⁹¹⁸ Energieeinsparungen könnten den Frieden sichern, denn dies mindere den Drang, militärisch Ölquellen in Besitz zu nehmen. Den Frieden sichere ferner eine Wirtschaftspolitik, die das Interesse an der Nichtzerstörung der Bundesrepublik stärke.⁹¹⁹

Er lehnte allerdings einseitige Abrüstungsschritte ab, da die bisher von den USA und der UdSSR erbrachten von der Gegenseite nicht honoriert worden seien.⁹²⁰ Er unterstützte den Vorschlag einer Erklärung des Westens und der Sowjetunion, auf den Ersteinsatz von Atomwaffen zu verzichten, der u.a. vom früheren amerikanischen Verteidigungsminister McNamara geäußert wurde. Eppler wollte diesen Vorschlag mit den Zielen der amerikanischen „Freeze-Bewegung“ verbinden: beidseitiger Stopp für alle neuen atomaren Entwicklungen, für atomare Tests und für die Stationierung neuer atomarer Waffen.⁹²¹

Er befürwortete ein Ausloten sowjetischer Moratoriumsvorschläge, also keine weitere Rüstung während der Genfer Verhandlungen, um die Stationierung der amerikanischen Raketen zu verhindern. Die UdSSR sei bei einem Moratorium zu einseitigen Reduzierungen

⁹¹³ Vgl. Eppler: Ostblock ist dem Westen weit unterlegen, Welt, 30.10.1981; vgl. auch Friedensbewegung will die Politiker vom Druck der Rüstungslobby entlasten, Neue Westfälische, 16.11.1981.

⁹¹⁴ Vgl. „Die Stunde des Erhard Eppler“, WDR, 21.5.1981, S. 47.

⁹¹⁵ Ein anderes Mal nannte Eppler für diese Zone sämtliche Mitglieder des Warschauer Paktes außer der UdSSR und die NATO-Staaten wie Belgien, Holland, Italien und Griechenland vgl. Hartmeier, Peter, Sehnsucht Frieden, Weltwoche, 9.12.1981.

⁹¹⁶ Vgl. „Das gesamte politische Spektrum hat sich nach rechts bewegt“, Kieler Rundschau, 10.12.1981.

⁹¹⁷ Vgl. Eppler, Erhard, „Frankenthaler Gespräch“, S. 44f.

⁹¹⁸ Vgl. ders., Rede 30./31.10.1981, Gustav-Heinemann-Initiative (16 S.), S. 3f.

⁹¹⁹ Vgl. Friedensbewegung will die Politiker..., Neue Westfälische, 16.11.1981.

⁹²⁰ Vgl. Eppler: Stationierungsentschluß nur in deutscher Verantwortung, ppp, 33. Jg. Nr. 93 (17.5.1982) (S. 2f.), S. 3.

⁹²¹ Vgl. „Einen atomaren Krieg zu führen ist keine christliche Möglichkeit“. Mit Kirchentagspräsident Erhard Eppler sprachen Günter Geschke und Siegfried v. Kortzfleisch, DS, 14.11.1982.

bereit.⁹²² Er kritisierte, dass der Westen Breschnew nicht zur Präzisierung seiner Vorschläge eines einseitig verkündeten sowjetischen Stationierungsstopps für atomare Mittelstreckenraketen im europäischen Teil der UdSSR aufgefordert habe. Noch wichtiger als die sowjetischen Vorschläge war ihm das Eintreten wichtiger amerikanischer Politiker wie Edward Kennedy für einen Stationierungsstopp atomarer Mittelstreckenraketen.⁹²³

Eppler war gegen eine Moralisierung weltpolitischer Zusammenhänge.⁹²⁴ Statt der moralischen Wertung der sowjetischen Regierung schlug er vor, zu versuchen, ihre Interessen, Hoffnungen und Ängste zu verstehen. Das „Liebet Eure Feinde“ der Bergpredigt bedeutete für ihn, den Feind als Menschen mit Ängsten anzunehmen.⁹²⁵

Auch wollte er Polarisierungen vermeiden. Er hatte kein Verständnis für eine Friedensbewegung, die beim Anblick eines Soldaten „gehässig“ werde.⁹²⁶ Ein Soldat ohne Feindbilder konnte seiner Überzeugung nach mehr für den Frieden wert sein als fanatisierte Friedenskämpfer, die ihre Feindbilder lediglich auswechselten.⁹²⁷

Eppler hatte genaue Vorstellung über das Verhältnis der Europäer und besonders der Deutschen zu den Amerikanern und die Auswirkungen auf die NATO. Er ging von verschiedenen amerikanischen und europäischen Interessen beim Nachrüstungsbeschluss aus. Da er glaubte, dass die amerikanische Politik nicht militärisches Gleichgewicht, sondern Übergewicht wolle, plädierte er dafür, dass die Europäer den USA deutlich machten, dass sie sich an diesem Ziel nicht beteiligten und neue Gespräche über den Doppelbeschluss nötig seien, weil die USA Teile des Beschlusses (die Verhandlungen) missachteten.⁹²⁸

Er bewertete Reagans Politik sehr kritisch. Entweder werde die Bundesregierung dagegen Widerstand leisten oder der Widerstand eines großen Bevölkerungsteils gegen die Bundesregierung wachse.⁹²⁹ Gefährlich sei Reagans Einteilung der Welt in Gut und Böse, denn Frieden zwischen Gut und Böse sei unmoralisch und unmöglich. Die USA schürten die Angst vor der kommunistischen Weltrevolution und der sowjetischen Überlegenheit, übten

⁹²² Vgl. „Mit den Grünen- im Prinzip ja“, Spiegel, 15.3.1982.

⁹²³ Vgl. Eppler kritisiert westliche Reaktion auf Breschnew-Vorschlag, dpa, 18.3.1982; vgl. auch Erhard Eppler, ..., zu den Erfordernissen der Innen- und Außenpolitik, SWF, 22.3.1981 (S. 21f.), S. 22.

⁹²⁴ Vgl. Sogar der Atomkrieg wird für gewinnbar gehalten, Aachener Nachrichten, 11.7.1981.

⁹²⁵ Vgl. Eppler, Erhard, Friedensbeschwörung, in: Transatlantik 1981 Nr. 9 (S. 22-24), S. 24.

⁹²⁶ Vgl. Abrüstungsgespräche in Genf unter keinem guten Stern. SPD-Präsidiumsmitglied: Moratorium die beste Verhandlungsbasis, Reutlinger General-Anzeiger, 28.1.1982; vgl. Eppler, Erhard, „Der Geist des Friedens steht über aller Vernunft“. Auszüge aus der Kirchentags-Predigt, in: Joffe, Josef (Hrsg.), Friede ohne Waffen? Der Streit um die Nachrüstung, Hamburg 1981 (S. 164-167), S. 166 (Zeit-Dossier, 26.6.1981).

⁹²⁷ Vgl. Eppler, Erhard, Erziehung zum Frieden, Mainz 6.5.1987 (13 S.), S. 12.

⁹²⁸ Eppler dazu: „Durch die neue amerikanische Administration haben sich die politischen und strategischen Vorzeichen dessen verändert, was man ‚Doppelbeschuß‘ nennt. Er ist Teil einer gewaltigen Aufrüstung geworden und Teil einer Strategie, die zumindest die Option eines begrenzten atomaren Krieges, und zwar eines gewinnbaren atomaren Krieges, in Rechnung zieht. ... Eine Sozialdemokratie, die in einer solchen historischen Situation, da in Amerika der Aufstand des Friedens beginnt gegen Reagan, nicht klipp und klar Farbe bekennt – wie soll ich den jungen Leuten klar machen, dass diese Sozialdemokratie dann die große Friedensbewegung in Deutschland wird?“; vgl. Eppler, Erhard, Kennedy hat auch kein Vertrauen zu Reagan, die tat, 30.4.1982.

aber auf allen Gebieten Druck aus, um das zerfallene sowjetische Imperium „kriechen zu lassen“. Beides zusammen (Unterwerfung der Welt durch die Sowjetunion; ihr Zugrundegehen an inneren Widersprüchen) sei ein Widerspruch.⁹³⁰

Eppler berichtete, dass schon Heinemann in den fünfziger Jahren nicht geglaubt habe, dass diejenigen, die den Deutschen Angst vor dem jederzeit drohenden sowjetischen Überfall machten, bald die Sowjets aus Osteuropa vertreiben wollten und dass diejenigen, die die Furcht vor der sowjetischen Weltrevolution schürten, gleichzeitig erklärten, dass nur die militärische Macht der UdSSR die Länder des Ostblocks in die Blockdisziplin zwingen könne.⁹³¹ Er äußerte sich zu den zwei Ansätzen in den USA:

“Das Verhältnis der beiden Bilder (1. das Propagandabild von der sowjetischen militärischen Überlegenheit und dem Willen zur Weltrevolution, 2. das Bild für den Hausgebrauch, dass die UdSSR nur im militärischen Bereich mithalten und durch die ökonomische westliche Übermacht an die Wand gerüstet werden könne) zueinander ist simpel: Man bedient sich des *ersten*, um im Sinne des *zweiten* erfolgreicher handeln zu können; man hämmert die These von der sowjetischen Übermacht ein, um die eigene Übermacht bis zu dem Punkte steigern zu können, wo es niemand mehr wagen kann, gegen die Pax Americana aufzumucken. ... Von der Reagan-Administration wird die Furcht vor der Hegemonie des Schwächeren als Motor für das Hegemonialstreben des Stärkeren stimuliert und mißbraucht.“⁹³²

Nach Epplers Ansicht war die Bundesrepublik entweder ein amerikanischer Satellit oder ein Bündnispartner und als dieser keine Versammlung von „Leisetretern“. Der begrenzte Handlungsspielraum der Bundesrepublik gegenüber den Weltmächten rechtfertigte seiner Auffassung nach nicht, im Zweifelsfall der gleichen Meinung wie die USA zu sein. Eppler sah es sogar fast als „Beleidigung“ der amerikanischen Nation an anzunehmen, dass die USA ihre vertraglichen Verpflichtungen nicht mehr einhielten, wenn sich die Deutschen ihnen in einem Punkt widersetzen.⁹³³ Allerdings ging es ihm hier wohl nicht darum, eine Beleidigung der USA zu verhindern, sondern ein weiteres Argument für seine Ziele zu finden.

Für ihn lag es in deutscher Verantwortung, ob 1983 in der Bundesrepublik neue Mittelstreckenraketen stationiert würden.⁹³⁴ Die Westeuropäer hätten das Recht, ihre Interessen zu vertreten. Eppler verstand die NATO als Interessengemeinschaft, in der jeder seine Interessen vertreten dürfe. Solange Westeuropa und die USA sich gegenseitig brauchten, befürchtete er nicht das Zerbrechen der NATO.⁹³⁵

Für ihn war die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik auf absehbare Zeit richtig. Die Behauptung, es zerstöre das Bündnis, wenn die Bundesrepublik ihre eigenen Interessen in der

⁹²⁹ Vgl. „Hansen ist nur ein Symptom“, Spiegel, 9.2.1981.

⁹³⁰ Vgl. Eppler, Erhard, Europa muß seinen Weg finden, Profil Rote Revue Nr. 5 1982, (S. 2-6), S. 4f.

⁹³¹ Vgl. ders., Die Deutschlandpolitik Adenauers aus der Sicht des Jahres 1986, in: ders., Einsprüche (S. 94-106), S. 100f.

⁹³² Ebd., S. 101f.

⁹³³ Vgl. „Hansen ist nur ein Symptom“, Spiegel, 9.2.1981.

⁹³⁴ Vgl. Eppler: Stationierungsentschluß nur in deutscher Verantwortung, S. 2.

⁹³⁵ Vgl. Sogar der Atomkrieg wird für gewinnbar gehalten, Aachener Nachrichten, 11.7.1981.

NATO artikuliere, führe zu Gegnerschaft gegen das Bündnis.⁹³⁶ Wer gegen den feststellbaren Willen der Mehrheit der Deutschen die Stationierung durchsetzen wolle, müsse eine Diskussion um die NATO-Mitgliedschaft in Kauf nehmen.⁹³⁷ Es gab nach seiner Auffassung den NATO-Doppelbeschluss auch, weil die USA wüssten, dass sie die Stationierung der Raketen nicht mehr gegen den Willen eines ganzen Volkes durchsetzen könnten.⁹³⁸ Ein Neutralismus in Deutschland werde nicht durch die sowjetische Propaganda ausgelöst, sondern durch die amerikanischen Erklärungen unter Präsident Reagan.⁹³⁹

Eppler wurde immer wieder Antiamerikanismus vorgeworfen. Deshalb musste er sich mit diesem Vorwurf öfters auseinandersetzen und definierte Antiamerikanismus. Nicht als anti-amerikanisch betrachtete er seine Überlegungen über das Überleben der Europäer. Da der Widerstand der amerikanischen Friedensbewegung als „ziviler Ungehorsam“ zur politischen Kultur gehöre, war für ihn die deutsche Friedensbewegung sogar ein Stück „Amerikanisierung“ der deutschen politischen Kultur.⁹⁴⁰

Antiamerikanisch sei die Unterstellung, die USA wollten in Europa Satelliten statt Partner, denn Eppler glaubte, dass die Amerikaner mit den Deutschen als Partner sprechen wollten. Kritik an den USA sei nicht automatisch prosowjetisch. Die Demonstrationen seien kein Zeichen der Sympathie für Breschnew, sondern drückten das Gefühl aus, dass Europa und seine Interessen zwischen den Supermächten zerrieben würden. Er warnte davor, dem Kommunismuss einen Amerikanermuss gegenüberzusetzen. Man solle sich je nach Notwendigkeit mehr mit den USA oder mehr mit der UdSSR befassen.⁹⁴¹

Er plädierte dafür, nach den deutschen und europäischen Interessen zu handeln. Für ihn waren mindestens die beiden deutschen Staaten hochexplosive Zentren atomarer Bewaffnung, die möglicherweise für die beiden Weltmächte nur als Atomträger und im Ernstfall als erste Opfer eingeplant seien.⁹⁴² Eine Lösung in Osteuropa, bei der die UdSSR ihren „Sicherheitskomplex nach Westen“ anders abregieren könne als durch Divisionen im Ostblock (DDR), lag seiner Einschätzung nach im Interesse der Deutschen in beiden Staaten. Die Deutschen wollten nicht, dass bei ihnen in Ost und West die meisten Atomwaffen lagerten und wären bereit für eine Veränderung in Europa, etwa eine „Finnlandisierung Osteuropas“, zu zahlen. Eine Gefährdung für das NATO-Bündnis sei, wenn die Europäer dächten, dass die USA diese wichtige Veränderung verhindern wollten.⁹⁴³ Eppler konnte sich diese neutrale

⁹³⁶ Vgl. Referat: Erhard Eppler, Bundeskongress Jungsozialisten, 26.-28. Juni 1981, S. 9.

⁹³⁷ Vgl. Dr. Erhard Eppler, SPD, über die Problematik der Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland, DLF, 10.5.1983 (2 S.), S. 1.

⁹³⁸ Vgl. Eppler, Erhard, Rede 30./31.10.1981, Gustav-Heinemann-Initiative (16 S.), S. 5.

⁹³⁹ Vgl. Que veut l'Allemagne, RTL, 31.1.1982.

⁹⁴⁰ Vgl. Eppler, Erhard, Wie weit darf Widerstand gehen?, Quick, 8.9.1983.

⁹⁴¹ Vgl. Referat: Erhard Eppler, Bundeskongress Jungsozialisten, 26.-28. Juni 1981, S. 6f.

⁹⁴² Vgl. Wonka, Dieter/Hochstein, Hartwig, „Zur Nato bekennen – aber weiter denken“. SPD-Programmkommissionschef Eppler im NP-Interview, Neue Presse (Hannover), 16.2.1984.

⁹⁴³ Vgl. „Das atlantische Misstrauen“, DFS, 7.12.1981 (S. 13-15), S. 13f.

Stellung Osteuropas unter voller Respektierung des sowjetischen Sicherheitsinteresses nur mit Veränderungen in der militärischen Struktur des Westens vorstellen.⁹⁴⁴

Da die Verstärkung der Kriegsgefahr und die Lagerung von noch mehr Atomwaffen in Europa nach Eplers Ansicht nicht im deutschen Interesse lag, forderte er von den Europäern und besonders von der Bundesrepublik so weit wie möglich ihre Position in der NATO deutlich zu machen und ihre Interessen notfalls gegen die USA durchzusetzen.⁹⁴⁵

Er verlangte die Formulierung einer eigenständigen europäischen Auffassung und Überlegungen, wie die europäischen Staaten die Weltmächte zum Frieden bewegen könnten.⁹⁴⁶ Er setzte sich mit der Funktion Westeuropas und Europas zwischen den Weltmächten auseinander. Bei einer zentraleuropäischen Kooperation (z.B. in der Wirtschaft und Ökologie) hätten die Weltmächte Zeit, sich auf den wachsenden Willen zur Selbstbehauptung in beiden Teilen Europas einzustellen. Es könnte dann in Europa ein System kollektiver Sicherheit geben, das die Blöcke erst überwölbe und schließlich ablöse.⁹⁴⁷ Gemeinsame Sicherheit war für Eppler zuallererst gemeinsame Sicherheit zwischen den Blöcken. Dann könne daraus ein System kollektiver Sicherheit werden, das die Paktsysteme überflüssig mache. Denn zur Überwindung des Status quo müsse man diesen zuerst respektieren, weil man ihn sonst nur weiter verfestige.⁹⁴⁸

Nur wenn die Europäer auf beiden Seiten des eisernen Vorhangs im Spannungsfeld der Supermächte ihre gemeinsamen Interessen zur Geltung bringen könnten, hatten sie nach Eplers Einschätzung eine Chance auf gemeinsames Leben und Überleben. Er hielt den amerikanischen Schutz Westeuropas vor der UdSSR für nötig. Die USA wiederum brauche die Kooperation mit Westeuropa. Westeuropa sei an der Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten interessiert, denn seine Sicherheit vergrößere sich, je wichtiger es als Handelspartner des Warschauer Paktes werde und je weniger sich die Sowjetunion von Europa bedroht fühle. Zur Überwindung der Teilung in Europa schlug Eppler eine Politik vor, die von der Realität der Teilung ausgehe, auf beiden Seiten die Eigenständigkeit der Bündnispartner gegenüber ihrer Führungsmacht stärke, neue Verbindungen zwischen den Europäern auf beiden Seiten knüpfe, dabei aber immer die Sicherheitsinteressen beider Weltmächte berücksichtige. Durch die Verringerung militärischer Drohpotentiale und gemeinsame politische und wirtschaftliche Interessen könnten dann die bestehenden Bündnisysteme ersetzt werden. Nur in diesem Prozess könne ein Ausscheren von Bündnispartnern

⁹⁴⁴ Vgl. Hartmeier, Peter, Sehnsucht Frieden, Weltwoche, 9.12.1981.

⁹⁴⁵ Vgl. Erhard Eppler, ..., zu den Erfordernissen der Innen- und Außenpolitik, SWF, 22.3.1981, S. 2.

⁹⁴⁶ Vgl. Kröter, Thomas, "Europa muß sich überlegen, wie es den Weltmächten in den Arm fallen kann". Erhard Eppler im NP-Interview, Neue Presse (Hannover), 8.3.1985.

⁹⁴⁷ Vgl. Eppler, Erhard, Handfest und unsentimental, S. 819.

⁹⁴⁸ Vgl. ders., Recht zum Widerstand, S. 59.

aus beiden Systemen sinnvoll sein. Da ein „Chaos von Nationalismen“ nicht hilfreich sei, sei die deutsche Wiedervereinigung nicht aktuell.⁹⁴⁹

Innerhalb der eigenen Position der Europäer gegenüber den USA war für Eppler die Friedensbewegung in Europa die einzige Kraft, die die USA unter Druck setzen könne. Dies zeigten Reagans Reaktionen auf ihr Auftreten. Die Friedensbewegung habe deutlich gemacht, dass in Europa Kräfte an die Macht kommen könnten, die die Aufstellung der Mittelstreckenraketen verhindern wollten, wenn die USA bei den Abrüstungsverhandlungen blocke.⁹⁵⁰ Eppler ging von einem so starken Anwachsen der Friedensbewegung bei einer Stationierung der Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik aus, dass vielleicht der politische Schaden der Stationierung größer sei als der Nutzen.⁹⁵¹ Es sei die Pflicht eines deutschen Politikers, die USA darauf hinzuweisen, dass eventuell der irreparable politische Schaden für die NATO größer sei als die militärischen Vorteile der Stationierung.⁹⁵²

Die Parolen „Lieber rot als tot“ und „Lieber tot als rot“ betrachtete er als unsinnig. Durch das Beenden des Rüstungswettlaufs könne ihr Eintreten verhindert werden. Auch sichere einem die Bereitschaft zur Unterwerfung unter die Sowjetunion nicht unbedingt das Leben, denn vielleicht sei für die USA ein zerstörtes Westeuropa erträglicher als eines unter sowjetischer Macht. Die erste Parole sei unpolitisch, weil sie der UdSSR unterstelle, Westeuropa erobern zu wollen, obwohl sie schon die Probleme mit Polen überforderten.⁹⁵³ Seiner Überzeugung nach war ein ungewollter Atomschlag durch eine Panne oder einen Computerfehler wahrscheinlicher als ein sowjetischer Überfall.⁹⁵⁴

Eppler hatte auch genaue Vorstellungen über die Sowjetunion. Für ihn lag nicht in der sowjetischen Weltrevolution die Gefahr, sondern in der Angst vieler Kommunisten vor der Freiheit. Auch sei die Entwicklung von Angola und Moçambique kein Beispiel für sowjetisches Expansionsstreben. Vielmehr habe der Westen den Befreiungsbewegungen dieser Länder etwa aus Rücksicht auf die damalige Kolonialmacht Portugal nicht geholfen. Auch die Gefahr durch das sowjetische Übergewicht (konventionell, landgestützte Mittelstreckenraketen) gegenüber den USA, für die es nur luft- und seegestützte Gegengewichte gebe, hielt er nicht für allzu groß. Aufgrund dieses Übergewichts müsse die UdSSR in ihrem

⁹⁴⁹ Vgl. ders., Europa muß seinen Weg finden, S. 5f. Eppler lehnte einen NATO-Austritt ab, denn niemand wolle eine freischwebende Bundesrepublik, und plädierte für ein Sicherheitssystem, das die Blöcke ersetze. Für ihn war es keine Perspektive, die Teilung der Welt mitten durch „unser Land“ zu verewigen; vgl. Eppler, Erhard, Bundeskongreß der Jungsozialisten 10.-12. Juni 1982 in Lahnstein (6 S.), S. 4.

⁹⁵⁰ Vgl. Abrüstungsgespräche in Genf unter keinem guten Stern, Reutlinger General-Anzeiger, 28.1.1982.

⁹⁵¹ Vgl. „Das atlantische Misstrauen“, S. 13.

⁹⁵² Vgl. Erhard Eppler, Abschrecken durch Enthauptungsdrohung? Es ist die Pflicht der Deutschen die USA auf die Folgen der Nachrüstung hinzuweisen, Sozialdemokratischer Pressedienst, 38. Jg. Nr. 65 (6.4.1983) (S. 1f.), S. 2.

⁹⁵³ Vgl. Sogar der Atomkrieg wird für gewinnbar gehalten, Aachener Nachrichten, 11.7.1981; vgl. dazu auch Referat: Erhard Eppler, Bundeskongress Jungsozialisten, 26.-28. Juni 1981, S.7.

⁹⁵⁴ Vgl. Frieden ist nicht mehr „ein Geschenk der Obrigkeit“, Schwarzwälder Bote, 5.2.1982.

Machtbereich keine westliche Intervention befürchten, könne aber kein NATO-Land unter Druck setzen.⁹⁵⁵

Nach seiner Einschätzung war der Ostblock ökonomisch, politisch und ideologisch schwach und der Westen (USA, Westeuropa, Japan) militärstrategisch und geopolitisch überlegen. Aufgrund dieser globalen Schwäche solle nicht die partielle Überlegenheit der UdSSR durch die SS 20 dramatisiert werden.⁹⁵⁶ Wegen seiner Überlegenheit konnte nach Eppers Ansicht der Westen eher mit Initiativen beginnen und Reaktionen der Gegenseite abwarten. Eine Gefahr sah er darin, dass die UdSSR ihre politische, ökonomische und ideologische Schwäche durch militärisches Auftrumpfen überspielen wolle.⁹⁵⁷ Außerdem befürchtete er sowjetische Kurzschlussreaktionen und eine eskalierende Konfrontation der Weltmächte außerhalb Europas, etwa im Nahen Osten, die auf Europa überspringe. Da dies um so wahrscheinlicher sei, je mehr sich eine Weltmacht von Europa militärisch bedroht fühle, lehnte er die Stationierung amerikanischer Raketen in der Bundesrepublik ab.⁹⁵⁸

Er ging davon aus, dass die Friedensbewegung Helmut Schmidts Position gegenüber den USA erleichtere, denn er könne erklären, dass er gegen die Friedensbewegung nichts unternehmen könne und diese, wenn die USA nicht ernsthaft verhandele, eventuell die Stationierung verhindere.⁹⁵⁹ Deshalb solle der Bundeskanzler die Friedensbewegung als eine „etwas unbequeme Unterstützung seiner Verhandlungsabsicht“ betrachten.⁹⁶⁰

Eppler glaubte, dass erst durch den Abbau der Angst vor dem Westen Bewegungen wie Solidarnosc entstehen konnten. Die Friedensbewegung reiche inzwischen über den Eisernen Vorhang und habe in der DDR zumindest das Bewusstsein der Menschen verändert. Diese ließen sich nicht mehr gegen den Westen aufhetzen und seien sehr zurückhaltend gegenüber allem Militärischen.⁹⁶¹ Er plädierte für eine Stärkung der Friedensbewegung in der DDR und betonte, dass diese umso stärker werde, je stärker die bundesdeutsche Friedensbewegung sei.⁹⁶² Eppler führte dazu weiter aus:

„Ich freue mich, daß jetzt die SED gegen die Friedensbewegung angeht; das finde ich großartig. Sie sei pazifistisch, kleinbürgerlich und auch noch christlich dazu – schlimmer kann es gar nicht kommen -, also nichts Richtiges. Das kommt daher, weil – wenn die holländische Krankheit in Frankfurt oder in Kassel grassiert – natürlich die Desinfektionsmittel in Weimar und in Dresden nicht mehr aus-

⁹⁵⁵ Vgl. Eppler, Erhard, Friedensbeschwörung. Abrüstungsgedanken von oben, in: Transatlantik 1981 Nr. 9 (S. 22-24), S. 22f. (gleicher Text:; ders., Friedensbeschwörung – Abrüstungsgedanken von oben, in: ders., Einsprüche (S. 195-202)).

⁹⁵⁶ Vgl. „Eine große Koalition der nicht eingestandenen Ratlosigkeit“, FR, 27.3.1981.

⁹⁵⁷ Vgl. Eppler, Erhard, „Frankenthaler Gespräch“, S. 51f.

⁹⁵⁸ Vgl. ders., Europa muß seinen Weg finden, S. 5; vgl. auch ders., Bundeskongreß der Jungsozialisten 10.-12. Juni 1982 in Lahnstein, S. 1f. Eppler warnte vor der Gefahr eines Kriegs, der von der Dritten Welt auf Europa überspringe und damit die deutsche Geschichte beende; vgl. ders., Frieden – Ökologie – Entwicklung, S. 20f.

⁹⁵⁹ Vgl. „Die Stunde des Erhard Eppler“, WDR, 21.5.1981, S. 44.

⁹⁶⁰ Vgl. Referat: Erhard Eppler, Bundeskongress Jungsozialisten, 26.-28. Juni 1981, S. 6.

⁹⁶¹ Vgl. Eppler, Erhard, „Frankenthaler Gespräch“, S. 52f.

⁹⁶² Vgl. ders., Mehr Sicherheit durch weniger Rüstung?, S. 186; vgl. auch ders., Friedensbewegung 1984, S. 24.

reichen. Das hat man vor allem in Dresden gemerkt. Also muß man versuchen, die Krankheit sogar schon bei uns zu bekämpfen. Das finde ich ganz großartig. Nur, ich finde es auch wieder schön, wie sich das gegenseitig aufschaukelt, wie hier an der Basis bei uns etwas geschieht, was drüben etwas bewirkt. Wenn man drüben klug genug ist, der Friedensbewegung, die sich jetzt vor allem innerhalb der Kirche breit macht, ein bisschen Spielraum zu geben, wird die hiesige noch sehr viel stärker. Allerdings, wenn die hiesige stärker wird, wird sie dort auch viel stärker. Und diese Situation halte ich für viel hoffnungsvoller als alles, was heute am Verhandlungstisch vor sich geht. ... Friedensbewegung bedeutet, daß wir nicht mehr bereit sind, zu warten, ob irgendeine Obrigkeit uns den Frieden von oben – politisch – schenken will, sondern Friedensbewegung bedeutet, dass wir selber aufgerufen sind, etwas zu tun, was Frieden möglich macht.“⁹⁶³

Er verlangte gerade von Angehörigen der Friedensbewegung, der Sowjetunion zu verdeutlichen, dass sie nicht in Polen eingreifen dürfe. Gemeinsam hätten die Ereignisse in Polen und in Westeuropa (Bundesrepublik, Niederlande) trotz aller Verschiedenheit, dass sie ein Stück Emanzipation innerhalb des Bündnisses von der entscheidenden Bündnismacht seien, dass eigene Interessen auch gegen die Bündnismacht artikuliert würden. Auch würde ein sowjetisches Eingreifen in Polen die bundesdeutsche Friedensbewegung wahrscheinlich stark schwächen. Wer im Westen „Gleichschritt“ mit den USA fordere, dürfe sich nicht wundern, wenn die UdSSR das von ihren Staaten auch verlange.⁹⁶⁴ Die Ereignisse in Polen und der Bundesrepublik hingen für ihn somit als „kommunizierende Röhren“ miteinander zusammen.⁹⁶⁵ Auch habe nach einer ihm bekannten französischen Äußerung die Sowjetunion aufgrund der Friedensbewegung bisher nicht in Polen eingegriffen, da dies die Friedensbewegung zerstören könne.⁹⁶⁶

Folgendes Zitat fasst Epplers Grundhaltung gut zusammen:

„Es besteht bereits eine amerikanische Überlegenheit auf technischem Gebiet. Zweitens wird ein auf Europa begrenzter Atomkrieg durch diese (NATO-)Entscheidung wahrscheinlicher. Drittens: Die USA würden die Chance erhalten, die russischen Zentren durch die auf einem nichtamerikanischen, nämlich auf deutschem Territorium stationierten Raketen zu zerstören, und die sowjetische Antwort darauf wird die Vernichtung des deutschen Volkes sein. Diese Entscheidung erhöht also nicht unsere Sicherheit, sondern sie hat den entgegengesetzten Effekt; und das Interesse der UdSSR, einen auf Europa begrenzten Atomkrieg zu verhindern, muß größer sein als das amerikanische Interesse, weil Moskau und Leningrad in Europa liegen, Washington und New York dagegen nicht.“⁹⁶⁷

DER NATO-DOPPELBESCHLUSS UND EPPLERS HALTUNG ZUR SPD

Eppler bewertete die Abrüstungsverhandlungen kritisch. Trotz seiner Ablehnung der SPD-Sicherheitspolitik bemühte er sich, in der SPD zu vermitteln. Er erklärte in den USA seine Positionen und forderte, Gorbatschows Vorschläge ernst zu nehmen.

Eppler stand den Genfer Abrüstungsverhandlungen über den Doppelbeschluss kritisch gegenüber, weil in den letzten Jahren oft zum Verhandlungsende nur die zusätzliche Rüstung während der Verhandlungen festgeschrieben worden sei. Er wollte ein heimliches

⁹⁶³ Vgl. Eppler, Erhard, Referat, 25.3.1982 in Stuttgart-Zuffenhausen (11 S.), S. 11, Dep. Eppler 16.

⁹⁶⁴ Vgl. Referat: Erhard Eppler, Bundeskongress Jungsozialisten, 26.-28. Juni 1981, S. 8.

⁹⁶⁵ Vgl. Eppler, Erhard, Rede 30./31.10.1981, Gustav-Heinemann-Initiative (16 S.), S. 4f.

⁹⁶⁶ Vgl. Hartmeier, Peter, Sehnsucht Frieden, Weltwoche, 9.12.1981; vgl. auch Eppler, Erhard, Friedensbewegung, S. 164f.

⁹⁶⁷ Erhard Eppler, SPD-Präsidiumsmitglied, über seine Haltung in der Rüstungsdebatte, RF France Inter (frz. Rf.), 23.11.1981.

Weiterrüsten während der Verhandlungen verhindern und glaubte nur an einen Verhandlungserfolg, wenn eine Basisbewegung die Verhandelnden zu neuen Überlegungen zwingt.⁹⁶⁸ Zur Beeinflussung der amerikanischen Haltung reichte seiner Meinung nach Schmidts Druck auf Reagan nicht aus, dazu müsse „Gegendruck von der Straße“ kommen.⁹⁶⁹ Personenbezogene Demonstrationen (gegen Breschnew, Reagan) lehnte er aber ab.⁹⁷⁰ Er wollte deshalb an der geplanten Demonstration am 10. Juni 1982 zum Reagan-Besuch zur NATO-Tagung nicht teilnehmen und plädierte stattdessen für eine Solidaritätsveranstaltung mit der amerikanischen Friedensbewegung.⁹⁷¹

1982 ging er nicht von einem positiven Verhandlungsergebnis aus, sondern von der Stationierung der amerikanischen Raketen und danach bei beiden Supermächten von weiterer Rüstung.⁹⁷²

Dass beide Supermächte kompromissbereiter wurden (der konstruktivere sowjetische Vorschlag und Reagans offenere Haltung), lag nach Epplers Einschätzung auch daran, dass beide wüssten, dass manche Deutsche die Verhandlungen genau beobachten und sich durch Propaganda zu den Verhandlungen nicht täuschen ließen. Er war davon überzeugt, dass der Bundeskanzler mit Unterstützung der Friedensbewegung die USA zum Verhandeln gebracht habe.⁹⁷³ Amerikanische Gesprächspartner hätten ihm dies bestätigt.⁹⁷⁴

Reagans Verhandlungsvorschlag, die Sowjetunion müsse alles abbauen, damit die USA nicht zusätzlich rüste, während seegestützt der Westen weiter rüste, hielt er nicht für ein ernsthaftes Verhandlungsziel und nicht für den Ausdruck des Willens nach einem ernsthaften Verhandlungsergebnis. Verhandlungsziel könne nur eine Abmachung sein, wie beide Seiten die land-, see- und luftgestützten atomaren Waffen bis zum Punkt Null reduzierten. Wer Gleichgewicht wolle, durfte nach Epplers Darstellung nicht die Ereignisse der letzten 20 Jahre, also die Überlegenheit der UdSSR zu Land, für die es im Westen Gleichgewichte

⁹⁶⁸ Vgl. Erhard Eppler, Das Grundproblem bei Abrüstungsverhandlungen, in: Initiativkreis neue Sicherheitspolitik (Hrsg.), „Bereit zum atomaren Selbstmord?“ Protokoll einer Podiumsdiskussion, München 1982 (S. 30-34), S. 30-34.

⁹⁶⁹ Vgl. Kahl, Werner, Eppler ruft zu „Gegendruck von der Straße“ auf, Welt, 3.2.1982.

⁹⁷⁰ Vgl. „Mit den Grünen- im Prinzip ja“, Spiegel, 15.3.1982; vgl. auch Wonka, Dieter, SPD-Vorstandsmitglied Erhard Eppler in einem NP-Interview, Neue Presse (Hannover), 19.5.1982.

⁹⁷¹ Vgl. „Friedensbewegung nicht den Kommunisten überlassen“, epd-Interview mit dem SPD-Vorstandsmitglied Erhard Eppler, Flensburger Tageblatt, 10.4.1982; vgl. auch „Nicht Kommunisten überlassen“. Eppler warnt vor Pauschalurteilen über die Friedensbewegung, Hannoversche Allgemeine Zeitung, 8.4.1982.

⁹⁷² Vgl. Dr. Erhard Eppler zum Thema: „Die Linke in der SPD“, DFS, 18.3.1982, S. 9.

⁹⁷³ Vgl. Dr. Erhard Eppler, SPD-Präsidiumsmitglied, zur Situation vor den Genfer Abrüstungsverhandlungen, SDR, 27.11.1981 (S. 41-43), S. 41-43. Dass die USA 1982 verhandelten, wertete Eppler als Erfolg des Bundeskanzlers und der Friedensbewegung, denn die USA wüssten, dass der politische Preis einer gegen den Bevölkerungswillen erfolgten Raketenstationierung höher sei als der militärische Nutzen; vgl. Eppler: Stationierungsentschluß nur in deutscher Verantwortung, S. 2.

⁹⁷⁴ Vgl. Eppler, Erhard, Frieden in Bewegung, S. 645.

gebe, in Frage stellen, denn sonst hätte der Westen „seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit in diesem strategischen Bereich versäumt.“⁹⁷⁵

Er lehnte demgemäss auch Hans-Dietrich Genschers Vorschlag, dass die Landmacht UdSSR alles verschrotte, damit die Seemacht USA nichts Neues stationiere, ab. Er befürwortete Lafontaines Vorschläge zur Null-Lösung, die als Ansatz für Reduzierungen 1978 ansetzten, als Breschnew und Schmidt von einem Gleichgewicht ausgingen.⁹⁷⁶

Eppler glaubte nach seiner USA-Reise im Oktober 1982 kaum an ein Ergebnis der Genfer Verhandlungen. Wenn die USA ihre Position nicht veränderten, werde kein sozialdemokratischer Parteitag einer Stationierung der Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zustimmen.⁹⁷⁷ Auch war er der Ansicht, dass die USA weder rechtlich noch politisch diese Raketen gegen den Willen der deutschen Bundesregierung stationieren könnten. Für ein vernünftiges Ergebnis der Genfer Abrüstungsverhandlungen sei der Rücktritt des amerikanischen Verteidigungsministers Caspar Weinberger, der zur Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Europa entschlossen sei, notwendig.⁹⁷⁸ Dieser Rücktritt sei aber viel unwahrscheinlicher als das Scheitern der Verhandlungen.⁹⁷⁹

Nach Epplers Einschätzung war die bundesdeutsche Meinung für beide Weltmächte „ziemlich irrelevant“ und sie hätten das Interesse an der Bundesrepublik verloren, nachdem die Bundesregierung durch den Stationierungsbeschluss auf ihrem Boden kein Druckmittel mehr habe. Damit die Verhandlungen nicht weiter ein „Nebelvorhang zur Absicherung des Wettrüstens“ würden, plädierte er für einen einseitigen zeitlich begrenzten Stationierungsstopp zusammen mit der Aufforderung an die UdSSR, in diesem Zeitraum Beschlüsse zur Abrüstung zu treffen. Da die UdSSR sich in manchen Bereichen schon eindeutig auf Reduzierungen oder Rüstungsstopps festgelegt habe, könne sie sich kaum diesen westlichen Forderungen entziehen. Erst nach solchen Schritten waren für Eppler Abrüstungsverhandlungen sinnvoll.⁹⁸⁰

Solange die Weltmächte nicht verhandeln wollten, betrachtete er die Forderung nach Verhandlungen als „hilflose Geste zur Entlastung des eigenen Gewissens“ oder sogar als „Komplizenschaft“ mit denen, die weiter ihren militärischen Vorteil verfolgten.⁹⁸¹ Er warnte vor der Illusion über konstruktive Abrüstungsverhandlungen zwischen USA und UdSSR in

⁹⁷⁵ Vgl. Dr. Erhard Eppler zur Situation vor den Genfer Abrüstungsverhandlungen, SDR, 27.11.1981, S. 42f.; zur Kritik an Reagans Vorschlägen vgl. auch Petra Kelly u.a. zu Präsident Reagans Vorschlag für eine Null-Lösung, DFS, 19.11.1981.

⁹⁷⁶ Vgl. Eppler, Erhard, Rede 30./31.10.1981, Gustav-Heinemann-Initiative (16 S.), S. 6.

⁹⁷⁷ Vgl. „Einen atomaren Krieg zu führen ist keine christliche Möglichkeit“, DS, 14.11.1982.

⁹⁷⁸ Vgl. Eppler: Nur ohne Weinberger „vernünftiges“ Ergebnis in Genf, dpa, 9.2.1983.

⁹⁷⁹ Vgl. Michal, Wolfgang, „Die wenigen, die das überleben, werden nie wissen, wer hier dreißig Sekunden vor dem andere auf den Knopf gedrückt hat“. Wenn die Abschreckungs-Strategie sich in der letzten Phase selbst ad absurdum führt. Interview mit Erhard Eppler, Vorwärts Nr. 33, 11.8.1983

⁹⁸⁰ Vgl. Eppler: Kohls Meinung „irrelevant“ für Weltmächte“, ppp, 35. Jg. Nr. 114 (15.6.1984) (S. 7f.), S. 7f.

⁹⁸¹ Vgl. Eppler, Erhard, Solange der gute Wille fehlt, DS, 21.10.1984.

den nächsten Jahren. Er war gegen Verhandlungen als „Valium“ für die Friedensbewegung.⁹⁸²

1984 erklärte Brandt zu Meldungen zu Epplers kritischer Beurteilung in Tutzing über die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen den Supermächten, dass auch er diesen Vorgang sehr zurückhaltend betrachte, sich die SPD aber immer für Verhandlungen ausgesprochen habe. Eppler betonte, dass er in Tutzing nicht Verhandlungen abgelehnt habe, sondern der Auffassung sei, ohne ein Einlenken der USA gerade bei der Weltraumbewaffnung seien die angestrebten Verhandlungen sinnlos. Weinbergers Bestrebungen in der Sicherheitspolitik seien nicht über Verhandlungen, sondern nur über zusätzliche Rüstung der USA zu erreichen. Er stimmte der Vorstellung zu, dass die SPD eine generelle Linie zur Beurteilung der Verhandlungen haben müsse. Bahr führte aus, dass er auf anderem Weg zu den gleichen Überlegungen wie Eppler komme, schlug aber trotzdem vor, dass die SPD Verhandlungen befürworte.⁹⁸³

Eppler vertrat auf der im Präsidium genannten Tagung in der evangelischen Akademie Tutzing viele seiner bisherigen Überzeugungen, auch bezüglich der Verhandlungen. Die Friedensbewegung müsse sich entscheiden, ob sie das Bewusstsein in der Bevölkerung verändern wolle oder glaube, mit „gefällten Bäumen“ Militärapparate „lahm legen“ zu können. Auch hier bewertete er die Verhandlungen als „Valium für die Friedensbewegungen in Ost und West“ und diese ohne die Durchsetzung der Forderungen des Freeze (Stopp von Produktion, Testung und Stationierung neuer Atomwaffen) als „Nebelvorhänge“, hinter denen die Rüstung fortgesetzt werden könne. Solange die USA die eigene Unverwundbarkeit und Kriegsführungsfähigkeit erreichen wollten, gebe es nichts zu verhandeln. Es sei denn, man stelle dies alles zur Disposition, besonders die Weltraumrüstung. Einseitige selbständige Schritte seien hoffnungsvoller als Verhandlungen, die die eigene Verantwortung an die Verhandelnden abschöben.⁹⁸⁴

Nach Epplers Analyse der Gründe beider Supermächte für die Teilnahme an den Genfer Abrüstungsgesprächen wollten die USA trotz ihres Desinteresses an einem Verhandlungsergebnis durch die Teilnahme die Kritiker im eigenen Land und das Bündnis beruhigen. Die Sowjetunion wolle durch die Verhandlungen, auch wenn sie nicht ernsthaft an ein Ergebnis glaube, ihren Weltmachtstatus unterstreichen und halte es für besser, Verhandlungen platzen zu lassen, als gar nicht zu verhandeln.⁹⁸⁵

⁹⁸² Vgl. Eppler: Deutsch-deutsche Beziehungen beeinflussen Weltmächte kaum, dpa, 28.11.1984.

⁹⁸³ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 3.12.1984 (10 S.), S. 2f., Dep. Eppler 115.

⁹⁸⁴ Vgl. Eppler, Erhard, Konsequenzen für die Politik, Referat, Tutzing, 2.12.1984, in: Dokumentation Kann man den Frieden sichern? Theologische und politische Überlegungen von Ebach, Eppler, Kreck, C.F. v. Weizsäcker u.a., Evangelischer Pressedienst, Nr. 3/85 (14.1.1985) (S. 66-75), S. 66-75, Privatarchiv Eppler.

⁹⁸⁵ Vgl. „Gefährlicher als offene Konfrontation“. Erhard Eppler über die Friedensbewegung und die Genfer Abrüstungsverhandlungen, Kieler Rundschau, 28.3.1985.

Eppler verstand sich nicht als Gegner der SPD oder des Bundeskanzlers und betrachtete alles, was die USA zu Verhandlungen dränge, als Unterstützung von Schmidt.⁹⁸⁶ Er sah sich nicht als Pietist und Moralist, sondern als „Pragmatiker mit Zielvorstellungen als Politiker“. Er habe nie über Ost und West moralisiert⁹⁸⁷ und mit Schmidt nie über die bessere Moral gestritten. Ihn interessierten nur die besseren Argumente. Eppler befürchtete, dass Schmidt ein technokratisches Gleichgewichtsdenken für richtig halte, das er selbst bis vor kurzem befürwortet habe.⁹⁸⁸ Er lehnte bei seiner Auseinandersetzung mit Schmidt die Personalisierung von Sachfragen in der Diskussion ab. Er sei sich mit Schmidt einig, dass u.a. die Drohung der Raketenstationierung die UdSSR zu Verhandlungen bewege, glaubte aber, man müsse auch die Amerikaner zum Verhandeln bringen, etwa mit der Hilfe einer klaren, starken Opposition.⁹⁸⁹ Sein und Schmidts Verständnis von Frieden seien gleich, nämlich „Nichtkrieg“, d.h. die Verhinderung des Kriegs.⁹⁹⁰ Ihn verband seiner Ansicht nach mit der Verteidigungspolitik der Bundesregierung der Wille, den Frieden in Europa und weltweit zu sichern, die Weltmächte zum ernsthaften Verhandeln über europäische Mittelstreckenwaffen zu bewegen und die neuen Mittelsreckenraketen in Europa und vor allem der Bundesrepublik zu verhindern. Der Streit gehe um die Wege zu diesen Zielen.⁹⁹¹

Eppler bemühte sich, innerhalb der SPD zu vermitteln. Er setzte sich auf dem Bundeskongress der Jungsozialisten 1981 für angemessene Diskussionsformen insbesondere in der Sozialdemokratie ein und kritisierte dabei auch die Jusos. Bei den Äußerungen der Jungsozialisten sei nicht immer ein Mindestmaß an Friedensbereitschaft erkennbar. Nach beiden Seiten gesprächsbereite Jusos waren für ihn ein Stück „lebensnotwendige“ Verbindung zwischen SPD und Friedensbewegung. Er betonte, dass man nur dann gemeinsam Sozialdemokrat sein und über Wege zum Frieden streiten könne, wenn man dem anderen wie Schmidt oder Apel seinen Friedenswillen zubillige. Er war davon überzeugt, dass die SPD ihre Identität verliere, wenn sie nicht zeigen könne, inwiefern sie die Partei der Reform und des Friedens sei. Wenn die SPD nicht die durch Europa gehende Bewusstseinsänderung in die Programmatik aufnehme und in die Politik umsetze, werde sie in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre eine „ziemlich belanglose Partei“ sein.⁹⁹²

⁹⁸⁶ Vgl. „Die Stunde des Erhard Eppler“, WDR, 21.5.1981, S. 47f.

⁹⁸⁷ Witter, Ben, „Ich glaube nicht, daß ich ein Moralist bin“, S. 69-73.

⁹⁸⁸ Vgl. „Eine große Koalition der nicht eingestandenen Ratlosigkeit“, FR, 27.3.1981.

⁹⁸⁹ Vgl. Dr. Erhard Eppler, ..., zur politischen Situation der BRD, DFS, 26.5.1981, S. 3f.

⁹⁹⁰ Vgl. Erhard Eppler, SPD-Präsidiumsmitglied, zu seiner Teilnahme an der Bonner Friedensdemonstration, ZDF, 9.10.1981 (2 S.), S. 1.

⁹⁹¹ Vgl. Bruno Knöllner, „Ich bin und bleibe Sozialdemokrat“. Der Kopf der Friedensbewegung will keine neue Partei gründen, Pforzheimer Zeitung, 17.10.1981.

⁹⁹² Vgl. Referat: Erhard Eppler, Bundeskongress Jungsozialisten, 26.-28. Juni 1981, S. 1f., S. 11.

Eppler erkannte in der Politik der Bundesregierung keine eigenen sozialdemokratischen Ansätze mehr im Vergleich zur CDU. Die CDU müsse in der Friedenspolitik nur die Stichworte der Bundesregierung vergrößern, etwa die Notwendigkeit der Nachrüstung.⁹⁹³

Er wollte der SPD die harte Diskussion über den Doppelbeschluss, über den erneut auf dem Münchener SPD-Parteitag im Frühjahr 1982 abgestimmt werden sollte, ersparen.⁹⁹⁴ Er plädierte dafür, nicht auf dem Parteitag über den NATO-Doppelbeschluss zu entscheiden, wenn sich die SPD über ein Moratorium für die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Europa einige. Eppler hatte mit seinem Vorschlag Schmidt aus der Schwierigkeit helfen wollen, seine Zukunft von der Haltung der SPD zum Doppelbeschluss abhängig gemacht zu haben. Für ihn war allerdings nach Schmidts Ablehnung des Vorschlags ein Kompromiss zwischen beiden SPD-Flügeln und eine Vertagung der Entscheidung über den NATO-Beschluss ausgeschlossen.⁹⁹⁵

Eppler glaubte an eine „Kampfabstimmung“ auf dem Parteitag, wenn der sicherheitspolitische Leitantrag des Bundesvorstandes nicht um die Forderung nach einem Stationierungsstopp für atomare Mittelstreckenraketen während der Abrüstungsverhandlungen ergänzt werde. Er und zwei andere Bundesvorstandsmitglieder stimmten gegen den Leitantrag, der nur ein Stationierungsmoratorium für neue Raketensysteme unterhalb der Mittelstreckenwaffen vorsah. Eppler hatte Verständnis dafür, die endgültige Entscheidung der SPD zum NATO-Doppelbeschluss erst zu treffen, wenn das Ergebnis der Genfer Verhandlungen klar sei. Daher war er dagegen, den Parteitag durch Demonstrationen der Friedensbewegung unter „Druck“ zu setzen, denn dies vermindere die Chancen der Rüstungsgegner in der SPD.⁹⁹⁶

Seine Anträge für den Parteitag für ein Moratorium bei der Stationierung von Mittelstreckenraketen während der Genfer Verhandlungen und für eine atomwaffenfreie Zone in Europa (Stationierung von Atomwaffen nur in den europäischen Staaten, die solche Waffen herstellen) lehnte die von Herbert Wehner geleitete Antragskommission ab.⁹⁹⁷

⁹⁹³ Vgl. Erhard Eppler, Die SPD – eine gelähmte Partei, in: L'80 November 1981 Heft 20 (S. 5-13), S. 6f. (gleicher Text: ders., Die SPD – eine gelähmte Partei, in: ders., Einsprüche (S. 229-236)).

⁹⁹⁴ Vgl. Dr. Erhard Eppler zum Thema: „Die Linke in der SPD“, DFS, 18.3.1982, S. 8.

⁹⁹⁵ Vgl. Noack, Jans Joachim, Eppler sieht schwarz für Parteitag. SPD-Vorstandmitglied kündigt Kontroversen wegen NATO-Nachrüstung an, FR, 18.2.1982; vgl. Capell, Gottfried, Eppler verschärft Kampf gegen den Doppelbeschluss. Er will, daß SPD-Kontroverse in München ausgetragen wird, Welt, 19.2.1982.

⁹⁹⁶ Vgl. Eppler: „Kampfabstimmung“ über Sicherheitspolitik in München, dpa, 11.2.1982.

⁹⁹⁷ Vgl. Brandes, Ada, Eppler scheitert in der Antragskommission. Der sicherheitspolitische Kurs der SPD-Führung wird bestätigt, Stuttgarter Zeitung, 3.3.1982; Eppler hatte vorgeschlagen, beide Weltmächte aufzufordern, während der Verhandlungen keine weiteren Raketen zu stationieren und die Sowjetregierung, ihre Äußerungen über eine einseitige Reduzierung sowjetischer Raketen im Falle eines Moratoriums und während eines Moratoriums zu präzisieren und falls dies geschehe, die bundesdeutschen Vorbereitungen für eine Stationierung auszusetzen; vgl. Dr. Erhard Eppler zum Thema: „Die Linke in der SPD“, DFS, 18.3.1982, S. 7.

Eppler äußerte auf dem Parteitag in München zwar seine Ansichten zum NATO-Doppelbeschluss und zur Sicherheitspolitik,⁹⁹⁸ setzte sich aber auch für die Einheit der SPD ein und hob die Punkte hervor, in denen es in der SPD keine Kontroverse gebe.⁹⁹⁹ Sein Ziel auf dem Parteitag war, den Doppelbeschluss zu kippen, „ohne es zu sagen.“¹⁰⁰⁰

Ein weiteres Beispiel für Epplers Vermittlungsversuche in der SPD ist der Antrag linker Delegierter auf dem Berliner SPD-Landesparteitag für ein absolutes Nein der Berliner SPD zu jeder Stationierung atomarer Waffen in der Bundesrepublik, der mit knapper Mehrheit abgelehnt wurde. Er war entgegen seiner sonstigen Auffassungen aufgrund der schwierigen Situation der SPD vor der Bundestagswahl im März 1983 gegen den Antrag. Eine Änderung der bisherigen SPD-Haltung, im Herbst 1983 über die Raketen zu entscheiden, werde als Taktik verstanden. Ein Nein der SPD müsse mit neuen, sachlichen Argumenten begründet werden, wenn der Wähler überzeugt werden solle.¹⁰⁰¹

Eppler sah 1983 im Gespräch mit einem SED-Politiker die Rolle der Grünen in der Friedensbewegung als „schädlich“ an, da diese die Friedensbewegung monopolisieren, spalten und diffamieren wollten. Trotz seines Verständnisses für die Kontakte der DDR mit den Grünen, solle die DDR ihnen nicht die Gelegenheit dazu geben, sich in den Vordergrund zu spielen, da sie gegen die SPD und den DGB agierten. Das Treffen von Außenminister Genscher, nach Epplers Ansicht ein „totaler Karrierist“, mit Gromyko betrachtete er als Ablenkung von der Verantwortung der Bundesregierung für die Raketenstationierung, als „Propagandaaktion gegen die Friedensbewegung.“ Zuversichtlich war er für den SPD-Parteitag. Die Anhänger des NATO-Beschlusses würden überrollt werden.¹⁰⁰²

Eppler ging von zwei Positionen auf dem SPD-Parteitag 1983 aus: für ein Moratorium (Zeit für die Weltmächte für weitere Verhandlungen) und ein Nein zur Stationierung. Er glaubte nicht an eine Befürwortung der Stationierung auf dem Parteitag. Der Unterschied zwischen der SPD und der CDU sei die Beurteilung des Brüsseler Beschlusses, der für die SPD ein Hebel zu Verhandlungen sei, während die CDU die Verhandlungen gemäß dem amerikanischen Standpunkt eher als eine Art Vorspiel für die Stationierung betrachte. Wenn die USA Andropows Vorschlag einer Reduzierung der sowjetischen Raketen nicht aufgreife, könnten die Sozialdemokraten die Stationierung nur ablehnen.¹⁰⁰³

⁹⁹⁸ Vgl. Vorstand der SPD (Hrsg.), Parteitag der SPD. 19. bis 23 April 1982 München. Band I Protokoll der Verhandlungen, Anhang, S. 344-347, S. 749-752, S. 787f.

⁹⁹⁹ Ebd., S. 168-172.

¹⁰⁰⁰ Vgl. Notz, Anton, Die SPD und der NATO-Doppelbeschluss, S. 125.

¹⁰⁰¹ Vgl. Eppler bremsste Berliner Nachrüstungs-Debatte. Parteitag: Vor Hetze gegen Ökologen gewarnt, Welt, 6.12.1982; vgl. Eppler überzeugt die Berliner SPD. Parteitag über Ökonomie und Ökologie für neuen Wachstumsbegriff, SZ, 6.12.1982.

¹⁰⁰² Vgl. Informationen über einen Aufenthalt von Herbert Häber in der Bundesrepublik Deutschland vom 9. bis 16. Oktober 1983, in: Nakath, Detlef/Stehpan, Gerd-Rüdiger, Die Häber-Protokolle. Schlaglichter der SED-Westpolitik 1973-1985, Berlin 1999 (S. 369-385), S. 382f.

¹⁰⁰³ Vgl. Dr. Erhard Eppler über die Problematik der Stationierung, DLF, 10.5.1983, S. 1f.

Er war nach den amtlichen amerikanischen Äußerungen über einen führbaren und gewinnbaren Atomkrieg statt eines Moratoriums für eine deutliches Ablehnung der Stationierung. Die SPD solle die Stationierung nicht aus taktischen Gründen ablehnen, sondern eine Veränderung ihrer Position von der Sache her begründen, von den Verhandlungsergebnissen. Es müsse deutlich gemacht werden, dass kein SPD-Parteitag die Stationierung, sondern immer nur Verhandlungen gutgeheißen und sich die Entscheidung über die Stationierung vorbehalten habe.¹⁰⁰⁴ Ein Nein der SPD zur Nachrüstung solle kontinuierlich aus früheren Beschlüssen zu diesem Thema abgeleitet werden.¹⁰⁰⁵ Seit dem SPD-Sonderparteitag 1983 war für Eppler der Streit um den Doppelbeschluss „Geschichte.“¹⁰⁰⁶ Er unterstrich dort:

„Das Signal an das amerikanische Volk – dem ich mich heute mehr verbunden weiß als jemals zuvor, nachdem ich jetzt auch die amerikanische Friedensbewegung kennengelernt habe – muß lauten: Wir wollen mit euch noch vieles gemeinsam tun, auch wo es um die Festigung des Friedens geht. Aber wir lassen nicht alles mit uns machen. ... Noch ein Signal an unsere europäischen Nachbarn, die vor Nationalismus und vor unserem Drang zur Wiedervereinigung Angst haben – manche scheinen die deutsche Wiedervereinigung mehr zu fürchten als einen Atomkrieg - : Wir wollen – erstens Frieden und – zweitens – nochmals Frieden und – drittens – nochmals Frieden. Über die Wiedervereinigung, genau: das Zusammenrücken der Deutschen, denken wir nur insofern nach, als es dem Frieden dienen kann. Wir denken nicht darüber nach, wenn es dem Frieden nicht dienen kann.“¹⁰⁰⁷

Auf dem SPD-Parteitag 1984 vertrat Eppler die Ansicht, dass *die* SPD (sic!) auf dem Weg zu einem neuen Sicherheitskonzept sei und plädierte weiter für Gemeinsamkeiten statt Misstrauen der Sozialdemokraten untereinander. Sorgen machte ihm, ob die Beschlüsse der SPD für die Friedensbewegung glaubwürdig seien.¹⁰⁰⁸

Bei den Diskussionen in den Parteigremien über die Friedensbewegung versuchte er, Unterstützung für die Friedensbewegung in der SPD zu finden. Brandts Position war schwierig: Er versuchte, zwischen den Positionen in der SPD zu vermitteln. Nach Epplers Beschreibung ließ Brandt unter vier Augen durchblicken, dass er den Doppelbeschluss nicht notwendig finde und um sein Lebenswerk, die Ostverträge, fürchtete. Dennoch habe er Schmidt bis zur „Selbstverleugnung“ unterstützt.¹⁰⁰⁹ Eppler ist rückblickend der Auffassung, dass Brandt zu seinem Engagement in der Friedensbewegung gestanden und es befürwortet habe.¹⁰¹⁰

¹⁰⁰⁴ Vgl. „Einen atomaren Krieg zu führen ist keine christliche Möglichkeit“, DS, 14.11.1982.

¹⁰⁰⁵ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Parteirates am 31.5.1983, (13 S.), S. 9, Dep. Eppler 121.

¹⁰⁰⁶ Vgl. Vorstand der SPD (Hrsg.), Bundesdelegierten-Konferenz und Außerordentlicher Parteitag der SPD, 18. und 19. November 1983 Köln. Protokoll der Verhandlungen. Dokumentarischer Anhang, S. 153.

¹⁰⁰⁷ Ebd., S. 154-156 (vgl. die gekürzte Fassung: Eppler, Erhard, „Die SPD wird sich mit der neuen Runde des Wettrüstens nicht abfinden“, Sozialdemokratischer Pressedienst 38. Jg. Nr. 224 (23.11.1983) (S. 5f.)). Am 22. November 1983 entschied sich der Deutsche Bundestag gegen die Stimmen von SPD und Grünen zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen. Auf dem SPD-Sonderparteitag am 18./19. November 1983 in Köln wurde die Stationierung mit großer Mehrheit abgelehnt.

¹⁰⁰⁸ Vgl. Vorstand der SPD (Hrsg.), SPD Parteitag Essen 17.- bis 21. Mai 1984, S. 233-235, 283f.

¹⁰⁰⁹ Vgl. Eppler, Erhard, Komplettes Stückwerk, S. 151.

¹⁰¹⁰ So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

Brandt erklärte 1983, niemand könne Sozialdemokraten, „die fest davon überzeugt seien, die Nachrüstungfrage führe die Welt an den Rand der Katastrophe,“ ihr Verhalten vorschreiben. Auch Eppler regte an, den Gegnern der Stationierung von Mittelstreckenwaffen in der SPD zuzugestehen, entsprechend ihrer Auffassung zu handeln.¹⁰¹¹

Dies tat er, als er im Sommer 1983 den SPD-Parteivorstand über seine Teilnahme an der vor dem Stationierungsort Mutlangen geplanten Demonstration informierte. Er forderte, dass alle Beteiligten von vornherein die absolute Friedfertigkeit ihres Auftretens deutlich machten. Hans-Jochen Vogel betonte, dass er keinem Abgeordneten zur Beteiligung an der Demonstration von Mutlangen zuraten könne und wer dies dennoch tue, die Folgen aus einem „Verstoß gegen bestehendes Recht“ allein tragen müsse. SPD-Mitglieder, die aufgrund ihrer Gewissensentscheidung an Aktionen wie Mutlangen teilnähmen, würden „nicht aus der Solidarität herausfallen“.¹⁰¹²

Im Herbst 1984 bedauerte Brandt im SPD-Präsidium, dass in der Erklärung des Parteivorstands zu den Aktionen der Friedensbewegung nicht ausdrücklich die Ablehnung von Behinderungen der Manöver aufgenommen worden sei. Kritik äußerten auch der Ministerpräsident von Hessen, Holger Börner, und Hans-Jürgen Wischniewski. Eppler war davon überzeugt, dass seine Veränderungen am ursprünglichen Entwurf, in dem ausdrücklich jede Form der Gewaltanwendung abgelehnt werde, dem Wunsch des Parteivorstands Rechnung tragen würden. Er habe mit anderen vor einiger Zeit eine entsprechende Erklärung in Richtung Friedensbewegung abgegeben. Sein und Herta Däubler-Gmelins Plädoyer für die finanzielle Unterstützung der Friedensbewegung lehnten die Präsidiumsmitglieder aus politischen, rechtlichen und finanziellen Gründen ab, allerdings sollten die Mitglieder der SPD zu persönlichen Spenden aufgerufen werden.¹⁰¹³

Eppler schlug 1984 dem Präsidium vor, im Winter nach den amerikanischen Wahlen, die Forderungen des „Freeze“ wieder hervorzuheben. Er verlangte, bei der Koordination friedenspolitischer Initiativen in der SPD, auch in der Friedensbewegung tätige Genossen zu Rate zu ziehen.¹⁰¹⁴ Er wurde daraufhin als einer von sieben Sozialdemokraten mit dieser Aufgabe in der nächsten Präsidiumssitzung betraut.¹⁰¹⁵

Eppler informierte laut dem SPD-Präsidiumsprotokoll das Präsidium über eine Besprechung SPD-naher Mitglieder der Friedensbewegung. Er wolle es durchsetzen, die Arbeit unter neuem Namen fortzusetzen.¹⁰¹⁶ Hier ist das Protokoll nicht eindeutig. Eppler erläutert rückblickend, dass diese Initiative weder von ihm ausgegangen noch er ihr Initiator gewesen sei.

¹⁰¹¹ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Parteirates am 31.5.1983, (13 S.), S. 4f., S. 9, Dep. Eppler 121.

¹⁰¹² Vgl. Protokoll über die Sitzung des Parteivorstandes und der Landes- und Bezirksvorsitzenden, 27.6.1983 (16 S.), S. 6f., Dep. Eppler 121.

¹⁰¹³ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 17.9.1984 (13 S.), S. 8f., Dep. Eppler 115.

¹⁰¹⁴ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 27.8.1984 (15 S.), S. 9, S. 12, Dep. Eppler 115.

¹⁰¹⁵ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 3.9.1984 (11 S.), S. 7, Dep. Eppler 115.

Die Aktion sei relativ erfolglos gewesen. Er selbst sei allerdings daran interessiert gewesen, die Personen aus dem Umkreis der SPD zusammenzuhalten.¹⁰¹⁷

Auch der amerikanischen Öffentlichkeit versuchte er, seine Positionen zu erklären. Er schrieb, dass die Bundesrepublik weltweit mit der größten nuklearen Bedrohung lebe, denn in beiden Teilen Deutschlands seien die meisten Atomwaffen auf der Welt stationiert. Die Bundesrepublik habe, da die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen das Risiko für Deutschland vergrößere, als NATO-Partner das Recht, diese abzulehnen.¹⁰¹⁸

Bei seinem USA-Besuch im Oktober 1982 betonte er, dass die bundesdeutsche Friedensbewegung durch den Regierungswechsel stärker werde und die deutsche Demokratie stabil sei. Er traf sich mit Vertretern der kirchlichen amerikanischen Friedensbewegung.¹⁰¹⁹ Er kritisierte in den USA die für Herbst 1983 geplante Stationierung atomarer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa, die er als Hindernis für die Genfer Abrüstungsverhandlungen und als Bedrohung der Sowjetunion bewertete. Die sowjetische Sorge, dass die USA stärker an der Stationierung der Pershing-2-Raketen als am Abbau der sowjetischen SS-20 interessiert seien, hielt er nicht für „völlig unrealistisch.“¹⁰²⁰

Ihn überraschte die offene und sachliche Diskussion der Positionen der deutschen Friedensbewegungen in den USA. Er glaubte zwar an eine immer stärkere Zusammenarbeit der bundesdeutschen und der amerikanischen Friedensbewegung, hatte aber nach seinen Gesprächen im Pentagon noch stärker den Eindruck, dass es bei den Genfer Verhandlungen in absehbarer Zeit keine Ergebnisse gebe. Es könne die Diskussion in Europa und vor allem der Bundesrepublik verändern, dass es nun eine amtliche Äußerung (Auszug aus dem Budget der USA für das Fiskaljahr 1983) gebe, dass sich die USA einen erfolgreich geführten und damit zu gewinnenden Atomkrieg vorstellen könnten.¹⁰²¹

Aufgrund dieser amtlichen US-Formulierung müsse nun nicht nur die Stationierung der Mittelstreckenraketen, sondern jede Atomrüstung abgelehnt werden. Die sowjetische Seite betrachtete Eppler auch wegen ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten als gesprächsbereiter als vor einigen Jahren. Die UdSSR habe zudem offiziell erklärt, dass ein Atomkrieg das Ende für alle Weltmächte, auch für sie, bedeute. Die USA könnten durch einen ersten Atomschlag die UdSSR so treffen, dass deren Gegenwehr nicht mehr tödlich wäre. Er war der Ansicht, dass das Aufkommen der amerikanischen Friedensbewegung die Einschätzung der europäischen Friedensbewegung in den USA verändert habe.¹⁰²²

¹⁰¹⁶ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 3.12.1984 (10 S.), S. 7, Dep. Eppler 115.

¹⁰¹⁷ So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

¹⁰¹⁸ Vgl. ‚It Is Our Right to Say No‘, Newsweek, 24.8.1981.

¹⁰¹⁹ Vgl. Eppler führte Gespräche mit Vertretern der US-Friedensbewegung, dpa, 12.10.1982.

¹⁰²⁰ Vgl. Eppler kritisiert erneut geplante Stationierung von US-Atomraketen, Reuter, Oktober 1982.

¹⁰²¹ Vgl. Erhard Eppler: US-Vorstellung über gewinnbaren Atomkrieg nun offiziell, ppp, 33. Jg. Nr. 204 (25.10.1982) (S. 4f.), S. 4f.

¹⁰²² Vgl. „Einen atomaren Krieg zu führen ist keine christliche Möglichkeit.“, DS, 14.11.1982.

Eppler befürchtete 1985, dass sich die Sowjetunion in Europa und besonders in Deutschland Geiseln suche, wenn die Unverwundbarkeit der USA gelänge.¹⁰²³ Mit der Androhung einer nuklearen Bombardierung amerikanischer oder westeuropäischer Kernkraftwerke könnte die UdSSR notfalls das „Gleichgewicht des Schreckens“ aufrechterhalten, Reagans Pläne für militärische Abwehrsysteme unterlaufen und durch die Zerstörung von Kernkraftwerken die Bundesrepublik unbewohnbar machen.¹⁰²⁴ Eine Beteiligung der Bundesrepublik am amerikanischen SDI-Projekt, seiner Meinung nach ein Produkt „technokratischen Wahnsinns, ideologischer Borniertheit und politischer Ignoranz“, lehnte er ab.¹⁰²⁵

Eppler übernahm ab Mitte der achtziger Jahre wieder stärker Aufgaben für die SPD und wurde mehr in ihre Strukturen eingebunden. Dies zeigen auch die SPD-SED-Gespräche und die Treffen mit dem sowjetischen Botschafter Jury Kvizinsky.¹⁰²⁶ Er war ab Mitte 1987 für die Kontakte der SPD mit der Schweiz zuständig, wurde in die Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik aufgenommen und mit zwei anderen Sozialdemokraten stellvertretender Vorsitzender der Programmkommission.¹⁰²⁷ Seine Positionen wurden in der SPD schließlich zur Mehrheitsmeinung: 1986 beschloss die SPD auf dem Nürnberger Parteitag, dass die in der Bundesrepublik stationierten Raketen wieder entfernt werden sollen.¹⁰²⁸ Der Parteitag schloss nach Epplers Auffassung die innerparteiliche Diskussion über Abrüstung und Frieden vorläufig ab.¹⁰²⁹

Schon 1982 wurde die Position vertreten, dass zentrale Gedanken aus Epplers Buch *WEGE AUS DER GEFAHR*¹⁰³⁰ Eingang in ein Papier der Grundwertekommission und in Teile des Programmentwurfs der USD-Initiative (Kellermann-Gruppe) gefunden hätten und in der SPD-Linken nur Eppler eine zusammenhängende Alternative zur Politik der sozialliberalen Koalition formuliere. Marxistische Sozialdemokraten und der Großteil der außerparlamentarischen Friedensbewegung könnten den meisten seiner friedenspolitischen Aussagen zustimmen. Zugeständnisse gegenüber der Mehrheit der Parteiführung und eine Unterstützung von Ausgrenzungsversuchen gegen das Krefelder Forum könnten Epplers Integrations-

¹⁰²³ Vgl. Eppler befürchtet 60 Millionen Deutsche als Geiseln wegen SDI. SPD-Politiker erteilt Weltraumrüstung der USA scharfe Absage / Sowjets haben keine Hoffnung auf positives Ergebnis in Genf, FR, 26.7.1985.

¹⁰²⁴ Vgl. Moskau kann nach Ansicht Epplers „Krieg der Sterne“ unterlaufen, ddp, 16.2.1985.

¹⁰²⁵ Vgl. Eppler kritisiert SDI-Pläne, ddp, 11.5.1985.

¹⁰²⁶ Vgl. zu den SPD-SED-Gesprächen Kapitel 3.3.; vgl. S. 239f. des vorliegenden Textes zu Kvizinsky. Kvizinsky war Leiter der sowjetischen Delegation „Weltraumwaffen“ bei den Genfer Verhandlungen, vgl. Eppler befürchtet 60 Millionen Deutsche als Geiseln wegen SDI, FR, 26.7.1985.

¹⁰²⁷ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 22.6.1987 (17 S.), S. 8f., S. 11, Dep. Eppler 117.

¹⁰²⁸ Vgl. Dr. Erhard Eppler, ..., zu mit dem SPD-Parteitag in Nürnberg zusammenhängenden Fragen, SDR, 31.8.1986 (S. 17-20), S. 19.

¹⁰²⁹ Vgl. ppa-Gespräch: über die Chancen, zu ersten konkreten Abrüstungsvereinbarungen für Europa zu kommen, ..., Progress Presse Agentur, 7.4.1987 (2 S.), S. 1.

¹⁰³⁰ Vgl. Eppler, Erhard, *Wege aus der Gefahr*, Reinbek bei Hamburg 1981; hier setzt er sich u.a. mit dem Nachrüstungsbeschluss, dem Begriff Gleichgewicht, dem begrenzbaren Atomkrieg, mit „Trampelpfad aus der Gefahr“ (u.a. Abrüstung, Umrüstung auf defensive Waffen, Hineindenken

fähigkeit in die Friedensbewegung zerstören. Die Autoren waren der Ansicht, dass die Arbeiterbewegung keinen strategischen Bezugspunkt in Epplers Denken bilde, da er die Probleme der Ökologie-, Frauen- und Friedensbewegung nicht in Zusammenhang mit der Ausbeutung der Arbeitskraft und der Organisationsweise der Produktion sehe, und seine Abwendung von den Gewerkschaften für seine politische Wirksamkeit von entscheidender Bedeutung sei.¹⁰³¹ Diese Einschätzung berücksichtigt nicht, dass Epplers Ziel stets ein Bündnis zwischen Arbeiterschaft und Friedensbewegung war und er die Gewerkschaften in die Friedensbewegung integrieren wollte.

Gorbatschow hatte nach Epplers Überzeugung zum globalen, grenzüberschreitenden Wahlkampf und Streit zwischen ihm und Reagan um die Zustimmung der Menschen herausgefordert.¹⁰³² Eppler erwartete von der US-Führung, Gorbatschow zur Konkretisierung zu zwingen.¹⁰³³ Wenn die US-Regierung eine Chance zum Frieden verspiele, sei das um so schlimmer, je enger er sich mit Amerikanern verbunden fühle. Es wäre für ihn leichter, wenn die überzeugenderen Anstöße zum Frieden vom Westen, der Seite, der er zugehöre, kämen.¹⁰³⁴ Er glaubte, Gorbatschow wolle mit seinen Abrüstungsvorschlägen die „Bremsen im Westen“ in Verlegenheit bringen¹⁰³⁵ und schlug vor, Gorbatschows Vorschläge zu testen. Die immer neuen Forderungen habe Gorbatschow nach und nach erfüllt. Wer nur zustimme, solange Ablehnung sicher sei und ablehne, wenn die Gefahr der Einigung bestehe, werde auch in Deutschland auf Dauer keinen Erfolg haben.¹⁰³⁶

Eppler sah 1986 eine reale Chance zur Beseitigung der in Ost und West stationierten Raketen. Er verwies auf eine offizielle sowjetische Äußerung beim Genscher-Besuch in Moskau, wonach die Sowjetunion zu Konzessionen bereit sei, wenn ein Staat in Westeuropa die USA zum Abzug der auf seinem Territorium stationierten Raketen veranlasse. Wenn die Weltmächte nicht ernsthaft verhandelten, solle geklärt werden, zu welchen Eingeständnissen Moskau konkret bereit sei.¹⁰³⁷ Er war zuversichtlich, dass es ein Abkommen beider Supermächte zur Vernichtung der Mittelstreckenraketen größerer Reichweite in

in den Gegner, die Artikulierung der eigenen westeuropäischen Interessen trotz der Bündnissolidarität) auseinander, vgl. vor allem S. 78-90, S. 205-216.

¹⁰³¹ Vgl. Heidenreich, Frank/Westphal, Andreas, Eine linke Alternative ohne die Gewerkschaften? Erhard Epplers Konzept des selektiven Wachstums, in: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft 5 Jg. (1982) Nr. 14 (S. 22-30), S. 22-30.

¹⁰³² Vgl. Eppler, Erhard, Wahlkampf global. Der grenzüberschreitende Wettstreit der Supermächte um die Gunst der Weltöffentlichkeit, DS, 9.2.1986.

¹⁰³³ Vgl. auch ders., Abstieg aus der Eiger-Nordwand. Abrüstung: Warum der Westen Gorbatschow beim Wort nehmen sollte, DS, 13.10.1985.

¹⁰³⁴ Vgl. ders., Balken im Auge. Äquidistanz? Jeder muß auf seiner Seite dem Frieden dienen, DS, 7.9.1986.

¹⁰³⁵ Vgl. Eppler sieht Westen im Abrüstungsdialog ‚miserabel geführt‘. Gorbatschow nütze Schwäche der westlichen Position aus, ap, 15.4.1987.

¹⁰³⁶ Vgl. Eppler, Erhard, Gorbatschows Vorschläge ausloten, Sozialdemokratischer Pressedienst 42 Jg. Nr. 75 (21.4.1987) (S. 5f.), S. 6.

¹⁰³⁷ Vgl. Erhard Eppler sieht eine „reale Chance, die Raketen wegzubringen“, ppp, 37. Jg. Nr. 165 (1.9.1986) (S. 3), S. 3.

Europa geben werde.¹⁰³⁸ Nach einer Einigung über die Null-Lösung, werde eine Dynamik der Abrüstung entstehen und andere Themen der Abrüstung würden besprochen werden.¹⁰³⁹

Die Phase der Politik, in der die USA Überlegenheit gesucht hätten, war für Eppler im Frühjahr 1988 mit dem Ende der Amtszeit von Verteidigungsminister Weinberger abgeschlossen. Auch würden Rüstungsausgaben im US-Budget nun stark begrenzt. Nicht mehr für richtig hielt er die Darstellung, dass die USA durch ihr Streben nach Überlegenheit das westliche Bündnis schädigten.¹⁰⁴⁰

Schon 1982 vertrat Eppler Thesen, die er später beim SPD-SED-Papier¹⁰⁴¹ konkretisierte, nämlich dass der Anspruch auf Hegemonie relativ unabhängig von der Ideologie sein könne. Es könnte auch Spannungen zwischen beiden Hegemonialmächten geben, die zum Wett-rüsten führten, wenn die UdSSR nicht kommunistisch wäre. Er war der Auffassung, dass militärischer, politischer und ökonomischer Druck auf die UdSSR dort Liberalisierungen und Reformen verhindere.¹⁰⁴²

1985 führte Eppler diese Gedanken weiter. Er sah im Kampf um die Vorherrschaft den Hauptgrund für die Konfrontation der Weltmächte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Frieden könne erst erreicht werden, wenn beide Supermächte den anderen als gleichberechtigte Weltmacht für die kommenden Jahrzehnte akzeptierten (gegenseitiges Existenzrecht) und einsähen, dass Frieden nicht bedeute, jeden denkbaren Feind zerstören zu können. Es gebe nur gemeinsame Sicherheit oder als Alternative gar keine Sicherheit. Die Idee der absoluten Sicherheit müsse aufgegeben und anerkannt werden, dass es verschiedene Systeme und Ideologien gebe und keine ideologische Universalität. Die Geschichte sei offen und alle Systeme müssten sich verändern, um zu überleben. Auch müsse ein neues Friedenskonzept erarbeitet werden.

Die Europäer könnten helfen, diese Veränderungen bei den Weltmächten durchzusetzen. Westeuropa müsse aufgrund seines stärkeren Gewichts in der NATO im Vergleich zum Einfluss Osteuropas im Warschauer Pakt damit beginnen und seinem Verbündeten widerstehen, wenn er das Vorherrschaftskonzept oder die absolute Sicherheit durchsetzen wolle. Beide Weltmächte würden dann akzeptieren müssen, dass die Europäer ihre eigenen Interessen vertreten würden und die Teilung durch Europa nicht hinnehmen könnten. Denkbar war für Eppler ein kollektives Sicherheitssystem für Europa, bei dem beide Weltmächte

¹⁰³⁸ Vgl. Eppler sieht große Chance für Abkommen über Raketen, ddp, 12.3.1987.

¹⁰³⁹ Vgl. ppa-Gespräch: über die Chancen, Progress Presse Agentur, 7.4.1987, S. 2.

¹⁰⁴⁰ Vgl. Irseer Entwurf revisionsbedürftig, ppp, 39. Jg. Nr. 83 (2.5.1988) (6 S.), S. 6.

¹⁰⁴¹ Vgl. Kapitel 3.3.

¹⁰⁴² Vgl. Podiumsdiskussion zwischen Wolfgang Leonhard und Erhard Eppler mit Gerhard Rein von Südfunk Stuttgart als Moderator in der Stuttgarter Hospital-Kirche am 23.11.1982. Aufgenommen und redigiert von Michel Chauoli (14 S.) S. 3-7, Privatarchiv Eppler.

einen Teil der Verantwortung für die jeweilige Seite übernehmen, das die Weltmachtinteressen berücksichtige, aber hauptsächlich auf europäische Interessen gerichtet sei.¹⁰⁴³

DIE DEMONSTRATION AM 10. OKTOBER 1981 – „FELLOW TRAVELLERS UND NAIVE SPINNER“?

Höhepunkt von Epplers Wirken in der Friedensbewegung und Hauptstreitpunkt in der SPD war die große Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981 in Bonn. Besonders die Zeit vor der Friedensdemonstration empfand er rückblickend als schwierig, vor allem die Auseinandersetzungen im Präsidium. Er habe später von Brandt gehört, dass Schmidt ihn aus dem Parteivorstand habe werfen wollen und Brandt dies verhindert habe, wohl auch in eigenem Interesse, denn dann wäre er selbst in die Schusslinie geraten. Seine Rede am 10. Oktober 1981 hätten viele Sozialdemokraten fair gefunden. Auch Brandt habe sie für richtig gehalten. Eppler betont, dass er nicht gegen die Regierung gehetzt habe. Er habe im Parteivorstand seine Position und die Gründe dafür vertreten.¹⁰⁴⁴

Im Juli und August 1981 hielt er sich mit Äußerungen zur Friedensbewegung zurück, um zu zeigen, dass es nicht einen einzigen Unruhestifter gebe, sondern eine breite und immer tiefer gehende Unruhe bei immer mehr Menschen.¹⁰⁴⁵

Eppler informierte im September 1981 das Präsidium über die geplante Friedensdemonstration am 10. Oktober, die zwei christliche Organisationen vorbereiten würden. Er rechne mit ca. 10.000 sozialdemokratischen Teilnehmern und werde neben fünf anderen Rednern auf der Kundgebung sprechen. Es sähe nach einem disziplinierten Ablauf von Demonstration und Kundgebung aus.¹⁰⁴⁶

Helmut Schmidt unterstrich kurz vor der Demonstration, dass Eppler keinen Hehl daraus mache, dass er die Bundesregierung zumindest zu einer anderen Politik drängen wolle. Seiner Meinung nach richtete sich dieser gegen die Bundesregierung.¹⁰⁴⁷

Schmidt wandte sich vor der Demonstration anlässlich der sich „abzeichnenden Eskalationen“ und „anti-amerikanischen Demonstrationen und Ausschreitungen“, etwa beim Besuch des amerikanischen Außenministers Haig in Berlin, an Brandt. Er war besorgt, dass auch die politischen Reden von Sozialdemokraten als „anti-amerikanische Aufputschung“ verstanden oder interpretiert werden könnten. Zwar wolle kein „wirklicher Sozialdemokrat“ Gewalttätigkeiten provozieren, doch würden die Veranstalter und Redner auf Protest-Demonstrationen bewusst in Kauf nehmen, dass „Chaoten und organisierte Gruppen“ ihnen die Demonstration

¹⁰⁴³ Vgl. Eppler, Erhard, Sigtuna, 25.-28.4.1985 (16 S.) S. 8-14, hier finden sich auch viele von Epplers Grundpositionen.

¹⁰⁴⁴ So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

¹⁰⁴⁵ Vgl. Schütz, Hans Peter, „Moskau wird offensiv mit Informationen eingreifen“. Skepsis gegenüber Washingtons Verhandlungswillen über Nachrüstung – Die SPD schluckt schwer an den Haushaltskröten, Stuttgarter Nachrichten, 5.9.1981.

¹⁰⁴⁶ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 7.9.1981, (9 S.), S. 9, Dep. Schmidt 9466/Dep. Eppler 115 (vgl. Sitzung des Parteivorstandes, 14.9.1981 (7S.), Dep. Schmidt, 6308).

nen aus der Hand nähmen und zu Gewalttätigkeiten umfunktionierten. Manche sozialdemokratische Politiker hätten etwa aus den Tumulten 1980 beim öffentlichen Gelöbnis in Bremen, die all dies gezeigt hätten, nichts gelernt. Hauptanlass des Briefes war für Schmidt die „große Protestversammlung in Bonn“ mit Eppler als prominentesten Redner. Schmidt befürchtete, dass die Demonstration den Veranstaltern „aus der Hand genommen werde“ und manche Teilnehmer u.a. einen „Sturm auf die Hardthöhe“ beabsichtigten. Er schloss es aus, für diesen Tag den Wachposten der Hardthöhe Waffen oder Munition abzunehmen, um „Blutvergießen“ zu vermeiden oder auf Widerstand zu verzichten. Die denkbaren Folgen seien „sehr schwerwiegend“.¹⁰⁴⁸ Er schrieb über Eppler:

„Ich muß in diesem Zusammenhang auf die Gesamtwirkung Erhard Epplers zurückkommen. Ich weiß nicht, ob die Zeitungen über seine Reden korrekt berichten, entnehme ihnen jedoch, daß er ständig und wiederholt betont, die im Rahmen des Doppelbeschlusses zur Stationierung auch auf deutschem Boden geplanten ‚Pershing II‘ könnten sowjetisches Territorium erreichen und dies sei für die Sowjetunion nicht hinnehmbar. Ich kann nicht entnehmen, daß er sich in gleicher Schärfe dagegen äußert, daß schon seit vier Jahren sowjetische eurostrategische Waffen sich in zunehmender Zahl gegen deutsche Städte und Ziele auf deutschem Boden richten. Nicht nur ich kann daraus eine einseitige Akzeptanz der sowjetischen Rüstung ersehen, sondern insbesondere sehe ich, daß hier eine einseitige Emotionalisierung zu Lasten unserer Verbündeten betrieben wird. Du weißt, wie jeder andere im Präsidium und in der Parteiführung auch, daß ich meinerseits bisweilen erhebliche Auseinandersetzungen mit der amerikanischen Führung nicht gescheut habe. Dies darf nicht dazu führen, daß wir gestatten können, eine allgemeine Stimmungsmache gegen die Amerikaner schlechthin zu verbreiten. Ich muß Dir ernsthaft vor Augen führen, daß die Erörterung mancher Fragen im bisherigen Kreise des Präsidiums schon jetzt außerordentlich schwierig geworden ist. Wenn es zu den von mir befürchteten Ereignissen am 10. Oktober kommen sollte, wird die Lage völlig unhaltbar werden. Ich schreibe Dir diesen Brief mit der dringlichen Bitte, Erhard Eppler zu ersuchen, sich von der Veranstaltung fernzuhalten und zu verhindern, daß sein Name mit ihr in Verbindung gebracht wird. Das sollte auch für andere Sozialdemokraten gelten. Ich lasse offen, welche sonstigen Konsequenzen für Präsidium und Parteivorstand zu ziehen sind. Jedenfalls muß m.E. das Präsidium beschließen, allen Sozialdemokraten zu empfehlen, sich von dieser Kundgebung fernzuhalten. Ich füge diesem Brief einen Durchdruck bei für den Fall, daß Du ihn an Erhard Eppler weitergeben willst. Ihm muß übrigens auch vor Augen geführt werden, daß er durch sein Verhalten die durch den DGB eingeleitete große Initiative für Frieden und Abrüstung unterläuft, die du als Erster unterschrieben hast und die ich öffentlich so sehr begrüßt habe.“¹⁰⁴⁹

Der Vorsitzende der SPD, Brandt, verstand Schmidts Sorgen und bemühte sich, in der SPD zu vermitteln. Er verwies auf Epplers schon beschriebene Äußerung im Präsidium, dass es bis jetzt nach einem disziplinierten Ablauf der Veranstaltung aussehe. Es sei über eine Erklärung der SPD vor der Demonstration, die Verständnis für das Friedensverlangen der Demonstrierenden zeige, diskutiert worden. Er habe das nicht weiter verfolgt, befürworte aber jetzt eine Erklärung, in der vor allem zur Distanz von „gewalttätigen Elementen“ aufgerufen werde. Für Brandt war es selbstverständlich, dass der Staat die erforderlichen Maßnahmen treffe, um Gewalttätigkeiten entgegenzuwirken. Er schlug vor, zu überlegen, die Erkenntnisse über die Hardthöhe zur Warnung zu veröffentlichen. Einen Aufruf zur Nichtteil-

¹⁰⁴⁷ Vgl. „Ich lasse mir das Wort Friedenspolitik nichts stehlen“. Interview mit Bundeskanzler Helmut Schmidt – Im Mittelpunkt: Lage der SPD, Friedensdemonstration, Ost-West-Verhältnis, wirtschaftliche Aussichten der Bundesrepublik, Stuttgarter Zeitung, 7.10.1981.

¹⁰⁴⁸ Vgl. Helmut Schmidt an Willy Brandt, 16.9.1981 (5 S.), S. 1-3, Dep. Eppler 115.

¹⁰⁴⁹ Ebd., S. 3-5.

nahme an der Demonstration fand er wenig erfolgversprechend, denn dieser würde nicht befolgt. Zu viele Sozialdemokraten (u.a. die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und der Frauen, mehrere Unterbezirke) hätten zur Teilnahme an der Friedensdemonstration aufgerufen. Brandt wusste nicht, ob für Eppler eine Absage seiner Rede am 10. Oktober möglich sei. Er schlug vor, über diese Fragen und Schmidts Sorgen auf der Präsidiumssitzung am 28. September zu sprechen. Das Präsidium sei der geeignete Ort, um über „schwierige Fragen Meinungen auszutauschen“ und zu gemeinsamen Ergebnissen zu kommen. In Epplers Äußerungen, die er in „eigener Verantwortung“ mache, fand Brandt „häufig“ die Position der Partei „nicht wiedergegeben“.¹⁰⁵⁰ Dennoch forderte er eine stärkere Differenzierung zwischen den einzelnen Gruppen:

„Schon jetzt möchte ich betonen, daß unsere Aufgabe meiner Meinung nach darin bestehen sollte, einerseits zu differenzieren zwischen friedlichen Meinungsäußerungen (auch solchen, die man für einseitig oder abwegig oder übertrieben hält), gewaltsamen Ausschreitungen und Mordanschlägen, wie wir sie wieder erleben, sowie andererseits uns nicht zu isolieren von dem, was viele, vor allem junge Menschen, in unserem Land umtreibt. Wir müssen das uns mögliche tun, um erneut die Front gegen den Terrorismus zu stärken und uns – ohne das eine mit dem anderen zu vermengen – gegen Einseitigkeiten wenden, die politischen Schaden nach sich ziehen müssten; dies gilt nicht zuletzt für ungerechtfertigte oder undifferenzierte Angriffe auf die Amerikaner oder auf das Bündnis, zu dem wir gehören.“¹⁰⁵¹

Brandt sandte Eppler den Briefwechsel mit Schmidt, hoffte auf dessen Teilnahme an der nächsten Präsidiumssitzung und auf ein Gespräch mit ihm vor der Sitzung.¹⁰⁵²

Eppler vertrat vor der Demonstration die Ansicht, dass die Koalition, wenn sie Verhandlungen beider Supermächte wolle, auch wollen müsse, dass die Amerikaner die Erwartung spürten, sich mehr bei den Verhandlungen zu bemühen als bisher. Insofern könnte die Kundgebung in Bonn durchaus die Politik der Bundesregierung unterstützen, wenn deren Hauptziel erfolgreiche Verhandlungen beider Weltmächte seien.¹⁰⁵³

Die Antiamerikanismus-Diskussion empfand er als blamabel, denn sie tue so, als ob die Deutschen immer, wenn sie eigene nationale Interessen verträten, auf die Reaktionen der USA achten müssten.¹⁰⁵⁴ Es sei töricht, dass die Union jede Äußerung eines eigenen Selbstbehauptungswillens in der Bundesrepublik als Antiamerikanismus bezeichne. Für Eppler war es selbstverständlich, dass die Ansprechadresse der Demonstrierenden zuerst die eigene Regierung und die eigenen Verbündeten seien. Es war für ihn nicht nachvollziehbar, dass die Bundesregierung die Demonstration als gegen sie gerichtet betrachte, denn die Veran-

¹⁰⁵⁰ Vgl. Willy Brandt an Helmut Schmidt, 21.9.1981 (3 S.), S. 1-3, Dep. Eppler 115.

¹⁰⁵¹ Ebd., S. 1.

¹⁰⁵² Vgl. Willy Brandt an Erhard Eppler, 21.9.1981, Dep. Eppler 115.

¹⁰⁵³ Vgl. Dr. Erhard Eppler zur Diskussion um die Friedensbewegung, DLF, 21.9.1981, S. 2.

¹⁰⁵⁴ Vgl. Schulz, Christine, „Diese Kampagne bringt 10000 mehr nach Bonn“. AZ-Interview mit Erhard Eppler (SPD), Abendzeitung München, 1.10.1981.

stalter täten dies nicht. Er glaubte, dass eine friedlich ablaufende Demonstration die politische Landschaft verändern werde.¹⁰⁵⁵ Seine Auffassung beschrieb er folgendermaßen:

„Ich selbst bin überzeugt, dass ich meiner Partei einen Dienst tue, wenn ich als Sozialdemokrat ... den Faden zu dieser Bewegung, die ja vor allem eine Bewegung der jungen Generation ist, nicht abreißen lasse. Ich bin ganz sicher, in einigen Jahren werden viele Sozialdemokraten froh darüber sein, dass es ein paar Leute gegeben hat in der Partei, die hier den Kontakt gehalten haben.“¹⁰⁵⁶

Eppler betrachtete die Dialogfähigkeit zwischen der Regierung und einem Großteil der Jugend als gestört. Er fühlte sich nicht in der SPD isoliert. Er setzte sich wieder dafür ein, den Friedenswillen aller, auch der Bundesregierung, zu akzeptieren und die Motive des anderen nicht moralisch herabzusetzen. Doch dürfe dann die Regierung die Friedensbewegung nicht als „Ansammlung von fellow travellers oder naiven Spinnern“ darstellen.¹⁰⁵⁷ Er führte aus, dass er sich ungern mit einem sozialdemokratischen Bundeskanzler auseinandersetze und ihn lieber unterstützen würde. Doch sei er ein Repräsentant einer breiten Strömung in der SPD, die sich auch ohne ihn Gehör verschaffen würde.¹⁰⁵⁸

Er empfand es unter der Würde eines Parlaments, über Demonstrationen zu debattieren¹⁰⁵⁹ und betonte, dass er nicht gewollt habe, dass die Friedensdemonstration zu einem historischen Ereignis „hochgejubelt“ werde. Da Menschen in einer Demokratie versuchen dürften, eine Regierung zu etwas zu drängen, sei es nicht hilfreich, ihnen dies vorzuwerfen. Er verstand sich als Bindeglied zwischen SPD und Friedensbewegung, hatte aber das Problem, seine Position in der Friedensbewegung deutlich zu machen und die Loyalität gegenüber der SPD zu wahren. Er sähe „schwarz“ für die SPD, wenn beide Lager völlig getrennt wären. Die Chance für Mehrheiten für die von ihm gewünschte Friedenspolitik in der SPD noch in der ersten Hälfte der achtziger Jahre bewertete er optimistischer als 1979.¹⁰⁶⁰

Über Epplers Teilnahme an der Friedensdemonstration wurde, wie von Brandt vorgeschlagen, am 28. September im Präsidium diskutiert. Das Präsidium beschloss gemäß Brandts Vorschlag, dass dieser eine Erklärung zu den Vorgängen abgebe und verabschiedete eine Erklärung zur Aufnahme der Verhandlungen über Mittelstrecken-Waffen zwischen USA und UdSSR, was Brandt unabhängig von der Bonner Demonstration ange-regt hatte. Brandt erklärte, Eppler habe das Präsidium über seine Einladung, auf der Kundgebung zu sprechen, unterrichtet. Brandt wollte in der Stellungnahme des Partei-

¹⁰⁵⁵ Vgl. Erhard Eppler, Präsidiumsmitglied der SPD, zur umstrittenen Friedensdemonstration am 10. Oktober, SWF, 4.10.1981 (S. 11f.), S. 11f.

¹⁰⁵⁶ Vgl. ebd., S. 12; vgl. auch Dr. Erhard Eppler, SPD-Präsidiumsmitglied, zur Diskussion über die Friedensdemonstration in Bonn, WDR, 2.10.1981 (S. 13), S. 13.

¹⁰⁵⁷ Vgl. Dr. Erhard Eppler zur Diskussion über die Friedensdemonstration in Bonn, WDR, 2.10.1981, S. 13.

¹⁰⁵⁸ Vgl. Sind Sie ein Friedensguru, Herr Eppler, Quick, 8.10.1981.

¹⁰⁵⁹ Witter, Ben, „Ich glaube nicht, daß ich ein Moralist bin“. Erhard Eppler, S. 69.

¹⁰⁶⁰ Vgl. Erhard Eppler, SPD-Präsidiumsmitglied, über sei Engagement in der Friedensbewegung, DFS, 9.10.1981 (S. 45f.) S. 45f.

vorsitzenden zur Veranstaltung auf die Rolle der SPD als Partei des Friedens, auf die Gefahr von Gewalttätigkeiten bei Großdemonstrationen und auf den Beginn der Verhandlungen zwischen den Weltmächten über Mittelstreckenwaffen eingehen und darauf aufmerksam machen, dass sozialdemokratische Redner der Bonner Kundgebung dies eigenverantwortlich täten. Er wolle davor warnen, dass sich der Demonstration Gruppierungen anhängen, die die Friedenspolitik der SPD diffamieren wollten.

Auch wenn viele Genossen wünschten, dass Eppler nicht auf der Kundgebung spreche und Sozialdemokraten daran nicht teilnähmen, ließ sich dies nach Brandts Meinung nicht verhindern. Gut sei, wenn Eppler auf der Veranstaltung deutlich sagen würde, dass die SPD die gleichen Ziele wie die Mehrheit der Anwesenden verfolge. Für Brandt war es wichtig, die Verbindung zu den vielen jungen Teilnehmern der Veranstaltung zu behalten, aber keine Missverständnisse darüber aufkommen zu lassen, dass die SPD die Friedenspolitik der Bundesregierung stütze.

Schmidt warnte wieder vor einem Missbrauch der Demonstration, die er als Teil des innerparteilichen Meinungskampfes sah, durch Gewalttäter. Die SPD solle deutlich machen, dass niemand berechtigt sei, in ihrem Namen auf der Kundgebung zu sprechen. Er befürchtete eine Einschränkung des Handlungsspielraums der Regierung durch solche Demonstrationen. Schon jetzt gebe es die Gefahr, dass das Gewicht der Regierung gegenüber den USA und auch der UdSSR kleiner werde. Die Aufnahme von Verhandlungen über eurostrategische Waffen seien ein Erfolg deutscher Politik und Diplomatie.¹⁰⁶¹

Eppler erläuterte, dass den verantwortlichen Veranstaltern der Demonstration nichts über die Gefahr gewalttätiger Ausschreitungen bekannt sei. „Allein aufgrund der Gefahr von Ausschreitungen“ dürfe nicht auf das Grundrecht zur Demonstration verzichtet werden. Er legte dar, dass er bei einer Beteiligung der DKP „äußerst kleinlich“ sei.¹⁰⁶² Er habe den Krefelder Appell nicht unterschrieben und zur Bedingung gemacht, dass kein DKP-Vertreter auf der Veranstaltung spreche. Nach seiner Ansicht schränkten solche Veranstaltungen nicht den Handlungsspielraum der Regierung ein, sondern die Friedensbewegung beeinflusse die amerikanische Haltung positiv. Die SPD könne sich entweder von den ihr angehörenden Rednern distanzieren oder die Redner könnten sich zu ihrer Partei bekennen. Beides zusammen gehe nicht. Er betonte seine Warnungen, in der SPD und in der Öffentlichkeit den unterschiedlichen Gruppierungen den Friedenswillen abzusprechen und sein Eintreten für eine sachliche Auseinandersetzung. Doch verstand er manche öffentliche

¹⁰⁶¹ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 28.9.1981 (9 S.), S. 2-5, Dep. Schmidt 9466/Dep. Eppler 115 (vgl. Sitzung des Parteivorstandes, 15.10.1981. Bericht des Präsidiums (28.9.1981) (7 S.), Dep. Eppler 120). Schmidt war an der Präsidiumssitzung vom 7.9.1981 nicht anwesend, vgl. Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 28.9.1981, S. 3.

¹⁰⁶² Eppler kritisierte generell das Engagement der DKP in der Friedensbewegung, das dieser schaden könne; vgl. Eppler erwartet Wiederaufleben der Debatte um den Rapacki-Plan, ppp, 32. Jg. Nr. 144 (3.8.1981).

Äußerungen über sein Engagement nicht als „Beitrag zur Sachlichkeit“. Er sah keinen Grund zur Überprüfung seiner Entscheidung, auf der Veranstaltung zu reden. Sein Auftreten dort könne „in der Geschichte der Partei gut bestehen“.¹⁰⁶³

Auf der Bonner Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981 artikulierte Eppler hauptsächlich seine schon beschriebenen Positionen. Die Friedensbewegung sei über eine Sicherheitskonzeption, die nur mit dem eigenen Selbstmord drohen könne, verzweifelt und betrachte den Frieden als eine viel zu ernste Sache, um ihn militärischer Strategie und politischer Taktik zu überlassen. Die Forderung, die „Kette der Vor- und Nachrüstung“ zu beenden, lasse sich verantworten, weil der Westen dem Osten in der atomaren Rüstung auch ohne neue Mittelstreckenraketen mehr als gewachsen sei. Die Friedensbewegung lasse sich nicht mehr einschüchtern vom amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger, der vor der Dynamik der kommunistischen Weltrevolution Angst mache und gleichzeitig darüber nachdenke, wie das Sowjetsystem demnächst verenden werde. Bei einer Stationierung amerikanischer Raketen in Westeuropa liege bei den kurzen Vorwarnzeiten das Überleben der Menschheit in der Hand von Computern. Dass die Friedensbewegung sich dagegen wehre, zeige, dass die europäischen Nationen mehr seien als „Schachfiguren“ beider Weltmächte. Positiv bewertete er den Mut der Polen zu mehr Eigenständigkeit. Aufgrund der Rückbesinnung auf Europa in ganz Europa träfe eine sowjetische Intervention in Polen alle. Die Friedensbewegung hatte nach Epplers Darstellung keine Angst: nicht vor einem sowjetischen Überfall in Westeuropa, nicht davor, gegenüber den Verbündeten die eigenen Interessen zu vertreten und der Sowjetunion zu sagen, dass sie beim Tempo der Stationierung der SS-20 und deren Anzahl überzogen habe und dies korrigieren müsse,¹⁰⁶⁴ nicht vor dem Eingeständnis, dass angesichts der atomaren Bedrohung die Deutschen in beiden Staaten gemeinsame Interessen hätten, nicht vor „moralischer Abqualifizierung durch den höchsten Repräsentanten“ der Bundesrepublik, Diffamierung als „Kommunistenknechte“ und nicht vor dem Schlagwort des Anti-Amerikanismus. Es sei eine „Sklavensprache“, die das „Stirnrunzeln einer fremden Regierung zum politischen Maßstab“ mache. Angst hatte Eppler nur, dass sich die Friedensbewegung selbst diskriminiere. Wer Frieden wolle, müsse dies in seinem täglichen Handeln zeigen. Er lehnte es ab, beim Anblick eines Bundeswehrsoldaten in „Hassgesänge“ auszubrechen oder gewalttätig zu werden. Die Friedensbewegung werde nicht durch Ausgrenzung, sondern durch Öffnung mehrheitsfähig. Deshalb müsse sie mit der organisierten Arbeiterbewegung zusammenwirken.

Als Ansprechpartner der Demonstrierenden betrachtete Eppler die bundesdeutsche Regierung. Er fragte, ob der Bundeskanzler in einer Demokratie das Drängen der eigenen Wählerbasis nicht anders deuten könne als als Kampfansage. Das demokratische Mandat

¹⁰⁶³ Vgl. ebd., S. 3f.

der Regierung sei kein „Blankoscheck“. Die Friedensbewegung stütze die Regierung, indem sie für Verhandlungen der Weltmächte über Mittelsteckenraketen eintrete. Er respektiere den Friedenswillen derer, auch in der SPD, die über den Nachrüstungsbeschluss zu Verhandlungen kommen wollten, auch wenn seiner Ansicht nach die Friedensbewegung die amerikanische Verhandlungsbereitschaft mehr gefördert habe als der Beschluss.¹⁰⁶⁵

Für Eppler war der Vorwurf, dass die Kundgebung am 10. Oktober kommunistisch finanziert worden sei, absurd. Das sowjetische Regime hielt er für das Regime „phantasieloser, ängstlicher Bürokraten“.¹⁰⁶⁶ Nach der Friedensdemonstration war seiner Einschätzung nach eine neue politische Kraft entstanden. Neue Gedanken gälten so lange als utopisch und undurchführbar, wie der nötige politische Druck fehle. Sobald eine aktive Minderheit die Diskussion erzwingen könne, ändere sich dies. Er war der festen Überzeugung, dass sich eine breite Diskussion über bundesdeutsche Sicherheitspolitik und über Atomwaffen nicht mehr vermeiden lasse¹⁰⁶⁷ und glaubte nach der Friedensdemonstration, dass sich seine Auffassungen noch in der ersten Hälfte der achtziger Jahre durchsetzen würden.¹⁰⁶⁸

Unglücklich und taktisch unklug sei Schmidts Äußerung von der Friedensbewegung als Kampfansage, denn die Friedensbewegung kämpfe nicht gegen die Bundesregierung, sondern gegen die Stationierung zusätzlicher Mittelstreckenraketen in Europa.¹⁰⁶⁹

Der SPD-Parteivorstand diskutierte über Epplers Rede in Bonn. Für Brandt war der gewaltfreie Ablauf der Demonstration am 10. Oktober ein wichtiger „Pluspunkt“ für den inneren Frieden. Er habe „natürlich“ mit Eppler vor der Kundgebung gesprochen und sei von dessen Rede nicht getäuscht worden. Eppler habe auf der Kundgebung den Friedenswillen der SPD und der Bundesregierung gewürdigt, die auf anderem Wege als er die Abrüstung wolle. Brandt fand es schwierig, die SPD ohne Anbiederung offen für neue Entwicklungen zu halten. Er forderte zu überlegen, wie in Zukunft verhindert werden könne, dass durch die Teilnahme kommunistischer Gruppierungen an Veranstaltungen anderer der Eindruck entstehe, es handele sich dabei um Aktionseinheiten.

Deutlich negativer waren die Äußerungen von Verteidigungsminister Apel, der eine Null-Lösung bei den eurostrategischen Waffen als das Ziel aller in der SPD betrachtete. Es gebe Zweifel, ob durch Epplers Äußerungen auf der Kundgebung dieses Ziel erreicht werden könne. Epplers Aussage über das „angebliche Gleichgewicht“ der atomaren Bewaffnung in

¹⁰⁶⁴ Eppler betonte, dass er dies immer gesagt habe und sage, vor allem beim Gespräch mit Sowjets; vgl. Sind Sie ein Friedensguru, Herr Eppler, Quick, 8.10.1981.

¹⁰⁶⁵ Vgl. Dokumentation. Auf der Friedensbewegung am 10. Oktober hat das SPD-Präsidiumsmitglied Erhard Eppler folgende Ansprache gehalten, Sozialdemokratischer Pressedienst 36. Jg. Nr. 194 (12.10.1981) (3 S.), S. 1-3 (gleicher Text: ders., Rede bei der Demonstration im Bonner Hofgarten am 10.10.1981, in: ders., Einsprüche (S. 203-206)).

¹⁰⁶⁶ Vgl. Friedensbewegung will die Politiker ..., Neue Westfälische, 16.11.1981.

¹⁰⁶⁷ Vgl. Bruno Knöllner, „Ich bin und bleibe Sozialdemokrat“, Pforzheimer Zeitung, 17.10.1981.

¹⁰⁶⁸ Vgl. Erhard Eppler, SPD-Präsidiumsmitglied, zu aktuellen Fragen der Friedensbewegung, ZDF, 12.10.1981 (2 S.), S. 1.

¹⁰⁶⁹ Vgl. Eppler, Erhard, Frieden in Bewegung, S. 645.

Ost und West sei unrichtig und erwecke einen falschen Eindruck. Bedauerlich sei die Art, wie dieser über den Bundeskanzler und die Regierung gesprochen habe, etwa, dass ein Regierungsmandat kein Blanko-Scheck sei. Apel betonte, dass die Regierung auf der Grundlage des Wahlprogramms und der Berliner Parteitagsbeschlüsse, die sich für eine Gleichgewichtspolitik ausgesprochen hätten, Politik mache und nicht durch einen Blanko-Scheck. Er lehnte Epplers der „Angst und Panikmache“ dienende Ausführungen auf der Kundgebung und die Unterstellung, dass die Bundesregierung „das alte Spiel von Rüstung und Nachrüstung“ weiterführen wolle, ab. Die Unterstellung in der von Eppler und Lafontaine mitunterzeichneten Anzeige in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG, dass die Bundesminister nicht nach ihrem Amtseid, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, handeln, könne nicht hingenommen werden, besonders nicht von führenden Sozialdemokraten.

Eppler begründete seine Haltung damit, dass es offenbar nicht die Auffassung der Bundesregierung sei, die Null-Lösung herbeizuführen. Er könne der Definition von Null-Lösung des Abrüstungsbeauftragten der Bundesregierung, nach der zunächst die Entfernung aller seit 1962 stationierten sowjetischen Atomwaffen erforderlich sei, bevor die USA auf die Nachrüstung verzichteten, nicht folgen. Zur „Erhärtung“ seiner Position habe die Aussage des Verteidigungsministers beigetragen, dass die Deutschen durch die SS-20 eine „Geißel der Sowjetunion“ würden und man dem Entsprechendes entgegensetzen müsse. Eppler legitimierte seine Tätigkeit damit, dass es selbstverständlich sei, dass auch zwischen Parteitag weiter über Sachfragen diskutiert werden könne. Er fühle sich auch zu seinem Vorgehen berechtigt, weil die Bundesregierung den sowjetischen Moratoriumsvorschlag „vom Tisch gewischt“ habe. Seine Ausführungen über „das Zustandekommen der Demonstration in Bonn“ und „seine Rolle“ dabei sind im Protokoll nicht verzeichnet.

Vogel glaubte, dass Eppler eine Brückenfunktion zu Teilen der jungen Generation einnehme. Er kritisierte aber dessen Unterschrift unter die Anzeige in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG. Eppler erklärte, dass die Anzeige selbstverständlich nicht habe sagen wollen, dass ein Mitglied der Bundesregierung subjektiv den Vorwurf der „Verletzung des Amtseides“ rechtfertige und räumte ein, dass die Unterschrift ein Fehler gewesen sei.

Die SPD-Vorstandsmitglieder hielten es für notwendig, zu einheitlichen Aussagen zurückzukommen, da durch eine Fortsetzung der Auseinandersetzung die SPD Wählerstimmen verliere. Es solle in den Parteigremien und nicht gegenüber Außenstehenden über die sicherheitspolitischen Vorstellungen der SPD und ihre Konsequenzen diskutiert werden. Kurz vor Verhandlungsbeginn sei es gefährlich, wenn der Eindruck entstehe, dass die SPD den NATO-Doppelbeschluss nicht mehr trage. Man müsse klar machen, dass der Doppelbeschluss nur ein kleiner Teil der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der SPD sei. Es wurde die fast nur emotionale Diskussion über die Friedenspolitik in der SPD und die Wirkungslosigkeit von Argumenten kritisiert. Die SPD dürfe die Verbindung zur Friedens-

bewegung, die ihr im Grundsatz nahe stünde, nicht verlieren und müsse ihr gegenüber dialogfähig bleiben. Allerdings dürfe die Friedensbewegung nicht von SPD-Mitgliedern benutzt werden, um von außen die Beschlüsse der SPD zu verändern.¹⁰⁷⁰

Apel wandte sich trotz seiner Kritik an Eppler kurz nach der Friedensdemonstration mit einem Gesprächsangebot an diesen aufgrund des starken Interesses der Öffentlichkeit an Sicherheitspolitik und Friedenssicherung und Epplers „aktiver Rolle“ in dieser Debatte. Dies setze allerdings einen aktuellen Wissensstand in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik voraus. Apel bot Eppler an, sich in allen offen gebliebenen Fragen zu informieren und mit Experten aus dem Verteidigungsministerium alle ihn interessierenden Punkte zu diskutieren. Apel war auch daran interessiert, seinen Wissensstand zu untermauern.¹⁰⁷¹

Eppler bezeichnete Apel später als nicht „adäquaten Gesprächspartner“. Er habe an diesem oft Schmidts Gedanken feststellen können.¹⁰⁷² Seine damalige Antwort an Apel war eindeutig: „Lieber Hans, gerne würde ich gelegentlich auf den Sachverstand Deines Ministeriums zurückgreifen. Vorläufig steht dem noch etwas im Wege: Deine Äußerungen über die Friedensbewegung, durch die auch ich mich getroffen fühlte.“¹⁰⁷³

Einer von Epplers Kritikern war auch Horst Ehmke.¹⁰⁷⁴ 1981 erläuterte Ehmke im Gespräch mit einem SED-Politiker, dass sich die „pazifistische Welle“ in der Bundesrepublik gegen die SPD wende. Epplers Verhalten hierbei lehnte er ab, denn dieser rede wie ein Kirchenmann, nicht wie ein verantwortlicher Politiker, der Mitglied des Präsidiums sei, und begreife nicht, um welche Probleme es tatsächlich gehe. Da die SPD, um die US-Regierung beeinflussen zu können, am NATO-Doppelbeschluss festhalten müsse, sei die derzeitige Diskussion über den Beschluss schädlich.¹⁰⁷⁵

Auch im Rückblick ist Ehmke der Auffassung, dass Eppler sich eher als „Vorkämpfer der Friedensbewegung“ denn als SPD-Präsidiumsmitglied gesehen habe. Eppler habe aufgrund seiner von der SPD-Mehrheitsmeinung abweichenden Ansicht eine gute Chance gehabt, Brücken zur Friedensbewegung zu schlagen. Das Präsidium hätte allerdings von ihm als Präsidiumsmitglied verlangen müssen, auch die SPD-Position darzulegen. Ehmke störte die „moralische Erhabenheit“ von Epplers Ausführungen bei der Friedensdemonstration im Oktober 1981. Er hätte nicht von einer Satellitenrolle der Bundesregierung gegenüber den USA sprechen können, denn die Westeuropäer, vor allem Helmut Schmidt, hätten die USA

¹⁰⁷⁰ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Parteivorstandes, 15.10.1981 (18 S.), S. 11-16, Dep. Schmidt 6308.

¹⁰⁷¹ Vgl. Hans Apel an Erhard Eppler, 22.10.1981, Dep. Eppler 64.

¹⁰⁷² So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

¹⁰⁷³ Erhard Eppler an Hans Apel, 1.12.1981, Dep. Eppler 64.

¹⁰⁷⁴ Horst Ehmke (geb. 1927), u.a. 1967-1969 Staatssekretär im Bundesjustizministerium, 1969 Bundesjustizminister; leitete als Bundesminister für besondere Aufgaben 1969-1972 das Bundeskanzleramt; 1972-1974 Bundesminister für Forschung und Technologie.

¹⁰⁷⁵ Vgl. Information über einen Aufenthalt von Herbert Häber in der Bundesrepublik Deutschland vom 16. bis 22. Februar 1981, in: Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.), Die Häber-Protokolle (S. 257-277), S. 264f.

zur Entscheidung gedrängt. Er habe Eppler damals gebeten, auf sein Vokabular, das ihn an die „deutschnationalen Töne der Treitschke-Schule“ erinnerte, zu verzichten. Hohen Respekt hatte Ehmke vor Epplers Arbeit am SPD-SED-Dokument.¹⁰⁷⁶

Eppler forderte, vom verhängnisvollen Bündnis zwischen Nationalismus, Militarismus, rechten Vorurteilen, Rassismus und Antisemitismus in der deutschen Geschichte die natürlichen nationalen Interesse zu trennen und den Rest dieser Tradition abzulegen.¹⁰⁷⁷ Obwohl er zudem eine nationalistische Friedensbewegung für einen Widerspruch in sich hielt,¹⁰⁷⁸ wurde ihm auch von anderen Nationalismus vorgeworfen:

„Weil ich am 10. Oktober 1981 im Bonner Hofgarten gefordert hatte, ‚die Kette der Vor- und Nachrüstungen aufzubrechen, die uns alle in Richtung Abgrund zerrt‘, wurde mir in keinem geringeren Blatt als der ZEIT von keiner geringeren Autorin als Marion Dönhoff vorgeworfen, ich sei in den Jargon derer verfallen, die seinerzeit die Ketten von Versailles brechen wollten. Natürlich wurde dies in der ‚New York Times‘ aufgegriffen, und von dort ging es um die Welt.“¹⁰⁷⁹

EPPLERS VERHÄLTNIS ZUR SOWJETUNION

Eppler bemühte sich in den achtziger Jahren um intensive Kontakte zur UdSSR, auch wenn er nicht mehr im Zentrum der Bundespolitik stand.

1980 erinnerte er den sowjetischen Botschafter Semjonow an seine guten Kontakte zu dessen Vorgängern Zarapkin und Valin. Der Name Semjonow habe ihm schon Anfang der fünfziger Jahre bei seiner Zusammenarbeit mit Gustav Heinemann einiges bedeutet.¹⁰⁸⁰ Da seine internen Informationen über außenpolitische Vorgänge sich auf seine Kenntnisse aus dem SPD-Präsidium beschränkten, bat er um ein Gespräch mit Semjonow, um zu erfahren, „wie die Welt gegenwärtig aussieht, wenn man sie von Moskau aus betrachtet“.¹⁰⁸¹ Semjonow, mit dem er sich nur dieses eine Mal traf, reagierte, wie Eppler rückblickend berichtete, sofort und lud ihn ein. Er hatte später Kontakte zu Semjonows Stellvertreter Terechov.¹⁰⁸² Eppler beschrieb den Besuch bei Semjonow folgendermaßen:

„Ich hatte das erwartet, was man bei sowjetischen Diplomaten und Politikern erwarten musste, nämlich dass er mir einen langen Vortrag hält über die sowjetische Außenpolitik und nicht übermäßig interessiert ist an meiner Meinung. Das Gegenteil war der Fall. Er hatte jemanden da, der jedes Wort protokollierte, was ich sagte. Er wollte von mir wissen, wie man in der Nachrüstungsfrage vielleicht doch weiterkommen könnte. Ich habe ihm zuerst einmal klar gemacht, dass ich überhaupt kein Mandat hatte - ich war ja nicht mehr im Bundestag, nicht im Auswärtigen Ausschuss, hatte keinen Kontakt zur Regierung ... Ich habe gesagt, wenn Sie zu mehr Verständnis auch in der öffentlichen Meinung bei uns kommen wollen und auch eine gewisse Chance haben wollen, dass es zu einer Vereinbarung kommt, dann muss die Sowjetunion eine deutliche Reduzierung ihrer SS-20 vornehmen. Ich habe nicht gesagt Null. Sie müssen die weitere Stationierung stoppen und dann auf eine Zahl reduzieren, die im Westen keine Befürchtungen mehr bewirkt. Das eigentümliche war, dass er nicht - was sonst

¹⁰⁷⁶ Vgl. Kapitel 3.3.

Vgl. Horst Ehmke, Mittendrin, S. 315f., S. 392.

¹⁰⁷⁷ Vgl. Dr. Otto Graf Lambsdorff u.a., „Harte Zeiten für Helmut Schmidt“, BBC Radio 4, englisch, 18.11.1981 (S. 8-12), S. 11.

¹⁰⁷⁸ Vgl. Eppler, Erhard, Friedensbewegung 1984, S. 22f.

¹⁰⁷⁹ Ebd., S. 22.

¹⁰⁸⁰ Vgl. S. 47f. des vorliegenden Textes.

¹⁰⁸¹ Vgl. Erhard Eppler an Wladimir Semjonowitsch Semjonow, 22.4.1980, Dep. Eppler 51.

¹⁰⁸² So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

sowjetische Diplomaten gemacht haben - mich versuchte zu überzeugen, dass das alles ganz anders sei, sondern er hat das einfach zur Kenntnis genommen, ohne große Propagandareden. Es war schon damals ganz offenkundig für mich, dass die Sowjetunion in einer großen Verlegenheit steckte, dass sie eigentlich gerne nachgegeben hätte, aber dass sie Angst hatte, damit ihren Weltmachtstatus zu verlieren. Und hier liegt übrigens ... der entscheidende sachliche Unterschied in meiner Einschätzung und in der Einschätzung von Helmut Schmidt. Der Unterschied lag nicht darin, dass der eine sagte, wir brauchen ein Gleichgewicht und der andere sagte, wir brauchen es nicht, sondern lag darin, dass Schmidt immer davon sprach, die wollen uns erpressen, die wollen mit diesen Raketen zumindest die Möglichkeit haben, Westeuropa und vor allem Deutschland zu erpressen. Und ich war wohl auch im Zusammenhang mit dem Gespräch und auch mit Gesprächen mit Kvizinsky der Meinung, die Sowjetunion überdreht mit den SS-20 ..., aber sie überdreht aus Angst, ihren Weltmachtstatus zu verlieren, nicht in der Hoffnung, uns erpressen zu können. Das war die eigentliche Differenz in der Einschätzung der Sowjetunion, weil ich die Sowjetunion damals schon für wesentlich schwächer hielt, als der Westen behauptete und als die Sowjetunion selbst behauptete, weil sie ja immer Angst hatte, nicht mehr als gleichwertige Weltmacht gehandelt zu werden.“¹⁰⁸³

Da Eppler bei seinem Besuch in Nordkorea im August 1981 über Moskau fliegen musste, wollte er dort auch mit Politikern sprechen. Er berichtet rückblickend, dass er wirkliche politische Gespräche in Nordkorea, einem abgeblockten Staat mit einem unvorstellbaren Personenkult, nicht habe führen können. Er habe erst in Pjöngjang den Grund für seine Einladung begriffen: Zur Aufwertung Nordkoreas sollte Willy Brandt das Land besuchen und er sollte diesen dazu anregen. Eppler selbst hatte vor, sich über die Lage in Nordkorea zu informieren.¹⁰⁸⁴ Er sei in Nordkorea von der Außenwelt abgeschnitten gewesen. Kim Il Sung habe im Gespräch mit ihm in seiner Haltung gegenüber den Weltmächten keine Unterschiede gemacht, empfinde sein Land als blockfrei, wolle in der blockfreien Bewegung mitarbeiten und Kontakte zu Europa, auch der Bundesrepublik. Epplers Vorschlag im SPD-Präsidium, eine Delegation der nordkoreanischen Partei auch in der Bundesrepublik zu empfangen, stimmte das Präsidium zu.¹⁰⁸⁵ Nach Epplers Darstellung suchte Nordkorea die Kontakte zu westeuropäischen Staaten, um seinen Status als blockfreies Land stärker zu profilieren und sich deutlicher gegenüber den Großmächten zu behaupten. Es sei an diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik interessiert.¹⁰⁸⁶

Eppler führte seiner Ansicht nach in Moskau ähnliche Gespräche wie mit Semjonow über die sowjetischen SS-20. Semjonow berichtete Moskau anscheinend sehr exakt und ausführlich über sein Gespräch mit ihm. Seine Gesprächspartner in Moskau hätten praktisch an das Gespräch mit Semjonow angeknüpft. Der ZK-Abteilungsleiter für Internationales, Sagladin, machte auf ihn einen „sehr unaufgeregten Eindruck“. Bei genauem Hinhören habe man gemerkt, dass die UdSSR nicht an einem Überfall Westeuropas interessiert gewesen sei und dazu nicht die Möglichkeiten besessen habe. Das hätten seine Gesprächspartner allerdings nie so ausgedrückt. In der Friedensbewegung seien nach ihrer Einschätzung Menschen, die der UdSSR nach dem Mund reden. Eppler handelte nicht so, sondern stellte

¹⁰⁸³ Ebd.

¹⁰⁸⁴ Vgl. ebd.

¹⁰⁸⁵ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 7.9.1981, (9 S.), S. 6, Dep. Schmidt 9466/Dep. Eppler 115.

¹⁰⁸⁶ Vgl. Eppler: Moskau will Zahlen über Rüstungspotential nennen, ppp, 32. Jg. Nr. 166 (2.9.1981).

Forderungen.¹⁰⁸⁷ Die sowjetischen Politiker hätten die Friedensbewegung mit „skeptischem Interesse“ betrachtet, denn sie hätten sich nicht vorstellen können, dass diese die Politik von Regierungen behindern könne.¹⁰⁸⁸

Hauptgegenstand der Gespräche war nach Epplers Darstellung, wie in den nächsten Jahren in Europa der Frieden erhalten und das Wettrüsten bei den Mittelstreckenraketen beendet werden könnte. Er lehnte den Bau der Neutronenwaffe durch die USA ab. Er betonte gegenüber Radio Moskau, dass es selbstverständlich die Entscheidung der Bundesrepublik sei, welche Waffen auf ihrem Territorium stationiert würden.¹⁰⁸⁹

Eppler berichtete dem SPD-Präsidium von seinem Eindruck, dass die sowjetische Staatsführung auf die internationale Entwicklung „mit Gelassenheit“ reagiere. Die UdSSR sei nun zur Bekanntgabe von Daten über die SS-20 bereit¹⁰⁹⁰ und wolle stärker informieren. Er selbst habe einige Informationen, etwa über die SS-20, bekommen.¹⁰⁹¹ Sagladin habe ihm berichtet, dass die Sowjets nicht nur bei den Trägerwaffen von einem Gleichgewicht ausgingen, sondern auch bei den Sprengköpfen, die wesentlich kleiner seien als bisher angenommen. Bei einer Stationierung amerikanischer Raketen in der Bundesrepublik würde die UdSSR aber größere Sprengköpfe einführen.¹⁰⁹²

Eppler gewann bei seinem Aufenthalt in Moskau den Eindruck, dass die Sowjetunion das amerikanische Verhandlungsinteresse für sehr gering halte, sich aber trotzdem auf die Verhandlungen vorbereite, um doch noch zu Ergebnissen zu kommen. Die UdSSR sei in ihrer Einschätzung der amerikanischen Außenpolitik aufgrund der sehr unterschiedlichen Äußerungen aus den USA unsicher und werde beim Aufbau beweglicher Mittelstreckenraketen in Westeuropa Gegenmaßnahmen treffen, etwa die Vorbereitung einer flächendeckenden Vernichtung der Bundesrepublik.¹⁰⁹³ Die Sowjetunion wolle anders als der Westen über sämtliche Mittelstreckenraketen, auch die seegestützten, verhandeln. Sie ziehe seit dem NATO-Doppelbeschluss keine älteren Raketen mehr für neue SS-20 ab.¹⁰⁹⁴ Eppler glaubte nicht mehr an eine Einigung beider Supermächte und hatte den Eindruck, dass sich die Sowjetunion auf die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen einrichte und die Chance, dies zu verhindern, für sehr gering halte.

¹⁰⁸⁷ So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

¹⁰⁸⁸ Vgl. Eppler: Moskau will Rüstungszahlen nennen. Bericht über Gespräche in der Sowjetunion und Nordkorea, FAZ, 3.9.1981.

¹⁰⁸⁹ Vgl. Radio Moskau (dtsh.): Interview Epplers für den Korrespondenten des Moskauer Rundfunks vor seiner Abreise aus Moskau, 24.8.1981.

¹⁰⁹⁰ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 7.9.1981 (9 S.), S. 6, Dep. Schmidt 9466/Dep. Eppler 115.

¹⁰⁹¹ Vgl. auch Erhard Eppler, ..., zu seinen Gesprächen mit führenden sowjetischen Politikern über Abrüstung und der Rüstungskontrolle (sic!), ZDF, 22.8.1981.

¹⁰⁹² Vgl. Eppler: Moskau will Zahlen über Rüstungspotential nennen, ppp, 32. Jg. Nr. 166 (2.9.1981).

¹⁰⁹³ Vgl. Dr. Erhard Eppler, SPD-Präsidiumsmitglied, zu seinen Gesprächen in Moskau (im Anschluß an seine Bonner Pressekonferenz), DLF, 2.9.1981; vgl. auch Rüstungsbegrenzung. Eppler ist skeptisch, Handelsblatt, 3.9.1981; Eppler: Moskau will Zahlen über Rüstungspotential nennen, ppp, 32. Jg. Nr. 166 (2.9.1981).

Er wusste, dass er die sowjetischen Behauptungen nicht kontrollieren konnte¹⁰⁹⁵ und eine Weltmacht einem Besucher ohne staatliches Amt kaum Neuigkeiten mitteilte. Er wehrte sich dagegen, dass ihm aufgrund seines Berichts über die sowjetischen Äußerungen, unterstellt werde, dies für die „letzte Wahrheit“ zu halten. Einige seiner Angaben seien in der Presse falsch wiedergegeben worden. Aufgrund des Zögerns seiner sowjetischen Gesprächspartner über die öffentliche Verwendung der ihm genannten Informationen, habe er bis jetzt keine Zahlen etwa zur Größe sowjetischer Sprengköpfe genannt. Es zeige, wie vergiftet die Atmosphäre sei, wenn der Versuch, die Sowjetunion in die Rüstungsstrategische Debatte hineinzuzwingen, als Verbreitung sowjetischer Propaganda verleumdet werde.¹⁰⁹⁶

Eppler ging 1982 davon aus, dass die UdSSR während des Ost-West-Konflikts ein Ausscheiden Polens aus dem östlichen Paktsystem und Polens Rückkehr zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht zulassen werde, denn dies treffe ihren „Lebensnerv“. Allerdings müsse die UdSSR z.B. akzeptieren, dass die Polen eher der katholischen Kirche vertrauten als der Vereinigten Arbeiterpartei. Seiner Einschätzung nach waren Proteste gegen die Verletzung der Menschenrechte hilfreich. Warschau und Moskau sollten wissen, dass sich der Westen mit einer Militärdiktatur in Polen nicht abfinden werde. Zunächst solle man dem polnischen Ministerpräsidenten Wojciech Jaruzelski trauen, dass er vor allem ein sowjetisches Eingreifen verhindern wolle. Da ihm dies durch westliche Sanktionen viel schwerer fallen werde, lehnte Eppler Sanktionen gegen Polen ab.¹⁰⁹⁷ Er unterstütze die Politik der Bundesregierung gegenüber Polen, Jaruzelski zu unterstützen, ihm aber deutlich zu machen, dass er seine Zusagen einlösen müsse und eine Normalisierung in Polen nicht durch Sanktionen zu erschweren.¹⁰⁹⁸ Er plädierte dafür, deutlich gegen das Militärregime in Polen Stellung zu beziehen.¹⁰⁹⁹

Sanktionen konnten nach Epplers Meinung nicht von den USA angeordnet werden, denn Polen liege in Europa und sei zuerst „Sache der Europäer“. Die USA sollten ihre Vorstellungen über ein Ende der Militärherrschaft in Polen erläutern und die Gründe dafür, dass sie Sanktionen in Chile nach dem Sturz der freigewählten Regierung Allende durch Pinochets Soldaten aufgehoben hätten. Polen hielt er für den Prüfstein einer europäisch konzipierten

¹⁰⁹⁴ Vgl. Rüstungsbegrenzung. Eppler ist skeptisch, Handelsblatt, 3.9.1981.

¹⁰⁹⁵ Vgl. Eppler: Moskau will Rüstungszahlen nennen. Bericht über Gespräche in der Sowjetunion und Nordkorea, FAZ, 3.9.1981.

¹⁰⁹⁶ Vgl. Schütz, Hans Peter, „Moskau wird offensiv mit Informationen eingreifen“. Skepsis gegenüber Washingtons Verhandlungswillen über Nachrüstung – Die SPD schluckt schwer an den Haushaltskröten, Stuttgarter Nachrichten, 5.9.1981.

¹⁰⁹⁷ Eppler, Erhard, General Jaruzelski muß beim Wort genommen werden. Polen wird zum Prüfstein einer europäisch konzipierten Friedenspolitik, FR, 6.1.1982; vgl. die gekürzte Fassung: ders., Polen als Prüfstein einer europäischen Friedenspolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1987 Nr. 4 (S. 559f.), S. 559f. (Nachdruck aus Heft 2/1982 (S. 149ff.)).

¹⁰⁹⁸ Vgl. Westhof, Joachim, Wenig Hoffnung in Genfer Raketen-Runde. WR-Interview mit Erhard Eppler- Für Bonner Linie der Polen Politik, Westfälische Rundschau, 21.1.1982.

¹⁰⁹⁹ Vgl. Dr. Erhard Eppler, Mitglied des Präsidiums der SPD, zu Polen und zur Friedensbewegung, DLF, 30.12.1981.

Friedenspolitik. Vielleicht sei die Welt für die Supermächte nach einer sowjetischen Intervention in Polen „übersichtlicher“, doch die Europäer wollten, dass Polen ein freier, demokratischer und wohlhabender Staat werde und die UdSSR das hinnehme, denn dies sei für Europa gut und diene dem Frieden.¹¹⁰⁰

Hier nahm Eppler eine Mittlerposition ein. Einerseits plädierte er dafür, die polnische Regierung zu unterstützen, weil er einen gewaltsamen Umbruch in Polen und eine sowjetische Intervention befürchtete. Deshalb lehnte er auch westliche Sanktionen ab. Andererseits forderte er die Einhaltung der Menschenrechte in Polen und war gegen ein polnisches Militärregime.

1985 und 1986 traf Eppler den sowjetischen Botschafter und Leiter der sowjetischen Delegation „Weltraumwaffen“ bei den Genfer Verhandlungen, Juri Kvizinsky.

Dieser erklärte ihm im Oktober 1985, dass die sowjetischen Vorschläge sogar dann für die USA „Haken“ hätten, wenn die Sowjetunion nicht auf der Grundbedingung beharre, zuerst einen prinzipiellen Verzicht auf Weltraumwaffen zu erzielen, und wenn die amerikanische Regierung verhandlungswillig wäre. Die UdSSR werde nach einer solchen Grundsatzvereinbarung flexibler verhandeln. Aufgrund dieser Situation ging Eppler nicht von einer Chance auf ein Ergebnis in Genf aus: Die USA stellten Fragen zu den sowjetischen Vorschlägen und die UdSSR wichen mit der Bemerkung aus, darüber könne nach einer Verständigung über den Weltraum geredet werden.

Auf Epplers Frage, ob solche Verhandlungen oder gar keine Verhandlungen schlimmer seien, habe Kvizinsky einen „ziemlich hilflosen Eindruck“ gemacht und unterstrichen, dass alle Verhandlungen wollten, aber für Gorbatschow Verhandlungen als „Nebelvorhang vor der Rüstung“ nicht in Betracht kämen. Auf seine Frage, ob Gorbatschow es sich leisten könne, ohne Ergebnisse von Genf nach Hause zu kommen, habe Kvizinsky gefragt, ob Gorbatschow es sich leisten könne, nicht nach Genf zu fliegen. Nach Epplers Ansicht befand sich die UdSSR in einem Dilemma, aus dem sie noch keinen Ausweg wisse. Nach Kvizinskys Darstellung wurde Europa (die einzelnen Staaten der EG und die EG als Ganzes) unter diesen Umständen als Ansprechpartner für die UdSSR immer wichtiger.

Eppler betrachtete die sowjetischen Maßnahmen als „eindrucksvoll“, die explizit auf die Vorschläge der Niederlande zielten (Raketenzahl). An seinem und Lafontaines Rat, mit einseitigen Abrüstungsschritten fortzufahren, vor allem in Europa und im konventionellen Bereich, da dies irgendwann nicht mehr für Propaganda gehalten werden könne, sei Kvizinsky „interessiert“ gewesen. Eppler sah alles als hilfreich an, was die osteuropäischen und vor allem die deutschen Ängste vor den sowjetischen Waffen vermindere. Auf seine

¹¹⁰⁰ Eppler, Erhard, General Jaruzelski muß beim Wort genommen werden, FR, 6.1.1982; vgl. auch Westhof, Joachim, Wenig Hoffnung in Genfer Raketen-Runde, Westfälische Rundschau, 21.1.1982; Dr. Erhard Eppler, Mitglied des Präsidiums der SPD, zu Polen und zur Friedensbewegung, DLF, 30.12.1981.

Frage nach der sowjetischen Reaktion, wenn eine SPD-geführte Regierung sie frage, wie weit sie zur Reduzierung ihrer Mittelstreckenraketen bereit sei, wenn die Pershings in der Bundesrepublik abgebaut würden, habe Kvizinsky „sehr positiv“ reagiert und „sogar“ vor der Wahl darüber vertrauliche Gespräche für möglich gehalten.¹¹⁰¹ Für Eppler gab es zwei Probleme:

In der Sache ergeben sich vor allem zwei neue Schwierigkeiten: 1. das rasch wachsende französische atomare Potential (6. U-Boot) und 2. die Stationierung von Cruise missiles außerhalb der Bundesrepublik. Von daher wäre es ratsam, sich bei entsprechender Fühlungnahme auf die Pershing zu konzentrieren.¹¹⁰²

Er berichtete dem Präsidium von seiner Begegnung mit dem sowjetischen Unterhändler der Genfer Abrüstungsverhandlungen.¹¹⁰³ Er glaubte, dass sich die US-Regierung erst später zu Gorbatschows Abrüstungsvorschlägen definitiv äußern werde. In dieser Zeit werde die Regierung Kohl „Unsicherheiten“ zeigen, die die SPD zu einer außenpolitischen Initiative nützen müsse. Gorbatschows „globaler Wahlkampf“ werde das laufende Jahr prägen.¹¹⁰⁴

Eppler wollte durch den Kontakt zum sowjetischen Botschafter Kvizinsky die deutschen Möglichkeiten zur Beseitigung der Mittelstreckenraketen ausloten. Im Juni 1986 habe Kvizinsky ihn zu seiner Meinung gefragt, wenn die Sowjetunion ihre Bereitschaft zu bilateralem Handeln zuerst gegenüber Genscher äußere. Dies hielt Eppler für eine gute Idee. Ende Juli habe ihm Botschaftsrat Rodin im Auftrag von Kvizinsky die deutsche Übersetzung des sowjetischen Kommuniqués über Genscher überbracht. Die darin enthaltene Passage, dass die Sowjetunion Genscher tatsächlich ein entsprechendes Angebot gemacht habe, werde bisher in der Bundesrepublik unterschlagen, was auch im Interesse der Bundesregierung sei. Er habe Rodin zugesagt, Brandt, Rau und Vogel auf diese Passage aufmerksam zu machen und darum gebeten, dass die Sowjetregierung noch einmal auf diesen wichtigsten Punkt in den Gesprächen mit Genscher hinweise, damit es in der Bundesrepublik leichter werde, daran anzuknüpfen.¹¹⁰⁵

¹¹⁰¹ Vgl. Erhard Eppler an Willy Brandt. Vermerk über ein Gespräch zwischen Jury Kvizinsky, Oskar Lafontaine und Erhard Eppler in Basel am 20.10.1985, von 12-15 Uhr, 21.10.1985 (3 S.), S. 1-3, Dep. Eppler 116.

¹¹⁰² Ebd., S. 3.

¹¹⁰³ Das ist Kvizinsky. So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

¹¹⁰⁴ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 20.1.1986 (8 S.), Dep. Eppler 116, S. 4f.; Epplers konkrete Anmerkungen zu einer Stellungnahme des Präsidiums zu Gorbatschows Abrüstungsvorschlägen sind im Protokoll leider nicht vermerkt.

¹¹⁰⁵ Vgl. Erhard Eppler an Willy Brandt, 27.7.1986, Dep. Eppler 124.

3. 2. Deutsch-deutsche Kirchentage

EPPLERS FRIEDENSPOLITISCHES WIRKEN IN DER EVANGELISCHEN KIRCHE

Eppler vertrat seine deutschland- und ostpolitischen Ansichten auch in der evangelischen Kirche. Er plädierte für eine Stellungnahme der Kirche gegen die Aufrüstung. Dennoch war für ihn die Kirche generell offen für alle politischen Strömungen. Teil seiner politischen Basis war Anfang der achtziger Jahre die evangelische Kirche, doch war er nicht nur von diesem Wirkungsfeld abhängig. Während in den sechziger Jahren Epplers Tätigkeitsschwerpunkt in den Gremien der EKD lag, war es nun der Kirchentag.

Es sollen zunächst Epplers Verständnis von der evangelischen Kirche in den achtziger Jahren beschrieben und seine friedenspolitischen Äußerungen sowie sein Einsatz für Verständigung mit der UdSSR vor allem über die Kirche dargestellt werden. Im zweiten Teil dieses Kapitels wird sein Wirken auf den deutsch-deutschen Kirchentagen untersucht.

Eppler war von 1968 bis 1984 Mitglied der EKD-Synode, war von 1977 bis 1983 im Vorstand des Deutschen Evangelischen Kirchentags und leitete den Kirchentag in Hannover 1983. Er war von 1981 bis 1983 amtierender Kirchentagspräsident, gehörte dem Kirchentagspräsidium an und leitete als Kirchentagspräsident 1991 den Kirchentag im Ruhrgebiet.

Er verlagerte sein Engagement von den Gremien der EKD zum Deutschen Evangelischen Kirchentag, da er sich von einem Wirken in der EKD nicht mehr viel versprach.¹¹⁰⁶ Er arbeitete nun lieber im Kirchentag als in der Synode, weil diese viele Rücksichten nehmen müsse, während beim Kirchentag viel unmittelbarer gehandelt werde¹¹⁰⁷ und er glaubte, dort mehr erreichen zu können. Er wurde zudem 1984 nicht wieder als Mitglied der Synode berufen. Die KAMMER FÜR ÖFFENTLICHE VERANTWORTUNG wurde seiner Meinung nach immer schlechter und taktischer geleitet.¹¹⁰⁸

Eppler kritisierte den wachsenden Einfluss der Verwaltung (in der EKD die Kirchenkanzlei) gegenüber dem Rat, der Synode und den Kammern in der evangelischen Kirche in den siebziger und achtziger Jahren. Auch hätten die Kirchenkanzlei und der Rat durch die Besetzung der Kammer dafür gesorgt, dass „politisch anstößige Papiere“ wie die Ostdenkschrift der sechziger Jahre nun unwahrscheinlich würden. Selbst wenn solche kirchlichen Äußerungen in der Kammer zustande kämen, würden sie nun wahrscheinlich an der Kirchenkanzlei und dem Rat scheitern. Eppler entdeckte auf der einen Seite eine

¹¹⁰⁶ Vgl. dazu auch Eppler, Erhard., Man nehme zum Beispiel den Kirchentag, in: Girock, Hans-Joachim (Hrsg.), Ein Traum von Kirche. Brauchen wir ein anderes Christentum?, Stuttgart 1988 (S. 55-64), S. 63f. Hier hielt Eppler den Kirchentag für eines der Experimentierfelder, von dem aus etwas von außerhalb in die Gemeinden hineinströmt; dies sei einer der Gründe für sein fast ausschließliches Engagement beim Kirchentag und kaum noch in der EKD (abgesehen von der Öffentlichkeitskammer) gewesen.

¹¹⁰⁷ Vgl. Gespräch mit Erhard Eppler, Sender Freies Berlin, 7.11.1981 (24 S.), S. 14-17, Privatarchiv Eppler.

¹¹⁰⁸ So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

lebendigere und geistlich radikalere Kirche in den Gemeinden, Kirchengruppen und auf dem Kirchentag und auf der anderen Seite eine angepasstere Kirchenleitung und Kirchenverwaltungen.¹¹⁰⁹

Er bemängelte des weiteren, dass die Friedensbewegung in der Kirche nicht in die KAMMER FÜR ÖFFENTLICHE VERANTWORTUNG integriert sei. Außerdem sei die Kammer im Vergleich zur Mitte der sechziger Jahre, als die Ostdenkschrift auf die Gesellschaft gewirkt habe, unbeweglicher geworden. Trotz der Enttabuisierung der Alternativen zur bisherigen Sicherheitspolitik sah er 1981 keine wirklich vorwärtsweisende Position der Kirche.¹¹¹⁰

Eppler kritisierte das verspätete Erscheinen von Denkschriften und Äußerungen der EKD. So sei die Erarbeitung der Denkschrift zum Demokratieverständnis der Kirche von 1985 vor einigen Jahren sehr nützlich gewesen. Nach seiner Ansicht vertiefte sich der Graben zwischen Kirchenleitung und Basis um so mehr, je ängstlicher die Kirchenleitungen würden. Dass die Kirche oft nicht aus theologischen, sondern aus politischen Gründen handle, zeige 1983 die Streichung einer entscheidenden Passage gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen aus einer Vorlage der Kammer für ein Wort des Rates der EKD.¹¹¹¹

Für Eppler war die Diskussion um die Friedensbewegung kein neues Phänomen der evangelischen Kirche in Deutschland. Zwischen 1950-1955 seien die Wiederaufrüstung und der Beitritt der Bundesrepublik zum westlichen Paktsystem umstritten gewesen, Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre die ethische Bewertung von Massenvernichtungsmitteln, vor allem Atomwaffen. Zwischen 1965 (Ostdenkschrift) bis etwa 1972 (mehrheitliche Billigung von Brandts Friedenspolitik) hätten viele Kirchenmitglieder Brandts Ostpolitik befürwortet. Doch seit Ende der siebziger Jahre seien viele Christen angesichts der Beschleunigung der Rüstung davon enttäuscht, dass die Friedenspolitik nicht den Frieden garantiere und diskutierten wieder über die ethische Vertretbarkeit von Atomwaffen. Diese konnte man nach Epplers Einschätzung als Christ nur ablehnen. Diese Ablehnung setze sich immer stärker in der evangelischen Kirche durch.¹¹¹²

Trotz seiner eindeutigen Stellung zur Nachrüstung versuchte er, den Kirchentag offen zu halten. Er empfand als Kirchentagspräsident den Kirchentag weder als religiöse Veranstaltung mit politischer „Garnierung“ noch als politische Veranstaltung mit religiöser Verzierung¹¹¹³ und verstand es als seine Aufgabe als Präsident des Kirchentags, für ein

¹¹⁰⁹ Vgl. Eppler, Erhard, Demokratie in Gefahr?, S. 38.

¹¹¹⁰ Vgl. Gespräch mit Erhard Eppler, Sender Freies Berlin, 7.11.1981, S. 5.f.

¹¹¹¹ Vgl. Eppler, Erhard, Wie politisch soll die Kirche sein?, in: Vorgänge 86, 26. Jg. (1987) Heft 2 (S. 33-45), S. 36-44 (gleicher Text: ders., „Wie politisch soll die Kirche sein?“, in: ders., Einsprüche (S. 325-340); gekürzte Fassung: ders., Wie politisch soll die Kirche sein?, in: Ev. Kommentare 19. Jg. (1986) Nr. 4 (S. 215-217)). Der Vortrag beruht auf Epplers Rede auf der Tagung des Arbeitskreises SPD/Kirchen der SPD-Landesorganisation Hamburg am 30. November 1985.

¹¹¹² Vgl. ders., Abrüstung - Frieden - Position der evangelischen Kirche, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 34. Jg. (1983) Nr. 9 (S. 576-582), S. 576-582.

¹¹¹³ Vgl. Eppler: Kirchentag ein urtümliches Gewächs. Kritische Grenze bei weiter steigenden Teilnehmerzahlen?, FR, 11.6.1982.

Klima der „brüderlichen Kontroverse“ zu sorgen.¹¹¹⁴ Er befürchtete im Vorfeld des Kirchentags 1983 keine Polarisierung.¹¹¹⁵ Die Schwierigkeit des Kirchentags 1983 lag für ihn 1981 darin, das Offenhalten für alle Strömungen des deutschen Protestantismus mit den Menschen, die ihre Sorgen äußern wollten, auf einen Nenner zu bringen.¹¹¹⁶

Da nach Epplers Auffassung der Kirchentag immer verschiedene Positionen dulden musste, war für ihn *der* Kirchentag nicht für oder gegen die Nachrüstung.¹¹¹⁷ Er betrachtete den Hamburger Kirchentag 1981 nicht als Instrument der „Kampfansage“, sondern als „Seismograph“ und „Barometer“ des deutschen Protestantismus. Er lehnte die Errichtung einer einseitigen Front auf dem Kirchentag ab. Vielmehr könnten auf dem Kirchentag alle Strömungen des deutschen Protestantismus zu Wort kommen. Eppler hoffte, dass aus der Diskussion in der Kirche Gedanken entstünden, die Frieden ermöglichen und Anstöße für die Politik geben könnten. Es sei nicht Auftrag der Kirche zu polarisieren, sondern zu helfen, einen Weg aus der „Sackgasse“ zu finden. Er forderte, die Bergpredigt ernst zu nehmen, an der sich Politik allerdings seiner Meinung nach noch nie allein orientiert hatte.¹¹¹⁸

Trotz dieser Beteuerungen befürchtete der Politikwissenschaftler Peter Graf Kielmansegg, dass der Kirchentag 1981 ein Forum gegen die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik werde. Er kritisierte, dass statt der Urteilskraft die Angst mobilisiert werde und warnte vor der Blindheit der Friedensbewegung, von der große Teile die Rahmenbedingungen westdeutscher Außenpolitik nicht begriffen hätten.¹¹¹⁹

Nach Epplers Einschätzung baute allerdings nicht die Friedensbewegung, sondern die Rüstungspolitik und sogar die Bundesregierung auf Angst, nämlich auf Angst vor der Sowjetunion. Er verlangte einen fairen Umgang aller miteinander. Frieden wollten alle – und das gestand er auch jedem zu – es gehe aber um den besseren Weg dahin. Das Vorgehen der Regierenden beschleunigte seiner Überzeugung nach den Rüstungswettlauf und erhöhte die Kriegsgefahr. Den Aufstand gegen die „vermeintlichen Rüstungszwänge“ wertete er als Zeichen der Vitalität Europas, das nicht als „Vorfeld“ oder „Schlachtfeld“ der Weltmächte dienen wolle.¹¹²⁰ Eppler antwortete Kielmansegg weiter:

„Es stimmt, daß es die Versuchung des Hasses gibt, auch in der Friedensbewegung. ... Aber ist es etwa fair, die Friedensbewegung als ein Bündnis der naiven Moralisten mit gerissenen Verfassungsfeinden darzustellen, als Versuch, ‚die Flucht ins Gefühl‘ anzutreten und ‚sich der Debatte mit der

¹¹¹⁴ Vgl. Erhard Eppler, ..., zur aktuellen Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß, WDR, 3.6.1983

¹¹¹⁵ Vgl. Dr. Ernst Albrecht, ..., Erhard Eppler, ..., zur Friedensdiskussion auf dem Evangelischen Kirchentag, ZDF, 7.6.1983.

¹¹¹⁶ Vgl. Gespräch mit Erhard Eppler, Sender Freies Berlin, 7.11.1981, S. 14.

¹¹¹⁷ Vgl. „Da wurde ein fatales Eigentor geschossen“, Spiegel 15.6.1981.

¹¹¹⁸ Vgl. Bernhard, Rudolph, „Es droht eine Aufrüstung, die zum Krieg führen kann“. Diskussion beim Evangelischen Kirchentag mit Verteidigungsminister Apel geplant – Plädoyer für eine Umrüstung der Bundeswehr, Stuttgarter Nachrichten, 11.2.1981.

¹¹¹⁹ Vgl. Kielmansegg, Peter, Graf, Der Kirchentag und der Frieden. Christen im Angesicht von Weitrüsten, Abrüsten und den brutalen Fakten der Macht, in: Joffe, Josef (Hrsg.), Friede ohne Waffen? Der Streit um die Nachrüstung, Hamburg 1981 (S. 66-72), S. 66-72.

¹¹²⁰ Vgl. Eppler, Erhard, Deutschland – Vorfeld oder Schlachtfeld?, in: ebd. (S. 73-80), S. 74-80.

Gebärde des moralischen Protestes zu verweigern'? Wenn ich richtig sehe, hat die Friedensbewegung die Debatte erst ausgelöst, ja gegen den Willen der Expertokratie erzwungen. ... Und so verändert die Rüstungsdebatte heute ihre Qualität nicht durch das Bündnis der Naiven mit den Gerissenen, sondern durch das Bündnis derer, die vom Rüstungswettlauf nichts mehr wissen wollen mit denen, die zuviel davon wissen.¹¹²¹

Eppler plädierte auch in der Kirche für einen fairen Umgangston und dafür, dass die verschiedenen Lager sich in der Kirche bei der Diskussion um den Frieden nicht mit „Traktätchen“ bekämpfen. Als Ausgangspunkt einer Diskussion beider Lager seien die Heidelberger Thesen von 1959 sinnvoll, nach denen der Weltfriede zur Lebensbedingung des technischen Zeitalters geworden sei und der Christ von sich einen besonderen Beitrag zur Herstellung des Friedens verlangen müsse. In diesen Thesen werde der Waffenverzicht ebenso als christliche Handlungsweise anerkannt wie der Versuch, durch Atomwaffen den Frieden in Freiheit zu sichern. Ihm sei der Kompromiss in der KAMMER FÜR ÖFFENTLICHE VERANTWORTUNG bei ihrer Arbeit an der Friedensdenkschrift, dass Abschreckung durch Atomwaffen auch 1981 noch eine christliche Handlungsweise sei, schwergesunken. Allerdings sei hinzugefügt worden, dass über Sicherheitspolitik neu nachgedacht und alles getan werden müsse, um aus der jetzigen Situation zu geraten.¹¹²² Eppler führte seine Haltung folgendermaßen aus:

„Ich halte es nicht für eine christlich mögliche Haltung, in Geduld und Ergebung zu warten, bis die Menschheit sich atomar vernichtet, weil vielleicht Gott dies so wollen könnte. Ich meine, daß der Gott, der die Welt so geliebt hat, daß er seinen eingeborenen Sohn gab, doch nicht wollen kann, daß wir sie – mit allem Leben darin – in eine atomare Wüste verwandeln. Es ist uns also nicht erlaubt, die Hände in den Schoß zu legen, ...“¹¹²³

Er ging davon aus, dass die Chance verpasst worden sei, zu anderen Formen der Sicherheit als der gegenseitigen Bedrohung und totalen Vernichtung zu kommen. Bei einem neuen Nachdenken in der Kirche über die Sicherheitspolitik mussten nach seiner Darstellung sämtliche Voraussetzungen der „Sicherheit“ diskutiert werden: die Prämisse von der Verteidigung, denn es gebe spätestens beim Einsatz taktischer Atomwaffen nichts mehr zu verteidigen, die Prämisse der Abschreckung und die Prämisse vom Gleichgewicht. Er glaubte nicht, dass die Abschreckung bisher einen Krieg verhindert habe, sondern, dass keine der beiden Supermächte in dieser Zeit die andere habe überfallen wollen.

Als Lösungsansätze für Christen schlug Eppler neben seinen im vorherigen Kapitel schon beschriebenen Vorschlägen den Abschied von der „Illusion“ der absoluten Sicherheit vor.

¹¹²¹ Ebd., S. 73f.

¹¹²² Vgl. ders., Referat, 25.3.1982 in Stuttgart-Zuffenhausen (11 S.), S. 1f., Dep. Eppler 16. Eppler erklärte, dass er trotz vieler Schwierigkeiten an dieser Denkschrift mitgearbeitet habe, um das, was die evangelische Kirche gemeinsam sagen könnte, auch gemeinsam zu sagen. Wenn die USA wirklich den gewinnbaren Atomkrieg planten, sei die Kirche einig, dass dies schon die Heidelberger Thesen 1959 als Handlungsweise, die versuche mit Atomwaffen den Frieden zu sichern, ausgeschlossen hätten; vgl. Dr. Erhard Eppler, ..., zur Diskussion in der EKD über die EKD-Friedensdenkschrift, DLF, 18.8.1982

¹¹²³ Ebd., S. 1.

Für einen Christen gebe es keine Unverletzbarkeit, auch nicht politisch. Unerträglich fand er Äußerungen in der Kirche, dass man mit der Bergpredigt in dieser Welt keine Politik machen könne. Für ihn bedeutete das „Liebet eure Feinde“ kein kuschen oder anbiedern, sondern dass man den anderen, auch wenn man ihn als Feind betrachte, als ebenso fragwürdigen Menschen wie sich selber annehme mit Ängsten, Hoffnungen, Aggressionen und Irrtümern. Er hielt die Einteilung der Welt in Gut und Böse, bei der das Böse auf den anderen projiziert und man selbst entlastet werde, für friedensgefährdend und „zutiefst widerchristlich“.¹¹²⁴

Auch in seiner Ansprache als Kirchentagspräsident auf dem Kirchentag in Hannover 1983 setzte sich Eppler - wie er dies schon in der SPD getan hatte - für die Einheit der Kirche ein. Er schlug ein gemeinsames Vorgehen der verschiedenen Strömungen in der Kirche vor. Auch wenn keine Einigung auf dem Kirchentag darüber erzielt worden sei, ob Christen das System atomarer Drohung und Gegendrohung noch hinnehmen müssten, sei doch erkannt worden, dass mehr gemeinsame Eindeutigkeit wie in den Kirchen in der DDR und in den USA möglich sei und man sich den Weg zu dieser Einigkeit nicht dadurch versperren dürfe, einander den Glauben abzusprechen.¹¹²⁵ Er verstand den Kirchentag als Ansatz zur „Umkehr zum Leben“:

„Wie anders wäre jene heitere Entschiedenheit zu verstehen, die diesen Kirchentag unvergeßlich macht, die entschlossene, konsequente Friedfertigkeit, überschäumende Lebendigkeit, phantasievoll-unverkrampftes Engagement, die sich wie ansteckende Gesundheit ausgebreitet haben. Dies war ein fröhlicher, singender, tanzender Kirchentag, mutig im Angesicht tödlicher Bedrohung. ... Schon die Frage, ob dieser Kirchentag fromm oder politisch sei, erscheint da wie ein komisches Mißverständnis. ... Er (der Kirchentag, C.S.) war politisch, weil und insofern er fromm war. Er war ein Stück Umkehr in die ganze Wirklichkeit, die private wie die politische.“¹¹²⁶

Eppler verlangte von der Kirche Stellungnahmen zu gesellschaftlichen Fragen wie der Nachrüstung. Für ihn war schweigende Kirche immer eine zustimmende Kirche, da die Kirche durch Schweigen ebensoviel Politik gemacht habe wie durch Reden. Die Kirche sei aufgrund des Rüstungswettlaufs der Gesellschaft einen „Pazifismus der haß- und angstfreien Vernunft“ schuldig. Für ihn waren Denkschriften eine angemessene Form der politischen Äußerung der Kirche, trotz der Schwierigkeiten der KAMMER FÜR ÖFFENTLICHE VERANTWORTUNG bei der Formulierung einer Friedensdenkschrift.¹¹²⁷

Er war sich unsicher, ob er die Friedensdenkschrift mitverantworten könne. Er hätte ein deutlicheres Votum der Kammer gewollt, dass der Rüstungswettlauf höchstwahrscheinlich in den „Abgrund“ führe und die atomarer Abschreckung nicht mehr lange weitergehen könne.

¹¹²⁴ Vgl. ebd., S. 2-11.

¹¹²⁵ Vgl. ders., Ansprache von Kirchentagspräsident Dr. Erhard Eppler, Stuttgart am 12.6.1983, in: 20. Deutscher Evangelischer Kirchentag Hannover 1983 8.-12. Juni, Pressezentrum – Dokumentation Nr. 283 (S. 1f.), S. 2 (fast identischer Text: ders., Wort des Kirchentages, in: ders., Einsprüche (S. 314-316)).

¹¹²⁶ Ders., S. 1.

Außerdem hätte die Kirche die gegenwärtigen Gefahren und die Irrationalität der Sicherheitskonzeptionen in Ost und West deutlicher ausdrücken sollen.¹¹²⁸ Er erklärte später, dass er, wenn er bei der Ausarbeitung der Friedensdenkschrift die amerikanischen Vorstellungen über den führungsfähigen und gewinnbaren Atomkrieg gekannt hätte, nicht die modifizierte Weitergeltung der Heidelberger These (Atomwaffen sind zur Abschreckung, um einen Atomkrieg zu verhindern, eine mögliche christliche Handlungsweise) in dieser Denkschrift hätte mitverantworten können. Diese amerikanische Vorstellung eines Atomkriegs war für ihn auch ein politisch-ethisches und theologisches Problem.¹¹²⁹

Für Eppler war die Versöhnung der Menschen die Aufgabe des Christen. Sein Ziel war es, neue Wege zum Erhalt des Friedens zu finden und dabei die Prämissen der Sicherheitspolitik in Frage zu stellen. Er appellierte an die „intelligente Feindesliebe“, die dem Feind Verständnis statt Aggression entgegenbringt. Ökonomische Argumente für die Rüstungsindustrie (Sicherung der Arbeitsplätze) könne kein Christ verantworten und sie seien nicht stichhaltig.¹¹³⁰ Eppler forderte, darüber nachzudenken, was ein möglicher Atomkrieg für die christliche Lehre von Frieden bedeute, ob Christen sich am Versuch beteiligen dürften, Sicherheit zu errüsten, eventuell auch auf Kosten der Dritten Welt, oder sich an der Produktion ideologischer Feindbilder beteiligen dürften.¹¹³¹

Da Kirche für ihn immer eine „politische Dimension“ hatte, konnte sie sich auch durch Schweigen oder Wegsehen politisch schuldig machen. Eine der Aufgaben der Kirche sah er darin, Angst zu nehmen, Verkrampfungen zu lösen und Frieden zu stiften. Für eine Volkskirche bestehe immer die Gefahr, Themen auszuklammern oder sich auf Kompromisse zu verständigen, die nichts mehr bewegten. Dies sei auch beim Thema Rüstung der Fall. Es gebe die Gefahr, dass verfestigte Gruppen in der Kirche sich gegenseitig blockierten und neue Fragen immer wieder auf die alte Weise behandelt würden. Beiträge der Kirche in der Rüstungsfrage könnten Hinweise, Grenzmarkierungen oder auch Stopp-Signale sein, der Abschied von der Lehre des gerechten Kriegs, die Diskussion über Begriffe wie Gleichgewicht, die Verbindung zwischen der Rüstung und dem Hunger in der Dritten Welt zu ziehen oder der Versuch, öffentlich die Risiken der verschiedenen Rüstungsansätze (z.B. Rüstungswettlauf, Umrüstung) gegeneinander abzuwägen.¹¹³²

¹¹²⁷ Vgl. Schütze, Christian, „Pazifismus darf kein Schimpfwort sein“. Streitgespräch zwischen Eppler und Landesbischof Lohse über Kirche und Politik, SZ, 9.5.1981; vgl. auch „Da wurde ein fatales Eigentor geschossen“, Spiegel 15.6.1981.

¹¹²⁸ Vgl. Gespräch mit Erhard Eppler, Sender Freies Berlin, 7.11.1981, S. 2-7.

¹¹²⁹ Vgl. „Einen atomaren Krieg zu führen ist keine christliche Möglichkeit.“, DS, 14.11.1982.

¹¹³⁰ Vgl. Appell an die „intelligente Feindesliebe“. Erhard Eppler in der Friedenskirche / Sicherheit nur mit potentiellen Gegnern, Darmstädter Tagblatt, 1.10.1981.

¹¹³¹ Vgl. Eppler, Erhard, Denkbare Inhalte eines konziliaren Prozesses, Jahresversammlung der Offenen Kirche, Paul-Gerhardt-Hof, Stuttgart, 27.9.1986 (20 S.), S. 6-18 (vgl. die stark gekürzte Fassung: ders., Frieden gewinnen, Ev. Kommentare 1/1987 (S. 37-40)).

¹¹³² Vgl. ders., Kirche und Politik, Hessischer Rundfunk, 22.2.1981 (19 S.), S. 1-19, Privataarchiv Eppler.

Aufgrund von Epplers Verständnis von Kirche und Christentum verwundert seine Kritik über die Ausklammerung der Raketendiskussion auf der EKD-Synode in Worms 1983 nicht. Zwar werde der „Akt des Gewissens“, sich gegen die Obrigkeit zu stellen, im Gedenken an den Wormser Reichstag 1512 gefeiert, beim Festakt der EKD aber die Gewissensnot vieler Christen in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit der Nachrüstung nicht erwähnt.¹¹³³

Eppler hielt 1982 eine neue Friedensdiskussion und ein gemeinsames Nein der Kirchen zu Massenvernichtungsmitteln nach dem Vorbild des Reformierten Bundes für notwendig. Ein führbarer und gewinnbarer Atomkrieg sei keine Möglichkeit für einen Christen.¹¹³⁴ Bedeutsam fand er an der gemeinsamen Erklärung der EKD und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, die in der Abwendung des Kriegs die Voraussetzung zur Verwirklichung von Menschenrechten, Freiheit und Gerechtigkeit sehe, die gemeinsame Aussage der evangelischen Kirchen in zwei verschiedenen Gesellschaftssystemen und aus gegnerischen Pakten. Dies verlange in der DDR mehr Mut als in der Bundesrepublik, gebe aber der Aussage mehr Gewicht und den Kirchen auf beiden Seiten mehr Bewegungsraum.¹¹³⁵

Obwohl Eppler den Kirchentag offen halten wollte, forderte er in seiner Kirchentagspredigt auf dem Hamburger Kirchentag 1981, statt nur für Frieden zu beten, aktiv gegen den Rüstungswettlauf zu kämpfen und die Friedensbewegung zu unterstützen.¹¹³⁶

Er verband kirchliches und sozialdemokratisches Wirken und bat 1984 in der SPD, künftig in Kirchenfragen informiert zu werden. Brandt schlug vor, dass Johannes Rau, Hans-Jochen Vogel, Hans Koschnik und Eppler gemeinsam einen Ratschlag für das Präsidium zur weiteren Zusammenarbeit mit den Kirchen erarbeiten.¹¹³⁷ Eppler erinnerte sich rückblickend an keine großen Ergebnisse des Treffens mit diesen Personen.¹¹³⁸

Nach seinem Kirchenverständnis gab es keine Trennung zwischen geistlichen und politischen Themen in der Kirche. Er lobte im SPD-Präsidium die Disziplin der Teilnehmer des Hamburger Kirchentags 1981, lehnte die Einschätzung der Medien, dass auf dem Kirchentag die Politik im Vordergrund gestanden habe, ab und betrachtete den Kirchentag als zugleich geistliche und politische Veranstaltung. Bei den politischen Veranstaltungen habe sich die „unverkrampte Missachtung“ der Teilnehmer gegenüber der Politik der großen Parteien gezeigt. Einen Dialog zwischen den jungen Leuten und den Regierungsvertretern habe es in großen Veranstaltungen kaum gegeben. Die jungen Besucher des Kirchentags seien nicht repräsentativ für die evangelische Kirche oder die junge Generation, doch man müsse über die politische Bedeutung ihres Verhaltens nachdenken.

¹¹³³ Vgl. Eppler und Gollwitzer kritisieren Ausklammerung der Raketenfrage, ddp, 30.10.1983.

¹¹³⁴ Vgl. Zur Person: Erhard Eppler, FR, 31.8.1982.

¹¹³⁵ Vgl. Eppler, Erhard, Für Krieg gibt es keine Rechtfertigung. Neue Akzente in der kirchlichen Friedensdiskussion, Sozialdemokratischer Pressedienst, 37. Jg. Nr. 159 (24.8.1982) (S. 1f.), S. 1f.

¹¹³⁶ Vgl. ders., „Der Geist des Friedens steht über aller Vernunft“. Auszüge aus der Kirchentags-Predigt, S. 164-166.

¹¹³⁷ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 3.9.1984 (11 S.), S. 6, Dep. Eppler 115.

Eppler wollte mit seiner Teilnahme an der Friedensdemonstration am Rande des Kirchentags¹¹³⁹ zeigen, dass er die Demonstrierenden nicht „allein lasse“. Beeindruckend war für ihn bei der Demonstration die Ruhe und das „entkrampfte Klima“, auch wenn ein Gespräch mit der jungen Generation schwierig sei.

Johannes Rau überraschte die hohe Sachlichkeit in der Diskussion über die Rüstungspolitik auf dem Kirchentag, auf dem es viele „jugendliche Pietisten“ gegeben habe. Helmut Schmidt verlangte, neben der hohen Disziplin der Kirchentagsbesucher nicht zu vergessen, dass bestimmte politische Gruppen einzelne Veranstaltungen stark gestört hätten und den Kirchentag „ummünzen“ wollten. Keine dieser Gruppen sei in den Veranstaltungen zurückgewiesen worden. Es sei fraglich, ob die Tatsache, dass es in der Kirche sehr unterschiedliche Ansichten zu den auf dem Kirchentag diskutierten Fragen gebe, in der Vorbereitung des Kirchentages entsprechend berücksichtigt worden sei. Peter Glotz unterstrich, dass fruchtbare Diskussionen in kleinen Kreisen häufig über die SPD und in Auseinandersetzung mit ihr geführt wurden. Andere Parteien hätten keine Rolle gespielt.¹¹⁴⁰

Für Eppler hatte es die Alternative eines politischen oder frommen Kirchentages auch in Hannover 1983 nicht gegeben. Die Bezeichnung vom „Kirchentag der Politik und Demonstrationen“ sei falsch. Er sah die Gefahr, dass nach diesem Kirchentag nur noch von der Friedfertigkeit und nicht mehr von der inneren Spannung berichtet werde. Als problematisch empfand er die Größe und die „überschäumende Vitalität“. Es sei schwierig gewesen, die vielen Veranstaltungen alle unter dem Thema des Kirchentages unterzubringen. Die CDU und der Bundeskanzler seien beunruhigt über den Verlauf des Kirchentags. Die SPD habe besonders durch das Auftreten von Vogel und Brandt große Resonanz gefunden. Es gebe offenbar „breitere Brücken“ zu den jungen Menschen als angenommen.

Nach Epplers Eindruck hatten die DDR-Bürger, besonders die Teilnehmer des Magdeburger Kirchentags, den westdeutschen in Hannover noch stärker im Fernsehen verfolgt als die Bundesbürger. Vor allem bei seiner Teilnahme an kleinen Arbeitsgruppen in Magdeburg sei ihm aufgefallen, dass sich die Teilnehmer mit ähnlichen Fragen beschäftigten wie in Hannover. Durchweg gebe es Sorgen um die Folgen einer Stationierung der Mittelstreckenwaffen für das Leben der DDR-Bürger und das politische Klima. Die Befürchtungen der Führungen in Ost und West gegenüber den Kirchentagen waren seiner Meinung nach gleich: Offenbar seien alle über das Ende der Veranstaltungen froh gewesen. Eppler glaubte, dass sich die Vorgänge in der DDR und der Bundesrepublik gegenseitig beein-

¹¹³⁸ So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

¹¹³⁹ Auf der großen Friedensdemonstration am Rande des Kirchentags nahm Eppler teil, sprach aber nicht, weil er im Vorstand des Kirchentages war, also für den Kirchentag verantwortlich. Er wollte sich solidarisch zeigen, ohne sich selbst an der Veranstaltung zu beteiligen. So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

¹¹⁴⁰ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 22.6.1981 (7 S.), S. 4f., Dep. Schmidt 9466/Dep. Eppler 115.

flussten. Der Magdeburger Kirchentag sei eine Fortsetzung des Hannoveraner Kirchentags. Brandt würdigte, wie Eppler seine Aufgabe auf dem Kirchentag erfüllt habe.¹¹⁴¹

Im Präsidium bedankte sich Hans-Jochen Vogel bei Eppler für dessen „gestaltende Rolle“ auf dem Kirchentag 1987. Die religiösen und kirchlichen Themen seien auf diesem Kirchentag wieder in den Vordergrund getreten und Sozialdemokraten seien wieder offener aufgenommen worden. Eppler erklärte, dass auf dem Kirchentag das Forum über die „Versöhnung mit der Sowjetunion“ das ursprüngliche Ziel, die Auseinandersetzung mit den Verhältnissen in Südafrika, etwas in den Hintergrund gedrängt habe. Insgesamt sah er den Kirchentag als großen Erfolg an.¹¹⁴²

Eppler setzte sich auch über die evangelische Kirche für eine Aussöhnung mit der Sowjetunion ein. Er befürwortete 1987 eine Äußerung der EKD zur Versöhnung mit der Sowjetunion. Er hielt den Antikommunismus für eine Erblast der fünfziger Jahre. Nach der NS-Diktatur sei die Totalitarismustheorie eine große psychische Entlastung gewesen. Die Deutschen hätten versucht, gegen den östlichen Totalitarismus nachzuholen, was sie gegen den Nazismus versäumt hätten. Eppler setzte sich dafür ein, nun das Verhältnis zum Osten aufzuarbeiten. Die Bundesrepublik solle sich zum Westen bekennen, aber die Vorstellung, dass Feindschaft mit dem Osten „konstitutiv“ für sie sei, aufgeben.¹¹⁴³

Er begrüßte die gemeinsame Erklärung „Versöhnung und Verständigung“ der EKD und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Verhältnis der Deutschen gegenüber den Völkern der Sowjetunion als Weg zu einem friedlichen Miteinander aller Deutschen mit diesen Völkern. In dem Papier werde festgehalten, dass der deutsche Russlandfeldzug als Eroberungskrieg begonnen und als Vernichtungskrieg geführt worden sei. Die Verfasser der Erklärung würden sich zur Haftung für die Verbrechen an den Völkern der UdSSR bekennen, die evangelischen Kirchen jetzt öffentlich zu ihrem Versagen während des Russlandfeldzuges stehen und auch Verbrechen an Deutschen nicht aussparen.¹¹⁴⁴

Eppler lehnte auf dem Frankfurter Kirchentag 1987 die Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Kommunismus in der Totalitarismustheorie ab. Beim Marxismus/Leninismus habe es im Gegensatz zum Nationalsozialismus einen ursprünglich humanistischen Ansatz gegeben, der trotz aller Greuel in der UdSSR immer noch spürbar gewesen sei, etwa in der Entstalinisierung. Selbst unter Stalin habe es in den kommunistischen Parteien, vor allem in der

¹¹⁴¹ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Parteivorstandes und der Landes- und Bezirksvorsitzenden, 27.6.1983 (16 S.), S. 11-13, Dep. Eppler 121.

¹¹⁴² Vgl. Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 22.6.1987 (17 S.), S. 3f., Dep. Eppler 117.

¹¹⁴³ Vgl. Ruf nach Versöhnung mit Sowjetunion bewegt Kirchenpolitiker. Eppler: Antikommunismus sollte ersetzen, was gegen Nazismus versäumt wurde / EKD-Theologe Wilkens äußert Bedenken, FR, 26.5.1987.

¹¹⁴⁴ Vgl. Eppler, Erhard, Wider den Zeitgeist. Zur gemeinsamen Erklärung der EKD und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Sozialdemokratischer Pressedienst 43. Jg. Nr. 20 (29.1.1988).

Sowjetunion, immer noch einen „Rest schlechten Gewissens“ gegeben. Dadurch, dass die Bundesdeutschen nach dem Krieg ihre Versäumnisse gegen den Nationalsozialismus im Kampf gegen den Kommunismus nachgeholt hätten, sei ihnen die Selbstbesinnung „gestohlen“ worden.¹¹⁴⁵

Er wurde für diese Äußerungen verschiedentlich angegriffen. Eppler unterstrich in einem Leserbrief, dass er ein schlechtes Gewissen Stalins für eher unwahrscheinlich halte. Er habe von denen gesprochen, die später die Entstalinisierung durchgesetzt hätten und betonte, dass er sich eine entsprechende „Enthitlerisierung“ des Nazismus niemals habe vorstellen können, weil es dort nie einen humanistischen Ansatz gegeben habe.¹¹⁴⁶

Hubertus Knabe entdeckte eine Ideologieanfälligkeit des deutschen Protestantismus, etwa während des Nationalsozialismus oder durch das Friedensengagement der achtziger Jahre und die damit verbundenen Sympathien für den Sozialismus. Ein Beispiel seien Epplers Äußerungen über den ursprünglich humanistischen Ansatz des Marxismus/Leninismus im Unterschied zum Nationalsozialismus. Knabe hielt Epplers Folgerung für fraglich, dass selbst unter Stalin in den kommunistischen Parteien, vor allem in der UdSSR, „immer noch ein Rest schlechten Gewissens“ geblieben sei.¹¹⁴⁷

Eppler berücksichtigte bei einer „Enthitlerisierung“ im Gegensatz zur Entstalinisierung nicht, dass allein durch die längere Existenz des kommunistischen Systems im Vergleich zum Nationalsozialismus aufgrund von personellen Wechsellandungen durchgeführt wurden. Für ihn war auf dem Berliner Kirchentag 1989 die Versöhnung mit der Sowjetunion eine unerledigte Aufgabe, auch wenn der Prozess des Nachdenkens über Schuld und Verantwortung begonnen habe.¹¹⁴⁸ Nach seiner Ansicht hatte es bis in die achtziger Jahre gedauert, bis in das deutsche Bewusstsein eingedrungen sei, was Deutsche den Völkern der Sowjetunion angetan hätten. Der Kalte Krieg habe bis jetzt die Verdrängung der Wahrheit erleichtert. Für Eppler gab es wieder zwei Bilder über die UdSSR im Westen: das Propagandabild der dynamischen expansiven Weltmacht zur Begründung der Rüstungspolitik des Westens und das Bild für den Hausgebrauch, nach dem die UdSSR ein hochgerüstetes, wirtschaftlich rückständiges Land sei, das verzweifelt mit dem Westen mithalten wolle.¹¹⁴⁹

¹¹⁴⁵ Vgl. Die Ideologie, die Deutschen und der Friede. Ein Podiumsgespräch, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Deutsche Dialoge. Anstöße zu einem neuen Denken. Biblische und politische Einsichten von Deutschen aus Ost und West beim Evangelischen Kirchentag in Frankfurt am Main, Berlin 1987 (S. 31-56), S. 55f.

¹¹⁴⁶ Vgl. Eppler, Erhard, Hitler und Stalin, FAZ, 6.7.1987.

¹¹⁴⁷ Vgl. Knabe, Hubertus, Die unterwanderte Republik, S. 299-304, S. 514.

¹¹⁴⁸ Vgl. „Schuldfrage nicht ausweichen“. Auf dem Kirchentag mahnt Eppler zur Versöhnung mit Sowjetunion, FR, 9.6.1989.

¹¹⁴⁹ Vgl. Eppler, Erhard, Zum 1. September 1989 (17 S.), S. 7-11 (vgl. gleicher Text: ders., Der Mangel an Macht beflügelt das Denken. Rede am 1. September 1989, in: ders., Reden auf die Republik (S. 60-73)).

Er kritisierte auch 1989, dass die Totalitarismustheorie den Dialog mit der UdSSR vergifte. Spätestens jetzt, wo in der Sowjetunion der Umbruch beginne und Gorbatschow zum Hoffnungsträger in Ost und West geworden sei, müsse man sich über die fatalen Folgen der Totalitarismustheorie klar werden. Wieder gab es für ihn einen fundamentalen Unterschied zum Faschismus in Marx' humanistischem Ansatz und dem „unausrottbaren Rest an schlechtem Gewissen“, der bei den Kommunisten zur Überwindung des Stalinismus und zur Reformfähigkeit des Kommunismus geführt habe. Dieses Argument wurde für Eppler mit dem Voranschreiten der Perestrojka immer überzeugender. Eine Ent-Hitlerisierung ähnlich einer Entstalinisierung sei im Nationalsozialismus nicht denkbar gewesen, denn die Grausamkeit der Nationalsozialisten entspreche ihrer Ideologie.

Der Unterschied zwischen beiden Ideologien zeigte sich nach seiner Auffassung auch in der Außenpolitik, denn die UdSSR sei nicht wie Hitlers Reich auf Expansion, Aggression und Krieg angelegt gewesen und jede ihrer außenpolitischen oder militärischen Aktion lasse sich aus einer kühlen und traditionellen Großmachtspolitik erklären. Hitler hingegen sei mit den Kategorien klassischer Außenpolitik nicht zu erklären.

Die Totalitarismustheorie stand nach Epplers Meinung mit ihrer Behauptung, dass die Kommunisten und die Nationalsozialisten mit ihrem Expansionsdrang alle traditionellen Regeln der Außenpolitik gesprengt hätten, dem Frieden im Weg. Zumindest in Westeuropa sei die Lehre von den zwei gleichen Totalitarismen zur entscheidenden Ideologie geworden. Am stärksten habe diese Theorie, die als ideologisches Fundament für das Bündnis mit den USA von „geradezu genialer Simplizität“ gewesen sei, die Bundesrepublik geprägt. Die Versäumnisse der meisten Deutschen an Widerstand gegen den einen Totalitarismus, hätten nun gegen den anderen nachgeholt werden können. Auch sei der Antikommunismus tief in der deutschen Tradition verwurzelt. Die Deutschen hätten wieder eine Funktion gehabt als Bollwerk gegen den Osten. Das Aufatmen und die psychische Entlastung über diese Botschaft der westlichen Sieger betrachtete Eppler als entscheidenden Vorgang der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte, der zur Verdrängung des Nationalsozialismus geführt habe. Aufgrund der Schuld gegenüber den Völkern der Sowjetunion, müsse man ihnen nun umso eher sagen, dass man mit ihnen ein friedliches Europa schaffen wolle. Er sprach über die Demütigung der sowjetischen Völker durch die Totalitarismustheorie:¹¹⁵⁰

„Wie mußte es jeden beliebigen Sowjetbürger verletzen, wenn über Jahrzehnte ihr System – was immer sie davon hielten – einfach dem gleichgesetzt wurde, das einen erbarmungslosen Vernichtungskrieg gegen die Völker der Sowjetunion begonnen und geführt hatte? Und wie mußte es erst auf sie wirken, wenn ihre Führungsmannschaft, deren Fehler man nicht übersah, mit den Leuten

¹¹⁵⁰ Vgl. ders., Die Totalitarismustheorie und ihre Wirkung auf unser Verhältnis zur Sowjetunion, in: Goldschmidt, Dieter (Hrsg.), Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe, Gütersloh 1989 (S. 508-521), S. 508-521; vgl. auch Kalter Krieg hat den Ostblock von Anfang an überfordert, Sächsische Zeitung, 22.5.1992. Ähnlich äußerte Eppler sich schon 1985; vgl. Eppler, Erhard, Fluchtwege der Wirklichkeit. Wie man mit falschen historischen Parallelen die Analyse der Gegenwart verstellen und die politische Atmosphäre vergiften kann, DS, 8.12.1985.

in einen Topf gesteckt wurde, die alle Sowjetvölker zu Menschen zweiter Klasse degradierten und die schließlich nur mit letzter Anstrengung aus dem Land geworfen werden konnten Was da an Groll und Demütigung hinuntergeschluckt wurde, kann man nur ahnen. Daß Gorbatschow, als er mit Goebbels verglichen wurde, dies nicht mehr hinuntergeschluckt hat, sondern eine Visite des Bundespräsidenten zur Bedingung für normale Beziehungen machte, dürften ihm viele, nicht nur Kommunisten hoch angerechnet haben.“¹¹⁵¹

Eppler beteiligte sich 1989 außerdem an einem Memorandum, in dem ein verändertes Verhältnis zur Sowjetunion gefordert wurde, nämlich gemeinsame Sicherheit und Zusammenarbeit an den globalen Aufgaben. Es wurde hier bemängelt, das von den Deutschen ein klares Eingeständnis der Schuld unterblieben sei, ohne das - verbunden mit der Hoffnung auf Versöhnung - die Verantwortung für den Frieden nicht glaubhaft übernommen werden könne. Deshalb erfordere ein neues deutsch-sowjetisches Verhältnis den Mut zur Aufklärung über die Vergangenheit, die vorurteilsfreie Beschäftigung mit den politischen und ideologischen Gegensätzen der Gegenwart und die Mitwirkung an den gemeinsamen Zukunftsaufgaben. Die Auseinandersetzung über die gesellschaftlichen und ideologischen Gegensätze dürfe nur friedlich ausgetragen werden.¹¹⁵²

EIN „UNBEQUEMER PARTNER“ AUF DEN KIRCHENTAGEN DER DDR?

Epplers Besuche in der DDR, besonders auf Kirchentagen, begrüßte die SED-Führung teils, teils versuchte sie, diese zu verhindern. Bei der Analyse von Epplers Äußerungen auf DDR-Kirchentagen ist zu beachten, dass er die evangelische Kirche der DDR nicht durch übermäßige Kritik in eine schwierige Position bringen durfte und selbst an einer Weiterarbeit mit dieser Kirche interessiert war. Er konnte also nicht offen seine Meinung zu jedem Thema sagen. Er äußerte sich auf den DDR-Kirchentagen sehr vorsichtig, um sich nicht die Möglichkeit weiterer Besuche zu verbauen. Oft erklärte er gegenüber den DDR-Behörden, seine Besuche seien nicht politisch, obwohl sie dies – ob er dies wollte oder nicht – schon aufgrund seiner Funktionen in der SPD waren. Besonders ab 1987 wurden seine Aussagen auf DDR-Kirchentagen immer kritischer. Er war unter Bezug auf das SPD-SED-Papier¹¹⁵³ für den inneren Dialog in der DDR. Es war für die SED nun schwieriger, ihm ein Redeverbot zu erteilen, weil er Mitautor des gemeinsamen Papiers war, das die DDR unterschrieben hatte. Eppler führte rückblickend aus, dass für ihn besonders in den achtziger Jahren DDR-Termine, Kirchentags-, und andere Kirchentermine immer Priorität gehabt hätten, weil er das Gefühl gehabt habe, dass die Menschen sein Kommen wollten und aufgrund der Verbindlichkeit der Aussagen auf den DDR-Kirchentagen. Er habe das ernsthafte und mutige Reden in den kleinen Kreise auf den Regionalkirchentagen geschätzt, weil er das Umgekehrte gewohnt gewesen sei. Er empfand die jährlichen Begegnungen zwischen den Kirchentags-

¹¹⁵¹ Ebd., S. 520.

¹¹⁵² Vgl. Becker, Sophinette/Eppler, Erhard/Goldschmidt, Dietrich u.a., Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe. Ein Memorandum, in: ebd. (S. 11-20), S. 11-20 (Abdruck des Memorandums in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 6 1989, S. 770-774).

¹¹⁵³ Vgl. Kapitel 3.3.

verantwortlichen beider deutscher Staaten als ehrlich. Man habe sich relativ schnell auf weitere gemeinsame Kirchentage verständigt.¹¹⁵⁴ Epplers häufige Besuche auf DDR-Kirchentagen bestätigen seine Einschätzung, dass Kirchentermine für ihn Vorrang hatten. Schon sein Besuch des Erfurter Kirchentags im Sommer 1978 bei einer Reise der SPD-Fraktion des Landtags Baden-Württemberg nach Weimar verlief nicht unproblematisch.¹¹⁵⁵ Eine Falschmeldung der ostdeutschen NEUE ZEIT über ihn verbreiteten auch westdeutsche Zeitungen, die sie aber später korrigierten.¹¹⁵⁶ Die Behauptung, er habe in Erfurt beim Informationsstand der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) eine Unterschriftenliste gegen die Neutronenbombe unterzeichnet, wies Eppler gegenüber der NEUEN ZEIT zurück. Ihm sei die Unterschriftenliste noch nicht einmal vorgelegt worden. Ärgerlicher als die Kritik in der Bundesrepublik aufgrund dieser Fehlinformation war für ihn, dass sie in der evangelischen Kirche der DDR für Verwirrung gesorgt habe.¹¹⁵⁷

Hier verhielt sich Eppler gegenüber den Medien diplomatisch: Für ihn war es bedeutend, dass diese Reise unpolitisch gewesen sei. Er plädierte für unbefangene Reisen in die DDR. Die DDR-Bürger hätten offen und differenziert über ihren Staat gesprochen. Seine Gesprächspartner auf dem Kirchentag waren seiner Darstellung nach weder für die totale Anpassung an den Staat, noch hätten sie den Staat pauschal abgelehnt. Die Christen seien zur loyalen Mitarbeit an den öffentlichen Aufgaben bereit, wenn die DDR sie als gleichberechtigte Bürger der DDR anerkenne.¹¹⁵⁸

Nach seiner damaligen Auffassung war das System der DDR schwach, da es sich fast keine Kritik leisten könne. Er kritisierte die Einschränkungen für Christen in der DDR, die dem Marxismus-Leninismus kritisch gegenüberstünden. Hilfe für diese Christen bedeutete für ihn auch in der Bundesrepublik gegen deren Umgang mit Kommunisten zu protestieren, denn die Christen der DDR seien über den Umgang der Bundesrepublik mit angeblichen und

¹¹⁵⁴ Vgl. Eppler, Erhard, „Im Gespräch“ mit Dr. Dr. h.c. Erhard Eppler am 12. November 1997, in: Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.), Fragen zur deutschen Einheit. Reinhard Höppner im Gespräch mit Daniela Dahn, Egon Bahr, Hans Otto Bräutigam, Erhard Eppler, Günter Gaus, Regine Hildebrand, Günter Grass, Halle 1998 (S. 97-120), S. 106f.; vgl. auch Protokoll der 52. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, S. 773f.

¹¹⁵⁵ Vgl. DDR-Zeitung entschuldigt sich bei Eppler. Falschmeldung vom Kirchentag in Erfurt ein „Versehen“, 20.7.1978, Aktueller Pressedienst der SPD-Landtagsfraktion. Pressemitteilung Nr. 128/78, Dep. Eppler 35.

¹¹⁵⁶ Vgl. Fürbitte für echte Abrüstung. Abschluß des Evangelischen Kirchentages in Erfurt, Neue Zeit, 5.6.1978; vgl. Eppler fordert in der DDR ein Verbot der Neutronenbombe, FAZ, 6.6.1978; vgl. Eppler: Ost-CDU verbreitet eine Falschmeldung, Welt 8.6.1978.

¹¹⁵⁷ Vgl. Erhard Eppler an Dieter Eberle. Chefredakteur der „Neuen Zeit“, 15.6.1978, Dep. Eppler 35; für das „Versehen“ entschuldigte sich die Neue Zeit, vgl. Dieter Eberle an Erhard Eppler, 30.6.1978, Dep. Eppler 35.

¹¹⁵⁸ Vgl. Eppler wendet sich gegen „erlogene“ Meldung der Ost-CDU. Keine Beteiligung an der Kampagne gegen die Neutronenbombe in der DDR / „Unpolitische Reise“, FAZ, 7.6.1978.

wirklichen Kommunisten besorgt.¹¹⁵⁹ Er betrachtete die Grenze zur DDR als Zeichen der Schwäche, das verhindern solle, dass die Menschen die DDR verlassen.¹¹⁶⁰

Die Stasi förderte die westdeutsche Friedensbewegung als Opposition gegen die westdeutsche Außen- und Verteidigungspolitik und befürwortete die bessere Koordinierung der Aktivitäten der Friedensbewegung, insbesondere durch prominente Persönlichkeiten wie Erhard Eppler, William Born, den evangelischen Pfarrer Volkmar Deile und Heinrich Albertz.¹¹⁶¹ Die DDR sah gerade nach der Friedensdemonstration vom 10. Oktober 1981 die Chance, die westliche Friedensbewegung für die eigenen Ziele in der Abrüstungs- und Sicherheitsfrage einzuspannen. Lästig und unbequem wurde der DDR aber, dass westliche Vertreter der Friedensbewegung Kontakt zu Freunden in der DDR suchten und sich für bedrängte und verhaftete Regimegegner einsetzten.¹¹⁶²

Beides trifft auf Eppler zu: Die DDR versuchte, ihn für ihre Ziele zu nutzen, ärgerte sich aber über seine Kritik an der DDR. Der Bericht des NEUEN DEUTSCHLAND über Epplers Kritik an den USA bei seinem USA-Besuch 1982 verfolgt das erste Ziel: Eppler empfinde die sowjetischen Befürchtungen, dass die Reagan-Regierung eher die Stationierung ihrer Raketen als den Abbau der sowjetischen wolle, nicht als wirklichkeitsfremd, lehne die These von der militärischen Überlegenheit der UdSSR ab und halte die amerikanische Position bei den Genfer Verhandlungen für „keinen guten Verhandlungsstandpunkt.“¹¹⁶³

Eppler war 1984 im Präsidium gegen eine Teilhabe der SPD am Tausch von „Krediten gegen Politik“ ab, denn dies sei „demütigend“ für die DDR und erschwere die Politik.¹¹⁶⁴ Solidarität mit der Friedensbewegung in der DDR bedeutete für ihn, diese Gruppen so anzusprechen, wie sie sich selbst verstanden wissen wollten. Da sie sich im allgemeinen als loyale Bürger der DDR sähen, müsse man sie als solche ansprechen. Unsolidarisch sei es, die Gruppen in eine prinzipielle Gegnerschaft zu ihrem System zu bringen und damit den Gegenmaßnahmen ihrer Regierung auszuliefern. Die DDR-Friedensbewegung müsse ohne jeden Einfluss von außen entscheiden, wie sie wirken könne. Sie konnte sich nach Epplers Einschätzung um so eher entfalten, je stärker die Friedensbewegung in der Bundesrepublik sei.¹¹⁶⁵ Er befürwortete beim Frankfurter Kirchentag 1987 das Bekenntnis der Christen in der DDR zu ihrem Staat:

¹¹⁵⁹ Vgl. Eppler, Erhard, Mitteilung für die Presse, Sozialdemokraten. Service Presse Funk TV, Nr. 368/78 (5.8.1978) (3 S.), S. 1.

¹¹⁶⁰ Vgl. Weniger Mut – dafür Mut zu neuen Wegen notwendig. Veranstaltung des SPD-Ortsvereins mit Erhard Eppler zum Thema „Abrüstung durch Umrüstung“, Schwarzwälder Bote, 27.11.1981.

¹¹⁶¹ Vgl. Hubertus Knabe, Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, Berlin 1999, S. 250.

¹¹⁶² Vgl. Potthoff, Heinrich, Im Schatten der Mauer, S. 196.

¹¹⁶³ Vgl. Eppler: USA-Regierung vordringlich an Stationierung neuer Atomraketen in Westeuropa interessiert, ND 15.10.1982.

¹¹⁶⁴ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 27.8.1984 (15 S.), S. 6, Dep. Eppler 115.

¹¹⁶⁵ Vgl. Eppler, Erhard, Friedensbewegung 1984, S. 23f.; vgl. auch ders., Recht zum Widerstand, S. 66.

„Aber ich freue mich auch, wenn ein Christ in der DDR von seinem Staat sagt: Dies ist mein Staat. Ich kann als Christ in diesem Staat wirken. Ich habe es vielleicht schwerer als Du in der Bundesrepublik, aber ich will die Chance nützen, die mir gerade dieser Staat bietet, ich will ihn besser, menschlicher machen, wie Du Deinen Staat.“¹¹⁶⁶

Die Gründe für das Interesse der Stasi an Eppler zeigen Stasi-Papiere über ihn von 1983 und 1984. Eppler galt demnach als „religiöser Sozialist, als eigenwilliger Politiker“, der sich in kein „Schema“ zwingen lasse und in der SPD isoliert sei.¹¹⁶⁷ Er gelte als einer der „engagiertesten und profiliertesten Politiker“ und als „Ideologe“ der „Links-Mitte-Gruppierung“ der SPD. Er sei „sehr geradlinig“, da er für seine Überzeugungen engagiert eintrete, trage seine Ideen „meist moralisierend und mit einem pessimistischen Unterton“ vor und sei ein „unbequemer Partner“, da er manchmal mit „maßlosem Selbstbewusstsein und arrogant“ auftrete. Mit seinen Freunden gehe er „raubeinig“ um und habe „wenig Sinn für Humor.“ Für die Stasi war er einer der „Vorkämpfer“ der neuen Ostpolitik, der sich u.a. bei seinen Reisen in sozialistische Länder für Abrüstung, Verständigung und ein friedliches Nebeneinander eingesetzt habe. Allerdings betone er immer die Notwendigkeit einer ideologischen Abgrenzung vom Kommunismus.

„Bedeutend“ war für die Stasi seine Mitarbeit bei der evangelischen Kirche, die eine enge Verbindung der Kirchenleitung zum SPD-Bundesvorstand sichere. In letzter Zeit vertrete Eppler zunehmend die Interessen der Kirche. Er plädiere für Toleranz der Kirchenleitungen gegenüber der Friedensbewegung an der kirchlichen Basis und wolle deren Radikalisierung verhindern. In den kirchlichen Gremien gelte er als derjenige mit dem größten Einfluss auf diese kirchlichen Basisinitiativen, deren „pazifistische Grundhaltung“ er teile. Diese Auffassung stimmt nicht, denn Eppler verstand sich explizit nicht als Pazifist.

Richtig sind die Einschätzungen über seine sicherheitspolitische Positionen, etwa seine Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses oder sein Plädoyer für Abrüstung. Nach Ansicht der Stasi war für Eppler die Unterstützung der „sogenannten unabhängigen Friedensbewegung in der DDR“ die Voraussetzung einer glaubwürdigen Mitarbeit in der bundesdeutschen Friedensbewegung, doch dürfe sich die Zusammenarbeit nicht gegen die Staatsmacht in der DDR richten. Eine Verknüpfung der Menschenrechtsfrage mit dem „Friedenskampf“ blockierte diesen seiner Meinung nach und zerstöre die Chance für eine „Sicherheitspartnerschaft“ zwischen Ost und West. Er forderte die Auseinandersetzung der Friedensbewegung mit den Kommunisten, um deren Einfluss einzuschränken.

Interessant ist die Darstellung von Epplers Stellung in der SPD. Die Stasi glaubte, dass er die Fähigkeit habe, das politische Verhalten der SPD-Führung entsprechend „sich langfristig andeutenden Entwicklungstendenzen“ zu beeinflussen. Dies zeige sein Versuch im ersten

¹¹⁶⁶ Ders., Christen im Streit der Ideologien, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Deutsche Dialoge. Anstöße zu einem neuen Denken. Biblische und politische Einsichten von Deutschen aus Ost und West beim Evangelischen Kirchentag in Frankfurt am Main, Berlin 1987 (S. 13-30), S. 20.

¹¹⁶⁷ Vgl. Auskunftsbericht, 7.3.1983 (S. 67-69), S. 69, BStU AP 22682/92.

Halbjahr 1983, die friedenspolitischen Aktivitäten des linken SPD-Flügels zu dämpfen, um der Parteiführung zum Sonderparteitag zur Nachrüstungsfrage im Herbst ein „langsames und glaubwürdiges Abschwenken“ vom Doppelbeschluss zu erleichtern.¹¹⁶⁸

Eppler war offen für Kontakte mit der evangelischen Kirche der DDR, aber auch vorsichtig, um seinen Status und den der DDR-Kirchen nicht zu gefährden. Auf eine Einladung 1981 zum Kirchentag in Dessau antwortete er, dass er, wenn er die Federführung im Präsidium des Kirchentages übernehme, gern für Kirchentage in der DDR zur Verfügung stehe.¹¹⁶⁹ Der Einladung eines Hauskreises der evangelischen Kirchengemeinde Neulobeda bei Jena, den Eppler kompetent über den Stand der Friedensdiskussion in der Bundesrepublik informieren und mit ihm darüber diskutieren sollte, wollte er folgen, wenn er ohnehin in der Gegend sei. Er befürchtete, eine Reise nur zu diesem Zweck würde „schlafende Hunde wecken“.¹¹⁷⁰ Eppler besuchte den Kirchenkreis aus Zeitgründen nicht. Er war davon überzeugt, dass ein Einreisevisum mit der oben beschriebenen Begründung nur die Stasi aufmerksam gemacht hätte.¹¹⁷¹

1983 wurde er als Präsident des Kirchentages von der SPD zu Gesprächen mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen der DDR, Claus Gysi, nicht eingeladen und nicht einmal informiert. Er war darüber ärgerlich, denn ohne sein „wichtiges Gespräch“ mit Gysi 1982 in Ost-Berlin hätte es die DDR-Kirchentage in dieser Form nicht gegeben.¹¹⁷² Nach dieser Beschwerde wurde Eppler bei Kirchenfragen wieder mehr eingeschaltet. Er ist der Auffassung, dass Gysi viel mehr Kontakte mit ihm gewollt habe, doch sei er Gysis Aufforderung, ihn möglichst oft zu besuchen, nicht gefolgt, weil er gewusst habe, dass Gysi nur sehr wenig Einfluss gehabt habe und sehr ambivalent gewesen sei.¹¹⁷³

Die Staatssicherheit überwachte Epplers Reise 1982 nach Potsdam und Ost-Berlin. Bei seinem Besuch zusammen mit Helmut Simon beim Konsistorialpräsidenten der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, Manfred Stolpe, in Potsdam sei Eppler angeblich von Landesjugendpfarrer Domrös angesprochen worden.¹¹⁷⁴

Nach dem Bericht der Stasi über Epplers Gespräch mit Gysi sprachen leitende Kräfte des Kirchentages der Bundesrepublik und der DDR über die Durchführung von Kirchentagen und

¹¹⁶⁸ Vgl. Zur Person von Dr. Erhard Eppler, Vorsitzender der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD, 20.2.1984 (S. 6-11), S. 6-11, BStU HA VI 2164.

¹¹⁶⁹ Vgl. Erhard Eppler, an Wolfram Nierth, 4.7.1981, Dep. Eppler 61; vgl. Wolfram Nierth an Erhard Eppler, 21. Juni 1981, Dep. Eppler 61.

¹¹⁷⁰ Vgl. Erhard Eppler an Elisabeth Drosselmeyer, 30.11.1981, Dep. Eppler 58; vgl. Elisabeth Drosselmeyer an Erhard Eppler, 27.11.1981, Dep. Eppler 58.

¹¹⁷¹ So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

¹¹⁷² Vgl. Erhard Eppler an Peter Glotz, 17.9.1983, Dep. Eppler 121.

¹¹⁷³ So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

¹¹⁷⁴ Vgl. Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Potsdam Abteilung VI an Ministerium für Staatssicherheit Hauptabteilung VL Objektsicherung und Tourismus, 12.5.1982 (S. 80), S. 80, BStU HA VI 2164; vgl. Bericht über den Aufenthalt des Eppler, Erhard in der DDR, 8.5.1982 (S. 81f., S. 85), S. 81f., S. 85, BStU HA VI 2164.

Kirchentagskongressen 1983 und planten Arbeitsgruppen zu theologischen Problemen, Friedensfragen und dem Engagement der Kirchen in Friedensfragen.

Eppler betonte nach dem Stasi-Bericht, dass Friedensfragen beim Kirchentag in Hannover und bei den Kirchentagskongressen in der DDR im Vordergrund stünden. Für ihn war die sich in der Bundesrepublik und anderen west- und nordeuropäischen Ländern bildende Friedensbewegung erst am Anfang. Er sah keine größere Kraft als diese unabhängige Friedensbewegung, die sich entschieden gegen die „NATO-Hochrüstung“, für allgemeine Abrüstung und ein atomwaffenfreies Europa einsetze. Reagans außenpolitische Aktivitäten betrachtete er nach Ansicht der Stasi als Ablenkungsmanöver von der innenpolitischen Krise in den USA und erwarte von diesem in Zukunft noch schärfere Maßnahmen, etwa die Sowjetunion zum Hauptangriffspunkt zu machen.

Eppler wollte als Politiker des „linken Flügels“ der SPD alle Kräfte mobilisieren, um sich der „friedensgefährdenden Politik der USA“ entgegenzustellen. Er erwartete von der DDR kein Nachahmen etwa in der Friedensbewegung, aber auch kein Entgegenwirken. Aktionen der DDR gegen Symbole wie „Schwerter zu Pflugscharen“ oder „Frieden schaffen ohne Waffen“ lehnte er ab. Die sozialistischen Länder sollten nach ihren Vorstellungen etwas für den „Friedenskampf“ leisten und offener sein. Nach Epplers Äußerungen wurde sein Engagement für den Frieden von führenden sowjetischen Politikern unterstützt und er hatte persönlichen Kontakt zu Politikern der UdSSR (Semjonow, Falin). Sein Gespräch mit Gysi bewertete er nach Stasi-Angaben in der Gesprächsrunde positiv. Er habe von den Wirkungsmöglichkeiten der Kirche in der DDR andere Vorstellungen gehabt und sei über die vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten des kirchlichen Lebens „überrascht“ gewesen. Er war zum Gespräch mit anderen Politikern der DDR bereit.

Dem Stasi-Bericht zufolge informierte Eppler beim „zwanglosen“ Gespräch mit Gysi, Simon und Stolpe über die Durchführung bundesdeutscher Kirchentage und interessierte sich für Probleme des evangelischen Kirchentags in einem sozialistischen Land. Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik sei etwas Neues, das die Regierungen in Ost und West irritiere. Er sprach von der Verunsicherung der Jugend aufgrund der wachsenden Kriegsgefahr durch die Rüstung und die damit verbundene Destabilisierung und ihrem Bewusstseinswandel, der auch in der DDR entstehe. Er hielt Friedensbewegungen in der Bundesrepublik und der DDR für sehr bedeutend und war gegen ihre Diskriminierung, etwa die der westdeutschen Friedensbewegung durch eine „konformistische Presse“. Die DDR schwäche mit ihrer „humorlosen Jagd“ nach Abzeichen die bundesdeutsche Friedenspolitik. Die DDR solle hier überlegen, welche friedenspolitischen Schritte für sie möglich seien. Er forderte, sich entsprechend der Losung „Vertrauen wagen“ näher zu kommen. Statt der „plumpen“

Losung „Frieden schaffen, ohne Natowaffen“ solle es „Frieden schaffen, ohne Atomwaffen“ heißen.¹¹⁷⁵

Simon empfand im Rückblick das Gespräch der bundesdeutschen Delegation mit Gysi als sehr offen und frei.¹¹⁷⁶

Die Stasi berichtete Erich Honecker vom provokativen Auftreten evangelischer Pfarrer und Amtsträger auf der „Friedensdekade 1982“ in Potsdam im November 1982. Dominiert hätten aber die „überwiegend sachlichen und die christliche Friedensverantwortung betonenden Ausführungen“ des Exarchen des Moskauer Patriarchen für Berlin und Mitteleuropa, Melchisedeck, die Darlegungen der Kirchenrätin Christa Leweck und besonders die Eplers. Diese Äußerungen seien der Anlass für konfrontative Äußerungen des Bischofs von Berlin-Brandenburg, Gottfried Forck, gewesen. Eplers Auftreten bei der Eröffnungsveranstaltung bewertete die Stasi als „sachlich und aufrichtig.“ Er habe strikt die staatliche Souveränität der DDR gewahrt, Versuche, ihn zu Äußerungen gegen die DDR zu provozieren, zurückgewiesen und betrachte sich als Vertreter der bundesdeutschen Friedensbewegung.¹¹⁷⁷

Nach Eplers Äußerungen in Potsdam stärkte das Bemühen der DDR-Kirchen, aus der „tödlichen Abschreckungslogik“ auszubrechen, die bundesdeutsche Friedensbewegung. Die theologischen Aussagen der DDR-Kirchen zum Frieden wirkten auf die EKD. Je präziser die Stellungnahmen aus der DDR seien, desto schwerer könne die EKD ausweichen.¹¹⁷⁸ Er wünschte die Souveränität der DDR-Kirchen manchmal auch den bundesdeutschen Kirchen, etwa die „Freiheit und Ungezwungenheit“ der Äußerungen der Kirchenjugend bei den DDR-Friedenswochen selbst in Anwesenheit von SED-Funktionären.¹¹⁷⁹

Nicht nur die Stasi, sondern auch die westdeutsche Presse bewertete Eplers Auftreten in Potsdam positiv. Der Kirchentagspräsident habe die rüstungspolitische Debatte in der Bundesrepublik „zurückhaltend“ und „differenziert“ dargestellt, Verständnis für die Angst der

¹¹⁷⁵ Vgl. Hauptabteilung XX, Information 441/82 zum Aufenthalt von Dr. Eppler, Erhard (Präsident des „Deutschen Evangelischen Kirchentages“ der BRD und Bundestagsabgeordneter) in Potsdam und in der Hauptstadt der DDR, Berlin, 12.5.1982 (S. 93-96), S. 93-96, BStU AP 22682/92; vgl. auch Hauptabteilung XX/4, Vermerk. Erste Hinweise über ein Gespräch des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Gen. Gysi, mit Dr. Eppler, Erhard (...) sowie mit Dr. Simon, Helmut (...) am 7.5.82, 7.5.1982 (S. 154), S. 154, BStU AP 22682/92; vgl. auch Beobachtungsbericht, 11.5.1982 (S. 100-102), S. 100-102, BStU AP 22682/92.

¹¹⁷⁶ So Helmut Simon in einem Interview mit der Verfasserin am 29.12.2001.

¹¹⁷⁷ Vgl. Günther Jahn an Erich Honecker, 23.11.1982, Monatsinformation November 1982 (S. 149-155), S. 152-155, SAPMO-BArch, DY 30/2289 (Büro Honecker). Ebenso heißt es hier: Information über einige Probleme aus dem Monatsbericht des Genossen Jahn, Bezirksleitung Potsdam an alle Mitglieder und Kandidaten des Politbüros, 23.11.1982 (S. 156-160), S. 158-160, SAPMO-BArch, DY 30/2289 (Büro Honecker).

¹¹⁷⁸ Vgl. Erhard Eppler in Potsdam/DDR. West-Kirche „drückt sich“, Die Tageszeitung, 10.11.1982.

¹¹⁷⁹ Vgl. Erhard Eppler lobt „Souveränität“ der Kirchen der DDR, Stuttgarter Zeitung, 25.11.1982.

Bundesbürger vor den sowjetischen Waffen geäußert und Ratschläge für die innerkirchliche Friedensbewegung in der DDR im Dialog mit dem Staat abgelehnt.¹¹⁸⁰

Es liegt ebenfalls ein Stasi-Bericht über Epplers Äußerungen zu beiden deutschen Friedensbewegungen in seinem Interview mit dem evangelischen Pressedienst (epd) vor.¹¹⁸¹ Er warnte hier vor Pauschalurteilen über den Einfluss der DKP auf die Ostermarsch-Bewegung und betrachtete die Friedensbewegung als zu wichtig, um sie den Kommunisten zu überlassen. Er warnte vor dem Eindruck bei der DDR-Führung, manchen bundesdeutschen Kirchenführern sei die westdeutsche Friedensbewegung suspekt, doch sie begrüßten die ostdeutsche. Ebenso lehnte er diejenigen ab, die die westdeutsche Friedensbewegung für hilfreich und die in der DDR für störend hielten. Eppler wollte die Friedensbewegung in der DDR unterstützen und verlangte, dass sich die Friedensbewegungen auf beiden Seiten gegenseitig stützen. Er hoffte, dass die DDR-Regierung nicht die westdeutsche Friedensbewegung schwäche, indem sie die eigene diskriminiere.¹¹⁸²

Eppler ging von einem wachsenden Bewegungsspielraum für Friedensaktivitäten in der DDR aus, je stärker die bundesdeutsche Friedensbewegung werde. Auch wenn man sich nicht in die DDR einmischen wolle, werde die Solidarität derer, die sich gegen die Rüstungszwänge auflehnten, an der Grenze zwischen Ost und West nicht halten.¹¹⁸³

Im Juni 1983 forderte er auf dem Kirchentag in Magdeburg VERTRAUEN WAGEN – DAMIT WIR LEBEN KÖNNEN. Christlicher Glaube war für ihn „gewagtes Vertrauen“, trotz schlimmer Erfahrungen. Jedes politische Vertrauen sei das Wagnis, Misstrauen zu überwinden. Er war der Ansicht, dass das absolute Misstrauen zwischen beiden großen Militärblöcken zum Tod führe, denn beide vertrauten nur auf ihr Vernichtungspotential zur Abschreckung des Gegners und sähen das des anderen als Beleg für dessen böse Absichten an. Dies führe zur Aufrüstung, die der andere als Zeichen für die Aggressivität des Gegners werte.

Die Frage, ob der Friede in Europa seit 1945 erhalten worden sei, weil keiner den anderen überfallen wollte, sei für manche in Ost und West ein „Zeichen bodenloser Naivität oder subversiver Gesinnung.“ Die politische Sprengkraft der Bergpredigt mit ihrem Hinweis auf die Feindesliebe, also den Feind so zu betrachten, dass er vielleicht zum Partner oder Freund werde, lag für Eppler darin, dass Sicherheit nur noch durch das Zugehen auf den Gegner zu erreichen sei. Wer Vertrauen wagen wolle, müsse mit dem anderen über die Ur-

¹¹⁸⁰ Vgl. Eppler-Auftritt in Potsdam. Präsident des Evangelischen Kirchentags zur Friedensdekade, Welt, 19.11.1982.

¹¹⁸¹ Vgl. Auskunftsbericht, 7.3.1983 (S. 67-69), S. 68, BStU AP 22682/92.

¹¹⁸² Vgl. „Friedensbewegung nicht den Kommunisten überlassen“. epd-Interview mit dem SPD-Vorstandsmitglied Erhard Eppler, Flensburger Tageblatt, 10.4.1982; vgl. auch „Nicht Kommunisten überlassen“. Eppler warnt vor Pauschalurteilen über die Friedensbewegung, Hannoversche Allgemeine Zeitung, 8.4.1982. Zu Epplers Ablehnung, in einem Teil Deutschlands die Friedensbewegung des anderen Teils Deutschlands zu begrüßen und die im eigenen Land abzulehnen vgl. auch Erhard Eppler, SPD-Präsidiumsmitglied, zu mit der Friedensbewegung zusammenhängenden Fragen, ZDF, 13.4.1982.

¹¹⁸³ Vgl. Eppler: Ostermarsch hat die Qualität einer neuen politischen Kraft, dpa, 11.4.1982.

sachen des Misstrauens sprechen. Nach seiner Überzeugung kam das Misstrauen weniger aus der Unterschiedlichkeit der Systeme als aus ihrem Anspruch auf Allgemeingültigkeit, zumindest in der Wahrnehmung des anderen. Wenn im atomaren Zeitalter jede der zwei hegemoniefähigen Mächte denke, dass ihr die andere die Existenzberechtigung abspreche, sei das Misstrauen lebensgefährlich. Auch die Projektion alles Bösen auf den Gegner mache friedensunfähig. Die Friedensaufgabe der Christen war für Eppler, diesen Positionen entgegenzutreten, die Geschichtlichkeit und Wandelbarkeit der Systeme und die Offenheit der Geschichte zu betonen. Friede sei nur möglich, wenn man im Gegner die eigenen Ängste und Vorurteile aufspüre und es dem Gegner ermögliche, Misstrauen zu überwinden und Vertrauen zu fassen. Vertrauen verlangte er auch von den Kirchen in beiden deutschen Staaten, etwa indem sie sich gegenseitig in Friedensbemühungen unterstützen.¹¹⁸⁴

Eppler vertrat in diesem Vortrag Ansichten, die er auch in der Bundesrepublik geäußert hatte und die auch im SPD-SED-Papier¹¹⁸⁵ vertreten werden. Die Stasi bewertete seinen Vortrag und sein Auftreten beim evangelischen Kirchentag in Magdeburg positiv, nicht nur wegen seiner Kritik am Westen, sondern auch wegen seiner Kritik an der Haltung der Kirche in der DDR gegenüber der „Friedenspolitik“ der DDR:

Eppler beteiligte sich nach Einschätzung der Stasi „aktiv“ in mehreren Themengruppen und argumentierte „sachlich und realistisch“. Sein „sachlicher und wohlausgewogener“ Vortrag habe große Aufmerksamkeit gefunden, besonders bei den westlichen Medien. „Tiefgründig“ habe er die Notwendigkeit des Vertrauens besonders in der gegenwärtigen politischen Lage begründet. Nach dem Vortrag habe er unter der Regie von Konsistorialpräsident Stolpe „in politisch-realistischer Form“ Fragen beantwortet. Bei seiner Rede auf der Abschlussveranstaltung habe er die räumlichen, zeitlichen und inhaltlichen Beziehungen zwischen den Kirchentagen in Magdeburg und Hannover herausgestellt, etwa dieselbe Sehnsucht nach Frieden, nicht nur bei den Kirchentagsteilnehmern.

Nach Ansicht der Stasi äußerte Eppler sich im engsten Kreis mit Kirchenführern sehr kritisch über die reservierte Haltung von DDR-Kirchenkräften gegenüber der Friedenspolitik der DDR. Hiermit habe er die „reaktionären“ klerikalen Kräfte enttäuscht. In den offiziellen Gesprächsrunden sei er auch in Anwesenheit staatlicher Vertreter engagiert für die Notwendigkeit der allseitigen Friedenssicherung eingetreten. Er sehe die Gefahren gegenwärtig im Westen. Mit seiner Haltung und seinem „realistischen Auftreten“ trage er „zur Versachlichung und Neutralisierung“ geplanter „negativ-feindlicher Aktivitäten“ bei, die eine Unterstützung unabhängiger Friedensaktivitäten in der DDR durch ihn erwartet hätten. Er habe an

¹¹⁸⁴ Vgl. Eppler, Erhard, Vertrauen wagen – damit wir leben können, Kirchentag Magdeburg, 26.6.1983 (S. 17-26), S. 17-26, BStU AP 22682/92.

¹¹⁸⁵ Vgl. Kapitel 3.3.

einer Familiengesprächsrunde teilgenommen und Absprachen mit einem Pfarrer über seine Teilnahme an einem Gottesdienst und an Gemeindeveranstaltungen geführt.¹¹⁸⁶

Epplers Besuche in der DDR waren nicht immer unproblematisch. Bei seinem Aufenthalt im November 1984 in der DDR stellte die Staatssicherheit keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten von ihm fest.¹¹⁸⁷ Im Vorfeld dieses Besuches hielt Staatssekretär Gysi Epplers geplanten DDR-Aufenthalt mit Vorträgen vor geschlossenen und öffentlichen kirchlichen Gremien gegenwärtig für „nicht opportun“. Der Besuch könne zu „politischen Spekulationen“ und „Provokationen“ führen. Da Eppler Mitglied des SPD-Präsidiums war, habe sein Besuch „politischen Charakter“, unabhängig davon, ob dieser dies beabsichtige oder nicht. „Mißdeutungen im gesamtdeutschen Sinne“ seien „Wasser auf die Mühlen der Revanchisten.“ Gysi berichtete von den Bemühungen der DDR, die Beziehungen zwischen Staat und Kirche in der DDR nicht zu gefährden.

Nach Gysis Darstellung antwortete Eppler „sehr bereitwillig und sehr offen“ und – was Gysi nicht erwartet hatte – traf sich sofort mit ihm aufgrund von Gysis „ernsten Bedenken“ gegen seine Besuchsabsichten in der DDR. Nach Epplers Erklärung hatte sich die Situation in der Bundesrepublik in vielem geändert: Im Rat der EKD gebe es große Unruhe über die Entwicklung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und die Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen beiden Kirchen. Die Vorwürfe der EKD gegen die Bundesregierung würden immer bitterer. Die Mehrheit in der EKD betrachte die Politik der Reagan-Regierung immer mehr als die Friedensbedrohung, vor allem, da der Druck der USA auf die Bundesregierung offensichtlich keinen Widerstand finde. Aufgrund dieser Ausführungen war für Eppler sein Besuch der DDR-Kirchen alles in allem für die DDR positiv und eine Absage, die nicht verheimlicht werden könnte, negativ.

Er betonte, dass er immer von der Existenz zweier deutscher souveräner Staaten ausgehe und deshalb keine „Missverständnisse“ im gesamtdeutschen Sinne sehe. Er verstand sich gleichzeitig als Christ und Sozialdemokrat. Trotz des Verständnisses für Gysis Einwände war er der Auffassung, dass eine Absage ein „Politikum“ werde. Dies würden Politiker ausnutzen, die auf der „Lebenslüge der BRD seit ihrer Gründung“, dem Alleinvertretungsanspruch, bestünden. Für Eppler war eine vorherige Abstimmung der Reise mit Gysi selbstverständlich. Er sah Gysis Hinweise, für Aktivitäten günstige Zeitpunkte auszuwählen, den Willen der DDR, die Staat-Kirche-Beziehungen zu bewahren und die Notwendigkeit, die „Wirkung solcher Aktivitäten im weiteren Umfeld“ in Betracht zu ziehen, ein. Trotzdem ergebe sich bei ihm ein klarer positiver Saldo. Er sei „sehr glücklich“ über eine wesentliche Verkürzung seines Besuchs aufgrund seines vollen November-Terminplans. Man könne „alle

¹¹⁸⁶ Vgl. Hauptabteilung XX/4, Operative Information zum Auftreten des Dr. Eppler während des evangelischen Kirchentages in Magdeburg, 29.6.1983 (S. 81-83), S. 81-83, BStU AP 22682/92.

öffentlichen Veranstaltungen oder in anderer Weise kritischen Vorhaben“ herausnehmen. Eppler informierte Stolpe über das Gespräch mit Gysi und bat, dass die Kirchen sich an Gysi wenden, um einen Kompromiss zu finden, der eine staatliche Zustimmung erlaube.¹¹⁸⁷ Eppler wollte also auf jeden Fall in die DDR einreisen. Er lockte Gysi sogar mit einem kritischen Interview:

„Er (Eppler, C.S.) möchte ... seine Bereitschaft bekunden, wenn er mir sage, dass er am Ende seines Aufenthaltes zu einem Interview mit einer DDR-Zeitung bereit sei, in dem er seine Haltung gegenüber der Politik der Reagan-Administration, gegenüber der sogen. offenen deutschen Frage und anderen brennenden Problemen dieser Art darlege.“¹¹⁸⁸

Nach einem anderen Stasi-Bericht wurde Eppler in einer Aussprache die Absage seiner Besuche in Erfurt und Halle nahegelegt. Er habe dieses Anliegen akzeptiert, jedoch keine definitive Zusage gegeben, da er sich mit den kirchlichen Gastgebern abstimmen wolle.¹¹⁸⁹ Schon vor diesen Schwierigkeiten hatten Kirchenvertreter der DDR für Epplers Einreise plädiert und dabei wie dieser die DDR-Behörden mit dessen kritischer Bewertung der Nachrüstung gelockt. Der evangelische Bischof der Kirchenprovinz Sachsen befürwortete eine Einreise mit dem Argument, dass sich beim Kirchentag in Magdeburg 1983 gezeigt habe, dass Eppler mit seiner „sehr kritischen Einstellung zum Rüstungsprogramm der Nato-Staaten und zur Rüstungseskalation überhaupt ein sehr wichtiger, anregender Gesprächspartner für Christen in unserem Land wurde.“¹¹⁹⁰ Der Präsident des Evangelisch-Lutherischen Landeskirchenamts Sachsen Domsch beschrieb ihn so:

„Als Christ hat sich Dr. Eppler – besonders auch in seiner Funktion als Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages – nachdrücklich dafür eingesetzt, dass die Kirchen vom Evangelium her Ihren Auftrag für Abrüstung, Frieden und Gerechtigkeit wahrnehmen und zum Abbau von Spannungen und der Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens beitragen. Wir erhoffen uns von dem Besuch Dr. Epplers, dass es zu einem intensiven Austausch über die Aufgaben der Christen und der Kirchen angesichts der heutigen Weltprobleme kommt und damit zugleich ein Beitrag geleistet wird, um der besonderen Verantwortung der Kirchen für die Erhaltung und Förderung des Friedens gerecht zu werden.“¹¹⁹¹

1985 zeigte sich nach Epplers Ansicht die etwas eingengtere Bewegungsfreiheit der DDR-Kirche durch den „Klimasturz nach der Raketenstationierung“ besonders an der „Nervosität“ der Staatsführung gegenüber kirchlichen Aktivitäten, vor allem in der Friedenspolitik und im

¹¹⁸⁷ Vgl. Hauptabteilung VIII, Operative Information 1011/84, 1002/84, 998/84, 995/84, 989/84 (S. 27-37) S. 27-37, BStU AP 22682/92; vgl. Hauptabteilung VII, Operative Information 976/84, 981/84, 986/84, 993/84 (S. 24-33), S. 24-33, BStU HA VI 2164.

¹¹⁸⁸ Vgl. Information über das Gespräch von Staatssekretär Gysi mit Erhard Eppler, Mitglied des SPD-Präsidiums, Mitglied der Synode der EKD, Mitglied des Präsidiums des Deutschen Ev. Kirchentages, am 22.10.1984 in der Dienststelle des Staatssekretärs, 23.10.1984 (S. 41-43), S. 41-43, BStU AP 22682/92.

¹¹⁸⁹ Ebd., S. 43.

¹¹⁹⁰ Vgl. Hauptabteilung XX, Information über die Einreise von Eppler, Erhard/BRD vom 31.10. bis 11.11.1984 in die DDR, 31.10.1984 (S. 49), S. 49, BStU AP 22682/92.

¹¹⁹¹ Vgl. Der evangelische Bischof der Kirchenprovinz Sachsen. Der Ständige Vertreter, Befürwortung, 20.8.1984 (S. 56), S. 56, BStU AP 22682/92.

Umweltschutz, und bei öffentlichen Aktionen. Er betrachtete die DDR-Kirche bei Äußerungen in kirchlichen Gremien als souveräner als die EKD, die alle möglichen Rücksichten nehme. Er sah Spannungen zwischen Staat und Kirche, denn die für Ostblockverhältnisse liberale Kirchenpolitik der SED werde von den unteren Behörden oft nicht verstanden oder bewusst behindert. Für ihn hatte das Bekenntnis zur Kirche in der DDR ein anderes Gewicht als in der Bundesrepublik, denn damit seien Karrierenachteile verbunden. Er beneidete die Kirche um die gelassene Eigenständigkeit, die sie durch dieses über die bloße Mitgliedschaft hinausgehende Bekenntnis gewinne.

Eppler konstatierte eine Bewegung der DDR-Kirchen weg von den Westbindungen und mit dem Willen, ihre Eigenständigkeit zu wahren, auf die eigene Regierung zu, von der sie sich nicht missbrauchen ließen, deren Friedenswillen sie aber nicht bezweifelten. Die Änderung habe die SED-Führung noch nicht richtig wahrgenommen. Er bemerkte ein mangelndes Vertrauen der DDR-Kirchen in die amerikanische Politik, wenig in die bundesdeutsche und nur begrenztes in die EKD (Kirchenkanzlei, Rat, Synode). Im Gegensatz zu jetzt hätten früher viele dieser Christen das Gefühl gehabt, dass sie durch das Kanzleramt und die Vertretung der EKD bei der Bundesrepublik vertreten würden. Nach Epplers Meinung wollten die Christen in der DDR ihre Arbeit dort tun, wo sie lebten. Eine Erklärung für die Bewegung vom Westen zur eigenen Regierung war für ihn, dass die kommunistische These, dass der Kapitalismus imperialistische und unfriedliche Tendenzen fördere, durch die amerikanische Politik glaubwürdiger werde. Über die DDR-Regierung mache sich die DDR-Kirche keine Illusionen, empfinde sie aber als die eigene Regierung. Auch wenn Eppler nicht an direkte Auswirkungen der Annäherung der Kirchen auf den Staat in der DDR glaubte, hoffte er, dass der Staat der Kirche und der kirchlichen Friedensbewegung mehr vertraue als bisher. Er lehnte das Infragestellen der Oder-Neiße-Grenze, etwa durch die Junge Union, ab. Bei den Äußerungen der Vertriebenenverbände wisse auch der Osten, dass dort ältere Menschen die Vertreibung nicht verarbeitet hätten. Fatal wäre der Eindruck im Osten, dass die nächste Generation die vertraglichen Grenzregelungen infrage stelle.¹¹⁹³ Schon 1980 kritisierte er die oft einseitige politische Haltung des Bundes der Vertriebenen und die Aussagen mancher Politiker mit Funktionen in Vertriebenenverbänden. Die Vertriebenen bräuchten das Vertrauen aller bundesdeutscher Parteien zur Lösung ihrer Probleme.¹¹⁹⁴

¹¹⁹² Vgl. Domsch an die Regierung der DDR – Staatssekretär für Kirchenfragen, 8.8.1984 (S. 55), S. 55, BStU AP 22682/92.

¹¹⁹³ Vgl. Eppler, Erhard, Politik auf dem Prüfstand, S. 29f. Auch im SPD-Präsidium sprach Eppler vom eingengten Spielraum der evangelischen Kirche in der DDR, deren Enttäuschung vom Westen und vor allem der Bundesregierung und dem Entfremdungsprozess der DDR-Kirchen von der EKD. Er hielt es für die Aufgabe der SPD, in dieser Situation eine „Brücke“ zu bieten; vgl. Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 26.11.1984 (9 S.), S. 3, Dep. Eppler 115.

¹¹⁹⁴ Vgl. Erhard Eppler an Dr. Mocker, 31.1.1980, anbei Stellungnahme der SPD - Landesverband Baden-Württemberg - zu den Beschlüssen des Landesverbandstages vom 21.11.1979 des Bundes der Vertriebenen (BdV), Dep. Eppler 54; vgl. auch BdV (Dr. Mocker) an Erhard Eppler, 3.12.1979, anbei Beschlüsse der Delegierten des Landesverbandes Baden-Württemberg des BdV, 21.11.1979,

Die Staatssicherheit beobachtete auch die bundesdeutschen Kirchentage und sah hier Eplers Auftreten aufgrund seiner Kritik am Westen als positiv an. Auf dem Düsseldorfer Kirchentag 1985 betrachteten Journalisten der NEUEN ZEIT das breite Engagement der SPD, die mit „Spitzenleuten“ wie Vogel, Schmude, Ehmke, Eppler, Leinen und Rau auf dem Kirchentag vertreten gewesen sei, als „auffällig“ und die „innerliche Verbundenheit mit dem Protestantismus“ als „bemerkenswert.“ Die meisten dieser SPD-Politiker hätten in der Friedensfrage, dem politischen Hauptthema des Kirchentages, den Positionen christlicher Friedensgruppen sehr nahe gestanden, so dass die Diskussionsplattformen des Kirchentages für sie ein „Heimspiel“ gewesen seien. Es gebe im Gegensatz zu früheren Kirchentagen ein „deutliches Desinteresse“ der bundesdeutschen Regierungsparteien.

Eine „Prägung“ durch Eplers Kirchentagspräsidentschaft sei, dass das Präsidium des Kirchentags weniger korrigierend interpretiere als früher, zumindest in den wichtigen Pressekonferenzen. Der jetzige Präsident Prof. Huber gehöre einer neuen Generation im Kirchentag an: Er sei weniger „profilierter parteilich“ als etwa Eppler und Bismarck.

Von den SPD-Politikern hatte nach Ansicht der Journalisten nach wie vor Eppler „die größte Anziehungskraft für die Teilnehmer“. Er habe stets das „lila Tuch“ der Friedensbewegung getragen und in seinem Vortrag zu aktuellen Rüstungsfragen „heftig“ das amerikanische SDI-Programm kritisiert. Er halte die USA für die neue Rüstungsrunde verantwortlich, kritisiere deren Geldpolitik und die Politik des Internationalen Währungsfonds. Diese Politik bedeute Rekolonialisierung, denn solange die Entwicklungsländer ökonomisch abhängig wären, kämen sie politisch auf keine „dummen Gedanken.“ Eppler fragte, ob Christen einer „Utopie der absoluten Sicherheit und Unverwundbarkeit“ „nachjagen“ und dabei Millionen Hungernder „krepieren“ lassen dürften.¹¹⁹⁵

Eppler berichtet rückblickend allerdings, dass es für ihn 1983 als Kirchentagspräsident aufgrund seines Verständnisses von der Neutralität dieses Amtes und weil der Kirchentag kein Mandat in politischen Fragen habe, selbstverständlich gewesen sei, auf das Tragen eines violetten Halstuchs zu verzichten, trotz seiner Verbundenheit mit den Trägern dieses Symbols.¹¹⁹⁶

Nach Einschätzung der Stasi wollten die Organisatoren des Kirchentags nach den Erfahrungen vergangener Kirchentage eine „einseitige politische linkslastige Ausrichtung des Kirchentages“ vermeiden. Der Kirchentag sei nicht wie 1981 und 1983 eine „einhellige

Dep. Eppler 54. Zu den oben genannten Formulierungen hatte Eppler Ministerialdirigent a. D. Adolf Hasenöhrl geraten, der auch die Stellungnahme für den BdV ausgearbeitet hatte; vgl. Adolf Hasenöhrl an Erhard Eppler, 15.1.1980, Dep. Eppler 54.

¹¹⁹⁵ Vgl. Rudi Bellmann an Genossen Jarowinsky, 17.6.1985, Anlage: 21. Evangelischer Kirchentag in der BRD, Düsseldorf. 5-9.6.1985 (S. 102-114), S. 103-106, S. 112, SAPMO-BArch, DY 30/200 (Arbeitsgruppe Kirchenfragen).

¹¹⁹⁶ Vgl. Reimer, Wulf, Leitfigur der Friedensbewegung – aber kein Pazifist. Der frühere Kirchentagspräsident Erhard Eppler stellt sich einem Streitgespräch über christliche Verantwortung, SZ, 16.6.1999.

Manifestation aller in der BRD-Friedensbewegung wirkenden Kräfte“ gewesen. Auch hier wurde die „einmütige Ablehnung der US-Weltraumrüstungspläne“ durch ein politisch breites Spektrum als politisch wichtigstes Ereignis des Kirchentages gewertet. Eppler sei friedenspolitisch am „konsequentesten und engagiertesten“ aufgetreten mit seiner kompromisslosen Ablehnung der amerikanischen Weltraumrüstungspläne und der Abschreckung. Die Stasi bemerkte eine zunehmende Übereinstimmung in der Friedens- und Abrüstungsfrage zwischen SPD-Vertretern und Friedenskreisen des bundesdeutschen Protestantismus.¹¹⁹⁷

Auch in einer „vertraulichen“ Information des DDR-Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten wurde über Epplers starke Kritik an den USA berichtet.¹¹⁹⁸

Eppler sprach auf dem evangelischen Kirchentag in Ost-Berlin 1987 über CHANCEN UND RISIKEN DER ENTSPANNUNG. Die Friedensbewegung, die Palme-Kommission und seit 1986 auch Gorbatschow sähen nun ein, dass sich Frieden und Sicherheit nicht mehr gegeneinander errüsten, sondern nur noch miteinander vereinbaren ließen. Er schlug vor, dass jede Seite auf die Fähigkeit zum Angriff verzichte, versuche, die Welt aus dem Blickwinkel des anderen zu betrachten und teilweise Mitverantwortung für die Sicherheit des anderen übernehme. Das „gemeinsame europäische Haus“ müsse vielfältig sein und Platz für die einzelnen Nationen, Regionen, Ideologien und Glaubensrichtungen haben. Um diese europäische Friedensordnung zu verwirklichen, müsse die Spaltung Europas überwunden werden, also der Konflikt zwischen den Systemen und Ideologien. Es sei falsch, dass gegensätzliche Ideologien die Beziehungen zwischen Staaten notwendig vergifteten. Er nannte sechs Anforderungen an die Friedensfähigkeit von Systemen¹¹⁹⁹ und sah in einem Umdenken die Chance für einen wirklichen Friedensschluss.¹²⁰⁰

Für Eppler waren die Kirchentage in beiden deutschen Staaten schon deshalb schwer vergleichbar, weil in der DDR keine hauptamtlichen, sondern ehrenamtliche Mitarbeiter den Kirchentag organisierten. Kennzeichnend für die Kirchentage in der DDR sei die intensive menschliche Begegnung in kleinen Gruppen. Die Teilnehmer würden mehr zu Wort kommen als dies bei den bundesdeutschen Kirchentagen möglich sei. Auffällig sei die Teilnahme meist jüngerer Nichtchristen, die sich intensiv mit der Botschaft der Kirchen auseinandersetzten. Er sprach vom starken Interesse der westlichen Medien am „Kirchentag von unten“ beim Ostberliner Kirchentag und den im Vergleich zu früher „scheinbar gegenläufigen

¹¹⁹⁷ Vgl. Arbeitsgruppe Kirchenfragen, Information zum Evangelischen Kirchentag vom 5.-9. Juni 1985 in Düsseldorf, 19.6.1985 (S. 115-122), S. 116-119, SAPMO-BArch, DY 30/200 (Arbeitsgruppe Kirchenfragen).

¹¹⁹⁸ Vgl. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Hauptabteilung Information, Information Nr. 88/VI, 17.6.1985 (S. 134f.), S. 134, SAPMO-BArch, DY 30/200 (Arbeitsgruppe Kirchenfragen).

¹¹⁹⁹ Vgl. S. 279 des vorliegenden Textes.

¹²⁰⁰ Vgl. Eppler, Erhard, Chancen und Risiken der Entspannung, Ev. Kirchentag Berlin '87, 27.6.1987 (18 S.), S. 1-18. Den Weg von der Unverwundbarkeit zur gemeinsamen Sicherheit, die die Blöcke überwölben könne, und zum europäischen Haus beschrieb Eppler auch in diesem Vortrag: ders., More security for Europe, 1987 European Nuclear Disarmament Convention, Coventry, 15.7.1987 (5 S.).

Entwicklungen“, die für ihn aber nicht unbedingt ein Widerspruch waren: die offeneren, direkteren und kritischeren Anfragen an Staat und Kirche und die eindeutigere Identifizierung der Christen auf dem Kirchentag mit ihrem Staat. Dass viele DDR-Bürger ihren Staat bejahten, Mitverantwortung und kritische Mitarbeit anböten, hätten auf dem Abschlussempfang auch die Vertreter der SED verstanden. Im Gegensatz zu früher seien für viele Christen in der DDR die Hoffnungsträger nicht mehr im Westen, sondern im Osten, in Moskau. Der starke Beifall auf seine Bemerkung, dass Gorbatschow sich nicht als Wissender, sondern als permanent Lernender präsentiere, habe Gorbatschow gegolten und der Hoffnung, dass dies in der DDR künftig auch so werde.¹²⁰¹

Eppler hatte den Eindruck, dass sich vor dem Kirchentag sehr viel gelockert habe, auch in der Kirche, und die Bürger der DDR sich für ihren Staat verantwortlich fühlten. Die Besorgnisse und Hoffnungen der Menschen in beiden deutschen Staaten seien sehr ähnlich.¹²⁰²

Er berichtete 1988 im Präsidium über die Arbeit der Initiativgruppen in der evangelischen Kirche, die für die Kirche aufgrund des mangelnden Interesses dieser Gruppen an Kirchenarbeit problematisch werde. Der Bund der Kirchen der DDR habe den Westen gebeten, diesen Gruppen über die westlichen Medien nicht zusätzliche Publizität zu verschaffen. Er schlug vor, zu den Initiativgruppen und den Pfarrern, die in den Friedensgruppen arbeiteten, Kontakt zu halten im Rahmen des Bundes der Kirchen.¹²⁰³

Eppler hatte nicht nur Kontakt zu diesen Basisgruppen, sondern wurde auf den Kirchentagen auch immer kritischer gegenüber der SED. Aufgrund seiner Mitarbeit am gemeinsamen Papier hatte er nun eine für die DDR weniger angreifbare Stellung.

Nach dem Bericht der Staatssicherheit besuchte er im September 1987 auf Einladung des Bundes der Evangelischen Kirchen der DDR den Bezirk Frankfurt/Oder und verteilte auf einer Konferenz das SPD-SED-Papier. Eppler wollte nach Ansicht der Stasi mit seiner Anwesenheit kein öffentliches Aufsehen erregen und die kirchliche Basisarbeit kennen lernen. Er habe auf seine Mitarbeit am SPD-SED-Papier und seine Teilnahme im Oktober 1987 an der Ausarbeitung eines Dokuments zur Weltwirtschaftsordnung zwischen SED und SPD hingewiesen. Er hielt die Dialogpolitik zwischen SPD und SED für die einzige Alternative zur Erhaltung des Friedens und der Entspannung. Gorbatschow und Honecker leisteten als „weltweit anerkannte Politiker“ einen „besonderen persönlichen Anteil“ zur Entspannung und Abrüstung. Er sah seinen Besuch positiv, forderte jedoch eine realistische Bewertung der Ergebnisse. Es müsse Spekulationen, wie z.B. der Abschaffung der Mauer, entgegengetreten werden. Radikalisierungsbestrebungen von Gruppen der Friedensbewegung

¹²⁰¹ Vgl. ders., Selbstbewußte Bürger der DDR. Zum Kirchentag in Ostberlin, Sozialdemokratischer Pressedienst 42. Jg. Nr. 119 (29.6.1987) (S. 1), S. 1; vgl. auch Epplers ähnlichen Bericht im Präsidium: Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 29.6.1987 (5 S.), S. 5, Dep. Eppler 117.

¹²⁰² Vgl. Stimme der DDR: „Die Fragen der Menschen hier wie dort doch sehr ähnlich“, bpa, 1.7.1987.

¹²⁰³ Vgl. Protokoll der Sitzung des Präsidiums, 18.1.1988 (16 S.), S. 7, Dep. Eppler 117.

lehnte er ab, auch Pfarrer Rainer Eppelmanns¹²⁰⁴ Aktivitäten. Aufgrund der vielen Gruppen in der Bundesrepublik und den westlichen Staaten sei es schwierig, ihre Ziele einzuordnen und den Dialog untereinander zu fördern. In der DDR dagegen sei der Dialog zwischen der staatlichen und der kirchlichen Friedensbewegung einfacher.¹²⁰⁵

Bahr erklärte dem Präsidium im Juni 1988, er habe auf dem Erfurter Kirchentag deutlich gemacht, dass, wie beim 17. Juni 1953, beim Ungarn-Aufstand und beim Einmarsch in die CSSR direkte Hilfe aus dem Westen nicht zu erwarten sei, sondern nur Zusammenarbeit das gegenseitige Miteinander fördern würde. Nach Eppers Einschätzung waren die Menschen in der DDR „unendlich dankbar“ für Ermutigungen, etwa durch die Teilnahme an Kirchentagen. Das Hauptthema Ausreise sei hoch problematisch. Als bedrückend empfand er die Unsicherheit der politischen Führung, etwa dass Mitarbeiter der Stasi den Kirchentag beobachtet hätten und Regierungsvertreter trotz Einladung nicht gekommen seien. Nach dieser Reise bewertete er die Zukunft der DDR noch pessimistischer als zuvor. Hans-Jochen Vogel bedankte sich bei Bahr und Eppler für ihre Arbeit für die Politik der Verständigung.¹²⁰⁶

Auf dem Erfurter Kirchentag verlangte Eppler, dass die „Friedfertigkeit der Allzumächtigen“ sich nicht auf das Verhältnis zwischen Staaten beschränken dürfe, sondern auch in der Gesellschaft spürbar werden müsste. Wie weit man davon entfernt sei, zeigten der „Kult der Gewalt“ in manchen westlichen Medien und die „Schwierigkeiten“ des Sozialismus.¹²⁰⁷ Er kritisierte die Fortschrittsgläubigkeit in Ost und West. Glaubwürdige Zeichen, die den Bewusstseinswandel ausdrückten, könnten etwas bewirken.¹²⁰⁸

Er sprach auf dem evangelischen Kirchentag in Halle im Juni 1988 über *WEGE IN DER GEFAHR – WEGE AUS DER GEFAHR* hauptsächlich über die Umwelt- und Entwicklungspolitik, setzte sich aber auch für das Neue Denken ein und forderte den inneren Dialog in der DDR. Neues Denken nach dem Verständnis von Gorbatschow erkenne die „Sachzwänge“ des alten Denkens in West und Ost nicht an. Seine Selbstkritik verbinde diesen Begriff mit dem christlichen Begriff Umkehr. Er war als Christ des Westens beschämt, dass westliche Politiker die Ergebnisse dieser Wandlung (z.B. das Abkommen über die Verschrottung der Mittelstreckenraketen) ohne Selbstkritik als Ergebnis ihres Denkens feierten.

Er betrachtete einen dritten Weltkrieg als viel unwahrscheinlicher als vor einigen Jahren, denn beide Weltmächte überfordere das Wettrüsten ökonomisch, Gorbatschow sei für viele eine Hoffnung und im Ost-West-Dialog würden die Systeme und Ideologien nicht mehr

¹²⁰⁴ Rainer Eppelmann (geb. 1943) nahm aktiv an der Bürgerrechtsbewegung der DDR teil und war Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs (Oktober 1989); er war von März bis August 1990 Mitglied der Volkskammer der DDR, auch als Minister. Er wurde 1990 für die CDU Bundestagsabgeordneter.

¹²⁰⁵ Vgl. Abteilung XX/4, Information zum Aufenthalt des Mitgliedes der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Erhard Eppler, vom 19.9.-20.9.1987 im Bezirk Frankfurt (O), 21.9.1987 (S. 68f.), S. 68f., BStU HA VI 2164.

¹²⁰⁶ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 13.6.1988 (15 S.), S. 9-12, Dep. Eppler 117.

¹²⁰⁷ Vgl. Eppler und Bahr in Diskussionen des Kirchentages, dpa, 11.6.1988.

ausgeklammert. Für Eppler war es fast allein Gorbatschows Verdienst, wenn sich manche Spannungen zwischen Ost und West gelöst hätten oder zu lösen begännen. Es sei faszinierend, wie Gorbatschow, ein „unerwarteter weltgeschichtlicher Glücksfall“, Einsichten der Friedensbewegung zum Gegenstand der Ost-West-Diskussion mache. Leider habe er keinen gleichwertigen Partner im Westen. Nun habe ein um den Weltfrieden besorgter Christ im Warschauer Pakt weniger Anlass zur Kritik als Christen in den NATO-Staaten. Das SPD-SED-Papier hatte nach Epplers Überzeugung mit Dogmen wie der Lehre von der eigenen Friedfertigkeit und der Friedensunfähigkeit des Gegners gebrochen, indem sich erstmals beide Systeme gegenseitig die Friedensfähigkeit zugesprochen hätten. Er betonte, dass die westdeutschen Autoren des Papiers weiter zu seiner friedenspolitischer Bedeutung stünden, aber trotzdem der Dialog über die Grenzen auf Dauer nicht intensiver sein könne als der Dialog in den einzelnen Gesellschaften. Wenn bundesdeutsche Sozialdemokraten und Kommunisten aus der DDR sachlich und fruchtbar etwa über Menschenrechte streiten könnten, müssten dies auch in der DDR Marxisten-Leninisten und Christen können. Er habe sich belehren lassen, dass auch in der Bundesrepublik die kommunistische Partei nicht aus dem politischen Gespräch ausgegrenzt werden dürfe.¹²⁰⁹

Im Bericht an Honecker über den regionalen evangelischen Kirchentag in Halle und den Inhalt von Epplers Vortrag hieß es, Eppler habe sich während des Kirchentages mit der „negativen Hallenser Gruppe ‚Frieden 83‘“ getroffen. Es habe wie in Ost-Berlin einen „Kirchentag von unten“ gegeben. Die bundesdeutschen Journalisten hätten den Kirchentag „einseitig und tendenziös“ dargestellt, sich auf den „Kirchentag von unten“ und die „provokatorischen Ausfälle einzelner Personen“ konzentriert und so versucht, Inhalt und Verlauf des Kirchentages zu verfälschen.¹²¹⁰

Eppler plädierte auf dem Erfurter und dem Kirchentag in Halle dafür, dass die Politiker in jedem politischen System – der Bundesrepublik und auch der DDR - auf das neue Bewusstsein der gesellschaftlichen Basis eingehen müssten.¹²¹¹

Nach seiner Auffassung war Gorbatschows Auftreten für alle überraschend, nicht nur für die SED. Da die SED der Staat sei, halte der Staat vorläufig nicht mehr aus als die SED. Er beschrieb den „Schlingerkurs“ der SED zwischen Öffnung und Klammern am Monopol auf Macht und Wahrheit. Er und Bahr hätten auf dem Erfurter Kirchentag frei reden können, doch dürften diese Reden nicht in der Zeitung stehen. Für ihn war das gemeinsame Papier keine banale Formel „Friede ist wichtiger als alles andere.“ Er bestand auf dem Recht der

¹²⁰⁸ Vgl. Baum, Karl-Heinz, Eppler und der deutsch-deutsche Fortschritt, FR, 13.6.1988.

¹²⁰⁹ Vgl. Erhard Eppler, Wege in der Gefahr – Wege aus der Gefahr, Evangelischer Kirchentag Halle/Saale 23.-26.6.1988, 25.6.1988, Paulskirche (18 S.) S. 4, S. 9-11.

¹²¹⁰ Vgl. Hans-Joachim Böhme an Erich Honecker, 26.6.1988, Anlage: Information über den regionalen Kirchentag der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen in Halle vom 23. bis 26.6.1988, 26.6.1988 (S. 34-39), S. 35, S. 38f., SAPMO-Barch, DY 30/2251 (Büro Honecker).

freien Meinungsäußerung in der DDR, setzte sich aber für die Akzeptanz der DKP in der Bundesrepublik ein. Europa brauchte seiner Ansicht nach um seines Friedens willen eine „stabile, lebensfähige, selbstbewusste DDR.“ Er hielt es für wichtig, eine Destabilisierung der DDR zu verhindern. Die SED müsse mit den kritischen Christen sprechen, denn diese betrachteten den sozialistischen Staat als ihren Staat und verließen ihn nicht wie die Resignierten. Der Westen dürfe die Schwächen im Prozess der Perestroika nicht ausnutzen, sondern solle diskret und großzügig Hilfe für die wirtschaftliche Erneuerung anbieten, wenn sich die DDR für eine freiere Zukunft entschieden habe.¹²¹²

Während seines Potsdamaufenthalts und im März 1988 in Ost-Berlin zum Ökumenischen Symposium zu Friedensfragen wurde Eppler vom Staatssicherheitsdienst beobachtet.¹²¹³ Im Oktober 1988 sprach er in Potsdam über den BEITRAG DER EUROPÄISCHEN KIRCHEN FÜR DIE ENTWICKLUNG VON DIALOG UND TOLERANZ IN EUROPA. Er äußerte sich oft zum Christentum, forderte aber deutlich die Aufgabe des Monopols auf Macht und Wahrheit in der DDR. Da derjenige, der nachweisen könne, der Wahrheit näher zu sein, mehr Anrecht auf Macht habe, gebe es in der Politik aller Systeme einen Zwang zur Selbstrechtfertigung.

Im Unterschied zum Dialog tendiere Toleranz zur Unterscheidung „zwischen gültiger, machtstützender und machtgestützter Wahrheit einerseits und geduldeter, wenn auch ärgerlicher Abweichung andererseits.“ Beim Dialog bringe die staatliche Obrigkeit ihre Wahrheit in den Dialog mit anderen, gleichberechtigten Wahrheiten ein. Eppler war davon überzeugt, dass zumindest in Europa das Zeitalter der Toleranz ende und das des Dialogs beginne. Niemand, auch nicht die Christen, könnten noch ernsthaft die ganze Wahrheit beanspruchen. Gorbatschow sei ein „dialogischer, dialogversessener Mensch.“

Der christliche Glauben war für ihn nicht eine Weltanschauung in Konkurrenz zu anderen, sondern ein Maßstab, an dem Ordnungen und Ideologien gemessen werden könnten. Er unterstrich, dass Monopole auf Wahrheit nicht dadurch gebrochen würden, dass man ihnen andere Monopole entgegenseetze. Nur wenn Christen deutlich machen würden, dass ihre Wahrheit keine allwissende Ideologie sei, könnten sie andere zum Überdenken und Revidieren ihres Monopolanspruchs auf Wahrheit veranlassen. Er verlangte, sich bei der Beurteilung von Äußerungen nicht vom ideologischen Hintergrund leiten zu lassen. Gorbatschows Äußerungen über die Möglichkeiten militärischer Sicherung seien richtig und die des Christen Reagan falsch, unabhängig von seiner Haltung zum ideologischen Hintergrund dieser Gedanken. Für einen fruchtbaren Dialog dürfe der eigene Irrtum nicht ausgeschlossen werden, also kein Monopolanspruch auf Wahrheit durchgesetzt werden

¹²¹¹ Vgl. ADN-Information, DDR-Kirchenblatt zitiert Eppler: Ohnmacht der scheinbar Mächtigen, 18.7.1988 (S. 18f.), S. 18f., BStU ZAIG 24072.

¹²¹² Vgl. Eppler, Erhard, Links blinken, rechts fahren, Spiegel Nr. 29 (18.7.1988) (gleicher Text: ders., Einmischung erwünscht. Was ist in der DDR los?, in: ders., Reden auf die Republik (S. 137-144)).

¹²¹³ Vgl. Hauptabteilung VII, Operative Information 923/88, 922/88 (S. 7-11), S. 7-11, BStU HA VIII 5165; vgl. Hauptabteilung VII, Operative Information 56/88 (S. 14-17), S. 14-17, BStU HA VIII 5165.

wollen. Im Dialog zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten über die gemeinsame Sicherheit seien die Gegensätze aufgelistet worden, aber es habe trotz unterschiedlicher Wahrheiten erstaunliche Gemeinsamkeiten gegeben. Wenn dies zwischen „sehr verschiedenen politischen Kräften in sehr verschiedenen Systemen“ möglich und um des Friedens willen nötig sei, sei es auch in jeder Gesellschaft nötig und möglich.

Die Gespräche zwischen SPD und SED waren seiner Ansicht nach nur deshalb fruchtbar, weil niemand einen Monopolanspruch auf Wahrheit erhoben habe. Es sei falsch, dass sich aus der Entscheidung der Eigentumsfrage die jeweilige Gesellschaft, ihre Freiheitsräume und ihre soziale und politische Gestalt automatisch ergebe. Für Eppler gab es viele Möglichkeiten des Dialogs und des Streits um das Richtige. Auch das europäische Haus müsse für Dialog und Offenheit eintreten und auf Wahrheitsmonopole verzichten. Das ökonomische Gefälle müsse verkleinert werden. Wichtig war ihm nicht die Größe der Schritte, sondern die Erkennbarkeit der Richtung. Die sowjetische Politik gewinne Vertrauen, weil die Richtung zu einer europäischen Friedensordnung erkennbar sei. Dies forderte er auch für die Bundesrepublik und die DDR.¹²¹⁴ Er bemerkte die schwindende Macht der SED:

„Wo das Monopol auf Wahrheit fällt, läßt sich das Monopol auf die Macht auf Dauer nicht halten. Das war so in der Geschichte der christlichen Kirchen und des angeblich christlichen Staates; und das wird so sein in der Geschichte des Marxismus-Leninismus, seiner Parteien und der von ihnen geführten Staaten. Das ist zwar kein geschichtliches Gesetz, aber eine geschichtliche Erfahrung, auf die wir uns alle verlassen können, auch dann, wenn der Alltag anderes zu beweisen scheint.“¹²¹⁵

Eppler erklärte, dass ihm nach seiner Rede Vertreter der SED-Bezirksleitung zu verstehen gegeben hätten, dass er gerade mit dieser zitierten recht Forderung haben könnte.¹²¹⁶ Der Deutschlandfunk fand seinen Vortrag „bemerkenswert“. Bei seinen Worten hätten den „Gästen mit dem SED-Emblem am Revers“ die Ohren klingen müssen.¹²¹⁷

Nach Stasi-Einschätzung verlief Epplers „betont politischer“ Vortrag in der Nicolaikirche „ohne besondere Vorkommnisse“. Auffallend sei das Interesse in diplomatischen Kreisen gewesen. Eppler habe in dem Vortrag die Rolle der Kirchen als „kritisches Korrektiv in der Gesellschaft“ hervorgehoben, die Reformpolitik in der UdSSR und der VRP gewürdigt und sich für Pluralismus im ganzen europäischen Haus ausgesprochen.

An dem Gespräch mit einem SED-Mitglied zur „Erläuterung der Gesellschaftsstrategie der SED“ zeigte sich Eppler nach Auffassung der Stasi „echt interessiert.“ Er habe wiederholt seine Enttäuschung über den „Umgang“ mit dem SED-SPD-Papier ausgedrückt. Die SED habe „Angst vor der eigenen Courage“ bekommen. Seiner Meinung nach stand die DDR von

¹²¹⁴ Vgl. Eppler, Erhard, Der Beitrag der europäischen Kirchen für die Entwicklung von Dialog und Toleranz in Europa, Potsdam 29.10.1988 (14 S.), S. 1-14.

¹²¹⁵ Ebd., S. 12.

¹²¹⁶ Vgl. ders., Osteuropa: Geschlossene Systeme brechen auf – Chance für den Menschen? 90. Deutscher Katholikentag, Berlin 25.5.1990 (8 S.), S. 3.

¹²¹⁷ Vgl. Vortrag E. Epplers in der Potsdamer Nikolaikirche, DLF, 30.10.1988 (15f.), S. 15f., BStU ZAIG 24072.

allen sozialistischen Ländern mit Reformbestrebungen am stärksten unter Zeitdruck. Auch wenn sie die UdSSR nicht kopieren könne, solle sie nicht auf ihren jetzigen Positionen beharren.¹²¹⁸ Der SED-Gesandte stritt nach dem Stasi-Bericht diese „befremdenden Auffassung“ ab, erläuterte das Gesellschaftskonzept der DDR und unterstrich, dass die Präambel des Grundgesetzes als einzige Verfassung der Welt ein „anderes verfassungsrechtliches Hoheitsgebiet“ beanspruche. Eppler ging nicht von einer Mehrheit zu einer solchen Verfassungsänderung im Bundestag aus. Er schlug vor, Kohl „schwätzen“ zu lassen und sich an Schäuble zu halten. Er habe viel zum Demokratieverständnis gefragt und sei vom Auftreten der SED vor der Bevölkerung beeindruckt gewesen. Er fahre mit „dem veränderten Eindruck“ zurück, dass die SED „keine Weisungspartei, sondern eine Partei des politischen Wirkens mit einem hohen Maß an Überzeugungsbestrebungen“ sei.¹²¹⁹

Als Gast des Leipziger Kirchentages im Juli 1989 betonte Eppler, dass zur Verwirklichung des europäischen Hauses seine genaue Definition notwendig sei. Dazu gehörten für ihn Besuchsfreiheit und die Beachtung der Menschenrechte. Es müsse klar sein, dass es Entscheidungen wie in China, wo Panzer Menschen überrollten, nicht geben dürfe. Wer in der DDR vom europäischen Haus rede, müsse wissen, dass dies nicht nur ein Sicherheitssystem meine. Er warnte davor, dass das Philosophieren der Deutschen über die Mauer zwischen ihnen den Willen der anderen Europäer an dieser gemeinsamen Friedensordnung stark verringere. Über die deutsche Teilung wollten die anderen Europäer mitreden und hätten mehrheitlich Angst vor einer gesamtdeutschen Großmacht. Nach Epplers Einschätzung hatten die Deutschen keine Brückenfunktion für Europa, weil die anderen Europäer Deutschland nicht als Brücke sähen. Der Grund für das allenfalls langsame Vorschreiten von Perestroika und Glasnost in der DDR war für ihn, dass die gleichzeitige Forderung nach innerer Veränderung des Staates und nach seiner Abschaffung Existenzängste auslöse und deshalb versucht werde, Reformen zu vermeiden.¹²²⁰

Auch innerhalb der Kirchen der DDR wurde sein Wirken auf DDR-Kirchentagen positiv bewertet. Reinhard Höppner, damals Präses der Synode der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, hielt Epplers Beteiligung beim Deutschen Evangelischen Kirchen-

¹²¹⁸ Nach Epplers Ansicht waren die Grundprobleme der DDR und der UdSSR ähnlich, denn auch in der DDR müssten die Menschen erfahren, dass ihre Meinung wichtig sei und sie etwas durchsetzen könnten; vgl. Grüter, Michael, Eppler zur KPdSU-Parteitagung: „Ende von 70 Jahren Feindschaft.“ SPD-Politiker sieht im NP-Interview Chancen für mehr Kontakte, Neue Presse (Hannover), 1.7.1988.

¹²¹⁹ Vgl. Information über einige Probleme aus dem Monatsbericht des Genossen Jahn, Bezirksleitung Potsdam an alle Mitglieder und Kandidaten des Politbüros, 2.11.1988 (S. 129-136), S.134-136, SAPMO-Barch, DY 30/2291 (Büro Honecker).

¹²²⁰ Vgl. Baum, Karl-Heinz, Wider das Schlüsselloch-Gucken in der „deutschen Wohnung“. DDR-Bürger diskutierten mit Erhard Eppler am Rande des Leipziger Kirchentages über Gorbatschows Europa-Vision, FR, 10.7.1989. Ähnlich äußerte sich Eppler auf dem Kirchentag in West-Berlin im Juni 1989; vgl. Eppler, Erhard, Was jetzt zu leisten ist, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Deutsche Einsichten. Reden und Gespräche zwischen Deutschen aus beiden Staaten beim Evangelischen Kirchentag in Berlin, Berlin 1989 (S.137-142).

tag und beim SPD-SED-Papier rückblickend für sehr wichtig. Für die Menschen im Osten sei noch wichtig gewesen, dass Eppler nicht nur Besucher, sondern auch Mitgestalter der DDR-Kirchentage gewesen sei.¹²²¹

Der Pfarrer Friedrich Schorlemmer verteidigte das SPD-SED-Papier und lobte damals Epplers Rede vom 17. Juni 1989¹²²² als „das richtige Wort zur richtigen Zeit“, denn die Doppelstrategie der SED sei zu Lasten der Opposition gegangen und ansonsten hätte die SPD bei der DDR-Opposition die Glaubwürdigkeit verloren. Außerdem hätten nur wenige bundesdeutsche Politiker wie Eppler die Verzweiflung der kirchlichen Opposition verstehen können. Er sei viele Jahre über den evangelischen Kirchentag eine „stärkende, inspirierende und orientierende Autorität“ geworden und sei 1988 auf dem Kirchentag in Halle ein „mitleidender“ Partner gewesen, der die DDR-Kirche dennoch aus einer „verengten DDR-Perspektive“ herausgeführt habe. Schorlemmer war froh, zu wissen, dass Eppler bei einer möglichen Inhaftierung für ihn eintreten würde.¹²²³

¹²²¹ Vgl. Eppler, Erhard, „Im Gespräch“ mit Dr. Dr. h.c. Erhard Eppler am 12. November 1997, S. 99, S. 112.

¹²²² Vgl. S. 312-316 des vorliegenden Textes.

¹²²³ Vgl. Schorlemmer, Friedrich, Worte öffnen Fäuste. Die Rückkehr in ein schwieriges Vaterland, München 1992, S. 20, S. 231-235; vgl. auch ders. Wandel durch Annäherung – Annäherung durch Wandel, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Das Undenkbare denken. Festschrift für Egon Bahr zum siebzigsten Geburtstag, Baden-Baden 1992 (S. 233-239), S. 237.

3.3. „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“

DIE GESPRÄCHE ZWISCHEN SPD UND SED BIS ZUM SPD-SED-PAPIER (1984 BIS 1987)

Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in den achtziger Jahren wurde auch als „Nebenaußenpolitik“ bezeichnet. Auftakt dieser Politik war – so Heinrich Potthoff – die Zusammenarbeit zwischen SPD und SED zur Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Europa. Im Sommer 1984 begann die Arbeitsgruppe unter der Leitung von Egon Bahr und Hermann Axen mit ihrer Arbeit und verhandelte seit Dezember 1985 über Grundsätze für einen atomwaffenfreien Korridor in Europa. Zu dieser Politik gehörte auch das gemeinsame Papier der Grundwertekommission der SPD und der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED DER STREIT DER IDEOLOGIEN UND DIE GEMEINSAME SICHERHEIT.¹²²⁴

Doch die SPD hatte nicht nur über Bahrs Arbeitsgruppe und Eplers SPD-SED-Gespräche Kontakte zur SED, sondern es gab auch persönliche Kontakte zwischen SPD und SED, aber auch zwischen den anderen bundesrepublikanischen Parteien und der SED.

Eplers Kontakte in die DDR verliefen hauptsächlich über die evangelische Kirche und in den achtziger Jahren über die Akademie für Gesellschaftswissenschaften. Er wusste also bei den Gespräche mit der SED wie der Alltag in der DDR aus Sicht der evangelischen Kirche, lange Zeit der einzigen „Opposition“ im SED-Staat, aussah.

Die Verlagerung seines Engagements von der Friedensbewegung und dem Ost-West-Konflikt in den achtziger Jahren zu den Gesprächen mit der SED ist kein Bruch, denn Eppler vertrat die Auffassung, dass eine Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen dem Ost-West-Konflikt zugute komme und Entspannung im Ost-West-Konflikt die deutsch-deutschen Beziehungen fördere. Auch waren die SPD-SED-Gespräche für ihn keine deutsch-deutschen Verhandlungen, sondern solche zwischen Systemen. Er wollte das SPD-SED-Papier „entgermanisieren“. Das Austesten der Anforderungen für einen Frieden durch die SPD und SED kann als Teil der von Eppler geforderten Eigeninitiative der Europäer gegenüber den Supermächten verstanden werden. Er selbst sieht die SPD-SED-Gespräche und sein friedenspolitisches Wirken im Ost-West-Konflikt als logische Linie und Kontinuität.¹²²⁵

Eppler betrachtete sich in den achtziger Jahren als einzigen westdeutschen Politiker, der enge Kontakte zur evangelischen Kirche in der DDR und gleichzeitig einen ständigen Gesprächskontakt mit der SED gehabt habe.¹²²⁶ Seine Mittlerposition hier war wichtig, wie sich schon in Kapitel 3.2. gezeigt hat.

¹²²⁴ Vgl. Potthoff, Heinrich, Im Schatten der Mauer, S. 233, S. 254.

¹²²⁵ So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

¹²²⁶ Vgl. Eppler, Erhard, Teile der SED wollten aus geistigem Ghetto ausbrechen. Die Risiken für den Osten waren weit größer als dessen möglicher Prestigegewinn, ND, 26.8.1997.

Auch wenn Eppler die Friedenssicherung wichtig war, stellte er dieses Ziel nicht vor die Verwirklichung der Menschenrechte, für deren Einhaltung er gerade gegenüber der SED immer plädierte. Er unterstützte die entstehende Bürgerrechtsbewegung in der DDR, hatte schon während seines Wirkens in der Friedensbewegung für eine starke DDR-Friedensbewegung plädiert und hatte intensive Kontakte zur DDR-Kirche. Auch bezüglich der Situation in Polen nahm er keine einseitige Position ein.¹²²⁷ Der nachträglich erhobene Vorwurf, der Westen und besonders die SPD, habe nur Kontakte zu den Systemträgern gehabt, um von oben Reformen in den Ostblockstaaten zu ermöglichen und die Bürgerrechtsbewegungen vernachlässigt, ist aufgrund von Epplers engen Beziehungen zur SED, aber auch zur Opposition, für ihn nicht zutreffend.

Höhepunkt seiner Gespräche mit der SED war das SPD-SED-Papier, dessen Einhaltung er ab 1987 forderte, als die SED Teile der Abmachungen wie den inneren Dialog nicht befolgte. Eppler war zu diesem Zeitpunkt wieder voll in die SPD integriert.

Er zog sich 1989 aus seinen politischen Ämtern zurück. Im März 1989 teilte er dem Vorsitzenden der SPD, Vogel, sein Ausscheiden aus dem Präsidium zum 1. April mit. Er werde auf dem SPD-Parteitag auch nicht wieder für den Parteivorstand kandidieren und bleibe auf Vogels Wunsch solange Vorsitzender der Grundwertekommission, bis dieser aus dem Parteivorstand einen Nachfolger ernenne. Eppler erklärte, dass er 1983 und 1987 eine Bundestagskandidatur auch deshalb abgelehnt habe, weil er sich auf die Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms konzentrieren wollte. Diese Arbeit sei nun mit einem seiner Meinung nach guten Ergebnis abgeschlossen:¹²²⁸

“Was ich für die Partei tun konnte und wollte, ist nun einigermaßen getan. Die Zeiten, in denen ich im Präsidium eine wichtige Minderheit in der Partei zu vertreten hatte, sind vorbei. Was mir seit der ersten Hälfte der siebziger Jahr wichtig war, ist durch den Nürnberger Parteitag und die Vorlage des Programmentwurfs Allgemeingut der Partei geworden. Vielleicht kann einem Politiker nichts Besseres widerfahren, als daß er sich selbst entbehrlieh macht. Aber er darf dann auch nicht zögern, seinen Platz für Jüngere freizumachen. ... Ich bitte auch um Verständnis dafür, daß ich in den Jahren, die mir noch bleiben, gerne noch einiges tun möchte, was ich immer wieder vor mir hergeschoben habe. Es versteht sich von selbst, daß meine Verbundenheit mit der Partei von dem Rückzug aus der Parteiführung nicht berührt wird.“¹²²⁹

Nach dem Gesprächsprotokoll über das Gespräch zwischen Herbert Häber, Leiter der Westabteilung im Zentralkomitee der SED, und Eppler, war dieser im Oktober 1983 froh, nun auch auf Parteiebene mit der SED Kontakte schließen zu können. Mit Brandts Einverständnis schlug Eppler eine Diskussion im Februar 1984 mit ihm und anderen Gesellschaftswissenschaftlern der SPD und der SED über die Zukunft der Arbeit angesichts der

¹²²⁷ Vgl. S. 238f. des vorliegenden Textes.

¹²²⁸ Vgl. Erhard Eppler an Hans-Jochen Vogel, 21.3.1989, Dep. Eppler 118. Eppler erklärte, dass viele Sozialdemokraten gedacht hätten, er engagiere sich so für das SPD-Programm, weil er in der SPD noch Karriere machen wolle. Deshalb habe er gesagt, dass er nach dem Ende der Programmarbeit aus dem Präsidium austrete. So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

wissenschaftlich-technischen Revolution vor. Im Falle des Einverständnisses der DDR erwarte er eine Einladung.¹²³⁰

Auftakt der sieben Gespräche zwischen der Grundwertekommission und den Gesellschaftswissenschaftlern der SED zwischen Februar 1984 und April 1989 war nach Epplers Ansicht 1983 die Frage des Leipziger Philosophieprofessors Helmut Seidel¹²³¹, ob die von Eppler geleitete Grundwertekommission sich mit den Gesellschaftswissenschaftlern der DDR zum Gesprächsaustausch treffen wolle. Eppler vermutete als Seidels Auftraggeber das Zentralkomitee, vielleicht sogar Kurt Hager¹²³² selbst. Seidel habe in den sechziger Jahren für die Staatssicherheit gearbeitet und sei damals auf ihn und Jürgen Habermas angesetzt gewesen.¹²³³ Eppler betonte, dass er die Anregung Seidels für SPD-SED-Gespräche in der SPD mit Freunden und dem Vorsitzenden der SPD diskutiert habe.¹²³⁴

Seidel unterstrich im Rückblick, dass er bei der Begegnung mit Eppler nicht gedacht habe, dass die Gespräche so einen offiziellen Charakter bekommen würden. Eppler und er hätten zuerst an ein wissenschaftliches Forum für die Gespräche gedacht, nicht an Treffen auf Parteiebene. Eppler habe hierbei die Evangelischen Akademien als Plattform für solche Gespräche vorgeschlagen, die Seidel aber für ungeeignet gehalten habe.¹²³⁵

Die Besetzung beider Delegationen änderte sich nach dem Bericht Susanne Millers während der Gespräche. Ständig anwesend waren Eppler, Otto Reinhold¹²³⁶ und der Sekretär der Grundwertekommission, Burkhard Reichert. Bei den DDR-Teilnehmern gab es nach Millers Darstellung eine größere Fluktuation als bei der Grundwertekommission. Außer Reinhold hätten die Professoren der Akademie für Gesellschaftswissenschaften Erich Hahn (Mitglied des ZK der SED), Rolf Reißig, Max Schmidt und Rudi Weidig Einfluss gehabt. Meinungsverschiedenheiten seien in der SED-Delegation nicht offen ausgedrückt worden. In der SPD-

¹²²⁹ Ebd.

¹²³⁰ Vgl. Informationen über einen Aufenthalt von Herbert Häber in der Bundesrepublik Deutschland vom 9. bis 16. Oktober 1983, in: Nakath, Detlef/Stehpan, Gerd-Rüdiger, Die Häber-Protokolle (S. 369-385) S. 382f. Nachdem Häber Epplers Vorschlag an Erich Honecker übermittelt hatte, kam es vom 23.-25. Februar 1984 zum ersten Meinungsaustausch der beiden Gruppen.

¹²³¹ Eppler ist der Ansicht, dass Helmut Seidel und IM „Ring“ (vgl. Kapitel 2.1.) identisch sind. Als Seidel ihn 1983 als Vorsitzenden der Grundwertekommission angesprochen habe, erinnerte Eppler sich nicht mehr daran, dass Seidel schon in den sechziger Jahren bei ihm gewesen war. Er glaubt, er sei aufgrund seiner Tätigkeit als Vorsitzender der Grundwertekommission angesprochen worden. Das Ziel war seiner Meinung nach das Gespräch zwischen den beiden Institutionen Grundwertekommission und Akademie der Gesellschaftswissenschaften. Ihm ist nicht bekannt, ob andere SPD-Politiker ebenfalls angesprochen wurden. So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

¹²³² Kurt Hager (1912-1998), seit 1963 Vollmitglied des Politbüros, seit 1976 auch Mitglied des Staatsrates; als Leiter der Ideologischen Kommission der SED bestimmte er maßgeblich den ideologischen Kurs der Partei- und Staatsführung.

¹²³³ Vgl. Eppler, Erhard, Komplettes Stückwerk, S. 180f.

¹²³⁴ Ders., Deutsch-deutsche Magna Charta?, in: Journal Geschichte 1988 Nr. 1 (S. 4-8), S. 5; hier nennt Eppler als Zeitpunkt für Seidels Anregungen 1982.

¹²³⁵ Vgl. Reißig, Rolf, Dialog durch die Mauer, S. 46.

¹²³⁶ Otto Reinhold war seit 1982 Beauftragter des Politbüros für Beziehungen zur SED, Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften und Mitglied des Zentralkomitees der SED.

Delegation gab es nach Millers Einschätzung meist ohne besondere Absprachen eine fast vollkommene Übereinstimmung. Die Diskussionen hätten abwechselnd Eppler und Reinhold geleitet. Ab dem Gespräch vom Februar/März 1986 seien Journalisten anwesend gewesen, deren Berichte eine wichtige Quelle seien, weil es von westlicher Seite keine Gesprächsprotokolle gebe. Es habe bei den Gesprächen Momente furchtbarer Spannung und offene, auch scharf ausgetragene Kontroversen gegeben, manchmal all dies nicht.¹²³⁷

Der Politikwissenschaftler und SPD-Politiker Thomas Meyer betonte rückblickend, dass die Mitwirkenden der Grundwertekommission am SPD-SED-Papier wie Eppler und Johano Strasser „Seiteneinsteiger in die Deutschlandpolitik“ gewesen seien. Sie hätten die Deutschlandpolitik weder formuliert, repräsentiert noch im wesentlichen durchgeführt. Meyer sah als Anlass für die Erarbeitung des Papiers zum einen die Frage, wie die Gefahr der Hochrüstung, die die Existenz beider Systeme und aller europäischen Länder bedrohen könnte, abgewendet werden könne. Denn beide Seiten hätten gewusst, dass sie keine ihrer übrigen Ziele bezüglich der Gesellschaftsordnung realisieren könnten, wenn nicht der Frieden unter diesen neuen Risiken gesichert werde. Zum zweiten habe die SPD sich aufgrund der grenzübergreifenden Gefährdung der ökologischen Grundlagen gefragt, ob sich aufgrund der daraus entstehenden gemeinsamen Interessen und der Frage, wie die anderen Konflikte unter diesen veränderten Umständen ausgetragen werden müssten, eine neue Art von Gespräch mit der SED führen lasse.

Rolf Reißig formulierte nach Meyers Bericht den ersten Teil des Entwurfs zum gemeinsamen Papier (Entfeindung der Ideologien) und er den zweiten Teil (Dialogbedingungen). Er habe sich dabei im wesentlichen an die Gedanken von J. Pelikan und der Forschungsgruppe um Zdenek Mlynar, einer Gruppe von Osteuropäern, die aus politischen Gründen in Westeuropa lebten, gehalten.¹²³⁸

Auf dem ersten Treffen zwischen SPD und SED im Februar 1984 wurden technischer Fortschritt und Arbeit, auf dem zweiten im November 1984 das Menschenbild im Sozialismus und Kapitalismus behandelt. Bei der dritten Begegnung im Juni 1985 ging es um Gesetzmäßigkeiten in Geschichte und Gesellschaft und den aktuellen Bewusstseinswandel in Ost und West, bei der vierten im Februar/März 1986 um friedliche Koexistenz und Sicherheitspartnerschaft mit dem Ergebnis des SPD-SED-Papiers und beim fünften Treffen im Oktober 1987 um Entwicklungsprobleme in der Dritten Welt und ihre Lösungen. Die sechste Begeg-

¹²³⁷ Miller, Susanne, Die Gespräche der Grundwertekommission der SPD mit der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und das „gemeinsame Papier“. Persönliche Bemerkungen zu einem umstrittenen Thema, in: Rudolph, Karsten/Wickert, Christl (Hrsg.), Geschichte als Möglichkeit. Über die Chancen der Demokratie. Festschrift für Helga Grebing, Essen 1995 (S. 354-368), S. 354-358.

¹²³⁸ Vgl. Meyer, Thomas, „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“. Zur Diskussion um das Streitkultur-Papier von SPD und SED, in: Dowe, Dieter (Hrsg.), Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Opposition 1982-1989 (S. 57-66), S. 57-62.

nung im April 1988 behandelte wieder den Fortschritt und die siebte und gleichzeitig letzte im April 1989 die Menschenrechte.¹²³⁹

Im November 1984 informierte Eppler das SPD-Präsidium über den Gegenbesuch der SED-Delegation, die mit der SPD-Grundwertekommission die in der DDR aufgenommenen Gespräche fortsetzen werde. Es wurde gegenüber der Presse ein „normales Verhalten“ empfohlen, zum Abschluss eine Pressemitteilung und gegebenenfalls ein gemeinsames Pressegespräch.¹²⁴⁰ Die Vorgeschichte des Treffens beider Delegationen vom 15. bis 17. November 1984 in Freudenstadt war nach Epplers Bericht offenbar durch seine Reise auf kirchliche Einladung durch die DDR und die Flucht der Tochter des DDR-Vertreters Reinhold in die Bundesrepublik belastet. Das Auftreten der SED-Delegation, unter denen drei ZK-Mitglieder waren, empfand er als „völlig undogmatisch und offen“. Das Treffen hätte in einer „außerordentlich entspannten Atmosphäre“ stattgefunden und solle im Juni 1985 fortgesetzt werden. Er sah als Grund für das Interesse der DDR-Vertreter an der Fortsetzung des Dialogs den Wunsch nach Teilnahme am Lernprozess in der Bundesrepublik und der SPD.¹²⁴¹

Nach Epplers Ansicht hatte sich bei den ersten beiden Gesprächen im Februar und November 1984 gezeigt, dass sich beide Parteien in einem Lern- und Denkprozess befänden, von dem noch niemand wisse, wie er sich fortsetze. Er habe bei der SED-Delegation wenige dogmatische Positionen erlebt und viele Versuche, auf der Basis des Marxismus-Leninismus den aktuellen Realitäten gerecht zu werden. Es gebe in ihr keine gleichgeschalteten Funktionäre, sondern „sehr ausgeprägte Individualisten mit relativ eigenständigen Positionen.“ Sein eigenes Ziel war, über die Vorgänge in den Denkkentralen der SED informiert zu sein.

Obwohl nun zum ersten Mal seit 1919 Sozialdemokraten und Kommunisten Grundsatzfragen erörterten, befürchtete Eppler keine Fraternisierung der SPD mit der SED, denn beim Gespräch mit Kommunisten werde einem noch deutlicher, warum man keiner sei. Er forderte von der SPD, keine Berührungängste gegenüber der SED zu haben. Er sei seit über dreißig Jahren den Vorwurf der Verbrüderung mit den Kommunisten gewohnt und hätte seinen Weg nicht gehen können, wenn ihn dies beeindruckt hätte.¹²⁴²

Das erste Gespräch war nach seiner Einschätzung auch deshalb gelungen, weil sich gezeigt habe, wie viel Differenzierung es bei den einzelnen Gesprächspartnern der SED gebe. Das gemeinsame Papier habe nur entstehen können, weil niemand den anderen angegriffen habe, sondern beide Seiten ihre Schwierigkeiten mit der Behandlung bestimmter Themen deutlich gemacht hätten. Die SED hatte nach Epplers Überzeugung seit Beginn der achtzi-

¹²³⁹ Reißig, Rolf, Dialog durch die Mauer, S. 53.

¹²⁴⁰ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 12.11.1984 (8 S.), S. 7, Dep. Eppler 115.

¹²⁴¹ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 26.11.1984 (9 S.), S. 3, Dep. Eppler 115.

¹²⁴² Vgl. Eppler, Erhard, Politik auf dem Prüfstand, S. 30.

ger Jahre das Gespräch mit der SPD gesucht, um die Gedanken der SPD zu verstehen, Themen zu erörtern, bei denen die DDR noch unsicher sei und neue Fragen (Ökologie, Menschenbild, Fortschrittsbegriff) mit denen zu diskutieren, die Marx kannten, aber keine Marxisten und vor allem keine Marxisten-Leninisten gewesen seien. Er ging in der SED von einer Rückbesinnung auf ihre „Wurzeln im europäischen Humanismus“ aus.¹²⁴³

Das NEUE DEUTSCHLAND berichtete über die „offenen und sachlichen“ Beratungen auf dem dritten Treffen mit der SPD-Grundwertekommission am 13. und 14. Juni 1985 in der DDR zum Thema Gesetzmäßigkeiten in Geschichte und Gesellschaft und die Veränderungen des Bewusstseins in der Gegenwart.¹²⁴⁴ Im Januar 1986 informierte Eppler das Präsidium über die für März geplante vierte Begegnung mit der SED-Delegation, an der erstmals Journalisten teilnahmen.¹²⁴⁵

Die Berichterstattung der fünf Journalisten auf dem Treffen vom 27. Februar bis 1. März 1986 in Freudenstadt zum Thema Sicherheitspartnerschaft und Koexistenz empfand Eppler insgesamt als positiv. Aufgrund des Verlaufs der Diskussionen hielt er weitere Begegnungen mit der SED für „sinnvoll“. Im Einvernehmen mit dem Leiter der DDR-Vertreter, Reinhold, sei eine Fortsetzung des Dialogs im Frühjahr 1987 geplant, möglicherweise zum Thema Dritte Welt. Es werde gegenwärtig geprüft, ob es auf der Grundlage der Beratungen ein gemeinsames Papier geben könne. Über die Thematik des vierten Treffens sprach Eppler vor dem Forschungsinstitut für Friedenspolitik in Starnberg, um auch die Öffentlichkeit zu informieren. Bahr beglückwünschte ihn und die Grundwertekommission zum Treffen mit der SED.¹²⁴⁶

In Starnberg betrachtete Eppler ideologische Gegensätze nicht als die wichtigste und einzige Triebkraft des Ost-West-Konflikts. Dennoch sah er einen Grund für die Gefährdung des Friedens in den widerstreitenden Ideologien und den konkurrierenden Systemen. Der Ost-West-Konflikt sei vor allem ein Hegemonialkonflikt, doch werde jeder Machtkonflikt auch ideologisch ausgetragen. Bei den beiden Supermächten hätten sich ideologische Differenzen schon lange vor dem Hegemonialkonflikt gezeigt. Er warnte davor, dass aufgrund ideologischer Denkmuster der Konflikt absolut gesetzt, die militärische Konfrontation verschärft und jeder Weg zum Frieden blockiert werde.

Zwei Bedingungen konnten nach Epplers Meinung Ideologien und Gesellschaftssysteme zur Gefahr für den Frieden werden lassen: Sie müssten – wie beim Ost-West-Konflikt – parallel mit ökonomischen oder politischen Machtkonflikten laufen und einen Anspruch auf Allgemeingültigkeit und universelle Geltung erheben und damit die Existenz anderer Systeme bedrohen. Ideologien und Systeme, die sich gegenseitig die Existenzberechtigung absprächen, seien nicht friedensfähig. Deshalb lehnte er den Anspruch auf Allgemeingültigkeit

¹²⁴³ Vgl. ders., Deutsch-deutsche Magna Charta?, S. 4-7.

¹²⁴⁴ Vgl. Gespräche mit Delegation der SPD-Grundwertekommission, ND, 15.6.1985.

¹²⁴⁵ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 20.1.1986 (8 S.), S. 5, Dep. Eppler 116.

¹²⁴⁶ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 17.3.1986 (10 S.), S. 5f., Dep. Eppler 116.

bei der marxistisch-leninistischen Lehre von der Weltrevolution ab. Danach werde sich der Kommunismus gegen den Kapitalismus durchsetzen und es gebe friedliche Koexistenz während des befristeten Bestehens des Kapitalismus. Die Theorie von der friedlichen Koexistenz gestehe dem Kapitalismus nur eine befristete Existenzberechtigung zu und war für Eppler daher keine Basis für einen dauerhaften Frieden. Ebenso sei das beim Sendungsbewusstsein der USA, ihrem Anspruch auf die universale Geltung des eigenen Systems und der eigenen Wertvorstellungen der Fall. Das manichäische Weltbild der Reagan-Regierung, die Einteilung der Welt in Gute und Böse, näherte sich Lenins Lehre vom gesetzmäßigen Untergang des Kapitalismus, wenn auch nicht wie bei Lenin mit der Logik einer geschichtlichen Entwicklung, sondern moralisch und religiös argumentiert werde.

Eppler entwickelte Anforderungen für friedensadäquate Ideologien, ohne dass diese sich selbst aufgeben und die jeweils herrschenden Gruppen ihre Legitimationsbasis einbüßen müssten. Diese Anforderungen sollten die Identität der jeweiligen Ideologie unbeschädigt lassen. Er nannte

1. die Anerkennung der Offenheit aller Geschichte
2. die Anerkennung der Veränderbarkeit beider Systeme
3. die Anerkennung des globalen Pluralismus
4. die Anerkennung der eigenen Defizite
5. die Anerkennung gemeinsamer Aufgaben und
6. die Anerkennung verbindlicher Regeln für die Auseinandersetzung zwischen den Systemen.

Diese Anforderungen setzten nach seiner Ansicht ein Umdenken in Ost und West voraus, nämlich Gorbatschows „Neues Denken“. Konkret forderte er von beiden Seiten z.B. den Abbau von Feindbildern und die Anerkennung des anderen Systems. Bei diesem Konzept einer „gemeinsamen Sicherheit“ werde in der Nicht-Bedrohung des Gegners Sicherheit gesucht. Eppler verlangte, dass die Europäer den Prozess des Umdenkens in der UdSSR unterstützen, in dem sie den Dialog vorbereiten. Hier seien die Deutschen besonders gefordert, denn sie könnten im deutsch-deutschen Verhältnis klären, wie ein Wettbewerb friedensadäquater Ideologien und Systeme aussehen könne, der jede Seite zwingt, die eigenen Wertvorstellungen ernst zu nehmen und in dem beide Seiten sich verändern müssten. So verstand er die Gesprächsversuche zwischen SPD und SED.¹²⁴⁷

¹²⁴⁷ Vgl. Eppler, Erhard, Friedenspolitik und Ideologie, 15.3.1986 (19 S.), S. 1-19; vgl. den gleichen Text: ders., Friedenspolitik und Ideologie, in: Mediatius 1986 Nr. 4 (S. 1, S. 9-11); vgl. den fast wortgleichen Vortrag: ders., Frieden trotz ideologischer Konflikte, Ökumenische Gespräch innerhalb der Vorüberlegungen zum „Konzil des Friedens“, Darmstadt, 28.10.1986 (23 S.). Einen guten Überblick über Epplers Grundgedanken zum SPD-SED-Papier, der Totalitarismustheorie und Gorbatschows Neuem Denken vermittelt ders., Wie Feuer und Wasser. Sind Ost und West friedensfähig?, Reinbek bei Hamburg 1988.

Der Wandel der SED-Position, der schließlich zur Erarbeitung des SPD-SED-Papiers führte, wurde nach dem SPIEGEL durch Gorbatschows Rede auf dem 27. Parteitag in Moskau hervorgerufen, die die SED-Mitglieder zum vierten Treffen mit der SPD mitgebracht hätten. Eppers Vorschlag, aus den neuen Erkenntnissen ein gemeinsames Papier zu entwickeln, habe Reinhold spontan ohne Rückversicherung mit der SED-Führung zugestimmt.¹²⁴⁸

1986 erstaunte Eppler bezüglich der SPD-SED-Gespräche vor allem die Flexibilität der SED, die sogar zum Überdenken ihrer eigenen ideologischen Positionen bereit sei unter dem Aspekt, wie diese Positionen sich mit der Notwendigkeit friedlicher Partnerschaft verbinden ließen. Er betonte, dass alle am Dialog teilnehmenden SPD-Politiker Nicht-Kommunisten und in diesem Sinne Gegner des Kommunismus seien. Bei den Gesprächen sei klar gewesen, dass es weiterhin eine ideologische Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gebe, die vielleicht sogar härter, aber auch fruchtbarer als bisher sei. Gemeinsame Sicherheit bedeutete für Eppler lediglich, dass trotz großer ideologischer Differenzen zum Überleben die Sicherheit des anderen mit berücksichtigt werden müsse.¹²⁴⁹

Er befürwortete Gorbatschows „Neues Denken“, das auch die Botschaft der westlichen Friedensbewegung übernommen habe, und kritisierte die ungenügende Teilnahme des Westens an diesem Prozess. Deshalb müssten die politischen und gesellschaftlichen Kräfte wie die Kirchen das Gespräch aufnehmen. Die Auswirkungen des neuen Denkprozesses auch auf die marxistisch-leninistische Ideologie habe die Grundwertekommission bei den Kontakten mit der SED beobachtet. Auch hier seien wichtige Anstöße indirekt von Gorbatschow gekommen.¹²⁵⁰ Er beschrieb die Situation im Westen folgendermaßen:

„Nirgendwo ist ein Regierungschef zu sehen, der zusammen mit Gorbatschow neues Denken vorantreiben, präzisieren, in neues Handeln umsetzen könnte; keiner, der in einem wirklichen Dialog ausloten könnte, wozu Gorbatschow bereit ist; keiner, der hier eine historische Chance sähe und ergreife; keiner, der den Mut, die Autorität und den Willen hätte, neues Denken und neue Praxis zu einer weltweiten Aufgabe zu erklären. Weit und breit kein Kennedy, kein Brandt, auch kein de Gaulle und kein Schmidt.“¹²⁵¹

Auch konservative Sozialdemokraten verteidigten das SPD-SED-Papier. Richard Löwenthal¹²⁵² hielt es für den Teil einer produktiven Diskussion mit der „anderen Seite“ der deutschen und europäischen Politik.¹²⁵³ Er äußerte sich vor der Veröffentlichung des SPD-SED-Papiers gegenüber Eppler:

¹²⁴⁸ Vgl. Kultur des Streits, Spiegel, 24.8.1987.

¹²⁴⁹ Vgl. Oskar Lafontaine, Erhard Eppler u.a., Entspannungspolitik um jeden Preis? Die sicherheitspolitische Wandlung der SPD (Filmbericht von W. Kramer), DFS, 5.8.1986 (S. 10-13), S. 10f.

¹²⁵⁰ Vgl. Eppler, Erhard, Neues Denken in der Sicherheitspolitik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 38. Jg. (1987) Nr. 8 (S. 456-463), S. 456-461.

¹²⁵¹ Ebd., S. 460.

¹²⁵² Richard Löwenthal (1908-1991), Politikwissenschaftler, SPD-Mitglied.

¹²⁵³ Vgl. Löwenthal, Richard, SPD und SED: Ein Versuch der Bewußtmachung, Welt, 2.9.1987.

„Ich bin Dir und Thomas sehr dankbar für Eure Mühe, und habe bei diesem Text auch keine Sorge mehr, dass sein Charakter missverstanden werden könnte, wenn er so angenommen wird. Aber von einer Reihe von Einzelheiten abgesehen, finde ich nun eine ernstliche (sic!) Meinungsverschiedenheit von grundsätzlicher Bedeutung: Ihr scheint mir die grundlegende Tatsache übersehen zu haben, dass es in den annähernd 40 Jahren der Ost-West-Teilung der Welt keinen einzigen Krieg zwischen den nuklear-bewaffneten Ländern, dagegen dutzende und aberdutzende von Kriegen zwischen den nicht-nuklearen Ländern der ‚Dritten Welt‘, die oft von Nuklearländern risikolos gesteuert wurden, bzw. zwischen Nuklearländern und Dritte-Welt-Ländern ohne Gebrauch nuklearer Waffen gegeben hat. Aus diesem Grunde bin ich zwar (sic!) natürlich für die bisher von den Regierungen vorgesehenen Halbierung (sic!) der Kernwaffen und im Prinzip auch für wesentlich mehr, aber nicht für ihren Totalabbau – es sei denn ihre Beziehungen hätten sich grundsätzlich verändert und ihr Verhalten zu den Dritte-Welt-Ländern ebenfalls, wovon ich noch keine irgendwie überzeugenden Anzeichen sehe. Man muss also die aktuelle Chance nutzen, die Nuklearwaffen so weit wie möglich zu verringern. Aber abschaffen kann man sie erst, wenn der Krieg, wie ihr sagt, aufgehört (sic!) hat, ein Mittel der Politik zu sein (S. 1) – und das ist bisher nicht der Fall. Der Kreis der grundsätzlichen Kriegsgegner wird erfreulich spürbarer zwischen Ost und West – aber noch nicht erkennbar zwischen ‚Nord und Süd‘. (S. 2)“¹²⁵⁴

Eppler erklärte im Präsidium im Juni 1987, dass der Entwurf zum gemeinsamen Papier in über zweijähriger Arbeit von Reinhold und Reisig auf DDR-Seite und ihm und vor allem Meyer auf SPD-Seite vorbereitet worden sei. Die Grundwertekommission habe das Papier einstimmig gebilligt. Es solle am 17. Juli zeitgleich in Bonn und in Ost-Berlin von ihm und den drei genannten Personen der Presse vorgestellt werden.

Das Präsidium bewertete das Papier positiv und dankte Eppler für seine Arbeit. Es gab einzelne Einwände, etwa die Forderung angesichts der großen Bedeutung des Papiers missverständliche Formulierungen, die der „Gegner“ ausnutzen könnte, zu vermeiden. Das Papier habe einen „historischen Rang“. Aufgrund der Sorge, dass die SPD auf ein derartiges Papier nicht vorbereitet sei, seien frühzeitige Sprachregelungen erforderlich.

Das Präsidium betrachtete das Papier nicht als Beschluss der SPD, sondern als Ergebnis der Gespräche der SPD-Grundwertekommission mit der SED-Delegation. Eppler wurde gebeten, mit Reinhold den Teil über die gemeinsamen Wurzeln von Sozialdemokraten und Kommunisten und den Schlusssatz (Stellungnahme von SPD und SED) zu verändern. Das Präsidium stimmte der Veröffentlichung des SPD-SED-Papiers zu, die gegenüber ausgewählten Pressevertretern vorbereitet werden solle. Es wurde vorgeschlagen, das Ideologiepapier offensiv zu vertreten. Nach der Veröffentlichung wollte das Präsidium in einer Erklärung zum Papier Stellung nehmen.¹²⁵⁵

Die beiden gewünschten Veränderungen wurden auf dem „kleinen Dienstweg“ vorgenommen, doch konnte es nun nicht mehr wie geplant am 17. Juli veröffentlicht werden. Eppler hoffte auf eine schnelle Veröffentlichung aufgrund der Gefahr von Indiskretionen. Das Präsidium sprach sich dafür aus, das Papier entweder im Juli oder nach den Wahlen in Bremen und Schleswig-Holstein zu veröffentlichen.¹²⁵⁶

¹²⁵⁴ Richard Löwenthal an Erhard Eppler, 1.6.1987, Dep. Eppler 21.

¹²⁵⁵ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 22.6.1987 (17 S.), S. 13f., Dep. Eppler 117.

¹²⁵⁶ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 29.6.1987 (5 S.), S. 5, Dep. Eppler 117.

Im Juli bat Reinhold Honecker um eine Entscheidung zum SPD-SED-Papier, mit dem dieser im Frühjahr 1986 einverstanden gewesen sei, und fragte, ob Honecker noch Verbesserungsvorschläge habe. Das Papier sei das Ergebnis „einer langen, harten Diskussion.“ Die „rechten Vertreter“ in der Grundwertekommission seien zunächst prinzipiell gegen die Ausarbeitung des gemeinsamen Papiers gewesen. Insgesamt hatte die SED nach Reinholds Brief ihre Position klar machen können, habe aber in „einigen wenigen Fragen“ „einige Kompromisse“ eingehen müssen. Hager halte das Papier für sehr gut, auch wenn einige Formulierungen noch verbessert werden könnten. Reinhold schrieb Honecker, dass der SPD-Parteivorstand dem Dokument nach langer Diskussion zugestimmt habe. Allerdings sei die Streichung eines Satzes über die gleichen Wurzeln von Kommunisten und Sozialdemokraten vorgeschlagen worden.¹²⁵⁷

Die Stasi entdeckte in der SPD Reaktionen auf das Papier „von unbedingter Zustimmung bis zu offener Ablehnung.“ Manche Sozialdemokraten sähen es als wichtigen Beitrag zu einer umfassenden Friedenspolitik, während „rechte SPD-Kreise“ es als Anbiederung der SPD an die SED bewerteten. Es gebe Überlegungen, wie das Papier zur Durchsetzung eigener Ziele gegenüber der DDR zu nutzen sei.¹²⁵⁸

Eppler führte aus, dass das gemeinsame Papier am 27. August 1987 in Bonn vor der Bundespressekonferenz und in Ost-Berlin vorgelegt und am 28. August 1987 im NEUEN DEUTSCHLAND und im VORWÄRTS ungekürzt veröffentlicht werde.

Er legte einige Gesichtspunkte dar, die er für die Darstellung des gemeinsamen Papiers hilfreich fand. So verlange politische Entspannung ideologische Entkrampfung, die aber nicht Aufgabe der Regierungen, sondern der gesellschaftlichen Kräfte sei. Es gehe nicht um Verbrüderung, sondern um Form und Inhalte einer notwendigen Auseinandersetzung. Die gegensätzlichen Positionen seien klar markiert. Gegenstand des Papiers seien auch keine spezifisch deutschen Themen. Schon der Prozess hin zum SPD-SED-Papier war für Eppler beachtlich, etwa die noch vor wenigen Jahren undenkbaren Zugeständnisse der kommunistischen Seite. In dem Papier zeige sich die SED auf Gorbatschow-Kurs. Es werde der Wettbewerb zwischen den Systemen neu definiert: nicht als Vernichtungswettbewerb, sondern als Wettbewerb im Interesse der Menschen. Eppler glaubte, dass sich DDR-Bürger auf das Ideologiepapier aufgrund der geforderten offenen Diskussion in jedem System berufen werden. Er betonte, dass die SPD keine ihrer Positionen in Frage gestellt habe. Im Gegensatz dazu habe die SED einiges gewagt. Diesen Beitrag zur Friedenspolitik hätte nicht die politisch heterogene Friedensbewegung leisten können, sondern nur eine Partei mit der

¹²⁵⁷ Vgl. Otto Reinhold an Erich Honecker, 16.7.1987 (S. 1f.), S. 1f., SAPMO-BArch, DY 30/79 (Büro Axen).

¹²⁵⁸ Vgl. Information über Reaktionen in der SPD und in BRD-Regierungskreisen auf das gemeinsame Dokument von SED und SPD „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, ohn. Dat. (S. 22-26), S. 22, SAPMO-BArch, DY 30/79 (Büro Axen).

Tradition der SPD. Die SPD erhebe keinen Monopolanspruch, sondern treibe den Friedensprozess weiter voran. Währenddessen stritten sich CDU und CSU über politische Taktik.¹²⁵⁹ Bei der Vorstellung des Papiers am 27. August in Bonn erklärte Eppler, dass die Gegensätze der Ideologien und Systeme - auch wenn sie nicht Gegenstand zwischenstaatlicher Verhandlungen sein könnten - die politische Konfrontation verschärften. Das Papier der SPD-Grundwertekommission und SED-Gesellschaftswissenschaftler hätte auch dann keine Erklärung zweier deutscher Regierungen sein können, wenn die SPD regieren würde. Es handele sich nicht um Außenpolitik in Konkurrenz zu einer Regierung, sondern um die Aufarbeitung von Fragen, die keine Regierung so anfassen dürfe, die aber immer dringlicher würden.

Da sich „ungezügelter ideologischer Polemik“ und der Frieden zwischen Ost und West auf Dauer nicht vertragen würden, war nach Epplers Ansicht das vor drei Jahren begonnene Gespräch über Systeme und Ideologien unerlässlich geworden. Im Februar 1986 habe die Thematik des gemeinsamen Papiers festgestanden, die Meyer und Reißig aufgearbeitet hätten. Reinhold und er hätten deren Entwurf überarbeitet. Im Juni habe die Grundwertekommission den Entwurf gebilligt, und das Präsidium habe der Veröffentlichung durch die Grundwertekommission zugestimmt. Eppler unterstrich, dass in dem Papier auch andere politische Kräfte zur Beteiligung am kontroversen Dialog der Systeme aufgefordert würden und die SPD vor allem auf die Mitwirkung der „anderen großen Volkspartei“ am Dialog hoffe. Er hielt es für möglich, dass sich andere sozialdemokratische und sozialistische Parteien in der Haltung der Grundwertekommission, andere kommunistische Parteien in der SED-Position wiederfänden und das SPD-SED-Papier über den deutsch-deutschen Dialog hinaus Bedeutung erlange. Die beiden deutschen Gesprächspartner hätten mit dem Dialog begonnen, weil sie ohne Sprachbarrieren verhandeln könnten.

Eppler sah das Papier nicht als „Manifest der Verbrüderung.“ Beide Seiten seien sich der vielen, teilweise noch offenen Wunden des Streits bewusst und hätten die Streitpunkte deutlich artikuliert. Für keine Seite gebe es „ideologische Neutralität“. Dennoch betrachteten beide Seiten den Frieden als wichtiger als den Streit, was sich auch auf Formen und Inhalte des Streits auswirken müsse. Deshalb seien in dem Papier die entscheidenden und vorläufig unüberbrückbaren Differenzen, so wie jede Seite sie sehe, aufgelistet worden, etwa zum Thema Demokratie. Grundeinsicht sei, dass Frieden und Sicherheit nicht mehr gegeneinander errüstet, sondern nur noch miteinander vereinbart werden könnten.

¹²⁵⁹ Vgl. Erhard Eppler an verschiedene, 20.8.1987, Dep. Eppler 19. Auch vor der Männerarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, wo Eppler im Juni 1987 u.a. über den Bewusstseinswandel und den technischen Fortschritt sprach, betonte er, dass das gemeinsame Papier kein Papier der Verbrüderung sei, sondern sage, worüber man sich streite, aber auch, dass es wichtigeres als den Streit gebe und sich dies in den Formen des Streits zeigen müsse; vgl. Eppler, Erhard, Anders leben, damit alle leben können, Männerarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, 19.9.1987, Buckow/DDR (20 S.), S. 1-20.

Ziel des Papiers war für Eppler der friedliche und friedenschaffende Wettbewerb der Gesellschaftssysteme. Beide Systeme müssten sich an ihrem Beitrag zur Sicherung des Friedens, zur Überwindung der Umweltgefahren und zur Entwicklung der Dritten Welt messen lassen. Dazu zähle auch die Verwirklichung und Weiterentwicklung der Menschenrechte. Das Kapitel über die Interpretation der Ideologien enthalte vor wenigen Jahren noch undenkbare Passagen, die der SPD leichter gefallen seien als der SED. Wichtig war ihm, dass keine Seite der anderen die Existenzberechtigung absprechen und die Hoffnung sich nicht auf die Abschaffung eines Systems durch das andere richten dürfe. Beide Systeme seien reformfähig. Koexistenz und gemeinsame Sicherheit gälten ohne zeitliche Begrenzung. Für Eppler war es ein fundamentaler Unterschied, ob die Abschaffung des anderen Systems oder seine Reformfähigkeit gewünscht werde.¹²⁶⁰

„Koexistenz ist nicht mehr der militärische Waffenstillstand, der nötig ist, bis das andere System an seinen inneren Widersprüchen zusammengebrochen ist, sondern die Konsequenz aus der Einsicht in die Geschichtlichkeit und also Veränderbarkeit aller Systeme. Wo die andere Seite in einem geschichtlichen Prozeß der permanenten Veränderung gesehen wird, sind starre Feindbilder nicht zu halten.“¹²⁶¹

Nach seiner Überzeugung wagte das Papier Richard von Weizsäckers Forderung der „Kraft zur geschichtlichen Perspektive“. Beide Seiten gestanden sich gegenseitig die prinzipielle Friedensfähigkeit zu, was nicht Friedlichkeit in jedem Fall bedeute. Wer den anderen nicht für friedensfähig halte, könne aber keine Friedenspolitik verantworten. Beide Seiten bemühten sich, Vorstellungen vom Willen zur Expansion des anderen, die zum Rüstungswettlauf führten, abzubauen. Im Ideologiepapier werde festgelegt, dass Kooperation, Wettbewerb und Konflikt gleich akzeptierte Formen des Umgangs miteinander seien. Trotz der gemeinsamen Zusammenarbeit sei klare Kritik erlaubt, wenn die Friedensbereitschaft, der Wille zur Verständigung, die Menschenrechte und die Demokratie auf der anderen Seite nach eigener Auffassung verletzt würden.

In dem Papier würden Regeln für Kooperation, Wettbewerb und Konflikt aufgestellt. Durch Reformen und Veränderungen solle der Wettbewerb der Systeme beschleunigt werden. Kritik auch in scharfer Form dürfe nicht als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ des anderen zurückgewiesen werden. Diese offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme musste nach Epplers Vorstellung in jedem System möglich sein. Wirklicher Wettbewerb setze eine Förderung dieser Diskussion voraus. Für ihn war die Einforderung des inneren Dialogs für die Situation der kommenden Jahren sehr wichtig.

¹²⁶⁰ Vgl. Eppler, Erhard, Friedenspolitik durch systemöffnenden Dialog. Streitkultur als Friedenspolitik, Service der SPD für Presse, Funk, TV, Nr. 705/87 (27.8.1987) (8 S.), S. 1-5 (vgl. auch den Abdruck des Statements: ders., Streitkultur als Friedenspolitik. Erhard Eppler zum gemeinsamen Papier von SPD und SED, in: Sozialdemokratisches Magazin 1987 Nr. 10 (S. 9-11); vgl. ders., Friede zwischen Ost und West und ungezügelter ideologischer Polemik vertragen sich nicht, in: Brinkel, Wolfgang/Rodejohann, Jo (Hrsg.), Das SPD:SED-Papier (S. 22-27)).

¹²⁶¹ Ebd., S. 5.

Schon den Prozess zum SPD-SED-Papier betrachtete er als Prozess der Öffnung besonders der SED. Das Papier lieferte seiner Meinung nach nicht nur zwischen Ost und West „Gesprächsstoff“, sondern auch innerhalb der Blöcke. Das Interesse der DDR sei „außerordentlich groß.“ Das Handeln würden auf beiden Seiten die eigenen Bürger des jeweiligen Systems am gemeinsamen Papier messen. Mit dem SPD-SED-Papier könnten zum ersten Mal Systeme, von denen eines sich als Negation des anderen verstehe, auf Dauer friedlich miteinander auskommen. Darin lägen Bedeutung und Grenze des Papiers. Das SPD-SED-Papier sei erst dann erfolgreich, wenn es sich als Auftakt zum systemöffnenden Dialog, einer Streitkultur als Friedenspolitik erweise. Gemeinsame Sicherheit verlangte und förderte nach Eplers Ansicht politische Entspannung und müsse von ideologischer Entkrampfung begleitet sein. Diese „Knochenarbeit der ideologischen Entkrampfung“ hätten die Delegationen der SPD und SED auf sich genommen. Die SPD fordere auch andere, vor allem die Parteien in der Bundesrepublik, dazu auf, mit dieser Arbeit fortzufahren.¹²⁶² Er kannte die Bedeutung des Papiers:

„Wir wissen sehr wohl, daß wir Neuland gepflügt haben, wo bisher nur Disteln gewachsen sind. Dies ist das erste Grundsatzpapier zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten seit 1919. Wer uns entgegenhält, wir hätten damit kein einziges ‚Problem gelöst‘, muß nicht mit meinem Widerspruch rechnen. Probleme werden in der Geschichte nicht gelöst wie Rechenaufgaben. Sie werden erst einmal begriffen und definiert. Daß wir unsere Aufgabe gemeinsam beschrieben haben, ist nicht wenig und vor allem neu. Dann werden Aufgaben eingegrenzt, Scheinprobleme erkannt und ausgeschieden. Auch das haben wir gemeinsam getan. Schließlich lernt man, mit dem harten Kern der Differenzen so umzugehen, dass alle damit leben können.

Und indem man dies alles geduldig und beharrlich versucht, ohne sich selbst aufzugeben und ohne dem anderen Selbstaufgabe zuzumuten, wächst menschliches Vertrauen. Und auch dies ist geschehen. In alledem ist unser Papier ein Dokument neuen Denkens, oder – um noch einmal einen Begriff aus der Rede von Harvard (von Richard von Weizsäcker, C.S.) zu zitieren, ein Versuch systemöffnender Kooperation oder genauer: systemöffnenden Dialogs.“¹²⁶³

Das SPD-SED-Papier wurde knapp zwei Wochen vor dem ersten Besuch des SED-Generalsekretärs Erich Honecker in der Bundesrepublik veröffentlicht. Eppler hoffte, dass die Deutschen beider Staaten aufgrund des Honecker-Besuchs lernten, dass ideologischer Streit und Friedenspolitik sich nicht ausschließen müssten und ideologischer Streit der Notwendigkeit des Friedens untergeordnet werden müsse. Dies sei das Ziel des Papiers.

Trotz deutlicher Artikulierung der Streitpunkte sei beiden Seiten der Frieden wichtiger als der Streit. Dies beinhalte auch, dass der Wettbewerb zwischen den Systemen kein Vernichtungswettbewerb sein könne. Es sei etwas „fundamental Neues“, dass beide Seiten die Existenz des anderen akzeptierten. Das Zugeständnis der Reformfähigkeit des anderen Systems bedeute, dass der Gedanke an dessen „Ende“ für die praktische Politik keine Rolle mehr spiele. Neu sei auch der Wille, sich nach dem Papier gegenseitig an der Ausgestaltung der individuellen und sozialen Menschenrechte zu messen.

¹²⁶² Vgl. ebd., S. 5-8.

¹²⁶³ Ebd., S. 7.

Eppler plädierte für die stärkere Beachtung und Prüfung von Gorbatschows Angeboten, etwa der Zusammenarbeit in der Dritten Welt. Positiv sei, dass der zur SPD-Programmatik gehörende Gedanke der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit von der SED und der UdSSR aufgenommen werde. Wichtig war ihm, dass das Ideologiepapier helfe, den Willen der DDR-Bürger, den er beim Kirchentag in Ost-Berlin beobachtet habe, als Kritiker und bewusste Bürger der DDR verstanden zu werden, zu verwirklichen.¹²⁶⁴ Zur Kritik an der DDR erklärte er:

„Wenn ich als Mitglied des SPD-Präsidiums erkläre, wir glauben, daß das Recht der Freizügigkeit in der DDR nicht verwirklicht ist, dann ist das eine Kritik, die sich Herr Reinhold gefallen lassen muß. Wenn ich als Präsidiumsmitglied des Deutschen Evangelischen Kirchentages auf einem Kirchentag in der DDR sagen würde: Ihr habt hier ein übles Regime, seht mal zu, wie ihr es loswerdet – dann wäre das eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten.“¹²⁶⁵

Eppler nahm auch an einer live-Diskussion im DDR-Fernsehen im September 1987 teil. Das hatte es in der DDR bis dahin noch nicht gegeben. Für ihn waren in der Diskussion SPD und SED im Kern verschiedene Parteien. Die SPD konkurriere mit anderen Parteien um die Macht, während der SED niemand die Macht streitig mache. Die deutsche Frage hielt er für genauso offen wie die Weltgeschichte insgesamt. Er forderte eine Absage an den Anti-Kommunismus und den Anti-Kapitalismus und sah den Begriff Sozialdemokratismus als überholt an.¹²⁶⁶ Eppler empfand im Rückblick an dieser Diskussion das relativ positive Echo in der konservativen Presse über seine Äußerung der offenen deutschen Frage erstaunlich. Die Diskussion hatten nach seiner späteren Darstellung nur wenige DDR-Bürger gesehen, da sie meist West-Fernsehen geschaut hätten.¹²⁶⁷ Er stand weiter zu seinen Mahnungen im DDR-Fernsehen, dass Dialog zwischen Ost und West auch Dialog in der DDR verlange.¹²⁶⁸ Er kritisierte im Oktober 1987 das geringe bundesdeutsche Interesse am SPD-SED-Papier:

„Es ist fast beschämend, zu sehen, mit welcher Intensität und Leidenschaft „das Papier“ in der DDR diskutiert wird, während bei uns Kritiker und Befürworter längst zu anderen Punkten der Tagesordnung übergegangen sind. Vielleicht muß uns erst bewußt werden, was die Veröffentlichung im *Neuen Deutschland* und die erste Live-Diskussion mit westlichen Politikern im DDR-Fernsehen für die Bürgerinnen und Bürger der DDR bedeutet hat, bis wir uns auf unsere eigenen Aufgaben besinnen. Was in der DDR als hoffnungsvoller Ausgangspunkt verstanden wird, darf bei uns nicht als Episode oder gar Schlusspunkt erscheinen.“¹²⁶⁹

Eppler betonte im DDR-Radio, dass er sich seit den fünfziger Jahren immer als dezidierten Nicht-Kommunisten, aber nie als Antikommunisten empfunden habe. Er sei Sozialdemokrat und das schließe vieles aus, was für einen Kommunisten wichtig sei. Er kritisierte nicht nur

¹²⁶⁴ Vgl. ders./Reinhold, Otto, Spiegel-Gespräch. „Ein System kann das andere nicht abschaffen. SPD-Präside Erhard Eppler und der SED-Ideologe Otto Reinhold über das gemeinsame Friedenspapier, in: Der Spiegel 1987 Nr. 36 (S. 27-30), S. 27-30.

¹²⁶⁵ Ebd., S. 29.

¹²⁶⁶ Vgl. Ungewohntes im DDR-Fernsehen: live-Diskussion mit Eppler, dpa, 2.9.1987.

¹²⁶⁷ So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

¹²⁶⁸ Vgl. Eppler, Erhard, Eine neue Dimension, DS, 25.10.1987.

¹²⁶⁹ Ebd.

den Antikommunismus, sondern auch den Antisozialdemokratismus in den kommunistischen Parteien.¹²⁷⁰ Er bestritt, dass mit dem SPD-SED-Papier der ideologische Streit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten „verkleistert oder begraben“ werde.¹²⁷¹

Die in dem Papier festgehaltenen sozialen, politischen und individuellen Menschenrechte, denen sich beide Gruppen verpflichtet fühlten, setzten nach Epplers Einschätzung Maßstäbe, an denen auch Kritik ansetzen könne. Das Papier nutzte nach seiner Meinung dem Frieden in Europa und verstärkte die von Gorbatschow in Gang gebrachte Bewegung. Er bedauerte, dass es in der CDU kein Gremium wie die Grundwertekommission gebe, das sich als Gesprächspartner für eine Diskussion mit der SED anbieten würde.¹²⁷²

Heinz Westphal¹²⁷³ gratulierte Eppler und allen Beteiligten zum STREIT DER IDEOLOGIEN UND DIE GEMEINSAME SICHERHEIT. Die Diskussionsarbeit für den Text müsse „schwierig, aber auch reizvoll“ gewesen sei. Dennoch ging er von Anfeindungen zu dem Papier aus. Westphal lobte das gemeinsame Papier, obwohl er nicht seine politische Mitwirkung am „harten Kampf gegen den totalitären Machtanspruch der Kommunisten“ nach dem Ende der NS-Diktatur im Osten Deutschlands und in Berlin verdrängen wolle. Er kritisierte neben Wiederholungen die fehlende Auseinandersetzung mit dem friedensfördernden Ziel, die Grenzen zwischen Staaten unwichtig werden zu lassen, und mit dem Begriff Freiheit. Allerdings hätte die notwendige Relativierung des Freiheitsbegriffs einen zusätzlichen Angriffspunkt politischer Gegner gegen die SPD gegeben und manche politische Freunde verschreckt, die einfach zwischen Freiheit und Unfreiheit unterscheiden würden. Die SPD hätte sich auch deutlicher von einem in der Bundesrepublik existierenden, aber von der SPD nicht bejahten kapitalistischen Wirtschaftssystem abgrenzen sollen.¹²⁷⁴ Westphal schrieb weiter:

„Was mich bewegt, Eure Bemühungen zu begrüßen, ist die selbe Einsicht, die mich damals nach Festigung der nicht gewollten, aber auch nicht mit unserer Kraft verhinderbaren Machtverhältnisse veranlaßte, daran mitzuwirken, daß es zu Kontakten über die Grenzen zwischen Ost und West kam. Wenn man Veränderung will und dafür die Anwendung von Gewalt ablehnt, dann muß man die geistige Auseinandersetzung direkt mit dem Gegenüber suchen und dafür die Gesprächs- und Handlungsmöglichkeiten herbeiführen. Die statische Betrachtung, daß staatliche politische Systeme, denen die Elemente der Demokratie, der gesicherten Menschenrechte und des Pluralismus in hohem Maße fehlen, unverändert so bleiben und keine Veränderung (bei Ausschluß der Anwendung von Gewalt und Krieg) möglich ist, ist unhistorisch und falsch (es dauert nur meistens zu lange!). Wann lernen wir endlich, dass es der äußerste, aber nicht der immerwährende Fall ist, wenn Freiheit und Unfreiheit sich absolut gegenüberstehen? Die gestellte Aufgabe ist doch eigentlich überall in der Welt, also auch bei uns in den beiden deutschen Staaten, einen jeweils höheren Grad an Freiheit (sozial, politisch und individuell) zu erreichen. Auf unserem beachtlichen Vorsprung ‚auszurufen‘, kann keine sozialdemokratische Verhaltensweise sein.

¹²⁷⁰ Vgl. RADIO DDR interviewte Eppler und Reinhold zum SPD/SED-Papier, Monitor-Dienst, 31.8.1987 (S. 3-9), S. 8.

¹²⁷¹ Vgl. Mörbitz, Eghard, Eppler sucht ideologische Entspannung. Grundsatzerklärung von SPD und SED sorgt schon vorab für Wirbel, FR, 26.8.1987.

¹²⁷² Vgl. Eppler: Das Dokument nützt dem Frieden in Europa. Chef der SPD-Grundwertekommission verteidigt Papier mit SED: Die Differenzen sind glasklar formuliert/WELT-Interview, Welt, 28.8.1987.

¹²⁷³ Heinz Westphal (1924-1998), SPD, u.a. Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit und für Arbeit und Sozialordnung, 1983-1990 Vizepräsident des Deutschen Bundestages.

¹²⁷⁴ Vgl. Heinz Westphal an Erhard Eppler, 28.8.1987, Dep. Westphal 418.

Die mit dem Namen von Willy Brandt verbundene Entspannungspolitik war und ist der richtige Ansatz. Daß es nun gelingt, ausgehend von der Erkenntnis, wie in dieser Zeit Frieden erhalten und gesichert werden kann, sogar in einem gemeinsamen Papier die prinzipiellen Gegensätze und Unterschiede in der Wertung gleicher Begriffe zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten nebeneinander aufzuschreiben und die Regeln für die Kultivierung des notwendig bleibenden öffentlichen Streits darüber gemeinsam zu formulieren, ist ein beachtlicher Schritt nach vorn, dem ich wünsche, dass er nicht durch Fehlverhalten und Brüche enttäuscht wird.¹²⁷⁵

Eppler freute Westphals positive Antwort. Dieser habe als erster die „wirklichen Schwachstellen“ erkannt. In den Diskussionen mit der SED habe sich gezeigt, dass ein Streit über den SPD-Begriff von Freiheit wenig Sinn habe, denn auf der SED-Seite hätte es die „alte Rabulistik“ gegeben, die Leute wie Reißig nicht mehr vertreten wollten. Allerdings habe die SED die individuellen Menschenrechte anerkannt. Eppler hätte sich wie Westphal eine deutlichere Distanz der Grundwertekommission vom Kapitalismus gewünscht, doch habe sie befürchtet, damit in eine Gemeinsamkeit des Anti-Kapitalismus zu geraten. Bei den Gesprächen sei es um Grenzen zwischen den Systemen gegangen. Auch seien Gespräche mit dem Osten über die Grenzen zwischen den Staaten schwierig.¹²⁷⁶

Das Präsidium und der Parteirat stellten sich hinter das Grundsatzpapier, betonten aber, dass die SPD weder die Geschichte ihres siebenjährigen Kampfes gegen den Kommunismus noch das Andenken an die Opfer vergesse. Das Verhältnis zwischen SPD und DKP werde von dem Papier nicht berührt.¹²⁷⁷ Das Präsidium widersprach damit Annemarie Renger, die sich sehr kritisch zu dem Papier geäußert hatte.¹²⁷⁸

Eppler berichtete im September 1987 dem Präsidium über die Diskussionen in der DDR außerhalb der SED aufgrund des gemeinsamen Papiers und bat, über diesen Diskussionsprozess eine Dokumentation vorzulegen. Näheres dazu steht im Protokoll der Präsidiumssitzung nicht.¹²⁷⁹

Eppler sprach über die Gedanken des SPD-SED-Papiers auf dem Kirchentag in Ost-Berlin 1987¹²⁸⁰ und in der Arbeitsgruppe IDEOLOGIEN IM OST-WEST-VERHÄLTNIS auf dem evangelischen Kirchentag 1987. Er glaubte, wer die Ideologien in Frage stelle, gefährde die Machtansprüche. Wieder verstand er den Ost-West-Konflikt nicht nur als einen ideologischen Konflikt, sondern auch als einen klassischen Hegemonialkonflikt, bei dem Ideologie nur da gebraucht werde, wo sie ins machtpolitische Kalkül passe. Da Ideologien, die sich wie im Ost-West-Konflikt für allgemeingültig hielten und damit anderen Ideologien die Existenzberechtigung absprächen, nicht friedensfähig seien, lehnte er die Theorie von der „friedli-

¹²⁷⁵ Ebd.

¹²⁷⁶ Vgl. Erhard Eppler an Heinz Westphal, 8.9.1987, Dep. Westphal 418.

¹²⁷⁷ Vgl. Erklärung des Präsidiums der SPD/Parteirat der SPD. Thesen zur weiteren Diskussion des „gemeinsamen Papiers“, in: Brinkel, Wolfgang/Rodejohann, Jo (Hrsg.), Das SPD:SED-Papier (S. 28f., S. 96-98), S. 28f., S. 97f.

¹²⁷⁸ Vgl. Eine Prise Glasnost in der DDR, Vorwärts Nr. 36, 5.9.1987.

¹²⁷⁹ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 28.9.1987 (13 S.), S. 12, Dep. Eppler 117.

¹²⁸⁰ Vgl. S. 265 des vorliegenden Textes.

chen Koexistenz“ und das amerikanische, westliche Sendungsbewusstsein ab. Er nannte auch seine schon beschriebenen sechs Anforderungen.¹²⁸¹

Eppler hatte die Beantwortung der Frage, wie die Ideologien beider Seiten friedensfähig werden könnten, ohne ihre Legitimationsbasis einzubüßen, noch vor wenigen Jahren für „unmöglich“ gehalten. Nach den intensiven Gesprächen mit der SED war seiner Einschätzung nach ein Konzept, das die Identität der jeweiligen Ideologie unbeschädigt lasse, möglich.

Freiheit gegenüber den Ideologien sei nicht „Neutralität im luftleeren Raum“, sondern freies und kritisches Engagement da, wo man sich zugehörig fühle, und höfliche, manchmal auch unhöfliche Distanz zu den herrschenden Ideologien, wenn sie einen für „durchsichtige Interessen“ gefügig machen wollten.

Die Christen sollten sich fragen, was an ihren Ansichten Glaube und was Ideologie sei und versuchen, die Ideologien und die Gründe für ihr Entstehen zu verstehen. Er warnte vor Anti-Ideologien (Anti-Klerikalismus, Anti-Kommunismus). Gerade weil die Christen sich keiner Ideologie einfach anschließen und sich trotzdem nicht auf Anti-Haltungen einschwören würden, könnten sie den Ideologien kritische Fragen stellen. Die Christen seien um so glaubwürdiger, je klarer es sei, dass sie dem anderen die Ideologie nicht nehmen wollten, sondern den Frieden wichtiger fänden. Dies wäre eine präzise Forderung nach der Friedensfähigkeit der Ideologien.¹²⁸²

DIE SED FÜHLT SICH „ÜBERS OHR GEHAUEN“ – EPPLERS KRITIK AN DER SED

Eppler kritisierte ab 1987 bis zum Zusammenbruch der DDR immer stärker, dass die SED bestimmte Forderungen des gemeinsamen Papiers nicht einhalte.

Reinhold verfasste für Honecker einen Bericht über das fünfte Treffen mit der Grundwertekommission vom 27. bis 29. Oktober 1987 über Probleme der Entwicklungsländer und die entsprechende Rolle von Imperialismus und Sozialismus. Die Beratung sei „sehr fruchtbar und konstruktiv“ gewesen, allerdings sei die SED-Delegation besser auf die Probleme vorbereitet und sachkundiger gewesen als die der SPD. Trotz der unterschiedlichen Positionen hätten beide Seiten aufgrund der globalen Verantwortung für die Entwicklungsprobleme nach übereinstimmenden Auffassungen gesucht. Einig seien sie sich über den engen Zusammenhang von Friedenssicherung, Abrüstung, Umweltschutz sowie Entwicklung und sozialem Fortschritt in der Dritten Welt gewesen. Beide Seiten sähen Unterentwicklung momentan als eines der „brennendsten Probleme“ an, das mit systemübergreifenden Maßnahmen gelöst werden müsse. Die Entwicklungsländer dürften nicht zum Gegenstand der Auseinandersetzung zwischen Ost und West gemacht werden. In anderen Fragen seien

¹²⁸¹ Vgl. S. 279 des vorliegenden Textes.

¹²⁸² Vgl. Eppler, Erhard, Christen im Streit der Ideologien, in: Rein, Gerhard, Deutsche Dialoge (S. 13-30), S. 13-30.

die Delegationen unterschiedlicher Ansicht gewesen. So sahen nach Reinholds Bericht z.B. die SPD-Vertreter den Kolonialismus als die Hauptursache für die Probleme der Entwicklungsländer, akzeptierten aber nicht die Verantwortung des Neokolonialismus für die Unterentwicklung und unterstellten den sozialistischen Ländern die Teilhabe an der Ausbeutung der Entwicklungsländer.

Die SED-Vertreter wiesen nach Reinholds Bericht auf die positive Resonanz des SPD-SED-Papiers und den Willen hin, dessen Inhalt zu verwirklichen. Von der SPD hätten besonders Meyer und Eppler über die bundesdeutsche Diskussion informiert. Demnach sei der Streit zwischen den Parteien und in den Medien zurückgegangen, auch weil die CDU/CSU ihre offenen Angriffe auf das Papier beendet habe. Dies liege nach Eppler und Meyer an der Wirkung von Honeckers Besuch in der Bundesrepublik auf die Öffentlichkeit und möglicherweise daran, dass es in der SPD keine Mehrheit mehr gegen das Dokument gebe. In der SPD sei das Dokument bis auf die Kritik einer kleinen Gruppe überwiegend positiv aufgenommen worden. Eppler vermutete wie in der Sozialistischen Internationale auch in der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern Misstrauen vor „deutsch-deutschen Alleingängen“. Es wurde deshalb die Verstärkung der internationalen Diskussion zum gemeinsamen Papier vorgeschlagen. Auch wurde eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Thema „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ geplant, für die beide Seiten befreundete Parteien aus anderen europäischen Ländern gewinnen sollten, um die internationale Bedeutung der Grundaussagen des Dokuments darzustellen. Es wurde außerdem über einen deutsch-deutschen Vergleich von Schulbüchern und Presseergebnissen gesprochen.¹²⁸³

Die Schwierigkeit an Reinholds Berichten ist, dass er aus parteitaktischen Gründen und um die Fortsetzung der Gespräche zu gewährleisten, die Ergebnisse der Treffen für die SED positiv darstellen musste. Sein Bericht verschweigt Epplers Kritik an den Abgrenzungsversuchen des SED-Chefideologen Hager, die nach Epplers Meinung gegen Inhalt und Sinn des gemeinsamen Papiers verstießen. Hager spreche dem kapitalistischen System in Teilen die Friedens- und Reformfähigkeit ab und habe von einem „Feindbild“ gegenüber diesem System gesprochen.¹²⁸⁴ Nach Millers Bericht war die SPD-Seite bei dem Treffen „enttäuscht und empört“, die SED-Seite „verlegen“ über Hagers Ausführungen. Das Treffen brachte

¹²⁸³ Vgl. Otto Reinhold an Erich Honecker, November 1987, Anlage: Bericht über die gemeinsame Beratung zwischen Vertretern der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und der Grundwertekommission der SPD vom 27. bis 29. Oktober 1987 in Berlin (S. 27-38), S. 27-38, SAPMO-BArch, DY 30/79 (Büro Axen).

¹²⁸⁴ Vgl. Eppler wirft SED-Chefideologen Hager „Feindbild“-Denken vor, SZ, 30.10.1987; vgl. auch Hager, Kurt, Friedenssicherung und ideologischer Streit (Auszug), in: Brinkel, Wolfgang/Rodejohann, Jo (Hrsg.), Das SPD:SED-Papier (S. 71-73), S. 71-73 (ND, 28.10.1987).

nach Epplers Überzeugung „ein eher mageres Ergebnis.“ Seiner Auffassung nach bewegte sich die Diskussion der DDR-Experten auf „ausgelaufenen Schienen“. ¹²⁸⁵

Epplers Ziel bei dem Treffen war die „Entgermanisierung“ des Dialogs zwischen beiden Staaten, auch weil es in vielen Ländern den Verdacht gebe, die Deutschen wollten wieder die Weltprobleme lösen. Nicht die beiden deutschen Staaten waren seiner Ansicht nach das Thema, sondern die Sicherung des Friedens im Nuklearzeitalter, die Umweltgefahren und die Entwicklung der Länder der Dritten Welt in einem friedlichen Wettstreit der Systeme. ¹²⁸⁶

Im November 1987 äußerte er sich zu Hagers Ausführungen und einem Interview von Reinhold. ¹²⁸⁷ Er differenzierte hier zwischen Reinholds und Hagers Äußerungen. Eppler hatte die leidenschaftlichere Diskussion in der DDR als in der Bundesrepublik innerhalb und außerhalb der SED und den Protest der Dogmatiker in West und Ost erwartet, nicht aber, dass es in Ost und West an denselben Stellen des Papiers Widerstand gebe. Er lehnte Reinholds Einschätzung nicht völlig ab, dass es manchen im Westen missfalle, wenn der UdSSR und dem restlichen Ostblock Friedensfähigkeit bescheinigt und dem Sozialismus Entwicklungs- und Reformfähigkeit zugestanden werde. Unruhiger als die von Reinhold genannten Personen waren nach Epplers Darstellung die kommunistischen Funktionäre, in deren Weltbild die Friedens- und Reformfähigkeit des Imperialismus nicht passe.

Der Großteil des Reinhold-Interviews laufe dem Papier nicht zuwider. Es sei verständlich, dass der Marxist-Leninist an der Lehre vom Klassenkampf festhalte. Reinhold sei der Überzeugung, dass der Bewusstseinswandel quer durch die Gesellschaft die westlichen Staaten friedensfähig mache, trotz Lenins Lehren über die Expansivität des Monopolkapitals. Eppler betonte, dass es im gemeinsamen Papier nicht heiße, dass sich beide Systeme gegenseitig für friedfertig hielten, denn dies sei für beide Seiten „schlichte Unwahrheit“, sondern dass sie sich gegenseitig als friedensfähig betrachteten. Eine Friedenspolitik der gemeinsamen Sicherheit sei sinnlos und unverantwortlich, wenn der andere nicht prinzipiell zu einer solchen Politik für fähig gehalten werde. Er lehnte Hagers Feststellung, dass die DDR die Bundesrepublik friedensfähig machen müsse, ab.

Im Gegensatz zu Hager nehme Reinhold die Feindbilder im Westen nicht als Rechtfertigung für die eigenen Feindbilder, sondern wolle sauber analysieren. Dies war für ihn im Sinne des Papiers. Die Kultur des Streits, von der im SPD-SED-Papier gesprochen werde, müsse sich auch bei der Interpretation des Papiers bewähren. Wenn dabei eine Diskussion über den

¹²⁸⁵ Vgl. Miller, Susanne, Die Gespräche der Grundwertekommission der SPD, S. 358, S. 364f.

¹²⁸⁶ Vgl. Skriver, Ansgar, Klares Feindbild. SPD-SED-Papier: Das Kampfvokabular der DDR steht dem Dialog manchmal im Weg, DS, 8.11.1987.

¹²⁸⁷ Vgl. Reinhold, Otto, Antworten auf Fragen zum Streit der Ideologien und zur gemeinsamen Sicherheit (Auszüge), in: Brinkel, Wolfgang/Rodejohann, Jo (Hrsg.), Das SPD:SED-Papier (S. 74-76), S. 74-76 (ND, 11.11.1987).

Gebrauch des kommunistischen Imperialismus-Begriffs im Sinne des neuen Denkens begänne, könne dies dem Frieden nur dienen.¹²⁸⁸ Weiter erklärte Eppler:

„Der SED kommt hier ihr eigener Sprachgebrauch in die Quere. Es ist eben allzu simpel, die vielfältigen Kräfte der westlichen Gesellschaft und Wirtschaft unter dem Namen ‚Kapitalismus‘ oder gar ‚Imperialismus‘ zusammenzufassen. Tut man dies, so entsteht schon sprachlich das Problem: Kann der Imperialismus jemals anders sein als imperialistisch, also kriegerisch?“¹²⁸⁹

Eine historische Dimension des SPD-SED-Papiers war für Eppler, dass es erstmals Grundsatzgespräche zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, nicht nur in Deutschland, sondern generell, gebe. Auch wenn die Vergangenheit bei den Gesprächen zwischen SPD und SED nie thematisiert worden sei, sei sie immer wieder am Rande zur Sprache gekommen. Es sei verständlich, dass für Sozialdemokraten und Kommunisten, die die Auseinandersetzungen der Weimarer Zeit miterlebt hätten, allein der Tatbestand des Papiers skandalös sei. Allerdings sei die SPD im Gegensatz zu den Kommunisten die entscheidende Stütze der Weimarer Republik gewesen. Bei der Spaltung der Arbeiterbewegung gab er die Verantwortung nicht einseitig den Kommunisten. Über die „Zwangsvereinigung“ von KPD und Ost-SPD zur SED hätten die Delegationen nicht gesprochen, weil man hier nicht zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen würde. Dennoch belaste dieser Tatbestand das beidseitige Verhältnis immer noch.

Eppler legte dar, dass die SPD zur Behinderung des inneren Dialogs in der DDR sehr kritisch Stellung bezogen habe. In der SED werde sehr lebhaft darüber diskutiert, wie weit Öffnung nach innen und außen gehen könne. Er wollte die SPD nicht zum „Vorzeigestück“ und „Alibi“ für eine Politik machen lassen, die den Dialog nach innen nicht wolle, glaubte aber nicht, dass dies das Ziel der SED sei. Seiner Überzeugung nach war es übertrieben, das gemeinsame Papier als „Magna Charta der Perestroika in der DDR“ zu bezeichnen. Es sei eine große Leistung, wenn man der gesamten SED deutlich machen könne, dass von der Friedensfähigkeit, Reformfähigkeit und Existenzberechtigung der anderen Seite ausgegangen werden müsse.

Die Resonanz in der SPD auf das SPD-SED-Papier war viel besser als Eppler ursprünglich geglaubt hatte. Es gebe Widerstände, aber der Parteivorstand und der Parteirat hätten das Papier ohne Gegenstimme begrüßt. Er war froh, dass die SED Probleme wie Sicherung des Friedens, Überwindung der Umweltgefahren und Entwicklung der Dritten Welt-Länder dem sich fortsetzenden Klassenkampf untergeordnet habe.¹²⁹⁰

Deutlich wehrte sich Eppler gegen Repressionen in der DDR und bezog sich dabei immer wieder auf die Forderungen des Ideologiepapiers. Bezüglich der Verhaftungen in der Zions-

¹²⁸⁸ Vgl. Eppler, Erhard, Ärger mit allzu simplen Begriffen. Zum Wiederhall auf das gemeinsame Papier von SPD und SED, Sozialdemokratischer Pressedienst, 42. Jg. Nr. 218 (13.11.1987) (S. 3f.), S. 3f. (vgl. auch die erweiterte Fassung: ders., Ärger mit allzu simplen Begriffen, Vorwärts, 28.11.1987).

¹²⁸⁹ Ebd., S. 4.

¹²⁹⁰ Vgl. ders., Deutsch-deutsche Magna Charta?, S. 4-8.

gemeinde in Ost-Berlin im November 1987 kritisierte er, dass die Diskussion zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten im DDR-Fernsehen möglich, es aber verboten sei, dass in der DDR der Inhalt der Diskussion vom letzten Treffen beider Gruppen in der Bundesrepublik weiterverbreitet werde. Er riet der DDR, mit „aufmüpfigen jungen Leuten“ zu reden, statt sie zu verhaften. Dieser „schlichte Tip“ sei keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR. Die SPD werde ihre Kontakte mit der SED nicht als „Alibi“ dafür missbrauchen lassen, den Dialog in der DDR zu verhindern oder „abzuwürgen.“¹²⁹¹ Die Geschehnisse widersprächen dem gemeinsamen Papier, das die SED unterschrieben habe. Trotz dieser Kritik hielt Eppler weitere Gespräche mit der SED für sinnvoll.¹²⁹²

Seiner Meinung nach war es „undemokratisch und unklug“, aus kritischen Bürgern „kriminalisierte Gegner der DDR zu machen.“ Er schloss Rückwirkungen auf den systemöffnenden Dialog zwischen beiden deutschen Staaten nicht aus. Die im gemeinsamen Papier festgeschriebene Kritik am anderen, wenn dieser etwa die Menschenrechte verletze, müsse nun deutlich gemacht werden. Eppler bestand darauf, dass der Dialog nicht nur nach außen, sondern auch nach innen geführt werden müsse. Die SPD stehe nicht zur Verfügung, wenn in der DDR der Dialog verweigert werden solle.¹²⁹³

Nach Potthoffs Einschätzung kritisierten in der SPD besonders Eppler und Vogel die Repressionen in der DDR nach der Demonstration am 17. Januar 1988 sehr.¹²⁹⁴ Eppler erklärte zu dieser Verhaftung von Regimekritikern in der DDR, dass die Bundesrepublik aufgrund der Vereinbarungen des SPD-SED-Papiers ihre Auffassung zu den Ereignissen in der DDR äußern dürfe. Er hatte den Eindruck, dass das Papier so viel in Bewegung gebracht habe, dass einige aus Verunsicherung eine Gegenbewegung hervorriefen. Er war enttäuscht über die Ereignisse in der DDR, denn SPD und SED seien sich bei den Gesprächen einig gewesen, dass der Dialog über die Grenze auf Dauer nur funktionieren könne, wenn in den Gesellschaften ein Dialog stattfinde.¹²⁹⁵

Nach seiner Ansicht widersprach das „plumpe Zugreifen“ der Staatsorgane bei den Ereignissen nach dem 17. Januar den Abmachungen im SPD-SED-Papier. Er konnte sich den Dialog der Grundwertekommission mit der SED auf Dauer nicht ohne den Dialog in beiden Gesellschaften vorstellen.¹²⁹⁶

¹²⁹¹ Vgl. ders., Mitteilung für die Presse, Service der SPD für Presse, Funk, TV, Nr. 1017/87 (26.11.1987) (2 S.), S. 1f.

¹²⁹² Vgl. Erhard Eppler, ..., zu dem Grundsatzpapier zwischen SED und SPD und den jüngsten Vorfällen in Ost-Berlin, DLF, 27.11.1987 (S. 3f.), S. 3.

¹²⁹³ Vgl. Eppler rügt DDR-Vorgehen gegen Kirchenmitarbeiter, dpa, 28.11.1987.

¹²⁹⁴ Vgl. Potthoff, Heinrich, Im Schatten der Mauer, S. 279. Bei der offiziellen Demonstration am 17. Januar 1988 in Ost-Berlin zum Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden über hundert Angehörige unabhängiger Friedens- und Menschenrechtsgruppen, die Transparente mit Luxemburg-Bildern und ihrer Freiheitsdefinition trugen, festgenommen.

¹²⁹⁵ Vgl. Dr. Erhard Eppler, ..., zu den jüngsten Verhaftungen von Regimekritikern in der DDR und zum Grundsatzpapier von SED und SPD, DFS, 27.1.1988.

¹²⁹⁶ Vgl. Eppler: Ereignisse in der DDR widersprechen SPD/SED-Papier, dpa, 7.3.1988.

Im Januar 1988 diskutierte die Grundwertekommission darüber, inwieweit die Entwicklung in der DDR die Weiterführung des Dialogs mit der SED-Delegation beeinträchtige. Eppler wollte bei seinem Vortrag vor der Theologischen Fakultät der Ostberliner Humboldt-Universität darauf hinweisen, dass der weitere Dialog „von der Bereitschaft zum inneren Dialog in der DDR abhängt.“ Diese Äußerung solle den Dialog nicht abbrechen, aber deutlich machen, dass dieser bis zu einem „gewissen Grad auf dem Spiel stehe.“ Eine weitere Gelegenheit, dies klar zu artikulieren, sei sein gemeinsamer Vortrag mit Reinhold am 18. Februar in Washington. Je nach der weiteren Entwicklung in der DDR könne eine Absage dieser gemeinsamen Veranstaltung nötig sein.

Epplers Positionen stimmten die anderen Mitglieder der Grundwertekommission zu. Die Ereignisse in der DDR seit November 1987 wurden als „harte Belastungsprobe“ für die Gesprächsgrundlage betrachtet und befürchtet, dass aufgrund der Ereignisse in der DDR die Glaubwürdigkeit der SPD bezüglich des SPD-SED-Papiers auf dem Spiel stehe. Es wurde eine Stellungnahme der Grundwertekommission dazu beschlossen. Eppler versprach, bei dem geplanten Kontakt mit Reinhold anzusprechen, dass dieser bei den gemeinsam geplanten Projekten (Dialog über Nord-Süd-Fragen, Schulbuchgespräche) die Vorschläge für Schulbuchgespräche nicht beantwortet habe. Vorher solle das Projekt zur Dritten Welt nicht weiterverfolgt werden, um zu vermeiden, dass die SED zwischen geplanten Projekten zu selektieren versuche. Dem stimmte die Grundwertekommission zu.¹²⁹⁷

Eppler informierte das Präsidium über die Veranstaltungen an der Humboldt-Universität und in Washington und seine geplanten Aussagen zum gemeinsamen Papier hinsichtlich des Zusammenhangs der Dialogfähigkeit zwischen beiden Parteien und den Vorgängen in der DDR. Detailliertere Aufzeichnungen dazu sind im Protokoll leider nicht enthalten. Er wollte unter bestimmten Voraussetzungen nicht an der Veranstaltung in Washington teilnehmen. Im Präsidium hieß es, dass die SPD alle Maßnahmen zur Fortführung des Dialogprozesses unterstütze und Eppler die Diskussion in den USA möglichst durchführen solle. Falls dies aufgrund aktueller neuerer Ereignisse fraglich werde, solle der Parteivorsitzende konsultiert werden. Eppler war nach den Diskussionen in der Grundwertekommission nicht völlig frei bei der Abfassung seiner Rede, wollte aber die Aussprache im Präsidium bei der endgültigen Formulierung berücksichtigen. Er sah in der DDR-Führung keine Strategie für die inneren Folgen des Öffnungsprozesses.¹²⁹⁸

Am 28. Januar 1988 gab Eppler im Namen der Grundwertekommission die beschlossene Erklärung zum SPD-SED-Papier ab, die Miller allerdings „allzu moderat“ formuliert war:¹²⁹⁹

¹²⁹⁷ Vgl. Protokoll der Sitzung der Kommission Grundwerte beim SPD-Vorstand, 28.1.1988 (4 S.), S. 1-3, Dep. Eppler 21. Die Schulbuchgespräche fanden nicht mehr statt. So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

¹²⁹⁸ Vgl. Protokoll der Sitzung des Präsidiums, 1.2.1988 (17 S.), S. 5f., Dep. Eppler 117.

¹²⁹⁹ Miller, Susanne, Die Gespräche der Grundwertekommission der SPD, S. 365.

„Heute sehen wir uns veranlaßt, die Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen, Verhaftungen und Verurteilungen, die im Herbst vergangenen Jahres und erneut seit dem 17. Januar in Berlin und anderen Teilen der DDR stattgefunden haben, als eine ernsthafte Verletzung des Menschenrechts auf freie Meinungsäußerung zu kritisieren. Verhaftungen, Beschlagnahmungen und andere Formen des politischen Drucks sind das Gegenteil einer Ermutigung zur offenen Diskussion. Sie verletzen die Grundregeln einer lebendigen Demokratie, die beide Seiten in dem gemeinsamen Papier als wichtiges Element einer politischen Kultur, die den Frieden fördert, bezeichnet haben. Wir fordern die Behörden der DDR auf, dafür zu sorgen, dass ‚der Dialog zwischen allen gesellschaftlichen Organisationen, Institutionen, Kräften und Personen auf beiden Seiten‘ wirklich möglich wird.“¹³⁰⁰

Im Februar 1988 unterstrich Eppler vor der Humboldt-Universität, dass es keinen Sinn habe, nur die Waffen gegeneinander aufzurechnen, wenn das Misstrauen und die Ängste übersehen würden, die zur Aufrüstung führten. Inzwischen könne keine Friedenspolitik erfolgreich sein, die den Gegensatz der Systeme, der Misstrauen entstehen lasse, ausklammere. Wenn man sich der ideologischen Form des Konflikts nicht stelle, gebe es im besten Fall Phasen der Entspannung und Phasen mit erhöhter Spannung.

Das gemeinsame Papier war für ihn kein ideologischer Friedensschluss zwischen SPD und SED. Ziel sei nicht die Abschaffung des anderen Systems, sondern die Reformfähigkeit und damit die Lebensfähigkeit beider Systeme. Beiden Systemen werde Friedensfähigkeit bescheinigt, die zur Friedfertigkeit gesteigert werden könne. Vielleicht werde das SPD-SED-Papier im Rückblick als erster gemeinsamer Vorstoß in eine neue Dimension von Friedenspolitik bewertet. Der Konflikt zwischen beiden Systemen verliere seine friedensgefährdende Absolutheit, wenn er als unvermeidlicher Bestandteil friedlicher Beziehungen verstanden werde. Schiedsrichter im Wettbewerb der Systeme sollten die Menschen in Ost und West sein, denen er vor allem zugute komme.

Eppler verstand unter der im Papier geforderten Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten nicht den aktuellen Zustand in Ost und West. Teil der politischen Kultur sei ein politischer Streit, ohne dem Gegner fragwürdige Motive zu unterstellen, ohne seine Äußerungen so zu karikieren, wie sie sich am einfachsten widerlegen ließen, und ohne Feindbilder zu produzieren. Er lehnte es ab, dass manche SED-Funktionäre die Bundesrepublik kritisierten, aber über Einmischung in die inneren Angelegenheiten klagten, wenn sie selbst hinterfragt würden. Die Kritik der SPD am Vorgehen in der Zionskirche entsprach nach Epplers Einschätzung den Regeln des gemeinsamen Papiers, dass Kritik am anderen nicht als Einmischung in die inneren Angelegenheiten zurückgewiesen werden dürfe. Die Passage im SPD-SED-Papier über den inneren Dialog habe in der DDR Hoffnungen geweckt, dass die SED den Dialog mit den eigenen Bürgern beginne. Viele DDR-Bürger, die die DDR verbessern wollten, verlangten dies unter Bezug auf das Papier.

Er kritisierte, dass die DDR-Bürger Zugang zu westdeutschem Fernsehen, nicht aber westdeutschen Zeitungen und Zeitschriften hätten. Die großzügigeren Zollbestimmungen für die

¹³⁰⁰ Eppler, Erhard, Mitteilung für die Presse, Service der SPD für Presse, Funk, TV, Nr. 94/88 (28.1.1988) (1 S.), S. 1, Dep. Eppler 21.

Einfuhr von Druckerzeugnissen werteten die DDR-Bürger als erste Wirkung des gemeinsamen Papiers. Vorrang vor dem Frieden bedeute für ihn nicht, schweigend einen angenommenen Verstoß gegen die Menschenrechte zu tolerieren. Die Kritik der SPD sei nicht „rechthaberisch“ oder „hämisch“ und könne nur hilfreich sein, wenn in ihr auch Trauer darüber mitschwingt, dass der andere sich nicht oder noch nicht so verhalte, wie es seinen Zusagen entspräche. Das SPD-SED-Papier hielt er nicht für illusorisch, wenn es sich immer wieder auf die Menschenrechte beziehe und beiden Seiten das Recht zugestehe, Menschenrechtsverletzungen zu rügen. Je reifer die Kultur des politischen Streits werde, desto mehr könnten sich die Maßstäbe auf beiden Seiten angleichen. Es könnte dann sein, dass im Westen Arbeitslosigkeit als Menschenrechtsverletzung angegriffen werde, wie im Osten Reisebeschränkungen.¹³⁰¹

Beim Gespräch von Eppler und Reinhold im Februar 1988 im amerikanischen Institut für zeitgenössische deutsche Studien der John-Hopkins-Universität in Washington über das SPD-SED-Papier betrachtete Eppler die Anerkennung der Friedensfähigkeit beider Seiten als eine der wichtigsten Errungenschaften des Papiers.¹³⁰² Er empfand das Interesse an der Veranstaltung als außerordentlich groß. Auch wenn die meisten Amerikaner den Begriff gemeinsame Sicherheit schwer verstehen würden, hatte er den Eindruck, dass das Anliegen der Deutschen im großen und ganzen deutlich geworden sei. Er plädierte für mehr Veranstaltungen dieser Art in den USA.¹³⁰³

Dieses Treffen mit Reinhold war nach Epplers Aussagen eher zufällig und fast ergebnislos, denn Reinholds Bewegungsspielraum sei sehr gering geworden. Er habe diesem seine Unzufriedenheit über die Fortsetzung der Gespräche mitgeteilt, denn nach dem Erscheinen des SPD-SED-Papiers sei die SED-Delegation immer starrer und dogmatischer geworden. Er sei über den Umgang mit dem Papier enttäuscht gewesen. Seinen Vorschlag, die Gespräche abubrechen, hätten das SPD-Präsidium und die DDR-Kirchen abgelehnt.¹³⁰⁴

Im Februar 1987 verlas Eppler der Grundwertekommission ein Schreiben von Richard Löwenthal, in dem dieser aufgrund der Ereignisse in der DDR nach dem 17. Januar 1988 zu größerer Zurückhaltung bei Kontakten mit der SED riet. Eppler schlug vor, die Kontakte mit der SED vorläufig normal weiterzuführen, d.h. die geplante Begegnung im April durchzuführen, jedoch die „Kritik“ der SPD dort ausdrücklich zu thematisieren. Weitere Kontakte zugunsten weiterer Öffnungstendenzen in der DDR seien richtig.

Eppler berichtete von Reinholds Erklärung, dass es in der SED das Gefühl gebe, mit dem SPD-SED-Papier „übers Ohr gehauen“ worden zu sein. In der DDR werde vorwiegend von

¹³⁰¹ Vgl. ders., Woher kommen die Waffen? Humboldt-Universität zu Berlin, 3.2.1988 (16 S.), S. 1-16.

¹³⁰² Vgl. Dokument SED-SPD an Universität in Washington vorgestellt – Otto Reinhold und Erhard Eppler vor Wissenschaftlern und Studenten, ADN, 24.2.1988.

¹³⁰³ Vgl. Erhard Eppler: Amerikanisches Interesse am Streitpapier SPD-SED, ppp, 39. Jg. Nr. 41 (1.3.1988) (S. 3f.), S. 3.

¹³⁰⁴ So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

den Kapiteln zur Friedensicherung durch gemeinsame Sicherheit und dem friedlichen Wettbewerb der Gesellschaftssysteme gesprochen, in der SPD überwiegend von den Grundregeln für eine Kultur des politischen Streits. Strasser bestritt Schwierigkeiten in der SPD mit einzelnen Teilen des gemeinsamen Papiers und betonte, dass die SED etwas unterschrieben habe, was sie nicht praktizieren wolle. Darauf müssten die Journalisten bei dem geplanten Treffen deutlich hingewiesen werden. Diese Position vertrat auch Meyer. Es gab in der Grundwertekommission Bedenken am Sinn des gemeinsamen Papiers, wenn die DDR die für sie unangenehmen Teile (Streitkultur, innerer Dialog) ausklammere. Es wurde beschlossen, das geplante Gespräch durchzuführen, im Plenum über die Auswirkungen des Papiers zu sprechen und ein intensiveres Gespräch im kleinen Kreis zu führen. Für den 24. März war außerdem eine Diskussion mit Vertretern von 15 sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien aus Westeuropa über das SPD-SED-Papier geplant, an der u.a. auch Eppler teilnehmen sollte.¹³⁰⁵

Vogel berichtete im Mai 1988 über sein Gespräch mit Honecker. Beim gemeinsamen Papier habe die DDR die Friedenssicherung und die SPD die Dialogfähigkeit hervorgehoben.

Eppler erklärte, dass beim sechsten Treffen die DDR-Delegation besser vorbereitet gewirkt habe als bei den letzten Begegnungen, aber auch „erheblich weniger mutig“ gewesen sei. Über das SPD-SED-Papier habe es eine längere Aussprache in „unterschiedlicher Härte“ gegeben. Es sei ein „Platzen des Gesprächs“ möglich gewesen. Die SED-Seite habe unterstrichen, zu den einzelnen Teilen und dem ganzen Papier zu stehen und der SPD vorgeworfen, nur Einzelteile hervorzuheben. Reinhold habe die nächste Begegnung über „Menschenrechte“ im April 1989 vorgeschlagen. In der SED werde offenbar auf das weitere Vorgehen der KPdSU gewartet. Im November 1988 solle eine internationale Konferenz zum Papier mit der SED, der Ungarischen Partei und der KPdSU, in der jetzt das Papier positiver beurteilt werde, stattfinden. Von der Sozialistischen Internationale sollten die SPD, die Niederlande und Finnland die Konferenz ausrichten.¹³⁰⁶ Miller berichtete, dass auf dem sechsten Treffen, auf dem die ideologischen Unterschiede sehr klar zum Ausdruck gekommen seien, die SPD-Delegation über Gorbatschows Glasnost- und Perestroika-Rede mit „unverhohlener Freude“ und die SED-Delegation „zunächst verunsichert und sprachlos“ reagiert habe.¹³⁰⁷

Nach den Gesprächen mit der SED unterstrich Eppler, dass das Vorgehen der DDR gegen protestierende Bürger dem SPD-SED-Papier widerspreche und dies die SPD bei dem

¹³⁰⁵ Vgl. Protokoll der Sitzung der Kommission Grundwerte beim SPD-Vorstand, 26.2.1988 (4 S.), S. 3f., Dep. Eppler 21. Die Tagung im März 1988 mit Vertretern sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien aus Westeuropa und Vertretern der SED fand noch statt. So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

¹³⁰⁶ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 2.5.1988 (15 S.), S. 3, S. 12, Dep. Eppler 117. Die Konferenz im November 1988 fand nicht mehr statt. So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

Treffen klar gesagt habe. Vielleicht habe das Dokument in der DDR zu stark gewirkt und es gebe nun in der SED eine Gegenbewegung. Ein Fortschritt war für ihn, dass beide Seiten trotz der Meinungsverschiedenheiten in Ruhe und „ohne Giftigkeit“ miteinander streiten konnten.¹³⁰⁸

Reinholds Bericht an Honecker über das Treffen vom 28. bis 30. April 1988 über „Fortschritt in der Welt von heute“ klingt anders. Bei der „umfänglichen und lebhaften“ Diskussion habe es trotz der „deutlichen Gegensätze“ „stets eine sachliche Atmosphäre“ gegeben. Beide Seiten hätten die Wichtigkeit des behandelten Themas, den Nutzen solcher Diskussionen und die Produktivität des Streits unterstrichen. Die SED-Seite habe ihre Positionen „konstruktiv und offensiv“ vorgetragen, während die SPD-Seite sich von den „realen gesellschaftlichen Prozessen, insbesondere den Eigentums- und Machtverhältnissen“, abgehoben habe.

Zum Thema des Treffens habe es gemeinsame und gegensätzliche Auffassungen gegeben. Einigkeit habe bestanden, dass die Erhaltung und Sicherung des Friedens Fortschritt sei, Frieden die Voraussetzung für weiteren Fortschritt bilde und Abrüstung und Friedenssicherung entscheidende Kriterien des Fortschritts seien. Trotz der Anerkennung der Entwicklung größerer gesellschaftlicher und individueller Freiheit als Teil des Fortschritts, sei betont worden, dass die Anerkennung dieses Kriteriums nichts über die „Unterschiede und auch Gegensätze bei der Umsetzung in konkreten Prozessen“ aussage. Eppler habe die Möglichkeiten der Selbstvernichtung der Menschheit und die Gentechnik als „dramatische Zäsur in der Menschheitsgeschichte“ bezeichnet, da der Mensch erstmals in der Erdgeschichte die Evolution beenden oder selbst in die Hand nehmen könne.

Reinhold führte aus, dass er die Zustimmung der SED zum SPD-SED-Papier und die verschiedenen praktischen Schritte im Sinne des Papiers hervorgehoben habe. Irritiert habe er sich über verschiedene Versuche gezeigt, das Dokument zu nutzen, „um Wandlungen in der SED und der DDR hervorzurufen bzw. zu unterstützen.“ Die einzelnen Streitpunkte habe die SED-Seite in der Diskussion einer „scharfen, prinzipiell geführten, aber stets sachlichen Kritik“ unterzogen und Versuche, den Schwerpunkt des Dokuments auf den inneren Dialog zu verlagern und Wandlungen in der DDR herbeizuführen „energisch zurückgewiesen“. Die SED-Delegation habe die Einheit des Papiers und die Priorität der Friedenssicherung hervorgehoben. Eppler habe ausgeführt, dass die SPD kein Interesse an einer „Destabilisierung der DDR“ habe und eine „stabile DDR“ ein „wichtiger Faktor“ für die Friedenssicherung in Europa sei. Er halte die offene Aussprache von Irritationen auf beiden Seiten für positiv, da sie keine „eiternden Wunden“ hinterlassen habe. Reinhold sah die Wirkungen des Doku-

¹³⁰⁷ Vgl. Miller, Susanne, Die Gespräche der Grundwertekommission der SPD, S. 358f.

¹³⁰⁸ Vgl. Eppler: DDR-Vorgehen widerspricht „Geist des SPD/SED-Papiers“, dpa, 30.4.1988.

ments positiv und glaubte, dass sie der SED weitere Möglichkeiten für eine „offensive und konstruktive Friedens- und Dialogpolitik“ eröffneten.¹³⁰⁹

Epplers Ziel war die Intensivierung des Dialogs zwischen sozialistischen Parteien des Westens und kommunistischen Parteien des Ostens. Er begrüßte die Konferenz mit mehreren Parteien über das Thema des gemeinsamen Papiers. Mitveranstalter sollten neben SPD und SED jeweils zwei weitere Parteien aus Ost und West sein. Er würdigte die Intensität und Offenheit des Dialogs beim sechsten SPD-SED-Treffen. Die „exakte, deutliche und unverhüllte“ Kritik der Sozialdemokraten am inneren Verhältnis der DDR auf der Basis des „Streitpapiers“ werde nicht mehr zurückgewiesen. Das Papier habe die DDR überfordert. Eine stärkere Diskussion über das SPD-SED-Papier auch in der Bundesrepublik sei wünschenswert.¹³¹⁰

Eppler sah als Ursachen für die Spannungen in der DDR Gorbatschows Politik, das Ideologiepapier und die beginnende Opposition in der DDR.¹³¹¹ Außerdem ging er davon aus, dass die Deutschen in beiden Staaten schon wegen der gemeinsamen Sprache eine besondere Rolle spielen könnten. Offen bleibe, ob und in welcher Form sie in einer europäischen Friedensordnung zu institutioneller Gemeinschaft fänden.¹³¹²

Er führte aus, dass die SPD den inneren nicht vom äußeren Dialog trenne und für wichtig halte. Die SED weise die SPD auf den Umgang mit der DKP in der Bundesrepublik hin und die SPD betone, dass die SED auch Gespräche mit den eigenen kritischen Bürgern führen müsse. Die SPD werde nicht den Fehler machen, sich nur auf den Dialogteil im SPD-SED-Papier zu versteifen, denn das ganze Papier sei wichtig, doch müsse sie auf die bisher nicht eingelösten Punkte hinweisen. Die Anregung zum gemeinsamen Gespräch über Menschenrechte beim nächsten Treffen sei von der SED ausgegangen, obwohl sie gewusst habe, dass es scharfe Differenzen geben werde. Ein gemeinsames Papier zu den Menschenrechten hielt Eppler zum damaligen Zeitpunkt nicht für möglich. Er glaubte nicht, dass das Papier generell für das gespannte Verhältnis zwischen SED und DDR-Kirche verantwortlich sei, doch könnten einige Wirkungen des gemeinsamen Papiers auf Menschen am Rande und außerhalb der Kirche zum gespannten Verhältnis beigetragen haben.¹³¹³

Auch wenn sich Epplers Hoffnungen auf das gemeinsame Papier nicht erfüllten, hätte er es im September 1988 noch einmal unterschrieben. Ihn überraschten die verschiedenen Interpretationen des Papiers nicht. Er schlug vor, abzuwarten, wie die Entwicklung der SED

¹³⁰⁹ Vgl. Otto Reinhold an Erich Honecker, 2.5.1988, Anlage: Bericht über das 6. Treffen zwischen Gesellschaftswissenschaftlern der SED und Vertretern der Grundwertekommission der SPD, 2.5.1988 (S. 123-130), S. 124-126; 129f., SAPMO-Barch, DY 30/311 (Büro Krenz).

¹³¹⁰ Vgl. Erhard Eppler: Das Streitpapier „entgermanisieren“, ppp, 39. Jg. Nr. 83 (2.5.1988) (S. 5f.), S. 5f.

¹³¹¹ Vgl. Eppler schreibt SPD-SED-Papier Wirkung auf DDR-Konflikt zu, dpa, 8.5.1988.

¹³¹² Vgl. Eppler nennt Aussagen zur Friedenspolitik revisionsbedürftig. „Die Sätze über Deutschland bleiben bestehen“ / Die Arbeit der SPD an ihrem Grundsatzprogramm, FAZ, 3.5.1988.

weitergehe. Mehr als die „verkrampten Interpretationsversuche“ beunruhigte ihn die Verkürzung des Papiers in der öffentlichen Wahrnehmung der DDR auf das Thema Frieden, wodurch andere Themen wie die Verknüpfung des äußeren Dialogs mit dem inneren zu kurz kämen. Die Schwierigkeit sah er in der Umsetzung des Papiers nach innen. Das Verhältnis der bundesdeutschen Sozialdemokraten zu den DDR-Kommunisten habe sich durch das Papier qualitativ gewandelt, etwa indem der Streit dem Frieden in Europa untergeordnet werde. Die Aufnahme des SPD-SED-Papiers in der SPD verlief günstiger als von Eppler erwartet. Er erklärte seine geänderte Haltung, die DKP nicht vom inneren Dialog in der Bundesrepublik auszuklammern.¹³¹⁴

Er empfand es als blamabel, wie leidenschaftlich das Papier in der DDR diskutiert werde und wie wenig Bundesbürger es zur Kenntnis nähmen. Trotz seiner scharfen Kritik am Umgang mit dem Papier in der DDR wollte er keine negative Bilanz ziehen. Die Bereitschaft der SED zum Gespräch über Menschenrechte und Feindbilder sei positiv. In der evangelischen Kirche der DDR spiele das Papier eine große Rolle.¹³¹⁵

Für Eppler war das SPD-SED-Papier nur seiner Entstehung nach ein deutsch-deutsches Papier. Primär sei es aber nicht um das deutsch-deutsche Verhältnis, sondern um das Verhältnis der Systeme und Ideologien zueinander gegangen. Er unterstrich, dass ideologische Gegensätze nicht Gegenstand staatlicher Politik seien, aber gut zwischen zwei Parteien erörtert werden könnten. Durch die gegenseitige Zusicherung der Existenzberechtigung seien die gegenseitigen ideologischen Positionen relativiert worden. Die Anerkennung der beidseitigen Friedensfähigkeit war für ihn „eine revolutionäre Feststellung“, weil dadurch die bisherige Begründung zur Aufrüstung ungültig werde. Der Systemwettbewerb könne die Veränderung der Gesellschaftssysteme beschleunigen.

Es hätte keine Verwischung der Gegensätze gegeben, sondern der Streit über Grundpositionen solle Teil eines produktiven Wettbewerbs der Systeme werden. Dafür verlangte Eppler eine politische Kultur des Streits, die keine Feindbilder propagiere oder Bedrohungsängste wecke und zum kontroversen Dialog führe. Da für ihn Dialog über die Grenzen und der Dialog in den Gesellschaften unauflöslich zusammengehörten, dürfe auch die Bundesrepublik die DKP nicht grundsätzlich aus dem Dialog ausschließen.

Das Papier hatte nach seiner Ansicht in der DDR „ungeheure Hoffnungen“ geweckt und sei dort viel mehr gelesen worden als in der Bundesrepublik. Die Bereitschaft der DDR-Führung

¹³¹³ Vgl. SFB, Interview mit Erhard Eppler (SPD) über das Gemeinsame Dokument SED-SPD, 7.5.1988 (S. 23-27), S. 23-27, BStU ZAIG 24072.

¹³¹⁴ Eppler plädierte dafür, die DKP nicht aus dem inneren Dialog der Bundesrepublik auszugliedern, ohne sich gleich mit ihr zu verbrüdern. Seine „etwas geänderte Haltung“ begründete er damit, dass ihm auf seine Aufforderung an die SED zum inneren Dialog oft mit dem Umgang der SPD mit der DKP geantwortet werde. Diese Kritik sei nicht unberechtigt, wenn die SPD den gesamten Inhalt des gemeinsamen Papiers ernst nehme. Allerdings sei die DKP ein „vielfach gebeuteltes und reichlich verwirrtes Häuflein“; vgl. Eppler: DKP nicht ausgliedern, FR, 12.9.1988.

¹³¹⁵ Vgl. Interview der Woche im Deutschlandfunk mit Erhard Eppler, 11.9.1988 (6 S.), S. 1-5.

zur Friedenspolitik entspreche dem Papier, nicht aber ihre Weigerung zum Dialog nach innen. Dialog schloss für ihn eine privilegierte, machtgestützte Wahrheit aus. Wer wie bei den SPD-SED-Gesprächen nach außen kein Wahrheitsmonopol mehr geltend machen könne, solle dies auch nach innen nicht tun. Er kritisierte, dass trotz der Einigkeit beider Seiten über die Bedeutung der Ökologie für das Überleben der Menschheit in der DDR ökologische Daten geheim seien und ökologische Diskussionen als subversiv gälten.

Eppler verlangte, die Christen in beiden deutschen Staaten ernst zu nehmen. Im kritischen Engagement junger Christen liege für die DDR eine noch nicht erkannte Chance. Er konnte sich vorstellen, dass die durch die Perestroika ausgelöste Diskussion um die nationale Frage in Armenien oder im Baltikum Nachdenken und Erschrecken in der SED ausgelöst habe und die Bewegungsfreiheit nach innen hindere.¹³¹⁶

Er lehnte die Behauptung von Wolfgang Kliem von der Akademie der Gesellschaftswissenschaften der DDR ab, dass das Papier in der DDR nicht in Vergessenheit geraten sei und Christen in der DDR nicht Menschen zweiter Klasse seien.¹³¹⁷

„Ich habe den Eindruck, daß die SED als Staatspartei den Anspruch auf die Kompetenz-kompetenz in ihrer Gesellschaft erhebt, - wenn sie zum Beispiel entscheidet, daß ein Christ seine humanistischen Werte richtig anwendet, wenn er gegen die Raketen kämpft, sie aber falsch anwendet, wenn er für eine Familie eintritt, die nach Ausreiseartrag unter die Räder kam. ... Ich kann mir nicht vorstellen, daß einem Land, in dem jemand gesellschaftlich die Kompetenz-kompetenz hat und sie in Anspruch nimmt, ein wirklicher Dialog funktionieren kann.“¹³¹⁸

Die Diskussion im Dezember in Freudenberg von Politikern und Wissenschaftlern aus sechs osteuropäischen (UdSSR, CSSR, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien, DDR) und zehn westeuropäischen Ländern sowie der USA über die Auswirkungen des gemeinsamen Papiers war für Eppler ein Schritt zur Internationalisierung des Papiers. In manchen Fragen wie Menschenrechte und Pluralismus seien die Differenzen zwischen einigen kommunistischen Parteien und sozialdemokratischen Positionen geringer als die zwischen den Kommunisten Osteuropas untereinander. Die Kritik der westlichen Teilnehmer an der Verschlechterung des Dialogs in der DDR seit der Verabschiedung des gemeinsamen Papiers wies Reinhold zurück und bemängelte die Weigerung der SPD, Vertreter der kommunistischen Parteien aus Westeuropa, auch der DKP, in die Gespräche mit einzubeziehen. SPD-Vertreter unterstrichen, dass die SED die Einladung von Vertretern der Opposition aus Osteuropa

¹³¹⁶ Vgl. Eppler, Erhard, Die Bedeutung des SPD-Papiers für den Dialog zwischen den beiden Staaten und Christen in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, in: Evangelische Akademie Mülheim/Ruhr (Hrsg.), Kommission SPD und Kirchen. Kirche im Sozialismus. Kirche im pluralen Staat, 11.-12. November 1988, Mülheim/Ruhr 1989 Nr. 1 (S. 35-46), S. 35-46 (überarbeiteter Text: ders., Die Bedeutung des SPD:SED-Papiers für den Dialog zwischen den beiden Staaten und Christen in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, in: ders., Reden auf die Republik (S. 146-157)).

¹³¹⁷ Vgl. Kliem, Wolfgang, Die Bedeutung des SPD-Papiers für den Dialog zwischen den beiden Staaten und Christen in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, in: ebd. (S. 47-55), S. 47-55.

¹³¹⁸ Eppler, Erhard, Erwiderungen, in: ebd. (S. 56-59), S. 57f.

abgelehnt habe. Wenn die Partei ihre Haltung ändere, könnten auch DKP-Vertreter kommen.¹³¹⁹

Der Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der KPdSU, Juri Krassin, schlug auf der Diskussion im Dezember ein Treffen von Vertretern aller kommunistischen, sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien zum 125. Jahrestag der Gründung der „Ersten Internationale“ und des 100. Jubiläums der „Zweiten Internationale“ im folgenden Jahr vor. Eppler betrachtete diesen Hinweis auf den 100. Jahrestag der 2. Internationale, der für ihn „neu“ sei, als ein „Politikum ersten Ranges“. Er werde den sowjetischen Vorschlag im Präsidium ansprechen und erwarte, dass dort nicht über das „ob“, sondern nur um das „wie“ diskutiert werde.¹³²⁰

In der Grundwertekommission berichtete Eppler im Januar 1989, dass das Präsidium übereinstimmend die Fortsetzung des Dialogs mit den DDR-Wissenschaftlern für sinnvoll halte. Hinsichtlich der Repressionen in der DDR solle über eine öffentliche Stellungnahme der Grundwertekommission mit einer kritischen Bilanz der weiteren Entwicklung nach dem gemeinsamen Papier entschieden werden. Die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder hielt diese Stellungnahme für notwendig, weil sonst die Fortdauer der Kontakte als Legitimation für die SED wirke. Auch sei dies im Hinblick auf kritische Gruppen in der DDR und die Bewertung in der Bundesrepublik wichtig, wenn die SED die im Papier gemeinsam bezogenen Positionen in wichtigen Teilen dementiere. Doch müssten positive Fortschritte, z.B. auf dem Gebiet der Abrüstung, erwähnt und das unterschiedliche Maß an Verantwortung beider Parteien in den jeweiligen Ländern gesehen werden. Die SPD sei in viel geringerem Maße in der Pflicht als die SED. Eppler berichtete, dass die SED-Wissenschaftler den Vorschlag der Grundwertekommission für die Struktur des nächsten Gesprächs über Menschenrechte akzeptiert hätten.¹³²¹

Er war trotz aller Probleme mit der DDR der Ansicht, dass sich das gemeinsame Papier gelohnt habe. Zudem gebe es auch bei den Westdeutschen bezüglich des Friedensprozesses in Europa, etwa der Abrüstung, Probleme. Er konnte sich vorstellen, dass eines Tages in der SED das SPD-SED-Papier wieder aufgegriffen werde. Positiv sei das Verhalten der SED beim Abbau von Feindbildern, etwa in der Nationalen Volksarmee, oder bei der Abrüstung. Die Mängel des inneren Dialogs, bei dem die SED seit Mitte Oktober 1987 gegen das SPD-SED-Papiers verstoße, habe die SPD sehr deutlich angesprochen. Als großen Fortschritt bezeichnete Eppler die sehr offenen und deutlichen Gespräche mit der SED, ohne dass einer das Gespräch abbreche. Er glaubte, dass die Meinung der SPD über die Behandlung

¹³¹⁹ Vgl. KPdSU sieht „veraltete“ Gegensätze zur Soziodemokratie- Gemeinsame Veranstaltung vorgeschlagen, dpa, 16.12.1988.

¹³²⁰ Vgl. Lölhöffel, Helmut, Sowjetische Kommunisten umwerben die Sozialdemokratie. Vertreter der KPdSU regt bei Tagung in Bonn große gemeinsame Konferenz an / Erinnerung an I. und II. Internationale, FR, 17.12.1988.

¹³²¹ Vgl. Protokoll der Sitzung der Grundwertekommission, 26.1.1989 (7 S.), S. 1f., Dep. Eppler 20.

des Papiers von der SED sehr viele DDR-Bürger interessiere. Seiner Auffassung nach hatte das Politbüro die Reformen gebremst aus „Angst vor der eigenen Courage“ und vor den neuen Entwicklungen aufgrund des Papiers, den Ereignissen in der Sowjetunion und dem Honecker-Besuch in Bonn. In der SED werde hart darüber diskutiert, ob dieses Verhalten klug gewesen sei. Die SPD werde die Fortsetzung des Dialogs versuchen und mit der SED über ihre Kritik sprechen. Auch in der SED würden viele darauf spekulieren, dass nach den Wahlen in der UdSSR die Konservativen dort kaum mehr eine Chance hätten. Wenn die SED das begriffen habe, könnten dort andere Menschen mit neuen Konzepten an die Macht kommen.¹³²²

Eppler erklärte in einer Bilanz der Grundwertekommission zum Papier, dass die SPD die Fortsetzung des Dialogs befürworte und nach den Normen des Streitpapiers an der Stelle Kritik üben werde, wo sie einen ernsthaften Anlass sehe. Er kritisierte auch den Westen: die Feindbilder in der Bundesrepublik gegen „Fremde“ im eigenen Land und die Verletzung der sozialen Menschenrechte in der Bundesrepublik und anderen westlichen Staaten durch Arbeitslosigkeit oder Sozialabbau. Er entdeckte ermutigende und enttäuschende Entwicklungen in der DDR. Positiv seien die Bemühungen, die Vereinbarungen über den Abbau von Feindbildern einzuhalten und dass Kritik der Sozialdemokraten an der SED gemäß dem Streitpapier meist hingenommen oder sogar aufgenommen würde.

Negativ sei die Einengung des gesellschaftlichen Dialogs in der DDR, also die Versuche, diejenigen, die außerhalb der Staatspartei am öffentlichen Dialog über Fragen, die sie als DDR-Bürger unmittelbar beträfen, teilnehmen wollten, einzuschüchtern oder zu bestrafen, ihre Mitwirkung am innergesellschaftlichen Dialog zu behindern oder sogar zu verhindern. Dies habe die SPD schon kurz nach der Veröffentlichung des gemeinsamen Papiers mit „Unverständnis und Empörung“ zur Kenntnis genommen. Eppler bemängelte, dass westliche Zeitungen, Zeitschriften und Bücher in der DDR kaum erhältlich seien, in jüngster Zeit sogar die Verbreitung missliebiger Zeitschriften aus der Sowjetunion und Ungarn verboten würde und es nicht einmal mehr möglich sei, den Text des SPD-SED-Papiers zu erhalten. SPD und SED seien sich einig gewesen, dass die Menschen in den unterschiedlichen Gesellschaften und Systemen im freien Dialog die Erfolge und Misserfolge der Systeme beurteilen und daraus Konsequenzen für die Art, wie sie künftig leben wollten, ziehen könnten. Wer den Dialog im Innern verweigere, gefährde den nach außen.¹³²³ Eppler führte weiter aus:

„Wer Personen verhaftet und bestraft, weil sie an friedlichen Demonstrationen teilgenommen haben, wer Menschen benachteiligt, verfolgt oder bedroht, weil sie in unabhängigen gesellschaftlichen Gruppen am Dialog über sie betreffende gesellschaftliche Angelegenheiten teilnehmen, wer Ausreisewillige diskriminiert und schikaniert, wer Personen an der Einreise auf das eigene Territorium

¹³²² Vgl. Eppler, Erhard, Mitteilung für die Presse, Service der SPD für Presse, Funk, TV, 237/89 (29.3.1989) (2 S.), S. 1f., Dep. Eppler 20.

¹³²³ Vgl. Stellungnahme der Grundwertekommission beim Vorstand der SPD, Service der SPD für Presse, Funk, TV, Nr. 236/89 (29.3.1989) (6 S.), S. 1-6.

hindert, weil sie unliebsame Kritik geäußert haben, wer die Verbreitung von Zeitungen und anderen Druckmedien zur freien Urteilsbildung erschwert oder verhindert, kann nicht den Anspruch erheben

- daß er die offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme,
- die umfassende Informiertheit der Bürger in Ost und West,
- den Dialog zwischen allen gesellschaftlichen Organisationen, Institutionen, Kräften und Personen

ermöglicht und fördert. Dies aber hat das gemeinsame Papier als Norm einer politischen Streitkultur gefordert.“¹³²⁴

Reinhold bezeichnete diese Erklärung als „äußerst eigenartig“. In ihr spiele das gemeinsame Ringen um den Frieden keine Rolle mehr. Enttäuscht sei die DDR, dass die Bundesregierung und die NATO auf einseitige Abrüstungsmaßnahmen der DDR nicht konstruktiv reagierten. Die Grundwertekommission versuche eine Umwertung des Dokuments. In der Verbreitung des Papiers sei die SED der SPD voraus. Die Behauptung, dass in der DDR der Dialog mit den Bürgern immer stärker eingeengt werde, sei falsch. Die Einhaltung der Gesetze der DDR werde von der Grundwertekommission automatisch als „Einengung des Dialogs“ betrachtet. Er schlug vor, den Meinungsstreit auf einer sachlichen Basis zu führen. Die SED werde zu dem Dokument stehen und alles tun, um die sachliche Diskussion weiterzuführen. Sie wehre sich dagegen, das Dokument einseitig auszulegen oder zu Zwecken zu verwenden, die seinem Geist und seinen Zielen widersprächen.¹³²⁵

Nach Potthoffs Auffassung waren für die Sicherheitspolitiker um Bahr, die das dritte Projekt mit der SED im Juli 1989 zur strukturellen Nichtangriffsfähigkeit und Vertrauensbildung abgeschlossen hätten, und für viele andere Sozialdemokraten die „Eplers“ und „Weisskirchens“, die Repressionen in der DDR kritisierten und Kontakt zu Dissidenten suchten, bis in den Sommer 1989 Störenfriede beim „wichtigeren“ Dialog über gemeinsame Sicherheit, Reiseerleichterungen, Kooperation und Städtepartnerschaften gewesen.¹³²⁶

Nach Stasi-Berichten führte Bahr in der DDR aus, dass die in den bundesdeutschen Medien „hochgespielte Erklärung“ der Grundwertekommission zum SPD-SED-Papier nicht im SPD-Präsidium angesprochen worden sei, dieses dazu keinen Auftrag erteilt habe und er oder andere Präsidiumsmitglieder vorher nichts davon gewusst hätten. Mit der Erklärung hätten Eppler und seine Leute „offensichtlich ihren Frust“ über enttäuschte Erwartungen über innere Wirkungen des Papiers in der DDR „abgeladen.“ „Eppler spiele den Beleidigten“, da einige seiner Vorstellungen sich nicht verwirklicht hätten. Man habe ihm in den letzten Jahren wiederholt sagen müssen, dass das gemeinsame Papier nicht mehr nur seine Sache sei, sondern eine Angelegenheit von SPD und SED. Aufgrund seines historischen Werts und seiner Bedeutung über den Rahmen beider Parteien könnte das Papier bei „einzelnen Meinungsverschiedenheiten“ nicht in Frage gestellt oder, wie Eppler es 1988 geplant habe,

¹³²⁴ Ebd., S. 5f.

¹³²⁵ Vgl. Behauptungen und die Tatsachen. Prof. Otto Reinhold antwortet in einem ADN-Interview auf eine Erklärung der Grundwertekommission der SPD, ohn. Dat. (S. 137-142), S. 137-142, SAPMO-Barch, DY 30/81 (Büro Axen).

¹³²⁶ Vgl. Potthoff, Heinrich, Im Schatten der Mauer, S. 293f.

Begegnungen abgesagt werden. Man müsse über Probleme in den gegenseitigen Beziehungen reden. Bahr wollte Eplers Erklärung im Präsidium ansprechen. Er lehnte eine öffentlich ausgetragene Kontroverse ab, verstand die Reaktion der SED durch Reinholds Erklärung und begrüßte, dass das nächste gemeinsame Treffen im April von der SED nicht abgesagt worden sei.¹³²⁷

Dass das siebte Treffen zwischen SPD und SED erst ein Jahr nach dem letzten Treffen stattfand, hatte nach Eplers Aussage politische Gründe. Die SPD und auch er selbst hätten die Gespräche nicht mehr gewollt. Er habe keine Ergebnisse mehr davon erwartet. Auch die SED sei nicht „scharf“ auf ein neues Gespräch gewesen. Beide Seiten hätten etwas Zeit verstreichen lassen wollen, weil das letzte Gespräch nicht sehr erfolgreich gewesen sei. Er bewertet rückblickend die Sitzung mit der SED im April 1989 als außerordentlich unergiebig. Von der SPD habe zuerst Susanne Miller sehr selbstkritisch über die Verletzung der Menschenrechte gesprochen und sich dann ein Mitglied des ZK der SED völlig ohne jede Selbstkritik geäußert. Nach diesem Treffen habe die SPD-Seite weitere Gespräche zwecklos gefunden.¹³²⁸

Über das siebte Treffen sandte Eppler dem Präsidium einen schriftlichen Bericht, da er nicht kurz nach seinem Ausscheiden aus dem Präsidium dort wieder erscheinen wollte.¹³²⁹ Er schrieb, dass er auf dem Treffen vom 13.-15. April 1989 zum Thema Menschenrechte Reinhold gebeten habe, nicht mit den Kontroversen zu beginnen, sondern diese zum Schluss zu behandeln, wenn ohnehin über Defizite bei Menschenrechten gesprochen werde. Reinhold habe eingewilligt. Dies habe sich bewährt, weil es am Ende ein Klima für sehr direkte Gespräche gegeben habe. Es habe eine „langsame Steigerung in der Spannung“ gegeben. Wie nicht anders zu erwarten, sei die SED „wenig beweglich“ gewesen und es sei ihr sehr schwer gefallen, selbstkritisch die eigenen Defizite anzuerkennen, auch wenn die Grundwertekommission dies vorher getan habe.¹³³⁰ Weiter berichtete Eppler:

„Besonders das Referat von Max Schmidt zu diesem Thema wurde sogar von SED-Leuten als peinlich empfunden. Einziger Lichtblick war wieder Reißig. Manchmal waren die Argumente der SED so dünn, dass wir das Gefühl hatten, nicht ganz voll genommen zu werden. Diese provozierte harte Beiträge von unserer Seite. Die Unfähigkeit der SED zur Selbstkritik dürfte mit ihrer Unsicherheit im Blick auf die Zukunft zusammenhängen.“¹³³¹

¹³²⁷ Vgl. Max Schmidt an Hermann Axen, 3.4.1989, Anlage: Information über Ausführungen von Egon Bahr im Zusammenhang mit dem Meinungs austausch von Wissenschaftlern des IPW und des IFSH am 30./31.3.1989 (S. 148-153), S. 148-150, SAPMO-Barch, DY 30/311 (Büro Krenz).

¹³²⁸ So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

¹³²⁹ Vgl. Erhard Eppler an Hans-Jochen Vogel, 21.4.1989, Dep. Eppler 118. So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

¹³³⁰ Vgl. Erhard Eppler an das Präsidium der SPD. Bericht über die Gespräche der Grundwertekommission mit der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED am Scharmützelsee, 13.-15.4.1989 zum Thema Menschenrechte, 21.4.1989 (3 S.), S. 1, Dep. Eppler 118.

¹³³¹ Ebd., S. 2. Nach Miller äußerten einzelne Mitglieder der SED-Delegation erst im privaten Gespräch mit SPD-Politikern, dass sie das Referat von Max Schmidt als peinlich empfanden; vgl. Susanne Miller, Die Gespräche der Grundwertekommission der SPD, S. 360.

Eppler schrieb, dass das bescheidene Ziel der Grundwertekommission, angesichts der „Verhärtingen in der SED“ den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen, ohne sich „in der Sache etwas zu vergeben“, gelungen sei. Die Grundwertekommission habe bis zum Schluss die für die SED „unbequeme These“ durchgehalten, dass das Menschenrechtsverständnis beider Seiten in der Theorie nicht so verschieden sei, es gemeinsame Maßstäbe gebe und dass nun hierbei die Gemeinsamkeiten der Grundwertekommission mit den sowjetischen Kommunisten größer seien als mit der SED. Eppler bewertete eine Diskussion von Meyer mit Eppelmann und Schorlemmer kritisch, auch weil Eppelmann daraus ein „Medienspektakel“ mache.¹³³² Er sah folgendes Ergebnis des Gesprächs:

„In der Sache gab es wenig Neues, auch keine neuen Konsense. Aber wir bleiben im Gespräch in der Hoffnung, daß sich in der SED etwas bewegt. Zwischen unserem Programmparteitag und dem SED-Parteitag im Mai wollen wir in Freudenstadt wieder zusammenkommen. Thema dürfte Gesellschaftsbild und Strategie der beiden Parteien sein.

7. Meine Gesamteinschätzung: Der Zeitpunkt für einen gleitenden Übergang in eine offenere Gesellschaft ist seit Oktober 1987 verpaßt. Änderungen werden eher eruptiv erfolgen. Ob die SED es schafft, über den nächsten Parteitag ohne einschneidende Veränderungen hinwegzukommen, halte ich für fraglich.“¹³³³

Für die SED-Delegation war ihrem Bericht zufolge das Treffen „brisant“, da es kurz nach Epplers Erklärung der Grundwertekommission und Reinholds Antwort darauf stattgefunden hatte. Die SED-Delegation habe „unmissverständlich“ ihr „Befremden“ über das Handeln der Grundwertekommission ausgedrückt. Westliche Medien hätten die Erklärung für ihre „Anti-DDR-Kampagne“ benutzt. Das Treffen sei auch brisant gewesen, weil momentan die Menschenrechte „besonders im Zentrum der ideologischen Klassenauseinandersetzung“ stünden. Ziele der SED-Delegation seien gewesen, „offensiv“ die Menschenrechtspolitik der SED darzulegen, Gemeinsamkeiten und Gegensätze zwischen SPD und SED herauszuarbeiten und die Auseinandersetzung und Kooperation über Menschenrechte konstruktiv für Frieden, Entspannung und politische Vertrauensbildung in den Ost-West-Beziehungen zu nutzen. Die SPD-Delegation habe das „sachliche, schöpferisch-konstruktive und offensive“ Auftreten der SED-Delegation akzeptieren müssen. Gegensätzliche Positionen hätten beide Seiten ohne Beeinträchtigung der „sachlichen Atmosphäre“ deutlich ausgesprochen. Ausnahme sei Strasser gewesen.

Auch die SPD-Delegation bemühte sich dem Bericht nach um eine sachliche Diskussion. Eppler habe eingeräumt, dass die SPD unter dem Druck der bundesdeutschen Öffentlichkeit stehe, was die SED als „Rechtfertigung“ für die „öffentliche Polemik“ der SPD-Vertreter gegen sie wertete. Trotz „deutlich unterschiedlicher Positionen“ wollten beide Seiten wegen der ideologischen Auseinandersetzung um die Menschenrechte die Konfrontation zwischen beiden Systemen nicht verstärken, sondern daraus Impulse für Entspannung und politisches

¹³³² Vgl. ebd., S. 2f.

Vertrauen entstehen lassen. Einigkeit bestehe darin, dass Friedenssicherung absolute Voraussetzung für die Realisierung aller anderen Menschenrechte sei. Unterschiede gebe es beim Verständnis der gesellschaftlichen Garantien der Menschenrechte. Es gehe nun um die Anerkennung der Menschenrechtsfähigkeit beider Systeme.

Die Einschätzung u.a. von Eppler, dass „das Haupthindernis für eine effizientere Menschenrechtsverwirklichung in der DDR“ das von der SED „angeblich beanspruchte ‚Wahrheits- und Entscheidungsmonopol‘“ sei, habe die SED-Delegation zurückgewiesen. Außerdem habe sie einige „klischeehafte Auffassungen“, etwa das nicht existierende Mitspracherecht eines Christen in der DDR, entkräftet. Die „Führungsrolle“ der marxistisch-leninistischen Partei in der sozialistischen Gesellschaft bleibe ein Hauptpunkt verschiedener Positionen beider Seiten. Die SPD halte die Entwicklung einer politischen Opposition, zumindest aber von Parteifractionen und Meinungspluralismus, als unabdingbar für die Menschenrechtsverwirklichung. Diesen Versuch, die Menschenrechtsentwicklung und die Demokratie im Sozialismus „nur nach bürgerlichen Maßstäben“ zu messen und die „Spezifik der sozialistischen Gesellschaft zu negieren“, habe die SED-Delegation „scharf“ zurückgewiesen, ebenso die anderen Kritikpunkte der SPD. Beispielhaft für die DDR fanden die SPD-Vertreter die „Offenheit“ in der UdSSR. Ihre Meinung eines „Auseinandertrifftens“ (sic!) von UdSSR und DDR sei entkräftet worden. Trotz „gravierender unterschiedlicher Auffassungen und streitbarer Diskussion“ hätten beide Seiten das Treffen positiv bewertet. Eppler habe betont, dass man aufgrund der erreichten Qualität der Beziehungen auch „Belastungen besser bewältigen könne.“ Wegen dem offensiven Auftreten der SED-Delegation habe die SPD nicht „als Lehrmeister in Menschenrechtsfragen“ auftreten können. Beim darauffolgenden Treffen solle über Probleme der Gesellschaftskonzeption und des Gesellschaftsbildes diskutiert werden.¹³³⁴

Reinholds Bericht bezeichnete Miller als „wahrheitswidrig“, denn bei dem Treffen sei es mehr und mehr zu Konfrontationen gekommen. Eppler habe nach dem Treffen eine Fortsetzung der Gespräche für wenig sinnvoll gehalten. Unterstützt worden sei er durch Meyers Bericht über seinen Diskussionsabend in der Ostberliner Samariterkirche. Die Grundwertekommission habe beschlossen, erst im Dezember 1989 über eine Fortsetzung der Gespräche mit der SED-Delegation zu entscheiden. Dies sei durch die Ereignisse im Herbst 1989 überflüssig geworden.¹³³⁵

¹³³³ Ebd., S. 2f.

¹³³⁴ Vgl. Information über das Treffen von Vertretern der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD vom 13.4. bis 15.4.1989 im Gästehaus „Karl Liebknecht“ in Wendisch-Rietz, 17.4.1989, (S. 56-63), S. 56-63, SAPMO-Barch, DY 30/81 (Büro Axen).

¹³³⁵ Vgl. Miller, Susanne, Die Gespräche der Grundwertekommission, S. 359-361.

Nach Eplers Ansicht war das Treffen besser als erwartet verlaufen. Die SPD habe ihre Kritik aus der Stellungnahme vom März offen angesprochen, die Reinhold allerdings zurückgewiesen habe.¹³³⁶

Eppler bemerkte „schlimme Defizite“ in der DDR bei individuellen Menschenrechten, räumte aber Defizite in der Bundesrepublik beim Recht auf Arbeit ein. Er kritisierte, dass unabhängige Gruppen in der DDR nicht zu den Kommunalwahlen kandidieren und bundesdeutsche Zeitungen in der DDR nicht erscheinen könnten sowie die Situation an der deutsch-deutschen Grenze. Er fand die Antworten der SED-Politiker auf die Fragen der SPD nicht ausreichend, lobte aber den beginnenden Demokratisierungsprozess in der DDR.¹³³⁷

Andere vertraten die Ansicht, dass die Hoffnungen der Kirche und der Friedens- und Umweltgruppen auf den Dialog sich nicht erfüllt hätten. Die SED messe dem SPD-SED-Papier nur selektiv Bedeutung bei und es gebe kaum Öffnungen der SED. Das Dokument passe genau in die kurze Liberalisierungsphase vor dem Honecker-Besuch in Bonn im September 1987 und habe sich mit Gorbatschows neuer Dialogpolitik gedeckt. Es biete einen stabilisierenden Rahmen für die Beziehungen beider Parteien, legitimiere aber auch reform- und dialogwillige Kräfte in der SED, bestärke das gesellschaftspolitische Engagement der Kirchen und sei eine Berufungsgrundlage für Gruppierungen, die sich kritisch mit der DDR befassten.¹³³⁸

In der SPD wurde das Papier kontrovers diskutiert. Einige glaubten, dass sich viele Oppositionelle in der DDR auf die im SPD-SED-Papier festgelegte freie Diskussion und den Wettbewerb von Ideen berufen hätten, um ihren Vorstellungen Nachdruck zu verleihen.¹³³⁹

Annemarie Renger hielt in ihren Erinnerungen Eppler für den eigentlichen Initiator des SPD-SED-Papiers. Sie kritisierte, dass das Papier lange unter Ausschluss der Parteiöffentlichkeit in der Grundwertekommission behandelt worden sei und die Parteiöffentlichkeit es erst als veröffentlichtes abgeschlossenes Papier gesehen habe. Auch wenn es eine Absicht des Papiers gewesen sei, der Opposition innerhalb und außerhalb der SED eine Berufungsgrundlage gegenüber der Staatsmacht zu geben, betrachtete sie das Papier als Abschied von der Hoffnung auf die künftige Einheit Deutschlands und als Anerkennung des SED-Weges zu einem „eigenen Sozialismus.“ Für Renger war die Gleichstellung beider Systeme und die Anerkennung der Daseinsberechtigung des kommunistischen Systems, in dem die Bürger weder demokratische Grundrechte noch individuelle Freiheiten gehabt hätten, unerlaubt und eine „grobe irreführende Verunglimpfung“ der bundesdeutschen

¹³³⁶ Vgl. Eppler: Zum Thema Schüsse „keine entsprechende Antwort“, dpa, 15.4.1989.

¹³³⁷ Vgl. SPD und SED uneinig über Menschenrechte. Beide Seiten halten einander mangelhafte Verwirklichung vor, SZ, 17.4.1989.

¹³³⁸ Rosenthal, Rüdiger, Bilanz des Dialogs. Wie gehen Kirche und Gruppen mit dem SED/SPD-Dokument um?, in: Kirche im Sozialismus. Zeitschrift zu Entwicklungen in der DDR, Nr. 3 Juni 1989 (15. Jg.) (S. 101-104), S. 101f., Dep. Eppler 18.

¹³³⁹ Vgl. Miller, Susanne/Potthoff, Heinrich, Kleine Geschichte der SPD, S. 277.

Gesellschaftsordnung.¹³⁴⁰ Schon bei der Veröffentlichung des SPD-SED-Papiers 1987 hatte die damalige Bundestags-Vizepräsidentin eine „klare Interpretation“ des Parteivorstands gefordert und für eine gründliche Prüfung des Papiers plädiert.¹³⁴¹

Egon Bahr glaubte, dass sich Oppositionelle in der DDR u.a. durch die Berufung auf das Papier ein Stück Bewegungsfreiheit verschafft hätten und wies auf die große Nachfrage nach dem SPD-SED-Papier in der DDR hin.¹³⁴² Johannes Rau verteidigte im Rückblick die Gespräche der SPD mit der SED und bewertete die Dialogbereitschaft der SPD als eine Fortsetzung der Entspannungspolitik. Er fand es wichtig, dass die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz 1987 das SED-SPD-Papier begrüßt habe.¹³⁴³ Er äußerte sich 1988 zum SPD-SED-Papier positiv:

„Viele Menschen, das weiß ich aus Gesprächen mit Christen und mit staatlich Verantwortlichen in der DDR, haben dieses Papier nach seiner Veröffentlichung im Neuen Deutschland für ein Signal, ja für ein Fanal der Hoffnung auf neue und bessere politische Kultur innerhalb der Staaten und zwischen den Staaten gehalten. Sie sind auf vielfache Weise in diesem Jahr 1988 zu der Frage gekommen, ob wir wohl die Kraft haben, es durchzuhalten. Entscheidendes hängt davon ab, ob es ein Papier für Schönwetterphasen ist, oder ob es gelingt, auch angesichts der vielfachen Fragen, die junge Menschen uns stellen, das, was in diesem Papier neu und, wie ich finde, befreiend gesagt worden ist, als Antwort füreinander aufzunehmen.“¹³⁴⁴

Stephan Hilsberg sah kaum einen praktischen Nutzen des gemeinsamen Papiers, eher einen Schaden. Er lobte allerdings, dass Eppler das endgültige „Abkippen“ der DDR wahrgenommen und die SPD rechtzeitig gewarnt habe.¹³⁴⁵

Nach Vogels Umfrage unter 15 Bürgerrechtlern (u.a. Richard Schröder, Friedrich Schorlemmer, Probst Falke) war für 13 die Möglichkeit, sich damals auf das SPD-SED-Papier zu beziehen und es der SED vorzuhalten, ein wichtiger Pluspunkt. Vogel hatte das Papier trotz „gewisser Probleme“ bejaht, da er die Gefahr für die SED, sich an den Gedanken der Freiheit und Demokratie anzustecken, für größer gehalten hatte als die umgekehrte Ansteckungsgefahr. Seiner Meinung nach hatte das gemeinsame Papier mit zum unblutigen Übergang beigetragen.¹³⁴⁶

So versuchte nach Millers Darstellung besonders der Parteivorsitzende Vogel bei der Ablehnung des Papiers durch den SPD-Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge der SBZ/DDR, von der Berechtigung des Papiers zu überzeugen. Miller betonte, dass die SPD-Seite nie Rechtfertigungen der SED-Gesprächspartner zu Verstößen gegen die Freiheit und Würde der Menschen mit der Notwendigkeit des Friedenserhalts hingenommen habe und

¹³⁴⁰ Vgl. Renger, Annemarie, Ein politisches Leben, S. 232f.

¹³⁴¹ Vgl. Frau Renger besorgt über die „Gefahr einer Irritation“. Das SPD/SED-Dokument / Heftige Kritik Geißlers und Tandlers, FAZ, 31.8.1987.

¹³⁴² Vgl. Bahr, Egon, Zu meiner Zeit, S. 555, S. 571.

¹³⁴³ Vgl. Kleine, Rolf/Spruck, Matthias, Johannes Rau, S. 60.

¹³⁴⁴ Rau, Johannes, Folgerungen, in: Evangelische Akademie Mülheim/Ruhr (Hrsg.), Kirche im Sozialismus (S. 24-27), S. 27f.

¹³⁴⁵ Vgl. Hilsberg, Stephan, ohne Titel, in: Dowe, Dieter, Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Opposition 1982-1984 (S. 67-73), S. 73.

nannte unter anderem Eppler, der auf die Unterdrückung der Kirchen in der DDR hingewiesen habe. Den Vorwurf des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Dieter Haack, dass Eppler die Friedenssicherung allen anderen Werten übergeordnet habe, fand sie ungerecht. Er lasse sich auch durch den Text des Papiers nicht belegen.¹³⁴⁷

„Das Papier war eine Offensive, um die Akzeptanz demokratischer Normen von Freiheit und Menschenwürde im Herrschaftsbereich der Kommunisten zu erreichen. Die Chance dazu war durch die gemeinsamen Gespräche eröffnet worden, so schien es uns. Daß der Versuch gemacht wurde, sie zu nutzen, war das Verdienst der Grundwertekommission, vor allem Erhard Epplers und Thomas Meyers.“¹³⁴⁸

Der Schriftsteller Erich Loest verarbeitete Epplers Tätigkeit in der DDR literarisch:

„An der Rennbahn waren sie sofort im Gewühl. Eppler habe gesprochen, nicht konkret genug, aber woher sollte er die Lage genau kennen. ... Es sei ein guter, nützlicher Kirchentag, davon lasse er sich nicht abbringen, weil sie den Eppler hatten reinlassen *müssen*, obwohl er im SPD-Vorstand sei, das wirke einfach super. Eppler habe auch mit der SED gekungelt, widersprach ein Mädchen, und Claudia bat, gefälligst nicht so laut zu quatschen.“¹³⁴⁹

¹³⁴⁶ Vgl. Vogel, Hans-Jochen, Statement zum Referat von Egon Bahr, in: ebd. (S. 41-47), S. 41-46.

¹³⁴⁷ Vgl. Miller, Susanne, Die Gespräche der Grundwertekommission der SPD, S. 358, S. 363f.

¹³⁴⁸ Ebd., S. 367.

¹³⁴⁹ Loest, Erich, Nikolaikirche, München 1998³, S. 430f.

4. Die deutsche Einheit und Epplers Reaktionen darauf

Ein Problem auch innerhalb der SPD waren die unterschiedlichen Reaktionen zur deutschen Einheit. Eppler sah hierbei bei den verschiedenen Generationen der Bundesdeutschen unterschiedliche Gefühle. Seiner Meinung nach war für seine Generation die Sozialdemokratie noch die eigentliche Partei der deutschen Einheit. Dies sei auch einer seiner Gründe zum Beitritt in die SPD 1956 gewesen. Für die nach dem Krieg Geborenen sei hingegen die deutsche Teilung ein „Normalzustand“. Eppler kritisierte in diesem Zusammenhang das mangelnde Demokratieverständnis der Linken, denn gerade Linksintellektuelle hätten immer gefordert, dass das Volk selbst seine Zukunft wählen solle und wären, wo dies in der DDR geschehe, nicht bereit, deren Wahl anzuerkennen.¹³⁵⁰

Er beschäftigte sich nicht nur mit den deutsch-deutschen Beziehungen, sondern auch mit der Eingliederung des Ostblocks in Europa und in den letzten Jahren immer stärker mit der Definition von Krieg und Gewalt. Darüber hinaus setzte er sich nach der deutschen Wiedervereinigung mit Fehlern dieses Prozesses und dem SPD-SED-Papier auseinander.

In seiner Rede zum 17. Juni 1989 bemerkte Eppler als einer der ersten, dass der Wunsch vieler DDR-Bürger nach der deutschen Einheit wuchs und der SED-Staat zusammenbrechen könnte. Für ihn gab es die Möglichkeit, dass vor der europäischen Einigung die deutsche Einheit wahrscheinlich werde, obwohl die bundesrepublikanische Deutschlandpolitik bisher von der umgekehrten Reihenfolge ausgegangen war, nämlich dass vor der deutschen die europäische Einigung nötig sei. Er bemängelte außerdem das Fehlen einer gesamtdeutschen Utopie und dass die deutsche Wiedervereinigung als Aufgabe der Verwaltung, nicht als die der Politik verstanden worden sei.

WAS IST VON EPPLER ZU ERWARTEN? (1989/1990)

Eppler war in den Jahren 1989/90 offen für die deutsche Einheit, forderte sie aber nicht, denn dies war seiner Auffassung nach die Entscheidung der DDR-Bürger. 1990 schlug er eine föderalistische Lösung für beide deutsche Staaten vor, also eine langsame Annäherung der DDR an die Bundesrepublik. Wichtig war ihm die Verwirklichung des politischen Willens der DDR-Bürger, besonders der Revolutionäre in der DDR. Er erkannte 1990, dass der mehrheitliche Wille der DDR-Bürger kein neuer Sozialismus in der DDR, sondern die Einheit mit der Bundesrepublik sei.

Der Umbruch war für ihn ein politischer Vorgang. Mit der Frage einer schnellen Angliederung der DDR an die Bundesrepublik aufgrund des wirtschaftlichen Bankrotts der DDR – sofern er damals schon bekannt war –, beschäftigte er sich kaum.

Eppler sprach am 17. Juni 1989 im Deutschen Bundestag zum Tag der Deutschen Einheit. Die Union war gegen seine Nominierung für diese Rede und wünschte sich einen weniger

polarisierenden Redner.¹³⁵¹ Es wurde sogar mit dem Fernbleiben einiger CDU/CSU-Abgeordneter von der Veranstaltung aus Protest gegen Epplers deutschlandpolitischen Kurs gerechnet.¹³⁵² Auch in der WELT wurde seine Nominierung abgelehnt:

„Was ist von Eppler zu erwarten? Etwa ein eindeutiges Bekenntnis zu Freiheit, Selbstbestimmung, Wiedervereinigung? Eppler ist der SPD-Federführer des SPD-SED-Papiers vom August 1987. Es ist die erste gemeinsame Erklärung einer der Demokratie verpflichteten Partei mit einer der Unterdrückung verpflichteten Partei.“¹³⁵³

Dass Eppler in seiner Rede genau das Gegenteil tat und nicht polarisierte, sondern sich für einen deutschlandpolitischen Konsens einsetzte, wurde von allen Fraktionen gewürdigt,¹³⁵⁴ auch von Bundeskanzler Helmut Kohl und CSU-Landesgruppenchef Wolfgang Bötsch.¹³⁵⁵ Johannes Rau dankte ihm für die „große Rede“, die Wirklichkeit beschrieben und verändert habe¹³⁵⁶ und Hans-Jochen Vogel im Namen des SPD-Präsidiums und des Geschäftsführenden Vorstands der Bundestagsfraktion.¹³⁵⁷

„In dieser Rede hast Du aus sozialdemokratischer Sicht die geschichtliche Entwicklung der deutschen Frage ebenso eindrucksvoll und überzeugend dargestellt wie die Voraussetzungen möglicher Antworten auf diese Frage in der Zukunft. Es spricht für die Tiefe und Eindringlichkeit Deiner Analyse und Deiner Argumentation, daß Du für Deine Darlegungen nicht nur die Zustimmung Deiner politischen Freundinnen und Freunde, sondern des gesamten Bundestags gefunden hast. Nach dieser Rede darf die deutschlandpolitische Auseinandersetzung nicht mehr auf das Niveau kleinlicher Rechthaberei und wechselseitiger Vorwürfe zurückfallen. Sie muß sich vielmehr auf das Wesentliche konzentrieren und an Deinen Gedankengängen orientieren.“¹³⁵⁸

Bahr kritisierte Epplers Rede, denn die DDR-Bürger bräuchten Unterstützung und kein „Gerede über die deutsche Frage“. Auch habe Eppler so gewirkt, als wolle er nicht mehr mit der DDR reden.¹³⁵⁹

Eppler plädierte am 17. Juni im Deutschen Bundestag für einen deutschlandpolitischen Konsens aller Parteien. Er erklärte, dass er gern ein Thema wieder aufgreife, das ihn vor vierzig Jahren in die Politik getrieben habe und nun „verbindliches Reden“ verlange. Er glaubte, dass die „Angstträume“ der deutschen Nachbarn mit deutschen Hoffnungen nichts gemeinsam hätten. Die Deutschen wollten kein vom Westen abgewandtes Gesamtdeutschland, das die europäische Bindung ablehne und mit der Sowjetunion die ökonomische Hegemonie in Zentral- und Osteuropa erstrebe.

¹³⁵⁰ Vgl. Eppler: „Wir sollten nicht Modellen nachtrauern“, Tages-Anzeiger, 24.7.1990.

¹³⁵¹ Vgl. Ulrich Reitz, Widerstand in der Union gegen SPD-Politiker Eppler als Festredner. Lintner: Sozialdemokrat passt nicht zur Feierstunde des 17. Juni. Kritik an Dregger, Welt, 18.5.1989.

¹³⁵² Vgl. Eghard Mörbitz, Feierstunde vor leeren Stühlen? Union sieht am 17. Juni „Präsenzprobleme“ wegen Eppler, FR, 18.5.1989.

¹³⁵³ Enno v. Loewenstern, Eppler und die Freiheit, Welt, 18.5.1989.

¹³⁵⁴ Vgl. Eppler weist Weg zu neuem Konsens – Wochenendzusammenfassung, AP, 18.6.1989.

¹³⁵⁵ Vgl. Bonn: „Eine sehr bemerkenswerte Rede.“ „Aus den Müllhalden deutschlandpolitischer Argumente, AP, 17.6.1989.

¹³⁵⁶ Vgl. Johannes Rau an Erhard Eppler, 17.6.1989, Dep. Eppler 118.

¹³⁵⁷ Vgl. Hans-Jochen Vogel an Erhard Eppler, 19.6.1989, Dep. Eppler 118.

¹³⁵⁸ Ebd.

¹³⁵⁹ Vgl. Merseburger, Peter, Willy Brandt, S. 828.

Nach Eplers Ansicht wurden Ende der achtziger Jahre überall die ideologischen Bindungen gelockert und nationale Bindekräfte und Antriebskräfte stärker. Auch wenn es seiner Überzeugung nach angesichts der Umweltschutzprobleme wichtigeres als nationale Wünsche gab, konnte seiner Auffassung nach nur ein menschenwürdiges Überleben aller erreicht werden, wenn die ganze Wirklichkeit, also auch nationale Realitäten, betrachtet werde. Er warnte vor den Folgen eines emotionalen Vakuums, wenn nationale Identifikation verweigert werde. Positiv war für ihn, dass die nationale Identifikation sich nicht mehr notwendig am Nationalstaat festmache und vielleicht die europäischen Nationalstaaten von der Europäischen Gemeinschaft und von unten, den regionalen Traditionen, erodierten.

Die Definition, dass zur Nation gehöre, wer sich dazu bekenne, galt nach Eplers Einschätzung auch für die Deutschen. Er sah ein stärkeres Zusammengehörigkeitsgefühl in der DDR als in der Bundesrepublik. Er unterstrich, dass die „Statik des europäischen Hauses“ vom Wunsch der Slowenen, Serben oder Kroaten auf einen eigenen Staat nicht berührt werde, allerdings von der „hässlichen Wand aus Eisen und Beton“ durch Deutschland. Deshalb interessiere die Zukunft Deutschlands alle Europäer. Die deutschen Nachbarn müssten zur Kenntnis nehmen, dass die Deutschen noch immer zusammen kommen wollten und die Deutschen, dass wesentlich mehr Europäer an der Teilung Deutschlands festhalten wollten, als es europäische Sympathisanten mit dem System der DDR gebe.

Dass es trotzdem bei der Führung der DDR Existenzangst gebe, war für Eppler verständlich, denn im Gegensatz zu den alten Staaten Polen oder Ungarn werde die Existenz der DDR mit den sozialen und ideologischen Kategorien der Staatspartei begründet. Perestroika in der DDR, die dem „Sog des größeren, reicheren, freieren deutschen Staates“ ausgesetzt sei, sei daher gefährlicher als anderswo. Dennoch hielt er sie für nötig.

Die deutschen Nachbarn rätselten nach seiner Meinung über die Vorstellungen der Deutschen, weil diese bisher nicht präzise genug gesagt hätten, was in Deutschland geschehe, wenn der Eisernen Vorhang schneller als erwartet „durchroste“. Er bemerkte hier zwischen den politischen Kräften des Deutschen Bundestages in der Deutschlandpolitik mehr Konsens als Kontroverse. Er führte die Punkte auf, in denen es Konsens gebe:

Die Deutschen hätten wie alle Völker ein Recht auf Selbstbestimmung, das auch nicht durch die Taten Deutscher in der Vergangenheit verwirkt sei. Dieses Recht ordneten sie den Erfordernissen des Friedens unter, die Priorität hätten. Was die Deutschen näher bringe, müsse den Frieden in Europa fördern und nicht gefährden. Sie betrieben Deutschlandpolitik in europäischer Verantwortung, was einen deutschen Sonderweg ausschließe. Das Thema Neutralität sei erledigt und die Zeiten nationaler Machtpolitik in Europa seien für die Deutschen zu Ende. Die Priorität der Freiheit vor der Einheit heiße auch, dass die Bundesrepublik mehr freie Entfaltung für die Menschen in der DDR begrüße, auch wenn dies deren Loyalität zur DDR stärke und die DDR stabilisiere. Die Bundesrepublik sei ein westliches

Land. Die Geschichte haben den Deutschen keine besondere Mission verliehen. Beide Blöcke seien für sie als Mitteleuropäer nur ein zeitweise notwendiges Übel. Die NATO sei gegründet worden, damit vor allem die Westeuropäer nach ihren Vorstellungen leben könnten. Die Überwindung der Blöcke, die dies sicherstelle, sei für die Deutschen daher die Rückkehr zur europäischen Normalität. Wenn beide Teile Europas zusammenwachsen würden, müssten dies auch beide Teile Deutschlands und zwar so, dass das Zusammenwachsen Europas dadurch nicht blockiert werde.

Eppler sah einen möglichen Grund dafür, dass es trotz dieses politischen Konsens das „Gespenst eines hegemoniesüchtigen deutschen Nationalstaats“ gebe, im Abstand zwischen Grundsatzserklärungen und praktischer Politik. Denn viele Europäer hätten nicht gedacht, dass aus den deutschen Äußerungen politische Realität werde.

Er verstand, dass für einige Mitglieder des Bundestages aufgrund der europäischen Friedensverantwortung das Thema deutsche Einheit endgültig erledigt sei. Er teilte diese Haltung nicht, auch weil er der Auffassung war, dass gerade diejenigen, die in Ost und West mit einem Verzicht auf deutsche Einheit beruhigt werden sollten, dies den Deutschen nicht glauben würden. Das Thema Deutschland konnte für ihn wegen der Existenz der Deutschen nicht verhindert werden.

Wichtig war Eppler, wie und mit welcher Sprache die Deutschen das Thema Deutschland ansprechen. Da die deutschen Nachbarn beim Begriff Wiedervereinigung vor allem das „Wieder“ hörten, müssten die Deutschen deutlich machen, dass sie nichts Vergangenes restaurieren, sondern Neues mit ihren Nachbarn schaffen wollten. Problematisch am Begriff „Deutsche Frage“ sei die Unterstellung, es gebe eine Lösung für diese Frage. Doch für Eppler gab es nur Zwischenantworten. Je enger Europa zusammenwachsen und je mehr die Nationalstaaten in Europa aufgelöst würden, desto mehr veränderten sich die Antworten auf die „Deutsche Frage.“ Er verstand die im Grundgesetz geforderte Einheit nicht notwendig als einen zu erreichenden Endzustand, sondern eher als Prozess. Man müsse auf die Richtung des Prozesses einwirken, damit beim Näherkommen beider Teile Europas auch beide Teile Deutschlands zusammenrückten. Nach seiner Einschätzung kamen die Deutschen um so rascher zusammen, je weniger sie sich selbst thematisierten und je mehr sie gemeinsam Impulse für den Frieden geben und sich für die Bewahrung der Schöpfung und die Dritte Welt einsetzten. Die „Deutsche Frage“ war für ihn so offen wie alle Geschichte.

Die Zukunft der DDR war für Eppler unberechenbar. Auch wenn das „DDR-Bewußtsein“ vieler DDR-Bürger kleiner werde, hoffe dort eine Mehrheit nicht auf das Ende, sondern auf die Reform ihres Staates. Wenn sich die SED-Führung allerdings weiter in „realitätsblinder Selbstgefälligkeit“ übe, könnte sich diese Situation bald ändern. Viele Bürger empfänden inzwischen vieles, etwa die Kommunalwahlen in der DDR, als Provokation. Die SED bewege sich auf dem „dünnen und schmelzenden Eis des Kalten Krieges“. Wenn sie sich nicht be-

wege, werde sie dem „kalten Wasser nicht entkommen.“ Aufgrund dieser Situation überlebte die DDR nach Eplers Meinung auf Dauer nur, wenn sie eine Funktion erfülle, die ihren Bürgern einleuchte und den übrigen Europäern zumindest interessant erscheine. Er verlangte von der SED wieder die Aufgabe des Monopols auf Macht und auf Wahrheit, den Dialog mit den eigenen Bürgern und damit den Verzicht auf jede privilegierte Staatsdoktrin. Er war bereit, die Forderungen des SPD-SED-Papiers für Gesellschaftssysteme, die sich gegenseitig Existenzberechtigung, Reformfähigkeit und Friedensfähigkeit zugestehen müssten, auf beide deutsche Staaten auszudehnen. Allerdings könne dabei auch keine Seite die andere daran hindern, sich selbst zugrunde zu richten. Auch die Vereinbarung des gemeinsamen Papiers über die Reformfähigkeit, nicht die Abschaffung der Gesellschaftssysteme, wollte er auf beide deutsche Staaten beziehen, jedoch ohne Zuversicht bezüglich der gegenwärtigen SED. Eppler betonte, dass er sich nicht in die inneren Angelegenheiten der DDR einmischen wolle, sondern sein Ziel sei, dass die Bürger der DDR dies könnten.¹³⁶⁰ Er bewertete die SED so:

„Was in der Deutschen Demokratischen Republik zu leisten ist, wenn sie in einem veränderten Europa die Loyalität ihrer Bürgerinnen und Bürger und den Respekt ihrer Nachbarn gewinnen soll, dürfte die Generation der 75jährigen überfordern, die um ihr Lebenswerk bangt, auch wohl die der 60jährigen, die nicht mehr vom Widerstand gegen Hitler, sondern vom begeisterten Gehorsam gegenüber Stalin geprägt wurde.“¹³⁶¹

Auch im Verhältnis zu ihren Verbündeten spürte die Bundesrepublik nach Eplers Ansicht das Ende des Kalten Kriegs. Damit es für die Bundesregierungen der neunziger Jahre leichter werde, die deutschen Wünsche in Einklang zu bringen mit den widerstreitenden Interessen zweier Weltmächte sowie der Europäer in Ost und West, plädierte er für die Entsorgung des „Gifts“ deutschlandpolitischer Argumente. Er erklärte, dass er nach wie vor zu seinem Wirken in der GVP und dem damaligen Argument, Adenauers Politik verspiele die deutsche Einheit zumindest für dieses Jahrhundert, stehe. Dennoch hatte er nun wesentlich mehr Verständnis für Adenauers Motive, Geschichtsbild und Vision. Auch wenn er dessen Grundentscheidung nach wie vor nicht für die einzig mögliche und denkbar beste halte, sei sie geschichtlich legitim, vor der deutschen und europäischen Geschichte verantwortbar und habe trotz der Spaltung eine erfolgreiche Epoche bundesdeutscher Geschichte eingeleitet. Er verlangte von der CDU/CSU wieder dazu zu stehen, dass Adenauer die Integration der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungssystem wichtiger gefunden habe als ein bestenfalls parlamentarisch-demokratisches, aber bündnisfreies Gesamtdeutschland, wie es in der Stalin-Note angeboten worden sei. Sie solle hinzufügen, dass Brandts Ostpolitik eine legitime Form deutscher Friedenspolitik gewesen sei, die Brandt glaubte, im Interesse der

¹³⁶⁰ Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 11. Wahlperiode. Stenographische Berichte, Gedenkstunde, 17.6.1989, Bonn 1987-1990 (S. 11296-11301), S. 11296-11300 (vgl. gleicher Text: Eppler, Erhard, Reden auf die Republik (S. 31-46)).

¹³⁶¹ Ebd., S. 11300.

Deutschen auch aus Adenauers Grundentscheidungen ziehen zu müssen. Wenn beide Seiten sich nicht die Richtigkeit, aber die uneingeschränkte Legitimität ihrer Politik bescheinigten, könnten sie den Streit um die Ernsthaftigkeit der sowjetischen Absichten den Historikern überlassen. Nach solch einer „Entgiftung der Deutschlandpolitik“ könnten die Parteien gemeinsam sagen, dass weder Adenauer die deutsche Einheit noch Brandt die deutschen Ostgebiete „verraten“ habe. Die Bundesrepublik mache sich mit einer Diskussion, wer die deutsche Einheit oder Europa verraten habe, nach außen handlungsunfähig und unterstütze nach innen die, die nach „Verrätern“ suchten. Nach Epplers Überzeugung wurde die deutsche Politik um so souveräner, je weniger sie den souveränen Nationalstaat brauche, um die Einheit der Deutschen darzustellen und zu festigen.¹³⁶²

Eppler kritisierte im Herbst 1989, dass trotz des Beifalls der Union auf seine Rede vom 17. Juni, die SPD nun in die Nähe der SED gerückt und damit der geschaffene deutschlandpolitische Konsens beendet werde. Er schlug der CDU vor, das Gespräch zwischen den Parteien beim Konsens seiner Rede vom 17. Juni wieder aufzunehmen. Die Äußerungen des Generalsekretärs der CDU, Volker Rühle, dass „die verruchte SPD“ nur zur SED Kontakt gehabt habe, während „die tugendhafte CDU“ nur mit der Opposition geredet habe, seien falsch. Eppler ging davon aus, dass nur wenige in der DDR die Fototermine von CDU-Abgeordneten mit Pfarrer Eppelmann als hilfreiche Deutschlandpolitik verstanden hätten, denn diese hätten auf bundesdeutsche Wähler statt auf die Reformkräfte in der DDR gezielt. Er lehnte Rühles Forderung an die SPD zur Aufkündigung des SPD-SED-Papiers ab. Er war der Auffassung, dass in der DDR kein Kirchenführer Rühles Ansicht sei. Das SPD-SED-Papier sei, auch wenn sich die SED vielen Abmachungen verweigere, für alle innerhalb und außerhalb der SED, die eine reformierte DDR wollten, ein Ansatzpunkt, den sie nicht aufgeben würden. Die SED würde es begrüßen, wenn die SPD Rühles Rat befolge.

Eppler betonte, dass er niemals Verantwortung für das SPD-SED-Papier übernommen hätte, ohne vorher mehrfach die Meinung der DDR-Kirchen einzuholen¹³⁶³, die ihn immer wieder ermutigt hätten, weiterzumachen. Seine Rede am 17. Juni habe vorher der Erfurter Probst Heino Falcke¹³⁶⁴ gelesen. Er beschrieb, dass er auf den DDR-Kirchentagen der letzten Jahre keinen einzigen Christen der Union getroffen habe, aber viele Sozialdemokraten. Oft sei in Gesprächen mit Kirchenvertretern der DDR, nachdem Richard von Weizsäcker Bundespräsident geworden sei, über einen „ausreichend informierten und sen-

¹³⁶² Vgl. ebd., S. 11300f.

¹³⁶³ Vgl. auch Eppler, Erhard, In jedem Fall eine föderalistische Lösung. Gespräch mit Erhard Eppler über den Umsturz in der DDR und die Wiedervereinigung (20. November 1989), in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1989 Nr. 12 (S. 740-746), S. 741. Eppler nennt rückblickend Stolpe und Falcke, die das SPD-SED-Papier gelesen hätten. So Erhard Eppler in einem Interview mit der Verfasserin am 28.11.2001.

¹³⁶⁴ Vgl. Protokoll der 52. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, S. 777.

siblen Gesprächspartner“ aus der CDU/CSU gerätselt worden. Er sei erleichtert gewesen, als er auf Wolfgang Schäuble habe verweisen können.¹³⁶⁵

Eppler kritisierte, dass das „Wiedervereinigungspathos der CDU“ weniger die Menschen in der DDR als die Wähler in der Bundesrepublik im Visier habe. Man könne einen Staat nicht gleichzeitig reformieren und abschaffen wollen. Rühes Position, nach der Reform in der DDR komme die Wiedervereinigung, erschwere die Arbeit der Reformer in der DDR, denn sie könnten verdächtigt werden, dass ihr eigentliches Ziel nicht die Reform, sondern die Abschaffung der DDR sei. Die DDR ging nach Epplers Auffassung nicht an Reformen, sondern an der Verweigerung von Reformen und am hoffnungslosen Versuch der SED, das Machtmonopol durch Repression zu retten, zugrunde. Nur aufgrund der totalen Reformunfähigkeit der DDR würde der Kern der Reformkräfte über ein Gesamtdeutschland nach bundesdeutschem Muster nachdenken. Die DDR würde nicht durch die Rücksichtslosigkeit des Staatssicherheitsdienstes, sondern durch das DDR-Bewusstsein der Reformkräfte gerettet. Er plädierte dafür, die Interessen dieser Kräfte ernster zu nehmen als die nächste Bundestagswahl. Ob es auf Dauer zwei deutsche Staaten oder einen gebe und wie das Verhältnis dieser zwei deutschen Staaten zueinander sei, entscheide sich in der DDR. Die Bundesrepublik müsse gegenüber jedem Mehrheitswillen einer reformierten, demokratisierten DDR offen sein.¹³⁶⁶

Potthoff bestätigte Epplers Einschätzung. Demnach besuchten vor allem Rau, Schmude und Eppler als Politiker und Träger von Ämtern der EKD viele regionale DDR-Kirchentage und trafen sich dabei mit Angehörigen von Bürgerrechts- und Friedensgruppen. Das Ministerium für Staatssicherheit habe im September 1988 48 solcher Kontakte führender Sozialdemokraten, 24 der Grünen, 21 der CDU/CSU und 3 der FDP gezählt.¹³⁶⁷

Eppler bemängelte nach der Wende außerdem, dass vor allem diejenigen Westdeutschen über die Kirchen der DDR urteilten, die sich damals nie um diese Kirchen gekümmert hätten. Jede Stasiakte, und sei sie noch so „angeberisch und verlogen“, werde ernster genommen als die damaligen Äußerungen der DDR-Kirche trotz SED und trotz Stasi.¹³⁶⁸ Er beschrieb die damaligen Handlungsmöglichkeiten der DDR-Kirche:

„In der Tat: Weder Stolpe noch Demke noch Forck – noch Günther Krusche oder Heino Falcke oder auch Annemarie Schönherr oder Friedrich Schorlemmer – haben sich hingestellt und das erklärt, was die Herren im innerdeutschen Ministerium jetzt mit gefurchter Stirn zu vermissen geruhen: „Wir, die evangelische Kirche in der DDR, halten dieses ganze Regime für scheußlich und für hoffnungslos

¹³⁶⁵ Zur geringen Präsenz der CDU auf Kirchentagen in der DDR im Vergleich zur SPD vgl. auch Eppler, Erhard, Von der Unschuld der Bequemen. Die Vorwürfe westdeutscher Beamter gegen führende Kirchenleute in der DDR sind ebenso falsch wie gefährlich, DS, 24.8.1990.

¹³⁶⁶ Vgl. ders., Entfernung von der Wahrheit, DS, 29.9.1989.

¹³⁶⁷ Vgl. Potthoff, Heinrich, Im Schatten der Mauer, S. 278.

¹³⁶⁸ Vgl. Eppler, Erhard, Das Volk wurde seine Fürsten nicht los. Aufsätze des DDR-Pfarrers Edelbert Richter über die geistige Vorbereitung der politischen Wende, DS, 4.12.1992.

obendrein!“ Hätten wir in der DDR so alberne Kirchenführer gehabt, die Beamten im innerdeutschen Ministerium müssten um ihren Job nicht bangen.“¹³⁶⁹

Eppler sah die Spannungen zwischen den Kirchenleitungen und den verschiedenen Oppositionsgruppen, die unter dem nicht selbstverständlichen Schutz der Kirche gehandelt hätten. Die Verantwortlichen in der Kirche hätten nicht alle Ziele dieser Gruppen unterstützen können, von denen sich oft nur eine Minderheit als Angehörige der Kirche gefühlt habe.¹³⁷⁰

Er nahm nicht nur die DDR-Kirche in Schutz, sondern hob schon Ende 1989 den großen Anteil der evangelischen Kirche an der friedlichen Revolution in der DDR hervor. Zum ersten Mal in der Geschichte der Revolution in Deutschland sei die Kirche Teil der Revolution, kirchennahe Gruppen sogar der eigentliche Kern. Ein Teil des Erfolgs der Revolution sei neben der wichtigen Rolle Gorbatschows, dass die Opposition in der DDR alles vermieden habe, was die Machthabenden um ihr Leben hätte fürchten lassen. Diese Revolution der Friedens- und Umweltgruppen, die von der evangelischen Kirche geschützt worden seien, hatte nach seiner Meinung ihren Ursprung in der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung. Da der konservative Teil der DDR-Kirche sich nicht gegen den Kommunismus gewehrt habe, habe er nun keine moralische Autorität.¹³⁷¹

Die Schwächen der DDR-Kirchen waren für Eppler im Nachhinein nicht die Nähe ihrer Theologie zum Marxismus-Leninismus, sondern die Position gerade konservativer Theologen, auch diese Obrigkeit sei von Gott.¹³⁷²

Im September 1989 gab es für ihn keinen Anlass zum Abbruch allgemeiner Gespräche mit der SED. Der „Grundsatzdialog“ nach dem gemeinsamen Papier sei allerdings auf Dauer nur möglich, wenn der innere Dialog beginne. Er hielt die SED-Führung nach außen, nicht aber nach innen für dialogfähig und verlangte von der SED die Aufgabe ihres Machtmonopols. Die SPD sei überzeugt, dass die DDR Reformen durchführen müsse und der Druck von innen und außen, aus Ost und West, dies erzwingen werde. Die SPD musste nach Epplers Darstellung deutlich machen, dass sie die Perestroika in der DDR für unausweichlich halte, sie unterstütze und nicht für eigene Zwecke missbrauchen wolle.¹³⁷³

Er lehnte die Versuche der SED ab, die Menschenrechte so zu interpretieren, dass sie die DDR stützen und rechtfertigen. Dennoch forderte er, über die Kritik der SED zur Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik als Menschenrechtsverletzung, vergleichbar mit der

¹³⁶⁹ Ders., Von der Unschuld der Bequemen, DS, 24.8.1990.

¹³⁷⁰ Vgl. ders., Von Christen und Bonzen. Zur Rolle der evangelischen Kirche in der DDR, FAZ, 14.11.1992.

¹³⁷¹ Vgl. ders., University of Birmingham. Department of Theology and Department of German, 27.11.1989 (16 S.), S. 1-5.

¹³⁷² Vgl. ders., Die Würde der Bürger, S. 321f.

¹³⁷³ Vgl. Erhard Eppler: SPD wird Gespräche mit SED über Sachfragen nicht abrechnen, ppp, 40 Jg. Nr. 171 (6.9.1989) (S. 2), S. 2.

Einschränkung der Freizügigkeit, nachzudenken. Dies rechtfertige aber nicht die Mauer und das Monopol einer Partei.¹³⁷⁴

Beim Zusammenbruch des SED-Regimes hatte die SPD nach Potthoff keine klare Linie. Manche glaubten an eine baldige Wiedervereinigung, für andere stand die deutsche Frage nicht auf der Tagesordnung. Die meisten hätten auf Epplers Linie argumentiert: in der damaligen Lage die Einheit weder zu fordern noch abzulehnen.¹³⁷⁵

Eppler war im Herbst im SPD-Präsidium äußerst pessimistisch über die Situation in der DDR. Er habe bei seiner Rede am 17. Juni nicht gedacht, dass die Akzeptanzkrise der SED-Führung sich so rasant vollziehen werde und wisse nicht, ob die DDR auf Dauer lebensfähig sei. In der SPD gab es zwei Pole bezüglich der Konsequenzen aus der Entwicklung in der DDR. Bahr ging nicht von einem Zusammenbruch der DDR aus, betrachtete Veränderungen nur mit dem System, nicht gegen es als möglich und sah die deutsche Einheit nur als Ende eines europäischen Einigungsprozesses. Eppler wiederum glaubte nicht mehr an eine Umgestaltung von innen heraus, an eine Perestroika der DDR.¹³⁷⁶

Für ihn war im Herbst 1989 der Wandel durch Annäherung richtig und erfolgreich gewesen, vielleicht zu erfolgreich, denn in der DDR und der SED habe er so viel aufgewühlt, dass die Oberen aus Verunsicherung jetzt Gespräche mit der SPD absagten. Er war der Ansicht, dass die SED aus Angst vor Dialog und Reform auf größere Distanz gehe und auch künftig Angst vor dem Gespräch mit der SPD haben werde. Die SPD müsse nun bei den Gesprächen der SED mehr abverlangen, etwa deren Öffentlichkeit:¹³⁷⁷

„Ich glaube, daß wir es der SED einfach nicht mehr erlauben dürfen, nach Gesprächen mit uns nichts anderes an die Öffentlichkeit zu geben als ein Foto des SPD-Politikers X mit Honecker oder Axen ... Wenn irgendjemand keinen Anlaß hat, uns an der Stelle zu kritisieren (Fototermin als Bärendienste mit der SED, C.S.), dann sind das diejenigen in Bonn, die Erich Honecker einen Staatsempfang bereitet haben. Das war ja der Fototermin, auf den die DDR-Oberen seit Jahrzehnten gewartet haben, der wichtigste in der Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen.“¹³⁷⁸

Nach Epplers Einschätzung war 1987 der Zeitpunkt zum Beginn von der SED kontrollierbarer Reformen verpasst worden, denn die SED habe zu der im Ideologiepapier gemeinsam verabredeten offenen Diskussion über den Wettbewerb der Systeme nicht den Mut gehabt. Nun erwartete er Umbrüche entweder in der SED oder außerhalb. An einer Massenerhebung wie dem 17. Juni habe die Bundesrepublik kein Interesse. Allerdings würden diesmal keine sowjetischen Panzer diese unterdrücken. Für ihn war die SED prinzipiell reformfähig. Die SED-Führung sehe sich durch die nationalen Bestrebungen in Osteuropa

¹³⁷⁴ Vgl. Eppler, Erhard, Zum 1. September 1989, S. 15.

¹³⁷⁵ Vgl. Potthoff, Heinrich, Im Schatten der Mauer, S. 299.

¹³⁷⁶ Vgl. Süskind, Martin E., Ringen um die Politik des Dialogs. Für die Partei kann es keine Strategie geben, die auf Destabilisierung der Lage der DDR abzielt, SZ, 15.9.1989.

¹³⁷⁷ Vgl. „Die Deutsche Frage ist offen“. Erhard Eppler, Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission und Gesprächspartner der SED, fordert Reformen von den Machthabern in Ost-Berlin – sonst gehe die DDR zugrunde, stern Nr. 40, 28.9.1989.

¹³⁷⁸ Ebd.

und die Lockerung der „ideologischen Fesseln“ im Ostblock mit der Existenzfrage der DDR konfrontiert. Die Annahme in der SED-Führung, dass Reformen gefährlicher seien als ihre Verweigerung, war seiner Überzeugung nach ein „Kurzschluß“. Die SPD verlange von der SED nicht die Aufgabe des Sozialismus, sondern einen mit Freiheit und Demokratie verbundenen Sozialismus. Damit könne die DDR überleben. Ansonsten gehe sie zugrunde, weil die Menschen flüchteten und die Wirtschaft absterbe oder es einen Aufstand gebe. Er unterteilte die SED-Mitglieder in tüchtige Menschen, die auch in einer pluralistischen DDR eine Lebenschance hätten, und in viele mittelmäßige Funktionäre, die im offenen gesellschaftlichen Dialog untergehen würden.

Um die Lähmung in der DDR zu überwinden, regte Eppler an, dass die Bundesrepublik der SED deutlich sage, dass die SED keine Chance bei der Weiterführung ihrer bisherigen Politik habe, dass die Bundesrepublik im Interesse des Friedens in Europa - nicht aus Sympathie mit der SED - das Überleben einer reformierten DDR wolle und dass sie Reformen der SED nicht missbrauche, etwa in dem sie die DDR destabilisiere, sondern so diskret wie möglich versuche zu helfen. Die Wiedervereinigung wollte er momentan weder fordern noch ablehnen. Ein offensives Eintreten für die deutsche Einheit wecke Ängste in Ost und West und in der DDR. Eine Ablehnung sei unbarmherzig gegenüber denen in der DDR, die nicht an die Reformierbarkeit ihres Systems glaubten. Die DDR-Bürger müssten entscheiden, ob es zwei deutsche Staaten oder nur einen gebe. Eppler forderte, eine Option für die deutsche Einheit offen zu lassen, falls sich die DDR nicht als lebensfähig erweise.

Die Art der Vereinigung wollte er den Wünschen der Menschen in der DDR überlassen. Er war der Auffassung, wenn die DDR-Bürger von der SED-Führung die Abschaffung des Staates verlangten, könnten sie von ihr keine Reformen mehr fordern. Die Bundesrepublik solle die Reformversuche der DDR-Bürger unterstützen. Doch verkleinere sich die Mehrheit der Befürworter einer Reform sehr viel schneller, als er das bei seiner Rede am 17. Juni erwartet habe. Eine Wiedervereinigungsrhetorik wie bei der CDU erschwere den Oppositionsgruppen die Reformarbeit. Eine Bitte dieser Gruppen an die Bundesrepublik über neue Formen staatlicher Verbindung nachzudenken, würde er unterstützen. Die deutsche Frage war für ihn offen. Nicht nur die SED, sondern auch der Großteil der Reformgruppen wollte seiner Meinung nach nicht den bundesdeutschen Kapitalismus. Statt Parteien wie eine SPD in der DDR, die sich freien Wahlen stellen könnte, schlug er zunächst die Einrichtung politischer Foren vor, um den inneren Dialog zu erzwingen.¹³⁷⁹

Die Erklärung des SED-Politbüros zur Lage in der DDR betrachtete Eppler im Oktober 1989 als „bescheidene Hoffnung“, denn sie gestehe ein, dass sie die SED ändern müsse. Er hielt sie für besser als vorherige Äußerungen. Allerdings ging er nicht von einem Wandel in der SED aus, auch weil sie ihren Monopolanspruch auf Macht und Wahrheit aufrechterhalten

¹³⁷⁹ Vgl. ebd.

wolle. Die meisten Bürger der DDR verstünden sich als demokratische Sozialisten. Eine Chance für die DDR sah er im Bündnis der Reformkräfte innerhalb und außerhalb der SED. Wenn dies nicht gelinge, würden sich wahrscheinlich die Gegner der DDR und des Sozialismus durchsetzen. Die DDR überlebe nur durch Reformen und Erneuerung.

Statt Wandel durch Annäherung bevorzugte er den Begriff Wandel durch Dialog, wie er bei den SPD-SED-Gesprächen geschehen sei. Bedeutender als Parteigründungen waren für ihn Bewegungen wie das Neue Forum. Eppler war davon überzeugt, dass die nationale Frage in der DDR um so aktueller werde, je mehr die Reformhoffnungen schwänden. Er glaubte nicht, dass die Opposition gegen die SED die DDR zu einem Bundesland der Bundesrepublik machen wolle oder sich aus der „Gängelei durch die SED“ in die durch die Bundesrepublik begeben wolle. Zwar lehnte er wieder bundesdeutsche Forderungen nach Wiedervereinigung, die der Opposition in der DDR schaden könnten, ab, verlangte aber, dass die Bundesrepublik auf den Zusammenbruch der DDR vorbereitet sein müsse. Bundeskanzler Kohls Angebot, die DDR finanziell zu unterstützen, wenn sie sich reformiere, helfe den Reformkräften in der DDR nicht.¹³⁸⁰

Für Eppler geschah im Herbst 1989 „die friedlichste, disziplinierteste, erfolgreichste Revolution der deutschen Geschichte.“ Spätestens seit dem Frühsommer 1989 sei klargeworden, dass die beiden sowjetischen Weichenstellungen – das Ende des stalinistischen Gesellschaftsmodells in der UdSSR und freie Wahl des eigenen Modells für die Mitglieder des Warschauer Paktes - die Existenzfrage für die DDR gestellt habe. Diese rechtfertige sich zumindest nach innen nur aus einem Gesellschaftsmodell.

Eine Chance für die DDR entdeckte er im demokratischen Selbstbewusstsein aufgrund der selbst erkämpften Demokratie und im gleichberechtigten Dialog der Reformkräfte außerhalb und innerhalb der SED. Die einzige Funktion der DDR sei das Experiment eines poststalinistischen, demokratischen Sozialismus in einem mitteleuropäischen Industrieland.

Wenn das demokratisch-sozialistische Experiment misslinge, schlug Eppler statt der deutschen Einheit eine Zusammenfüzung mit der Bundesrepublik durch die „behutsame Anwendung des föderalistischen Prinzips“ vor. Es gehe letztlich um den Grad der Enge der ökonomischen und staatsrechtlichen Bindungen zwischen beiden Staaten, also wie viel Eigenständigkeit die DDR bewahren wolle. Über das Gelingen des demokratisch-sozialistischen Modells werde in der DDR entschieden, doch plädierte er für die Unterstützung dieses Modells. Für Eppler hatte die Wiedervereinigung schon am 10.-12. November 1989 stattgefunden. Die Akzeptanz der Europäer, dass zur Zusammenführung Europas auch die deutsche Einigung gehöre, sollten die Bundesdeutschen unterstützen, indem sie durch ihr

¹³⁸⁰ Vgl. Interview der Woche im Deutschlandfunk mit Erhard Eppler, ..., 15.10.1989 (6 S.), S. 1-6.

Handeln zeigten, dass für sie die Zukunft in der europäischen Einigung liege. Die Ereignisse in Deutschland seien ein notwendiger Teil davon.¹³⁸¹

Für ihn war durch den Zusammenbruch in Osteuropa die Idee des Sozialismus nicht widerlegt, sondern der im restlichen Europa erfolgreiche demokratische Sozialismus bestätigt. Wenn die Reformer außerhalb der SED die ökonomischen und politischen Erfahrungen der Reformer in der SED nutzen würden, könne die personelle Seite des Umbruchs gut gelingen. Dass er die SED, nicht aber ihre Führungsmannschaft, für prinzipiell reformfähig gehalten habe, habe er am 17. Juni zu Honeckers Empörung gesagt. Aus dem Reformprozess entstand nach Epplers Meinung eine „abgespeckte und sicherlich nicht mehrheitsfähige SED“.¹³⁸²

Den Umbruch 1989 verstand er nicht als Arbeiteraufstand:

„Man kann sagen, daß der 17. Juni 1953 ein Arbeiteraufstand war, und das, was jetzt geschehen ist, sicherlich kein Arbeiteraufstand war, obwohl zweifellos auch Arbeiter an diesen Demonstrationen teilgenommen haben. Aber die geistige Vorbereitung dessen, was jetzt geschehen ist, auch was die Methoden der Demonstrationen, die absolute Gewaltlosigkeit und Friedlichkeit angeht, ist im Umkreis der Kirchen geschehen, und dort gibt es in der DDR noch weniger Arbeiter als bei uns. Es ist natürlich denkbar – und vielleicht hat auch die SED-Führung Angst davor gehabt –, daß ohne Öffnung und Erneuerung Streiks in den Betrieben ausgebrochen wären, aber insgesamt haben sich die Arbeiter in den Betrieben eher abwartend verhalten. Sie haben nicht die alte Ordnung gestützt, aber sie haben wohl auch ein gewisses Misstrauen gegenüber dem, was da von Künstlern, Pastoren, Rechtsanwälten und Studenten in Gang gesetzt worden ist.“¹³⁸³

Für Eppler war die Kernfrage nicht, in wessen Hand die Produktionsmittel lägen, sondern eine Währung zu schaffen, die das Arbeiten in der DDR wieder lohnend mache. Die Bundesrepublik könnte der DDR bei der Verminderung des Geldüberhangs helfen, indem sie Ostmark im Kurs 1:5 in Westmark umtauschen lasse. Durch Stilllegung dieser Ostmark bei der Bundesbank könne ein Ausverkauf der DDR durch Spekulanten verhindert werden und die DDR bekomme langsam eine konvertible Währung.

Er verlangte, dass die Bundesregierung nicht immer neue Bedingungen stelle. Der Prozess der Umwandlung in der DDR sei unumkehrbar, dafür sorgten die Menschen in der DDR inzwischen selbst. Eppler schlug vor, dass gemischte Kommissionen über Verkehr, joint ventures, Fragen der Währung und der Ökologie für beide Seiten Konzepte ausarbeiten.

Er hielt es nicht für entscheidend, wie die Vereinigung beider deutschen Staaten statfinde, denn für ihn hatte die Wiedervereinigung der Menschen praktisch schon stattgefunden. Trotz der staatsrechtlichen Verhältnisse habe sich die DDR durch die Öffnung der Grenzen dem Sog der Bundesrepublik ausgesetzt, vor allem dem wirtschaftlichen. Deshalb war für ihn vieles in der Wiedervereinigungsdebatte Theorie. Beide deutsche Teile würden in den

¹³⁸¹ Vgl. Eppler, Erhard, Ist die DDR zu retten? Im Experiment eines demokratischen Sozialismus liegt eine Chance für den anderen deutschen Staat, Zeit, 24.11.1989 (gleicher Text: ders., Reden auf die Republik (S. 159-166).

¹³⁸² Vgl. ders., In jedem Fall eine föderalistische Lösung, S. 740f.

¹³⁸³ Ebd., S. 742.

nächsten Jahren viel enger zusammenrücken, als die Bundesrepublik sich das noch vor kurzem vorgestellt habe. Schon aufgrund des Rechtssystems und der Währung musste die DDR nach Eplers Auffassung noch lange ein einzelner Staat bleiben. Man müsse klären, wie eng dieser Staat mit der Bundesrepublik verbunden werde und wie er heiße.

Er ging von einer föderalistischen Lösung für beide deutsche Staaten mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik aus. Dazu gehörte für ihn die Überwindung der Blöcke und zumindest der Abzug der Weltmächte. Er verlangte, den Menschen in der DDR bei der Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts zu helfen. Ob das Ergebnis dieser Politik alle oder nur wenige als deutsche Einheit sähen, war für ihn nicht wichtig. Er forderte, den von unten gewachsenen Willen der Menschen zur Einheit zu akzeptieren und die Ängste der deutschen Nachbarn abzubauen, auch indem der „missverständliche und provozierende Begriff der Wiedervereinigung“ vermieden werde.

Das auch in der SPD vertretene Dogma der Zwei-Staatlichkeit, also der Existenz zweier souveräner deutscher Staaten, war für ihn unrealistisch und unverantwortlich, auch hinsichtlich rechtsradikaler Agitationen, die die SPD ernst nehmen sollte. Zwischen den Beschlüssen der SPD und den Ansichten des Bundeskanzlers sah er de facto keinen Unterschied mehr. Beide wollten das Selbstbestimmungsrecht der DDR-Bürger respektieren.¹³⁸⁴

Das neue Grundsatzprogramm der SPD, an dem Eppler mitgearbeitet hatte, wurde auf dem SPD-Parteitag am 20. Dezember 1989, also mitten in der Phase des Umbruchs im Osten, beschlossen. Für Eppler galten die Grundsatzentscheidungen des Godesberger Programms im neuen Programm weiter. Im Berliner Programm heiße es, dass sich Frieden nicht mehr errüsten, sondern nur noch miteinander organisieren lasse. Frieden werde nicht als Waffenstillstand, sondern als Ergebnis eines Ringens um gerechte Lebenschancen für alle betrachtet. Trotz des Umbruchs im Osten waren für ihn die Äußerungen im Programm über gemeinsame Sicherheit, Partnerschaft, Kultur des Streits, Überwindung der Blöcke und Deutschland weiter gültig. So sei die Frage der Nation noch nicht geklärt und die Deutschen hätten ein Selbstbestimmungsrecht, das mit der Frage der Nation den Erfordernissen des Friedens untergeordnet werden müsse. Aufgrund der Ereignisse in der DDR müsse nur hinzugefügt werden, dass die Bürger der DDR selbst entscheiden müssten, ob sie einen eigenen Staat wollten und dass die Bundesrepublik diese Entscheidung akzeptieren müsse. In welchem ökonomischen und staatsrechtlichen Verhältnis ein zweiter deutscher Staat zur Bundesrepublik stehe, müsse die Bundesrepublik mit den Repräsentanten dieses Staates, die die Mehrheit der Bürger vertreten, besprechen.¹³⁸⁵

¹³⁸⁴ Vgl. ebd., S. 734-746.

¹³⁸⁵ Vgl. ders., „Wir dürfen die Kämpfe von Godesberg nicht wiederholen“, in: Vorwärts 1989 Nr. 12 (S. 7-11), S. 7f. Eppler hatte 1984 auch einen Band mit Texten der Grundwertekommission veröffentlicht, die als Einstieg in eine neue Godesberg-Diskussion der SPD dienen sollten; vgl. ders. (Hrsg.), Grundwerte für ein neues Godesberger-Programm. Die Texte der Grundwerte-Kommission der SPD, Hamburg 1984.

Er sah das neue Grundsatzprogramm aufgrund des Umbruchs in der DDR nicht als überholt an. Es werde sogar wegen der Revolution in der DDR und in ganz Europa noch wichtiger, weil sich in West und Ost die Frage zuspitze, was demokratischer Sozialismus sei. Obwohl die Bindungen Deutschlands an die EG enger seien als die Bindungen nach Zentral- und Osteuropa müsse noch deutlicher gesagt werden, dass die EG offen für die Interessen der Osteuropäer, auch der Völker der Sowjetunion, sei.¹³⁸⁶

Die Botschaft des SPD-Parteitag vom Dezember 1989 war für Eppler, dass die Bundesrepublik jede Entscheidung der Menschen in der DDR respektieren werde. Er hatte den Eindruck, dass in der DDR die Befürworter einer Anlehnung an die Bundesrepublik schon aus wirtschaftlichen Gründen stark seien. Er warnte vor der Gefahr einer politischen Abhängigkeit der DDR aufgrund der wirtschaftlichen Überlegenheit der Bundesrepublik.¹³⁸⁷

Er betonte, dass die SPD in der Programmdiskussion nie die deutsche Zweistaatlichkeit als Endzustand hingenommen habe, auch wenn vielleicht einzelne Mitglieder der SPD bereit gewesen seien, sich mit zwei Staaten in Deutschland abzufinden. Im Irseer Entwurf von 1986 heiße es, dass die Frage der Nation trotz der stattlichen Teilung offen sei. Schon hier sei klar gewesen, dass es keinen deutschen Sonderweg gebe und Deutschland in eine europäische Friedensordnung eingebunden werden müsse.

Im zweiten Entwurf vom März 1989 stehe, dass die Deutschen wie alle Völker ein Recht auf Selbstbestimmung hätten und die offene Frage der Nation dem Frieden untergeordnet bleibe. Diesen Text habe man im Berliner Programm unter dem Eindruck der deutsch-deutschen Ereignisse lediglich dadurch ergänzt, dass das Ziel ein Zustand des Friedens in Europa sei, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit finde.

Den Grund für das Fehlen einer gesamtdeutschen Utopie im Berliner Programm sah Eppler in der Unübersichtlichkeit des Umbruchs in der DDR Ende 1989 und in der Europa-Utopie der SPD.¹³⁸⁸

Rückblickend hielt er es allerdings für einen Nachteil des Berliner Programms, dass es wenig über die Aufgaben, die sich aus der deutschen Vereinigung ergäben, sage. Er betrachtete es als „Glücksfall“, dass das Programm keine „deutsche Utopie“, aber eine europäische habe. Da nach dem Grundsatzprogramm Deutschland nur als Teil Europas konzipiert werden könne, sei es durch die deutsche Einheit nicht überholt. Es sei außerdem nicht

¹³⁸⁶ Vgl. Bielicki, Jan, „Offen für den Osten“. Sind die Programmaussagen zur deutschen Frage überholt? Fragen an Erhard Eppler, DS, 15.12.1989.

¹³⁸⁷ Vgl. Stimme der DDR (Peter Neuhof): „Weil wir die wirtschaftlich Stärkeren sind, müssen wir aufpassen, daß daraus keine politische Abhängigkeit der DDR wird.“ Gespräch mit Erhard Eppler, ..., 20.12.1989.

¹³⁸⁸ Vgl. Eppler, Erhard, Plattform für eine neue Mehrheit. Ein Kommentar zum Berliner Programm der SPD, Bonn 1990, S. 45-48.

die Aufgabe eines Grundsatzprogramms, alle denkbaren Forderungen aufzulisten, die zum Zeitpunkt seiner Verabschiedung dringlich erschienen seien.¹³⁸⁹

Es wurde allerdings die Ferne der SPD-Theorie im Berliner Programm von der Praxis kritisiert, denn dort stehe nichts über die Ereignisse in der DDR, obwohl damals die Mauer schon offen gewesen sei. Nicht einmal ein Zusatzflugblatt zur Wiedervereinigung sei beschlossen worden. Die SPD habe lediglich im Programm angemerkt, dass die Frage der Nation den Erfordernissen des Friedens untergeordnet bleibe.¹³⁹⁰

Anfang 1990 warnte Eppler vor der Zerstörung der politischen Kultur in der DDR, der „getauften Revolution“, da inzwischen viele nur einen Ausweg in einer raschen Vereinigung sähen, und der Zerstörung des Gemeinsamkeitsgefühls bei den Freiheitskämpfern in der DDR durch die „übelsten Formen westdeutscher Wahlkämpfe“ in der DDR.¹³⁹¹

Er lehnte es ab, dass Kohl die deutsche Einheit von Anfang an zu seiner Privatsache machen wollte. Gründe für das schlechte Abschneiden der SPD bei den Volkskammerwahlen in der DDR waren für ihn, dass in der DDR viele Menschen diejenigen gewählt hätten, die ihnen so schnell wie möglich die Einheit und die DM bringen. Außerdem sei der sehr demokratische und vernünftige Wahlkampf vieler Theologen in der neuen DDR-Sozialdemokratie jenseits der Wünsche der Menschen gewesen.

Für Eppler gab es in der DDR zwei Gruppen: eine Minderheit als linke aktive Opposition gegen das DDR-Regime und die schweigende konservative Mehrheit. Positiv sei, dass die deutsche Einheit weniger Nationalismus hervorgerufen habe, als manche befürchtet hätten. Die Deutschen müssten ihre Verantwortung, damit der deutsche Einigungsprozesses zum Motor für die europäische Einigung werde, mehr wahrnehmen und den Europäern signalisieren, dass ein anderes Deutschland entstehe, als das aus der Geschichte bekannte.¹³⁹²

Nach Epplers Ansicht war die Existenzangst der SED aufgrund der schnell nachlassenden Bindekraft der marxistisch-leninistischen Ideologie und der rasch zunehmenden nationalen im Frühjahr 1989 begründet gewesen. In den darauf folgenden Monaten sei der Sog der Bundesrepublik viel stärker gewesen als er erwartet habe. Die Revolution habe die Friedensbewegung der DDR, die sich zunächst unter dem Schutz der evangelischen Kirche versammelt habe, begonnen. Den geringen europäischen Widerstand gegen die deutsche Einigung verdankten die Deutschen vor allem den Revolutionären in der DDR, die das Deutschlandbild mehr verbessert hätten als das Wirtschaftswunder und die Bündnistreue der Bundesrepublik.

¹³⁸⁹ Vgl. ders., Das Berliner Programm von 1989 – Grundlage für den Demokratischen Sozialismus 2000, in: Heimann, Horst (Hrsg.), Sozialdemokratische Traditionen und Demokratischer Sozialismus 2000, Köln 1993 (S. 74-91), S. 76.

¹³⁹⁰ Vgl. Gaschke, Susanne, Sie wollten den Frieden. Das Berliner Programm der SPD von 1989 ist im Cyberspace verschwunden. Eine Spurensuche, Zeit, 2.9.1999.

¹³⁹¹ Vgl. ders., Infam und pervers, DS, 23.2.1990.

¹³⁹² Vgl. Eppler: „Wir sollten nicht Modellen nachtrauern“, Tages-Anzeiger, 24.7.1990.

Eppler forderte, dass sich das neue Deutschland immer an seinen Ursprung, die friedliche Revolution, erinnern müsse. Die Westdeutschen müssten mit dem Menschen in der DDR solidarisch sein. Er kritisierte, dass bisher keine Partei die Utopie eines freien, europäischen, weltoffenen, solidarischen Deutschland entworfen habe. Die Deutschen sollten etwa nachdenken über ihre Vorstellungen eines geeinten Deutschland, die Stärkung des Föderalismus und wie Deutschland dauerhaft seinen Platz in Europa finde.¹³⁹³

Zwar konnte nach Epplers Meinung die Darstellung, der Umbruch im Osten, vor allem die friedliche Revolution in der DDR, sei Resultat der Politik der Stärke, „ein kleines Stückchen Wahrheit“ enthalten, doch könne man auch einwenden, dass nicht die militärische Übermacht des Westens, sondern seine effizientere Wirtschaftsordnung und sein höherer Lebensstandard zum Umbruch geführt hätten und die christliche Friedensbewegung das SED-Regime besiegt habe. Die Friedensbewegung sei nach der Bonner Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981 in die DDR in Form von Friedensgebeten und Friedensgruppen überggesprungen. Dass dies letztlich zum Sturz der SED-Herrschaft geführt habe, hätten die Bonner Demonstranten damals nicht gedacht. Die christliche Friedensbewegung in der DDR habe sich durchaus als Ableger der westlichen Friedensbewegungen, die der Politik der Stärke entgegengetreten seien, die sich heute bestätigt fühle, verstanden.¹³⁹⁴

Seine rückblickende Einschätzung der ostdeutschen Friedensbewegung als „Ableger“ der westdeutschen nahm er zurück. Dennoch glaubte er, dass es ohne die westdeutsche Friedensbewegung keine so starke Friedensbewegung in der DDR gegeben hätte.¹³⁹⁵

Nach Epplers Auffassung wurde die Freiheit in der DDR vor allem von der christlichen Friedensbewegung vorbereitet und erstritten und nicht von denen, die sich zurecht über ihren geringeren Lebensstandard ärgerten, auch nicht von den Antikommunisten und von den Konservativen, die meist den Kommunisten untertan gewesen seien.

Seiner Darstellung nach war die christliche Friedensbewegung für die Kommunisten eine Gefahr geworden, denn sie habe sich nicht in die „partei-offiziellen Feindbilder“ zwängen oder von den Kommunisten benutzen lassen und sich auf die Kräfte in der Bundesrepublik berufen, die die kommunistische Propaganda unterstützt habe. Die neue Friedensbewegung, die sich den ideologischen Kategorien von West und Ost entzogen habe, habe

¹³⁹³ Vgl. Eppler, Erhard, Der Wille der Menschen. Der Ursprung der friedlichen Revolution in der DDR. Gedanken zu einem weltoffenen Deutschland, Der Tagesspiegel, 3.10.1990.

¹³⁹⁴ Vgl. ders., Friedensbewegung und Realpolitik, in: Bahr, Hans-Eckehard (Hrsg.), Von der Armee zur europäischen Friedenstruppe, München 1990 (S. 143-154), S. 143-145; vgl. teilweise gleicher Text: Mitteilung für die Presse, Presseservice der SPD, 18.5.1990 Nr. 198/90 (8 S.). Hier sprach Eppler zur Verleihung des Gustav-Heinemann-Bürgerpreises an den Leipziger Superintendenten Friedrich Magirius und ehrte diejenigen, die die erste erfolgreiche Revolution in Deutschland ausgelöst hatten.

¹³⁹⁵ Vgl. Protokoll der 52. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, S. 771f., S. 822.

die „erste erfolgreiche Revolution in Deutschland“ ausgelöst. Die SED-Mitglieder hätten in den jungen Menschen nicht den „konterrevolutionären Klassenfeind“ erkennen können. Weil die christliche Friedensbewegung die eigenen Feindbilder überwunden habe, habe sie den Herrschenden ihr Feindbild genommen. Eine herrschende Schicht riskiere nur dann das eigene Leben, wenn sie nach ihrer Herrschaft nur den Tod sehe. Deshalb sei der unblutige Umbruch in der DDR nur möglich gewesen, weil die SED-Funktionäre noch eine Lebenschance erhofft hätten und ihre Integration in eine neue Ordnung denkbar geblieben sei. Dies sei das Verdienst der christlichen Friedensbewegung in der DDR und in viel geringerem Maße der bundesdeutschen, die durch unzählige Gespräche auch das Feindbild der SED nach außen durch den Kontakt zu Menschen ersetzt habe. Friedlich sei die Revolution auch aufgrund der Bewegung in der SED gewesen.

Eppler kritisierte das nachträgliche Niederwalzen der Revolution durch die verständlichen Konsumwünsche der Mehrheit und die „zynische Hemdsärmeligkeit“, mit der dieser Wunsch in der Bundesrepublik parteipolitisch ausgenutzt werde. Er verlangte stattdessen, hartnäckig an die Ursprünge des vereinten Deutschland zu erinnern, die neue Realität nicht „zynischen Manipulatoren der Macht“ zu überlassen und darauf zu bestehen, dass ein Deutschland, das erst nach dem Aufstand der christlichen Friedensbewegung zusammenwachsen konnte, sich anders verstehen müsse, als das in „drei Kriegen mit Blut und Eisen“ geschaffene Deutschland. Künftig könnte in Deutschland Friedenspolitik zur Realpolitik werden.¹³⁹⁶

Eppler sah im Mai 1990 in der DDR keine Chance mehr für den demokratischen Sozialismus, weil die meisten Menschen in der DDR, das, was dort Sozialismus genannt worden sei, ablehnten und so schnell wie möglich die SED-Vergangenheit abstreifen wollten. Es sei nicht möglich gewesen, an das DDR-Bewusstsein zu appellieren, weil der DDR-Staat völlig mit einer Partei und einem Machtmonopol identifiziert worden sei.¹³⁹⁷

Im Sommer 1990 war er der Ansicht, dass Volker Rühe den sich anbahnenden Konsens aller Parteien im September 1989 zerstört habe, weil er und Kohl die deutsche Einheit für die Sache der CDU gehalten hätten. Eppler verglich dies mit der Spaltung der deutschen Nation in Reichsfeinde und Reichsbewahrer. Er ging davon aus, dass die deutsche Einheit auch für Europa gut sein könne, doch benötige man dazu an der Spitze „sensible Architekten und nicht Bankiers der Macht“. Es sei schmerzlich, wie die Deutschen ihre erste erfolgreiche friedliche Revolution der christlichen Friedensbewegung, also von links, niedergewälzt hätten. Er könne diejenigen verstehen, die sagten, dies sei nicht ihr Ziel gewesen.

Eppler betonte, dass die SPD die Entscheidung der DDR-Bürger so rasch wie möglich in den gesamtdeutschen Staat zu „flüchten“, hätte respektieren müssen. Er war mit Oskar

¹³⁹⁶ Vgl. Eppler, Erhard, Friedensbewegung und Realpolitik, S. 145-152; vgl. zum Verhältnis SED-DDR-Friedensbewegung auch ders., Der Wille der Menschen, Der Tagesspiegel, 3.10.1990; ders., Osteuropa, 90. Deutscher Katholikentag, Berlin 25.5.1990, S. 3f.

Lafontaine einig, dass Kohl fast alles falsch gemacht habe. Eine SPD-geführte Regierung hätte die Polen nicht verschreckt, den Umbruch in der DDR nicht noch mehr anheizen müssen und sich das „zynisch-falsche Argument“ sparen können, man müsse sich beeilen, solange Gorbatschow noch an der Macht sei. Der mehrheitliche Wunsch der DDR-Bürger auf ein möglichst schnelles Ende der DDR hätte auf eine für Europa zuträglichere Weise verwirklicht werden können. Nach Eplers Überzeugung hatte die SPD Kohls „verantwortungsloses Kalkül“, sie statt ihrer Zustimmung in ein Nein zur deutschen Einheit zu drängen, nicht überall durchschaut und sich mit der Annahme der Konfrontation in eine Falle locken lassen.

Trotz ihrer Fehler stand er hinter der Bundesrepublik. Er lehnte es aber ab, sich ein Gesamtdeutschland als vergrößerte Bundesrepublik vorzustellen.¹³⁹⁸

Eppler arbeitete am Aufruf der SPD zum 3. Oktober 1990 mit. Dort hieß es, dass das Volk die deutsche Einheit durch die gewaltfreie Revolution ermöglicht habe, Deutschland zum Motor der europäischen Einigung werden müsse und dankbar für das Verständnis der deutschen Nachbarn für den Wunsch der Deutschen nach Einheit sei. Positiv wurde Deutschlands Mitwirkung in der Europäischen Gemeinschaft gesehen. Besonders wurde Michail Gorbatschow gedankt. In dem Aufruf wurde vor der Angst vieler Deutscher in der DDR um den Arbeitsplatz gewarnt und mehr Solidarität gefordert. Friedfertigkeit und Demokratie müssten das Markenzeichen des neuen Deutschland sein, dann werde es ein Gewinn für Europa und eine Hoffnung für die Völker der Dritten Welt.¹³⁹⁹

Eppler erklärte die verlorene Bundestagswahl 1990 auch mit dem Versagen der Linken, unbedingt an der Zweistaatlichkeit festhalten zu wollen. Diese Linken seien nicht die Enkel Schumachers oder Brandts, sondern Adenauers. Auch wer Nationalgefühl für ein Übel halte, hätte als Demokrat den Willen der Mehrheit akzeptieren müssen. Er wehrte sich gegen die Besserwisserei gegenüber den Bürgern der DDR, die so leben wollten wie die Bundesbürger.¹⁴⁰⁰ Eppler äußerte sich zur linken Ablehnung der deutschen Einheit:

„Ich habe immer Verständnis dafür gehabt, dass die sehr viel Jüngeren, die zum Beispiel nicht wie ich in einer Kompanie der Wehrmacht mit Schlesiern, Sachsen und Brandenburgern zusammen war, ihre Schwierigkeiten mit der deutschen Einheit hatten. Aber ich habe es vielen Linken übelgenommen, dass sie die demokratische Entscheidung der Menschen in der DDR, nämlich ihren Staat loszuwerden, nicht wie andere demokratische Entscheidungen ohne Knurren akzeptiert haben, man kann nicht jahrzehntelang von der Basis und vom Willen der Basis schwärmen und es im ent-

¹³⁹⁷ Vgl. Friedensaufgabe der Deutschen braucht Verfassungsrang. Exklusivgespräch mit Erhard Eppler, Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages in der BRD, ND, 17.5.1990.

¹³⁹⁸ Vgl. Hofmann, Gunter/Spörl, Gerhard, „Wir sind in eine Falle getappt“. Erhard Eppler im Gespräch mit der ZEIT: Die SPD hat nicht erkannt, daß der Kanzler sie in ein Nein zum Staatsvertrag mit der DDR hineinrügeln wollte, Zeit, 15.6.1990.

¹³⁹⁹ Vgl. Aufruf zum 3. Oktober 1990, SPD; vgl. Erhard Eppler (diktiert von B. Reichert am 18. September 1990) an Hans-Jochen Vogel, Betr.: Entwurf für einen Entwurf zum 3. Oktober 1990, Privatarchiv Eppler.

¹⁴⁰⁰ Vgl. Eppler, Erhard, Paris lag näher als Dresden. Die deutsche Linke und die deutsche Einheit: Warum die Generation der „Enkel“ versagt hat, DS, 4.1.1991.

scheidenden Augenblick besser wissen wollen. Inzwischen finde ich, dass die meisten Linken eher bereit sind zum Teilen mit den Menschen im anderen Teil Deutschlands als viele Rechte.“¹⁴⁰¹

Auf dem SPD-Parteitag 1990 plädierte er für die deutsche Einheit, die nun ein linkes Thema sei, und wies den Vorwurf, seine Freude über die deutsche Einheit sei ein „Umfallen“ zurück. Er habe sein Leben lang die deutsche Einheit für richtig gehalten, aber nicht immer für möglich. Er sah die Chance auf ein Deutschland mit dem Ursprung in einer Bewegung für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung.¹⁴⁰²

Eppler beschäftigte sich nicht nur mit dem Umbruch in der DDR, sondern auch mit dem im Ostblock. Er setzte sich dafür ein, den Ostblock im Zuge der deutschen Einheit nicht zu vergessen. Für ihn war im Herbst 1990 die Zeit der Systemvergleiche und die Auseinandersetzung zwischen Ost und West endgültig zu Ende. Die Veränderungen in der ehemaligen DDR und den anderen osteuropäischen Ländern waren für ihn von weltpolitischer Bedeutung.¹⁴⁰³

Nach seiner Ansicht geschah der Umbruch in Osteuropa mit Ausnahme von Rumänien ohne Blutvergießen aufgrund von Gorbatschows Signalen, dass sowjetische Soldaten sich nicht einmischen würden, und wegen der Unsicherheit der Träger des Systems. In Europa hatte nach seiner Überzeugung nicht der Kapitalismus, sondern die Demokratie gesiegt. Er hielt reine ideologische Modelle nicht für lebensfähig. Die Ordnung der Bundesrepublik sei lebensfähig, weil in ihr kapitalistische und sozialistische Elemente vertreten seien.

Eine Gefahr für die neue Freiheit in Europa sei der überall entstehende Nationalismus. Eppler setzte sich dafür ein, den Nationalismus von oben (Europa) und von unten (Regionen) zu bekämpfen. Er selbst fühlte sich mindestens ebenso sehr als Schwabe wie als Deutscher und Europäer. Er schlug die Heranführung der Warschauer-Pakt-Staaten über den Europarat an eine erweiterte Europäische Gemeinschaft und die Übertragung von Kompetenzen des Nationalstaats in Ökonomie, Ökologie und Militär auf Europa, sowie in Kultur und Verwaltung an die Regionen vor.

Eppler warnte vor der „Siegerpose der Deutschen“, denn diese werde ihnen in Europa sehr übel genommen. Sie müssten lernen, als großes Volk miteinander und mit anderen so umzugehen, dass man sie als Nachbarn annehme. Die Deutschen müssten das „Auf und Ab zwischen Überhebung und Erniedrigung“ überwinden. Er glaubte der Behauptung der Regierung, der Umbruch in der DDR sei „garantiert gratis“, nicht.¹⁴⁰⁴

¹⁴⁰¹ Vgl. Der Golf-Krieg darf nicht der Maßstab für alles Künftige sein. Gespräch mit Erhard Eppler (SPD) zur Blauhelm-Diskussion, zum SED-SPD-Papier, zum Verhältnis Linke und Einheit, FR, 31.5.1991.

¹⁴⁰² Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll vom Parteitag Berlin 27.-28.9.1990, S. 101-105.

¹⁴⁰³ Vgl. „Systemvergleich vorbei – Nun muß ökologisch gewirtschaftet werden“. Eppler im Reinoldisaal zur deutschen Einigung, Westfälische Rundschau, 26.10.1990.

¹⁴⁰⁴ Vgl. Eppler, Erhard, Osteuropa, 90. Deutscher Katholikentag, Berlin 25.5.1990, S. 1-8.

Er führte Anfang 1990 aus, dass es bisher bei den größeren politischen Kräften den Konsens gegeben habe, dass deutsche und europäische Einigung zusammengehörten, dass die deutsche Einheit in eine europäische Friedensordnung eingebettet sein solle. Da allerdings die Menschen in der DDR nicht warten wollten, bis die europäische Ordnung bereit zur Aufnahme eines vereinten Deutschland sei, mache nun nicht die europäische Dynamik die Einheit möglich, sondern die deutsche Dynamik erfordere und beschleunige die europäische Einigung. Aufgrund dieser Situation werde die Einbettung der deutschen Einheit in eine europäische Ordnung immer mehr Aufgabe der Deutschen.

Eppler plädierte dafür, dass Deutschland dem übrigen Europa Angebote mache, damit es langfristig seinen Platz in einem friedlichen Europa finde, so dass seine Nachbarn dies akzeptieren könnten. Er verlangte dazu auch die freiwillige militärische Verkleinerung eines stärker werdenden Deutschland und die Aufnahme des Verbots von ABC-Waffen sowie der Akzeptanz der Oder-Neiße-Grenze in die Verfassung. Er ging davon aus, dass ökonomische Machtpotentiale wichtiger würden als militärische. Politisch wichtig sei, in die künftige Verfassung festzuschreiben, dass das künftige Gesamtdeutschland kein souveräner Nationalstaat alter Art, sondern ein wichtiger Baustein Europas sei, die bundesdeutsche Friedenswilligkeit und Friedensfertigkeit sowie die Bereitschaft, Souveränitätsrechte an ein vereintes Europa abzutreten, einschließlich des Rechts der Kriegsführung.

Er forderte ebenso, mit Polen über eine Sicherheitspartnerschaft zu diskutieren. Eine Angleichung der deutschen und der polnischen Truppenstärke würde zwar in der NATO vor allem von den USA kritisch bewertet, beruhige aber die Europäer. Es liege im deutschen Interesse, die Sowjetunion als Teil der europäisch-westlichen Welt zu behandeln. Schließlich habe Gorbatschow die sowjetische Rivalität zur USA und zur NATO aufgegeben.

Eppler schlug vor, über die bundesdeutsche NATO-Mitgliedschaft nachzudenken. Neutralität sei ein Rückschritt. Es sei eine „schreckliche Missachtung der Gestaltungschancen“ der Bundesrepublik nun, da sich die UdSSR eine NATO-Mitgliedschaft vorstellen könnte, auf einer praktisch unveränderten NATO mit der DDR zu bestehen.

Er sah die Gefahr, dass die deutsche Grenze nach Osten die Wohlstandsgrenze werde. Dies könne zum erneuten Auftreten von Vorurteilen wie der Wirtschaftsunfähigkeit der Polen oder Ressentiments gegen die reichen Deutschen, die den verlorenen Krieg letztlich gewonnen hätten, führen. Deutschland müsse deutlich machen, dass der Ostblock eine gemeinsame Aufgabe der gesamten europäischen Gemeinschaft sei. Durch Assoziierung sollten diese Länder möglichst schnell Vollmitglied der Europäischen Gemeinschaft werden. Als Signal der Zuwendung zu Osteuropa müsse Berlin Hauptstadt werden. Auch der Nord-Süd-Dialog war seiner Einschätzung nach eine Chance für Deutschland. Vielleicht werde die deutsche Einheit, wenn deren Chancen richtig genutzt würden, für Europa kein Unzweck,

sondern ein notwendiger Anstoß zur Selbstbesinnung und Beschleunigung der europäischen Einheit.¹⁴⁰⁵

Zur künftigen außenpolitischen Rolle des vereinten Deutschlands betrachtete Eppler im Frühjahr 1990 auch eine Doppelmitgliedschaft Deutschlands (NATO, Warschauer Pakt) als „Geburtsstunde eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems“ als interessant. Auch wenn ein vereinigtes Deutschland nicht bereit sei, Mitglied des Warschauer Pakts zu werden, konnte er sich ein besonderes Vertragsverhältnis Deutschlands zum Warschauer Pakt vorstellen. Er plädierte für eine deutsch-polnische Sicherheitspartnerschaft als Einstieg in eine gesamteuropäische Friedensordnung. Trotz der völkerrechtlichen Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze bleibe diese die „empfindlichste, sensibelste Grenze in Europa“. Die in der Verfassung festgelegte Abgabe von Souveränitätsrechten an Europa helfe den Deutschen, ihren Platz in Europa zu finden. Für ihn war es für ureigenstes deutsches Interesse, dass die deutsche Republik eine europäische Republik sein wolle, ihre militärische Bedeutung kleiner sei als die der Bundesrepublik für die NATO bzw. die der DDR für den Warschauer Pakt und die Blöcke überwunden werden.¹⁴⁰⁶

Eppler sah den Beitritt der Warschauer-Pakt-Staaten zur NATO als den einfachsten Weg zu einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem an. Die Sowjetunion wollte seiner Einschätzung nach keine Block-Konfrontation mehr und werde fast allem zustimmen, was nicht wie eine Kapitulation aussehe und den Vorwurf bestätige, nun werde der Zweite Weltkrieg nachträglich verloren. Möglich sei auch ein Deutschland, das der NATO angehöre und ein genau definiertes Vertragsverhältnis zum Warschauer Pakt eingehe, bis die Blöcke in ein europäisches Sicherheitssystem mündeten.¹⁴⁰⁷

Er kritisierte, dass im Rückblick der unblutige Verlauf der Umwälzungen in der DDR und im restlichen Ostblock selbstverständlich erscheine. Man habe die eigenen damaligen Befürchtungen ebenso vergessen wie den Wandel und den Abbau von Feindbildern durch die Annäherung. Letzteres habe sich auch bei den Gesprächen der Grundwertekommission mit den Gesellschaftswissenschaftlern der SED gezeigt. Das Abtreten der SED ohne Blutvergießen sei deren „größte Leistung.“ Der Wandel durch Annäherung und die Annäherung durch Wandel hätten funktioniert:¹⁴⁰⁸

„Sollte es stimmen, was einer der Berater Gorbatschows behauptet hat, daß erst die deutsche Friedensbewegung dem ZK der KPdSU den Mut gab, Gorbatschow zum Generalsekretär zu wählen,

¹⁴⁰⁵ Vgl. ders., Deutsche Einheit und europäische Einigung, in: Aktuelle Gespräche 1990 (Sept.) Nr. 3 (S.16-18), S. 16-18.

¹⁴⁰⁶ Vgl. ders., Die Deutschen in Europa, Dresden, 26.4.1990 (22 S.), S. 13-21.

¹⁴⁰⁷ Vgl. ders., Deutsche, hört die Signale! Warum wir der Sowjetunion entgegenkommen müssen, DS, 29.6.1990.

¹⁴⁰⁸ Vgl. ders., „Der Wandel durch Annäherung hat funktioniert“, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), das Undenkbare denken. Festschrift für Egon Bahr zum siebzigsten Geburtstag, Baden-Baden 1992 (S. 227f.), S. 227f.

dann wäre Egon Bahrs These auch in ihrer Umkehrung bestätigt: Annäherung geschah auch durch Wandel, in diesem Fall Wandel bei uns selbst.¹⁴⁰⁹

EPPLERS AUSEINANDERSETZUNG MIT DEM SPD-SED-PAPIER UND DER DEUTSCHEN EINHEIT

Eppler betrachtete sich 1990 als Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission als den Hauptverantwortlichen für das SPD-SED-Papier. Er überlegte, ob es richtig gewesen sei, mit einer „so maroden SED“ noch über Ideologie zu sprechen und sagte zum ersten Mal öffentlich, was damals die Gespräche mit der SED in einem Eklat hätte enden lassen:¹⁴¹⁰

„Dies war die offensivste Form von Ostpolitik, die jemals versucht wurde. Bei allen anderen Gesprächen und Verhandlungen blieb ausgespart, was wir anpackten: die Ideologie des Marxismus-Leninismus. Diese Ideologie, ihr Wahrheitsanspruch legitimierte das Machtmonopol der SED. Hier lag die empfindlichste Stelle der SED. Hier setzten wir an.“¹⁴¹¹

Eppler erklärte, dass sich bei der Arbeit am gemeinsamen Papier über Ideologien und gemeinsame Sicherheit herausgestellt habe, dass die gängige Imperialismustheorie sich mit gemeinsamer Sicherheit nicht vereinbaren ließe, denn Frieden könne man nicht mit einem System organisieren, das man für friedensunfähig, weil imperialistisch, halte. Auch die alte Lehre von der Koexistenz habe keine Antwort gegeben, solange sie nur Stillstand der Waffen bei Fortsetzung des Kampfes mit allen Mittel außer den Waffen sei. Damit sei die Ideologie des Marxismus-Leninismus in ihrem Kern in Frage gestellt worden.

Das Papier werde vor allem aufgrund der Formulierung, dass sich die Hoffnung nicht auf die Abschaffung eines Systems durch das andere richten könne, kritisiert. Doch hätte nach Epplers Ansicht der Versuch, ein System von außen abzuschaffen, zur Auslöschung Europas führen können. Daher sei damals festgestellt worden, dass Änderungen nur von innen geschehen könnten, was auch geschehen sei. Sein Hinweis am 17. Juni, dass keine Seite die andere daran hindern könne, sich selbst zugrunde zu richten, sei in der DDR, auch von Honecker, so verstanden worden: „Euch ist nicht mehr zu helfen“. Die Weigerung des Politbüros im Oktober 1987 das Papier zu verwirklichen, habe endgültig bewiesen, dass der Umbruch in der DDR nur noch gegen die SED und über sie hinweg möglich sei. Dies habe er am 17. Juni gesagt. Doch der Einbruch sei früher gekommen, als er erwartet habe.

Da die SED den Forderungen nach offenem Dialog und Aufgabe des Monopolanspruchs auf Wahrheit und Macht, denen sie zugestimmt hatte, nicht verwirklichen wollte, habe die SPD sie angemahnt und eingeklagt, „erst höflich, dann massiv und schließlich polemisch.“ Eppler verwies auf seine Anmahnung dieser Forderungen 1988 in Potsdam zum Jahrestag des Toleranzedikts von 1685¹⁴¹² und auf seine Präzisierung am 17. Juni 1989, dass Dialog nur unter Gleichberechtigten möglich sei.

¹⁴⁰⁹ Ebd., S. 227.

¹⁴¹⁰ Vgl. ders., Die Deutschen in Europa, Dresden, 26.4.1990, S. 6.

¹⁴¹¹ Ebd., S. 6.

¹⁴¹² Vgl. S. 269-271 des vorliegenden Textes.

Für ihn war es fast ein „Wunder“ und keinesfalls selbstverständlich, dass der Umsturz ohne ein einziges Todesopfer gelungen sei. Gründe für die Friedfertigkeit der Revolution seien vor allem die „unbeugsame, eingeübte Friedfertigkeit der Demonstranten“ aus der christlichen Friedensbewegung, Gorbatschows Äußerung bei seinem Berlin-Besuch, dass sowjetische Soldaten keinesfalls eingreifen würden und dass der Umbruch nicht nur außerhalb und gegen die SED, sondern auch in ihr stattgefunden habe. Ein unblutiger Umbruch in der DDR sei nur möglich gewesen, weil die Integration von SED-Leuten in eine neue politische Ordnung etwa als „oppositionelles Korrektiv“ denkbar gewesen sei. Nachträglich war Eppler der Meinung, dass aufgrund ähnlicher Überlegungen manche Kirchenführer die Grundwertekommission auch dann zu weiteren Gesprächen ermutigt hätten, wenn diese die „Nase voll“ gehabt habe, so wie bei ihm gerade 1988. Die Grundwertekommission habe keinen Schritt ohne Abstimmung mit den DDR-Kirchen getan. Das SPD-SED-Papier sei nach dem Rat kritischer Köpfe in der DDR-Kirche vereinbart worden, die es für „hilfreich und nötig“ zur Erlangung des inneren Dialogs in der DDR gehalten hätten. Er lehnte es ab, dass Leute, „die sich nie um die DDR gekümmert haben, sich jetzt darüber ereifern.“¹⁴¹³

Eppler betonte, dass es sich bei dem Streitpapier nie um eine Verbrüderung zwischen beiden Parteien gehandelt habe. Das Papier habe der Opposition als „Waffe“ für Veränderungen und letztlich zur Durchführung der friedlichen unblutigen Revolution gedient. Durch die Gespräche habe ein Umbruch in der SED begonnen. „Grotesk“ fand er die Angriffe der Union auf die SPD wiederum aufgrund der nichtexistierenden Kontakte der Union zu den Kirchen der DDR im Gegensatz zur SPD.¹⁴¹⁴

Eppler wies auch die Vorwürfe der CDU/CSU zurück, dass sich die Sozialdemokraten in der DDR 1946 nicht energisch genug der Zwangsvereinigung mit der KPD zur SED widersetzt hätten. Die Parteiführung unter Kurt Schumacher habe eine Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs abgelehnt, da dafür bei allen Beteiligten die Achtung der Menschen- und Bürgerrechte und der Regeln der parlamentarischen Demokratie die Voraussetzung sein müssten. Die durch das SPD-SED-Papier ausgelöste Ideologiediskussion bis in den letzten SED-Ortsverein habe zu einem Klärungsprozess geführt zwischen „Betonköpfen“ und Reformern in der SED.¹⁴¹⁵

Er verteidigte die SPD-SED-Gespräche als die „offensivste Form der Ostpolitik“. Es sei eine nützliche „Waffe“ für die DDR-interne Opposition gewesen.¹⁴¹⁶ In dem Papier sei unterstellt

¹⁴¹³ Vgl. Eppler, Erhard, Die Deutschen in Europa, Dresden, S. 6-11.

¹⁴¹⁴ Vgl. SPD wehrt sich gegen Vorwürfe einer Verbrüderung mit Kommunisten, in: ppp, 41. Jg. Nr. 133 (16.7.1990) (S. 5), S. 5, Dep. Eppler 22.

¹⁴¹⁵ Vgl. Eppler weist Unionsvorwürfe zu SPD/KPD-Vereinigung zurück. Utl.: CDU/CSU fordert von Sozialdemokraten Entschuldigung für „dunkle Seiten ihrer Geschichte“, ddp, 16.7.1990.

¹⁴¹⁶ Vgl. Eppler: SPD-Kontakt mit SED half DDR-Opposition. ‚Dauergespräche demontierten Feindbilder‘, Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 17.7.1990. Eppler verteidigte das SPD-SED-Papier auch in einem Leserbrief: vgl. Eppler, Erhard, Vorzüge des „gemeinsamen Papiers“, FAZ, 31.1.1994.

worden, dass es ein kommunistisches System gebe. Da dieses nun nicht mehr existiere, sei auch das SPD-SED-Papier gegenstandslos.¹⁴¹⁷

Im Juni 1992 diskutierte die Grundwertekommission über die Wirkungsgeschichte des SPD-SED-Papiers. Eppler verwies auf die drei Intentionen des gemeinsamen Papiers: Differenzen markieren (Löwenthals Anliegen), Konsequenzen der „gemeinsamen Sicherheit“ für die Ideologie und für die ideologische Auseinandersetzung (besonders sein Anliegen) und das Bemühen um Entspannung mit der Auseinandersetzung zu ideologischen Fragen zu ergänzen (besonders Meyer und Strasser). Im Papier zur Wirkungsgeschichte des SPD-SED-Papiers dominiere der dritte Aspekt, der wichtigste in der gegenwärtigen Auseinandersetzung. Es fehle ein Hinweis auf das Kapitel im SPD-SED-Papier über die Differenzen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Er schlug vor, statt sich für das SPD-SED-Papier zu entschuldigen, die ideologische Abgrenzung dort darzustellen.

Er unterstrich, dass die Ostpolitik zum Abbau des Feindbildes vom revanchistischen Deutschland in den ehemals kommunistischen Staaten beigetragen und damit eine Stütze der östlichen Regime erschüttert habe. Es sei außerdem schwierig gewesen, die Stärke der DDR-Opposition richtig einzuschätzen. Eppler überarbeitete den Text redaktionell.¹⁴¹⁸

Im Juli 1992 erklärte er in der Bilanz der Grundwertekommission zum Streitkultur-Papier, dass im Rückblick viel dafür spreche, dass die Spannungen und Ängste des Kalten Kriegs die sowjetische Vorherrschaft in Zentral- und Osteuropa begünstigt hätten. Vor allem aufgrund des Feindbildes vom „revanchistischen Deutschland“ hätten sich viele Ostblockvölker mit der sowjetischen Herrschaft als dem kleineren Übel abgefunden.

Den ursprünglich sozialdemokratischen Gedanken, durch eine Politik der Annäherung das Leben der Menschen im Kommunismus zu erleichtern, hätten bis spätestens 1982 alle politischen Parteien der Bundesrepublik übernommen. Er betonte, dass keine politische Partei in Deutschland mit einem raschen Zusammenbruch der DDR oder gar des kommunistischen Weltsystems gerechnet habe. Es habe Einigkeit bestanden, dass jeder gewaltsame Versuch zu Veränderungen von außen zu einer sowjetischen Invasion und damit einem Atomkrieg führen könne. Erst Gorbatschows neues Denken habe die Ost-West-Politik nachhaltig verändert. Diese Politik war nach Epplers Einschätzung ohne den Beitrag der Ost- und Entspannungspolitik zur Lockerung der Blockbindung im Warschauer Pakt und zur Lösung der sowjetischen Führung aus ihrer Fixierung auf den kapitalistischen Feind nicht denkbar. Es

¹⁴¹⁷ Vgl. Der Golf-Krieg darf nicht der Maßstab für alles Künftige sein, FR, 31.5.1991.

¹⁴¹⁸ Vgl. Protokoll der Sitzung der Grundwertekommission, 5.6.1992 (6 S.), S. 1-4, Dep. Eppler 23. Eppler erklärte die verschiedenen Interessen an Gesprächen rückblickend so: Die SED habe mit dem SPD-SED-Papier dem Frieden bei allem Streit Priorität einräumen wollen. Teile der SED-Delegation hätten durch das Papier die SED verändern wollen. Ziele der Grundwertekommission seien eine klare Abgrenzung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten (vor allem Löwenthal), die Aufgabe oder Neuinterpretation des Begriffs Koexistenz durch die SED (vor allem Eppler) und über eine Streitkultur zwischen beiden Systemen eine freie Diskussion im kommunistischen System

habe das politische Klima in Osteuropa verändert, die Dissidentenbewegungen begünstigt und den Führungswechsel in der Sowjetunion erleichtert, dass von den Deutschen wichtige Initiativen ausgegangen seien, etwa die Verleihung des Friedensnobelpreises an einen Deutschen und die starke deutsche Friedensbewegung.

Der fast überall gewaltlose Umbruch im Osten war für Eppler ein Ergebnis des durch die Entspannungspolitik veränderten Klimas. Allerdings sei damals der Eindruck entstanden, die SPD entscheide sich bei der Wahl zwischen Frieden und Menschenrechten gegen die Menschenrechte. Nach seiner Ansicht wäre das Drängen auf beide Fragen in den späteren Phasen der Entspannungspolitik eher möglich gewesen als zu ihrem Beginn.

Er gestand zu, dass Teile der SPD aus den Erfolgen der eigenen Ostpolitik die Konsequenzen nicht rasch und entschieden genug gezogen hätten. Sie hätten zu spät die Bewegung in den Gesellschaften Mittel- und Osteuropas wahrgenommen und dass außer den Kontakten zu Staat und Partei auch die zu den entstehenden Bürgerbewegungen hätten treten bzw. intensiviert werden müssen. Viele Akteure der SPD-Ostpolitik, aber ebenso die Bundesregierung und die meisten anderen westlichen Regierungen, hätten sich zu sehr daran gewöhnt, dass Fortschritte in den Ost-West-Beziehungen und Erleichterungen für die Menschen im Osten nur zu erreichen seien, wenn jegliche auch angebliche „Destabilisierung“ unterlassen werde und zu wenig eine „Arbeitsteilung“ zwischen Kontakten zur Opposition und zur Staatsmacht vollzogen.

Die SPD hatte nach seiner Meinung 1987 ihrer zwischenstaatlichen Kooperationspolitik mit dem SPD-SED-Papier eine offensive Auseinandersetzung mit dem anderen Gesellschaftssystem hinzugefügt, die benannt habe, was sozialdemokratischem Verständnis von Menschenwürde, Demokratie und Gerechtigkeit dort widerspreche.

Die SPD argumentierte nach Epplers Darstellung im gemeinsamen Papier stellvertretend für die westliche Demokratie und nur, wo es unvermeidlich gewesen sei, als Partei, die mit der SED über die Definition von Sozialismus gestritten habe. Im SPD-SED-Papier sei der Begriff der friedlichen Koexistenz neu interpretiert und damit eine zentrale Position der kommunistischen Ideologie aufgegeben worden. Allerdings klänge die Forderung, dass man nicht auf die Abschaffung eines Systems durch das andere hoffen dürfe nach der eigenen Abschaffung des reformunfähigen Systems unrealistisch.

Dass die Reformen so rasch zur Selbstaufgabe des Systems führten, hatte nach Epplers Auffassung niemand geahnt. Das SPD-SED-Papier habe eine neue Phase der Entspannungspolitik eingeleitet, in der auf westlicher Seite intensive und offene Kontakte zur DDR-Opposition mit Billigung der SED und der offene Streit über Menschenrechte, Demokratie und Pluralismus möglich geworden seien. Das Papier habe den „Kern des kommunistischen

(vor allem Meyer, Strasser) gewesen; vgl. Protokoll der 52. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, S. 774f.

tischen Credos“ berührt, denn nun habe der Imperialismus als friedensfähig gegolten, und die SED habe im SPD-SED-Papier ihr geschlossenes Geschichtsbild aufgegeben. Auch habe das Papier implizit westliche Demokratievorstellungen enthalten, denn über den friedlichen Wettbewerb der Systeme hätten nur die von den Systemen betroffenen Menschen Schiedsrichter sein können. Es habe von den Machthabern der SED verlangt, die offene Diskussion in ihrem Machtbereich zu fördern. Die Grundwertekommission habe deutlich gemacht, dass der SPD-SED-Dialog auf Dauer nur möglich sei, wenn der Dialog in der DDR beginne.

Fast alle Beobachter im Westen und in der DDR hätten erkannt, dass die SED-Führung mit dem Konzept der gemeinsamen Streitkultur fast alle ihre zentralen Dogmen aufgegeben habe. Nach dem Papier gab es nach Eplers Überzeugung auch für die SED keine andere Legitimationsgrundlage als die Zustimmung ihres Volkes. Dies sei möglich geworden „in einem einmalig günstigen Augenblick“, denn die SED-Führung sei unschlüssig gewesen, wie weit sie sich Gorbatschows Reformkurs anschließen solle und habe die wachsende Kooperation mit dem Westen notwendig gefunden. Für die westliche Seite sei entscheidend gewesen, dass die Friedens- und Entspannungspolitik durch die offene Auseinandersetzung um Menschenrechte, Demokratie und Pluralismus ergänzt und die Kontakte zu den oppositionellen Kräften in der DDR und in Osteuropa ausgeweitet werden konnten.

Epler glaubte, dass die Oppositionsgruppen in der DDR das Papier als Versuch begrüßt hatten, auch die SED zu Gorbatschows Reformpolitik zu bewegen und künftig die Ansätze Friedenssicherung und Menschenrechte glaubwürdig miteinander zu verbinden. In der Bundesrepublik sei sich selbst die konservative Presse über die positiven Wirkungen des Papiers weitgehend einig gewesen. Trotz Kritik sei das Papier im allgemeinen gerade im Interesse der Bürgerrechtsbewegung als nützlich betrachtet worden.

In der SED hatte das Papier nach Eplers Ansicht den Diskussions- und Legitimationsdruck verstärkt und zur innergesellschaftlichen und innerparteilichen Isolation des kleinen reformfeindlichen Kerns der SED-Führung beigetragen. Er hielt Rolf Reißigs und Manfred Uschers Darstellung für richtig, dass die Verunsicherung in der SED aufgrund des SPD-SED-Papiers dazu beigetragen habe, das dogmatische Selbstvertrauen der SED zu brechen, so dass den Befürwortern einer „chinesischen Lösung“ im Herbst 1989 die Unterstützung der Mehrzahl der SED-Mitglieder gefehlt habe. Die Grundwertekommission habe damals klar gestellt, dass ihre Bereitschaft zur Fortsetzung des Dialogs mit der SED-Führung vom inneren Dialog in der DDR abhänge. Der intensiv erwogene Abbruch der Gespräche sei aufgeschoben worden, da die SPD dann keine Möglichkeit eines Einwirkens auf die SED-Führung mehr gehabt hätte, was die Verhältnisse in der DDR zu Lasten der Menschen und der Opposition weiter verschlechtert hätte. Nach Eplers Empfinden hatte er den Abbruch praktisch als

Vorsitzender der Grundwertekommission am 17. Juni 1989 vollzogen, als er die SED-Führung als Gesprächspartner abgeschrieben habe.

Nach seiner Auffassung war das kommunistische System an der „doppelbödigen Strategie“, außenpolitisch das Feindbild zu entschärfen und es innenpolitisch als Legitimationsbasis zu erhalten, gescheitert. Die deutsch-deutsche Entspannungspolitik hätte besondere Schwierigkeiten berücksichtigen müssen: die größere Reformfeindlichkeit der SED-Führung im Vergleich zu anderen kommunistischen Parteien und die fehlende eigenständige nationale Tradition. Die These, dass durch massive Unterstützung der Oppositionellen und eine frühe Abgrenzung von der SED deren Herrschaft schneller zusammengebrochen wäre, hielt Eppler für falsch. Mit der Fluchtbewegung habe das Ende der DDR begonnen. Die Verunsicherung des Politbüros durch den Gorbatschow-Kurs, die Diskussion in der SED und die Friedlichkeit der Demonstrationen habe den vorbereiteten Gewalteintritt in Leipzig verhindert. Er gestand, dass die Grundwertekommission die SED in den achtziger Jahren ernster genommen habe, als sie rückblickend zu nehmen gewesen sei. Dennoch sei das SPD-SED-Papier kein Irrtum gewesen. Ein Blutbad beim Umbruch wäre nicht abzuwenden gewesen, wenn es 1989 nur eine Bewegung gegen die SED, nicht aber auch in der SED gegeben hätte, wozu das SPD-SED-Papier beigetragen habe.¹⁴¹⁹

1992 befürworteten der damalige Vorsitzende der Grundwertekommission, Wolfgang Thierse, der ehemalige SPD-Fraktionsvorsitzende der freigewählten DDR-Volkskammer, Richard Schröder und auch Eppler das gemeinsame Papier.¹⁴²⁰

Epplers Gründe für die SPD-SED-Gespräche waren sein Eindruck, dass seit den fünfziger Jahren der Westen dem Osten, besonders die Bundesrepublik der DDR, in fast allen Bereichen überlegen sei und bei den Gesprächen somit nicht die Bundesrepublik, sondern die DDR ein Risiko eingehe. Denn die DDR habe sich mit dem Feindbild Bundesrepublik die eigene Existenzberechtigung gegeben. Aufgrund der Forderung der SPD, dass die DDR auch mit den eigenen Bürgern reden müsse, hätten seine kirchlichen Gesprächspartner seine Gespräche gewollt. Sie hätten ihm 1988 zur Weiterführung der Gespräche geraten, als er diese habe abbrechen wollen, weil bei einem Abbruch der Gespräche eine Berufung auf das Papier erschwert bzw. unmöglich gemacht worden wäre.¹⁴²¹

Nach Epplers Auffassung war der Beginn der SPD-SED-Gespräche durch die SED nicht für die SPD riskant, denn die Legitimationsbasis der Bundesrepublik sei keine Ideologie,

¹⁴¹⁹ Vgl. Eppler, Erhard, Kein Anlaß zur Scham. Das Streitkultur-Papier von SPD und SED. Fünf Jahre danach, 4.7.1992, (22 S.), S. 1-22, Dep. Eppler 22; vgl. die leicht abgeänderte Form: Vorstand der SPD, Sekretariat der Grundwertekommission (Hrsg.), Materialien. Trotz allem – hilfreich. Das Streitkultur-Papier von SPD und SED. Fünf Jahre danach. Eine Stellungnahme der Grundwertekommission vom August 1992; vgl. auch den Abdruck des Textes: Das SPD-SED-Papier in der Rückschau, DA Nr. 10 1992 (S. 1100-1108).

¹⁴²⁰ Vgl. SPD rechtfertigt gemeinsames „Streitpapier“ mit der SED, dpa, 25.8.1992; vgl. SPD: Gemeinsames Papier mit der SED war hilfreich, ddp, 25.8.1992.

sondern die freie Wahl. Doch für die SED hätte jedes falsche Wort eine Erosion in der Machtgrundlage des Staates bewirken können. Die Gespräche seien interessant gewesen, denn in der SED habe es Differenzierungen gegeben: einige hätten fest den Marxismus-Leninismus vertreten (z.B. Reinhold), einige hätten manches ähnlich machen wollen wie die SPD (z.B. Reißig) und die größte Gruppe der Professoren hätte ihren Titel Linientreue verdankt.

Eppler erklärte weiter, dass er erst vor kurzem von der neunstündigen Diskussion im SED-Politbüro über das SPD-SED-Papier erfahren habe und von den vielen Gegnern im Politbüro, vor allem Mielke. Honecker habe das Papier befürwortet, wohl auch, weil er kurz vor seinem Bonn-Besuch einen Eklat vermeiden wollte.

Eppler hielt die deutsche Einheit für richtig. Es könne über Tempo, Form und Methode des Prozesses diskutiert werden, nicht aber über das „ob“. Er habe diejenigen, die an der Unvermeidbarkeit der deutschen Einheit gezweifelt hätten, nicht für realistisch gehalten.¹⁴²²

Das Politik am Ende sei, wo die Sprache nicht mehr Regierende und Regierte verbinde, wie in der DDR, konnte nach seiner Meinung auch in der Bundesrepublik passieren. Egon Krenz habe nach Honeckers Absetzung in seiner Antrittsrede nicht aus dem von der „SED vorgeschriebenen marxistisch-leninistisch genormten Jargon“ ausbrechen können. Von dieser Sprache hätten die Menschen für sich nichts wichtiges mehr erwartet.¹⁴²³

Die Einheit wurde für Eppler dadurch garantiert, dass das Volk sie erzwungen hatte und nicht wie zu Bismarcks Zeiten ein einziger starker Mann. Es sei eine „gewaltige Leistung“, dass die Ostdeutschen mit ihrer konsequenten Gewaltlosigkeit die Gewalt der Staatsmacht vermindert hätten, und demonstriert hätten, ohne zu wissen, ob geschossen werde.¹⁴²⁴

Er lehnte die SED-Nachfolgepartei PDS ab. Gegen seine Ansicht, die PDS habe sich mit der versuchten Anlehnung an die Sozialdemokratie für einen „verlogenen Versuch der Selbstrettung“ entschieden und sei überflüssig,¹⁴²⁵ wehrte sich Gregor Gysi 1991.¹⁴²⁶

Für Eppler war die PDS eine Partei mit „Geburtsfehler“. Sie wolle sowohl an die Tradition einer undemokratischen Partei anknüpfen als auch in der Demokratie gleichberechtigt mitspielen. Doch könne in Deutschland keine Linke regierungsfähig bleiben, die sich mit dem gescheiterten Experiment des DDR-Sozialismus in Verbindung bringen lasse.¹⁴²⁷

¹⁴²¹ Vgl. Protokoll der 52. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, S. 774-776.

¹⁴²² Vgl. Eppler, Erhard, „Im Gespräch“ mit Dr. Dr. h.c. Erhard Eppler am 12. November 1997, S. 100, S. 108-111.

¹⁴²³ Vgl. ders., Die politische Sprache und die Krise der Politik, S. 22.

¹⁴²⁴ Vgl. Schirge, Eva-Maria, Zwei Städtepartner zelebrieren die Einheit. Eppler schildert Gegensätze zwischen Potsdam und Bonn, Kölner Stadt-Anzeiger, 4.10.2000.

¹⁴²⁵ Vgl. SPD übt Selbstkritik an ihrer Haltung zur Einheit. Grundlagenpapier zu „Deutschland als Aufgabe“ vorgestellt, Der Tagesspiegel, 23.5.1991.

¹⁴²⁶ Vgl. „Machtpolitik bestimmt die Überlegung“. Die PDS und das gemeinsame Papier von SPD und SED / Gysi antwortet Erhard Eppler, FR, 28.5.1991.

¹⁴²⁷ Vgl. Eppler, Erhard, Eine Partei mit Geburtsfehler, ND, 20.11.1998.

Er plädierte dafür, ehemalige Kommunisten, die aus dem Scheitern ihrer Ideologie gelernt hätten, in die Demokratie zu integrieren. Aufgrund von Fehlern bei der deutschen Einheit wie der vergifteten Atmosphäre zwischen SPD und CDU wegen der „SPDSPDSPDS-Plakate“ der CDU 1990 und der Wahrnehmung der Vereinigung als Aufgabe der Verwaltung und nicht der Politik habe die PDS, die er als eine Fehlkonstruktion betrachtete, eine Chance bekommen, die sie aus eigener Kraft nicht gehabt hätte. Er glaubte nicht, dass sich die PDS einerseits zu einer undemokratischen Tradition bekennen und andererseits nun all das fordern könne, was die undemokratische SED 40 Jahre lang als Irrtum bestraft habe. Die SPD solle allerdings gegenüber den einzelnen SED-Mitgliedern wesentlich großzügiger sein als gegenüber der SED-Nachfolgepartei.¹⁴²⁸

Eppler empfand den Kirchentag im Ruhrgebiet 1991 als Klammer zwischen Ost- und Westdeutschen. Das deutsch-deutsche Zusammenwachsen sei das wichtigste Thema des Kirchentags gewesen.¹⁴²⁹ Der Themenbereich des Kirchentages „Die Deutschen in Europa – Bereit zum Miteinander?“ sei sehr wichtig. Er schlug vor zu fragen, was die Deutschen als Europäer mit der Einheit machten, warum der Graben zwischen den Menschen in Ost und West, auch in der Kirche immer tiefer werde. Die Deutschen seien es ihren Nachbarn schuldig, sich dem „nationalen“ Thema zu stellen. Die Westdeutschen sollten sich um Verständnis gegenüber dem Ostdeutschen bemühen.¹⁴³⁰

Im Mai 1991 stellte Eppler als Vorsitzender der Grundwertekommission das Papier DEUTSCHLAND ALS AUFGABE über das Ende der deutschen Teilung vor. Es wurden die „krassen Fehleinschätzungen“ der Bundesregierung und ihre falschen Versprechungen kritisiert. Sie habe die Menschen moralisch unterfordert. Auch die Sozialdemokratie habe die moralische Aufgabe, die sich aus der deutschen Einheit ergeben habe, nicht überzeugend formuliert. Der Einigungsvertrag sei „schlampig“ ausgearbeitet. Deutschland solle ein Land der Begegnung und Vermittlung werden, trage aufgrund seiner Größe weltpolitische Mitverantwortung und könne auf Dauer keine Sonderrechte für sich beanspruchen.¹⁴³¹

Auf dem SPD-Parteitag im Mai 1991 verabschiedete Eppler sich als SPD-Vorstandsmitglied. Er plädierte in der Hauptstadtfrage eine Volksabstimmung, war allerdings für Berlin. Für Bonn spreche die „normative Kraft des Faktischen“. Für ihn waren manche Argumente für Bonn nicht stichhaltig, etwa, dass Bonn Föderalismus und Berlin Zentralismus bedeute. Er wollte, dass die künftigen Regierenden Deutschlands täglich mit den „schreienden Steinen“ in Berlin konfrontiert werden. Die große Bewährungsprobe der Deutschen, wie Ost und West

¹⁴²⁸ Vgl. ders., Vorsicht vor Nostalgikern! Die Sozialdemokraten sollten gegenüber geläuterten Kommunisten großzügiger sein als gegenüber der PDS, DS, 1.1.1999.

¹⁴²⁹ Vgl. „Kirchentag brachte Neuanfang im Menschlichen“. Interview mit Kirchentagspräsident Erhard Eppler, epd ZA Nr. 108, 10.6.1991.

¹⁴³⁰ Vgl. Die Vielfalt aushalten. Kirchentagspräsident Erhard Eppler in einem RM-Interview, Rheinischer Merkur/Christ und Welt, 31.5.1991.

in Deutschland und in Europa zusammenwachsen, könne nirgendwo besser geschafft werden, als in einer Stadt, die selber erst zusammenwachsen müsste.

Er warnte des Weiteren vor einem deutschen Sonderweg in Form eines negativen Nationalismus, wenn sich die Deutschen zu sehr auf die eigene und auch schreckliche Geschichte fixierten. Die Geschichte gab nach Epplers Auffassung kein besonderes Recht, sondern nur besondere Pflichten. Dazu gehöre, bei militärischen Einsätzen äußerst zurückhaltend zu reagieren und die EG und die UN zu wirksamen Instrumenten des Weltfriedens zu machen.¹⁴³²

Nach seiner Überzeugung hatten die politischen Führungsfiguren bei der deutschen Vereinigung versagt. Die „Fahrlässigkeit“ von Bundeskanzler Kohls Optimismus sei schon 1990 bekannt gewesen. Seine Herausforderer wiederum hätten nicht gesagt, dass die Menschen aus der DDR willkommen seien und die Bundesrepublik – wenn auch mit Opfern - das vorhersehbare Wegbrechen ganzer Wirtschaftszweige im Osten bewältigen werde. So hätten die Menschen im Osten einerseits „menschliche Wärme ohne Redlichkeit“, andererseits „brutale Ehrlichkeit ohne Wärme“ erfahren und seien jetzt oft verbittert.

Darüber hinaus hatten nach Epplers Auffassung weder die Sicherheitspolitiker noch die Friedensbewegung das Ende des Kalten Kriegs, der Konfrontation der Weltmächte und des Rüstungswettlaufs und dass es dafür viele Kleinkriege zwischen Nationalitäten, Stämmen und Religionen gebe, verarbeitet.¹⁴³³

Eppler ging 1995 davon aus, dass sich die Unfähigkeit zur „policy“ am deutlichsten bei der deutschen Vereinigung gezeigt habe. Keine relevante politische Kraft habe die Aufgabe der Vereinigung im strengen Sinn politisch angepackt. Die Frage, wie sich Rechtsordnung, Verwaltungsstrukturen, Wirtschaftsordnung und Lebensverhältnisse im Osten angleichen ließen, sei eher für eine Aufgabe der Verwaltung. Politik, der es um Zusammenwachsen und nicht um Angleichung gegangen wäre, hätte fragen müssen, was die Deutschen in Ost und West aus dem „unvermuteten Geschenk der Vereinigung“ machen sollten und wie das neue Deutschland aussehen solle. Dies hätte viele konkrete Probleme im Osten nicht gelöst, aber vielen Menschen dort das Gefühl der Demütigung und Minderwertigkeit erspart und man hätte der westdeutschen Arroganz leichter begegnen können.

Die politischen Ziele für das gemeinsame Deutschland hätten nach Epplers Meinung nicht sehr anspruchsvoll sein müssen. Es hätte sich als ökonomisch leistungsfähig, weltoffen,

¹⁴³¹ Vgl. Die SPD sieht das Land in Nöten, FAZ, 23.5.1991; vgl. SPD übt auch Selbstkritik wegen Einheit. Grundwertekommission erklärt sich zu „Deutschland als Aufgabe“, FR, 23.5.1991.

¹⁴³² Vgl. Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll vom Parteitag Bremen, 28.-31. Mai 1991, S. 477f., 593-555; vgl. auch Eppler, Erhard, Parteivorstand, Materialien. Berlin oder Bonn? Dokumentation der Debatte über den Sitz von Regierung und Parlament auf dem Bremer SPD-Parteitag, 28.-31.5.1991 (S. 10f.), S. 10f.; ähnlich ders., Sprechende Steine. Warum Berlin Hauptstadt werden soll, DS, 3.5.1991.

¹⁴³³ Vgl. ders., Politik statt Verwaltung, in: Siegfried Unseld (Hrsg.), Politik ohne Projekt? Nachdenken über Deutschland, Frankfurt a. M. 1993 (S. 123-132), S. 129f.

europäisch, kinder- und naturfreundlich definieren können. Sogar das Ziel einer ökologisch sozialen Marktwirtschaft für ganz Deutschland hätte ausgereicht. Psychologisch sei es ein großer Unterschied, ob die Anpassung des einen Teils an den anderen gefordert oder alle aufgerufen würden, gemeinsam Neues zu schaffen, auch wenn dies für die einen „sehr viel neuer“ gewesen wäre als für die anderen.

Den neuen aggressiven Nationalismus verstand Eppler vor allem als Folge des politischen Vakuums. Es gebe keine Projekte oder Visionen, für die sich junge Menschen engagieren könnten. Er schlug vor, gegenüber der autoritätsgläubigen äußersten Rechten die Autorität des Rechtsstaates einzusetzen und die Bekämpfung des Nationalismus durch politische Projekte, die Menschen bewegten:¹⁴³⁴

„Ich halte wenig von der anti-nationalistischen Empörung, den wohlfeilen Warnungen, die zur Pflichtübung vor allem der Linken werden. Sie erreichen die Verführten nicht und bewirken im allgemeinen nur ihre Aufwertung. Sie beweisen, daß man mit nationalistischem Getöse diese Gesellschaft wenigstens noch reizen, verletzen, zum Schreien bringen kann. Und das ermutigt. Ich halte es eher für komisch, daß inzwischen schon die Worte ‚Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein!‘ all das in Gang bringen, was diese jungen Leute in Gang setzen wollen. Wo ist der Politiker, der einmal darauf repliziert: ‚Ach, wie schade, wenn ihr sonst nichts habt, worauf ihr stolz sein könnt, keine Freundin, keinen Fußballverein, keine Gesellenprüfung. Aber wenn ihr schon stolz sein wollt auf euer Deutschsein, dann sorgt mit uns dafür, daß niemand sich als Deutscher schämen muß, weil hier wieder manches von dem geschieht, was schon einmal dieses Land in die Katastrophe führte.‘“¹⁴³⁵

Nach Epplers Einschätzung verlangte gesamtdeutsche Außenpolitik mehr Einfühlungsvermögen in die Empfindungen anderer als die Außenpolitik der Teilstaaten während der Blockkonfrontation. Zwar hätte die deutsche Außenpolitik durch Selbstverständlichkeiten eine Orientierung (Deutschland braucht Europa, kein Zurückfallen Deutschlands in den Nationalismus), doch vermeide Deutschland wichtige Entscheidungen, etwa das Verhältnis Europas zu Russland oder wie es sich bei gegensätzlichen amerikanischen und europäischen Interessen verhalte.

Eppler betrachtete es als falsch, einen ständigen Sitz des vereinten Deutschland im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen anzustreben, denn bei einer Erweiterung des Sicherheitsrates hätten andere Vorrang (Indien, Brasilien, Nigeria). Eine Aufnahme der Bundesrepublik verstärke nur die europäische Übermacht und diese Forderung führe zu Verstimmungen. Er lehnte das „schäbige, typisch neudeutsche Argument“, die Bundesrepublik sei nach den USA der größte Beitragszahler, ab. Er schlug stattdessen vor, auf den Sitz aufgrund der europäischen Überrepräsentation zugunsten anderer Länder zu verzichten und Großbritannien und Frankreich dazu zu drängen, ihre Funktion im Sicherheitsrat immer mehr als Vertreter der Europäischen Union auszuüben.

Er kritisierte, dass die Bundesregierung nie über die Rolle des vereinten Deutschland nachgedacht habe. Auch die Opposition habe kein geschlossenes und gleichzeitig realistisches

¹⁴³⁴ Vgl. ders., Rückgewinnung des Politischen, in: Aktuelle Gespräche 43 Jg. (1995) Nr. 1 (S. 2-8), S. 2-4.

Konzept. Es müsse bei der SPD und noch mehr bei den Grünen der Eindruck entstehen, ihnen käme es vor allem darauf an, dass die deutschen Soldaten nie das tun müssten, was die Bundesrepublik von den Soldaten der europäischen Verbündeten erwarte. Die Opposition habe recht, dass man die Ursachen von Konflikten beseitigen müsse, doch dürfe sich Deutschland nicht vor der Bereinigung längst existierender Konflikte drücken.¹⁴³⁶

Auch später sah Eppler die Gründe für die Fehler bei der deutschen Einheit darin, dass im Westen sehr viele den Einheitsprozess missverstanden hätten als administrative und nicht als politische Aufgabe und die politisch Verantwortlichen keine Diskussion über die Konzepte in West und Ost über das gemeinsame Deutschland begonnen hätten. Zwar hätte dies die Härten der Anpassung an eine Marktwirtschaft nicht vermieden, doch hätte es den Westdeutschen rechtzeitig die damals existierende, aber nicht genutzte Opferbereitschaft abverlangt und dem Osten die schlimmste Demütigung erspart, dass ihnen die „Wessis“ sagten, sie müssten werden wie sie.

Da Eppler davon überzeugt war, dass es schon immer Vorurteile der deutschen Stämme untereinander gegeben habe, waren für ihn die Vorurteile zwischen „Wessis“ und „Ossis“ nicht unbedingt etwas Neues. Gefährlich sei das Gefühl der Deklassierung und die allgemeine Entsolidarisierung durch die neoliberale Ideologie. Das zukünftige Verhältnis zwischen beiden Teilen Deutschlands hänge von der Einsicht ab, dass man Politik nicht durch den Markt ersetzen könne und zu ernsthaften Formen von Politik zurückkehren müsse.

Er ging von einer sich in der Geschichte gründenden deutschen Solidargemeinschaft aus. Die Verantwortung für die Weltkriege und die Kriegsfolgen müssten alle Deutschen tragen, nicht nur ein Teil. Da der eine Teil Deutschlands als Kriegsfolge mehr Glück gehabt habe als der andere, nicht nur ökonomisch, und für die Geschichte und die gemeinsame Zukunft alle zuständig seien, fand er die Diskussion um den Solidaritätszuschlag beschämend.

Das Gefühl der Ostdeutschen, dass die Westdeutschen zuerst an sich denken, könne eine politische Kraft ändern, die gemeinsam akzeptierte gemeinsame Ziele setze. Es müsse wieder Politik geben, kein „fürchterliches Gewurstel“ um Machpositionen. Das würde sich auch unmittelbar auf das Ost-West-Verhältnis und die Stimmung im Ost-West-Dialog auswirken. Für diese Änderungen sei ein Regierungswechsel nötig.¹⁴³⁷

¹⁴³⁵ Ebd., S. 4.

¹⁴³⁶ Vgl. ebd., S. 4-7.

¹⁴³⁷ Vgl. ders., „Im Gespräch“ mit Dr. Dr. h.c. Erhard Eppler am 12. November 1997, S. 100-105, S. 114-116. Eppler erklärte 1993, die politische Führung habe sich maßlos überfordert, als sie sich und dem Volk einzureden versucht habe, aus der bankrotten DDR werde schnell ein reiches Land. Beide großen Lager hätten das Volk unterfordert, da sie keine Antwort gegeben hätten, was alle gemeinsam aus dem unerwarteten Geschenk der Einheit machen könnten; die Regierung habe das Volk unterfordert, da sie die Deutschen nicht rechtzeitig zu den unvermeidlichen Opfern aufgerufen habe; vgl. ders., Forum: Ist die Politik am Ende?, 10.6.1993 (Tonbandnachschrift) (S. 5-10), S. 9, Privatarchiv Eppler. Vgl. auch Geblieben ist ein fürchterliches perspektivloses Gewurstel. Erhard Eppler über das Verschwinden der Politik, FR, 9.12.1996.

1993 äußerte sich Eppler vor der Enquete-Kommission AUFARBEITUNG VON GESCHICHTE UND FOLGEN DER SED-DIKTATUR IN DEUTSCHLAND zu seinem ost- und deutschlandpolitischen Wirken. Er war der Ansicht, dass niemand das friedliche Erreichen der deutschen Einheit vorhergesehen habe und die Deutschen „unglaubliches Glück“ gehabt hätten. Es habe weder die reine Deutschlandpolitik der SPD noch die der CDU die Einheit bewirkt, sondern die Art der Auseinandersetzung zwischen beiden und die dabei aufgebaute Demokratie, die in West und Ost Ängste abgebaut habe, die der Einheit im Wege gestanden hätten.

Nach seiner Überzeugung hatte Gorbatschows Handeln die Gegner und die Befürworter der Nachrüstung in den achtziger Jahren widerlegt. Seine eigenen Ängste vor der Nachrüstung hielt er möglicherweise für genau so falsch wie die damit verbundenen Hoffnungen, weil in der Weltgeschichte häufig Dinge geschähen, an die man nicht gedacht habe, und es nicht darum gehe, wer recht habe.

Eppler erklärte rückblickend zu seinem deutschlandpolitischen Wirken, dass für ihn mit dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik die Fragestellung, die zur Gründung der GVP geführt habe, erledigt gewesen sei. Da er in den folgenden drei Jahrzehnten keine Chance gesehen habe, direkt zur deutschen Einheit zu kommen, habe er sich anderen Aufgaben zugewandt. Er habe jedes Einheitspathos vermieden und es auch kritisiert, aber nie das Recht auf Selbstbestimmung aufgegeben. Er habe immer wieder betont, dass die deutsche Frage so offen sei wie die Weltgeschichte, da seiner Meinung nach Geschichte immer offen sei und dies auch für die deutsche Frage gelte.

Seit dem Frühjahr 1988 sei er davon überzeugt gewesen, dass die SED im Herbst 1987 die letzte Chance vertan habe, die notwendigen Veränderungen selbst zu führen. Dass dabei auch die Existenz der DDR auf dem Spiel gestanden habe, sei ihm im Mai 1989 in der Vorbereitung seiner Rede zum 17. Juni 1989 klar geworden. Für die SED sei die Rede nach den Äußerungen von Staatssekretär Löffler, dem Nachfolger von Klaus Gysi, vor allem deshalb fatal gewesen, weil ein Politiker, dessen Gesprächsbereitschaft man nicht bestreiten konnte, die gesamte SED-Führung vor aller Öffentlichkeit abgeschrieben habe.

Die Zeit zwischen dem 9. November 1989 und dem 3. Oktober 1990 erlebte Eppler mit sehr gemischten Gefühlen. Einerseits hätte sich sein Wunsch auf die deutsche Einheit erfüllt, andererseits hätten Regierung und Opposition viele Fehler gemacht und ihm sei klar geworden, dass sein Appell vom 17. Juni 1989 zu einer gemeinsamen Deutschlandpolitik ebenso nötig wie vergeblich gewesen sei.¹⁴³⁸ Epplers Einschätzungen über sein deutschlandpolitisches Wirken ist auf der Basis der für diese Arbeit ausgewerteten Quellen zuzustimmen.

¹⁴³⁸ Vgl. Protokoll der 52. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, S. 771-777.

DAS ENDE DES KALTEN KRIEGS – WAS IST KRIEG?

Eppler beschäftigte sich in den letzten Jahren stärker mit der Definition von Krieg und militärischen Einsätzen der Bundesrepublik.

Er sah nach dem Ende des Kalten Kriegs die Bedrohung durch viele neue begrenzte, grausame Kleinkriege. Mit der neuen Realität hätte nicht nur die Friedensbewegung, sondern auch die Sicherheitspolitiker Probleme. Schon der Krieg gegen den Irak habe die Friedensbewegung überfordert. Diese sei stark, wo man eindeutig Ja oder Nein sagen müsse. Das einfache Nein im Golfkrieg sei neben der Realität gewesen. Bis zum Zusammenbruch des Kommunismus ging es seiner Darstellung nach der Friedensbewegung und anderen um die Verhinderung des Kriegs, weil ein militärischer Zusammenstoß der Weltmächte Mitteleuropa kaum eine Überlebenschance gelassen hätte. Die Frage sei, was nun zu tun sei, wenn ein Staat einen anderen kleineren, überfalle und annehme und ob es reiche, zum Frieden zu mahnen und dafür zu sorgen, dass Deutsche in einen Konflikt nicht verwickelt würden. Er sah gute Gründe etwa zur Zurückhaltung der Deutschen in Kroatien, doch bedeute dies nicht grundsätzlich deutsche Zurückhaltung.

Nach Eppers Ansicht gefährdeten nun nationalistische Leidenschaften und religiöser Fanatismus den Frieden. Wirksamer als Demonstrationen gegen den Nationalismus, die höchstens das Gewissen der Demonstranten beruhigten, seien gemeinsame Aktionen, etwa der serbischen und kroatischen Friedensbewegung. Vernünftiges Reden einer von außen kommenden Friedensbewegung könnte bei nationalen Ausbrüchen sogar noch mehr verbittern. Aus diesen Gründen war für ihn die große Zeit der nationalen Friedensbewegung wie beim Kalten Krieg vorbei.

Bei nationalen Konflikten sei nur noch eine internationale Friedensbewegung handlungsfähig. Die Arbeit sei leichter als in den achtziger Jahren, weil in Europa überall selbständige Friedensbewegungen arbeiten könnten und weil die christlichen Gruppen kirchliche Verbindungen nutzen könnten. International organisierte Friedensarbeit hätte außerdem größere Chancen zur Beschleunigung der Abrüstung. Es gehe nun nicht mehr um die von Armeen ausgehende Kriegsgefahr, sondern um die Ressourcen, die sie verschwendeten. Dies bedeute für die christliche Friedensbewegung, dass sie sich wieder Themen wie der Forderung nach Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung zuwenden müsse und dass die Verflechtung mit der Ökologiebewegung und mit den entwicklungspolitischen Gruppen noch enger werden müsse als bisher.

Die Friedensbewegung könne nur dann eine Massenbewegung bleiben oder wieder werden, wenn sie wie früher die Menschen sammle, die sie dagegen wehren wollten, wie ihre Existenz und die ihrer Kinder weit hinter wirtschaftlichen Interessen, Parteitaktik oder dem Beharrungsvermögen von Militärapparaten rangiere. Aufgabe einer christlichen Friedensbewegung könnte auch der Dialog mit anderen Religionen, vor allem dem Islam, sein. Die

Friedensbewegung brauche Zeit, um sich in einer total veränderten Welt zurechtzufinden. Eppler forderte eine gewaltlose Friedensbewegung, glaubte aber, dass eine bewaffnete Streitkräfte benötigt werde. Er lehnte die These, dass Soldaten Mörder seien, ab. Ihm ging es nicht um die Existenz von Soldaten, sondern um ihre nötige Anzahl und wer sie nach welchen Regeln, in wessen Interesse und zu welchem Zweck einsetzen dürfe. Da Deutschland historische Belastungen, aber keine Privilegien habe, dürfe nicht generell der Einsatz deutscher Soldaten für die UNO abgelehnt werden.¹⁴³⁹

Ausgangspunkt seines Denkens war die Schwierigkeit der Definition von Krieg. Das Recht der betroffenen Menschen auf Leben, etwa in Bosnien, müsse geschützt werden, auch militärisch. Nach Ende des Kalten Kriegs, nach Epplers Auffassung eher ein kalter Frieden, sei man mit den unterschiedlichsten Gewaltausbrüchen zwischen „simpler Bandenkriminalität, organisiertem Terror und dem, was das Völkerrecht Krieg nennt“, überfordert gewesen. Wenn die UNO Eroberungen verhindern wolle, brauche sie Eingreiftruppen, die den Angreifer verfolgen könnten, gegen alle Formen der Gewalt gewappnet und als Polizei und Militär einsatzfähig seien. Die Truppen sollten dem Generalsekretär der UN unterstehen. Ziel war für ihn ein internationales Gewaltmonopol. Er betonte, dass die Deutschen nicht andere auf diesen Weg drängen könnten, ohne ihn selbst zu gehen. Entziehen dürften sie sich allenfalls, wo die Verbrechen der Vergangenheit Konflikte verschärfen könnten. Die deutsche Geschichte sei kein Anlass zu militärischer Zurückhaltung oder Privilegien.

Eppler stand zu seiner Arbeit in der Friedensbewegung und war aber davon überzeugt, dass niemand das Recht habe, für andere Pazifist zu sein und sie leiden zu lassen, weil man selbst Waffen ablehne. Oftmals bringe Gewaltverzicht mehr Unheil als Gewaltanwendung. Er sah nicht den Nutzen militärischer Lösungen, doch habe Politik keine Chance, wenn der andere keine andere Hoffnung als die auf militärische Revanche und den nächsten Krieg habe. Um die Gewalt zu bändigen, müssten sich die Menschen auf eine Rechtsordnung statt auf Waffen verlassen können. In Innern eines Staates wache die Polizei über das Gewaltmonopol des Staates, international müsse dies eine Art Weltpolizei tun, die auf alles zwischen Kriminalität und Krieg vorbereitet sei. Er führte zum Pazifismus folgendes aus:¹⁴⁴⁰

„Mir ist noch selten ein Pazifist begegnet, der bewaffnete Polizei zur Verbrechensbekämpfung für unnötig oder gar verderblich hielte. Wenn sechs Gangster ein Hotel überfallen, dann bedarf es polizeilicher Gegengewalt. Wenn sechzig verrückte Chauvinisten ein Dorf, sechshundert eine Stadt überfallen, soll das dann Krieg sein, in den man nicht mit Waffen eingreifen darf? Zumal dann, wenn diese Gangster es nicht nur auf das Eigentum der Menschen, sondern auf ihr Leben abgesehen

¹⁴³⁹ Vgl. Eppler, Erhard, Glaubensfragen. Leise und allzu friedlich. Was macht eigentlich die christliche Friedensbewegung, Südwestfunk, 19.4.1992 (17 S.), S. 3-17, Privatarhiv Eppler.

¹⁴⁴⁰ Vgl. ders., „Verzicht auf Gewalt kann mehr Unheil bringen“. Erhard Eppler über Pazifismus nach dem Ende des kalten Krieges, Stuttgarter Zeitung, 11.8.1995; vgl. auch ders., Dem internationalen Faustrecht wehren, Das Sonntagsblatt, 6.10.1995; vgl. „Das Recht auf Leben militärisch schützen“. Die Ratlosigkeit der Friedensbewegung führt Erhard Eppler auf den falschen Gebrauch des Wortes „Krieg“ zurück, Das Sonntagsblatt, 21.7.1995.

haben, zumindest auf das Recht von Hunderttausenden, da zu leben, wo sie leben wollen und immer gelebt haben.“¹⁴⁴¹

1999 wehrte sich Eppler gegen die Unterstellung, dass er im Kosovo-Konflikt das Recht des Stärkeren gegen die Stärke des Rechts sanktioniere. Diese Position komme daher, dass viele Friedensforscher primär in souveränen Staaten denken würden. Er hingegen denke „in Gewalt gegen Menschen.“ Er fragte, was Gewaltverzicht zwischen Staaten helfe, wenn in den Staaten die Gewalt überhand nehme.¹⁴⁴²

Eppler und Bahr setzten sich in einem offenen Briefwechsel in der ZEIT über die NATO-Angriffe im Kosovo-Konflikt auseinander. Eppler argumentierte hier ähnlich wie bisher. Da seiner Überzeugung nach Politik im Kosovo erst wieder möglich sei, wenn die serbischen Waffen verschwunden seien, plädierte er für militärische Gewalt, also den NATO-Einsatz, zur politischen Lösung des Kosovo-Konflikts. Für ihn waren die alten Definitionen von Krieg und Gewalt nicht mehr gültig. Krieg müsse als eine von vielen Formen ausufernder Gewalt verstanden werden. Auch begann seiner Meinung nach die Rückkehr zur Politik erst mit der Rückkehr der Vertriebenen. Diese kehrten nicht ohne eine internationale Streitmacht zurück, die sie schütze. Es gebe also erst Frieden, wenn die serbische Führung diese Rückkehr unter dem Schutz der internationalen Streitkräfte akzeptiert habe.¹⁴⁴³

Er kritisierte die Zerstörung der zivilen Infrastruktur. Zwar müsse die NATO, wie alle Armeen, eigene Verluste vermeiden, doch dürfe dies nicht auf Kosten der Zivilbevölkerung geschehen. Er befürwortete die Konzentration auf militärische Ziele und lehnte die Bombardierung der Zivilbevölkerung ab.¹⁴⁴⁴ Dennoch hätte es Europa irreparabel demoralisiert, wenn der Kontinent bei der ethischen Säuberung im Kosovo zugesehen hätte. Man habe „zwischen Schuld und Schuld“ wählen müssen. Eppler war gegen die NATO-Taktik der Luftangriffe, bei der ohne einen einzigen Verlust der anderen Seite Tausende von Opfern zugefügt würden. Hier werde nicht im herkömmlichen Sinne Krieg geführt, sondern bestraft. Ähnliche Aktionen dürfte es in Zukunft nicht geben und sie müssten entsprechend legitimiert sein. Die Abhängigkeit von den USA, die sich beim Kosovo-Krieg gezeigt habe, solle die EU rascher zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik veranlassen.¹⁴⁴⁵

Auf dem SPD-Parteitag 1999 erklärte Eppler, dass er sich in den achtziger Jahren zur Friedensbewegung gezählt habe und auch seine Rede im Bonner Hofgarten nicht bereue. Damals hätte ein Krieg der beiden atomar gerüsteten Weltmächte für Mitteleuropa Tod bedeutete, Frieden hingegen Leben. Er argumentierte wieder mit der Zunahme der Gewalt und

¹⁴⁴¹ Ebd.

¹⁴⁴² Vgl. Eppler, Erhard, „Wir wissen es nicht“. War der Kosovo-Krieg unabwendbar? Erhard Eppler (SPD) antwortet auf einen Brief des Friedensforschers Dieter S. Lutz (SPD), Die Woche, 13.8.1999; vgl. Lutz, Dieter S., „Dieser Krieg war nicht unabwendbar“, Die Woche, 2.7.1999.

¹⁴⁴³ Vgl. Eppler, Erhard, Der eine ist für den Kampfeinsatz der Nato, der andere dagegen, Zeit, 15.4.1999, 22.4.1999, 29.4.1999, 6.5.1999, 12.5.1999, 20.5.1999.

¹⁴⁴⁴ Vgl. ders., Für und gegen die Nato-Angriffe, Zeit, 27.5.1999.

¹⁴⁴⁵ Vgl. ders., Für und gegen die Nato-Angriffe, Zeit, 10.6.1999.

der Schwierigkeit, Krieg zu definieren. Er befürwortete den Einsatz der NATO im Kosovo, damit die Rückkehr der Flüchtlinge und damit die Rückkehr zur Politik beginnen könne.¹⁴⁴⁶

Seine Entscheidung begründete er so:

„..., tragisch ist eine Situation, wenn man schuldig wird, ganz gleich was man tut. Natürlich wird man schuldig, wenn man Bomben wirft. Die Frage ist doch nur, wie man noch schuldiger wird. Deshalb muß diese Partei jetzt diesen tragischen Konflikt, auf den sie gar nicht vorbereitet ist, aushalten. Sie muß lernen, was eine tragische Entscheidung ist, und sie muß das dann so aushalten, daß jeder dem anderen zugesteht, daß er gute Gründe hat. Dann muß die Regierung handeln. Ich habe den Eindruck, sie handelt so, daß wir ein bißchen weniger schuldig werden, als wenn wir nichts täten.“¹⁴⁴⁷

Nach Epplers Auffassung hatte die SPD nicht gründlich aufgearbeitet, dass seit dem Zusammenbruch des Kommunismus die Gewalt auf der Welt zugenommen, aber der definierbare Krieg abgenommen habe. Die Frage nach Gewalt, Krieg und Frieden müsse völlig neu durchdacht werden. Bis 1989 sei gefragt worden, wie man einen Atomkrieg verhindere. Nun laute die Frage, wie man Gewalt eindämme. Wer Gewalt anwende, müsse von anderen gestoppt und zur Verantwortung gezogen werden. Die NATO-Regierungen hätten bei den Einsätzen vor der Alternative gestanden, eine totale „ethnische Säuberung“ hinzunehmen oder sich über die Absicht, nur auf UNO-Beschluss einzugreifen, hinwegzusetzen. Dies war für Eppler die „erträglichere Entscheidung“. Milosevic oder seine Generäle würden nachgeben, wenn ihnen klar sei, dass die NATO-Angriffe nicht aufhörten, bis die Vertriebenen unter internationalem Schutz zurückkehren könnten und dass die Hoffnung auf russische Hilfe vergeblich sei. Deshalb befürwortete er die Versuche der Bundesregierung, Moskau in eine Friedenslösung einzubinden.¹⁴⁴⁸

Er begrüßte Diskussionen in kirchlichen politischen Podien, war aber der Ansicht dass sich die politische Institution Kirchentag nicht nachträglich zum politischen Zensor aufschwingen dürfe. Beim Kosovo-Konflikt könne eine Volkskirche nicht sagen, was richtig oder falsch an den Entscheidungen der politisch Handelnden sei, solle aber darüber nachdenken wie solche militärischen Aktionen in Zukunft vermieden werden könnten.¹⁴⁴⁹

Er kritisierte in den letzten Jahren die Politik, auch die der SPD oder einzelner SPD-Politiker,¹⁴⁵⁰ setzte sich mit der Frage auseinander, was der Staat sei und welche Aufgabe er haben solle,¹⁴⁵¹ und wandte sich gegen den Neoliberalismus:

¹⁴⁴⁶ Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag Bonn 12. April 1999, S.110-113.

¹⁴⁴⁷ Ebd., S. 112f.

¹⁴⁴⁸ Vgl. Eppler, Erhard, Die erträglichere Entscheidung, in: Vorwärts 1999 Nr. 5 (S. 39), S. 39.

¹⁴⁴⁹ Vgl. Reimer, Wulf, Leitfigur der Friedensbewegung – aber kein Pazifist. Der frühere Kirchentagspräsident Erhard Eppler stellt sich einem Streitgespräch über christliche Verantwortung, SZ, 16.6.1999.

¹⁴⁵⁰ Vgl. Eppler: Lafontaine tanzt ums vergoldete Ego, SZ, 29.9.1999; vgl. Erhard Eppler, Links und Rechts. „Sozialdemokratisches Modell contra Neoliberalismus, SZ, 17.8.1999; vgl. Herres, Volker/Waller, Klaus, Der Weg nach oben. Gerhard Schröder - eine politische Biographie, München/Düsseldorf 1998, S. 275; vgl. „Geschichtsbewußtsein ist keine Stärke dieser Generation“. Sozialdemokrat Eppler geht mit der Suche nach der neuen Mitte ins Gericht und will über europäisches Modell reden, FR, 30.7.1999.

¹⁴⁵¹ Vgl. Eppler, Erhard, Wieviel Staat wir brauchen, Welt, 17.11.1998.

„... als Vorsitzender der Grundwertekommission ist es mir auch in den Gesprächen mit der SED immer deutlicher geworden, daß der Marxismus-Leninismus vor allem an einem falschen, viel zu flachen Menschenbild leidet. Und heute sage ich, der Neoliberalismus hat ein anderes, aber auch kein realistisches, auch ein viel zu flaches Menschenbild. Den homo oeconomicus gibt es so nicht. Menschen haben Bedürfnisse nach Geborgenheit, nach Anerkennung, nach Sicherheit, nach Freiheit, nach Gerechtigkeit.“¹⁴⁵²

Er schrieb über die Privatisierung der politischen Moral, u.a. über die Spendenaffäre der CDU,¹⁴⁵³ und die Grundbedürfnisse des Menschen.¹⁴⁵⁴

Eppler entwickelte seine Gedanken zum Krieg und zur Gewalt weiter, indem er sich mit der Privatisierung bzw. Entstaatlichung der Gewalt und der neuen Rolle des Militärs gegen den Terror, etwa hinsichtlich der Terroranschläge vom September 2001, beschäftigte.¹⁴⁵⁵ Er forderte beim Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan zur Unterstützung von Bundeskanzler Schröder auf.¹⁴⁵⁶ Zur entstaatlichten, privatisierten und kommerzialisierten Gewalt stellte er im November 2002 seine Troisdorfer Thesen vor.¹⁴⁵⁷

In den letzten Jahren wurde Epplers Lebenswerk geehrt. 1999 wurde ihm der Martini-Preis der südpfälzischen SPD verliehen, weil er früher als andere politische und gesellschaftliche Entwicklungen wahrgenommen habe: für seine Impulse in der öffentlichen Diskussion der Atomkraftgegner, sein Vor-Denkertum in der Friedens- und Ökologiebewegung, sein Engagement für die Dritte Welt, für Abrüstung und den Abbau der Konfrontation zwischen beiden Militärblöcken, für seine Suche nach dem Ausgleich mit den politischen Kräften in der ehemaligen DDR, ohne die elementaren Unterschiede beider Systeme zu vernachlässigen.¹⁴⁵⁸

2002 bekam er den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis für sein politisches Engagement¹⁴⁵⁹ und von der Universität Augsburg den Ehrendoktor für seine Verdienste um das „Ethos des politischen Denkens und der politischen Kultur in Deutschland.“¹⁴⁶⁰

¹⁴⁵² ders., Dankesworte, in: Vorstand der SPD, Grundwertekommission (Hrsg.), Materialien. Erhard Eppler zum 70. Geburtstag. 27. Januar 1997, Erich-Ollenhauer-Haus, Bonn (S. 12-14), S. 13.

¹⁴⁵³ Vgl. ders., Privatisierung der politischen Moral?, Frankfurt am Main 2000.

¹⁴⁵⁴ Vgl. ders., Was braucht der Mensch? Vision: Politik im Dienst der Grundbedürfnisse, Frankfurt/New York 2000.

¹⁴⁵⁵ Vgl. ders., Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt?, Frankfurt am Main 2002, vgl. ders., Weder Krieg noch Frieden, Spiegel Nr. 41 2001, S. 56f.; vgl. ders., Gehetzte Vorreiter, Die Tageszeitung, 19.11.2001; vgl. „Wir sind im Krieg“ – „Nein“. Der SPD-Vordenker Erhard Eppler, die Grünen-Wehrpolitikerin Angelika Beer und der Friedensforscher Ernst-Otto Czempel streiten über die neue Rolle des Militärs im Kampf gegen den Terror, Die Woche, 12.10.2001; vgl. „Militär und Pazifismus brauchen sich“. GA-Interview Erhard Eppler über Auslandeseinsätze der Bundeswehr, das Völkerrecht und den internationalen Terrorismus. Sein Rat an die Grünen: Die Koalition jetzt nicht scheitern lassen, General-Anzeiger, 12.11.2001; vgl. Wider die privatisierte Gewalt. Erhard Eppler fordert eine Weltsozialpolitik, SZ, 8.3.2002.

¹⁴⁵⁶ Vgl. Dann ist die Chance einer linken Reformpolitik für Jahrzehnte vorbei. Hermann Scheer und Erhard Eppler warnen vor dem Ende der rot-grünen Koalition und unterstützen Bundeskanzler Schröder, FR online, 20.11.2001.

¹⁴⁵⁷ Vgl. Thesen zum Reformationstag, Kölner-Stadt-Anzeiger, 2./3.11.2002; Helfer, Andreas, Pazifisten und Soldaten müssen voneinander lernen. Reformationsfeier. Erhard Eppler stellt in der Stadtkirche erstmals „Troisdorfer Thesen“ vor, General-Anzeiger, 2./3.11.2002, vgl. Eppler, Erhard, Troisdorfer Thesen 2002.

¹⁴⁵⁸ Vgl. Zehnter Martini-Preis geht an Dr. Erhard Eppler, Edenkobener Rundschau, 11.11.1999.

¹⁴⁵⁹ Vgl. Preisgeld gespendet, Rhein-Sieg-Anzeiger, 21.6.2002.

¹⁴⁶⁰ Vgl. Eppler wird Ehrendoktor der Universität Augsburg, SZ, 16./17.11.2002.

Schluss

Epplers deutschland- und ostpolitischen Ziele haben sich durchgesetzt: Deutschland ist geeint, der Ost-West-Konflikt überwunden.

Eppler wollte die deutsche Einheit stets als Neukonstituierung eines deutschen Staates, nicht als „Wiedervereinigung“. Immer wieder forderte er, dass die Deutschen über ihr Schicksal selbst bestimmen müssten, auch wenn er die Verwirklichung dieses Selbstbestimmungsrechts lange Jahre nicht für möglich hielt. Deshalb versuchte er, schrittweise Verbesserungen für die Menschen in der DDR durchzusetzen, etwa durch die Unterstützung von Brandts Ostpolitik und seine Verhandlungen mit der SED (SPD-SED-Papier). Stets unterstrich er, dass die Bundesrepublik den Europäern die Ängste vor einem geeinten Deutschland nehmen und die Interessen der Weltmächte und der Europäer mit den deutschen auf einen Nenner bringen müsse, um einen geeinten deutschen Staat zu ermöglichen. Deutschland- und Ostpolitik ließen sich für ihn nicht voneinander trennen. Beides verfolgte er in seinem Leben kontinuierlich. Seiner Aussage von 2001 ist zuzustimmen:

„Die Einheit der Deutschen, ich habe sie immer gewollt, auch wenn ich über Jahrzehnte meinte, ich würde sie nicht mehr erleben. Und ich habe sie bekommen. Nur eben, wie dies üblich ist, nicht zu dem Zeitpunkt und nicht in der Weise, die ich gewollt hätte.“¹⁴⁶¹

Die Entwicklungs-, Friedens- und Kirchenpolitik spielen wie in der Einleitung beschrieben in Epplers ost- und deutschlandpolitischem Wirken eine wichtige Rolle. Somit konnten in der vorliegenden Teilbiographie über Erhard Eppler auch bedeutende andere Wirkungsfelder des SPD-Politikers untersucht werden. Er betätigte sich nicht sein gesamtes Leben lang in der Friedenspolitik. Zwar war er in der GVP, dem Kampf gegen den Atomtod und in den achtziger Jahren in der Friedensbewegung tätig, nicht aber bei der Studentenbewegung oder den Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze oder den Vietnamkrieg. Auch sein Engagement für die Entwicklungspolitik begann erst Ende der sechziger Jahre. Mit der Ost- und Deutschlandpolitik setzte er sich allerdings zeitlebens auseinander.

Verschiedene Prägungen aus seiner Kindheit und Jugend wie sein christliches Weltbild und die Teilnahme am Zweiten Weltkrieg als junger Soldat beeinflussten Epplers Handeln. Dies zeigt sich in seiner Angst vor einem erneuten Krieg und seinem daraus resultierenden friedenspolitischen Wirken. Trotz seines christlichen Glaubens und seines auch politischen Anspruchs an die Kirche lehnte er den christlichen Anspruch von Parteien ab: „Das ‚C‘ in einem Parteinamen bedeutet entweder Überforderung einer politischen Partei oder gar nichts, Reklame mit einer verwaschenen Christlichkeit.“¹⁴⁶²

¹⁴⁶¹ Eppler, Erhard, Komplettes Stückwerk, S. 201.

¹⁴⁶² Ders., „Europa hat weder Christentum noch Humanität gepachtet“, in: Friedrich, Bruno (Hrsg.), Kulturelle Demokratie. Plädoyer für die Macht der Humanität, Bonn 1979 (S. 81-84), S. 83f.

Dennoch lassen sich bei ihm sein christlicher Glaube und seine Tätigkeit in der SPD nicht voneinander trennen. Eppler wirkte als Sozialdemokrat in der evangelischen Kirche und als Christ in der SPD. Gerade sein kirchliches Engagement war bezüglich der Ost- und Deutschlandpolitik wichtig, denn er war in den achtziger Jahren einer der wenigen bundesdeutschen Politiker, die Kontakte sowohl zu SED-Funktionären als auch zu DDR-Oppositionellen unterhielten. Hilfreich waren für ihn gegenüber der DDR-Führung seine Kontakte zur evangelischen Kirche der DDR. Er war über die Situation in der DDR durch die Kirchenträger informiert und nutzte die Kirchentage, um Reformen in der DDR und die Einhaltung des SPD-SED-Papiers zu fordern. Schon bei seiner Tätigkeit in der Friedensbewegung waren die bundesdeutschen Kirchentage ein wichtiges Forum zur Artikulierung seiner Ansichten gewesen. Im Gegensatz zu den sechziger Jahren war er nun nicht in kirchlichen Gremien, sondern hauptsächlich auf den Kirchentagen tätig. Edelbert Richter beschrieb Epplers Wirken in der DDR so:

„Ein Dank an Erhard Eppler, der uns Christen in der DDR nie vergessen, oft besucht und immer wieder ermutigt hat; einen Christen und Politiker, an dem wir uns orientieren können.“¹⁴⁶³

Viele Positionen Epplers wurden in den achtziger Jahren in der SPD mehrheitsfähig. Er hat für den deutschen Pazifismus und Protestantismus wichtige Beiträge geleistet und blieb auch ohne hohe politische Posten in der SPD eine wichtige Persönlichkeit. Sein Rücktritt als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit war schließlich nach seinem jahrelangen Aufstieg in der SPD ein totaler Karrierebruch. Eppler lässt sich als Repräsentant wichtiger Strömungen in der SPD und über sie hinaus nicht in ein bestimmtes Schema einordnen. Oft konnte er als Vordenker der Partei seine Positionen auch den SPD-Regierenden aufgrund seiner Mitgliedschaft im SPD-Vorstand- und Präsidium nahe bringen. Nach der Kontroverse um die Nachrüstung wurde Eppler wieder voll in die SPD integriert und setzte sich im Auftrag der SPD-Grundwertekommission mit den Ideologen der SED auseinander.

Nach dem Ende des Kalten Kriegs wandte er sich neuen Themen zu. Sein Plädoyer für militärische Bundeswehreinätze etwa im Kosovo und in Afghanistan enttäuschte viele seiner ehemaligen Mitstreiter aus der Friedensbewegung und überraschte seine damaligen Gegner. Gerade dies zeigt wiederum, dass Eppler in seinem Denken und Handeln unabhängig blieb. Wolfgang Drexler erklärte zu Epplers 75. Geburtstag 2001 dazu:

„Den einen sage ich nun zum Trost, den anderen aber zur Warnung: es kann kaum ein größeres Missverständnis geben als zu glauben, Erhard Eppler sei zu fassen (oder gar zu vereinnahmen) mit Kategorien wie links oder rechts, fortschrittlich oder konservativ, Friedensfreund oder Militarist, Taube, Falke oder welche Schubladen immer das politische Geschäft bereithalten mag.“¹⁴⁶⁴

¹⁴⁶³ Richter, Edelbert, Die evangelische Kirche in Ostdeutschland seit der Wende – Rückzug aus der Politik?, in: Thierse, Wolfgang (Hrsg.), Ist die Politik noch zu retten? (S. 73-78), S. 73.

¹⁴⁶⁴ Vgl. Begrüßung von Wolfgang Drexler beim Empfang anlässlich des 75. Geburtstags von Erhard Eppler am 10.12.2001 (5 S.), S. 2.

Auch wenn in der vorliegenden Arbeit versucht wurde, Eppler, wie in der Einleitung angekündigt, möglichst objektiv zu betrachten, hat gerade Eppler stets die unterschiedlichsten Einschätzungen hervorgerufen und ist nach wie vor umstritten. Wie schwer er sich einordnen lässt, zeigen auch die verschiedenen Eppler-Bilder, zum Beispiel in den Medien, die ein geeignetes Thema für eine gesonderte Dissertation wären. Die jeweiligen Schöpfer dieser Eppler-Bilder beanspruchen, den „wahren Eppler“ zu beschreiben. Diese Einordnungen Epplers tauchen in dieser Arbeit immer wieder auf.

In einem DDR-Text von 1970 wurde er als einer der außenpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag insbesondere bei der „als ‚neue Ostpolitik‘ getarnten beweglicheren und verschärften Revanchepolitik“ der Bundesregierung betrachtet.¹⁴⁶⁵

In einer ostdeutschen Kurzbiographie von 1972 hieß es, dass der „Antikommunist“ Eppler sich nach „links“ profilierte. Eines seiner Haupttätigkeitsgebiete in den sechziger Jahren sei die „revanchistische Außenpolitik der BRD“ gewesen. Man verstand ihn als eine Schlüsselfigur unter den bundesdeutschen Politikern, die 1968 geglaubt hätten, ihre konkreten Vorstellungen über die Ostpolitik in die Tat umsetzen zu können. In dem Text wurden seine Kontakte zu „exponierten Vertretern der Konterrevolution“ in der CSSR, etwa zum damaligen Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses der Nationalversammlung Pelikan kritisiert, ebenso seine Versuche als Entwicklungshilfeminister den „antihumanen, profitgierigen Charakter der neokolonialistischen imperialistischen Politik“ durch flexiblere Methoden zu „tarnen“ und „Reformbestrebungen in den ehemaligen Kolonialländern in kapitalistische Bahnen“ zu lenken.¹⁴⁶⁶ Weiter hieß es in der Kurzbiographie:

„Eppler hat die Politik der BRD-Regierung gegenüber der DDR seit mehreren Jahren wesentlich mitgestaltet und interpretiert. Dabei konzentrierte er sich auf Bestrebungen, die revanchistischen imperialistischen Pläne mit beweglicheren und geschickteren Methoden zu realisieren. Im Mittelpunkt stand und steht jedoch immer die Bewahrung der imperialistischen Grundpositionen. ... Eppler hat sich häufig gegen die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, für die Konstruktion ‚besonderer innerdeutscher Beziehungen‘ zwischen der DDR und der BRD ausgesprochen. Die Aufnahme der DDR in die UNO und ihre Gremien macht er von einem ‚Wohlverhalten‘ der DDR gegenüber der revanchistischen Politik der BRD abhängig. ... Daß er auch bei Äußerungen, die die gegenwärtigen politischen Realitäten in Betracht ziehen, niemals das Ziel der Veränderung der Verhältnisse in Europa zugunsten des Imperialismus in der BRD aus den Augen verliert, Keinen Zweifel ließ Eppler jemals an seiner scharf akzentuierten antikommunistischen Haltung aufkommen....“¹⁴⁶⁷

Ein Mitarbeiter der Staatssicherheit betrachtete Eppler 1966 so:

„Ich habe E. als freundlichen, intellektuell hochstehenden, keineswegs aber hochmütigen, vielmehr sich demokratisch-aufgeschlossen gebenden Mann kennengelernt. Er ist einem freundlichen Scherz durchaus zugeneigt, also keine verschlossene düstere Person. Seine Sprache ist volkstümlich, wenn auch keinesfalls vulgär. Er ist selbstbewusst, wirkt aber nicht überheblich. Mit seiner Stellung als Bundestagsabgeordneter scheint er nicht zu kokettieren. Seine Kleidung ist einfach und schlicht. Er

¹⁴⁶⁵ Vgl. Biographien. Eppler, Erhard, in: Dokumentation der Zeit, 22. Jg. (1970) Nr. 1 (Deutsches Institut für Zeitgeschichte Berlin), BStU PA 1105 (S. 13) S. 13.

¹⁴⁶⁶ Vgl. Rosenzweig, Peter, Erhard Eppler – eine biographische Skizze, in: Dokumentation der Zeit, 24. Jg. (1972) Nr. 4 (Institut für Internationale Politik und Wirtschaft. Berlin (Ost)) (S. 11f.), S. 11.

¹⁴⁶⁷ Ebd., S. 11f.

wirkt ordentlich, freundlich, sympatisch (sic!). Der Typ eines Frauenhelden ist er dagegen nicht, eher eine seine Pflichten gegenüber der Gesellschaft und der Familie ernst nehmende Person.“¹⁴⁶⁸

Anders ist die Einschätzung des rechtskonservativen bundesdeutschen DEUTSCHLAND-MAGAZINS von 1973. Der „Sektierer und Revolutionär“ habe sich „vom fanatischen HJ-Führer zum Jusoliebling“ gewandelt und stelle sich seinen Wählern als „staatsmännischer Moralist und guter Demokrat“ dar. Hier wurde der Verlust von Epplers „politischer Jungfernschaft“ durch seine Mitarbeit zusammen mit Gustav Heinemann in der „berüchtigten“ GVP kritisiert. „Ulbrichts Staat“ habe Epplers Wirken begrüßt und den „Verrat an deutschen Interessen“ finanziert. Das Magazin warnte davor, dass die NATO ihn für ihren „gefährlichsten Gegner“ halte und er dazu beitrage, das Ansehen der Bundesrepublik zu schädigen.¹⁴⁶⁹ Dazu hieß es weiter:

„Mit beharrlicher Konsequenz und als Meister der Doppelstrategie gehört Erhard Eppler zu den gefährlichsten Außenseitern des Bonner Regimes, jenen heimlichen Taktikern der Verwandlung unserer parlamentarischen Demokratie in ein Volksfrontsystem. Die Lieblingsrolle, die er bei Brandt spielt, mag auf die Verwandtschaft zurückzuführen sein, mit der Eppler gleich Brandt es versteht, sich zu tarnen und immer nur so viel zu sagen, daß zwar die Jusos und die Kommunisten, aber nicht die Durchschnittswähler ahnen, was er in Wirklichkeit will. ... Er ist natürlich gegen Kommunismus und Gewalt, wenn er Wahlreden hält und über ‚Lebensqualität‘ philosophiert. Bei seinen Besuchen in schwarz-afrikanischen Staaten, besonders in Sambia, von wo aus die von den Kommunisten aus Moskau und Peking ausgebildeten Frelimo-Terroristen in die Länder des Nato-Partners Portugal einfallen, redet Eppler allerdings ganz anders. ... Propagandaschriften des Entwicklungsministeriums sind Revolutionsanweisungen für die Entwicklungshelfer, ... In nichtkommunistischen Ländern der Dritten Welt gelten Epplers Sendboten bereits als subversive Handlanger kommunistischer Unterwanderung... Es paßt zum Charakter Epplers, daß er Brandt massiv zur Reise nach Prag zur Unterzeichnung des Vertrages mit der Bundesrepublik trotz der Mißachtung der Rechte Berlins drängte, was lediglich Außenminister Scheel verhindert hat.“¹⁴⁷⁰

Für die WIRTSCHAFTSWOCHE war der „Ideologe“ und „frömmelnde Sozialdemokrat“ Eppler 1973 so „deutsch wie sein Vorname“. „Nächstenliebend und machtbewußt“ sei er der Mann der Zukunft der SPD und wahrscheinlich der Bundesrepublik. Das Wirtschaftsmagazin befürchtete allerdings, dass in der SPD niemand Epplers weiteren Aufstieg gefährden könne und mit ihm als Regierungschef die Revolution „auf deutsche Art“ gesiegt hätte, durch einen „Spießler.“¹⁴⁷¹

Die Zeitschrift CAPITAL zitierte 1974 den amerikanischen Politiker Robert McNamara, der Eppler als typischen Deutschen bezeichnet hatte, und hielt ihn nicht für einen „waschechten Linken“, schon aufgrund seines „puritanischen Naturells“.¹⁴⁷² CAPITAL hatte folgendes Eppler-Bild:

¹⁴⁶⁸ Vgl. Bericht, 18.12.1966 (S. 57-73), S. 73, BStU AP 1118/71 Lpz.

¹⁴⁶⁹ Vgl. Breitburg, Gerhard, Erhard Eppler – ein deutscher Allende, in: Deutschland-Magazin 5. Jg. (1973) Nr. 5 (S. 11f.), S. 11f.

¹⁴⁷⁰ Ebd.

¹⁴⁷¹ Vgl. Eppler. Mit den Jusos an die Macht, in: Wirtschaftswoche Nr. 12 (16.3.1973) (S. 14-17) S. 14-17.

¹⁴⁷² Vgl. Linke Spitze. Die neue Karriere des Erhard Eppler, in: Capital 13. Jg. (1974) Nr. 9 (S. 39-41) S. 39.

„In der Tat ist Eppler vorab evangelischer Christ, von jener pietistischen Gesinnung, die, um die himmlische Verdammnis zu vermeiden, auf Erden das Heil verlangt. ... Die Wahrscheinlichkeit, möglicherweise der Kanzler der achtziger Jahre zu sein, war gering, als Eppler 1956, nach der Auflösung der gesamtdeutschen Volkspartei, zur SPD stieß. Was ihn jedoch nach vorn brachte, war nie ermüdender Fleiß, gepaart mit Beharrungsvermögen, getrieben von dem Wunsch, die Welt zu verbessern. Eine Republik unter Eppler, das hieße – von allem ein bißchen: Calvin für die Seele, Marx für die Wirtschaft und Robespierre für die Ordnung. Es wäre eine straffe, aber triste Republik.“¹⁴⁷³

Auch innerhalb der SPD hatte Eppler nicht nur Anhänger. Annemarie Renger sah ihn so:

„Was Eppler betraf, so hatte ich bald den Eindruck, daß er sich den ‚Neuen sozialen Bewegungen‘, den Grünen, den Umweltschützern, den Friedensfreunden mehr verpflichtet fühlte als der Mehrheit der Sozialdemokraten. Er war auch der erste Sozialdemokrat, der auf einer Kundgebung der Friedensbewegung in Bonn sprach und dabei nicht mit massiver Kritik gegen die regierende SPD sparte. Dennoch wurde er eine Art „Chef-Ideologe“ der SPD. Man betraute ihn mit dem Vorsitz in der Grundwertekommission. Die Grundwertekommission des Parteivorstandes sollte das Godesberger Programm fortschreiben. Eppler war aber der Meinung, die politische Situation sei fundamental verschieden von der des Jahres 1959, so daß eine Fortschreibung ausgeschlossen wäre.“¹⁴⁷⁴

Die Autorin der vorliegenden Arbeit hat im Laufe der Untersuchung ein eigenes „Eppler-Bild“ entwickelt: Eppler war und ist ein „Überzeugungstäter“. Dies zeigt z.B. sein Rücktritt unter Bundeskanzler Schmidt oder sein Wirken in den achtziger Jahren in der Friedensbewegung. Auch wenn er nach seinen Auffassungen handelte und politische Utopien entwickelte, ging er bei seiner politischen Tätigkeit vom real Machbaren aus. Dies zeigen z.B. die SPD-SED-Gespräche. Er war kein „Schwärmer“, sondern verhielt sich in der politischen Praxis pragmatisch.

Er betrachtete Geschichte als das real Geschehene und nicht als das, was hätte geschehen können. Aufgabe der Politik war für ihn nicht die Suche nach der historischen Wahrheit, sondern die Gestaltung der Wirklichkeit.¹⁴⁷⁵ Gerade hierum bemühte er sich immer wieder.

Auch sein Verständnis von Politik ist realitätsnah und ist nicht nur moralisch, sondern auch pragmatisch. Eppler glaubte, dass ein Politiker die Teile der Wahrheit sagen müsse, die seinen Interessen dienen und die weglassen müsse, die ihnen entgegenliefen. Politische Termini seien Bewertungen, die nicht versuchten, Sachverhalte wertungsfrei darzustellen.¹⁴⁷⁶

Typisch für Eppler ist sein moralischer Anspruch an sich und sein Mahnen und auch Belehren anderer. Gegenüber seinem eigenen Handeln war er kritisch. Epplers eigene Bewertungen über sein Wirken waren für diese Arbeit eine wertvolle Hilfe, da er sich selbst um

¹⁴⁷³ Ebd., S. 40f.

¹⁴⁷⁴ Renger, Annemarie, Ein politisches Leben. Erinnerungen, Stuttgart 1993, S. 232.

¹⁴⁷⁵ Vgl. Eppler, Erhard, Ein Ehrenplatz in den Geschichtsbüchern, in: Mut 1993 Nr. 309 (S. 22-24), S. 22-24; hier äußerte er wieder seine Ansichten zu den Stalin-Noten und Adenauers Gründe dafür, diese abzulehnen.

¹⁴⁷⁶ Vgl. Sind Politiker prinzipiell Lügner? „Ganz selten wollte ich die absolute Wahrheit sagen“: philosophische Festrede von Bundesminister a. D. Erhard Eppler zum FH-Jubiläum, Südkurier, 1.12.2000.

Objektivität bemüht und nicht rückblickend versucht, seine jeweiligen Beweggründe zu verändern.

Eppler war für die SPD in vielen Bereichen ein Vordenker. Dies gilt auch für die Ost- und Deutschlandpolitik. Zu nennen sind hier nicht nur seine Kritik am NATO-Doppelbeschluss und die Durchführung der SPD-SED-Gespräche trotz Skepsis in seiner Partei, sondern auch seine Offenheit in den sechziger Jahren gegenüber dem Ostblock und besonders der DDR. Er war, wie aus den Aufzeichnungen der Staatssicherheit hervorgeht, früh an den Entwicklungen in der DDR interessiert.

Auch der ehemalige SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Ulrich Klose unterstrich, dass Eppler dazu beigetragen habe, zentrale Politikbereiche (Entwicklungs-, Energie-, Umwelt-, Friedens- und Dialogpolitik) mehrheitsfähig zu machen und dass die SPD „Vordenker, Querdenker, Mahner und Prediger“ wie Eppler brauche.¹⁴⁷⁷ Klose äußerte sich zu Epplers Deutschlandpolitik folgendermaßen:

„Auch in der Deutschlandpolitik bist Du Deiner Partei voraus gewesen. Ich erinnere mich jedenfalls noch sehr genau an Deine bewegende Rede am 17. Juni 1989, - als du nicht die Einheit Deutschland voraussagtest, obwohl Du auch dies geahnt hast - ich erinnere mich an eine Sitzung des SPD-Präsidiums in der Saarländischen Landesvertretung. Vorausgesehen hast du das Ende des SED-Regimes. Zitat: ‚Wir sehen ja ein, daß sich die SED auf dünnem Eis bewegt. Aber hier handelt es sich nicht nur um dünnes, sondern um tauendes Eis ... Und wer sich da nicht bewegt, aus Furcht, er könne einbrechen, dürfte dem kalten Wasser nicht entkommen.‘ Ich habe Dir damals spontan geschrieben, um Dir zu sagen, dies sei eine der besten Reden gewesen, die ich je gehört habe.“¹⁴⁷⁸

Die am Beginn dieser Arbeit angesprochene Kontroverse um die Deutschlandpolitik und damit auch um Epplers Rolle hierin ist noch nicht abgeschlossen. Gegen die Behauptung des CDU-Politikers Friedrich Merz 2000, dass kein maßgeblicher SPD-Politiker vor zehn Jahren die Einheit gewollt habe, wehrte sich der Sozialdemokrat Hans Eichel und verwies auf die „Sehnsucht“ nach der Einheit bei den älteren Sozialdemokraten wie Brandt, Vogel, Bahr und Eppler.¹⁴⁷⁹ Ebenso lehnte Hans-Jochen Vogel die Behauptungen der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel über die Haltung der SPD zur deutschen Einheit ab und betonte, dass Eppler am 17. Juni 1989 „als erster maßgeblicher Politiker überhaupt“ vor dem Deutschen Bundestag konkret die Möglichkeit angesprochen habe, die Herrschaft der SED

¹⁴⁷⁷ Vgl. Hans-Ulrich Klose, Erhard Eppler – Vordenker, Querdenker, Mahner, in: Die SPD im Deutschen Bundestag, 10.12.1991 (2 S.), S. 1f., Dep. Eppler 16.

¹⁴⁷⁸ Ebd., S. 2.

¹⁴⁷⁹ Vgl. Frank, Joachim, Stiche, Tränen und eine Wette. Oppositionsführer Friedrich Merz ärgert und verärgert die Regierung, Kölner Stadt-Anzeiger, 14.9.2000.

könnte schneller zu Ende gehen, als allgemein erwartet.¹⁴⁸⁰ Vogel erinnerte zudem an den Willen zur deutschen Einheit in der SPD bei Brandt, Eppler und sich selbst.¹⁴⁸¹

Eppler warnte vor dem Vorwurf des Verrats, der oft in der deutschen Geschichte Unheil angerichtet habe, etwa durch Kohls Vorwürfe, die SPD habe mit ihrer Unterschrift unter das SPD-SED-Papier das Verfassungsziel, die Einheit Deutschlands in Freiheit zu vollenden, endgültig aufgegeben und damit einen Grundsatz der Bundesrepublik verraten.¹⁴⁸² Bei den SPD-SED-Gesprächen sei es nie um die deutsche Einheit oder die Zweistaatlichkeit gegangen und auch nicht um die Annäherung der Ideologien, sondern darum, was Ideologie auf beiden Seiten bedeute, wenn die Idee der gemeinsamen Sicherheit ernst genommen werde. Allerdings handelte nach Epplers Überzeugung seine und Thomas Meyers Teilnahme als erste und in der Geschichte der DDR einzige bundesdeutsche Politiker bei einer Live-Sendung des DDR-Fernsehens von der deutschen Teilung. Die konservativen Zeitungen hätten damals mit „verwunderter Zustimmung“ seinen Widerspruch gegenüber der SED registriert, dass die deutsche Frage so offen sei „wie die ganze Weltgeschichte“. Nach Epplers Ansicht gab es aufgrund dieser Äußerung nie wieder eine Live-Sendung mit einem westdeutschen Politiker.

Eppler gab außerdem an, keinen deutschen Politiker zu kennen, der vor seiner Rede am 17. Juni 1989 erklärt habe, dass ein Zusammenbruch der SED-Herrschaft denkbar sei und damit die Frage nach der Einheit wieder aktuell werde. Die Gratulation zu dieser Rede u.a. von Helmut Kohl und Alfred Dregger habe er auch auf das Plädoyer in seiner Rede für eine deutschlandpolitische Gemeinsamkeit bezogen. Da er den Widerstand gegen die deutsche Einheit in Ost und West überschätzt habe, habe er für ein gemeinsames Vorgehen von Regierung und Opposition plädiert. Doch Kohl habe die Einheit für sich allein haben wollen.¹⁴⁸³ Um Eppler näher einzuordnen und seine Tätigkeit zu bewerten, wäre eine Untersuchung darüber interessant, welche Rolle der Politikertyp, der als junger Mensch den Nationalsozialismus und den Krieg erlebte, und der Typ des überzeugten Protestanten in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte spielten.¹⁴⁸⁴ Der politische Protestant oder protes-

¹⁴⁸⁰ Vgl. Vogel, Hans-Jochen, „Es war der Sozialdemokrat Eppler, der als Erster vom Ende der SED sprach“. Der ehemalige SPD-Chef Hans-Jochen Vogel antwortet auf den Brief der CDU-Vorsitzenden Merkel an die Deutschen – Kritik an einem „Missbrauch“ des 3. Oktober, Welt, 17.10.2000.

¹⁴⁸¹ Vgl. Heuwagen, Marianne, Kohl wirft SPD und Grünen Verrat an der deutschen Einheit vor. Altkanzler: Schröder und Fischer hatten die Idee längst aufgegeben / Thierse: Thema ist nicht Eigentum der CDU, SZ, 28.9.2000.

¹⁴⁸² Vgl. Hofmann, Gunter, Die Welt, wie Kohl sie sieht. Was immer sein „Tagebuch“ sucht, die Wahrheit kann es nicht sein – ein Faktenvergleich und einige Fragen, Zeit, 30.11.2000.

¹⁴⁸³ Vgl. Eppler, Erhard, Helmut Kohl und die guten Deutschen. Erhard Eppler antwortet auf die Angriffe der CDU und des Altkanzlers: Kohl hat die deutsche Einheit für sich vereinnahmt, SZ, 4.10.2000; vgl. Eppler: Kohls Reden zur Einheit spalten das Land, SZ, 4.10.2000.

¹⁴⁸⁴ Zu den verschiedenen Prägungen eines Politikertyps vgl. Schwarz, Hans-Peter, Die Bedeutung der Persönlichkeit in der Entwicklung der Bundesrepublik, in: Hrbek, Rudolf (Hrsg.), Personen und Institutionen in der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Symposium am 27. Oktober 1984

tantische Politiker war häufig in der GVP und der SPD (u.a. Gustav Heinemann, Johannes Rau, Heinrich Albertz) vertreten und vieles an der Vita von Albertz oder Heinemann kann mit Epplers Werdegang verglichen werden: Aus Überzeugung wechselten Heinemann und Eppler die Parteien und traten von Ministerposten zurück. Heinemann trat aus der CDU aus, gründete die GVP und wechselte aufgrund ihrer Chancenlosigkeit in die SPD. Eppler wechselte zwei Jahre vor Heinemann ebenfalls von der GVP in die SPD. Heinemann trat als Adenauers Innenminister zurück, Eppler unter Schmidt als Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Beide blieben auch ohne politischen Ämter wichtige Persönlichkeiten. Arnulf Baring hält den Vergleich zwischen Eppler und Heinemann nicht für abwegig.¹⁴⁸⁵

„Die beiden waren sich ähnlich nicht nur in der abweisenden, schroffen Art öffentlichen Auftretens bei gleichzeitiger Wärme im kleinen Kreis, sondern auch in ihrer Neigung zum Grübeln und Schweigen, vor allem aber in ihrer Bereitschaft, die Rolle des einsamen Mahners, eines Wegbereiters für übermorgen, anzunehmen und durchzuhalten.“¹⁴⁸⁶

Auch in Jacques Schusters Albertz-Charakterisierung finden sich Charakterzüge Epplers wieder. Eppler ist wie Albertz Querdenker, Tabubrecher und überzeugter Christ:

„Überhaupt scheute Albertz nie das Unpopuläre. Es machte ihm Freude, gegen den Strom zu schwimmen. Und auch darin liegt etwas Urprotestantisches: die Lust am Bekennen. Immer wieder sorgte Albertz durch seine mit Sarkasmus und Spott vorgebrachten politischen Ansichten für Aufsehen, durch das Unvermögen, aus taktischen Gründen wenigstens für kurze Zeit zu schweigen. Stets klang aus seinen Sätzen die von früh auf vertraute, memorierte und repetierte Sprache der Bibel heraus, wenn er mit Wortgewalt Tabus brach. Dabei war Albertz keineswegs ein engstirniger Missionar, eher ein Querdenker mit Esprit, ein gutmütiger Eiferer, ein Humorist mit missionarischen Tönen und eben ein Preuße mit einem fast monarchisch zu nennenden Staatsverständnis.“¹⁴⁸⁷

Schusters Schlussfolgerungen gelten somit auch für Eppler:

„Wer Albertz' Herkunft aus der Bekennenden Kirche, seine Verbundenheit mit den Lehren Karl Barths und seine politischen Ansichten kennt, wird auch Politiker, Publizisten und Kirchenleute ähnlicher Prägung - Gustav Heinemann, Martin Niemöller, Helmut Gollwitzer etwa - leichter verstehen können.“¹⁴⁸⁸

Diese Teilbiographie über Erhard Eppler endet im Jahr 2002. Weitere politische Äußerungen von ihm sind auch in Zukunft zu erwarten. Viele von Epplers Äußerungen etwa zu Krieg und Frieden sind auch heute noch aktuell und regen zum Nachdenken an. Wünschenswert wäre eine Untersuchung seiner anderen Wirkungsfelder wie Landespolitik, Umweltpolitik oder Wachstumsfragen. Allerdings konnte in der vorliegenden Arbeit über Erhard Epplers ost- und Deutschlandpolitik ein Großteil seines politischen Wirkens beschrieben werden.

aus Anlass des 80. Geburtstages von Theodor Eschenburg, Kehl/Strassburg/Arlington 1985, S. 7-19.

¹⁴⁸⁵ Vgl. Baring, Arnulf, Machtwechsel, S. 562.

¹⁴⁸⁶ Ebd., S. 562f.

¹⁴⁸⁷ Schuster, Jacques, Heinrich Albertz, S. 26f.

¹⁴⁸⁸ Ders., S. 9f.

Abkürzungsverzeichnis

AP	Associated Press
AADP	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik
BBC	British Broadcasting Company
Bd.	Band
BdD	Bund der Deutschen
bpa	Bundespresseamt
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
CCIA	Commission of the churches on international Affaires of the World Council
CDU	Christlich-Demokratische Union
CFK	Christliche Friedenskonferenz
CSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
CSU	Christlich-Soziale Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Dep.	Depositum
DFS	Deutsches Fernsehen
DFU	Deutsche Friedens-Union
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
Diss.	Dissertation
DLF	Deutschlandfunk
Ddp	Deutscher Depeschen Dienst
dpa	Deutsche Presse Agentur
DS	Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt
DzD	Dokumente zur Deutschlandpolitik
EG	Europäische Gemeinschaft
EKD/EKID	Evangelische Kirche in Deutschland
epd	Evangelischer Pressedienst
EU	Europäische Union
Ev.	Evangelisches (Zentralarchiv)
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
FR	Frankfurter Rundschau
FSU	Frei-Soziale Union
GR	Gesamtdeutsche Rundschau
GVP	Gesamtdeutsche Volkspartei
Hess. Rf./HR	Hessischer Rundfunk
Hrsg.	Herausgeber

IM	Inoffizieller Mitarbeiter
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
MdB	Mitglied des Bundestags
MdL	Mitglied des Landtags
NATO	North Atlantic Treaty Organization
ND	Neues Deutschland
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NG	Notgemeinschaft für den Frieden Europas
NL	Nachlaß
NS	Nationalsozialismus
ohn. Dat.	ohne Datum
ppp	Politisch-Parlamentarischer-Pressedienst
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
RTL	Radio Television Luxemburg
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR
SDI	Strategic Defense Initiative
SDR	Süddeutscher Rundfunk
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFB	Sender Freies Berlin
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SU	Sowjetunion
SWF	Südwestfunk
SZ	Süddeutsche Zeitung
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNO	United Nations Organization
USA	United States of America
VZ	(Prager) Volkszeitung
VR	Volksrepublik
VRP	Volksrepublik Polen
WBA	Willy-Brandt-Archiv
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WEU	Westeuropäische Union
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZK	Zentralkomitee

Quellen- und Literatur

UNVERÖFFENTLICHTE QUELLEN

AMTLICHE ARCHIVALIEN

Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)

- AP 1118/71 Lpz.
- HA VI 2164
- ZAIG 24072
- HA VIII 5165
- PA 1105
- AP 22682/92

Evangelisches Zentralarchiv, Berlin

- Bestand 2 Kirchenkanzlei der EKD, 2/1357-2/1359, 2/1365, 2/1369

Politisches Archiv des Auswärtigen Amts

- Ministerbüro Nr. 351, Nr. 352
- B 42 II A 5 Nr. B 150, Nr. 994, Nr. 1031
- L 1 Nr. 37

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR/Bundesarchiv Berlin

- ZK der SED, Büro Axen (DY 30 Nr. 79, Nr. 81)
- ZK der SED, Büro Honecker (DY 30, Nr. 2251, Nr. 2289, Nr. 2291)
- ZK der SED, Büro Krenz (DY 30, Nr. 311)
- ZK der SED, Arbeitsgruppe Kirchenfragen (DY 30, Nr. 200)

ARCHIVE PARTEINÄHER STIFTUNGEN

Archiv der sozialen Demokratie (AdSD) der Friedrich-Ebert-Stiftung

- Erhard Eppler, Dep.
- Fritz Erler, NL
- Gustav Heinemann, NL I und II
- Adolf Scheu, NL
- Carlo Schmid, NL
- Helmut Schmidt, Dep.
- Helene Wessel, NL
- Heinz Westphal, Dep.
- Willy-Brandt-Archiv, Außenminister; Bundeskanzler/Bundesregierung
- SPD-Bundestagsfraktion, 5. Wahlperiode
- Sammlung Personalien (Erhard Eppler)

Konrad-Adenauer Stiftung, Archiv für christlich-demokratische Politik (ACDP)

- Kurt Georg Kiesinger, NL

PRIVATARCHIVE

Erhard Eppler

Helmut Simon

INTERVIEWS

Interview mit Erhard Eppler, 28.11.2001

Interview mit Helmut Simon, 29.11.2001.

VERÖFFENTLICHTE QUELLEN

BÜCHER UND AUFSÄTZE ERHARD EPPLERS

Es wird auf eine Aufzählung von Epplers Zeitungsartikeln verzichtet, um den Rahmen dieser Auflistung nicht zu sprengen. Auf einzelne wichtige Zeitungsartikel von Eppler wird hier dennoch erwiesen.

Lohnt sich das überhaupt?, in: Nachrichten der Notgemeinschaft, Nr. 4, Juli 1952, S. 1

Gespräch mit Frankreich, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg. Nr. 4, 27.2. 1953, S. 2f.

Politik ohne Instinkt für den Osten, in: GVP-Nachrichten, 1. Jg. Nr. 13, 23.4.1953, S. 6f.

Kompromiß, in: Gesamtdeutsche Rundschau, 1. Jg. Nr. 18, 29.5.1953, S. 7

Neutralismus, in: Gesamtdeutsche Rundschau, 1. Jg. Nr. 19, 5.6.1953, S. 5

Robert Schuman, in: Gesamtdeutsche Rundschau, 1. Jg. Nr. 24, 10.7.1953, S. 3

Die Ostpolitik und das Flüchtlingsproblem, in: Gesamtdeutsche Rundschau, 1. Jg. Nr. 39, 23.10.1953, S. 4

Mittelstrecken-Regierungspolitik. Bonner Absichten und Pläne für die Pariser NATO-Tagung, Vorwärts Nr. 48 (29.11.1957)

Liberale und Soziale Demokratie. Zum politischen Erbe Friedrich Naumanns, Villingen 1961

Blick von der Tribüne. Diskussion um den Protest der Jugend, in: Tribüne 6. Jg. (1967) Heft 24, S. 2594f.

Vortrag von Dr. Erhard Eppler, in: Gesamtdeutsch oder europäisch denken? 13. Gesamtdeutsche Tagung des Coburger Convents und der deutschen Sängerschaft Berlin Januar 1968. Vier Vorträge über das gleiche Thema, Stuttgart 1968, S. 33-54

Deutsche Interessen beim Sperrvertrag. Eine Entgegnung, in: Europäische Gemeinschaft 1968, Heft 5, S. 6f. (gleicher Text: Deutsche Interessen beim Sperrvertrag. Eine Entgegnung, in: Eppler, Erhard, Einsprüche, S. 107-111)

Grundlinien der deutschen Entwicklungspolitik in der zweiten Dekade, in: E & Z 9. Jg. (1968) Nr. 12, S. 4-6

Ost-West/Nord-Süd – Die Verlagerung eines Weltkonflikts, in: Bormann, Cornelius (Hrsg.), Offensive ohne Waffen. Entwicklungshilfe – Teil einer neuen Friedensstrategie, Wuppertal-Barmen 1968, S. 25-30

Entwicklung und Solidarität, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1 Jg. (1969) Heft 1/2 S. 38-45 (gleicher Text: Entwicklung und Solidarität. Der Wirklichkeit standhalten, in: Lorenz, Friedebert (Hrsg.), Gerechtigkeit in einer revolutionären Welt. Vorträge und Bibelarbeiten in der Arbeitsgruppe Gerechtigkeit in einer revolutionären Welt des 14. Deutschen Evangelischen Kirchentages Stuttgart 1969, Stuttgart/Berlin 1969, S. 59-67)

- Aspekte der Entwicklungshilfe, in: Evangelische Kommentare 2. Jg. (1969) Heft 3, S. 148-152
- Deutschland als Friedenszone für den Frieden in Europa, in: Bulletin 19.6.1969 Nr. 79, S. 677-679 (gleicher Text: Deutschland als Friedenszone für den Frieden in Europa, in: Eppler, Erhard, Reden auf die Republik, S. 97-105)
- Entwicklungshilfe als Weltinnenpolitik, in: Vereinte Nationen 17. Jg. (1969) Nr. 6, S. 161-164
- Moderne und zukunftsorientierte Entwicklungspolitik, in: Bulletin 1.7.1969 Nr. 86, S. 739-742, (gekürzte Fassung: Aufgabe und Chance für die junge Generation, in: E & Z 10. Jg. (1969) Nr. 7, S. 15f.)
- Eine Kraftspritze für die Dritte Welt. Grundformeln der Entwicklungshilfe, in: Gewerkschaftliche Rundschau für die Bergbau- und Energiewirtschaft 1969 Nr. 8/9, S. 354-358 (fast gleicher Text: Kraftspritze für die Dritte Welt, in: Eppler, Erhard, Einsprüche, S. 116-122 (Zeit, 4.4.1969))
- „Reichsfeinde“, in: Der Monat 21 Jg. (1969) Nr. 246, S. 71f.
- Friedenspolitik: in: Ehmke, Horst (Hrsg.), Perspektiven. Sozialdemokratische Politik im Übergang zu den siebziger Jahren. Erläutert von 21 Sozialdemokraten, Reinbek bei Hamburg 1969, S. 44-51
- Spannungsfelder. Beiträge zur Politik unserer Zeit, Stuttgart 1969² (1968¹)
- Warum bin ich Sozialdemokrat. Dr. Erhard Eppler, (Hrsg. Vorstand der SPD), Bonn o.J. (ca. 1969)
- Appell an die Solidarität, in: Bulletin 5.5.1970 Nr. 61 (S. 565f.), S. 566
- Zehn Thesen zur Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung, in: Bulletin 10.10.1970 Nr. 106, S. 1043-1045 (ähnlich: Zehn Thesen zur Deutschland- und Ostpolitik, in: Tutzingen Studien 1971 Nr. 1, S. 17-21) (französisch: Dix thèses sur le problème allemand et l'Ostpolitik, in: Documents 26. Jg. (1971) Nr. 2, S. 6-11)
- Der Zusammenhang zwischen Ostpolitik und Westpolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: Bulletin 4.2.1971 Nr. 16, S. 173-176
- Ideologie und Pragmatismus, in: Bulletin 2.3.1971 Nr. 30, S. 309-312
- Entwicklungspolitik und Eigeninteressen, in: Bulletin 3.4.1971 Nr. 52, S. 529-533, (gleicher Text: Entwicklungspolitik und Eigeninteressen, Europa-Archiv Folge 6/1971, S. 187-194)
- Die Entwicklungspolitik der Bundesregierung, in: Bulletin 14.4.1971 Nr. 56, S. 573-587
- Entwicklungshilfe – Politik der Veränderung. Gespräch mit Minister Erhard Eppler, in: Die Neue Gesellschaft 18. Jg. (1971) Nr. 6, S. 382-389
- Heinemann als Politiker, in: Gustav W. Heinemann. Bundespräsident, Bonn 1971, S. 51-57
- Neue Aufgaben für Europa. Ansprache von Bundesminister Dr. Eppler zum Abschluß der Deutsch-Englischen Gespräche, in: Bulletin 22.3.1972 Nr. 43, S. 645f.
- Peinlich – CDU schulmeister die Kirche, epd-Dokumentation Nr. 15/1972 (10.4.1972), S. 16f.
- Ausweg aus dem Teufelskreis, in: Lutherische Monatshefte 11. Jg. (Mai 1972), S. 213f.
- Wenig Zeit für die Dritte Welt, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1972⁵
- Grundsatzfragen und Ziele der Entwicklungspolitik. Interview von Bundesminister Dr. Eppler mit „Al Anwar“, in: Bulletin 13.4.1973 Nr. 44, S. 393-395
- Maßstäbe für eine humane Gesellschaft: Lebensstandard oder Lebensqualität?, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1974
- Ein Mann, der Ermutigung hinterläßt, in: Koch, Diether/Lotz, Martin (Hrsg.), Stimmen zum Tode von Gustav W. Heinemann. „Junge Kirche“. Eine Zeitschrift europäischer Christen, 37. Jg. (1976) Beiheft zu Heft 10, S. 28-30 (Epplers Artikel wurde im Allgemeinen deutschen Sonntagblatt am 18.7.1976 veröffentlicht)

- Parteipolitik zwischen Machtstreben und Gemeinwohl, in: ApuZ B 32/33 26. Jg. (1976), S. 13-20
- Ende oder Wende. Von der Macht des Notwendigen, Frankfurt am Main/Wien/Zürich 1976 (1975¹)
- Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit. Gespräche über ein Politikerleben mit Freimut Duve, Reinbek bei Hamburg 1978
- Zusammenfassung, in: Hähnle, Walter (Hrsg.), Gustav-Heinemann-Initiative. Bekommen wir eine andere Republik?, Stuttgart 1978, S. 53-58
- „Europa hat weder Christentum noch Humanität gepachtet“, in: Friedrich, Bruno (Hrsg.), Kulturelle Demokratie. Plädoyer für die Macht der Humanität, Bonn 1979, S. 81-84 (gekürzt: Wie christlich ist das Abendland? Europäische Humanität und christlicher Auftrag, in: Evangelische Kommentare Jg. 12 (1979) Nr. 5, S. 257f.)
- Kulturbeziehungen und Entwicklung. Die vernachlässigte Nord-Süd-Problematik in der auswärtigen Kulturpolitik, in: Grohs, Gerhard/Schwerdtfeger, Johannes/Strohm, Theodor (Hrsg.), Kulturelle Identität im Wandel. Beiträge zum Verhältnis von Bildung, Entwicklung und Religion, Stuttgart 1980, S. 386-400
- Die Prämissen stimmen nicht, Gewerkschaftliche Monatshefte Sept. 1981, S. 548-552
- Friedensbeschwörung. Abrüstungsgedanken von oben, in: Transatlantik 1981 Nr. 9, S. 22-24
- Die SPD – eine gelähmte Partei, in: L'80 November 1981 Heft 20, S. 5-13 (gleicher Text: Die SPD – eine gelähmte Partei, in: Eppler, Erhard, Einsprüche, S. 229-236)
- Frieden in Bewegung. Gespräch mit Dr. Erhard Eppler (das Gespräch führten Peter Hölzle, Hans Norbert Janowski und Eberhard Stammler), Evangelische Kommentare 14. Jg. (1981) Nr. 11, S. 645-648
- Deutschland – Vorfeld oder Schlachtfeld? Der Aufstand gegen den Rüstungszwang – Eine Erwiderung auf Graf Kielmansegg, in: Joffe, Josef (Hrsg.), Friede ohne Waffen? Der Streit um die Nachrüstung, Hamburg 1981, S. 73-80
- „Der Geist des Friedens steht über aller Vernunft“. Auszüge aus der Kirchentags-Predigt, in: Joffe, Josef (Hrsg.), Friede ohne Waffen? Der Streit um die Nachrüstung, Hamburg 1981, S. 164-167
- Wege aus der Gefahr, Reinbek bei Hamburg 1981
- Europa muß seinen Weg finden, Profil Rote Revue Nr. 5 1982, S. 2-6
- Eppler, Erhard/Voigt, Karsten, Fragen nach dem Verhältnis von SPD und Friedensbewegung, in: Hoffmann-Axthelm, Dieter/Knödler-Bunte, Eberhard (Hrsg.), Wie souverän ist die Bundesrepublik?, Berlin 1982, Ästhetik und Kommunikation akut Bd. 9 - Sonderheft, S. 191-197
- Fragenbeantwortung, in: Initiativkreis neue Sicherheitspolitik (Hrsg.), „Bereit zum atomaren Selbstmord?“ Protokoll einer Podiumsdiskussion (2.10.1981), München 1982, S. 39-65
- Das Grundproblem bei Abrüstungsverhandlungen, in: Initiativkreis neue Sicherheitspolitik (Hrsg.), „Bereit zum atomaren Selbstmord?“ Protokoll einer Podiumsdiskussion (2.10.1981), München 1982, S. 30-34
- „Frankenthaler Gespräch“ mit Dr. Erhard Eppler, in: Becker, Kurt E./Popitz, Peter/Schreiner, Hans-Peter (Hrsg.), Erhard Eppler. Die Friedensbewegung. Ein Gespräch, Landau/Pfalz 1982, S. 13-68
- Friedensbewegung: in Jens, Walter (Hrsg.), In letzter Stunde. Aufruf zum Frieden, München 1982, S. 143-166
- Mehr Sicherheit durch weniger Rüstung?, in: Buchholz, Axel/Geiling, Martin (Hrsg.), Wohlstand für keinen. Perspektiven für die Bundesrepublik, Frankfurt/Main u.a. 1982, S. 177-189

- Eppler, Erhard/Ende, Michael/Tächl, Hanne, Phantasie/Kultur/Politik. Protokoll eines Gesprächs, Stuttgart 1982
- Recht zum Widerstand – oder: Rastätter Anmerkungen, in: Vorgänge 62/63 22. Jg. (1983) Heft 2/3, S. 59-66
- Ansprache von Kirchentagspräsident Dr. Erhard Eppler, Stuttgart am 12.6.1983, in: 20. Deutscher Evangelischer Kirchentag Hannover 1983 8.-12. Juni, Pressezentrum – Dokumentation Nr. 283 (S. 1f.), S. 2 (fast identischer Text: Wort des Kirchentages, in: Eppler, Erhard, Einsprüche, S. 314-316)
- Abrüstung – Frieden- Position der evangelischen Kirche, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 34. Jg. (1983) Nr. 9, S. 576-582
- Die Bombe von Hiroshima hat uns eingeholt, in: Petra Kelly (Hrsg.), Laßt uns die Kraniche suchen. Hiroshima – Analysen, Berichte, Gedanken, München 1983, S. 137f.
- Frieden – Ökologie – Entwicklung, in: Deutsches Übersee-Institut (Hrsg.), Jahrbuch Dritte Welt. Daten – Übersichten – Analysen München 1983, S. 20-29
- Die tödliche Utopie der Sicherheit, Reinbek bei Hamburg 1983
- Demokratie in Gefahr? Eröffnungsreferat der Jahrestagung der Gustav-Heinemann-Initiative zum Thema „Bürgerrechte 84“, in: Vorgänge 23. Jg. (1984) Heft 3, S. 33-45
- Handfest und unsentimental, in: Die neue Gesellschaft Jg. 31 (1984) Nr. 9, S., 815-819
- Friedensbewegung 1984, in: Klaus Gerosa (Hrsg.), Große Schritte wagen. Über die Zukunft der Friedensbewegung, München 1984, S. 19-33 (vgl. die gekürzte Fassung: Friedensbewegung 1984, in: Frankfurter Hefte 39. Jg. (1984) Nr. 3 (S. 23-30). Dieser Text ist abgedruckt als Friedensbewegung 1984, in: Eppler, Erhard, Einsprüche (S. 209-220)).
- Ders (Hrsg.), Grundwerte für ein neues Godesberger Programm. Die Texte der Grundwerte-Kommission der SPD, Hamburg 1984
- Konsequenzen für die Politik, Referat, Tutzing, 2.12.1984, in: Dokumentation Kann man den Frieden sichern? Theologische und politische Überlegungen von Ebach, Eppler, Kreck, C.F. v. Weizsäcker u.a., Evangelischer Pressedienst, Nr. 3/85 (14.1.1985), S. 66-75
- Politik auf dem Prüfstand. Gespräch mit Dr. Erhard Eppler, in: Evangelische Kommentare 18. Jg. (1985) Nr. 1, S. 29-32
- Amerika und die Deutschen, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 33. Jg. (1986) Nr. 1, S. 32-34
- Friedenspolitik und Ideologie, in: Mediatas 1986 Nr. 4, S. 1, 9-11
- Wenn Worte zur tödlichen Waffen werden. Sprache wird als Instrument der Manipulation verwendet, Lutherische Monatshefte 25. Jg. (1986) Nr. 6, S. 269f.
- Einsprüche. Zeugnisse einer politischen Biographie. Hrsg. von Albrecht Bregenzer u.a., Freiburg im Breisgau 1986
- Wie politisch soll die Kirche sein?, in: Vorgänge 26. Jg. (1987) Heft 2, S. 33-45 (gleicher Text: „Wie politisch soll die Kirche sein?“, in: Eppler, Erhard, Einsprüche, S. 325-340; gekürzte Fassung: Wie politisch soll die Kirche sein?, in: Ev. Kommentare 19. Jg. (1986) Nr. 4, S. 215-217)
- Selbstbewußte Bürger der DDR. Zum Kirchentag in Ostberlin, Sozialdemokratischer Pressedienst 42. Jg. Nr. 119 (29.6.1987), S. 1
- Friedenspolitik durch systemöffnenden Dialog. Streitkultur als Friedenspolitik, Service der SPD für Presse, Funk, TV, 27.8.1987 (Nr. 705/87) (8 S.) (vgl. auch den Abdruck des Statements: Streitkultur als Friedenspolitik. Erhard Eppler zum gemeinsamen Papier von SPD und SED, in: Sozialdemokratisches Magazin 1987 Nr. 10, S. 9-11; Eppler, Erhard, Friede zwischen Ost und West und ungezügelter ideologischer Polemik vertragen sich

- nicht, in: Brinkel, Wolfgang/Rodejohann, Jo (Hrsg.), Das SPD:SED-Papier. Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, Freiburg i.Br. 1988, S. 22-27)
- Neues Denken in der Sicherheitspolitik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 38. Jg. (1987) Nr. 8, S. 456-463
- Ärger mit allzu simplen Begriffen. Zum Widerhall auf das gemeinsame Papier von SPD und SED, Sozialdemokratischer Pressedienst, 42. Jg. Nr. 218 (13.11.1987), S. 3f. (vgl. auch die erweiterte Fassung: Ärger mit allzu simplen Begriffen, Vorwärts, 28.11.1987)
- Eppler, Erhard/Reinhold, Otto, Spiegel-Gespräch. „Ein System kann das andere nicht abschaffen. SPD-Präside Erhard Eppler und der SED-Ideologe Otto Reinhold über das gemeinsame Friedenspapier, in: Der Spiegel 1987 Nr. 36, S. 27-30
- Christen im Streit der Ideologien, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Deutsche Dialoge. Anstöße zu einem neuen Denken. Biblische und politische Einsichten von Deutschen aus Ost und West beim Evangelischen Kirchentag in Frankfurt am Main, Berlin 1987, S. 13-30
- Deutsch-deutsche Magna Charta?, in: Journal Geschichte 1988 Nr. 1, S. 4-8
- Links blinken, rechts fahren, Spiegel Nr. 29 (18.7.1988) (gleicher Text: Einmischung erwünscht. Was ist in der DDR los?, in: Eppler, Erhard, Reden auf die Republik, S. 137-144)
- Freiheit hieß das Zauberwort, in: Pörtner, Rudolf (Hrsg.), Mein Elternhaus. Ein deutsches Familienalbum, Düsseldorf/Wien 1988³ (1985¹), S. 271-276
- Man nehme zum Beispiel den Kirchentag, in: Girock, Hans-Joachim (Hrsg.), Ein Traum von Kirche. Brauchen wir ein anderes Christentum?, Stuttgart 1988, S. 55-64
- Wie Feuer und Wasser. Sind Ost und West friedensfähig?, Reinbek bei Hamburg 1988
- Die Bedeutung des SPD-Papiers für den Dialog zwischen den beiden Staaten und Christen in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland/Erwiderungen, in: Evangelische Akademie Mülheim/Ruhr (Hrsg.), Kommission SPD und Kirchen. Kirche im Sozialismus. Kirche im pluralen Staat, 11.-12. November 1988, Mülheim/Ruhr 1989 Nr. 1, S. 35-46; S. 56-59
- In jedem Fall eine föderalistische Lösung. Gespräch mit Erhard Eppler über den Umsturz in der DDR und die Wiedervereinigung (20. November 1989), in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1989 Nr. 12, S. 740-746
- „Wir dürfen die Kämpfe von Godesberg nicht wiederholen“, in: Vorwärts 1989 Nr. 12, S. 7-11
- Die Totalitarismustheorie und ihre Wirkung auf unser Verhältnis zur Sowjetunion, in: Goldschmidt, Dieter (Hrsg.), Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe, Gütersloh 1989, S. 508-521
- Becker, Sophinette/Eppler, Erhard/Goldschmidt, Dietrich u.a., Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe. Ein Memorandum, in: Goldschmidt, Dieter (Hrsg.), Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe, Gütersloh 1989, S. 11-20 (Abdruck des Memorandums in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 6 1989, S. 770-774)
- Was jetzt zu leisten ist, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Deutsche Einsichten. Reden und Gespräche zwischen Deutschen aus beiden Staaten beim Evangelischen Kirchentag in Berlin, Berlin 1989, S.137-142
- Deutsche Einheit und europäische Einigung, in: Aktuelle Gespräche 1990 (Sept.) Nr. 3, S. 16-18
- Friedensbewegung und Realpolitik, in: Bahr, Hans-Eckehard (Hrsg.), Von der Armee zur europäischen Friedenstruppe, München 1990, S. 143-154
- Plattform für eine neue Mehrheit. Ein Kommentar zum Berliner Programm der SPD, Bonn 1990
- Reden auf die Republik. Deutschlandpolitische Texte 1952-1990, München 1990

- „Was meint er eigentlich mit sozialer Geduld?“ Laudatio auf Dieter Lattmann, in: Dieter Lattmann, Deutsch-deutsche Brennpunkte. Ein Schriftsteller in der Politik, Berlin (Ost) 1990, S. 261-268
- Die Macht des neuen Bewußtseins, in: Dätwyler, Philippe/Eppler, Erhard/Riedel, Ingrid, Die Bombe, die Macht und die Schildkröte. Ein Ausweg aus der Risikogesellschaft?, Olten/Freiburg im Breisgau 1991, S. 43-84
- Kavalleriepferde beim Hornsignal. Die Krise der Politik im Spiegel der Sprache, Frankfurt am Main 1992
- „Der Wandel durch Annäherung hat funktioniert“, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), das Udenkbare denken. Festschrift für Egon Bahr zum siebzigsten Geburtstag, Baden-Baden 1992, S. 227f.
- Ein Ehrenplatz in den Geschichtsbüchern, in: Mut 1993 Nr. 309, S. 22-24
- Das Berliner Programm von 1989 – Grundlage für den Demokratischen Sozialismus 2000, in: Heimann, Horst (Hrsg.), Sozialdemokratische Traditionen und Demokratischer Sozialismus 2000, Köln 1993, S. 74-91
- Politik statt Verwaltung, in: Siegfried Unseld (Hrsg.), Politik ohne Projekt? Nachdenken über Deutschland, Frankfurt a. M. 1993, S. 123-132
- Die politische Sprache und die Krise der Politik, in: Friedrich-Ebert-Stiftung/Fritz Erler Akademie Freudenstadt (Hrsg.), 20 Jahre Fritz Erler Akademie – 10 Jahre in Freudenstadt. Festakt anlässlich des Jubiläums am 24. August 1994 im Kur- und Kongreßzentrum Freudenstadt, Bonn 1994, S. 21-37
- Rückgewinnung des Politischen, in: Aktuelle Gespräche 43 Jg. (1995) Nr. 1, S. 2-8
- Erhard Eppler, in: Sarkowicz, Hans (Hrsg.), „Als der Krieg zu Ende war“. Erinnerungen an den 8. Mai 1945 Frankfurt am Main/Leipzig 1995, S. 138-142
- „Die Wehrmacht auch...?“, in: Däubler-Gmelin, Herta/Schmidt, Helmut/Schmude, Jürgen, Gestalten und Dienen. Fortschritt mit Vernunft. Festschrift zum 70. Geburtstag von Hans-Jochen Vogel, Baden-Baden 1996, S. 109-117 (gekürzte Fassung: Ansprache zur Eröffnung der Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht“ am 10.9.1995 in Stuttgart, in: Betrifft Justiz, 1995 Nr. 44, S. 173-176)
- Als Wahrheit verordnet wurde. Briefe an meine Enkelin, Baden-Baden 1997 (Frankfurt a. M./Leipzig 1994¹)
- Die Würde der Bürger. Der Beitrag des Protestantismus zur politischen Kultur, in: Evangelische Kommentare 31. Jg. (1998) Nr. 6, S. 320-322
- „Im Gespräch“ mit Dr. Dr. h.c. Erhard Eppler am 12. November 1997, in: Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.), Fragen zur deutschen Einheit. Reinhard Höppner im Gespräch mit Daniela Dahn, Egon Bahr, Hans Otto Bräutigam, Erhard Eppler, Günter Gaus, Regine Hildebrand, Günter Grass, Halle 1998, S. 97-120
- Die Wiederkehr der Politik, Frankfurt am Main/Leipzig 1998
- In der Hand der Sieger. Aus dem Krieg heimgekehrt, in: Spiegel Nr. 20 (17.5.1999), S. 100-103
- Zeitzeugenberichte. Einführung, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Nach-Denken. Gustav Heinemann und seine Politik. Wissenschaftliches Symposium am 10. Mai 1999 aus Anlaß des 100. Geburtstages von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, Bonn o.J., S. 73-76
- Zeitzeugenberichte. Erhard Eppler, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Nach-Denken, S.78-80

Die erträglichere Entscheidung, in: Vorwärts 1999 Nr. 5, S. 39
Parteiwechsel statt Überzeugungswechsel, in: Thierfelder, Jörg/Riemenschneider, Matthias (Hrsg.), Gustav Heinemann - Christ und Politiker, Karlsruhe 1999, S. 196-207

Privatisierung der politischen Moral?, Frankfurt am Main 2000
Was braucht der Mensch? Vision: Politik im Dienst der Grundbedürfnisse, Frankfurt/New York 2000

Komplettes Stückwerk. Erfahrungen aus fünfzig Jahren Politik, Baden-Baden 2001
(Frankfurt a.M./Leipzig 1996¹)

Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt?, Frankfurt am Main 2002

AMTLICHE UND OFFIZIÖSE VERÖFFENTLICHUNGEN

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Hrsg.), Entwicklungspolitik ist der Versuch, das Leben für alle erträglicher zu machen, damit es nicht für alle unerträglich wird. Erhard Eppler, Bonn o.J. (1973)

Deutscher Bundestag, Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. V/1 Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, besonders Erste Beratung der Ostverträge im Deutschen Bundestag. 173. Sitzung am 25. Februar 1972, in: Bulletin Nr. 28 (28.2.1972)

Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 5. Wahlperiode. Stenographische Berichte, Bonn 1965-1969

Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 6. Wahlperiode. Stenographische Berichte, Bonn 1969-1973

Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 7. Wahlperiode. Stenographische Berichte, Bonn 1972-1976

Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 11. Wahlperiode. Stenographische Berichte, Bonn 1987-1990

NICHTAMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN

Deutscher Evangelischer Kirchentag Hannover 1967. Dokumente, Stuttgart/Berlin 1967

Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für öffentliche Verantwortung, Friedensaufgaben der Deutschen. Eine Studie, Gütersloh 1968

Manifest der Gesamtdeutschen Volkspartei, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Gustav Heinemann im Siegerland. Weggefährten erinnern sich anlässlich des 90. Geburtstages 1989, Bonn (1990) (gleicher Text: Manifest der Gesamtdeutschen Volkspartei, in: Gesamtdeutsche Volkspartei. Der Aufbruch des neuen politischen Willens. Manifest und Gründungskundgebung, Essen 1953, S. 3-7)

Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.), Die Häber-Protokolle. Schlaglichter der SED-Westpolitik 1973-1985, Berlin 1999

Vorstand der SPD (Hrsg.), Bundeskonferenz der SPD 1967. Thema: Die Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung. Protokoll 13. bis 15. November 1987 Bad Godesberg

Ders., Parteitag der SPD vom 17. bis 21. März 1968 in Nürnberg, Protokoll der Verhandlungen. Angenommene und überwiesene Anträge

Ders., Parteitag der SPD. 19. bis 23 April 1982 München. Band I Protokoll der Verhandlungen, Anhang

Ders., Bundesdelegierten-Konferenz und Außerordentlicher Parteitag der SPD, 18. und 19. November 1983 Köln. Protokoll der Verhandlungen. Dokumentarischer Anhang

Ders., SPD Parteitag Essen 17.- bis 21. Mai 1984
 Ders., Protokoll vom Parteitag Berlin 27.-28.9.1990
 Ders., Protokoll vom Parteitag Bremen, 28.-31. Mai 1991
 Ders., Protokoll Parteitag Bonn 12. April 1999
 Vorstand der SPD, Sekretariat der Grundwertekommission (Hrsg.), Materialien. Trotz allem – hilfreich. Das Streitkultur-Papier von SPD und SED. Fünf Jahre danach. Eine Stellungnahme der Grundwertekommission vom August 1992
 Was will die Gesamtdeutsche Volkspartei (Heinemann, Wessel, Bodensteiner), in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Gustav Heinemann im Siegerland. Weggefährten erinnern sich anlässlich des 90. Geburtstages 1989, Bonn (1990)

DOKUMENTATIONEN UND EDITIONEN

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AADP) 1966 Bd. 2 (Hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte. Haupterausgeber: Hans-Peter Schwarz), München 1997
 Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AADP) 1968, Bd. 1/2 (Hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte. Haupterausgeber: Hans-Peter Schwarz), München 1999
 Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AADP) 1969, Bd. 1/2 (Hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte. Haupterausgeber: Hans-Peter Schwarz), München 2000
 Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AADP) 1970, Bd. 1 (Hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte. Haupterausgeber: Hans-Peter Schwarz), München 2001
 Dokumente zur Deutschlandpolitik (DzD) IV Reihe Bd. 12 (1.1.-30.11.1966) (Hrsg. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen), Frankfurt a. M. 1981
 Dokumente zur Deutschlandpolitik (DzD) V. Reihe Bd. 1 (1.12.1966-31.12.1967) (Hrsg. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen), Frankfurt a.M. 1984
 Dokumente zur Deutschlandpolitik (DzD) V. Reihe Bd. 2 (1.1.-31.12.1968) (Hrsg. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen), Frankfurt a.M. 1987
 Bracher, Karl Dietrich/Morsey, Rudolf/Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961-1966, bearbeitet von Heinrich Potthoff, Düsseldorf 1993

ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Die meisten Zeitungs- und Zeitschriftenartikel befinden sich in der Sammlung Personalien (Erhard Eppler) im Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung bzw. in der privaten Sammlung der Verfasserin. Der Zeitraum der Auswertung umfasst generell die Jahre ab 1957 bis 2002.

- Aachener Nachrichten
- Abendzeitung München
- Aktueller Presse-Dienst der SPD-Landtagsfraktion
- Badische Neueste Nachrichten
- Darmstädter Tagblatt
- Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt
- Flensburger Tageblatt
- Frankenpost
- Frankfurter Allgemeine Zeitung
- Frankfurter Rundschau
- General-Anzeiger
- Gesamtdeutsche Rundschau. Wochenzeitung für unabhängige Politik, Kultur und Wirtschaft

- GVP-Nachrichten. Nachrichtendienst der Gesamtdeutschen Volkspartei
- Handelsblatt
- Hamburger Allgemeine Zeitung
- Hamburger Morgenpost
- Hannoversche Allgemeine Zeitung
- Heilbronner Stimme
- Informationen der Sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag
- Kieler Rundschau
- Kölner Stadt-Anzeiger
- Mittelbayrische Zeitung
- Nachrichten der Notgemeinschaft für den Frieden Europas
- Neue Westfälische
- Neue Presse (Hannover)
- Neue Zeit
- Neues Deutschland
- Newsweek
- Pforzheimer Zeitung
- Politisch-Parlamentarischer-Pressedienst (ppp)
- Prager Volkszeitung
- Quick
- Reutlinger General-Anzeiger
- Rheinischer Merkur/Christ und Welt
- Sächsische Zeitung
- Schwäbisches Tagblatt
- Schwarzwälder Bote
- Sonntag-Aktuell
- Das Sonntagsblatt
- Service der SPD für Presse, Funk, TV
- Sozialdemokraten. Service Presse, Funk, TV
- Sozialdemokratischer Pressedienst
- Die SPD-Fraktion teilt mit
- SPD-Pressedienst
- SPD Presse-Information (SPD-Landesverband Baden-Württemberg)
- SPD-Pressemitteilungen und Informationen
- Spiegel
- Stern
- Stuttgarter Nachrichten
- Stuttgarter Zeitung
- Süddeutsche Zeitung
- Südwestpresse
- Tages-Anzeiger
- Der Tagesspiegel
- Die Tageszeitung
- die tat
- Vorwärts
- Welt
- Welt der Arbeit
- Weltwoche
- Westdeutsche Allgemeine Zeitung
- Westfälische Rundschau
- Wirtschaftswoche
- Die Woche
- Zeit

SCHRIFTTUM

AUTOBIOGRAPHIEN, MEMOIREN, VERÖFFENTLICHUNGEN VON ZEITZEUGEN

- Bahr, Egon, Zu meiner Zeit, München 1996
- Brandt, Willy, Entwicklungshilfe als Beitrag für eine weltweite Friedenspolitik, in: Bulletin 1.7.1969 Nr. 86, S. 737-739 (vgl. gekürzte Fassung: ders., Grundsatzserklärungen zur deutschen Entwicklungspolitik, in: E & Z 10. Jg. (1969) Nr. 7, S.14f.
- Ders., Erinnerungen, Frankfurt a.M./Zürich 1990⁴
- Brinkel, Wolfgang/Rodejohann, Jo (Hrsg.), Das SPD:SED-Papier. Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, Freiburg i.Br. 1988
- Ehmke, Horst, Mittendrin. Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit, Berlin 1994
- Harppecht, Klaus, Im Kanzleramt. Tagebuch der Jahre mit Willy Brandt, Leck 2000
- Loest, Erich, Nikolaikirche, München 1998³
- Renger, Annemarie, Ein politisches Leben. Erinnerungen, Stuttgart 1993
- Schorlemmer, Friedrich, Wandel durch Annäherung – Annäherung durch Wandel. Erfahrungen mit innenpolitischen Auswirkungen der Entspannungspolitik, in: Lutz, Dieter (Hrsg.), Das Udenkbare denken. Festschrift für Egon Bahr zum siebzigsten Geburtstag, Baden-Baden 1992, S. 233-239
- Ders., Worte öffnen Fäuste. Die Rückkehr in ein schwieriges Vaterland, München 1992
- Vogel, Hans-Jochen, Statement zum Referat von Egon Bahr, in: Dowe, Dieter (Hrsg.), Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Opposition 1982-1989. Reihe Gesprächskreis Geschichte, Heft 4. Papier eines Kongresses der Friedrich-Ebert-Stiftung am 14. und 15. September 1993 in Bonn, Bonn 1993, S. 41-47
- Weizsäcker, Richard von, Vier Zeiten. Erinnerungen, Berlin 1997

MONOGRAPHIEN, AUFSÄTZE, ZEITSCHRIFTENBEITRÄGE

- Ashkenasi, Abraham, Reformpartei und Außenpolitik. Die Außenpolitik der SPD Berlin-Bonn, Köln/Opladen 1968
- Baring, Arnulf, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982
- Bender, Peter, Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, München 1996⁴
- Benz, Wolfgang (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland. Geschichte in drei Bänden, Frankfurt am Main 1983
- ders., Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat, München 1989³
- Blattmann, Ekkehard, Reinhold Schneider – Militarisierung oder Passion. Ein Beitrag zum „Fall Reinhold Schneider“, Frankfurt a. M. 1992
- Bolesch, Hermann Otto/Leicht, Hans Dieter, Der lange Marsch des Willy Brandt, Tübingen/Basel 1970
- Bouvier, Beatrix W., Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung. Außen-, sicherheits- und deutschlandpolitische Umorientierung und gesellschaftliche Öffnung der SPD 1960-1966, Bonn 1990
- Bracher, Karl Dietrich/Jäger, Wolfgang/Link, Werner, Republik im Wandel 1969-1974. Die Ära Brandt, Stuttgart/Mannheim 1986 (Geschichte der Bundesrepublik Bd. 5/I)
- Busche, Jürgen, Helmut Kohl. Anatomie eines Erfolgs, Berlin 1998
- Czerwick, Edwin, Oppositionstheorien und Außenpolitik. Eine Analyse sozialdemokratischer Deutschlandpolitik 1955 bis 1966, Königstein/Ts. 1981
- Dietzfelbinger, Eckart, Die westdeutsche Friedensbewegung 1948 bis 1955. Die Protestaktionen gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1984
- Dohse, Rainer, Der Dritte Weg. Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955, Hamburg 1974

- Dowe, Dieter (Hrsg.), Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Opposition 1982-1989. Reihe Gesprächskreis Geschichte, Heft 4. Papier eines Kongresses der Friedrich-Ebert-Stiftung am 14. und 15. September 1993 in Bonn, Bonn 1993
- Ders., (Hrsg.), „Mein Vater war doch kein Verbrecher – und doch hat er einem verbrecherischen Regime gedient.“ Warum trifft uns das heute noch?, Bonn 1999
- Ehring, Klaus/Dallwitz, Martin, Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR, Hamburg 1982
- Ellwein, Thomas, Krisen und Reformen. Die Bundesrepublik seit den sechziger Jahren, München 1993²
- Eßer, Albert, Wilhelm Elfes 1884-1969. Arbeiterführer und Politiker, Mainz 1990 (Diss.)
- Friese, Elisabeth, Helene Wesel (1898-1969). Von der Zentrumspartei zur Sozialdemokratie, Essen 1993
- Garton Ash, Timothy, Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München/Wien 1993
- Glatzeder, Sebastian J., Die Deutschlandpolitik der FDP in der Ära Adenauer. Konzeptionen in Entstehung und Praxis, Baden-Baden 1980
- Goethe, Wolfgang, Goethes Werke, Bd. 12 (Hrsg. Trunz, Erich/Schrimpf, Hans Joachim), München 1981
- Görtemaker, Manfred, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999
- ders., Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 2002
- Hacke, Christian, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Frankfurt am Main/Berlin 2003
- Haftendorn, Helga, Abrüstungs- und Entspannungspolitik zwischen Sicherheitsbefriedigung und Friedenssicherung. Zur Außenpolitik der BRD 1955-1973, Düsseldorf 1974
- dies., Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955-1982, Baden-Baden 1986²
- Hager, Kurt, Friedenssicherung und ideologischer Streit (Auszug), in: Brinkel, Wolfgang/Rodejohann, Jo (Hrsg.), Das SPD:SED-Papier. Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, Freiburg i.Br. 1988, S. 71-73
- Hanke, Christian, Die Deutschlandpolitik der Evangelischen Kirche in Deutschland von 1945 bis 1990. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des kirchlichen Demokratie-, Gesellschafts- und Staatsverständnisses, Berlin 1999 (Diss.)
- Havemann, Robert, Dokumente eines Lebens. Zusammengefasst und eingeleitet von Dieter Hoffmann..., Berlin 1991
- Heck, Thomas E., EKD und Entspannung. Die Evangelische Kirche in Deutschland und ihre Bedeutung für die Neuformulierung der Ost- und Deutschlandpolitik bis 1969, Frankfurt am Main 1996 (Diss.)
- Heidenreich, Frank/Westphal, Andreas, Eine linke Alternative ohne die Gewerkschaften? Erhard Eppers Konzept des selektiven Wachstums, in: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft 5. Jg. (1982) Nr. 14, S. 22-30
- Heinemann, Gustav, Gestalt und Wandel der SPD, Stimme der Gemeinde (6. Jg.) Nr. 3 (Februar) 1954, S. 49-56; mit geringfügigen Änderungen abgedruckt als ders., Der Weg der Sozialdemokratie, in: Neue Gesellschaft, 1. Jg. (Sept./Okt. 1954) H. 2, S. 44-49
- Herbstritt, Georg, Ein Weg der Verständigung? Die umstrittene Deutschland- und Ostpolitik des Reichskanzlers a. D. Dr. Joseph Wirth in der Zeit des Kalten Krieges (1945/1951-1955), Frankfurt am Main u.a. 1993
- Herres, Volker/waller, Klaus, Der Weg nach oben. Gerhard Schröder - eine politische Biographie, München/Düsseldorf 1998
- Hildebrand, Klaus, Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969, Stuttgart/Wiesbaden 1984 (Geschichte der Bundesrepublik Bd. 4)

- Hilsberg, Stephan, ohne Titel, in: Dowe, Dieter (Hrsg.), Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Opposition 1982-1989. Reihe Gesprächskreis Geschichte, Heft 4. Papier eines Kongresses der Friedrich-Ebert-Stiftung am 14. und 15. September 1993 in Bonn, Bonn 1993, S. 67-73
- Hoebink, Hein, Westdeutsche Wiedervereinigungspolitik 1949-1961, Meisenheim am Glan 1978
- Holl, Karl, Pazifismus in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988
- Hörster-Philipps, Ulrike, Joseph Wirth 1879-1956. Eine politische Biographie, Paderborn u.a. 1998
- Hrbek, Rudolf, Die SPD - Deutschland und Europa. Die Haltung der Sozialdemokratie zum Verhältnis von Deutschland-Politik und West-Integration (1945-1957), Bonn 1972
- Die Ideologie, die Deutschen und der Friede. Ein Podiumsgespräch, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Deutsche Dialoge. Anstöße zu einem neuen Denken. Biblische und politische Einsichten von Deutschen aus Ost und West beim Evangelischen Kirchentag in Frankfurt am Main, Berlin 1987, S. 31-56
- Jäger, Wolfgang/Link, Werner, Republik im Wandel 1974-1982. Die Ära Schmidt, Stuttgart/Mannheim 1987 (Geschichte der Bundesrepublik Bd. 5/II)
- Janning, Josef/Legrand, Hans-Josef/Zander, Helmut (Hrsg.), Friedensbewegungen. Entwicklung und Folgen in der Bundesrepublik Deutschland, Europa und den USA, Köln 1987
- Japs, Gode, Riskanter Dialog. Das gemeinsame Ideologie-Papier von SPD und SED, in: Deutschland-Archiv Nr. 10 25. Jg. (1992), S. 1111-1114
- Jobke, Barbara, Aufstieg und Verfall einer wertorientierten Bewegung. Dargestellt am Beispiel der Gesamtdeutschen Volkspartei, Tübingen 1974 (Diss.)
- Kempf, Udo/Merz, Hans-Georg (Hrsg.), Kanzler und Minister 1949-1998. Biographisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen, Wiesbaden 2001
- Kielmansegg, Peter, Graf, Der Kirchentag und der Frieden. Christen im Angesicht von Wettrüsten, Abrüsten und den brutalen Fakten der Macht, in: Joffe, Josef (Hrsg.), Friede ohne Waffen? Der Streit um die Nachrüstung, Hamburg 1981, S. 66-72
- Kleine, Rolf/Spruck, Matthias, Johannes Rau. Eine Biographie, München/Düsseldorf 1999
- Kliem, Wolfgang, Die Bedeutung des SPD-Papiers für den Dialog zwischen den beiden Staaten und Christen in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, in: Evangelische Akademie Mülheim/Ruhr (Hrsg.), Kommission SPD und Kirchen. Kirche im Sozialismus. Kirche im pluralen Staat, 11.-12. November 1988, Mülheim/Ruhr 1989 Nr. 1, 47-55
- Klotzbach, Kurt, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945-1995, Bonn 1996
- Knabe, Hubertus, Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, Berlin 1999
- Koch, Diether, Heinemann und die Deutschlandfrage, München 1972
- Koch, Peter, Willy Brandt. Eine politische Biographie, Berlin/Frankfurt a.M. 1988
- Koppe, Karlheinz, Die tödliche Utopie der Sicherheit. Argumente für den Frieden von Erhard Eppler, in: Die Neue Gesellschaft 30. Jg. (1983) Nr. 6, S. 582f.
- Knorr, Lorenz, Geschichte der Friedensbewegung in der Bundesrepublik, Köln 1993
- Krause-Burger, Sibylle, Helmut Schmidt. Aus der Nähe gesehen, Düsseldorf/Wien 1980
- Kuhr, Eberhard, Wider die Militarisierung der Gesellschaft: Friedensbewegung und Kirche in der DDR, Melle 1984
- Layritz, Stephan, Der NATO-Doppelbeschuß. Westliche Sicherheitspolitik im Spannungsfeld von Innen-, Bündnis- und Außenpolitik, Frankfurt a.M. u.a. 1991 (Diss.)
- Lindemann, Helmut, Gustav Heinemann. Ein Leben für die Demokratie, München 1978
- Lotze, Gerd, Erhard Eppler. Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, in: Rummel, Alois (Hrsg.), Wer uns regiert (S.139-145) Freudenstadt 1969

- Lorenz, Friedebert (Hrsg.), Juden und Christen im Dienst für den Frieden. Vorträge in der Arbeitsgruppe Juden und Christen des 13. Deutschen Evangelischen Kirchentags Hannover 1967, Stuttgart 1967
- Matz, Klaus-Jürgen, Reinhold Maier (1889-1971). Eine politische Biographie, Düsseldorf 1989
- Merseburger, Peter, Willy Brandt. 1913-1992. Visionär und Realist, Stuttgart/München 2002
- Meyer, Thomas, „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“. Zur Diskussion um das Streitkultur-Papier von SPD und SED, in: Dowe, Dieter (Hrsg.), Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Opposition 1982-1989. Reihe Gesprächskreis Geschichte, Heft 4. Papier eines Kongresses der Friedrich-Ebert-Stiftung am 14. und 15. September 1993 in Bonn, Bonn 1993, S. 57-66
- Miller, Susanne, Die Gespräche der Grundwertekommission der SPD mit der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und das „gemeinsame Papier“. Persönliche Bemerkungen zu einem umstrittenen Thema, in: Rudolph, Karsten/Wickert, Christl (Hrsg.), Geschichte als Möglichkeit. Über die Chancen der Demokratie. Festschrift für Helga Grebing, Essen 1995, S. 354-368
- Dies./Potthoff, Heinrich, Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848-1990, Bonn 1991⁷
- Molt, Peter, Bedingungen und Voraussetzungen der neutralistischen Opposition in der Bundesrepublik Deutschland, vor allem der Gesamtdeutschen Volkspartei, 1949-1954, Heidelberg 1955 (Diss.)
- Morsey, Rudolf, Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, München 1999⁴
- Moser, Rüdiger-Dietz (Hrsg.), Neues Handbuch der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur seit 1945, München 1990
- Müller, Josef, Die Gesamtdeutsche Volkspartei - Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung, Kelheim 1987 (Diss.) (vgl. die überarbeitete Fassung der Dissertation: ders., Die Gesamtdeutsche Volkspartei. Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung 1950-1957, Düsseldorf 1990)
- Nayhauß, Mainhardt Graf von, Helmut Schmidt. Mensch und Macher, Bergisch-Gladbach 1988
- Notz, Anton, Die SPD und der NATO-Doppelbeschluß. Abkehr von einer Sicherheitspolitik der Vernunft, Baden-Baden 1990 (Diss.)
- Osterroth, Franz/Schuster, Dieter, Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Bd. 3: Nach dem Zweiten Weltkrieg, Berlin/Bonn 1978²
- Otto, Karl A., Der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Motivstruktur und politisch-organisatorische Ansätze, in: Steinweg, Reiner (Hrsg.), Unsere Bundeswehr? Zum 25jährigen Bestehen einer umstrittenen Institution, Frankfurt am Main 1981, S. 52-105
- Pflüger, Friedbert, Richard von Weizsäcker. Ein Portrait aus der Nähe, Stuttgart 1990
- Popitz, Peter, Begegnungen mit Erhard Eppler. Vorbemerkungen zu einem „Frankenthaler Gespräch“, in: Becker, Kurt E./Popitz, Peter/Schreiner, Hans-Peter (Hrsg.), Erhard Eppler. Die Friedensbewegung. Ein Gespräch, Landau/Pfalz 1982, S. 5-9
- Potthoff, Heinrich, Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990, Berlin 1999
- Rapp, Wolfgang (Hrsg.), Glaubwürdig und unbequem. Erhard Eppler zum 70. Geburtstag, Baden-Baden 1996
- Rau, Johannes, Folgerungen, in: Evangelische Akademie Mülheim/Ruhr (Hrsg.), Kommission SPD und Kirchen. Kirche im Sozialismus. Kirche im pluralen Staat, 11.-12. November 1988, Mülheim/Ruhr 1989 Nr. 1, S. 24-28
- Reinhold, Otto, Antworten auf Fragen zum Streit der Ideologien und zur gemeinsamen Sicherheit (Auszüge), in: Brinkel, Wolfgang/Rodejohann, Jo (Hrsg.), Das SPD:SED-Papier. Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, Freiburg i.Br. 1988, S. 74-76

- Reißig, Rolf, Das SPD/SED-Dialogpapier: Absichten, Einsichten, Erfahrungen, in: Thierse, Wolfgang (Hrsg.), Ist die Politik noch zu retten? Standpunkte am Ende des 20. Jahrhunderts, Berlin 1996, S. 122-130
- Ders., Dialog durch die Mauer. Die umstrittene Annäherung von SPD und SED, Frankfurt/Main 2002
- Richter, Edelbert, Die evangelische Kirche in Ostdeutschland seit der Wende – Rückzug aus der Politik?, in: Thierse, Wolfgang (Hrsg.), Ist die Politik noch zu retten? Standpunkte am Ende des 20. Jahrhunderts, Berlin 1996, S. 73-78
- Rosenthal, Rüdiger, Bilanz des Dialogs. Wie gehen Kirche und Gruppen mit dem SED/SPD-Dokument um?, in: Kirche im Sozialismus. Zeitschrift zu Entwicklungen in der DDR, Nr. 3 Juni 15. Jg. (1989), S. 101-104
- Rosenzweig, Peter, Erhard Eppler – eine biographische Skizze, in: Dokumentation der Zeit, 24. Jg. (1972) Nr. 4 (Institut für Internationale Politik und Wirtschaft. Berlin (Ost)), S. 11f.
- Rupp, Hans Karl, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer: Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren. Eine Studie zur innenpolitischen Entwicklung der BRD, Köln 1970
- Ders., Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München/Wien 2000³
- Rupps, Martin, Helmut Schmidt. Eine politische Biographie, Stuttgart/Leipzig 2002
- Scharping, Rudolf, Rede, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll vom Außerordentlichen Parteitag Essen 25. Juni 1993, S. 85-108
- Schirmer, André, Die Deutschlandpolitik der SPD in der Phase des Übergangs vom Kalten Krieg zur Entspannungspolitik. 1955 bis 1970, Münster 1988 (Diss.)
- Schlarp, Karl Heinz, Alternativen zur deutschen Außenpolitik 1952-1955: Karl Georg Pfeleiderer und die „Deutsche Frage“, in: Benz, Wolfgang/Graml, Hermann (Hrsg.), Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze Hans Rothfels zum Gedächtnis, Stuttgart 1976, S. 211-248
- Schmitt, Rüdiger, Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Ursachen und Bedingungen der Mobilisierung einer neuen sozialen Bewegung, Opladen 1990
- Schmitz, Kurt Thomas, Deutsche Einheit und Europäische Union. Der sozialdemokratische Beitrag zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des programmatischen Wandels einer Oppositionspartei, Bonn 1978
- Schneider, Andrea H., Die Kunst des Kompromisses: Helmut Schmidt und die Große Koalition 1966-1969, Paderborn/München/Wien/Zürich 1999 (Diss.)
- Schöllgen, Gregor, Willy Brandt. Die Biographie, Berlin/München 2001³
- Schubert, Klaus von, Wiederbewaffnung und Westintegration. Die innere Auseinandersetzung um die militärische und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1950-1952, Stuttgart 1970
- Schütz, Uwe, Gustav Heinemann und das Problem des Friedens im Nachkriegsdeutschland, Münster 1993 (Diss.)
- Schütz, Wilhelm Wolfgang, Was ist Deutschland? Als Diskussionsgrundlage unterbreitet: Versuch einer Definition, Zeit, 8.12.1967
- Schuster, Jacques, Heinrich Albertz. Der Mann, der mehrere Leben lebte. Eine Biographie, Berlin 1997
- Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Rhöndorfer Gespräche Band 2. Entspannung und Wiedervereinigung. Deutschlandpolitische Vorstellungen Konrad Adenauers 1955-1958, Stuttgart/Zürich 1979
- Ders., Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949, Stuttgart 1980²
- Ders., Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949-1957, Stuttgart/Wiesbaden 1981 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2)

- Ders., Geschichtsschreibung und politisches Selbstverständnis. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland - Herausforderung für die Forschung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 32. Jg. B 36/82, S. 3-16
- Ders., Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957-1963, Stuttgart/Wiesbaden 1983 (Geschichte der Bundesrepublik, Bd. 3)
- Ders., Die Bedeutung der Persönlichkeit in der Entwicklung der Bundesrepublik, in: Hrbek, Rudolf (Hrsg.), Personen und Institutionen in der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland: Symposium aus Anlaß des 80. Geburtstages von Theodor Eschenburg, Kell/Straßbourg/Arlington 1985, S. 7-19
- Ders., Entscheidung für den Westen - Sicherheit, Souveränität, Freiheit und Wiedervereinigung als Strukturelemente westdeutscher Außenpolitik 1949-1955, in: Funke, Manfred (Hrsg.), Entscheidung für den Westen. Vom Besatzungsstatut zur Souveränität der Bundesrepublik 1949-1955, Bonn 1988, S. 9-37
- Ders., Adenauer. Der Staatsmann 1952-1967, Stuttgart 1991
- Ders., Adenauer. Der Aufstieg 1876-1952, München 1994
- Ders., Gustav Heinemann und Konrad Adenauer, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Nach-Denken. Gustav Heinemann und seine Politik. Wissenschaftliches Symposium am 10. Mai 1999 aus Anlass des 100. Geburtstages von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, Bonn o.J. S. 32-40
- Schwickert, Reinhard, Sicherheitspolitik und Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Nationale Selbstbehauptung ohne staatliche Verantwortung, Frankfurt a. M. u.a. 1990
- Sänger, Fritz (Hrsg.), Handbuch des Deutschen Bundestages, Stuttgart 1957
- Skriver, Ansgar, Beachtliches Echo. Zu dem Papier von SPD und SED, in: Lutherische Monatshefte 26. Jg. (1987) Nr. 12, S. 533f.
- Soell, Hartmut, Fritz Erler - Eine politische Biographie, Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1976, 2 Bde.
- Sommer, Karl-Ludwig, Gustav Heinemann und die SPD in den sechziger Jahren. Die Entwicklung politischer Zielsetzungen in der SPD in den Jahren 1960 bis 1969, dargestellt am Beispiel der politischen Vorstellungen Gustav Heinemanns, München 1980 (Diss.)
- Das SPD-SED-Papier in der Rückschau, DA Nr. 10 1992, S. 1100-1108
- Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, in: Brinkel, Wolfgang/Rodejohann, Jo (Hrsg.), Das SPD:SED-Papier. Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, Freiburg i.Br. 1988, S. 11-21
- Steffahn, Harald, Helmut Schmidt, Reinbek bei Hamburg 1990
- Stern, Carola, Willy Brandt mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Gütersloh 1966
- Thierse, Wolfgang (Hrsg.), Ist die Politik noch zu retten? Standpunkte am Ende des 20. Jahrhunderts, Berlin 1996
- Thies, Jochen, Helmut Schmidt's Rückzug von der Macht. Das Ende der Ära Schmidt aus nächster Nähe, Stuttgart 1988
- Thränhardt, Dietrich, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1996
- Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf (Hrsg.), Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949-2002, 2 Bände, München 2002
- Vinke, Hermann, Gustav Heinemann, Bornheim-Merten 1986
- Vogtmeier, Andreas, Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung, Bonn 1996
- Wasmuth, Ulrike C., Friedensbewegungen der 80er Jahre. Zur Analyse ihrer strukturellen und aktuellen Entstehungsbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika nach 1945: Ein Vergleich, Gießen 1987
- Weber, Petra, Carlo Schmid 1896-1979. Eine Biographie, München 1996

- Weizsäcker, Richard von, Christen in der Politik, in: Thierse, Wolfgang (Hrsg.), Ist die Politik noch zu retten? Standpunkte am Ende des 20. Jahrhunderts, Berlin 1996, S. 18-20
- Wirth, Günter/Pleßke, Hans-Martin, Albrecht Goes. Der Dichter und sein Werk, Berlin (Ost) 1989
- Witter, Ben, „Ich glaube nicht, daß ich ein Moralist bin“. Erhard Eppler, in: ders., Spaziergänge mit Prominenten, Hamburg 1982, S. 67-74